



universität
wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

Die Transformation der österreichischen Sozialdemokratie.

Die SPÖ im Spannungsfeld zwischen Tradition und neuen
gesellschaftspolitischen Herausforderungen.

Verfasser

Mag.phil. Günther Sidl

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 092 300

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Hannes Wimmer

Mein Dank gilt allen, die mich auf meinem bisherigen Lebensweg wohlwollend begleitet und unterstützt haben.

Im Speziellen meinen Eltern, meiner Schwester und meinen Großeltern.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	6
1.1	Problemstellung und Methodik	10
1.2	Aufbau der Arbeit	15
2	Die Geschichte der SPÖ seit 1970	18
2.1	Die Ära Kreisky	19
2.2	Sinowatz – Beginn des Strukturwandels	28
2.3	Vranitzky – 10 Jahre SPÖ-ÖVP-Koalition	36
2.4	Klima – “Die neue Sozialdemokratie“	45
2.5	Gusenbauer – Opposition und Regierungszeit	50
2.6	Faymann – SPÖ bleibt stärkste Kraft bei NR-Wahl 2008	59
3	Die inhaltliche Ausrichtung der SPÖ	65
3.1	Zum Stand der Parteienforschung – Dealignment und die Veränderungen des WählerInnenverhaltens.....	65
3.2	Die SPÖ und ihre Herausforderungen	75
3.2.1	Herausforderung 1 – Sicherheit in einer bewegten Welt	77
3.2.2	Herausforderung 2 – Internationalismus versus Renationalisierung	84
3.2.3	Herausforderung 3 – Der Umgang mit rechtspopulistischen Parteien	91
3.2.4	Herausforderung 4 – Ökonomie versus Ökologie	103
3.3	Der “Dritte Weg“ als Zukunftsmodell?	114
3.3.1	Was ist der “Dritte Weg“? Die Richtungsdebatte um neue politische Schwerpunktsetzungen vor dem Hintergrund großer globaler Herausforderungen	115
3.3.2	Die Intensität der Richtungsdebatte innerhalb der SPÖ	127

4	Die Organisationsstruktur der SPÖ im Wandel	145
4.1	Die Organisationsstruktur der SPÖ	147
4.1.1	Die Gliederungen der SPÖ	147
4.1.2	Referate und sozialdemokratische Organisationen	150
4.1.3	Die Bundesgremien der Sozialdemokratischen Partei Österreichs	152
4.2	Die Mitgliederentwicklung der SPÖ	157
4.3	Die Anpassung der Organisationsstrukturen an neue Gegebenheiten	171
4.3.1	Analyse der Interviews zur Organisationsstruktur der SPÖ	177
4.3.1.1	Das Netzwerk der SPÖ in Österreich	179
4.3.1.2	Die Durchlässigkeit der SPÖ-Strukturen: Die Interaktion mit Nicht-Parteimitgliedern und die Nutzung von Know-how außerhalb der herkömmlichen Strukturen	182
4.3.1.3	Die Zukunft der Strukturen vor Ort	186
5	Österreichs Sozialdemokratie und die Europäische Union	190
5.1	Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union	191
5.2	Vom Beitritt bis zum Ende der Regierung Vranitzky (1995–1997)	199
5.3	Die Regierung Klima 1997–2000	204
5.4	SPÖ als Oppositionspartei und die EU – “Die Maßnahmen gegen die Bundesregierung“	212
5.5	Regierung Gusenbauer 2007–2008	222
5.6	Der Brief von Werner Faymann und Alfred Gusenbauer an den Herausgeber der <i>Kronen Zeitung</i>	228
5.7	Die Wahl zum Europäischen Parlament 2009	236
5.7.1	Die Ausgangssituation	236
5.7.2	Die KandidatInnen	240
5.7.3	Das Wahlmanifest	241
5.7.4	Die Wahlauseinandersetzung	246

5.7.5 Das Ergebnis	253
5.8 Das Netzwerk der SPÖ in europäischen Institutionen – Die SPÖ-Brüssel	259
6 Conclusio und Ausblick	271
7 Literaturverzeichnis	284
7.1 Publikationen der SPÖ, ihrer Referate und sozialdemokratischer Organisationen	291
7.2 Tageszeitungen, Zeitschriften	294
7.3 Internet	297
7.4 Sonstige Literatur und Unterlagen	303
8 Anhang	304
8.1 Interviews	304
8.1.1 Interviewpartner	304
8.1.1.1 Mag. Herbert Bösch	306
8.1.1.2 Wolfgang Bulfon	313
8.1.1.3 Mag. Karl Duffek	321
8.1.1.4 Erich Farthofer	328
8.1.1.5 Dr. Alfred Gusenbauer	333
8.1.1.6 Dr. Andreas Höferl	338
8.1.1.7 Dr. Günther Kräuter	345
8.1.1.8 Dr. Josef Leitner	352
8.1.1.9 Alois Reisenbichler	360
8.1.1.10 Mag. ^a Karin Scheele	373
8.1.1.11 Mag. Andreas Schieder	382
8.1.1.12 Mag. Marcus Schober	391
8.1.1.13 Günter Steindl	396
8.1.1.14 Dr. Hannes Swoboda	403
Abstract	409
Lebenslauf	411

1 Einleitung

Meine Motivationsgründe, eine Dissertation über die Transformation der österreichischen Sozialdemokratie zu verfassen, waren vielfältig; im Wesentlichen lassen sie sich aber auf drei Aspekte zurückführen. Es sind persönliche Erfahrungen und Fragen, die sich mir stellen und gestellt haben, mit denen ich mich seit Jahren beschäftige und die ich nun einer wissenschaftlichen Analyse unterziehen möchte. Es ging mir auch darum, mich noch tiefgehender mit diesem Themenbereich auseinanderzusetzen um schließlich Antworten zu finden, die jederzeit einem intensiven Diskurs unterzogen werden können. Wenn man die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs betrachtet, so hat diese Partei zweifelsohne über viele Jahre und Jahrzehnte dieses Land gestaltet. Eine Vielzahl an grundlegenden Reformprojekten wurde von der SPÖ initiiert und in Regierungsverantwortung umgesetzt. Vor allem unter Bundeskanzler Bruno Kreisky ist in Österreich der Lebensstandard massiv gestiegen und das Land wurde auch international zu einem verlässlichen Partner. Das Ziel, die Grundwerte der Partei – Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität – in die Gesellschaft einfließen zu lassen, wurde zunehmend erreicht, und die Möglichkeiten für Menschen aus niedrigeren Einkommensschichten, sich persönlich weiterzuentwickeln und ihren Lebensstandard zu heben, konnten verbessert werden. Chancengleichheit war nicht bloß ein Schlagwort, sondern man schuf eine Basis auf hohem Niveau, von dem heute noch profitiert und in manchen Bereichen gar abgeschöpft wird. Nun haben sich seither die gesellschaftspolitischen sowie ökonomischen Gestaltungs- und Verteilungsmöglichkeiten grundlegend verändert, und eine Koalition auf Regierungsebene bedeutet auch immer das Eingehen von Kompromissen. Was sind aber die zentralen Botschaften der Sozialdemokratie in der heutigen Zeit für jene Menschen, die durch die Errungenschaften der Partei profitiert haben; die zum Beispiel selbst oder deren Kinder einen höheren Bildungsabschluss erreichen konnten, die sich ein Eigenheim schaffen und Dinge leisten konnten, die das Leben lebenswerter machen oder es erleichtern? Oder wo sieht man die wesentlichen politischen Betätigungs- und Konfliktfelder? Wie kommt man zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und noch mehr Chancengleichheit? Wie steht es um jene Menschen, die sich in dieser schnelllebigen Gesellschaft, in diesem Wirtschaftssystem nicht zurechtfinden und noch immer am Reichtum in unserem

Land kaum oder nur sehr beschränkt teilhaben können? Mein erster Motivationsgrund basiert also auf der Frage künftiger inhaltlicher Schwerpunktsetzungen und Herausforderungen, denen sich die österreichische Sozialdemokratie stellen sollte. Daher geht es um die großen gesellschaftspolitischen Trennlinien zu anderen politischen Parteien, die sichtbar machen, wofür die SPÖ inhaltlich steht und was sie unterscheidet.

In unzähligen Gesprächen mit FreundInnen und Bekannten wurde mir immer wieder das Bild der SPÖ nach außen, was Entscheidungsprozesse und den Organisationsapparat betrifft, mit Adjektiven wie "altmodisch", "verstaubt", "strukturkonservativ" oder "behäbig" beschrieben. Ist die "alte Tante SPÖ" in die Jahre gekommen, oder entspricht dieses Bild mehr einer allgemein kritischen Haltung gegenüber traditionellen Parteien als den Tatsachen? Das Innenleben der Partei – Gremien, Konferenzen, Funktionen, Kompetenzverteilungen – ist ohnehin ein weitgehend unbekanntes Wesen. Es war mir daher für diese Arbeit wichtig, die wesentlichen Ebenen und Prozesse darzulegen und auch nachvollziehbar zu machen. Die SPÖ konnte über viele Jahre auf große Unterstützung durch die Wählerinnen und Wähler bauen und gleichzeitig waren im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viele Menschen Mitglieder dieser politischen Partei. Die enge Bindung durch eine Mitgliedschaft war zweifelsohne sowohl durch den starken Einfluss in den Unternehmen als auch in wichtigen Bereichen des täglichen Lebens durch die Politik bedingt. Nun haben sich die Zeiten geändert und die Möglichkeiten der Politik – etwa einen Arbeitsplatz oder eine Wohnung zu vermitteln – sind nur mehr sehr bedingt möglich. Der Alltag ist sozusagen auch ohne politische Interventionen gut zu meistern. Dies ist einer der Gründe, warum die Notwendigkeit eines Parteibuches nicht mehr gegeben ist. Allgemein sinkt die Bereitschaft, sich so an eine Partei zu binden, was sich durch sinkende Mitgliederzahlen bemerkbar macht. Es stellte sich daher für mich die Frage nach dem Zukunftsszenario der SPÖ. Wie entwickelten sich die Zahlen über die Jahre hinweg genau? Soll die SPÖ in Zukunft weiterhin eine Mitgliederpartei bleiben? Und als ganz zentraler Punkt: Was bedeuten die sinkenden Mitgliederzahlen für den Organisationsapparat, und welche Reformschritte kann man der gegebenen Entwicklung entgegensetzen? Sich mit dieser Herausforderung auseinanderzusetzen war mein zweiter Beweggrund für diese Arbeit.

Eine der entscheidenden politischen Auseinandersetzungen über Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten zwischen den ideologischen Ausrichtungen findet meiner Ansicht nach immer stärker auf europäischer Ebene statt. Die großen Leitlinien und Konzepte werden künftig nur mehr sehr bedingt in den Nationalstaaten formuliert werden; diese Entscheidungen werden vermehrt in den Gremien und den Institutionen der Europäischen Union getroffen. Es ist daher auch – oder sogar vor allem – für die Sozialdemokratie unerlässlich, dort die Politik mitzugestalten.

Die Globalisierung hat die internationale politische und ökonomische Ordnung verschoben. Nicht der Wettbewerb zwischen den Staaten steht beispielsweise bei der Frage des optimalen Wirtschaftsstandortes im Vordergrund, sondern es geht um größere Zusammenhänge und neue Denkmuster. Die Unternehmen und die Finanzwirtschaft haben sich dieser Entwicklung schnell angepasst. Es geht nun um ein gravierendes Umdenken bei den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, die sich in ihrer Grundausrichtung als klassische Partei der ArbeitnehmerInnen versteht. Ebenso gibt es zentrale Aufgabenstellungen an die Politik, wie den Klimawandel, die national nicht gelöst werden können. Wie Europa aber gestaltet wird; wie weit Liberalisierungen gehen; wie hoch verschiedene Standards etwa im Sozialbereich, in der Lebensmittelsicherheit oder im KonsumentInnenschutz angesetzt werden und wo die Schwerpunkte in der Verteilung europäischer Budgetmittel gesetzt werden, das sind Ergebnisse konsequenter europäischer Politik und natürlich auch der Mehrheitsverhältnisse in den Institutionen. Meine persönlichen Erfahrungen als Mitarbeiter im Europäischen Parlament haben bei mir den Eindruck gefestigt, dass Europa keine Einbahnstraße von oben nach unten ist, sondern dass Europa auf allen politischen Ebenen mitgedacht und mittransportiert werden muss. Dies wäre ein wirksamer Weg, um den Informationsstand und das Europa-Bewusstsein zu heben und damit der Argumentation populistischer Bewegungen präventiv entgegenzuwirken. Das setzt aber drei Aspekte voraus: ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union; eine Idee, wohin sich dieses Projekt entwickeln soll; und wirkliches europäisches Engagement vonseiten der nationalen Politik. Daher habe ich mich mit dem Thema „Die österreichische Sozialdemokratie und die Europäische Union“ in dieser Dissertation intensiv beschäftigt. Um schlüssige Analysen aus meinen Ausführungen ziehen zu können, habe ich versucht, einen breiten Bogen

vom Beitritt Österreichs, über die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen der SPÖ in den verschiedenen Wahlauseinandersetzungen, die EU-Maßnahmen gegen die Bundesregierung bis hin zur Bildung von sozialdemokratischen Netzwerken in Brüssel zu spannen. Es ging mir auch darum, die Europäische Union als mittlerweile untrennbaren Teil in der Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie darzustellen und aufzuzeigen, ob beziehungsweise wie man europäische Gestaltungsmöglichkeiten genutzt hat.

Im Vorfeld möchte ich darauf hinweisen, dass diese Arbeit eine übergreifende Untersuchung und Verschränkung dreier augenscheinlich unterschiedlicher Bereiche, nämlich der inhaltlichen Entwicklung der SPÖ, der organisatorischen Veränderungen und der Situation im Zusammenhang mit der Europäisierung der Politik zum Ziel hat. So entsteht ein Gesamtbild, welches die Transformation der österreichischen Sozialdemokratie deutlich macht.

Ich habe für die vorliegende Dissertation Interviews mit 14 ehemaligen oder aktiven politischen VerantwortungsträgerInnen geführt. Mir war wichtig, dass ich alle politischen Ebenen – also Bezirk, Land, Bund und Europa – abdecke, um auch einen möglichst breiten Ein- bzw. Überblick zu ermöglichen. Für ihre Bereitschaft, meine Dissertation durch ein Interview zu unterstützen, vor allem aber für ihre Offenheit möchte ich meinen InterviewpartnerInnen sehr herzlich danken. In die Arbeit sind aktuelle Zahlen, Hintergrunddaten und Materialien eingeflossen, die ich direkt von MitarbeiterInnen der SPÖ auf "kurzem Weg" erhalten habe. Dankeschön auch für diese unkomplizierte Vorgehensweise.

Besonders möchte ich mich bei meinem Dissertationsbetreuer Dr. Hannes Wimmer für seine Hinweise und Ratschläge sowie für die immer spannenden politischen Diskussionen bedanken.

1.1 Problemstellung und Methodik

Die Dissertation soll im Wesentlichen drei verschiedene Themenbereiche genauer untersuchen: die wesentlichen inhaltlichen Themenfelder sowie die parteiinterne Auseinandersetzung mit den Reformideen des "Dritten Weges". Weiters die Entwicklung der Mitgliederzahlen und Vorschläge für eine Erneuerung der Organisationsstruktur. Darüber hinaus soll auf die europapolitischen Positionierungen der Partei seit dem Beitritt zur Europäischen Union eingegangen werden.

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte führte zu einer grundlegenden Änderung und Auflösung verschiedenster Gegebenheiten und Strukturen. Die höhere Technisierung, der Verkauf bzw. die Teilprivatisierung der verstaatlichten Betriebe, die Abschaffung von Monopolen und ein höherer Konkurrenzkampf in allen Wirtschaftssektoren führten unter anderem zu neuen Arbeitsmodellen, weg von der reinen Vollzeitbeschäftigung. Die Globalisierung brachte eine enorme Flexibilität des Kapitals mit sich. Immer stärker rückte auch die Frage von Ökologie versus Ökonomie in den Mittelpunkt des politischen Handelns. Das uneingeschränkte Wachstum ist um die Komponente der Ökologisierung erweitert worden. Ich habe daher auf Basis der aus der Literatur gefilterten Themenbereiche die unterschiedlichen Positionen, Meinungen und Diskussionsprozesse innerhalb der SPÖ aufgezeigt. Den Beobachtungszeitraum habe ich primär mit dem Ende der Regierungszeit Kreisky festgelegt, obwohl eine strikte zeitliche Trennung nicht möglich ist. Daher wurden auch verschiedene Standpunkte sowie Entwicklungen in der Ära Kreisky betrachtet.

In diesem Zusammenhang habe ich mich auf die gegen Ende der 90er-Jahre auf europäischer Ebene geführte Debatte über die künftige politische Ausrichtung der Sozialdemokratie fokussiert. Wie intensiv wurden die Beiträge der damaligen Regierungschefs Gerhard Schröder und Tony Blair innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie diskutiert? Ich habe daher die Hypothese aufgestellt, dass die Vorschläge für eine künftige Schwerpunktsetzung von sozialdemokratischen Parteien innerhalb der SPÖ nicht tiefgreifend behandelt wurden und es zu keiner intensiven Diskussion über das Schröder-Blair Papier "Der Weg nach vorne für Europas

Sozialdemokraten“ sowie über “New Labour“ beziehungsweise den “Dritten Weg“ gekommen ist.

Seit Ende der 1970er-Jahre beginnt sich die traditionelle WählerInnenbindung an die Parteien aufzuweichen. Mit dem Dealignment setzt ein Prozess der Individualisierung der Gesellschaft ein. Dies führt in der Folge zu stetigen Rückgängen bei den Mitgliederzahlen der SPÖ. Meine These lautet, dass der Mitgliederrückgang die SPÖ als Traditionspartei sehr stark getroffen hat, es aber innerhalb der Partei keinen Diskussionsprozess hinsichtlich einer Abkehr von der Mitgliederpartei gibt. Weniger Mitglieder haben naturgemäß Auswirkungen auf das Parteileben in den Strukturen. Daher habe ich überdies jene Hypothese formuliert, dass es in der Sozialdemokratischen Partei Österreichs kein Gesamtkonzept zur Anpassung der Parteienstruktur an diese neuen Gegebenheiten gibt, sondern eine Vielzahl an Einzelmeinungen über mögliche Handlungsschritte.

Die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Gemeinschaft seit dem 1. Jänner 1995, die politische Entwicklung hin zur Europäischen Union sowie die damit verbundene stärkere politische Schwerpunktsetzung in verschiedensten Bereichen durch die Union führten in Folge zu einer Europäisierung der politischen Landschaft Österreichs. Gesetzwerdungsprozesse, außenpolitische Initiativen sowie bewusst gesetzte politische Handlungen mit Signalwirkung können seither nicht mehr losgelöst von den Vorhaben und Richtlinien der EU getroffen werden. Meiner These nach bekennt sich die Sozialdemokratische Partei Österreichs in ihrer Programmatik und den Handlungen klar zur Europäischen Union und zum europäischen Einigungsprozess, wenngleich der Brief von Werner Faymann und Dr. Alfred Gusenbauer an den Herausgeber der Kronen Zeitung zweifelsohne als Ereignis bezeichnet werden kann, das außerhalb dieser Tradition steht. Weiters habe ich die These aufgestellt, dass das Netzwerk der SPÖ in den europäischen Institutionen nicht optimal ausgeprägt ist, aber dennoch aus der Organisationsstruktur der Partei heraus Aktivitäten hin zu einer stärkeren Vernetzung von österreichischen SozialdemokratInnen auf europäischer Ebene gesetzt werden.

Um zu Ergebnissen zu gelangen, die meine Thesen verifizieren oder falsifizieren, wurden in der vorliegenden Dissertation unterschiedliche Methoden angewendet. Die

vielseitigen Analysemethoden ergaben sich aus der – bereits in der Einleitung angemerkten – inhaltlichen Breite dieser Arbeit, die das Heranziehen vieler Dokumente und Datensammlungen zur Folge hatte. Nur die Vielzahl an verwendeten Informationsquellen – wie beispielsweise die angeführte Literatur, die im Anhang nachlesbaren Interviews, verschiedene Programme und Publikationen der österreichischen Sozialdemokratie, Presseaussendungen und Medienberichte sowie Daten wie etwa die veröffentlichten Mitgliederzahlen der SPÖ aus verschiedenen Jahren – deckte den Anspruch, die Entwicklung der Partei möglichst allgemein erfassen zu können, ab. Überdies wurden neue und bisher noch nicht in einen größeren Kontext gebrachte Dokumente und Zahlen verwendet.

Der Professor für psychologische Methodenforschung, Philipp Mayring, definierte die Prüfung von Hypothesen und Theorien als Funktion der quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse: „Die Überprüfung von Theorien und Hypothesen, üblicherweise Vorrecht quantitativer Methodik mit experimentellem oder korrelationsstatistischem Ansatz, ist auch innerhalb qualitativer Analyse möglich.“¹

Im Zeitraum von August 2009 bis Februar 2010 habe ich 14 Interviews mit aktiven oder ehemaligen Politikerinnen und Politikern sowie Verantwortungsträgerinnen und -trägern der SPÖ geführt. Es ist hier anzumerken, dass alle politischen Ebenen, nämlich jene des Bezirkes, des Bundeslandes, der Bundespolitik und jene der Europäischen Union, durch diese Expertinnen und Experten abgedeckt werden. Die Interviews sind dieser Dissertation angefügt und in voller Länge nachlesbar. Sie sollen eine Innensicht der Partei wiedergeben. Wie wurden oder werden unterschiedliche Ereignisse oder Entwicklungen gesehen? Wie schätzt man die innerparteilichen Chancen ein, Veränderungen herbeizuführen? Was hat man selbst beigetragen und welche Schwerpunkte sollten in Zukunft gesetzt werden, um einen attraktiven, modernen sowie handlungsorientierten Parteiapparat hinter sich zu haben und erfolgreich die Politik gestalten zu können? Die Antworten der InterviewpartnerInnen sind ein wesentlicher Teil dieser Arbeit und untermauern belegbare Entwicklungen, Tendenzen oder künftige Herausforderungen für die Sozialdemokratie. Im Weiteren lässt die Häufigkeit von genannten Aussagen und

¹ Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim 2010, S. 25

Meinungen durch die VerantwortungsträgerInnen auf ein Meinungsbild innerhalb der SPÖ schließen.

In dem von Bogner, Littig und Menz herausgegebenen Buch "Experteninterviews" werden im Beitrag "Zwischen Wissenschaftlichkeitsstandards und Effizienzansprüchen, ExpertInneninterviews in der Praxis der Maßnahmenevaluation" von den AutorInnen Andrea Wroblewski und Angela Leitner vier Gründe genannt, die für die Verwendung von ExpertInneninterviews sprechen: „Erstens können bestimmte Fragestellungen mangels anderer Datenquellen oder aus Gründen der Effizienz nur durch die Einbeziehung von ExpertInnen beantwortet werden. Zweitens ermöglichen Interviews mit unterschiedlichen AkteurInnen die Berücksichtigung differierender Standpunkte, Perspektiven und das Aufdecken möglicher Konfliktfelder. Drittens wird der Zugang zu Informationen im Evaluationsprozess erleichtert und die Akzeptanz der Ergebnisse erhöht. Und viertens bieten ExpertInneninterviews eine Möglichkeit der Reflexion von Erfahrungen mit der Umsetzung und stellen somit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Maßnahmen dar.“²

Ich habe mich für das systematisierende Experteninterview entschieden. Hierbei geht es in erster Linie um „das aus der Praxis gewonnene, reflexiv verfügbare und spontan kommunizierbare Handlungs- und Erfahrungswissen“³.

Der beziehungsweise die InterviewpartnerIn „klärt auf über ‚objektive‘ Tatbestände“⁴. Er/sie wird als „Inhaber von spezifischen gültigen Kenntnissen und Informationen gesehen, als jemand, der über ein bestimmtes, dem Forscher nicht zugängliches Fachwissen verfügt.“⁵ Bei diesem Interviewtyp ermöglicht der Gesprächsleitfaden auch eine Vergleichbarkeit zwischen den Aussagen der ExpertInnen. Im Wesentlichen sind die Fragestellungen und Untersuchungsgebiete bei allen InterviewpartnerInnen ident. Auf Grund der unterschiedlichen Tätigkeitsfelder und

² Wroblewski, Andrea; Leitner, Angela: Zwischen Wissenschaftlichkeitsstandards und Effizienzansprüchen. ExpertInneninterviews in der Praxis der Maßnahmenevaluation, in: Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hrsg.): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder, Wiesbaden 2009, S. 259

³ Bogner, Alexander; Menz, Wolfgang: Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion, in: Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hrsg.): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder, Wiesbaden 2009, S. 64

⁴ Ebenda, S. 65

⁵ Ebenda

persönlichen politischen Erfahrungen der Persönlichkeiten war es mir aber wichtig, diese immer auf die/den einzelne/n ExpertIn anzupassen.

Als weitere Methode habe ich die qualitative Inhaltsanalyse – bezogen etwa auf die verwendete wissenschaftliche Literatur, Parteiprogramme, das gültige Organisationsstatut, Aussendungen, Publikationen und verschiedene Dokumente der SPÖ sowie von Medienberichten – gewählt. Philipp Mayring definiert mit der Zusammenfassung, der Explikation und der Strukturierung drei Möglichkeiten der qualitativen Inhaltsanalyse. „Diese drei Grundformen des Interpretierens entsprechen auch dem Alltagsverständnis davon, welche grundsätzlichen Wege man einschlagen kann, um ein zunächst unbekanntes (sprachliches) Material zu analysieren.“⁶

Bei der Zusammenfassung wird „das Material auf einen Textkorpus, der ein ‚überschaubares Abbild‘ des Grundmaterials darstellen soll“⁷ reduziert. Bei der Explikation werden durch Hinzuziehung von weiterem Material „problematische Textstellen“⁸ genauer beleuchtet. Damit steht diese Vorgehensweise im Gegensatz zur Zusammenfassung. Weiters gibt es noch die Strukturierung: „Das Erkenntnisinteresse der Strukturierung kann sich auf formale Aspekte (Stil, Satzbau etc.), inhaltliche Merkmale (Untersuchung bestimmter Themen), die Konstruktion von Typen oder sogar auf die Skalierung, d.h. die Einschätzung des Materials auf einer Skala mit mehreren Ausprägungen, richten.“⁹

In der vorliegenden Arbeit habe ich vor allem in den Kapiteln und in jenen Passagen mit einem stärkeren Aktualitätsbezug – etwa über noch nicht allzu lange zurückliegende Wahlauseinandersetzungen, über die letzten Regierungskonstellationen oder auch über die Positionierung und die politische Schwerpunktsetzung gegenüber der Europäischen Union – verstärkt auf Pressemitteilungen und Berichte in Printmedien zurückgegriffen. Bei der Analyse der Parteiprogramme habe ich primär das aktuelle Grundsatzprogramm der SPÖ aus dem Jahr 1998 herangezogen, aber auch jenes aus dem Jahr 1978. In den

⁶ Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim 2010, S. 65

⁷ Diekmann, Andreas: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbek bei Hamburg 2010, S. 608

⁸ Ebenda, S. 609

⁹ Ebenda

Ausführungen über die SPÖ-Brüssel konnte ich auf das gesamte Archiv der Auslandssektion zurückgreifen. Die Dokumente wurden bis dato noch nicht in der Gesamtheit aufgearbeitet, in einen historischen Kontext gestellt und politisch bewertet.

Anhand der Mitgliederzahlen lässt sich die Loslösung der Parteienbindung wohl am anschaulichsten darstellen. Die Zahlen sind – wie bei allen Volksparteien – rückläufig, und der Zulauf jüngerer Altersgruppen zur SPÖ ist nur in geringem Ausmaß gegeben. Daher habe ich im Kapitel über die Mitgliederentwicklung ebenso versucht, über die bundesweite Gesamtmitgliederzahl hinaus Entwicklungen zu untersuchen. Dazu zählten die Stärke und die Mitgliederentwicklung der neun Landesorganisationen, der Anteil der jeweiligen Geschlechter und die Anzahl von unter 30-Jährigen. Bei der Darstellung der Mitgliederentwicklung wurden folglich empirische Daten sowie Statistiken analysiert.

Bei der Intensität und Wertigkeit der Diskussion über den “Dritten Weg“ innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie habe ich auch eine quantitative Analyse der Presseaussendungen und der Artikel in der Zeitschrift *ZUKUNFT* in einem festgelegten Zeitraum angewendet. Hierbei habe ich als Form der quantitativen Inhaltsanalyse die Häufigkeitsanalyse – auch Frequenzanalyse genannt – gewählt. Diese Analyseform „von Worthäufigkeiten, Begriffen, Ausdrücken spezifischer Bedeutung, Themen u.a.m. dürfte auch heute noch die meistverfolgte Zielsetzung inhaltsanalytischer Arbeiten darstellen“¹⁰.

1.2 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Dissertation zum Thema „Die Transformation der österreichischen Sozialdemokratie – Die SPÖ im Spannungsfeld zwischen Tradition und neuen gesellschaftspolitischen Herausforderungen“ teilt sich in drei große Kapitel, zum ersten in jenes über die inhaltliche Ausrichtung der SPÖ; zweitens habe ich den Wandel der Organisationsstruktur der Partei analysiert und in der dritten Einheit

¹⁰ Diekmann, Andreas: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbek bei Hamburg 2010, S. 597

befasse ich mich mit dem Umgang der österreichischen Sozialdemokratie mit der sowie dem Verhältnis zur Europäischen Union.

Um die genannten Themenbereiche in einen historischen Kontext stellen zu können, ist es wichtig, der wissenschaftlichen Arbeit einen kurzen Abriss der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs seit 1970 voranzustellen. Hierzu habe ich einen Bogen vom Beginn der Kanzlerschaft Dr. Bruno Kreiskys bis zur aktuellen (Mitte 2012) Regierung von Werner Faymann gespannt. Dieser Bogen umfasst die Regierungszeiten von Dr. Fred Sinowatz, die fünf Kabinette unter Dr. Franz Vranitzky und die SPÖ-ÖVP-Koalition unter Mag. Viktor Klima. Als Folge der Bildung einer Koalition der Österreichischen Volkspartei mit der Freiheitlichen Partei wurde die SPÖ im Jahr 2000 zur stärksten Oppositionspartei. 2007 wurde Dr. Alfred Gusenbauer als Bundeskanzler der Republik angelobt. Ihm folgte am 2. Dezember 2008 Werner Faymann in diese Funktion.

Im ersten großen Kapitel setze ich mich mit der inhaltlichen Ausrichtung der SPÖ auseinander. Ich habe vier Herausforderungen für die österreichische Sozialdemokratie herausgearbeitet und diese mit den Überbegriffen "Sicherheit in einer bewegten Welt", "Internationalismus versus Renationalisierung", "Umgang mit rechtspopulistischen Parteien" und "Ökonomie versus Ökologie" tituliert. Hierbei geht es um inhaltliche Themenfelder, die in der Gesellschaft und im politischen System eine besondere Bedeutung hatten und noch immer haben. Damit hatten und haben diese auch einen starken Einfluss auf die österreichische Sozialdemokratie. Es geht um tiefgehende Herausforderungen abseits von tagespolitischen Entscheidungsprozessen und Notwendigkeiten. Eine derart nachhaltige Diskussion war für die Sozialdemokratie in Europa die Auseinandersetzung mit der Frage des "Dritten Weges". Daher habe ich mich auch damit auseinandergesetzt, welche gravierende inhaltliche Systemänderung damit verbunden war und ob dies in der Nachbetrachtung für die sozialdemokratischen Parteien als Zukunftsmodell betrachtet werden kann. Den Herausforderungen und der Analyse des „Dritten Weges“ habe ich allgemeine Ausführungen über die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung vorangestellt. Dies beinhaltet auch den Dealignment-Prozess und die Veränderungen des WählerInnenverhaltens.

Wenn man sich mit den Veränderungen der Organisationsstruktur näher befasst, so ist es unumgänglich, sich auch die gegebenen Verhältnisse, den aktuellen Aufbau und die Entscheidungsprozesse genauer anzusehen. Ich habe daher die Gliederungen der Partei wiedergegeben, die Unterschiede zwischen Referaten und sozialdemokratischen Organisationen herausgearbeitet sowie die Delegierungen und Kompetenzen der Bundesgremien der SPÖ analysiert. Die Mitgliederentwicklung verdeutlicht wohl am augenscheinlichsten die tiefgehenden Änderungen in der Beziehung zwischen Partei und BürgerInnen. Die Auflösung der Parteienbindung wird anhand der Mitgliederentwicklung detailliert analysiert. Was sind aber die Schlussfolgerungen aus dieser gesamten Entwicklung? Im Kapitel "Die Anpassung der Organisationsstrukturen an neue Gegebenheiten" wird auf Basis der geführten Interviews versucht, Lösungsansätze und mögliche neue Schwerpunktsetzungen herauszuarbeiten.

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union hat zweifelsohne die politische Landschaft dieser Republik nachhaltig beeinflusst. Der Einfluss dieser neuen gesetzgebenden Ebene ist enorm und hat direkte Wirkung auf die Innenpolitik. Eine intensive Auseinandersetzung mit den politischen Gestaltungsmöglichkeiten und den aktuellen Abläufen in der Europäischen Union ist daher für eine staatstragende Partei wie die SPÖ unumgänglich. Im letzten Teil meiner Dissertation setze ich mich daher mit der inhaltlichen Schwerpunktsetzung bei entscheidenden europapolitischen Weichenstellungen oder bei Wahlauseinandersetzungen auseinander. Da ich auch einen Fokus auf das Netzwerk der österreichischen Sozialdemokratie in den europäischen Institutionen gelegt habe, war es mir wichtig, die SPÖ-Brüssel – ihre Entstehung, ihre Ziele und ihre Geschichte – näher zu erläutern.

Abschließend habe ich eine Conclusio aus den Ergebnissen der einzelnen Abschnitte dieser Arbeit formuliert.

2 Die Geschichte der SPÖ seit 1970

Im Folgenden soll auf die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Österreichs beginnend mit der Bildung der Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky bis zur Kanzlerschaft von Werner Faymann eingegangen werden. Der Fokus ist primär auf die Tätigkeit und einige Schwerpunktsetzungen durch die jeweiligen Bundeskanzler beziehungsweise Bundesparteivorsitzenden gerichtet und es muss festgehalten werden, dass es sich um keine detaillierte Ausführung, sondern lediglich um einen kurzen Abriss der Historie der SPÖ handelt. Dennoch ist es wichtig, der vorliegenden Arbeit diese zeitlich eingegrenzte geschichtliche Betrachtung und Darstellung voranzustellen. Es ist auch primär eine nüchterne Abhandlung der Fakten und Gegebenheiten.

Seit 1970 hatte die SPÖ mit Dr. Bruno Kreisky, Dr. Fred Sinowatz, Dr. Franz Vranitzky, Mag. Viktor Klima, Dr. Alfred Gusenbauer und Werner Faymann sechs Bundesparteivorsitzende. Jeder von ihnen prägte die Partei durch verschiedene Richtungsentscheidungen, neue Initiativen und Versuche, die jeweiligen aktuellen Entwicklungen an das „Alltagsleben“ der SPÖ anzupassen. Bei seiner verlesenen Abschiedsrede auf dem Kongress der Sozialistischen Internationale am 15. September 1992 meinte der ehemalige Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und SPD-Vorsitzende Willy Brandt: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, daß jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“¹¹

Betrachtet man daher die unterschiedlichen Maßnahmen und Entscheidungen – sei es als Kanzler oder SPÖ-Vorsitzender – mit einem gewissen zeitlichen Abstand, so ist es unerlässlich, dies in einem gesamten Kontext zu tun, der die gesellschaftlichen und ökonomischen Gegebenheiten der damaligen Zeit mit einbezieht. Jede Funktionsperiode hat eigene Dynamiken, bringt neue Erfahrungen und unvorhergesehene Entwicklungen mit sich. Ein Ranking – egal nach welchen Kriterien – der politischen Akteure an der Spitze wäre daher höchst unseriös.

¹¹ www.willy-brandt.de/willy-brandt/zitate.html (gefunden am 12. Juni 2013)

2.1 Die Ära Kreisky

Der am 22. Jänner 1911 in Wien geborene Bruno Kreisky prägte zweifelsohne nachhaltig die Politik und Gesellschaft in der Zweiten Republik. Bereits in seiner Jugend engagierte er sich politisch und trat 1925 der Vereinigung der sozialistischen Mittelschüler bei. 1927 wurde er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). Kreisky organisierte den Widerstand gegen den Austrofaschismus, wurde verhaftet und im März 1936 beim „Sozialistenprozess“ zu einem Jahr Kerker wegen Hochverrats verurteilt. 1938 wurde er von der Gestapo verhaftet und kam nur unter der Bedingung frei, dass er das Land verlassen müsse. Im September verließ Bruno Kreisky Österreich und erhielt in Schweden Exil. Dort lernte er 1940 Willy Brandt kennen. Auch in Schweden setzte Kreisky seine politische Tätigkeit fort und wurde 1941 zum Obmann des Klubs österreichischer Sozialisten in Schweden gewählt. In den Jahren 1946 bis 1951 war er primär in der österreichischen Vertretung in Stockholm tätig, bevor er 1951 wieder nach Österreich zurückkehrte. 1953 wurde Dr. Bruno Kreisky Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten. Im April 1955 war er Mitglied jener Delegation, die mit der Sowjetunion über den österreichischen Staatsvertrag verhandelte. Dieser konnte schließlich am 15. Mai 1955 im Wiener Belvedere unterzeichnet werden.

1956 wurde Bruno Kreisky im Wahlkreis St. Pölten zum Nationalratsabgeordneten gewählt. Drei Jahre später wurde er stellvertretender Bundesparteivorsitzender der SPÖ und erster Außenminister der Republik Österreich mit einem eigenen Ministerium.¹²

Nach einer Erkrankung des damaligen SPÖ-Vorsitzenden Dr. Bruno Pittermann begann man ab 1966 eine neue Person für die höchste Parteifunktion zu suchen. Die Auseinandersetzungen um die Nachfolge wurden überaus hart geführt. Kreisky hatte die Mehrheit der Landesparteien als möglicher Nachfolger hinter sich vereint, gegen ihn waren aber Teile der Wiener SPÖ und die Gewerkschaft.¹³ Als stellvertretendem Bundesparteivorsitzenden wurde Kreisky bei der Vertretung Pittermanns „vom Zentralsekretär Gratz im Auftrag Waldbrunnens verboten, Pittermanns Zimmer zu

¹² Vgl. Maimann, Helene (Hrsg.): Über Kreisky. Gespräche aus Distanz und Nähe, Wien 2011, S. 265–266

¹³ Vgl. Pelinka, Peter: Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien 2000, S. 128–129

benutzen, dann praktisch ein Hausverbot für die Löwelstraße erteilt – Kreisky zog in die nahe liegende Parteizentrale der niederösterreichischen SPÖ, deren Landesvorsitzender er seit Juni 1966 war¹⁴. Am 1. Februar 1967 wurde Kreisky dennoch zum Bundesparteivorsitzenden gewählt. „Mit 32 von 54 Stimmen wurde er den Delegierten zum Obmann vorgeschlagen, die ihn dann auch mit 347 von 497 Stimmen bestätigten.“¹⁵

In den drei Jahren bis zur Nationalratswahl 1970 initiierte Kreisky eine Vielzahl an Maßnahmen, die das bisherige Bild der SPÖ in der Bevölkerung änderten. Unter Einbeziehung von 1.400 ExpertInnen erarbeitete man das „Programm für Österreich“, als inhaltliche Grundlage für die bevorstehende Wahlauseinandersetzung. Mit Kardinal Dr. Franz König kam es zu einer Aussöhnung zwischen der Sozialistischen Partei und der Katholischen Kirche. In der „Eisenstädter Erklärung“ distanzierte man sich 1969 klar vom Kommunismus.¹⁶ Der „Antikommunist Kreisky“¹⁷ kritisierte bereits 1961 die „zu große Nähe von Bundeskanzler Raab zur Sowjetunion und unternimmt ausgedehnte Vortragsreisen in die USA“¹⁸.

Im Nationalratswahlkampf 1970 wurde „in kodierte, aber allgemein verständlicher Sprache“¹⁹ auf die jüdische Herkunft Kreiskys angespielt. Für den amtierenden Bundeskanzler Dr. Josef Klaus wurde nämlich mit dem Slogan „Ein echter Österreicher“ geworben. Eines der Schwerpunktthemen der SPÖ in der Wahlauseinandersetzung war die Ankündigung der Reduzierung des Wehrdienstes. „Der von der ‚Sozialistischen Jugend‘ geprägte Slogan ‚Sechs Monate sind genug‘ hat vielen jungen Wählern, die 1970 erstmals in ihrem Leben zu den Urnen gingen, die Entscheidung sicherlich erleichtert, für die SPÖ zu stimmen.“²⁰

Das Wahlergebnis am 1. März 1970 brachte 44,7 Prozent für die Österreichische Volkspartei. Die Sozialistische Partei erreichte 48,4 Prozent und auf die Freiheitliche Partei entfielen 5,5 Prozent der Stimmen.²¹ „Nur das Wahlrecht, das sich in der

¹⁴ Pelinka, Peter: Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien 2000, S. 129

¹⁵ Ebenda

¹⁶ Vgl. Ebenda, S. 130

¹⁷ Ebenda

¹⁸ Maimann, Helene (Hrsg.): Über Kreisky. Gespräche aus Distanz und Nähe, Wien 2011, S. 264

¹⁹ Petritsch, Wolfgang: Bruno Kreisky. Die Biographie, St. Pölten 2010, S. 173

²⁰ Ebenda, S. 174

²¹ Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1970.aspx (gefunden am 23. Mai 2012)

Vergangenheit schon zweimal nachteilig für die SPÖ ausgewirkt hatte, verhinderte die absolute Mehrheit.“²² Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der Österreichischen Volkspartei setzte Kreisky einen mutigen Schritt und sicherte sich die Unterstützung der FPÖ für eine Alleinregierung der SPÖ. Im Gegenzug wurde der kleinsten Partei im Nationalrat „eine Wahlrechtsreform in Aussicht gestellt, die den Proportionalitätseffekt und somit kleinere Parteien stärken sollte“²³.

Am 25. April 1971 gelang die Wiederwahl von Franz Jonas mit 52,8 Prozent als Bundespräsident.²⁴ Bruno Kreisky hatte bereits vor dem Wahltag angekündigt: „Die Entscheidung über die Zukunft der Regierung wird zunächst bei der Bundespräsidentenwahl fallen.“²⁵ Am 7. Juli 1971 wurde von der SPÖ-Fraktion ein Antrag auf Neuwahlen im Nationalrat eingebracht, der eine Mehrheit fand. Die Wahl zum Nationalrat wurde schließlich am 10. Oktober 1971 durchgeführt. Mit dem Slogan „Lasst Kreisky und sein Team arbeiten!“ warb die SPÖ um Unterstützung bei den Wählerinnen und Wählern und erreichte am Wahlabend mit 50 Prozent und 93 Mandaten die absolute Mehrheit. 43,1 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf die ÖVP und die Freiheitliche Partei Österreichs konnte 5,5 Prozent auf sich vereinen. Auf die Volkspartei entfielen damit 80 und auf die Freiheitlichen 10 Mandate. Dies war auch die erste Nationalratswahl, bei der nicht 165, sondern 183 Mandate zu vergeben waren.²⁶

Bei der nächsten Nationalratswahl am 5. Oktober 1975 erreichte die SPÖ 50,4 Prozent. Damit zogen neuerlich 93 sozialistische MandatarInnen in das Parlament ein. Die ÖVP erreichte 42,9 Prozent und war mit 80 Abgeordneten vertreten. 5,4 Prozent entfielen auf die FPÖ, was 10 Mandate bedeutete.²⁷ Am 6. Mai 1979 fand die nächste Nationalratswahl statt.

²² Petritsch, Wolfgang: Bruno Kreisky. Die Biographie, St. Pölten 2010, S. 175

²³ Ebenda, S. 177

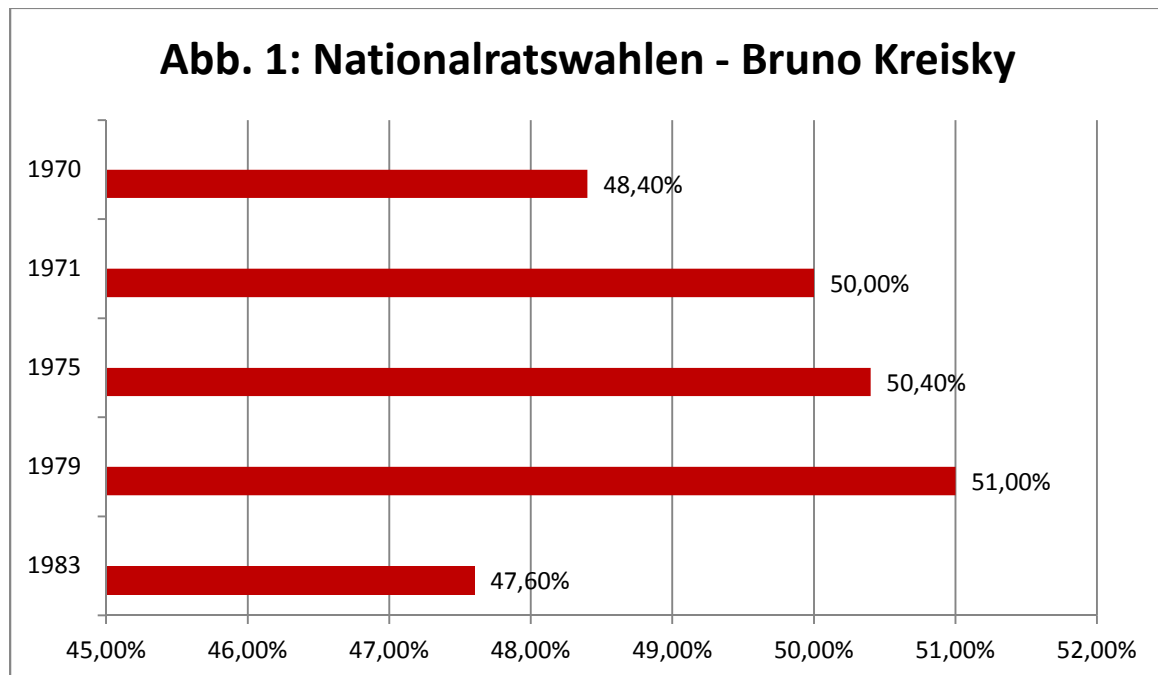
²⁴ Vgl. http://www.bundespraesident.at/index.php?id=203&no_cache=0&L=0 (gefunden am 22. Mai 2012)

²⁵ Zitiert nach: Petritsch, Wolfgang: Bruno Kreisky. Die Biographie, St. Pölten 2010, S. 198

²⁶ Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1971.aspx (gefunden am 24. Mai 2012)

²⁷ Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1975.aspx (gefunden am 24. Mai 2012)

Dabei konnte die SPÖ neuerlich ihr Ergebnis steigern und erreichte 51 Prozent der Stimmen. Die ÖVP kam auf 41,9 Prozent, auf die FPÖ entfielen 6,1 Prozent. In Mandaten bedeutete dies ein Kräfteverhältnis von 95 sozialistischen Abgeordneten, 77 VertreterInnen der ÖVP und 11 NationalrätInnen der FPÖ.²⁸



Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_History.aspx

In den Jahren 1970 bis 1983 wurde eine Reihe von gesetzlichen Maßnahmen erlassen. Diese hatten „nachhaltige Auswirkungen auf das politische System Österreichs“²⁹. Es „begann eine Ära, die Österreich grundlegend veränderte“³⁰. Es kam in dieser Zeit zu „einer wesentlichen Erneuerung und Modernisierung von Staat und Gesellschaft“³¹.

Wie in der Publikation „Woher wir kommen“ des Renner Institutes in einer Zeitleiste aufgelistet, wurde etwa 1972 die Einrichtung eines Ministeriums für Gesundheit und Umweltschutz beschlossen und 1973 die Fristenlösung ausschließlich mit den Stimmen der SPÖ im Nationalrat verabschiedet.

²⁸ Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1979.aspx (gefunden am 24. Mai 2012)

²⁹ Schmid, Gerhard: Österreich im Aufbruch. Die österreichische Sozialdemokratie in der Ära Kreisky (1970–1983), Innsbruck 1999, S. 9

³⁰ Sandner, Günther: Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie, hrsg. von Karl-Renner-Institut, Wien 2012, S. 54

³¹ Ebenda

Ein Jahr später wurde unter anderem der Zivildienst eingeführt. 1977 wurde der Mindesturlaub auf 24 Werktage erhöht und die Pflegefreistellung ermöglicht. Weiters wurde die Volksanwaltschaft eingeführt. 1979 trat das Gleichbehandlungsgesetz in Kraft, 1982 die Verbesserung der Familienförderung sowie Mietzinsobergrenzen mit dem neuen Mietrechtsgesetz.³²

1979 wurde im Bundeskanzleramt ein Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen eingerichtet. Johanna Dohnal wurde zur Staatssekretärin ernannt. Elf Jahre später sollte sie als erste Frauenministerin der Republik Österreichs angelobt werden.³³

In der Biografie über Bruno Kreisky beschreibt sein ehemaliger Sekretär, Dr. Wolfgang Petritsch, ebenfalls eine Vielzahl an politischen Errungenschaften der SPÖ-Alleinregierung, die heute meist als Selbstverständlichkeit angesehen werden: „Arbeitszeitverkürzung und vier Wochen Mindesturlaub wurde ebenso festgeschrieben wie die Verkürzung der Wehrdienstzeit; hinzu kam die Einführung des Zivildienstes. Die Studiengebühren wurden aufgehoben, das Mitbestimmungsrecht der Studenten garantiert, die Heiratsbeihilfe und der ‚Mutter-Kind-Pass‘ wurden eingeführt, ebenso Gratisschulbücher für alle. Darüber hinaus wurde die Abschaffung der Aufnahmeprüfung in die Allgemeine Höhere Schule beschlossen. Damit wurde in kurzen Abständen eine bislang einmalige Gesamtreform der gesellschaftspolitisch wichtigen Bereiche Justiz, Familie, Bildung umgesetzt. Die Aufhebung des ‚Homosexuellenparagraphen‘ – welches ein monströses Wort – war jener umstrittene Akt, der dem Staat jegliche Einmischung in die sexuellen Präferenzen des Bürgers verbieten sollte.“³⁴

Eine Niederlage musste Kreisky bei der Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf hinnehmen. Am 5. November 1978 stimmten 50,5 Prozent gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich.³⁵ Das Ergebnis gegen die Betreibung des „noch unter ÖVP-Verantwortung beschlossenen

³² Vgl. Woher wir kommen, hrsg. vom Dr. Karl Renner-Institut im Auftrag des Bundesbildungsausschusses der SPÖ, Wien 1989, S. 53–58

³³ Vgl. Sandner, Günther: Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie, hrsg. von Karl-Renner-Institut, Wien 2012, S. 51

³⁴ Petritsch, Wolfgang: Bruno Kreisky. Die Biographie, St. Pölten 2010, S. 206

³⁵ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksabstimmung/Ergebnisse.aspx (gefunden am 26. Mai 2012)

Atomkraftwerks Zwentendorf“³⁶ führte in Folge zur Beschlussfassung eines Atomsperrgesetzes. Es gab zwar noch einen Versuch dieses wieder aufzuheben, der jedoch nicht glückte. Auch innerhalb der SPÖ führte die klare Positionierung der Parteiführung für die Nutzung der Kernenergie zu intensiven Diskussionen. „Erst die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 zog einen Schlusstrich unter die österreichischen [sic!] Debatte um die friedliche Nutzung der Kernenergie.“³⁷

Im Jahr 1978 wurde nach jenem aus dem Jahr 1958 auch ein neues Parteiprogramm verabschiedet. Mit der Beschlussfassung durch die Delegierten „sollte die Programmatik der SPÖ an das Reformwerk der Kreisky-Jahre angepasst werden“³⁸.

Wirtschaftspolitisch betrachtet wird Kreiskys Kanzlerschaft primär mit dem Begriff des „Austrokeynesianismus“ umschrieben. Für den britischen Ökonomen John Maynard Keynes brachte das kapitalistische System immer wieder Krisen mit sich, die eines staatlichen Eingreifens bedürfen. Aufgabe des Staates ist ein „antizyklisches Verhalten (z.B. kreditfinanzierte Ausgabenerhöhung bei schwacher privatwirtschaftlicher Nachfrage und Ausgabensenkung bei Übernachfrage)“³⁹. Neben einem Bündel an wirtschaftspolitischen Maßnahmen inkludierte dies auch „die Zulassung von Budgetdefiziten zur Nachfragestützung“⁴⁰.

Die Politik mit der klaren Zielsetzung der Erlangung von Vollbeschäftigung hatte drei wesentliche Standbeine, „nämlich die Arbeitsmarktpolitik, die Beschäftigungsprogramme und die Verstaatlichte Industrie als Instrument der Beschäftigungspolitik“⁴¹.

Oftmals wird behauptet, dass die hohen Staatsschulden vor allem in den 80er-Jahren ein Produkt der Wirtschaftspolitik von Bruno Kreisky gewesen seien. Das ist

³⁶ Pelinka, Peter: Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien 2000, S. 141

³⁷ Sandner, Günther: Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie, hrsg. von Karl-Renner-Institut, Wien 2012, S. 57

³⁸ Ebenda, S. 58

³⁹ Ebenda

⁴⁰ Clement, Werner: Wirtschaftspolitische Hintergrund und Rahmenbedingungen, in: Turnheim, Georg (Hrsg.): Österreichs Verstaatlichte. Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der österreichischen Industrie von 1918 bis 2008, Wien 2009, S. 185

⁴¹ Schmid, Gerhard: Österreich im Aufbruch. Die österreichische Sozialdemokratie in der Ära Kreisky (1970–1983), Innsbruck 1999, S. 166

allerdings „sachlich unzutreffend“⁴²: „Das zeigt ein Vergleich der Periode 1970 – 1983 mit den folgenden 5 Jahren 1984 – 1988. Der Finanzschuldenstand 1988 stammte zu einem kleinen Teil aus den Jahren vor 1970, nämlich zu 6 %. Aus den 14 Jahren von 1970 – 1983 stammten 48%, aber aus den 5 Jahren von 1984 – 1988 stammten 46% der gesamten Finanzschulden. Mit anderen Worten war der Zuwachs der Staatsschulden in den 5 Jahren nach Ende der Regierungszeit Kreiskys in absoluten Beträgen etwa gleich hoch wie in den 14 Jahren davor.“⁴³ Die Staatsschulden Österreichs sind – noch in Schillingbeträgen angegeben – „von 1970 – 1980 von 47 Milliarden auf 261 Milliarden (also um insgesamt 213 Milliarden Schilling) angewachsen. Von 1980 – 1990 von 261 Milliarden auf 861 Milliarden und von 1983 – 1993 von 416 Milliarden auf 1051 Milliarden.“⁴⁴ Das zeigt, dass die Verschuldung Österreichs „nicht ein spezifisches Problem der Ära Kreisky ist“⁴⁵.

Speziell die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und das Bemühen um Vollbeschäftigung war für Bruno Kreisky ein zentrales Anliegen. Dies war geprägt vom Zusammenhang zwischen schweren ökonomischen Krisen und einer daraus folgenden Massenarbeitslosigkeit sowie als Folge daraus einer Entdemokratisierung beziehungsweise Radikalisierung politischer Systeme bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen. „Wenn ich mich also in meiner aktiven Zeit in der Politik vorwiegend mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschäftigt habe, so stand dahinter das mich bewegende Problem des Friedens.“⁴⁶ Kreisky sah die Positionierung der Sozialdemokratie für die Vollbeschäftigung als „eine Art Standortbestimmung, auf die ich nicht verzichten kann“⁴⁷. Obwohl Ende der 1980er- Jahre Ökonomen von dieser Forderung abrückten, war dies für Bruno Kreisky kein Grund diese zentrale Botschaft seiner politischen Tätigkeit anzuzweifeln. In einem Beitrag mit dem Titel „20 Millionen suchen Arbeit – Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa“ der in der Zeitschrift *Die Zukunft* im Jahr 1989 erschienen ist, merkte er angesichts der damaligen europaweiten Arbeitslosenzahlen an: „Die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa hat in den letzten Jahren relativ wenig Widerhall gefunden. Es scheint eine

⁴² Fischer, Heinz: Die Kreisky-Jahre. 1967 – 1983, Wien 1994, S. 170

⁴³ Ebenda

⁴⁴ Ebenda, S. 278

⁴⁵ Ebenda

⁴⁶ Kreisky, Bruno: 20 Millionen suchen Arbeit. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa, in: Fröschl, Erich (Hrsg.): Politik über den Tag hinaus. Programmdiskussionen der österreichischen Sozialdemokratie 1966–1996, Wien 1996, S. 254

⁴⁷ Ebenda, S. 255

Art Entpolitisierung dieses Problems eingetreten zu sein. Ich halte das für eine falsche Einstellung, die katastrophale Folgen haben kann. Ich kann nicht genug vor den Folgen langdauernder Arbeitslosigkeit und deren sozialen Nebenwirkungen warnen. Der Eindruck, daß wir es im demokratischen Europa mit einem unlöslichen Beschäftigungsproblem zu tun haben, ist irreführend. Es könnte vor allem Politiker dazu verleiten, Arbeitslosigkeit als ein Problem von geringerer Priorität zu behandeln, bei dem Lippenbekenntnisse genügen.⁴⁸

Viele positive Ereignisse der österreichischen Außenpolitik und die aktive Nutzung der Möglichkeiten eines neutralen Staates als unbefangener Vermittler werden mit der Person Bruno Kreisky verbunden. Er verfolgte das klare Ziel, „Österreichs internationale Position zu festigen, sein Ansehen zu erhöhen und an der Lösung von Problemen im Bereich der internationalen Beziehungen mitzuwirken“⁴⁹, urteilt Heinz Fischer. Einen besonderen Schwerpunkt legte Kreisky auf die Nahostpolitik. In dem Buch „Ära oder Episode – Das Phänomen Bruno Kreisky“ von Elisabeth Horvath wird Peter Jankowitsch zitiert, der die Meinung vertritt, dass die Einmaligkeit in der Nahostpolitik darin lag, dass Kreisky „als einer der ersten westeuropäischen Politiker den Arabern zugehört hat. Denn lange Zeit gab es ja eine eindeutige Frontstellung: ‚Wir sind für Israel, das ein Teil von uns ist.‘ Die einen argumentieren so aus schlechtem Gewissen, die anderen, weil Israel der Staat war, der die Wüste zum Blühen gebracht hatte. Kreisky hat als erster erfaßt, daß es zwei Seiten in diesem Drama gibt.“⁵⁰ Dieser vorurteilsfreie Zugang gegenüber Israel war Kreisky „gerade wegen seiner persönlichen Geschichte“⁵¹ möglich. Heinz Fischer schreibt in seinem Buch „Die Kreisky-Jahre 1967-1983“: „Kreisky hat sicher einen substantiellen Beitrag dazu geleistet, die Führung der PLO von der Fruchtlosigkeit weiterer Gewaltanwendung zu überzeugen. Wenngleich noch viele Jahre vergehen sollten, bis das Gespenst des organisierten palästinensischen Terrors verschwunden sein würde, begann mit dem spektakulären Auftreten Jassir Arafats vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Herbst 1974 die ‚politische‘ Phase des palästinensischen Widerstandskampfes. So wenig auch Kreisky Enttäuschungen

⁴⁸ Kreisky, Bruno: 20 Millionen suchen Arbeit. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa, in: Fröschl, Erich (Hrsg.): Politik über den Tag hinaus. Programmdiskussionen der österreichischen Sozialdemokratie 1966–1996, Wien 1996, S. 256

⁴⁹ Fischer, Heinz: Die Kreisky-Jahre. 1967 – 1983, Wien 1994, S. 223

⁵⁰ Zitiert nach: Horvath, Elisabeth: Ära oder Episode. Das Phänomen Bruno Kreisky, Wien 1989, S. 171

⁵¹ Fischer, Heinz: Die Kreisky-Jahre. 1967 – 1983, Wien 1994, S. 229

und Rückschläge in der Nahostpolitik erspart geblieben sind (so etwa sein wenig geglückter Versuch, das ‚unbezähmbare Phänomen Gaddafi‘ einem politischen Dialog näherzubringen), kann nicht ernsthaft bestritten werden, daß er ganz entscheidende Beiträge geleistet hat, um den Nahostkonflikt vom Weg der Gewalt zum Weg des Dialoges zu führen.“⁵² Kreisky wirkte gemeinsam mit seinen Gesinnungsfreunden Olof Palme aus Schweden und Willy Brandt aus Deutschland in der Sozialistischen Internationale. Jeder dieser drei Politiker hatte Schwerpunktregionen, wo er sich engagierte: „Kreisky sollte sich um den Mittleren Osten kümmern, Brandt um Lateinamerika und Palme um Afrika“⁵³, schreibt Plame-Biograf Henrik Berggren.

Bei der Nationalratswahl am 24. April 1983 verlor die Sozialistische Partei Österreichs die absolute Mehrheit und kam auf 47,6 Prozent beziehungsweise 90 Mandate. Die ÖVP erreichte 43,2 Prozent der Stimmen. Damit zogen für die Volkspartei 81 Abgeordnete in den Nationalrat ein. Auf die Freiheitliche Partei Österreichs entfielen 5 Prozent, was 12 Mandate bedeutete.⁵⁴

Eineinhalb Monate vor dieser Wahl, konkret am 12. März 1983, hatte der SPÖ-Vorsitzende und Bundeskanzler angekündigt, „er stehe als Regierungschef nach der Wahl nur dann zur Verfügung, wenn die SPÖ wieder eine absolute Mehrheit erhalte“⁵⁵. Kreisky setzte bereits am Tag nach der Wahl seinen persönlichen Entschluss um und schlug im Bundesparteipräsidium Vizekanzler Fred Sinowatz als seinen Nachfolger vor. Laut den Erinnerungen von Heinz Fischer wehrte sich Sinowatz „mit deutlichen Worten und fast flehentlich dagegen, die Bürde der Nachfolge Bruno Kreiskys auf seine Schultern geladen zu bekommen“⁵⁶. Für den heutigen Bundespräsidenten verriet „die Körpersprache von Fred Sinowatz, der sich die Debatte mit gesenktem Haupt anhörte“⁵⁷, dass „er nicht am ‚Ziel seiner Wünsche‘ war, sondern vielmehr die ihm zugedachte Aufgabe als Belastung empfand“⁵⁸.

⁵² Fischer, Heinz: Die Kreisky-Jahre. 1967 – 1983, Wien 1994, S. 230–231

⁵³ Berggren, Henrik: Olof Palme. Vor uns liegen wunderbare Tage, Die Biographie, München 2011, S. 569

⁵⁴ Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1983.aspx (gefunden am 24. 05.2012)

⁵⁵ Fischer, Heinz: Die Kreisky-Jahre. 1967 – 1983, Wien 1994, S. 254

⁵⁶ Ebenda, S. 258

⁵⁷ Ebenda

⁵⁸ Fischer, Heinz: Die Kreisky-Jahre. 1967 – 1983, Wien 1994, S. 258

2.2 Sinowatz – Beginn des Strukturwandels

Dr. Fred Sinowatz wurde am 5. Februar 1929 geboren und begann seine politische Karriere zunächst in der Kommunalpolitik und hielt anschließend unterschiedliche landespolitische Mandate und Funktionen inne. 1971 wurde er schließlich Bundesminister für Unterricht und Kunst und 1981 in das Amt des Vizekanzlers berufen.⁵⁹ Nach dem Rücktritt von Bruno Kreisky als Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzender folgte ihm Sinowatz in beide Positionen. Zunächst am 24. Mai 1983 als Bundeskanzler der Republik Österreich und vom 27. bis 29. Oktober 1983 fand der 28. Bundesparteitag der SPÖ statt, auf dem Dr. Fred Sinowatz auch zum Bundesparteivorsitzenden gewählt wurde. Die Delegierten würdigten die Verdienste Kreiskys und ihm wurde die Position des Ehrenvorsitzenden der Partei zuteil.⁶⁰

Sinowatz kannte aufgrund seiner bisherigen Tätigkeit die politische Landschaft Österreichs und die Abläufe, Vorgänge und Netzwerke in der Sozialistischen Partei Österreichs sehr gut. Das wird auch in seiner Ansprache als neuer Bundesparteivorsitzender sichtbar:

„Ich weiß um die Bedeutung dieser Funktion, die mir jetzt übertragen wurde, ich kenne die Größe des Auftrags und die Fülle der Arbeit, und trotzdem, das ist keine Bürde für mich, sondern eine Herausforderung. Es ist keine Belastung, sondern eine Aufgabe. Denn diese Partei, die Sozialistische Partei Österreichs, das ist meine politische Heimat. Ich habe in dieser Partei nun bald 40 Jahre hindurch gearbeitet. In der frühesten Jugend, 1945, war ich dabei, als wir in der Besatzungszeit zum ersten Mal von Haus zu Haus Mitglieder werben gegangen sind, ich war Gemeinderat und bin Bezirksobmann, und ich war Parteisekretär und Mitglied der Bundesregierung, und ich habe dabei viel gelernt, viel mehr als in der Schule und beim Studium. Viel von den Menschen in dieser Partei und viel von der Seele dieser Organisation. Ich weiß, wie sich diese Partei einsetzen kann und wie sie leiden kann; ich weiß, wie diese Partei im Stande ist und wozu sie imstande ist, wenn sie von ihrer Aufgabe überzeugt ist. Und ich weiß, wie sie abweisend sein kann, spröde und resignativ, wenn sie enttäuscht ist. Das ist wirklich eine großartige Partei, diese Sozialistische Partei Österreichs, und ich wiederhole, ich werde diese Funktion des Vorsitzenden mit ganzer Kraft und Energie und mit meiner Zuneigung und mit einer inneren Verbundenheit zu dieser

⁵⁹ Vgl. http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01872/index.shtml (gefunden am 19. Mai 2012)

⁶⁰ Vgl. *Woher wir kommen*, hrsg. vom Dr. Karl Renner-Institut im Auftrag des Bundesbildungsausschusses der SPÖ, Wien 1989, S. 59

Bewegung ausüben. Ich bin stolz, zum Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Österreichs gewählt worden zu sein.“⁶¹

Fred Sinowatz rief in seiner Antrittsrede als neuer Parteivorsitzender am 29. Oktober 1983 auch mehrfach zur Geschlossenheit der Sozialistischen Partei auf. Für die 80er und 90er Jahre wird für ihn die SPÖ „eine Partei sein müssen, in der oben und unten die Überheblichkeit des langen Erfolges und Regierens abgewöhnt werden muß. In der man peinlich bemüht sein wird müssen um politische Moral und persönliche Integrität. In der hart gearbeitet werden muß, heute vielleicht noch mehr als früher. In der nicht intrigiert werden sollte, in der es ruhig Auseinandersetzungen geben darf, aber keine Feindschaften.“⁶²

Peter Pelinka bezeichnete Sinowatz in seinem Buch „Österreichs Kanzler“ als „Verwalter eines schweren Erbes“⁶³, der Vorsitzender einer Partei war, die „ihre Strukturschwächen lange Jahre hinter der öffentlichen Dominanz Kreiskys verbergen hatte können“⁶⁴.

Zwei Jahre später, am 29. Bundesparteitag der SPÖ, verwies Sinowatz in seiner Rede, dass die Mitgliedschaft in der Partei nicht mit dem Erlangen eines persönlichen Profits gleichzusetzen sei. Dies auch vor dem Hintergrund erster Strukturveränderungen beispielsweise in der Verstaatlichten Industrie.

„Diese sozialdemokratische Bewegung hat sich die Partei geschaffen nicht zum Selbstzweck, sondern zur Realisierung ihrer Grundsätze. Sie zählt heute 700.000 Mitglieder, die die Bewegung ideell und materiell unterstützen. Es ist legitim, daß sie ein Recht auf Mitbestimmung besitzen und ein Recht auf Information. Dieses Recht wird immer lauter vorgetragen, und wir werden uns danach richten müssen. Verständlich, daß auch der Wunsch nach Beratung und Service besteht, in einer Zeit, in der die Verwaltung unübersichtlich geworden ist. Aber diese Partei ist keine Interventionsagentur. Man kann sie nicht mit einem Zigarettenautomaten vergleichen,

⁶¹ Sinowatz, Fred: Politik für Österreich unter neuen Bedingungen. Die Parteitage des neuen Bundesparteivorsitzenden, gehalten am 29. 10. 1983, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Politik und Dokumentation, Nr. 24, November, 17. Jahrgang, Wien 1983, S. 3

⁶² Ebenda, S. 7

⁶³ Pelinka, Peter: Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien 2000, S. 151

⁶⁴ Ebenda, S. 167

wo man oben den Mitgliedsbeitrag hineinwirft und unten eine Wohnung oder eine andere Bevorzugung entnehmen kann.“⁶⁵

Bundeskanzler Sinowatz unterstrich in seiner Antrittsrede als Bundesparteivorsitzender die Wichtigkeit von Parteien im demokratischen System und die Verantwortung für die Demokratie. Dies tat er zweifelsohne wohl wissend, dass nach so langer Zeit der Alleinregierung die Gefahr der Trägheit und der geringen Selbstreflektion überaus groß ist:

„Es ist in unserer Zeit fast schon zum guten Ton geworden, Parteien und die Arbeit für die Parteien von vornherein negativ zu beurteilen, die Politik und die Politiker abzuqualifizieren, ja oft zu diskreditieren. Und ich will es gar nicht leugnen, daß dazu auch fehlerhaftes Verhalten geführt hat, unbegründete Überheblichkeit, Mißbrauch der übertragenen Kompetenzen. Deshalb werde ich nicht aufhören, zu mahnen, daß eine so starke Partei wie die unsere sich immer wieder selbst zu prüfen hat, was ihre Haltung betrifft, sich immer wieder um ihre politisch-moralische Integrität zu bemühen. Aber ich meine, daß es auch notwendig ist, daran zu erinnern, daß es eine pluralistische Demokratie und eine parlamentarische Demokratie ohne Parteien nicht gibt. Es muß daran erinnert werden, daß alle Versuche in eine andere Richtung schmachvoll gescheitert sind und zur Unfreiheit und zur Zerschlagung der Demokratie geführt haben. Die Demokratie lebt aus der Parteienvielfalt, Demokratie wollen, heißt auch die Parteien anerkennen.“⁶⁶

Der Verlust der absoluten Mehrheit und der Rücktritt von Bundeskanzler Kreisky war für die SPÖ aus Sicht der FunktionärInnen der damaligen Zeit zweifelsohne ein überaus einschneidendes Ereignis, dass mancherorts zu einer gewissen Orientierungslosigkeit führte. Sinowatz verwies daher auf die Errungenschaften der SPÖ in der Zeit von 1970 bis 1983 als Ausgangsbasis für die weitere politische Arbeit:

⁶⁵ Sinowatz, Fred: Mutig in die neuen Zeiten. Rede des Parteivorsitzenden vor dem 29. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ am 12. November 1985 in der Wiener Stadthalle, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Politik und Dokumentation, Nr. 10a, 19. Jahrgang, Wien 1985, S. 6

⁶⁶ Sinowatz, Fred: Politik für Österreich unter neuen Bedingungen. Die Parteitagsrede des neuen Bundesparteivorsitzenden, gehalten am 29. 10. 1983, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Politik und Dokumentation, Nr. 24, November 1983, 17. Jahrgang, Wien 1983, S. 8

„Wir sollten uns auch daran erinnern, daß die Durchschnittseinkommen der Österreicher seit 1970 real fast verdoppelt worden sind. Wir müssen uns daran erinnern, daß wir Infrastrukturmaßnahmen gesetzt haben, die seit 1970 etwa 500 Milliarden Schilling in Anspruch genommen haben. Und daß wir dieses hervorragende Sozialsystem in Österreich entwickeln konnten. Das ist aber doch, wenn man das hört, überhaupt keine Frage, daß damit eine permanente faktische Neuverteilung von Einkommen, von Dienstleistungen und von Qualitätsressourcen stattgefunden hat. Wenn es eine Verdoppelung der PKW gibt, dann müssen neue Bevölkerungsschichten in die Lage versetzt worden sein, PKW zu besitzen. Wenn es eine Verdoppelung des Energieverbrauchs, dann heißt das, daß breitere Schichten der Bevölkerung in Haushalten leben, wo mehr technische Möglichkeiten da sind. Und noch eines, das betrifft ja nicht nur den materiellen Bereich. Das betrifft etwa den Gesundheitsdienst. In den österreichischen Krankenanstalten hat sich die Zahl der Beschäftigten von 1970 auf 1982, obwohl die Bettenzahl fast gleich geblieben ist, um 53 Prozent erhöht. Das heißt mehr Qualität im Gesundheitsdienst. Oder in den Schulen. Hier hat sich die Zahl der Lehrer von 1970 bis 1983 von 60.000 auf 107.000 erhöht, obwohl die Zahl der Schüler rückläufig gewesen ist. Auch hier ist es ein Beweis, daß neue Schichten der Menschen Zugang zur Bildung finden. Es gibt auch eine Neuverteilung bei den gesellschaftlichen Ressourcen. Das betrifft die Rechtsreform, auf die wir immer hinweisen. Das betrifft die Stellung der Frau heute in der Gesellschaft, die anders geworden ist. Das betrifft die Schule, wenn ich feststelle, daß seit 1970 die Zahl jener jungen Menschen, die nach dem Pflichtschulalter noch irgendeine Schule besuchen, um 70 Prozent gestiegen ist. Das betrifft aber auch die Liberalität in der Kunst, im Kulturbereich. Die anders ist als vor unserer Zeit. Und das betrifft auch die freiere Lebensgestaltung heute. Wie viele Tabus sind gefallen, wie viele Zwänge gibt es nicht mehr! Ist nicht auch hier eine Umverteilung vor sich gegangen, die von großer Bedeutung ist? Jawohl, wir haben Österreich moderner, wir haben Österreich wohnlicher gemacht, und wir haben gar keinen Grund, das zu verschweigen, nur weil irgendwer das nicht gern hören will.“⁶⁷

Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit für die Sozialisten kam es zu einer Koalition mit der Freiheitlichen Partei Österreichs unter deren Vorsitzenden Norbert Steger. Dies „passte zu Kreiskys jahrelangen Bemühungen, das so genannte bürgerliche Lager durch eine Aufwertung der FPÖ und die so erhoffte Schwächung der ÖVP weiter zu spalten und eine zumindest relative Dominanz der Sozialdemokratie zu garantieren“⁶⁸. Sinowatz bewertete die Zusammenarbeit von SPÖ und FPÖ in der Koalition sehr nüchtern: „Wir sind zwei verschiedene Parteien, die FP und uns trennen Welten, was Programme und die politischen Prinzipien

⁶⁷ Sinowatz, Fred: Politik für Österreich unter neuen Bedingungen. Die Parteitagrede des neuen Bundesparteivorsitzenden, gehalten am 29. 10. 1983, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Politik und Dokumentation, Nr. 24, November 1983, 17. Jahrgang, Wien 1983, S. 11

⁶⁸ Pelinka, Peter: Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien 2000, S. 159

betrifft. Aber in dieser Koalition ist die SPÖ unbestritten die Führungspartei, und es gibt eine Zusammenarbeit der politischen Vernunft, fußend auf der Logik des Wahlergebnisses von 1983.⁶⁹

In der Wirtschaftspolitik begann man einen neuen Weg einzuschlagen. „Konzepte der Verstaatlichung und des Keynesianismus (die sich gut miteinander vertrugen) verloren, monetaristisch-marktorientierte und neokonservative Vorstellungen gewannen dagegen an Raum.“⁷⁰

1985 war die Verstaatliche Industrie „bei einem 20-prozentigen Anteil an der österreichischen Industrie fast 32% Umsatzanteil, etwa 21,5% Exportanteil und circa 19,2% Investitionsanteil“⁷¹ ein zentraler ökonomischer und lenkungs-politischer Player in Österreich. In vielen Bereichen hatte die SPÖ über die lange Zeit der Alleinregierung indirekten und direkten Einfluss auf Entscheidungsprozesse, Personalbesetzungen und die Einbettung der Industriezweige in ein finanz- und wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept waren gegeben. 1985 kam es aber zu überaus hohen Verlusten der Verstaatlichen Industrie, primär aufgrund von missglückten Öl-Spekulationen des Handelshauses Intertrading. Die Verluste beliefen sich auf 912 Millionen Euro.⁷² Dies war „für die Politik eine Katastrophe und damit ein politischer Wendepunkt für die verstaatlichte Industrie Österreichs“⁷³. Am 4. April 1986 wurde das neue Gesetz der „Österreichischen Industrieholding AG“ beschlossen. „Dieses Gesetz beendet die Instrumentalisierung der verstaatlichten Industrie (in dem Sinn, dass die verstaatlichte Industrie auch volkswirtschaftliche Interessen zu verfolgen hätte). Eine für die SPÖ weitreichende Entscheidung, die nach heftigen innerparteilichen Diskussionen gefällt wurde.“⁷⁴

⁶⁹ Sinowatz, Fred: Mutig in die neuen Zeiten. Rede des Parteivorsitzenden vor dem 29. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ am 12. November 1985 in der Wiener Stadthalle, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Politik und Dokumentation, Nr. 10a, 19. Jahrgang, Wien 1985, S. 24

⁷⁰ Gehler, Michael: Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945–2005), in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 42

⁷¹ Turnheim, Georg : Die Reorganisation und Sanierung der verstaatlichten Industrie als Voraussetzung für deren Privatisierung (Periode 1986 bis 1990), in: Turnheim, Georg (Hrsg.): Österreichs Verstaatlichte. Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der österreichischen Industrie von 1918 bis 2008, Wien 2009, S. 89

⁷² Vgl. Ebenda, S. 86–88

⁷³ Ebenda, S. 86

⁷⁴ Ebenda, S. 90

In einer 1985 erschienenen Publikation des innerparteilichen inhaltlichen Zukunfts-Diskussionsprozesses "Perspektiven 90" zur Sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik analysiert der damalige SPÖ-Vorsitzende und Bundeskanzler Fred Sinowatz nicht nur die schwierige ökonomische Gesamtsituation der damaligen Zeit, sondern gab auch in weiterer Folge zu bedenken, dass die einsetzende Entwicklung, weg von der Solidargesellschaft hin zu einer stärkeren Individualisierung, Auswirkungen auf den gegebenen Wohlfahrtsstaat haben würde: „Die abrupte Halbierung der Wachstumsraten sowie die Stagnation der Weltwirtschaft in den frühen achtziger Jahren haben die Staatsfinanzen in vielen Ländern, und dies gilt auch für Österreich, in einer Weise angespannt, die viele Menschen verunsichert hat. Hohe Defizite und schlechte Wirtschaftsdaten traten damals gleichzeitig auf, was den da und dort anzutreffenden – und von manchen Politikern auch bestärkten – Glauben an die Omnipotenz des Staates sehr erschütterte. Der Staat versagte – aus welchen Gründen auch immer – bei der Erfüllung seiner stabilitätspolitischen Aufgaben.“⁷⁵ Sinowatz bezeichnete dies als konjunkturpolitisches Versagen und erwähnte auch eine weitere Entwicklung, in der sich die Wahrnehmung des Staates, und damit auch des Wohlfahrtsstaates in der Bevölkerung, veränderte. Nämlich jene, dass die Finanzierung der Vielzahl an Angeboten und Leistungen stärker in das Bewusstsein rückt und der Staat weiters mit Normierungen, Beschränkungen und gesetzlichen Reglementierungen verbunden wird. „Dies hat dazu geführt, daß man den Staat oft als den großen bürokratischen Apparat, als den Leviathan ansieht, der die freie Initiative des einzelnen behindert oder verunmöglicht.“⁷⁶ Für den SPÖ-Vorsitzenden war es daher unumgänglich „Bereinigungen im bürokratischen Bereich voranzutreiben, die die (teilweise) Entwicklung des Staates zu einem Dienstleistungsunternehmen behindern. Dies ist nicht zuletzt deswegen notwendig, um das Produkt europäischer Politikauffassung, den Wohlfahrtsstaat, nicht in Mißkredit bringen zu lassen. Denn diesen Wohlfahrtsstaat kann und wird sich die Sozialdemokratie nicht wegnehmen lassen. Es war stets eines der Ziele der Sozialdemokratie, den einzelnen von der Sorge nach seiner materiellen Existenz zu befreien, vor dem Hinausgestoßenwerden ins Unglück zu schützen.“⁷⁷ Im Bewusstsein über eine unumgängliche Transformation des Wohlfahrtsstaates wurde

⁷⁵ Nowotny, Ewald; Tieber, Herbert: Perspektiven '90. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik. Eine Diskussion, Wien 1985, S. 28–29

⁷⁶ Ebenda, S. 29

⁷⁷ Ebenda

zwar festgehalten, dass es über die Notwendigkeit eines Sozial- und Wohlfahrtsstaates an sich keinerlei Diskussion geben dürfe. Seine konkrete Ausformung darf für Fred Sinowatz aber kein Dogma sein. Es gäbe „keine einzige Steuerart, ebenso keine einzige öffentliche Aufgabe, die ein für allemal fixiert und sakrosankt ist. Die staatliche Einnahmen- und Ausgabenpolitik ist ebenso Veränderungen unterworfen wie die Gesellschaft selbst.“⁷⁸ Der SPÖ-Bundeskanzler formulierte infolge eine klare Zielsetzung und Herausforderung: „Es wird dies ein Prüfstein für die Akzeptanz sozialdemokratischer Politik überhaupt sein: Die Vision einer künftigen Gesellschafts- und Lebensform zu finden, deren unabänderliche Rahmenbedingungen starke staatliche Aktivität in vielen Bereichen ist.“⁷⁹

Die Regierungszeit von Bundeskanzler und die Funktionsperiode von Bundesparteivorsitzendem Sinowatz war auch geprägt vom Aufkommen neuer sozialer Bewegungen, wie etwa jener für eine aktive Friedenspolitik, dem Eintreten für mehr Frauenrechte oder der stärkeren Berücksichtigung des Faktors Ökologie in einer ökonomischen Gesamtsicht. Sinowatz analysierte die Auswirkungen dieser Bewegungen für die SPÖ wie folgt: „Die soziologische Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die Überwindung sozialer Barrieren – wir waren es, die das zustande gebracht haben. All das enthebt uns heute der Aufgabe von einst, einen geschlossenen Lebensraum für die Partei und ihre Organisationen zu schaffen. Denn die Klassengesellschaft ist porös geworden, und wir sind keine Klassenpartei alten Zuschnitts mit eingengtem Selbstverständnis, Dialogfähigkeit heißt heute: Auseinandersetzung mit neuen sozialen Gruppierungen, mit der grünen Bewegung, mit der Friedensbewegung, mit der Frauenbewegung, mit der Jugendbewegung, heißt, gerade heute den Generationskonflikt bewußt auszutragen.“⁸⁰

Der geplante Bau eines Donaukraftwerkes bei Hainburg wurde nach heftigen Protesten und der Besetzung der Au durch UmweltaktivistInnen schließlich gestoppt. Damit war die SPÖ neuerlich bei einem Ereignis, das bundesweite Aufmerksamkeit erlangte, mit der Ökologiebewegung konfrontiert. Das löste parteiintern natürlich

⁷⁸ Nowotny, Ewald; Tieber, Herbert: Perspektiven '90. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik. Eine Diskussion, Wien 1985, S. 29

⁷⁹ Ebenda, S. 30

⁸⁰ Sinowatz, Fred: Mutig in die neuen Zeiten. Rede des Parteivorsitzenden vor dem 29. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ am 12. November 1985 in der Wiener Stadthalle, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Politik und Dokumentation, Nr. 10a, 19. Jahrgang, Wien 1985, S. 8

tiefgehende Debatten über den Umgang mit der Umweltschutzbewegung aus: „Die SPÖ verhielt sich ihr gegenüber ambivalent. Dachten Teile der Partei schon bald über rot-grüne Gemeinsamkeiten, Kooperationen und auch Bündnisse nach, sahen andere durch Naturschutz und Umweltschutz das Programm einer Koppelung von Wirtschaftswachstum und sozialem Fortschritt gefährdet.“⁸¹

Weitere nachhaltige Ereignisse prägten die österreichische Innenpolitik in der damaligen Zeit. So kam etwa der Weinskandal ans Tageslicht, wo dem Wein Glykol beigemischt wurde und das im Staatsbesitz befindliche Unternehmen Noricum verstieß gegen das Neutralitäts- und Waffenexportgesetz in dem sie im Golfkrieg sowohl den Irak als auch den Iran belieferte.⁸²

Hitzige Debatten löste die Nominierung der ÖVP von Dr. Kurt Waldheim für die Bundespräsidentenwahl 1986 aus, als Details über die Tätigkeiten von Waldheim in der Zeit des Nationalsozialismus bekannt wurden. Zwar konnte ihm keine Beteiligung an Verbrechen nachgewiesen werden, dennoch „blieb das Faktum bestehen, dass er seine Vergangenheit ‚geschönt‘ und jeweils auch unbedeutende Vorfälle nur dann zugegeben hatte, wenn sie detailliert belegt worden waren“⁸³. Die aufgeheizte Debatte und verschiedene Diskussionsbeiträge aus dem Ausland führten zu einer „Jetzt erst recht-Stimmung“ in Teilen der WählerInnenenschaft.

Beim ersten Wahlgang am 4. Mai 1986 erreichte der Kandidat der SPÖ, Dr. Kurt Steyrer, 43,7 Prozent. Auf Dr. Kurt Waldheim entfielen bereits 49,6 Prozent der Stimmen. Diesen Rückstand konnte Steyrer auch in der Stichwahl, die am 8. Juni stattfand, nicht mehr aufholen. Er konnte 46,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Waldheim ging schließlich mit 53,9 Prozent als Sieger hervor.⁸⁴

Nach dieser Wahlniederlage trat Sinowatz, „der offen gegen den ÖVP-Kandidaten Stellung genommen hatte“⁸⁵ zurück. Er übergab schließlich die Kanzlerschaft am 16.

⁸¹ Sandner, Günther: Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie, hrsg. von Karl-Renner-Institut, Wien 2012, S. 64

⁸² Vgl. Ebenda, S. 65

⁸³ Pelinka, Peter: Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien 2000, S. 169

⁸⁴ Vgl. http://www.bundespraesident.at/index.php?id=200&no_cache=0&L=0 (gefunden am 28. Mai 2012)

⁸⁵ Gehler, Michael: Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945–2005), in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 43

Juni 1986 an seinen Finanzminister Franz Vranitzky.⁸⁶ Den Parteivorsitz behielt er bis zum 11. Mai 1988 inne.⁸⁷

2.3 Vranitzky – 10 Jahre SPÖ-ÖVP-Koalition

Bevor Dr. Franz Vranitzky in die Bundesregierung berufen wurde, war er als Vorsitzender des Vorstandes der Österreichischen Länderbank AG tätig. Am 10. September 1984 wurde ihm das Amt des Bundesministers für Finanzen anvertraut.⁸⁸ Dieser Einstieg in die Politik hätte allerdings auch bereits ein Jahr zuvor erfolgen können, denn „noch bei der Regierungsbildung 1983 war er – ein ehemaliger Berater Androschs – von Kreisky abgelehnt worden“⁸⁹.

Vranitzky stand als Bundeskanzler insgesamt fünf Regierungen vor. Erstmals trat er dieses Amt am 16. Juni 1986 an; zwölftehalb Jahre später, am 28. Jänner 1997 übergab er es offiziell an seinen Nachfolger Mag. Viktor Klima. Im Kabinett Vranitzky I – der Koalitionsregierung mit der Freiheitlichen Partei Österreich – stellte die SPÖ zwölf MinisterInnen und die FPÖ drei. Von den sechs StaatssekretärInnen entfielen jeweils drei auf die beiden Koalitionsparteien. In den folgenden vier Regierungsperioden mit der ÖVP wechselte diese mehrmals ihren Vizekanzler aus. Alois Mock, Josef Riegler, Erhard Busek und Wolfgang Schüssel waren vom 21. Jänner 1987 bis zum 28. Jänner 1997 die Stellvertreter von Bundeskanzler Vranitzky. In der Regierung Vranitzky II erfolgte die Aufteilung der Ministerien und Staatssekretariate überaus ausgeglichen mit jeweils sechs MinisterInnen und zwei StaatssekretärInnen sowie einem parteilosen Minister. In den folgenden vier Jahren erhöhte sich die Zahl der MinisterInnen lediglich um einen Verantwortungsbereich auf jeweils sieben. Zwischen 29. November 1994 und 12. März 1996 stellte die SPÖ acht und die ÖVP sieben MinisterInnen. Ein Minister war wiederum parteilos und von den fünf Staatssekretariaten besetzte die SPÖ zwei und die ÖVP drei. Die mit 12. März 1996 ihren Dienst angetretene letzte Regierung mit Vranitzky als Bundeskanzler bestand auf Ministerebene aus sieben VertreterInnen der SPÖ und sechs ÖVP-

⁸⁶ Vgl. Pelinka, Peter: Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien 2000, S. 185

⁸⁷ Vgl. Woher wir kommen, hrsg. vom Dr. Karl Renner-Institut im Auftrag des Bundesbildungsausschusses der SPÖ, Wien 1989, S. 63

⁸⁸ Vgl. http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01368/ (gefunden am 23. Mai 2012)

⁸⁹ Lauber, Volkmar: Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die zweite Republik, Wien 1997, S. 552

Mitgliedern. Jeweils ein Staatssekretariat erging an die beiden Parteien und der parteilose Minister wurde beibehalten.⁹⁰

Zunächst wurde die Koalition mit der FPÖ mit Vizekanzler Dr. Norbert Steger fortgesetzt. Am 13. September 1986 fand jedoch in Innsbruck der Parteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs statt, bei dem es zu einer Kampfabstimmung um den Parteiobmann zwischen Vizekanzler Norbert Steger und Dr. Jörg Haider kam. Der Journalist Peter Pelinka war selbst am Parteitag anwesend und charakterisierte diese Auseinandersetzung als „die ‚nationale‘ Grundströmung an der FPÖ-Basis gegen den liberalen, urbanen, mit den ‚Roten‘ verbündeten Parteiobmann“⁹¹. Seiner Schilderung nach beobachtete er: „Mehrere (provokante?) ‚Sieg Heil‘-Rufe, ein Delegierter, der seine Hitler-Devotionalien stolz zur Schau trug (und später ausgeschlossen werden musste), ein Parteiobmann, der als ‚Jud‘ beschimpft und mit dem ‚Vergasen‘ bedroht wurde (wohl auch Reflex auf Zeitungsberichte, wonach der jüdische Adoptivvater Norbert Stegers im KZ Theresienstadt umgebracht worden war).“⁹²

In der Wahl setzte sich schließlich Jörg Haider mit 57,7 Prozent durch. Nach dem Abstimmungsergebnis beim Parteitag reagierte Bundeskanzler Vranitzky und schlug dem Präsidium der SPÖ vor, die Koalition mit der FPÖ zu beenden und Neuwahlen zu initiieren. Vranitzky begründete dies damit, es seien „im Laufe des Parteitags der Freiheitlichen Partei in Innsbruck doch Tendenzen zutage getreten, die erkennen lassen, daß die ursprüngliche Grundlage für die Koalitionsregierung, nämlich ein sehr bedeutendes liberales Element in der Politik der Freiheitlichen, doch sehr stark in den Hintergrund gerückt worden ist“⁹³. Das Projekt einer kleinen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ wurde schließlich durch eine Koalition zwischen SPÖ und ÖVP ersetzt.

Franz Vranitzky bezog gegenüber der FPÖ stets eine klare Haltung und schloss eine Koalition auf Bundesebene aus. „Die SPÖ geriet in den 80er Jahren, vor allem in der Zeit der SPÖ-FPÖ-Koalition durch eine Reihe von Skandalen in die Rolle des Hauptverantwortlichen für negative Begleiterscheinungen der Parteiendemokratie

⁹⁰ Vgl. <http://www.bundeskanzleramt.at/site/3355/default.aspx> (gefunden am 12. Februar 2011)

⁹¹ Pelinka, Peter: Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien 2000, S. 185

⁹² Ebenda, S. 186

⁹³ Jochum, Manfred; Olbort, Ferdinand: 80 Jahre Republik Österreich. 1918 bis 1938 und 1945 bis 1998 in Reden und Statements, Wien 1998, S. 153

und hatte hier einen hohen Erklärungsaufwand zu leisten.“⁹⁴ Die FPÖ versuchte ihr Image als Aufdecker- und Kontrollpartei zu pflegen, mit der Zielsetzung einen Gegenpart zum etablierten politischen System zu bilden – was in der Folge die Auseinandersetzung zwischen SPÖ und FPÖ verschärfte.

Haider lobte in seinem Buch “Die Freiheit, die ich meine“ sogar Bruno Kreiskys Politik sowie sein ständiges Interesse an der Situation der Menschen und verglich dies mit der damaligen Situation unter Bundeskanzler Vranitzky: „Heute ist das anders. Eine Bewegung mit einem Anführer, der mit privilegierten Abfertigungszahlungen einer Staatsbank ‚gesegnet‘ ist, eine Bewegung, deren Gewerkschaftspräsident für billige Miete im noblen Penthouse über den Dächern von Wien residiert, eine Bewegung, deren Abgeordnete in Scharen wegen falscher Zeugenaussagen gerichtlich verurteilt sind und deren Rest-Anständigkeit oftmals nur mit Hilfe des Staatsanwaltes sichtbar wird (wie so viele Skandale beweisen), versteht die kleinen Leute nicht mehr. Sie braucht das Volk als Wähler, achtet es aber nicht.“⁹⁵ Auch von einem kurz vor dem Tod Kreiskys stattgefundenem mehrstündigen Gespräch zwischen Kreisky und ihm berichtete Haider, bei dem Kreisky über Vranitzky gesagt haben soll: „Der da bei uns versteht die kleinen Leute nicht“⁹⁶. Jörg Haider schrieb weiters: „Ich habe mir diesen Satz gut gemerkt, weil ich das Gefühl hatte, er wollte mir etwas auf meinen politischen Weg mitgeben.“⁹⁷

Bei der Nationalratswahl am 23. November 1986 erreichte die SPÖ mit 43,1 Prozent 80 Mandate. Die ÖVP folgte mit 41,3 Prozent auf dem zweiten Platz. Die FPÖ konnte 9,7 Prozent der Wählerinnen und Wähler überzeugen und die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner Blau zog bei dieser Wahl erstmals mit acht Mandaten in den Nationalrat ein. 234.028 Stimmen für die Grünen bedeuteten insgesamt 4,8 Prozent.⁹⁸

⁹⁴ Ucakar, Karl: Die Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die Zweite Republik, Wien 1997, S. 252

⁹⁵ Haider, Jörg: Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik, Frankfurt/Main 1993, S. 242

⁹⁶ Zitiert nach: Ebenda, S. 243

⁹⁷ Ebenda

⁹⁸ Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1986.aspx (gefunden am 23. Mai 2012)

Bei der ersten Regierungsbildung mit der ÖVP wurde Dr. Alois Mock das Amt des Außenministers zugesprochen. Bruno Kreisky kritisierte die Zustimmung seiner Partei für einen ÖVP-Kandidaten für diesen Verantwortungsbereich und legte aus Protest seinen Ehrenvorsitz der SPÖ zurück. Vranitzky meinte allerdings dazu: „Dazu muss man wissen, dass Mock überlegt hat, ob er nicht doch lieber das Unterrichtsministerium beanspruchen sollte. Erst nachdem Kreisky öffentlich erklärt hat, Mock sei unfähig, das Außenministerium zu lenken, hat er sich darauf kapriziert.“⁹⁹

Am 11. Mai 1988 gab Fred Sinowatz sein Amt als Bundesparteivorsitzender ab und Vranitzky wurde von den Delegierten in die höchste Funktion der Sozialistischen Partei Österreichs gewählt. Franz Vranitzky, „der bereits damals als Bundeskanzler im hohen Ausmaß das Erscheinungsbild der SPÖ nach außen prägte und dessen positives Image in weiten Teilen der Bevölkerung die Sozialdemokratische Partei seither in zunehmendem Maß dazu verführte, ihr Erscheinungsbild, ihre Präsentation in der Öffentlichkeit, sehr stark im Hinblick auf den Vorsitzenden zu personalisieren“¹⁰⁰. Dennoch kann man davon ausgehen, dass diese Personalentscheidungen dazu beigetragen haben, „daß die SPÖ die relative Mehrheit auch bei den Nationalratswahlen 1990 und 1994 halten und ihren Vorsprung bei der Nationalratswahl 1995 sogar ausbauen konnte“¹⁰¹.

In der Wirtschafts- und Finanzpolitik schlug Vranitzky schon 1985 einen Kurs ein, „der einerseits der ÖVP entgegenkam, andererseits aber auch geeignet war, ihr den Wind aus den Segeln zu nehmen“¹⁰².

Die Bildung einer Koalition zwischen SPÖ und ÖVP fand vor dem Hintergrund einer steigenden Entwicklung der Staatsschulden statt. Diese Tendenz war

⁹⁹ Zitiert nach: Pelinka, Peter: Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien 2000, S. 186–187

¹⁰⁰ Ucakar, Karl: Die Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die zweite Republik, Wien 1997, S. 255

¹⁰¹ Ebenda, S. 252

¹⁰² Lauber, Volkmar: Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die zweite Republik, Wien 1997, S. 552

„besorgniserregend geworden; ein Ende der wirtschaftlichen Schwierigkeiten war nicht in Sicht, und das ‚Durchtauchen‘ konnte nicht beliebig fortgesetzt werden“¹⁰³.

„Im September 1986 entstand der Entwurf ‚Perspektive 90‘ der SPÖ als Antwort auf das ÖVP-Wirtschaftsprogramm, wo es nun wörtlich hieß ‚zwischen dem privaten und dem öffentlichen Unternehmenssektor wird es also laufend Grenzverschiebungen geben, an die die Wirtschaftspolitik in Form verantwortungsbewusster Einzelfallprüfung und nicht ideologiefixiert herangehen sollte‘.“¹⁰⁴ Diesbezüglich sprach der SPÖ-Bundesvorsitzende im Wahlkampf des Jahres 1986 für die Zusammensetzung des Nationalrates „von einer ‚Wendepolitik‘ der SPÖ“¹⁰⁵. Vollbeschäftigung war kein Dogma mehr und wurde durch die Begrifflichkeit eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus ersetzt.¹⁰⁶

Am 7. Oktober 1990 fand die folgende Nationalratswahl statt. Die SPÖ hielt de facto das Ergebnis von 1986 und musste lediglich leichte Verluste hinnehmen. 42,8 Prozent der Stimmen entfielen auf die Sozialdemokratische Partei Österreichs, damit erreichte man wieder 80 Mandate. Die ÖVP hingegen musste dramatische Stimmenverluste hinnehmen und kam lediglich auf 32,1 Prozent. Das bedeutete in Mandaten gesehen einen Rückgang um 17; nach dieser Wahl waren noch 60 ÖVP-Abgeordnete im Nationalrat vertreten. Die FPÖ wiederum konnte die Anzahl ihrer VertreterInnen steigern, zu den ursprünglich 18 MandatarInnen kamen noch 15 hinzu. 16,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler votierten für die Freiheitliche Partei Österreichs. Die Grüne Alternative – Grüne im Parlament konnte 4,8 Prozent auf sich vereinen.¹⁰⁷

In den Jahren 1991 und 1992 wurden mit dem Hintergrund einer guten Konjunktur die Budgetausgaben wieder erhöht. Beginnend mit 1993 ergab sich in den kommenden beiden Jahren eine Steigerung der Neuverschuldung. Nach der Nationalratswahl schnürte die Bundesregierung ein Sparpaket, das strenger als

¹⁰³ Lauber, Volkmar: Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die zweite Republik, Wien 1997, S. 553

¹⁰⁴ Turnheim, Georg: Die Reorganisation und Sanierung der verstaatlichten Industrie als Voraussetzung für deren Privatisierung (Periode 1986 bis 1990), in: Turnheim, Georg (Hrsg.): Österreichs Verstaatlichte. Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der österreichischen Industrie von 1918 bis 2008, Wien 2009, S. 90–91

¹⁰⁵ Ebenda, S. 91

¹⁰⁶ Vgl. Ebenda

¹⁰⁷ Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1990.aspx (gefunden am 23. Mai 2012)

jenes für die Jahre 1987 bis 1992 ausfiel. Die Sozialpartner wurden dabei aber nicht eingebunden, was sich bei der Vorbereitung eines neuerlichen Konsolidierungspaketes im Jahr 1995 wieder änderte. Innerhalb der Koalition kam es aber immer stärker zu Meinungsverschiedenheiten über die weitere Schwerpunktsetzung bei der Budgetpolitik. „Die ÖVP unter Schüssel (unter Druck von Haiders FPÖ) entzog dem neuen Finanzminister Staribacher und seinen Berechnungen das Vertrauen und weigerte sich die Budgetvorschläge der SPÖ, die weiterhin stärker auf zusätzliche Steuern als auf Ausgabenkürzungen abstellten, weiter zu diskutieren.“¹⁰⁸ Dies hatte 1995 vorgezogene Neuwahlen zur Folge. Bei der Nationalratswahl am 9. Oktober 1994 erreichte die SPÖ 34,9 Prozent. Die ÖVP kam auf 27,7 Prozent und die Freiheitlichen erreichten 22,5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen.¹⁰⁹

„Der Wahlkampf für die Nationalratswahl 1995 wurde stärker mit politischen als mit personellen Argumenten geführt.“¹¹⁰ Die SPÖ stellte sich in der Wahlauseinandersetzung klar gegen ausschließliche Ausgabenkürzungen zu Lasten sozial Schwacher. Damit schaffte man Emotionalisierung in den politisch nahestehenden WählerInnengruppen, was zu einer Mobilisierung führte. Auf einem Wahlplakat der SPÖ für die Nationalratswahl 1995 stand etwa zu lesen: „Wir werden nicht zulassen, daß bestehende Pensionen gekürzt werden. Sparen ja, aber gerecht.“¹¹¹

Die vorgezogenen Neuwahlen am 17. Dezember 1995 brachten für die SPÖ wieder Zugewinne: 1.843.679 Stimmen, was 38,1 Prozent bedeutete. Die ÖVP konnte nicht in jenem Ausmaß Zugewinne verzeichnen wie erwartet, und erreichte 28,3 Prozent. Die FPÖ musste bei dieser Wahl ein Minus von 0,6 Prozent hinnehmen und kam auf 21,9 Prozent.¹¹²

¹⁰⁸ Lauber, Volkmar: Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die zweite Republik, Wien 1997, S. 554

¹⁰⁹ Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1994.aspx (gefunden am 23. Mai 2012)

¹¹⁰ Ucakar, Karl: Die Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die zweite Republik, Wien 1997, S. 255–256

¹¹¹ „Wir werden nicht zulassen, daß bestehende Pensionen gekürzt werden. Reform ja, aber gerecht, Wandzeitung“: SPÖ-Wandzeitung, Nr. 575, November, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 1995

¹¹² Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1995.aspx (gefunden am 23. Mai 2012)

In der neuen Legislaturperiode wurde dann dennoch gleich für die Jahre 1996 und 1997 ein Sparpaket geschnürt, „das dramatische Kürzungen für so gut wie alle Bereiche vorsah“¹¹³.

Im Zusammenhang mit der Amts- und Funktionsperiode des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Franz Vranitzky finden sich in der Literatur drei wesentliche Merkmale: Zunächst Österreichs Beitritt zur EU, zweitens der Umgang mit der eigenen Vergangenheit während des Nationalsozialismus. Der dritte Bereich betrifft die Organisationsstruktur der SPÖ. Beispielsweise die Konfrontation mit dem massiven Rückgang der Parteienbindung. Makroökonomische Veränderungen und die immer stärker stattfindende Internationalisierung bedingten auch das Schwinden des direkten Einflusses der Organisation beziehungsweise verschiedener Funktionärssebenen. Demgegenüber stand der Versuch Vranitzkys, die Parteiorganisation zu modernisieren und an die gegebenen Umstände anzupassen.

In einer 1996 erschienenen Festschrift „Die ersten 10 Jahre Franz Vranitzky“ bezeichnete der damalige Präsident des Nationalrates Heinz Fischer den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union als das „gravierendste Ereignis im letzten Jahrzehnt“¹¹⁴ für das österreichische politische System. Doch bevor dieser mit 1. Jänner 1995 erfolgen konnte, musste der SPÖ-Vorsitzende in der eigenen Partei noch viel Überzeugungsarbeit leisten.

Beginnend mit der Bildung der ersten Koalition zwischen SPÖ und ÖVP unter Bundeskanzler Vranitzky legte man einen stärkeren Schwerpunkt auf „den Ausbau und die Ausgestaltung des Verhältnisses‘ zur EG“¹¹⁵. Was die Mitgliedschaft betraf, war die SPÖ aber noch zurückhaltend. Eine wesentliche Frage war hierbei die Beibehaltung der Neutralität, sollte man eine Mitgliedschaft anstreben. Die gängige Rechtsmeinung einer Unvereinbarkeit wurde aber durch verschiedene Gutachten widerlegt und dies beschleunigte den innenpolitischen Diskussionsprozess. Als Erste

¹¹³ Lauber, Volkmar: Wirtschafts- und Finanzpolitik, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die zweite Republik, Wien 1997, S. 554

¹¹⁴ Fischer, Heinz: Österreichs politisches System 1986–1996, in: Keck, Edi; Krammer, Karl; Lederer, Heinz u.a. (Hrsg.): Die ersten 10 Jahre Franz Vranitzky, Wien 1996, S. 18

¹¹⁵ Schaller, Christian: Österreichs Weg in die Europäische Union – E(W)G/EU-Diskurs in Österreich, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die zweite Republik, Wien 1997, S. 56

forderten die Industriellenvereinigung und die FPÖ ein rasches Beitrittsansuchen und am 7. Jänner 1988 legte sich die Volkspartei auf das Ziel eines EG-Beitrittes fest. Auch alle Landeshauptleute, inklusive jener der SPÖ, befürworteten einen EU-Beitritt.¹¹⁶ Zu diesem Zeitpunkt war dieser in der (Bundes-)SPÖ „wegen breiter ideologischer und neutralitätspolitischer Skepsis noch nicht mehrheitsfähig“¹¹⁷. Wichtig war in der Folge eine zustimmende Stellungnahme der Sozialpartner vom 1. März 1989. Trotz anfänglicher Skepsis von Arbeiterkammer und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund rang man sich schließlich zu einer positiven Haltung durch. Am 3. April 1989 fällte die SPÖ einen Beschluss „für einen Beitrittsantrag unter Wahrung der Neutralität“¹¹⁸. Am 29. Juni 1989 stimmten schließlich die Abgeordneten der SPÖ, ÖVP, und FPÖ für und die MandatarInnen der Grünen Alternative gegen den „Entschließungsantrag, der die Bundesregierung aufforderte, Beitrittsanträge an die EWG, die EGKS und zur EURATOM zu stellen“¹¹⁹. Dieser Antrag wurde auch vom Bundesrat in seiner Sitzung vom 4. Juli 1989 unterstützt. Am 17. Juli 1989 übergab schließlich Außenminister Dr. Alois Mock den Beitrittsantrag an den damaligen EU-Ratsvorsitz.

Am 12. Juni 1994 fand schließlich die Volksabstimmung über den Beitritt zur Europäischen Union statt. Dabei stimmten 66,6 Prozent für eine EU-Mitgliedschaft. Mit 1. Jänner 1995 wurde dieser Schritt auch offiziell vollzogen und Österreich war Vollmitglied in der Europäischen Union.¹²⁰

Für den ehemaligen Leiter des Renner Institutes, Dr. Erich Fröschl, standen im Mittelpunkt der Tätigkeit des Bundesparteivorsitzenden Franz Vranitzky seit seiner Wahl 1988 „die Schlüsselbegriffe ‚Modernisierung‘ und ‚Europäisierung‘“¹²¹. Der SPÖ-Vorsitzende „plädierte dafür, daß die Sozialdemokratie die rasanten gesellschaftlichen Wandlungsprozesse registrieren, ernst nehmen und ihnen in veränderter Form und Inhalt ihrer Politik auch Rechnung tragen müsse. Vranitzkys

¹¹⁶ Vgl. Schaller, Christian: Österreichs Weg in die Europäische Union – E(W)G/EU-Diskurs in Österreich, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die zweite Republik, Wien 1997, S. 56

¹¹⁷ Ebenda

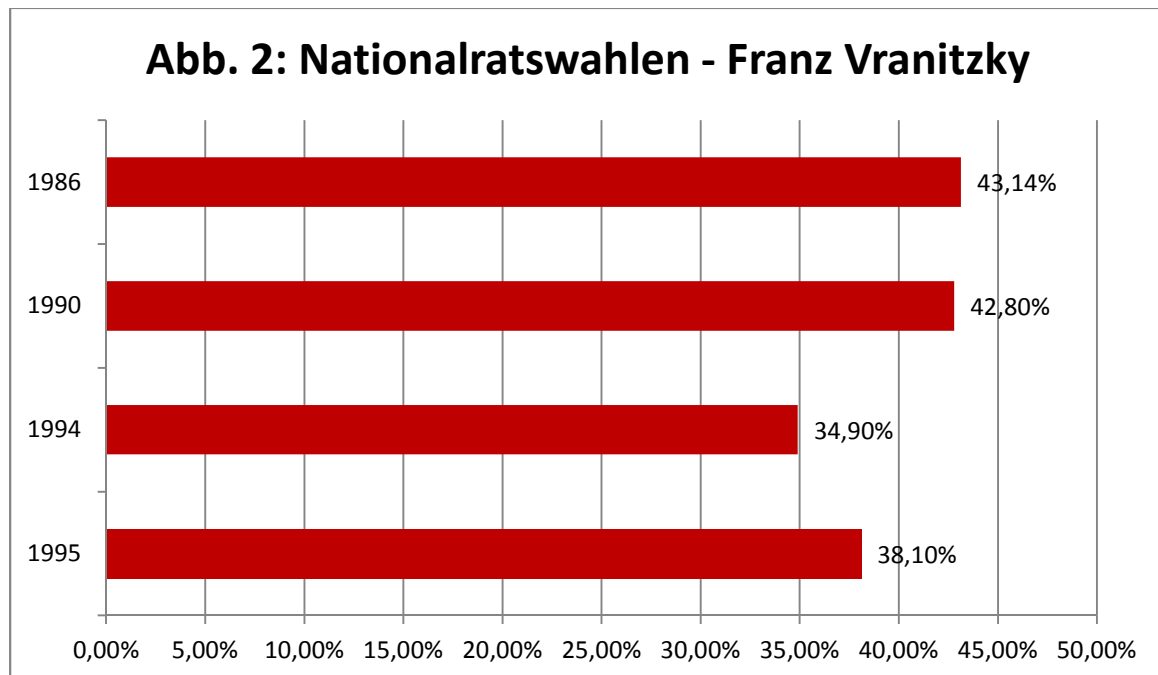
¹¹⁸ Ebenda, S. 57

¹¹⁹ Ebenda

¹²⁰ Vgl. Luif, Paul: Österreich und die Europäische Union, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 874–875

¹²¹ Fröschl, Erich: Politik über den Tag hinaus, in: Fröschl, Erich (Hrsg.): Politik über den Tag hinaus. Programmdiskussionen der österreichischen Sozialdemokratie 1966–1996, Wien 1996, S. 22

Anliegen war es, die SPÖ davon zu überzeugen, daß es zwingend notwendig ist, zum Teil von alten, liebgewonnenen Traditionen Abschied zu nehmen und den Mut und die Offenheit zu haben, nach undogmatischen Lösungen für die neuen Themen und Probleme der Zeit zu suchen.“¹²²



Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_History.aspx

Zwei weitere Ereignisse waren für die SPÖ unter ihrem Bundesvorsitzenden Vranitzky prägend. Zum einen die Feierlichkeiten anlässlich des 100-jährigen Bestehens der SPÖ und nachhaltig die Umbenennung der Partei. In einer Festschrift anlässlich der Feierlichkeiten zum hundertsten Jahrestag des Einigungsparteitages in Hainfeld legte Vranitzky in seinem Beitrag den Schwerpunkt auf die Zukunftsorientierung der Partei: „Wer geglaubt hat, die österreichische Sozialdemokratie an ihrem 100. Geburtstag krank und siech anzutreffen, hat sich gründlich verrechnet. Die Sozialdemokratie hat die Zeichen der Zeit erkannt. Sie hat die Veränderungen in der Gesellschaft, zu denen sie selbst beigetragen hat, registriert und sie ist bereit, sich noch mehr zu öffnen, für neue Ideen, für neue

¹²² Fröschl, Erich: Politik über den Tag hinaus, in: Fröschl, Erich (Hrsg.): Politik über den Tag hinaus. Programmdiskussionen der österreichischen Sozialdemokratie 1966–1996, Wien 1996, S. 22

Organisationsformen, für einen zeitgemäßen, von allen erkennbaren Humanismus.“¹²³

Beim Bundesparteitag der SPÖ, welcher am 14. und 15. Juni 1991 stattgefunden hat, wurde schließlich von den Delegierten die Umbenennung der Sozialistischen Partei Österreichs in Sozialdemokratische Partei Österreichs beschlossen.¹²⁴

2.4 Klima – “Die neue Sozialdemokratie“

Bevor Mag. Viktor Klima am 3. April 1992 als Minister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Mitglied der Bundesregierung wurde, war er beruflich in der Österreichischen Mineralölverwaltung (ÖMV, später OMV) tätig. Am 12. März 1996 wurde er Finanzminister der Republik Österreich. Schließlich folgte Klima am 28. Jänner 1997 Vranitzky als Bundeskanzler nach.¹²⁵ Beim Bundesparteitag 1997 wurde er von den Delegierten auch zum Bundesparteivorsitzenden der SPÖ gewählt.

Mit der Bestellung von Andreas Rudas zum Bundesgeschäftsführer versuchte die SPÖ aktiv jener Meinung entgegenzuarbeiten, die in beiden Regierungsparteien vorherrschte, nämlich dass der „Wählerschwund etwas mit ihrer Inszenierungsschwäche zu tun hat“¹²⁶. Der neue Bundesgeschäftsführer „erwies sich bald als Meister der Inszenierung seines neuen Chefs“¹²⁷, urteilte Peter Pelinka. Neben dieser medial optimalen Darstellung des Privatlebens des Bundeskanzlers oder als „Anpacker“ bei Katastrophenfällen waren die Probleme des SPÖ-Vorsitzenden hinsichtlich seiner Partei jedoch vielschichtig. Pelinka umschrieb die Herausforderung der damaligen Zeit folgendermaßen: „Wie in Zeiten enger Staatshaushalte die geforderte Erhöhung sozialer Kompetenz einlösen, ohne in überholten Etatismus zu verfallen, wie die starken Reste verkrusteter Parteistrukturen auflösen, ohne den Funktionsapparat allzu sehr zu verärgern, wie die

¹²³ Die Bewegung. 100 Jahre Sozialdemokratie, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, SPÖ-Magazin, Nr. 2, Februar, Wien 1989, S. 5

¹²⁴ Vgl. <http://www.spoe.at/page.php?P=100464> (gefunden am 23. Mai 2012)

¹²⁵ Vgl. http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_02791/ (gefunden am 22. Mai 2012)

¹²⁶ Pelinka, Peter: Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien 2000, S. 210

¹²⁷ Ebenda

Abwanderung vieler Blue-colour-worker zu den Rechtspopulisten einerseits, vieler Kopfarbeiter zu Grünen und Liberalen andererseits stoppen?“¹²⁸

Nach der Abwahl der Konservativen in Deutschland und Großbritannien sowie der Übernahme der Regierungsverantwortung in diesen Ländern durch Gerhard Schröder beziehungsweise Tony Blair versuchte man sich bei der Inszenierung von Viktor Klima auch sehr stark an diesen Persönlichkeiten anzulehnen. Die beiden Politiker standen schließlich für eine neuen Politikertyp und versuchten das auch durch gezielte PR- und Werbemaßnahmen zu unterstreichen. Oftmals wurde aber bei Klima versucht „US-Methoden und Stilistik ohne kritische Überprüfung in die österreichischen politischen Verhältnisse zu implementieren“¹²⁹.

Bei der primären Orientierung auf die mediale Wirksamkeit und die ausschließliche Fokussierung auf den Frontmann überspannte man aber bald den Bogen. Dies hatte zur Folge, dass von immer mehr WählerInnen die Frage nach dem inhaltlichen Fundament gestellt wurde: „Irgendwann hatte die Personalisierung einen Sättigungsgrad erreicht, Medien und Publikum hatten begonnen, die vermeintlich darunter liegenden Schichten, die Inhalte und Issues zu suchen.“¹³⁰

Nach 20 Jahren hat sich die SPÖ auch ein neues Grundsatzprogramm gegeben, das das Parteiprogramm aus dem Jahr 1978 ersetzte. Damit versuchte die Partei „neue Inhalte mit den programmatischen Traditionen der Partei rund um die Werte Gleichheit, Freiheit und Solidarität zu verbinden“¹³¹, wie es in einer Publikation des Renner-Instituts beschrieben wird. Diesem Beschluss des höchsten willensbildenden Gremiums der SPÖ gingen aber lange und intensive Diskussionen voraus, wie dies schon bei anderen Programmen der Fall war.

In seinem Beitrag für das Buch „Politik über den Tag hinaus – Programmdiskussionen der österreichischen Sozialdemokratie 1966 – 1996“,

¹²⁸ Pelinka, Peter: Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien 2000, S. 212

¹²⁹ Scheucher, Christian; Weissmann, Klaus: Shopping in Übersee. Wahlkampf-Wissenstransfer aus den USA nach Österreich, in: Althaus, Marco (Hrsg.): Kampagne! Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying, Münster 2002, S. 290–291

¹³⁰ Ebenda, S. 291

¹³¹ Sandner, Günther: Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie, hrsg. von Karl-Renner-Institut, Wien 2012, S. 69

welches 1996 erschienen ist, betonte der Herausgeber und damaliger Leiter des Renner-Instituts Erich Fröschl: „Sozialdemokratische Parteien sind, bei allen notwendigen Anpassungen an moderne Wahlkampfführung und den damit verbundenen Personalisierungen, in ihrem wesentlichen Kern auch Programmparteien. Die Analyse der bestehenden Gesellschaft ist Ausgangspunkt für die Formulierung ihrer politischen Nah- und Fernziele in der Form von Wahl-, Aktions- und Parteiprogrammen als Rahmenrichtlinie für ihr politisches Alltagshandeln.“¹³²

Als wichtigste Phasen und Ergebnisse programmatischer Diskussionsprozesse innerhalb der Sozialdemokratie sieht Erich Fröschl die fachspezifischen Programme „Für ein modernes Österreich“ aus der Zeit unmittelbar vor der Regierungsübernahme (1968-1969). 1978 wurde das Programm der Sozialistischen Partei Österreichs beschlossen, 1983 das „Wirtschaftsprogramm“. In den Jahren 1984 bis 1989 erfolgte die Debatte über und die Entwicklung der „Perspektiven '90/ Sozialdemokratie 2000“. Von 1992 bis 1994 nennt Fröschl die „Themen der Zeit“ und 1995 den Entwurf eines neuen Parteiprogrammes.¹³³ „Der von A.K. Konecny koordinierte Entwurf für dieses Parteiprogramm wurde von der Programmkommission der Sozialdemokratie dem Parteitag im Oktober 1995 vorgelegt und soll am Parteitag 1997 beschlossen werden.“¹³⁴ Das neue Grundsatzprogramm der SPÖ wurde schließlich am außerordentlichen Bundesparteitag, welcher am 30. und 31. Oktober 1998 in Wien tagte, verabschiedet. 1993 wurde innerhalb der SPÖ der Diskussionsprozess „Themen der Zeit“ begonnen. Beim Parteitag 1995 wurde eine Diskussionsgrundlage für ein neues Parteiprogramm verabschiedet. Beide hatten das Ziel, „die inhaltlichen Energietanks der Sozialdemokratie neu auszufüllen und Vorwärtsstrategien zu entwickeln für die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit konservativen und radikal rechtspopulistischen, liberalen und grünen KontrahentInnen in der österreichischen und europäischen politischen Landschaft und diesen Wettbewerb durch ein geschärftes eigenes Profil auch gut zu bestehen.“¹³⁵

¹³² Fröschl, Erich: Politik über den Tag hinaus, in: Fröschl, Erich (Hrsg.): Politik über den Tag hinaus. Programmdiskussionen der österreichischen Sozialdemokratie 1966–1996, Wien 1996, S. 13–14

¹³³ Vgl. Ebenda, S. 14

¹³⁴ Ebenda, S. 24

¹³⁵ Ebenda

Während der Amtszeit Klimas als Bundesparteivorsitzender gab es neben der Nationalratswahl im Jahr 1999 zwei weitere bundesweite Wahlgänge, nämlich die Bundespräsidentenwahl und die Wahl zum Europäischen Parlament.

Die SPÖ verzichtete bei der Präsidentschaftswahl am 19. April 1998 und dem erneuten Antreten von Amtsinhaber Dr. Thomas Klestil auf die Aufstellung eines offiziellen Gegenkandidaten. Thomas Klestil konnte daher bereits im ersten Wahlgang einen Stimmenanteil von 63,42 Prozent auf sich vereinen.¹³⁶

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni 1999 konnte die SPÖ mit dem Spitzenkandidaten Dr. Hans-Peter Martin mit 31,71 Prozent gegenüber der vorangegangenen EU-Wahl den ersten Platz erreichen. Die ÖVP erhielt 30,67 Prozent der Stimmen, die Freiheitliche Partei kam auf 23,40 Prozent und auf die Grünen entfielen 9,29 Prozent. In Mandaten bedeutete das ein Verhältnis von jeweils sieben EU-Abgeordneten für SPÖ und ÖVP, fünf MandatarInnen für die FPÖ und zwei VertreterInnen konnten die Grünen in diese europäische Institution entsenden.¹³⁷

Bereits nach dieser Wahl konzentrierte man sich auf die bevorstehende Nationalratswahl. Der Slogan lautete „Der richtige Weg ins 21. Jahrhundert“ und der Kanzler wurde allen vorangestellt. Beginnend mit den 80er-Jahren begann man beispielsweise auch in den Wahlprogrammen die Person des Spitzenkandidaten hervorzuheben. Dies erfolgte in gleicher Linie mit einer stärkeren Schwerpunktsetzung auf die oder den Spitzenkandidat/-in in den Medien. „Das Wahlprogramm der SPÖ zur Nationalratswahl 1995 erwähnte Bundeskanzler und Parteiboss Franz Vranitzky insgesamt zehn Mal, jenes 1999 seinen Nachfolger in beiden Ämtern, Viktor Klima, neun Mal, während dessen Nachfolger als Parteiboss, Alfred Gusenbauer, im Wahlprogramm 2002 nicht namentlich erwähnt wurde.“¹³⁸

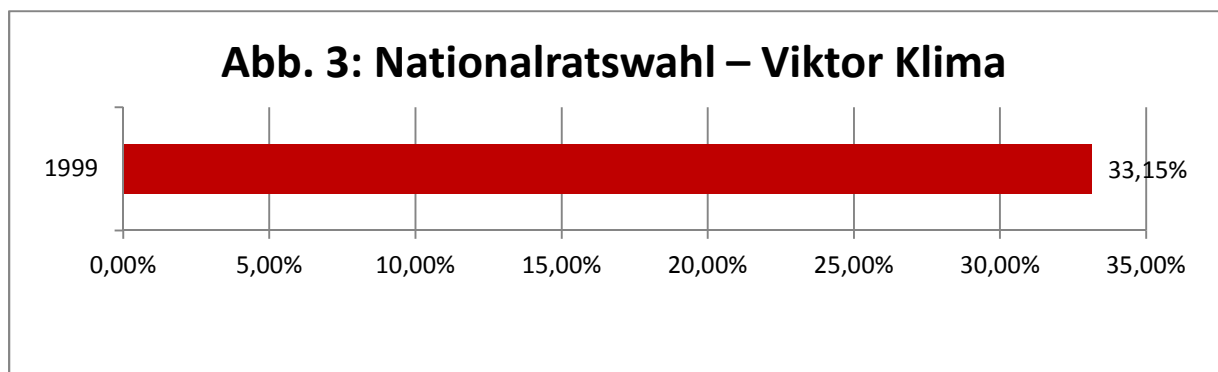
¹³⁶ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/bundespraes/bpw_1998/start.aspx (gefunden am 25. April 2011)

¹³⁷ Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/1999/Gesamtergebnis.aspx & Vgl.

www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/999/Kandidaten_spoee.aspx (gefunden am 13. Mai 2012)

¹³⁸ Jenny, Marcelo: Programme: Parteien im politischen Wettbewerbsraum, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 308

Bei der Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 erreichte die SPÖ 1.532.448 Stimmen. Dies entsprach 33,15 Prozent. Die FPÖ konnte 1.244.087 WählerInnen überzeugen und konnte die Volkspartei knapp auf den dritten Platz verweisen. Diese erhielt 1.243.672 Stimmen. Auf beide Parteien entfielen 26,91 Prozent.¹³⁹ Als Gründe für ihre Wahlentscheidung bei der Nationalratswahl 1999 gaben 65 Prozent der SPÖ-WählerInnen an, dass die SPÖ die politische und soziale Stabilität sichere. 62 Prozent nannten Tradition beziehungsweise das Vertreten der eigenen Interessen. Die Sicherung von Arbeitsplätzen und sozialer Leistungen gaben 55 Prozent der Befragten als Entscheidungsgrund an. 38 Prozent nannten die Verhinderung einer schwarz-blauen Koalition durch ihre Stimme. In der Nachwahlbefragung gaben 35 Prozent an, die SPÖ auch wegen ihres Spitzenkandidaten Viktor Klima gewählt zu haben. Bei der ÖVP wurde Wolfgang Schüssel lediglich von 22 Prozent genannt und bei der FPÖ gaben 40 Prozent die Persönlichkeit Jörg Haider als Wahlmotiv an.¹⁴⁰



Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1999.aspx

Die Verhandlungen zur Bildung einer Koalition zwischen der SPÖ und der ÖVP scheiterten. Schließlich einigte sich der Bundesparteiobmann der ÖVP, Dr. Wolfgang Schüssel, mit seinem Gegenüber von der FPÖ, Dr. Jörg Haider, auf die Bildung einer Koalition. Dies trotz der Tatsache, dass Schüssel „vor der Wahl unmissverständlich angekündigt hatte, dass die ÖVP in Opposition gehen werde, sofern sie auf den dritten Platz abrutschen würde“¹⁴¹.

¹³⁹ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/1999/Ergebnis.aspx (gefunden am 25. April 2011)

¹⁴⁰ Vgl. Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Sommer, Franz: Nationalratswahl 1999: Transformationen des österreichischen Wahlverhaltens, in: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Burkert-Dottolo, Günther; Karner, Stefan (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1999, Wien 2000, S. 59–61

¹⁴¹ Sandner, Günther: Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie, hrsg. von Karl-Renner-Institut, Wien 2012, S. 70

Die SPÖ musste die Regierungsverantwortung auf Bundesebene abgeben. Vergleicht man dies mit anderen Ländern, so war die Zeit, die sie Österreich als stärkste Kraft in einer Regierung gestalten konnte, überaus lange, denn dass „eine Partei seit 1970 den Bundeskanzler stellte, zwischen 1970 und 1983 sogar mit einer Alleinregierung, dass sie unter Bruno Kreisky bei den Wahlen 1971, 1975 und 1979 absolute und jeweils steigende Mehrheiten errang, dass sie danach mit wechselnden Partnern (1983 bis 1986 mit der FPÖ vor Jörg Haider, danach mit der ÖVP) regieren konnte, war in demokratischen Ländern eine Einmaligkeit.“¹⁴²

Viktor Klima legte „als Ereignis der Wahlniederlage von 1999 und des Verlustes der Regierungsgämter den Parteivorsitz zurück“¹⁴³. Nach der Nominierung durch das Bundesparteipräsidium wurde der Öffentlichkeit am 18. Februar 2000 Dr. Alfred Gusenbauer präsentiert. Gusenbauer, „der erst wenige Wochen davor zum SPÖ-Bundesgeschäftsführer bestellt worden war“¹⁴⁴, wurde schließlich am 29. April 2000 zum neuen Bundesvorsitzenden der SPÖ gewählt.

2.5 Gusenbauer – Opposition und Regierungszeit

Alfred Gusenbauer wurde am 8. Februar 1960 geboren; seine politische Laufbahn begann in der Sozialistischen Jugend; 1984 übernahm er deren Vorsitz. Fortan erweiterte er sein Engagement auch auf internationaler Ebene, nämlich in der Sozialistischen Jugendinternationale und in der Sozialistischen Internationale. Im Alter von 30 Jahren übernahm er den Vorsitz der SPÖ-Bezirksorganisation Melk; ein Jahr später, 1991, wählte man ihn zum Stadtparteivorsitzenden seiner Heimatstadt Ybbs. Im selben Jahr zog er in den Bundesrat ein und wechselte 1993 als Abgeordneter in den Nationalrat. Diesem gehörte er bis zum 11. Jänner 2007 an. Nach der Wahlniederlage für die SPÖ bei der Nationalratswahl 1999 begann eine „turbulente“ Zeit für Gusenbauer. Er wechselte zunächst als Landesgeschäftsführer der SPÖ-Niederösterreich in die Geschäftsstelle nach St. Pölten, wo er jedoch nur kurze Zeit blieb. Unmittelbar danach wurde er zum Bundesgeschäftsführer

¹⁴² Pelinka, Peter: Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien 2000, S. 229

¹⁴³ Ucakar, Karl: Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 329

¹⁴⁴ Ebenda

berufen.¹⁴⁵ Nach einer intensiven Personaldiskussion in der SPÖ primär zwischen Dr. Caspar Einem und Mag. Karl Schlögl, die auch stellvertretend für politische Richtungen innerhalb der SPÖ geführt wurde, einigte man sich auf den „Kompromisskandidaten Alfred Gusenbauer“¹⁴⁶ als neuen Bundesparteivorsitzenden. Am 29. April erfolgte schließlich die Wahl in die höchste Funktion der SPÖ. Gusenbauer stand auch dem SPÖ-Klub im Parlament als Klubobmann vor. Im April 2001 wurde der bisherige geschäftsführende Klubobmann Dr. Peter Kostelka durch Dr. Josef Cap in dieser Funktion abgelöst.¹⁴⁷

Durch seine bisherigen Funktionen kannte Gusenbauer die Strukturen der SPÖ sowie die internen Abläufe überaus gut. In seiner Rede am Bundesparteitag des Jahres 2000 sprach er auch sehr klar die Schwachstellen und Probleme der Sozialdemokratischen Partei Österreichs an. Sein Ansinnen zu Beginn seiner Vorsitzführung war es, die Parteiorganisation zu reformieren und zu erneuern – als „absolute Notwendigkeit, um effiziente Oppositionsarbeit in Zukunft leisten zu können.“¹⁴⁸ Er betonte in seiner Parteitagsrede, dass es einer stärkeren Serviceorientierung bedürfe. Für Gusenbauer war klar: „Nicht die Mitglieder und Funktionäre haben dem Apparat zu dienen, sondern der Apparat den Mitgliedern und Funktionären.“¹⁴⁹ Wissend um den Altersschnitt der SPÖ-Mitglieder verwies er auf die Wichtigkeit der Einbindung und Förderung der jüngeren Generation. Den Delegierten gegenüber mahnte er: „Ohne die junge Generation ist kein Staat zu machen, und auch wir als Partei brauchen die junge Generation für unseren Neustart. Das wird uns mit den traditionellen Organisationsritualen nicht gelingen.“¹⁵⁰ Nach 30 Jahren Regierungsbeteiligung sprach der Oppositionsführer auch einen Punkt an, der in der öffentlichen Meinung vielverbreitet war, nämlich dass der SPÖ die innovative Kraft fehlte. Selbstkritisch meinte Gusenbauer zu den anwesenden FunktionärInnen, es gebe „auch in unserer Bewegung einen Hang zum Bewahren, zum Festhalten am Hergebrachten, den wir überwinden müssen. Haben wir nicht

¹⁴⁵ Vgl. Krawagna-Pfeifer, Katharina; Thurnher, Armin; Brasch, Dieter (Fotos): Die Wege entstehen im Gehen. Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, Wien 2008, S. 212

¹⁴⁶ Liegl, Barbara: Die SPÖ, in: Tálos, Emmerich (Hrsg.): Schwarz – Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien 2006, S. 41

¹⁴⁷ Vgl. OTS-Aussendung, vom 25. April 2001, OTS0187

¹⁴⁸ Referat des designierten Bundesparteivorsitzenden Dr. Alfred Gusenbauer. 36. ordentlicher Bundesparteitag, Wien 2000, Übermittelt von der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, am 23. Mai 2012

¹⁴⁹ Ebenda

¹⁵⁰ Ebenda

beispielsweise gezögert, Vorrechte zu beseitigen, die für niemanden mehr nachvollziehbar waren, bis wir dann letztlich doch gezwungen waren, sie aufzugeben.“¹⁵¹ Man habe sich auch einem „schäbigen Populismus gegenüber angreifbar gemacht“¹⁵², da die VertreterInnen der SPÖ „Missstände und Privilegien zugelassen und da und dort toleriert haben“¹⁵³. Der neue Parteivorsitzende versuchte seine Reformvorhaben auch umgehend umzusetzen, und es gelang ihm, „personelle Veränderungen vor allem in der Parlamentsfraktion und in der Parteizentrale durchzusetzen“¹⁵⁴. Für die Aktions- und Kampagnenfähigkeit der Partei war die Schuldenlast der Bundespartei aber erdrückend. Die Höhe der Außenstände lag bei „etwa 25 Millionen Euro Schulden“¹⁵⁵. Durch eine Reihe von Maßnahmen „konnte der enorme Schuldenberg, der in den späten neunziger Jahren angehäuft worden war, rasch abgebaut werden“¹⁵⁶. Unter anderem wechselten mit 1. Juli 2000 die Bezirksgeschäftsführer als Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle in den Personalstand der Landesparteien.¹⁵⁷ Dies brachte zwar eine massive Ausgabensenkung mit sich, jedoch hatte die Bundesgeschäftsstelle ab diesem Zeitpunkt etwa bei Kampagnen oder Reformprojekten keine direkte Lenkungs- und Gestaltungsmöglichkeit mehr. Die Umsetzung innovativer Projekte sowie eine Maßnahmensetzung zur Service- oder Effizienzsteigerung in den Bezirksgeschäftsstellen waren für die Bundes-SPÖ nun noch eingeschränkter möglich.

Die Rolle der SPÖ in der Opposition gestaltete sich für eine Partei, die so lange Regierungsverantwortung und seit 1970 durchgehend den Bundeskanzler gestellt hatte, durchaus schwierig. Die SPÖ „verlor über Nacht ihre Rolle und ihr Image als Staatspartei und war plötzlich von Mechanismen der Machtverteilung und -erhaltung, die sie jahrzehntelang (mit)bestimmt hatte, abgeschnitten.“¹⁵⁸

¹⁵¹ Referat des designierten Bundesparteivorsitzenden Dr. Alfred Gusenbauer. 36. ordentlicher Bundesparteitag, Wien 2000, Übermittelt von der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, am 23. Mai 2012

¹⁵² Ebenda

¹⁵³ Ebenda

¹⁵⁴ Ucakar, Karl: Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 337

¹⁵⁵ Liegl, Barbara: Die SPÖ, in: Tálos, Emmerich (Hrsg.): Schwarz – Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien 2006, S. 47

¹⁵⁶ Ucakar, Karl: Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 337

¹⁵⁷ Laut Auskunft der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle vom 5. Juni 2012

¹⁵⁸ Liegl, Barbara: Die SPÖ, in: Tálos, Emmerich (Hrsg.): Schwarz – Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien 2006, S. 38

Zu Beginn dieser parlamentarischen Auseinandersetzung meinte Gusenbauer, die Partei dürfe „keine Fundamentalopposition sein“¹⁵⁹, sondern man müsse „realistische Alternativen entwickeln und anbieten“.¹⁶⁰ Er bezog sich auch auf eine Aussage von Bruno Kreisky am Bundesparteitag 1968: „Er sagte, bei aller Kritik an der Regierung soll unsere Opposition nicht kleinlich und nicht zänkisch, sondern auf das Wesentliche ausgerichtet sein.“¹⁶¹

Der Politologe Karl Ucakar definierte als einen der Gründe, warum die Oppositionspolitik „immer wieder heftig kritisiert“¹⁶² wurde, das nicht immer einheitliche Meinungsbild der SPÖ in der Öffentlichkeit. Dies basierte darauf, dass „Widersprüche in den Interessen der Bundes-SPÖ als Oppositionspartei und den Länder- und Gemeinde-SPÖ-Organisationen, die regieren oder mitregieren, der Sache nach angelegt sind“¹⁶³.

Aufgrund der Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei Österreichs wurden von der Europäischen Union Maßnahmen gegen die aktuelle österreichische Bundesregierung verhängt. Damit erreichte man aber in keiner Weise das gewünschte Ziel, sondern es hatte lediglich zur Folge, dass die Bundesregierung noch geschlossener auftrat, es von Seiten der Bevölkerung gar zu einem Solidarisierungseffekt kam und die Opposition in der öffentlichen Debatte unter Druck kam. Schließlich hob man die – in der innenpolitischen Diskussion als „Sanktionen“ bezeichneten – Maßnahmen wieder auf.¹⁶⁴

Die ÖVP-FPÖ-Koalition mit Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und Vizekanzlerin Mag. Susanne Riess-Passer begann eine „gesteigerte Reformpolitik in den

¹⁵⁹ Referat des designierten Bundesparteivorsitzenden Dr. Alfred Gusenbauer. 36. ordentlicher Bundesparteitag, Wien 2000, Übermittelt von der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, am 23. Mai 2012

¹⁶⁰ Ebenda

¹⁶¹ Ebenda

¹⁶² Ucakar, Karl: Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 338

¹⁶³ Ebenda

¹⁶⁴ Vgl. Gehler, Michael: Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945–2005), in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 47

Bereichen Bildung, Budget, Gesundheitswesen, Pensions- und Steuersystem“¹⁶⁵ umzusetzen. Dies war allerdings gleichzusetzen „mit einer konsequenten Sanierungspolitik, einem forcierten Umbau in Richtung Ausgliederung, Deregulierung und (Teil-)Privatisierung sowie gezielten politischen ‚Umfärbungen‘“¹⁶⁶.

Für die Freiheitliche Partei war der Wechsel von einer erfolgreichen Oppositionspartei hin zur Regierungsverantwortung problematisch. Einerseits auf Grund der Tatsache, dass Dr. Jörg Haider nicht Regierungsmitglied war und dennoch weiterhin als Landeshauptmann von Kärnten seinen eigenständigen Weg verfolgte und andererseits dadurch, dass „sich eine Profilierung innerhalb der Regierung auf Grund der eindeutigen Vormachtstellung der ÖVP als schwierig erwies“¹⁶⁷.

Im Rahmen „einer informellen Tagung der FPÖ-Delegierten zu einem Sonderparteitag“¹⁶⁸ in Knittelfeld entlud sich eine Welle an Kritik an der Regierungspolitik ihrer Partei. Dies führte schließlich zum Rücktritt von Vizekanzlerin Riess-Passer, Finanzminister Mag. Karl-Heinz Grasser und FPÖ-Klubobmann Peter Westenthaler.

Wolfgang Schüssel nützte diese Gelegenheit zu einem überraschenden Schritt: Er wollte „Klarheit schaffen“ und verkündete Neuwahlen zum ehebaldigsten Zeitpunkt“¹⁶⁹. Am 24. November 2002 fand schließlich die vorgezogene Nationalratswahl statt. Die SPÖ konnte ihr Ergebnis gegenüber der letzten Wahl zwar von 33,15 auf 36,51 Prozent steigern, jedoch genügte dies nicht, um stärkste Kraft zu werden. Die ÖVP steigerte sich nämlich auf 42,3 Prozent. Ausgehend von 26,91 Prozent brachte dieser Zuwachs etwa bei den Mandaten ein Plus von 27 Abgeordneten im Nationalrat. Die FPÖ erlitt unter anderem aufgrund der vorangegangenen Ereignisse eine schwere Wahlniederlage und kam lediglich auf 10,01 Prozent. Dies bedeutete gegenüber dem Ergebnis von 1999 ein Minus von

¹⁶⁵ Gehler, Michael: Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945–2005), in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 48

¹⁶⁶ Ebenda

¹⁶⁷ Cap, Josef: Kamele können nicht fliegen. Von den Grenzen politischer Inszenierung, Wien 2005, S. 188

¹⁶⁸ Gehler, Michael: Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945–2005), in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 50

¹⁶⁹ Cap, Josef: Kamele können nicht fliegen. Von den Grenzen politischer Inszenierung, Wien 2005, S. 189

16,9 Prozent. Eine Koalitionsoption für die SPÖ mit den Grünen war nicht möglich, da diese bei der Nationalratswahl 2002 auf 9,47 Prozent kamen.¹⁷⁰ Es kam nach dieser Wahl zu einer Neuauflage der ÖVP-FPÖ-Koalition unter Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel. Die Funktionsperiode dauerte vom 28. Februar 2003 bis zum 11. Jänner 2007.¹⁷¹

Obwohl der Regierungswechsel nicht gelungen war, konnte die SPÖ aber in dieser Legislaturperiode entscheidende Wahlerfolge feiern. So gewann etwa am 7. März 2004 die SPÖ in Salzburg bei der Landtagswahl gegenüber der Wahl 1999 13,1 Prozent hinzu und erreichte mit 45,4 Prozent erstmals die Mehrheit in diesem Bundesland. Die ÖVP war seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stärkste politische Kraft. Mit einem Stimmenanteil von 37,9 Prozent musste sie aber nun die Position des Landeshauptmannes/ der Landeshauptfrau erstmals an die SPÖ abgeben.¹⁷²

Ein ebensolcher Machtwechsel gelang im bisher traditionellen ÖVP-Bundesland Steiermark. Dort erreichte die SPÖ bei der Landtagswahl am 2. Oktober 2005 einen Zugewinn von 9,35 Prozent und kam auf 41,67 Prozent. Die Volkspartei verlor 8,63 Prozent und belegte mit 38,66 Prozent erstmals seit 1945 den zweiten Platz.

Auf Bundesebene konnte bei der Präsidentschaftswahl am 25. April 2004 ebenfalls ein Erfolg verzeichnet werden. Nachdem dieses Amt 18 Jahre lang von ÖVP-Kandidaten besetzt worden war, gelang es nun wieder einem Sozialdemokraten als Sieger aus der Auseinandersetzung hervorzugehen. Dr. Heinz Fischer setzte sich mit 52,39 Prozent gegen Dr. Benita Ferrero-Waldner durch, die 47,61 Prozent auf sich vereinen konnte.¹⁷³

Als Folge „anhaltender innerparteilicher Konflikte und persönlicher Verwerfungen zwischen Regierungs- und Oppositions-orientierten Kräften“¹⁷⁴ spaltete sich im April 2005 das „Bündnis Zukunft Österreichs“ (BZÖ) von der FPÖ ab. Die bisherige

¹⁷⁰ Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2002/Gesamtergebnis.aspx & Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/1999/Ergebnis.aspx (gefunden am 4. Juni 2012)

¹⁷¹ Vgl. <http://www.bka.gv.at/site/3355/default.aspx> (gefunden am 4. Juni 2012)

¹⁷² Vgl. <http://www.salzburg.gv.at/20003stat/wahlen/ltw/index.htm> (gefunden am 3. Juni 2012)

¹⁷³ Vgl. www.bundespraesident.at/index.php?id=197&no_cache=0&L=0 (gefunden am 3. Juni 2012)

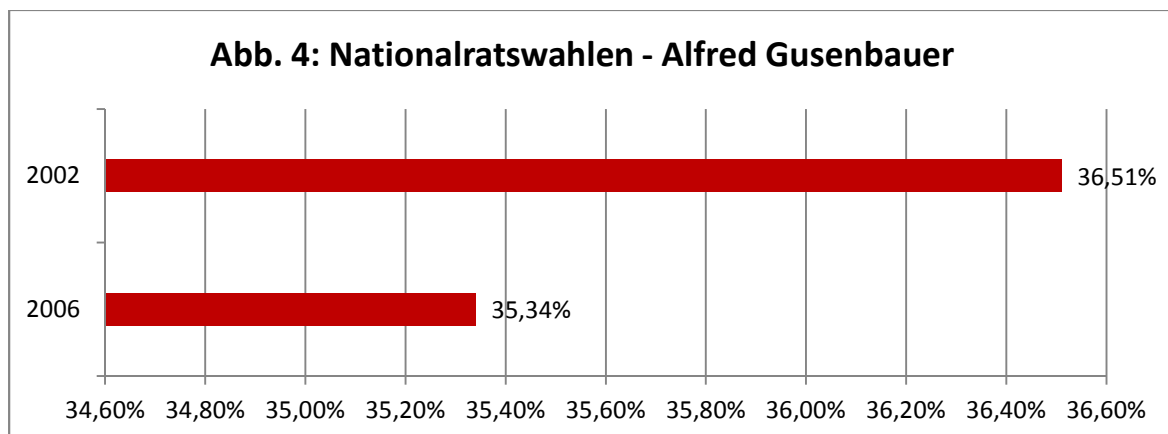
¹⁷⁴ Gehler, Michael: Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945–2005), in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 50

Koalition aus ÖVP und FPÖ wurde „nach Abgabe entsprechender Garantien zur Bekräftigung des Regierungsprogramms seitens der dem BZÖ zuzurechnenden Politiker“¹⁷⁵ als ÖVP-BZÖ-Koalition fortgesetzt.

Spekulationsgeschäfte der „gewerkschaftseigenen Bank für Arbeit und Wirtschaft (BAWAG)“¹⁷⁶ brachten den Österreichischen Gewerkschaftsbund in die „seit 1945 tiefreichendsten Krise des ÖGB“¹⁷⁷.

In der außerordentlichen Bundesvorstandssitzung des Gewerkschaftsbundes am 30. März 2006 hat man sich dann dazu entschlossen, „sich aus der BAWAG P.S.K grundsätzlich zurück zu ziehen“¹⁷⁸.

Bei der Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 „erreichte die SPÖ – trotz BAWAG-Skandals und entgegen den Umfrageprognosen – den ersten Platz“¹⁷⁹. 35,34 Prozent der Wahlberechtigten votierten für die SozialdemokratInnen. Die Volkspartei verlor stark und kam auf 34,33 Prozent. Auf die Grünen entfielen 11,05 und auf die FPÖ 11,04 Prozent. Das BZÖ erreichte 4,11 Prozent und zog ebenfalls in den Nationalrat ein.¹⁸⁰



Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_History.aspx

¹⁷⁵ Gehler, Michael: Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945–2005), in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 50–51

¹⁷⁶ Pernicka, Susanne; Stern, Sandra: Von der Sozialpartnergewerkschaft zur Bewegungsorganisation? Mitgliedergewinnungsstrategien österreichischer Gewerkschaften, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jahrgang 40, Heft 4, Wien 2011, S. 336

¹⁷⁷ Karlhofer, Ferdinand; Tálos, Emmerich: Sozialpartnerschaft am Abstieg, in: Tálos, Emmerich (Hrsg.): Schwarz – Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien 2006, S. 115

¹⁷⁸ OTS-Aussendung vom 30. März 2006, OTS0323

¹⁷⁹ Sandner, Günther: Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie, hrsg. von Karl-Renner-Institut, Wien 2012, S. 71

¹⁸⁰ Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2006/End_Gesamt.aspx (gefunden am 3. Juni 2012)

Die SPÖ wurde als stärkste politische Kraft mit der Regierungsbildung beauftragt und Dr. Alfred Gusenbauer einigte sich als Verhandlungsführer mit der ÖVP auf die Bildung einer Bundesregierung. Dabei musste man aber dem Koalitionspartner „weitreichende Zugeständnisse machen“¹⁸¹.

Das Verhandlungsergebnis war für viele in der SPÖ sehr überraschend. Speziell über die Neuverteilung der Ministerien unter den Koalitionspartnern gab es „schwere Irritation“¹⁸², da zentrale Bereiche an die Volkspartei gingen. Die ÖVP erhielt die Ressorts Finanzen, Inneres, das Außenministerium, den Bereich Gesundheit/Familie/Jugend, Landwirtschaft/Umwelt, Wirtschaft/Arbeit sowie das Ministerium für Wissenschaft und Forschung.¹⁸³ Der Verhandlungsführer Wolfgang Schüssel war mit der Ressortverteilung auch überaus zufrieden: „Die Ironie, mit der er sie kommentierte, war freilich mit Händen greifbar: ‚Ich glaube, dass wir von unserer Seite unsere Handschrift in den Ressorts gut unterbringen können.‘“¹⁸⁴ Proteste gab es auch dagegen, dass die SPÖ in den Verhandlungen ihre zentrale Forderung nach der Abschaffung der Studiengebühren nicht durchsetzen konnte.¹⁸⁵ Diese waren unter der ÖVP-FPÖ-Regierung eingeführt worden.

Die SPÖ-ÖVP-Koalition unter Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer begann ihre Tätigkeit am 11. Jänner 2007. Die Funktionsperiode dauerte aber lediglich bis zum 2. Dezember 2008. Vizekanzler war Mag. Wilhelm Molterer von der ÖVP.¹⁸⁶

In Buch „Die Wege entstehen im Gehen – Alfred Gusenbauer im Gespräch“ interviewten die Journalistin Dr. Katharina Krawagna-Pfeifer und der Journalist Armin Thurnher den SPÖ-Vorsitzenden und amtierenden Bundeskanzler. Der fand dabei über die Zusammenarbeit mit der Volkspartei sehr offene Worte: „Die politische Strategie der ÖVP ist ja ganz simpel. Erstens wollen sie, dass es keine Erfolge der sozialdemokratischen Regierung gibt, damit sie irgendwann einmal sagen können, es sei ohnehin alles so wie früher. Zweitens wollen sie jeden Erfolg, vor

¹⁸¹ Sandner, Günther: Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie, hrsg. von Karl-Renner-Institut, Wien 2012, S. 71

¹⁸² „ÖVP erringt mächtigste Ministerien“, *Der Standard* vom 9. Jänner 2007, S. 3

¹⁸³ Vgl. Ebenda

¹⁸⁴ „ÖVP und SPÖ haben fertig“, *Der Standard* vom 9. Jänner 2007, S. 2

¹⁸⁵ Vgl. „Studiengebühr bleibt, Sozialdienst kommt“, *Der Standard* vom 9. Jänner 2007, S. 4

¹⁸⁶ Vgl. <http://www.bka.gv.at/site/3355/default.aspx> (gefunden am 4. Juni 2012)

allem des Bundeskanzlers, verhindern, damit es nicht zu einem Kanzlerbonus kommt. Das Lieblingsresümee der ÖVP wäre: Es hat sich nichts geändert, und früher unter Schüssel war es eigentlich besser. Daher versucht die ÖVP einerseits, möglichst alles, was als Erfolg der Sozialdemokratie gesehen werden könnte, zu blockieren. Wenn blockieren nicht geht, verwässert sie es.“¹⁸⁷

Die innerkoalitionären Spannungen wurden im Lauf der Zeit immer gravierender, und auch innerhalb der SPÖ wurde die Kritik an Gusenbauers Führungsstil immer stärker. Am 16. Juni 2008 zog er schließlich „die Konsequenzen aus den parteiinternen und öffentlichen Debatten“¹⁸⁸ und der bisherige Minister für Verkehr, Innovation und Technologie, Werner Faymann, wurde auf Vorschlag Gusenbauers vom Präsidium und Vorstand als geschäftsführender Bundesparteivorsitzender eingesetzt. Kurze Zeit später verkündete schließlich Vizekanzler Molterer mit den plakativen Worten „Es reicht!“ das Ende der Koalition. Für 28. September 2008 wurden Neuwahlen anberaumt. Die SPÖ verlegte den für 9. und 10. Oktober geplant gewesenen Bundesparteitag auf den 8. August vor. Auf diesem wurde schließlich Werner Faymann mit 98,36 Prozent zum neuen Bundesparteivorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Österreichs gewählt.¹⁸⁹

Am 25. Juni 2008 richteten der geschäftsführende SPÖ-Vorsitzende Faymann und Bundeskanzler Gusenbauer einen vieldiskutierten offenen Brief an den Herausgeber der größten österreichischen Tageszeitung, der *Kronen Zeitung*. Darin wurde die Position der SPÖ vermittelt, wonach bei künftigen europäischen Vertragsänderungen, die die Interessen Österreichs betreffen würden, eine Volksabstimmung abzuhalten sei. Dies gelte auch bei einem möglichen Beitritt der Türkei.¹⁹⁰

¹⁸⁷ Krawagna-Pfeifer, Katharina; Thurnher, Armin; Brasch, Dieter (Fotos): Die Wege entstehen im Gehen. Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, Wien 2008, S. 160

¹⁸⁸ Zeit für Gerechtigkeit! Jahrbuch 2010, 41. Ordentlicher Bundesparteitag, 12. Juni 2010, Vösendorf, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2010, S. 45

¹⁸⁹ Vgl. Ebenda, S. 45–48

¹⁹⁰ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 327– 328

2.6 Faymann – SPÖ bleibt stärkste Kraft bei NR-Wahl 2008

Werner Faymann wurde am 4. Mai 1960 geboren. Bereits mit 25 Jahren wurde er Wiener Gemeinderat und Abgeordneter zum Wiener Landtag. Dieses Mandat hielt er bis 1994 inne. In diesem Jahr wechselte er in die Stadtregierung, wo er fortan für das Ressort Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung verantwortlich war. Am 11. Jänner 2007 wurde er dann zum Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie ernannt.¹⁹¹

Die Ausgangssituation vor der Nationalratswahl war für die SPÖ eine überaus schwierige. Die Umfragen sahen die Sozialdemokratische Partei zunächst auf einem sehr niedrigen Niveau. Das Umfrageinstitut Gallup „sah – in einer Umfrage für Österreich – die ÖVP Ende Juli bei 26, die SPÖ bei 23 Prozent.“¹⁹²

Werner Faymann ging auch in seiner Rede am Bundesparteitag 2008 in Linz darauf ein: „21 bis 23 Prozent Stimmenanteil sind ein Wert, den ich mir, ich habe sehr jung in der Sozialistischen Jugend begonnen, niemals hätte vorstellen können. Die Anzahl unserer Mitglieder ist zwar massiv zurückgegangen, auch das soll man nicht verheimlichen, von unserem Höchststand über 700.000 auf 260.000 österreichweit, aber die Kraft der Sozialdemokratie ist stärker als diese 21 oder 23 Prozent zum Ausdruck bringen.“¹⁹³

Der Bruch der Koalition hatte auch für Faymann einen eindeutigen Hintergrund. ÖVP-Bundesparteivorsitzender und Vizekanzler Molterer habe „nur einen für ihn optimalen Zeitpunkt abgewartet, sich aus der ungeliebten Koalition zu befreien. Dass die ÖVP mit der großen Koalition nicht glücklich ist, hat sie uns vom ersten Tag an zu verstehen gegeben.“¹⁹⁴

¹⁹¹ Vgl. http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_36450/index.shtml (gefunden am 5. Juni 2012)

¹⁹² „Wahlsieg der SPÖ gilt als relativ sicher“, *Der Standard*, vom 25. September 2008, S. 4

¹⁹³ Rede des geschäftsführenden Bundesparteivorsitzenden Werner Faymann. 40. ordentlicher Bundesparteitag, Linz 2008, Übermittelt von der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, am 23. Mai 2012

¹⁹⁴ „Wir lernen aus unseren Fehlern“, Interview mit Werner Faymann, in: ZUKUNFT, Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, hrsg. von der Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“, Heft 09, Wien 2008, S. 7

Bezüglich möglicher Koalitionsoptionen legte sich Werner Faymann bereits am Beginn seiner Vorsitzführung klar fest und lehnte jede Koalition mit der FPÖ, mit der gegebenen inhaltlichen und personellen Ausrichtung, ab: „Es wird darum gehen, dass wir als Sozialdemokraten für diese Gestaltung der Zukunft glaubwürdig sind. Und zu dieser Glaubwürdigkeit gehört für mich auch, dass wir, bei allen taktischen Nachteilen, bei aller klaren Erkenntnis, dass das anderen Parteien bessere Karten gibt, unseren Grundsatz über die Taktik stellen und sagen: Mit dieser Strache-FPÖ wird es keinen einzigen Tag eine Koalition geben, liebe Freunde! (...) Ich bitte auch jene in der eigenen Partei um Verständnis, dass sie diesen taktischen Nachteil, jemanden auszuschließen, aus moralisch politischen Gründen für die Zukunft unseres Landes, in Kauf nehmen. Dieser mathematisch-taktische Nachteil ist ein Teil unserer Glaubwürdigkeit, denn Politik ist kein Kartenspiel.“¹⁹⁵

Der SPÖ-Vorsitzende bekräftigte vor der Wahl, er sei „kein Gegner der großen Koalition, denn große Reformprojekte brauchen eine breite Mehrheit und Österreich braucht eine stabile Regierung“¹⁹⁶. Er äußerte aber auch den Wunsch, dass „auf Seiten der ÖVP andere Akteure zum Zug kommen“¹⁹⁷, denn es schwebte etwa über dem Vizekanzler „noch immer der Schatten Schüssels“¹⁹⁸.

Faymann präsentierte kurz vor der Wahl ein Fünf-Punkte-Programm der SPÖ als „Maßnahmenpaket im Kampf gegen die Teuerung“¹⁹⁹. Bei einer Sondersitzung des Nationalrates wurde beantragt, die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel zu halbieren. Weiters versuchte man für die Einführung der 13. Familienbeihilfe – auch für Familien mit Kindern unter sechs Jahren – eine Mehrheit zu bekommen. Darüber hinaus sollte das Pflegegeld erhöht werden und die umgangssprachlich als „Hacklerregelung“ bezeichnete Pensionsregelung solle verlängert werden. Der fünfte SPÖ-Antrag hatte die Abschaffung der Studiengebühren zum Ziel.²⁰⁰ Mit Ausnahme der Mehrwertsteuersenkung fanden alle Anträge im freien Spiel der Kräfte eine

¹⁹⁵ Rede des geschäftsführenden Bundesparteivorsitzenden Werner Faymann. 40. ordentlicher Bundesparteitag, Linz 2008, Übermittelt von der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, am 23. Mai 2012

¹⁹⁶ „Wir lernen aus unseren Fehlern“, Interview mit Werner Faymann, in: ZUKUNFT, Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, hrsg. von der Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“, Heft 09, Wien 2008, S. 9

¹⁹⁷ Ebenda

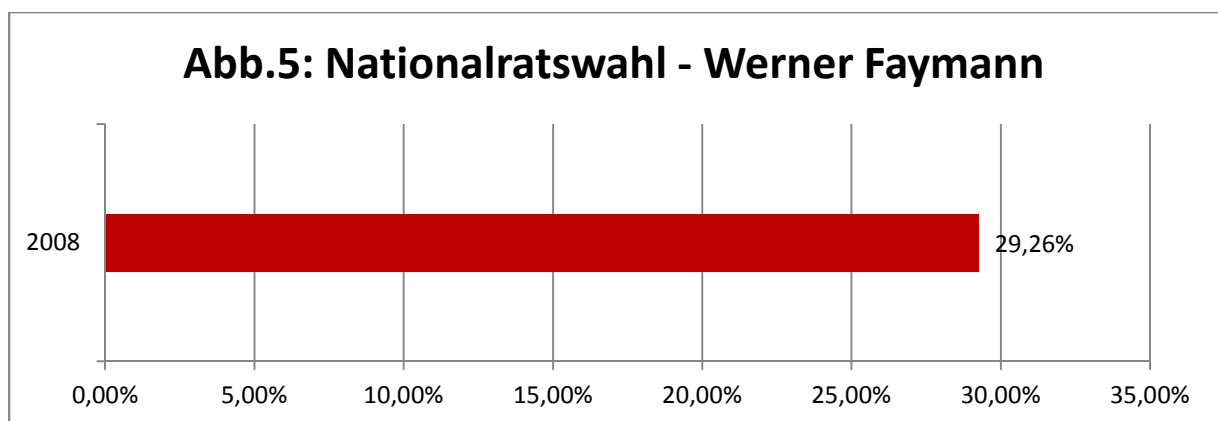
¹⁹⁸ Ebenda

¹⁹⁹ OTS-Aussendung vom 25. August 2008, OTS0151

²⁰⁰ Vgl. Ebenda

Mehrheit im Nationalrat. Die Abschaffung der Studiengebühren ab dem Sommersemester 2009 wurde mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und den Grünen beschlossen.²⁰¹

Die Hoffnungen der ÖVP, bei der Nationalratswahl 2008 stärkste politische Kraft zu werden, erfüllten sich nicht, da die SPÖ 29,26 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnte, die ÖVP aber nur 25,98 Prozent. Auf die Freiheitlichen entfielen 17,54 Prozent, auf das BZÖ – Liste Jörg Haider kamen 10,7 Prozent und die Grünen erreichten 10,43 Prozent.²⁰²



Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2008/End_Gesamt.aspx

Kurz nach der Wahl begannen die Regierungsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP. Diese wurden dadurch „erleichtert, dass wichtige sozialdemokratische Forderungen bereits vor dem Wahltag im Nationalrat beschlossen wurden“²⁰³. Bereits am 23. November 2008 einigte man sich schließlich auf ein Koalitionsübereinkommen.

Die Regierungskoalition aus SPÖ und ÖVP unter Bundeskanzler Werner Faymann begann ihre Tätigkeit am 2. Dezember 2008. Vizekanzler wurde ÖVP-Obmann DI Josef Pröll. Nach dessen gesundheitsbedingtem Ausscheiden aus der Politik übernahm am 21. April 2011 Dr. Michael Spindelegger die Funktion des Vizekanzlers.²⁰⁴

²⁰¹ Vgl. „Dann waren es nur noch vier...“, *Der Standard*, vom 25. September 2008, S. 2

²⁰² Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/2008/End_Gesamt.aspx (gefunden am 5. Juni 2012)

²⁰³ Zeit für Gerechtigkeit! Jahrbuch 2010, 41. ordentlicher Bundesparteitag, 12. Juni 2010, Vösendorf, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2010, S. 48

²⁰⁴ Vgl. <http://www.bka.gv.at/site/3355/default.aspx> (gefunden am 5. Juni 2012)

Trotz der Tatsache, dass man bei der Nationalratswahl 2008 einen „überraschenden Erfolg“²⁰⁵ verzeichnen konnte, wurde selbst im Bericht der SPÖ zum Bundesparteitag 2010 formuliert, „dass die Krise der SPÖ in den eineinhalb Jahren davor ihre Spuren hinterlassen und zu einem Verlust von 6 Prozent Stimmenanteilen geführt hat“²⁰⁶. Ziel war es daher, jene „verlorenen Stimmen so weit wie möglich zurückzugewinnen“²⁰⁷.

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 24. Juni 2009 erreichte die SPÖ aber lediglich 23,7 Prozent, während bei der vorangegangenen EU-Wahl noch 33,33 Prozent der Stimmen auf die SozialdemokratInnen entfallen waren. Dieses Ergebnis bedeutete zunächst vier Mandate für die SPÖ, ein Minus von drei Abgeordneten. Die ÖVP erreichte bei der Wahl 2009 30 Prozent, die Liste MARTIN kam auf 17,7 Prozent und auf die Grünen entfielen 9,9 Prozent. Für die FPÖ votierten 12,7 Prozent. Von den am Wahltag zu vergebenden 17 Mandaten erhielt weiters die ÖVP sechs, die Liste MARTIN drei, sowie Grüne und FPÖ jeweils zwei.²⁰⁸ Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon wurde die Gesamtzahl der österreichischen Abgeordneten von 17 auf 19 erhöht. Damit bekam die SPÖ noch einen Abgeordnetensitz dazu. Auf das BZÖ entfiel auf Grund des Wahlergebnisses ebenfalls noch ein Mandat im EU-Parlament.²⁰⁹

Auch auf die Ergebnisse einzelner Landtagswahlen 2009 blickend, war für die SPÖ klar, „dass die Rückgewinnung ehemaliger SPÖ-Wähler in diesem Jahr noch nicht wirklich erfolgreich war“²¹⁰.

Bei der Bundespräsidentenwahl am 25. April 2010 gelang aber beispielsweise die Wiederwahl des amtierenden Präsidenten Dr. Heinz Fischer. Die ÖVP verzichtete

²⁰⁵ Zeit für Gerechtigkeit! Jahrbuch 2010, 41. Ordentlicher Bundesparteitag, 12. Juni 2010, Vösendorf, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2010, S. 48

²⁰⁶ Ebenda

²⁰⁷ Ebenda

²⁰⁸ Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/EndergebnisE.aspx & http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2004/Gesamtergebnis.aspx (gefunden am 6. Juni 2012)

²⁰⁹ Vgl.

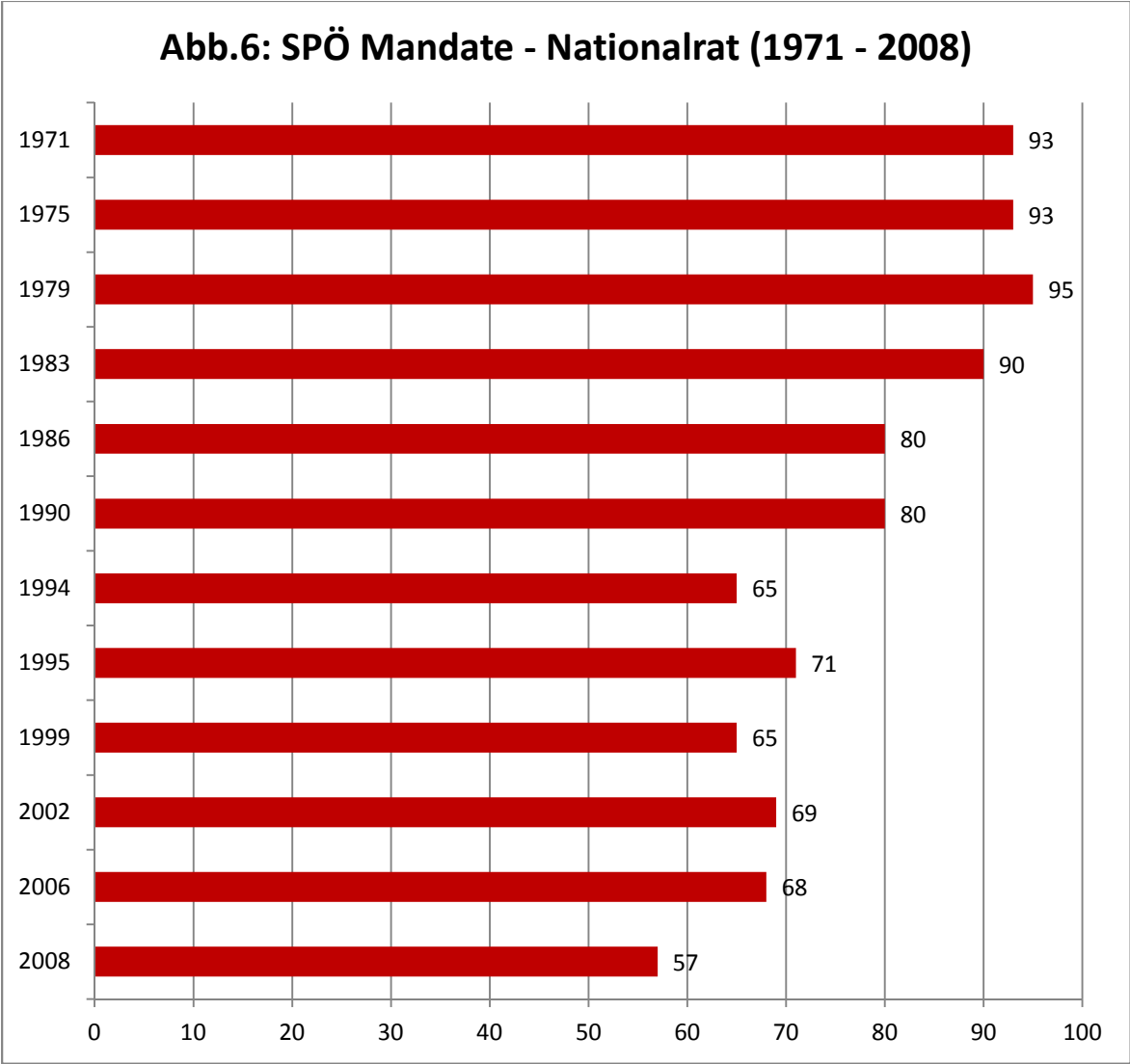
www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/Verlautbarung_der_Bundeswahlbehörde_ber_die_Zuweisung_zweierweiterer_Mandate.pdf (gefunden am 6. Juni 2012)

²¹⁰ Zeit für Gerechtigkeit! Jahrbuch 2010, 41. Ordentlicher Bundesparteitag, 12. Juni 2010, Vösendorf, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2010, S. 49

auf die Aufstellung einer/eines eigenen Kandidatin/Kandidaten. Mit 79,33 Prozent setzte sich schließlich der Amtsinhaber bereits im ersten Wahlgang klar durch. Auf die niederösterreichische Landesrätin Barbara Rosenkranz von der FPÖ entfielen 15,24 Prozent der Stimmen, Dr. Rudolf Gehring kam auf 5,43 Prozent.²¹¹

²¹¹ Vgl. http://www.bundespraesident.at/index.php?id=196&no_cache=0&L=0 (gefunden am 6. Juni 2012)

Abschließend soll noch die Entwicklung der Mandate für die Sozialdemokratische Partei Österreich beginnend mit der Nationalratswahl 1971 bis zu jener im Jahr 2008 dargestellt werden:



Quelle: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_History.aspx

3 Die inhaltliche Ausrichtung der SPÖ

In diesem Kapitel über die inhaltliche Ausrichtung der Sozialdemokratischen Partei Österreichs beschäftige ich mich im Wesentlichen mit zwei Themenbereichen. Zunächst mit Herausforderungen, mit denen sich die SPÖ inhaltlich intensiv auseinandergesetzt hat beziehungsweise noch immer Diskussionsprozesse dazu gegeben sind. Dabei geht es darum, die Meinungsvielfalt in der Partei oder gegebenenfalls Konfliktlinien zu einzelnen Themen darzulegen.

Im zweiten Teil setze ich mich mit der Frage auseinander, wie intensiv sich die SPÖ innerparteilich mit dem „Dritten Weg“ und den Reformvorschlägen des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder sowie des damaligen Ministerpräsidenten von Großbritannien Tony Blair auseinandergesetzt hat. Dies soll auch anhand einer detaillierten Analyse belegt werden. Zu Beginn gilt es aber die wesentlichen Merkmale und Schwerpunktsetzungen des „Dritten Weges“ herauszuarbeiten.

Den Ausführungen dazu habe ich das Kapitel „Zum Stand der Parteienforschung – Dealignment und die Veränderungen des WählerInnenverhaltens“ vorangestellt, welches kurz umreißen soll, wie sich die Gesellschaft und dadurch auch das WählerInnenverhalten verändert haben.

3.1 Zum Stand der Parteienforschung – Dealignment und die Veränderungen des WählerInnenverhaltens

Zu Beginn des Kapitels über die inhaltliche Ausrichtung der SPÖ möchte ich zunächst einige Begrifflichkeiten definieren und gegebene politische sowie gesellschaftliche Entwicklungen skizzieren. Dies ist zweifelsohne für die gesamte Arbeit von Interesse. Zuerst sollen jene gesellschaftlichen Konfliktlinien aufgezeigt werden, die das Fundament für das heimische Parteiensystem darstellen. Darauf aufbauend möchte ich den als „Dealignment“ bezeichneten Prozess des Rückganges der Loyalitäten zu Parteien und die Veränderungen des WählerInnenverhaltens herausarbeiten.

Um die Veränderungen des österreichischen Parteiensystems und des WählerInnenverhaltens darstellen zu können, ist es zunächst erforderlich, jene gesellschaftlichen Konflikte (cleavages) aufzuzeigen, auf deren Fundament das österreichische Parteiensystem in der historischen Betrachtung basiert.

Laut dem Politikwissenschaftler Dr. Wolfgang C. Müller spielen drei Faktoren bei der Spaltung einer Gesellschaft eine entscheidende Rolle:

- „ – Klasse, also die Zugehörigkeit zu einer durch ihre Funktion im Wirtschaftssystem definierte Bevölkerungsgruppe – Bauern, Gewerbetreibende, Beamte/Angestellte, Arbeiter;
- Religion, wobei hier der wichtigste einzelne Konflikt derjenige zwischen den aktiven Katholiken und den Antiklerikalen ist;
- Region: hier ging es vor allem um den Gegensatz zwischen Zentrum („Wasserkopf“ Wien) und Peripherie (womit insbesondere die westlichen und südlichen Bundesländer gemeint sind), was weitgehend auch dem Gegensatz Stadt/Land entsprach.“²¹²

Wenn man die politischen Zuspitzungen dieser Konfliktlinien in der Ersten Republik überspringt und die vorhin genannten Faktoren auf die zunächst traditionelle Parteienlandschaft der Zweiten Republik überträgt, so ergeben sich im Rückblick folgende UnterstützerInnenkreise für die beiden Großparteien: Arbeiter, die Bewohnern Wiens und jene der größeren Städte sowie nicht aktive Mitglieder von Religionsgemeinschaften wählen SPÖ. Landwirte, Gewerbetreibende, Freiberufler, die Bewohner der ländlichen Regionen und aktive Katholiken unterstützen eher die Volkspartei. Beide Großparteien fanden bei Angestellten und Beamten gleichermaßen Zustimmung.²¹³

Bedingt durch den zunehmenden Bedeutungsverlust der Religion und die ökonomischen Transformationen veränderte sich im Laufe der Zeit dieses Einteilungsschema zunehmend. Das hatte zur Folge: „(...) die parteipolitischen Kerngruppen von ÖVP und SPÖ sind erheblich geschrumpft, die Gruppe der

²¹² Müller, Wolfgang C.: Das Parteiensystem, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, Wien 1997, S. 228

²¹³ Vgl. Ebenda

Beamten/Angestellten, die nicht eindeutig zuordenbar ist (und auch ein flexibleres politisches Verhalten an den Tag legt), ist stark angewachsen und gleichzeitig heterogener geworden²¹⁴. Mit dem Einzug postmaterialistischer Werte ist überdies eine „neue gesellschaftliche Trennlinie (zwischen Materialisten und Postmaterialisten) entstanden“²¹⁵, die für die Entstehung neuer Parteien mitentscheidend war.

Auch in der Programmatik reagierten die Parteien auf diese geänderten gesellschaftlichen Gegebenheiten: „Auch die Sozialisten haben nach 1945 ihre strenge Klassengebundenheit aufgegeben und vertreten seither nicht mehr ausschließlich die Anliegen der Arbeiter. Im SPÖ-Programm von 1978 wurde dies wie folgt ausgedrückt: ‚Wir Sozialisten kämpfen für die Freiheit und Würde des Menschen, für die volle Gleichberechtigung und für soziale Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft.‘“²¹⁶ Auch die Österreichische Volkspartei änderte etwa 1972 im „Salzburger Programm“ die Position gegenüber der katholischen Kirche. Darin hieß es zu diesem Themenfeld: „Die ÖVP anerkennt die Selbständigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften und tritt für deren freies öffentliches Wirken ein. Sie bindet sich an keine Konfession oder kirchliche Institution.“²¹⁷

Diese Haltungsänderung hin zu einer breiteren gesellschaftlichen Ausrichtung bildete „den geistigen Hintergrund moderner ‚catch-all‘ Strategien von Allerwelts- oder Volksparteien“²¹⁸. „SPÖ und ÖVP sind in der Tat ‚catch-all parties‘ (Volksparteien) geworden, die mit vergleichbaren Mitteln vergleichbare Ziele anstreben“²¹⁹, wie ein Vergleich der Wahlprogramme zwischen 1949 und 1994 zeigt. Dies ist aber naturgemäß kein österreichisches Phänomen, denn die großen europäischen Massenparteien vollzogen mit unterschiedlichen Ausprägungen einen Wandlungsprozess von Weltanschauungsparteien mit einer klaren konfessionellen oder klassenbezogenen Ausrichtung zu so genannten „catch-all parties“.²²⁰ Ich möchte an dieser Stelle auch die grundsätzliche Funktion von politischen Parteien

²¹⁴ Müller, Wolfgang C.: Das Parteiensystem, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die zweite Republik, Wien 1997, S. 228–229

²¹⁵ Ebenda, S. 229

²¹⁶ Horner, Franz: Programme – Ideologien: Dissens oder Konsens, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die zweite Republik, Wien 1997, S. 236

²¹⁷ Ebenda

²¹⁸ Zitiert nach: Ebenda

²¹⁹ Ebenda, S. 243–244

²²⁰ Vgl. Sidl, Günther: Die niederösterreichische Landtagswahl 2003. Themen und Strategien der im Landtag vertretenen Parteien, Universität Wien, Diplomarbeit, 2004, S. 16

nicht unerwähnt lassen, die sich auf die Selektion und den Transfer von „issues“ und der Rekrutierung von Personal bezieht.²²¹

Wenn man sich nun im historischen Vergleich die Verteilung der Erwerbspersonen nach wirtschaftlicher Zugehörigkeit ansieht, so ergibt sich folgendes Bild: Im Primärsektor (v.a. Land- und Forstwirtschaft, Bergbau) waren 1971 noch 15,4 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt. 1991 waren es nur noch 6,5 Prozent und zehn Jahre später lag die Anzahl gar nur noch bei 4,3 Prozent. Der Sekundärsektor (z.B.: Sachgütererzeugung, Bauwesen, Energie- und Wasserversorgung) verzeichnete 1971 noch 43 Prozent der Erwerbspersonen. 1991 waren es 36,7 Prozent und 2001 wurden 29,1 Prozent diesem Bereich zugeordnet. Beim Tertiärsektor (z.B.: Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Gesundheits- und Sozialwesen usw.) ergab die statistische Erhebung im Jahr 1971 noch 41,6 Prozent. 1991 lag dieser Wert bereits um 15,2 Prozentpunkte höher (56,8 Prozent) und 2001 konnten 66,6 Prozent der Erwerbspersonen diesem Sektor zugeordnet werden. Geht man in der historischen Betrachtung noch weiter zurück, so lagen 1951 die Werte des Primärsektors bei 35,8 Prozent, jener des Sekundärsektors bei 35,1 und der Tertiärsektor bescheinigte einen Anteil von 29,1 Prozent der Erwerbspersonen.²²²

Der soeben beschriebene Wandel wirkte sich direkt auf die Traditionsparteien aus: „Die sozialen Kerngruppen der Traditionsparteien schrumpfen zahlenmäßig, die traditionellen Sozialmilieus brechen auf, wodurch sich auch die alten Netzwerke sozialer Kontakte und persönlicher Beziehungen, die eine soziale Konsonanz politischer Einstellungen sicherten, auflösen“²²³. Überdies wird diese Entwicklung noch durch den „Aufstieg der Massenmedien zu primären Trägern des politischen Kommunikationsprozesses“²²⁴ verstärkt.

²²¹ Vgl. Wimmer, Hannes: Die Modernisierung politischer Systeme. Staat – Parteien – Öffentlichkeit, Wien 2000, S. 630–631

²²² Vgl. Haller, Max: Die österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und sozialer Wandel, Frankfurt am Main 2008, S. 271

²²³ Zitiert nach: Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteibindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens, in: Pelinka, Anton; Plasser, Fritz; Meixner, Wolfgang (Hrsg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, S. 172

²²⁴ Ebenda

Dieser Rückgang der historisch gewachsenen Verbundenheit mit Parteien wird als „Dealignment“ bezeichnet.²²⁵ In Österreich kann dieser Prozess in vier Phasen eingeteilt werden. Die erste Zeitspanne, die als „strukturelles Dealignment“ bezeichnet wird, beginnt in den späten 60er-Jahren und erstreckt sich bis Ende der 70er-Jahre. In dieser Phase führte der „sozioökonomische Wandel (Rückgang der Agrarquote, erhöhte regionale und berufliche Mobilität, Industrialisierung und Suburbanisierung ehemals ländlicher Regionen) sowie die Modernisierung der Produktionsstrukturen (Rückgang der traditionellen Industriearbeiterschaft, Rückgang der Einzelhandels- bzw. Kleingewerbebetriebe, Anwachsen des Dienstleistungssektors, des öffentlichen Sektors wie der neuen Mittelschicht aus der Angestelltenschaft)“²²⁶ zur Aufweichung „traditioneller Parteiloyalitäten und vormals stabiler Wähler-Partei-Bindungen“²²⁷.

Das „affektive Dealignment“ stellt die zweite Phase dar. Bedingt durch eine Reihe von Skandalen, einer verstärkten Kritik an der Regierungsarbeit durch die Bevölkerung sowie durch das Aufkommen eines ökologischen Bewusstseins lösten sich wiederum zunehmend Bindungen an die traditionellen Parteien.²²⁸

Das „oppositionelle, protestgeladene Dealignment“ stellt die dritte Phase dar und hier kam es zu einer Protestkultur der Wählerinnen und Wähler. In der Fortführung der Koalition zwischen SPÖ und ÖVP wurde für die Wählerinnen und Wähler die Unterscheidbarkeit dieser beiden Parteien immer geringer.²²⁹ Mit der zunehmend stärker werdenden FPÖ war nun ein Player auf der politischen Bühne, „der latente Protesthaltungen in Wählerschaft gezielt verstärkt, neue Spannungslinien in der Gesellschaft noch stärker polarisiert, brisante bzw. ressentimentgeladene Themen (Immigration, Kriminalität) bewußt zuspitzt und insgesamt eine Politik des strategischen Affekt-Management betreibt“²³⁰.

²²⁵ Vgl. Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Wahlverhalten, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 552

²²⁶ Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteibindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens, in: Pelinka, Anton; Plasser, Fritz; Meixner, Wolfgang (Hrsg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, S. 178

²²⁷ Ebenda

²²⁸ Vgl. Ebenda

²²⁹ Vgl. Ebenda, S. 179

²³⁰ Ebenda

Die vierte Phase beginnt mit der Koalition aus ÖVP und FPÖ im Jahr 2000. Dieser Regierungswechsel führte aber auch zu einer stärkeren Bereitschaft sich mit einer Partei zu identifizieren: „Der Anteil von Personen mit einer starken, expressiven Parteineigung stieg von 16 Prozent (1999) auf 22 Prozent (2002) und erreichte 2006 mit 26 Prozent Werte wie in den frühen achtziger Jahren.“²³¹ Hierbei handelte es sich aber in erster Linie um StammwählerInnen, „während sich gleichzeitig die Wechselbereitschaft parteiungebundener Wählerschichten weiter erhöhte“²³².

Zusammenfassend ergibt sich in der historischen Betrachtung der Loslösung der traditionellen Parteienbindung ein eindeutiges Bild: „Hatten in den fünfziger und sechziger Jahren noch rund drei Viertel der österreichischen Wahlberechtigten eine stabile Bindung zu einer politischen Partei, weist Ende der neunziger Jahre nur mehr die Hälfte der Wahlberechtigten eine langfristige gefühlsmäßige Neigung zu einer bestimmten Partei auf. Im Vergleich zur Mitte der siebziger Jahre hat sich der Anteil von Personen mit einer starken Parteibindung halbiert und beträgt 1999 nur mehr 16 Prozent.“²³³ Wenn man die WählerInnengruppen Jugendliche und ArbeiterInnen genauer betrachtet, so wird dies ebenfalls untermauert: „Zwischen 1976 und 2001 war die Parteiidentifikation bei den Unter-30-Jährigen um – 19 Prozentpunkte und unter Arbeiterinnen und Arbeitern um – 20 Prozent zurückgegangen.“²³⁴ Diese Entwicklung basierte allerdings auf unterschiedlichen Motiven: „Standen hinter der rückläufigen Identifikationsbereitschaft jüngerer Wähler veränderte politische Orientierungen und Werthaltungen, berührte der Zerfall traditioneller Parteibindungen unter der Arbeiterschaft subjektive Repräsentationsdefizite, gesellschaftliche Marginalisierungs- und Modernisierungsängste wie generalisierte und ressentimentgeladene Protestorientierungen. Sowohl der Auszug der jüngeren Wählergeneration aus einer auf dauerhafte Bindungen abgestützten politischen Integrationskultur wie die demonstrative Abkehr enttäuschter Arbeiter von

²³¹ Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Seeber, Gilg: Was Wähler(innen) bewegt: Parteien, Themen- und Kandidatenorientierungen 2006, in: Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (Hrsg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006, Wien 2007, S. 169

²³² Ebenda

²³³ Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteibindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens, in: Pelinka, Anton; Plasser, Fritz; Meixner, Wolfgang (Hrsg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, S. 178

²³⁴ Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Seeber, Gilg: Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten, in: Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (Hrsg.): Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002, Wien 2003, S. 107

traditionellen Millieus und Deutungskulturen sind Konsequenz der gesellschaftlichen Modernisierung.“²³⁵

Aufgrund der Loslösung der Parteienbindung kam es zu einem Anstieg jener WählerInnengruppe, die bei Wahlen zu verschiedenen gesetzgebenden Körperschaften auch unterschiedliche Parteien wählte: „Konnten etwa 1972 nur 8 Prozent der Wahlberechtigten als ‚ticket splitters‘ klassifiziert werden, betrug der Anteil 2002 bereits 53 Prozent. Fast jeder zweite Wahlberechtigte hat bei Nationalrats- oder Landtagswahlen unterschiedliche Parteien gewählt. Nur mehr 41 Prozent der Wahlberechtigten konnten 2002 als konsistente Wähler bezeichnet werden, die bei allen Wahlen, an denen sie teilnahmen, konstant für dieselbe Partei votierten.“²³⁶

Auch der Anteil der WechselwählerInnen wuchs an: „Wählten bei der Nationalratswahl 1979 nur 7 Prozent eine andere Partei als bei der Nationalratswahl 1975, lag der Wechselwähleranteil bei der Nationalratswahl 1999 bei 18 Prozent.“²³⁷ Ebenso erfolgte bei vielen Wählerinnen und Wählern die Entscheidung für eine bestimmte Partei immer später: „Zählten 1979 nur 9 Prozent zur Gruppe der late deciders, waren es bei der Nationalratswahl 1999 bereits 20 Prozent.“²³⁸ Diese Entwicklung „erhöht konsequenterweise das Einflußpotential der massenmedialen Politikvermittlung wie kritischer Wahlkampfeignisse und Medienauftritte bei TV-Interviews und Studio-Konfrontationen bzw. deren massenmediale Interpretation und Wertung“²³⁹. Massenmedien dienen als Transportkanäle der Kandidatinnen und Kandidaten und deren Positionen. Das ist allerdings „eine Grundvoraussetzung für das politische Aufmerksamkeits- und Akzeptanzmanagement in medienzentrierten Demokratien sowie für die Urteils- und Willensbildung des Souveräns.“²⁴⁰

²³⁵ Plasser, Fritz; Ulram Peter A; Seeber, Gilg: Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten, in: Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (Hrsg.): Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002, Wien 2003, S. 107

²³⁶ Ebenda, S. 104

²³⁷ Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteibindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens, in: Pelinka, Anton; Plasser, Fritz; Meixner, Wolfgang (Hrsg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, S. 179

²³⁸ Ebenda

²³⁹ Ebenda

²⁴⁰ Pallaver, Günther; Pig, Clemens: Medienzentrierter Wahlkampf: Themen und Kandidaten in der Wahlkampfberichterstattung 2002, in: Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (Hrsg.): Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002, Wien 2003, S. 56

Auch die Bereitschaft, Mitglied in einer Partei zu sein, ging immer stärker zurück: „Der Grad der parteipolitischen Organisation der Wahlberechtigten ging von knapp mehr als einem Viertel in den 70er Jahren auf ca. 17% in der Mitte der 90er Jahre zurück.“²⁴¹ Der Mitgliederentwicklung der SPÖ ist in dieser Dissertation ein eigenes Kapitel gewidmet. Ein Vergleich zeigt allerdings den starken Rückgang der Mitgliederzahlen deutlich: 1970 zählte die Sozialistische Partei Österreichs noch 719.389 Mitglieder, und auch 1985 hatten noch 685.588 Personen ein SPÖ-Parteibuch. 1995 zählte man dann allerdings nur noch 487.597 Mitglieder, und 2005 waren es lediglich 292.839. Die aktuellste Zahl für das Jahr 2011 bescheinigt eine bundesweite Mitgliederzahl von 225.009.²⁴²

Das Aufbrechen der traditionellen Parteibindung auf Basis der klassischen gesellschaftlichen Konfliktlinien wird für die SPÖ am Beispiel des Wahlverhaltens der Arbeiterschaft zwischen 1979 und 1999 sehr deutlich. Das Institut FESSEL-GfK führte von 1979 bis 1983 repräsentative Nachwahlbefragungen und von 1986 bis 1999 Exit Polls durch. Am Beginn der angeführten Ergebnisse stimmten noch 65 Prozent der ArbeiterInnen für die SPÖ. 1983 nahm der Wert um 4 Prozentpunkte auf 61 Prozent ab und bei der Nationalratswahl 1986 lag man bei 57 Prozent Zustimmung. 1990 waren es 53 Prozent, 1994 erreichte man 47 Prozent. Ein Jahr später waren es nur mehr 41 Prozent. Bei der Nationalratswahl 1999 wurde man dann gar nur noch von 35 Prozent der Arbeiterschaft unterstützt.²⁴³

²⁴¹ Müller, Wolfgang C.: Das Parteiensystem, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs, Die Zweite Republik, Wien 1997, S. 233

²⁴² Quellen: 1970, 1985: Maderthaner, Wolfgang; Müller, Wolfgang C. (Hrsg.): Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995, Wien 1996, S. 332–333 / 1995: Ucakar, Karl: Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 332 / 2005: Neue Fairness braucht das Land. Jahrbuch, 39. Ordentlicher Bundesparteitag, 8. September 2006, Linz, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2006, S. 88, 2011: Mehr Gerechtigkeit! Verantwortung für Österreich und Europa. Jahrbuch, 42. Ordentlicher Bundesparteitag, 13. Oktober 2012, St. Pölten, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2012, S. 68

²⁴³ Vgl. Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteibindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens, in: Pelinka, Anton; Plasser, Fritz; Meixner, Wolfgang (Hrsg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000, S. 183

Nicht unerwähnt möchte ich eine repräsentative Wahltagsbefragung bei der Nationalratswahl 2006 durch das Institut GfK Austria lassen, bei der das Wahlverhalten nach ideologischer Orientierung erhoben wurde.²⁴⁴

Ideologien dienen grundsätzlich dazu, den Informationsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger minimal zu halten. Eine ständige Auseinandersetzung mit den Positionen der Parteien zu einzelnen Themen wäre nämlich viel zu aufwendig. Daher werden die Ideologien der Parteien miteinander verglichen.²⁴⁵

Bezogen auf die SPÖ stimmten bei der Nationalratswahl 2006 58 Prozent jener Personen für die SozialdemokratInnen, die sich selbst als „Sehr links“ einstufen. Jene mit der Selbsteinstufung „Eher links“ votierten zu 53 Prozent für die SPÖ. Bei der „Mitte“ erreichte die Partei 33 Prozent. Jene Wählerinnen und Wähler die sich selbst als „Eher rechts“ einschätzten, stimmten zu 15 Prozent, und jene der Kategorie „Sehr rechts“ zu 14 Prozent für die SPÖ.²⁴⁶

Max Haller hat in seinem Buch „Die österreichische Gesellschaft, Sozialstruktur und sozialer Wandel“ die Zustimmung zur SPÖ nach dem Niveau der Stellung im Berufsleben sowie einzelner Berufsgruppen in den Jahren 1986, 1993 und 2003 zusammengestellt. Basis dafür sind die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Sozialer Survey Österreich 2003“. Damit soll ein „umfassendes Bild des neueren sozialen Wandels der österreichischen Gesellschaft“²⁴⁷ dargestellt werden.

In der im Buch angeführten Tabelle wurden folgende Kategorien der beruflichen Stellung angeführt: „Landwirte und Mithelfende“, „Andere Selbständige“, „Hilfsarbeiter“, „Angelernte Arbeiter“, „Facharbeiter“, „Einfache Angestellte“, „Qualifizierte Angestellte“, „Leitende Angestellte“, „Einfache Beamte“, „Qualifizierte Beamte“. Während 1986 noch 18 Prozent der „Landwirte und Mithelfende“ eine

²⁴⁴ Vgl. Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Seeber, Gilg: Was Wähler(innen) bewegt: Parteien, Themen- und Kandidatenorientierungen 2006, in: Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (Hrsg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006, Wien 2007, S. 175

²⁴⁵ Vgl. Wimmer, Hannes: Die Modernisierung politischer Systeme. Staat – Parteien – Öffentlichkeit, Wien 2000, S. 534

²⁴⁶ Vgl. Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Seeber, Gilg: Was Wähler(innen) bewegt: Parteien, Themen- und Kandidatenorientierungen 2006, in: Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (Hrsg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006, Wien 2007, S. 175

²⁴⁷ http://fodok.jku.at/fodok/forschungsprojekt.xsql?FP_ID=1054 (gefunden am 13. Dezember 2012)

Präferenz für die SPÖ hatten, waren es 1993 nur noch acht und im Jahr 2003 sieben Prozent. Bei der Kategorie "Andere Selbständige" waren es über den Beobachtungszeitraum hin 28, 21 und 29 Prozent. "Hilfsarbeiter" waren 1986 zu 61 Prozent der SPÖ positiv eingestellt. 1993 nahm dieser Wert um ein Prozent zu und 2003 lag er bei 83 Prozent. Die Parteipräferenz von "Angelernten Arbeitern" lag zu Beginn der Untersuchung bei 60 Prozent, sieben Jahre später bei 56 und 2003 bei 52 Prozent. Bei den 'Facharbeitern' nahm die Zustimmung zur SPÖ über die beobachteten 17 Jahre um 16 Prozent ab. Während 1986 noch 63 Prozent erhoben wurden, waren es 1993 52 Prozent und 2003 47 Prozent. Die erhobenen Werte bei "Einfachen Angestellten" ergaben 1986 und 2003 49 Prozent. 1993 waren es 45 Prozent. 50 Prozent der "Qualifizierten Angestellten" gaben im Jahr 1986 bei der Parteipräferenz die SPÖ an. Davon ausgehend waren es 1993 bereits um acht und 2003 um weitere sechs Prozent weniger Zustimmung. 43 Prozent der "Leitenden Angestellten" hatten 1986 noch eine Parteipräferenz für die SPÖ. Dieser Wert nahm allerdings ab, lag 1993 bei 39 und 2003 lediglich bei 19 Prozent. Bei der Berufsgruppe der "Einfachen Beamten" lag zu Beginn der Beobachtung die SPÖ-Präferenz bei 72 und im Jahr 2003 bei 77 Prozent. 1993 konnte mit 57 Prozent ein starker Rückgang der Zustimmung verzeichnet werden. Bei "Qualifizierten Beamten" lagen die Werte bei 46, 42 und 37 Prozent. Die Statistik ergab eine Gesamtuntersuchungszahl von 1.463 im Jahr 1986. Sieben Jahre später waren es 1.282 Personen und 2003 lag die Zahl der Befragten bei 723.²⁴⁸

Es kann allgemein aus dieser Erhebung abgeleitet werden, „dass der Zusammenhang zwischen der Wahl einer bestimmten Partei und der Klassenlage der Wähler in den letzten Jahrzehnten abgenommen hat“²⁴⁹. Dennoch wäre es falsch „der sozialen Lage bzw. Klassenlage und Schichtzugehörigkeit heute keine Bedeutung für das Wahlverhalten mehr zuzuschreiben“²⁵⁰. Im Forschungsprojekt "Sozialer Survey Österreich 2003" wurde aufgezeigt, „dass eines der beiden wichtigsten Motive dafür, eine Partei zu wählen, lautete: ‚vertritt meine Werthaltungen‘“²⁵¹. Daher kommt auch bei der beobachteten Abnahme der Zustimmung dem tagespolitischen Verhalten und den vertretenen Positionen der

²⁴⁸ Vgl. Haller, Max: Die österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und sozialer Wandel, Frankfurt am Main 2008, S. 414

²⁴⁹ Ebenda

²⁵⁰ Ebenda, S. 416

²⁵¹ Ebenda

Parteien eine entscheidende Rolle zu: „Wenn man etwa feststellt, dass eine ‚Klassenpartei‘ wie die SPÖ auch von vielen Arbeitern nicht mehr gewählt wird, ist dafür auch deren spezifisches, aktuelles Programm und politisches Verhalten mit verantwortlich. Wenn die SPÖ – und ebenso andere Parteien – jedoch wieder einmal in der Lage sein würden, ihr Programm entsprechend schärfer zu profilieren und dafür auch glaubwürdige Spitzenkandidaten aufzustellen, kann die Klassenlage der Wählerinnen und Wähler auch wieder eine größere Rolle spielen.“²⁵²

3.2 Die SPÖ und ihre Herausforderungen

„Wenn die utopischen Oasen austrocknen, breitet sich eine Wüste aus Banalität und Ratlosigkeit aus.“²⁵³ - Jürgen Habermas

Die im vorangegangenen Kapitel angeführten Veränderungen der Gesellschaftsstruktur und die daraus resultierenden Folgen für das politische System stellen die Sozialdemokratie in ihrer inhaltlichen Ausrichtung vor große Herausforderungen. Viele Menschen erwarten von sozialdemokratischen Parteien, dass sie klare Perspektiven für die Zukunft entwerfen und man anhand konkreter Projekte den Gestaltungsanspruch erkennen kann. In Bezug auf die österreichische Innenpolitik formulierte Karl Duffek, Leiter des Renner Institutes, dies so: „Es sind natürlich die Erwartungen und Anforderungen an eine sozialdemokratische Partei wesentlich höher als an eine konservative oder eine Mitte-Rechts-Partei. Wir sind in der ganz, ganz schwierigen Situation der großen Koalition, wo wir immer im Nachteil sein werden. Wir haben das Problem, dass sich die ÖVP auf die Position zurückziehen kann: Dann lassen wir eben alles so, wie es ist. Wir allerdings stehen ununterbrochen unter dem Druck, zu reformieren, insbesondere im Sozialbereich, aber nicht nur dort. Dies macht es politisch gerade in Krisenzeiten schwierig, wo die Spielräume massiv reduziert werden. Es gibt nur beschränkte Möglichkeiten zu justieren und das Ganze ein wenig gerechter zu machen.“²⁵⁴

²⁵² Haller, Max: Die österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und sozialer Wandel, Frankfurt am Main 2008, S. 416

²⁵³ Tieber, Herbert: Die Realität der Utopie, Wien 1991, S. 184

²⁵⁴ Interview mit Mag. Karl Duffek vom 21. Oktober 2009

Den formulierten Anforderungen an die Sozialdemokratie stehen konkrete gesellschaftliche, politische und ökonomische Gegebenheiten entgegen. Etwa der immer eingeschränkter werdende Handlungsspielraum nationaler Politik, die Globalisierung, die voranschreitende Technologisierung oder der Druck, Reform-, Deregulierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen umzusetzen, um weiterhin international konkurrenzfähig zu bleiben.

Will man als sozialdemokratische Partei aber auch künftig nachhaltig gestalterisch tätig sein, dann ist es unumgänglich, sich intensiv mit den Chancen und Möglichkeiten dieser Tatsachen auseinanderzusetzen. In der Umsetzung der Ergebnisse werden auch mutige Schritte gefordert sein.

Thomas Meyer ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität Dortmund und stellvertretender Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD. Zielsetzung dieser Arbeitsgruppe ist es, „zum programmatischen Profil der Partei beitragen und eine an den Anforderungen der Zeit und der Zukunft orientierte neue Politik vorzubereiten helfen“²⁵⁵.

In seinem Buch *“Die Transformation der Sozialdemokratie“* definierte Meyer sechs Spannungsfelder, mit denen sich die Sozialdemokratie künftig auseinandersetzen sollte. Diese lauten: Soziale Sicherheit und Beschäftigung, Ökologisch verantwortliches Wachstum, Aktivierung der Zivilgesellschaft, kulturelle Toleranz und universelle Menschenrechte, Globalisierung von Demokratie und Verantwortung sowie eine Politik der differenzierten Gleichheit.²⁵⁶ Mit dem letzten Punkt ist gemeint, „daß das größtmögliche Maß an Freiheit garantiert wird und alle Unterschiede als legitim gelten und gefördert werden, die der Selbstentfaltung der Individuen dienen, aber nicht die gesellschaftliche Integration bedrohen“²⁵⁷. Für Meyer knüpfen diese sechs Dimensionen, wie er sie nennt, „an das traditionell sozialdemokratische Grundwerteverständnis an, sie beziehen sich auf die wichtigsten Herausforderungen der nationalen Gesellschaften und der Weltgesellschaft, sie ermöglichen ein breites Reformbündnis unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und sozialer Milieus und

²⁵⁵ www.spd.de/spd_organisationen/Grundwertekommission/ueber_uns (gefunden am 25.09.2011)

²⁵⁶ Vgl. Meyer, Thomas: *Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert*, Bonn 1998, S. 7

²⁵⁷ Ebenda, S. 227

sie erlauben mehrheitsorientierte Wählerkoalitionen, weil sie, zwar nicht spannungsfrei, aber ohne unversöhnliche Widersprüche ein breites Spektrum von Wählerpräferenzen ansprechen²⁵⁸.

Wenn man die oben genannten Aspekte auf die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie umlegt und mit der für diese Dissertation ausgehobenen Literatur vergleicht, so habe ich, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, vier Herausforderungen für die Sozialdemokratie formuliert. Diese verknüpfen grundlegende Bereiche, die für die SPÖ in der Vergangenheit eine wesentliche interne sowie externe politische Auseinandersetzung bedeutet haben, mit aktuellen tagespolitischen Herausforderungen sowie Themenfeldern, die auch in Zukunft durchaus wesentlicher Schwerpunktsetzungen durch die Politik bedürfen:

- Sicherheit in einer bewegten Welt
- Internationalismus versus Renationalisierung
- Der Umgang mit rechtspopulistischen Parteien
- Ökonomie versus Ökologie

Auf diese wird im Folgenden genauer eingegangen.

3.2.1 Herausforderung 1 – Sicherheit in einer bewegten Welt

In den 1980er Jahren, speziell aber ab Anfang der 1990er Jahre, begannen sich die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen in Österreich zu verändern. Die Gründe dafür waren vielfältig. Unter anderem führten die verstärkte Internationalisierung, der Beitritt zur Europäischen Union und zur Währungsunion, ein immer höherer Technisierungsgrad, die globalen Deregulierungstendenzen sowie die Höhe der Staatsschulden zu einem Reformdruck auf die Verstaatlichte Industrie, den halböffentlichen Sektor und öffentliche Institutionen. Gekennzeichnet wurde die ökonomische Entwicklung „durch ein deutlich geringeres Wachstum, durch niedrigere Reallohnsteigerungen, zunehmende Internationalisierung und damit gestiegenen Standortwettbewerbsdruck, durch Druck auf Lohnkosten und öffentliche Ausgaben

²⁵⁸ Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 217

nicht zuletzt durch die Erosion des bislang dominierenden ‚Normalarbeits(zeit)verhältnisses‘²⁵⁹.

Die ehemals Verstaatlichte Industrie wurde weitgehend privatisiert, was dazu führte, dass sich die Beschäftigtenzahlen in den Unternehmen „fast halbiert“²⁶⁰ haben. Ebenfalls von Reformen betroffen war der bislang geschützte Sektor. Dazu zählte „die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, im industrienahen Bereich die Regulierung in den Sektoren Energiewirtschaft, Post und Telekommunikation, Bahn und Straßenbau“²⁶¹. Liberalisierungen und Privatisierungen in diesen Bereichen wurden in Österreich später als in anderen Industriestaaten durchgeführt und führten zu einer massiven Änderung der Unternehmensstrukturen und der Marktordnungen hin zu mehr Konkurrenz.

Ein entscheidendes Problem lag und liegt jedoch darin, dass man zwar ehemals staatliche Unternehmen mit der (Teil-)Privatisierung oder gar einem Börsengang in die Privatwirtschaft entlassen hat, aber die Politik bei verschiedenen personalpolitischen Entscheidungen oder Rationalisierungsmaßnahmen weiter ihren Einfluss geltend macht oder machen will. Weiters wurden und werden bei der öffentlichen Verwaltung Reformen oftmals aus Gründen der politischen Einflussmöglichkeiten hintangestellt. Die Strukturen haben sich so an die realen Gegebenheiten nicht immer optimal angepasst: „Viele Ministerien sind noch nach Aufgaben strukturiert, die historisch bedingt sind.“²⁶² Das Gleiche gilt für andere öffentliche Institutionen. Immer mehr private Anbieter dringen in bisher staatliche Tätigkeitsfelder ein. Für die Sozialpartnerschaft haben sich speziell mit dem Beitritt zur Europäischen Union die Handlungs- und Gestaltungsspielräume eingeeengt oder verlagert.

Dieser gesamte Transformationsprozess führte dazu, dass immer mehr Menschen ein stärkeres Sicherheitsbedürfnis in einer bewegten Zeit haben. Immer weniger Fixpunkte und längerfristige Sicherheiten sind gegeben und die steigende

²⁵⁹ Talos, Emmerich: Sozialpartnerschaft. Austrokorporatismus am Ende?, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 436

²⁶⁰ Aiginger, Karl: Industriepolitik, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die Zweite Republik, Wien 1997, S. 562

²⁶¹ Ebenda

²⁶² Ebenda, S. 564

Technisierung sowie permanente Umstrukturierungen in vielen Unternehmen bringen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter immer stärkeren Leistungs- und Erfolgsdruck.

Soziale und persönliche Sicherheit in Krisenzeiten zu geben ist gerade für sozialdemokratische Parteien eine besondere Herausforderung. Der Begriff Sicherheit reduziert sich für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ohnehin nicht ausschließlich auf die polizeiliche und militärische Sicherheit. Im Grundsatzprogramm der SPÖ heißt es dazu: „Gerade in Zeiten rapiden gesellschaftlichen Wandels, in denen von allen Menschen mehr Bereitschaft zur Veränderung, zu Mobilität und Flexibilität gefordert wird, sind Gesellschaft und Staat gefordert, für die Sicherheit der existentiellen Lebensgrundlagen zu sorgen. Nur auf Basis dieser Sicherheit sind gesellschaftlicher Zusammenhalt, sozialer Frieden und die Voraussetzungen für die freie Entfaltung jedes und jeder Einzelnen gewährleistet.“²⁶³

Abgesehen von der Programmatik haben aber viele Handlungen und Beschlüsse unter Mitwirkung von VertreterInnen sozialdemokratischer Parteien in den gesetzgebenden Körperschaften dazu geführt, dass der Reform-, Deregulierungs- und Liberalisierungsprozess umgesetzt wurde. Man muss aber hier auch anführen, dass die globalen gesellschaftlichen, technischen und ökonomischen Veränderungen die Industrienationen unter großen Reformdruck brachten. Oftmals wurden auch Veränderungen aus parteitaktischen Gründen über viele Jahre hinweg aufgeschoben, was danach natürlich weit gravierendere Reformmaßnahmen mit sich brachte. Gegenüber der Sozialdemokratie führte die Transformation aber nicht nur bei jenen Bevölkerungsschichten, die konjunkturbedingten Schwankungen am Arbeitsmarkt am stärksten ausgesetzt sind, zu einem Vertrauensverlust. Auch der durch sozialdemokratische Leistungen – in Österreich beispielsweise in der Ära Bruno Kreiskys – geschaffene Wohlstand der Mittelschicht und die Möglichkeiten dieser Gesellschaftsschicht stehen durch die Transformationen unter besonderem Druck. Die Verluste bei Wahlen für sozialdemokratische Parteien in vielen Staaten Europas dokumentieren, dass viele Bürgerinnen und Bürger der Sozialdemokratie

²⁶³ III. Politische Perspektiven, III.3. In Sicherheit leben Dimensionen der Wohlfahrtsgesellschaft, (1): SPÖ. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag in Wien, 30.–31. Oktober 1998, hrsg. von SPÖ Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 12

Mitverantwortung an der aktuellen Situation geben. Die oftmals offensive Unterstützung einer neoliberalen Politik und die dadurch immer geringere Unterscheidbarkeit zu anderen Parteien führten zu diesem nachhaltigen Vertrauensverlust.

Daher ist ein intensiver Diskussionsprozess über die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation und daraus folgend über künftige Wege, die beschritten werden sollen, für sozialdemokratische Parteien entscheidend.

Alfred Gusenbauer vertritt die Auffassung, dass „die klassische Erzählung der Sozialdemokratie: ‚Wir sind irgendwie für das Soziale und die anderen nicht‘ - ich glaube, dass diese Erzählung nicht mehr wirkt. Vor allem deswegen, weil die Christdemokratischen Parteien sichtbar in das soziale Zentrum drängen und niemand von denen mehr sagt, er ist nicht sozial. Das sagt in Österreich nicht einmal die ÖVP. Da wird die Unterscheidbarkeit immer geringer. Wir brauchen also eine neue Botschaft. Wahrscheinlich ist eine Kombination von menschlicher Sicherheit und Lebensqualität entscheidend. Das umfasst Kinderbetreuung, Schule, Bildung, Chancen, Altenpflege etc., kurz alles, wo die menschliche Existenz im unmittelbarsten betroffen ist. Dieses Lebens- und Sicherheitskonzept soll alternativ gegen die Mitbewerber gestellt werden.“²⁶⁴

Als unumgänglich sieht der Klubdirektor im Rathausklub der SPÖ-Wien, Andreas Höferl, die Konzentration auf die Verteilungsfrage: „Eine der Grundideen, warum Sozialdemokratie und Gewerkschaft entstanden sind, ist das Ringen darum, wer bekommt wie viel von der gemeinsamen Arbeit und gemeinsamen Wertschöpfung. Diese Verteilungsfragen sind in den letzten 20 Jahren vernachlässigt worden. Im Neoliberalismus ist alles dem Standortwettbewerb und der Wettbewerbsfähigkeit, den Interessen der Wirtschaft untergeordnet worden. Jetzt am Ende dieser Phase, wo es zusammenbricht, wo erkennbar ist, worum es wirklich gegangen ist, redet man wieder von Regulierungen und notwendigen Reformen. Das kommt allerdings natürlich ein wenig spät, man hat ja diesen Karren des Neoliberalismus zwei Jahrzehnte mitgezogen. Die SPÖ, genauso wie die SPD und auch andere Parteien, haben bei der Verringerung von Staatsausgaben mitgemacht, die letztendlich konkret

²⁶⁴ Interview mit Dr. Alfred Gusenbauer vom 5. November 2009

geheißen haben: Sozialabbau, Pensionskürzungen, Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Da ist viel Vertrauen bei den Kernwählern verloren gegangen. Dieses wieder zu gewinnen, wird nicht in ein bis zwei Jahren gehen. Ich halte es aber für eine Überlebensfrage der Sozialdemokratie, dass sie sich mit dieser Grundfrage ‚Wer bekommt wie viel?‘ von dieser gemeinsamen Wertschöpfung intensiv auseinandersetzt. Dass sie sich dafür einsetzt, dass die Arbeitnehmer, die kleinen Leute, die Pensionisten einen ausreichend hohen Anteil davon bekommen. Es wird die Sozialdemokratie um die Verteilungsfrage nicht herumkommen, habe ich schon vor Jahren gesagt. Jetzt ist es so weit. Wenn es um das Budget 2011 des Bundes geht, ist die Frage zu beantworten, wer zahlt die Kosten der Krise. Wenn dann die Massensteuern erhöht werden sollen, werden die Gewerkschaften nicht mitgehen. Es wird eine Nagelprobe werden, da gehört auch der gesamte Bereich der Vermögenssteuern dazu. Österreich hat die niedrigsten Vermögenssteuern in der gesamten EU. Nirgendwo ist Reichtum so gering besteuert und da gehört wirklich einmal Gerechtigkeit her. Es gibt ja überall großen Bedarf, mehr zu tun: für die Gesundheitsfinanzierung etwa, für die Investitionen am Arbeitsmarkt, dann hätten wir ein wesentlich leichteres Spiel und wir hätten wesentlich mehr Geld zur Verfügung. In den skandinavischen Städten und Staaten steht diese wesentliche höhere Besteuerung überhaupt nicht zur Diskussion. Es ist dort kein Thema, weil die Menschen den Nutzen erkennen. Den Nutzen im Bildungssystem, in der sozialen Sicherheit und gleichzeitig trotzdem eine wettbewerbsfähige, erfolgreiche Volkswirtschaft zu sein.²⁶⁵

Der ehemalige Landesgeschäftsführer der SPÖ-Niederösterreich, Günter Steindl, definiert als allgemeine Schwerpunkt-Zielgruppe seiner Landesorganisation die Arbeitnehmerschaft: „Sie müssen wieder Vertrauen in die SPÖ gewinnen, weil sehr viel ruiniert worden ist in der Vergangenheit. Unsere Hauptaufgabe war immer, den Menschen Sicherheit zu geben. Sicherheit am Arbeitsplatz, in der Pension, Sicherheit generell. Jede Pensionsdebatte führt ja schon schlussendlich dazu, dass die Menschen verunsichert werden. Unsere Aufgabe muss sein, klare Leuchttürme zu setzen. Wir müssen mit Botschaften den Menschen begegnen und diese auch einhalten. Mein Zugang ist: Wenn ich den Menschen signalisiere, 45 Jahre Arbeit ist genug, damit ich eine abschlagsfreie Pension bekomme, dann ist es eine klare

²⁶⁵ Interview mit Dr. Andreas Höferl vom 29. September 2009

Botschaft, auf die sich die Leute verlassen können müssen. Dies ist in der Vergangenheit sehr oft nicht passiert. Daher bekommt man kein Profil. Man ist nicht mehr glaubwürdig, und das führt auch zum Vertrauensverlust.“²⁶⁶

Vertrauen und Glaubwürdigkeit sind für die Sozialdemokratie vor allem in der sozialen Frage überaus wichtig. Die in Deutschland unter der Regierung von Gerhard Schröder umgesetzte “Agenda 2010“ mit der massiven Neugestaltung des Sozialhilfebereiches und der Schaffung von “1-Euro-Jobs“ hat der SPD starke Stimmenverluste in den Ländern und Kommunen und schließlich die Abwahl bei der Bundestagswahl 2005 eingebracht. Schröder schrieb in seinen Erinnerungen über das Jahr 2004, in dem die Agenda 2010 in Kraft getreten ist: „In diesem Jahr 2004 habe ich zentrale Erfahrungen im Zusammenhang mit einer Politik der Reformen machen müssen: Solange diese abstrakt bleiben, ist die Bereitschaft der Menschen dazu außerordentlich hoch; eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung würde bei Umfragen stets bejahen, dass sich das Land reformieren muss. Sind die Bürger jedoch persönlich von den Auswirkungen betroffen, dann schlägt die Reformwilligkeit in Reformverweigerung um.“²⁶⁷ Die Ablehnung der SPD-Agendapolitik rein auf eine Reformunwilligkeit der Bevölkerung zu reduzieren, wäre aber zu kurz gegriffen. Zweifelsohne war die deutsche Situation zu diesem Zeitpunkt mit der vorhandenen Massenarbeitslosigkeit und den überaus hohen finanziellen Aufwendungen für die Wiedervereinigung eine spezielle Herausforderung. Aber es zeigt sich doch, dass das sozialdemokratische Profil der SPD für viele Menschen nicht mehr erkennbar und die Unterscheidbarkeit zur CDU/CSU in manchen Bereichen nur mehr sehr bedingt gegeben war.

Ein anderes Beispiel für den Verlust von Glaubwürdigkeit betrifft die Einführung von atypischen Beschäftigungsverhältnissen unter Regierungsverantwortung und mit Zustimmung der SPÖ. In Österreich wurden in den 1990er-Jahren neue Beschäftigungsformen eingeführt, „die vom ‚Normalarbeitsverhältnis‘ in Hinblick auf Kontinuität, Dauer, Einkommenssicherheit und soziale Absicherung mehr oder weniger erheblich abweichen“²⁶⁸. Zu den neuen atypischen Beschäftigungs-

²⁶⁶ Interview mit Günter Steindl vom 24. August 2009

²⁶⁷ Schröder, Gerhard: Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, Hamburg 2006, S. 413–414

²⁶⁸ Talos, Emmerich: Sozialpartnerschaft. Austrokorporatismus am Ende?, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 437

verhältnissen „zählen Teilzeitarbeit, befristete und geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, Arbeit auf Abruf und scheinselfständige Beschäftigung (z.B. in Form von so genannter Werkvertragsarbeit)“²⁶⁹.

Auf die soziale Absicherung der Beschäftigten wurde aber nur äußerst ungenügend geachtet. Einer der Gründe dafür lag zweifelsohne auch in einer gewissen Interessenlage der Wirtschaft. Zwar sind in anderen Industrieländern diese Beschäftigungsformen weiter verbreitet, doch auch hierzulande ersetzen sie immer stärker traditionelle Arbeitsverhältnisse. Viele ArbeitnehmerInnen, die ohne ausreichende soziale Leistungen täglich einer Beschäftigung nachgehen, fühlten sich von der Sozialdemokratie unzureichend vertreten. Zu einem Glaubwürdigkeitsproblem führte auch die Zustimmung zu diesen Formen der Beschäftigung durch GewerkschaftsvertreterInnen im Nationalrat, während manche Teilgewerkschaften oder der ÖGB die unzureichende Absicherung kritisierten.

Die Unterscheidbarkeit zu anderen Gesinnungsgemeinschaften ist meiner Ansicht nach für sozialdemokratische Parteien von entscheidender Bedeutung. Das unterstreicht auch der ehemalige SPÖ-Bundespartei vorsitzende Alfred Gusenbauer: „Wir sind am Ende des neoliberalen Paradigmas und die Ausrichtung ‚Neoliberalismus mit sozialer Abfederung‘ funktioniert für die Sozialdemokratie als Unterscheidungsmerkmal zu den anderen nicht. Das vertritt die gemäßigte Rechte auch. Europa braucht ein anderes ökonomisches Entwicklungsmodell. Es könnte in Richtung caring-economy sein, human security etc. als eine wesentliche Nachfrageschaffung – jetzt im ökonomischen Sinn. Das muss die Sozialdemokratie politisieren. Derzeit besteht eher der Eindruck: Was ist hier der Unterschied? Eigentlich keiner. Wem trauen wir zu, dass sie es professioneller machen? Man kommt hier eher auf die Christdemokraten, auch auf Liberale als auf die Sozialdemokraten. Adaptionen politischer Professionalität lösen das Problem nicht, wir brauchen eine neue programmatische Antwort.“²⁷⁰

Für einen größeren Spielraum und die Möglichkeit einer stärkeren sozialdemokratischen Akzentsetzung braucht es unter anderem eine Beendigung der

²⁶⁹ Talos, Emmerich: Sozialpartnerschaft. Austrokorporatismus am Ende?, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 437

²⁷⁰ Interview mit Dr. Alfred Gusenbauer vom 5. November 2009

„Ökonomisierung der Politik“²⁷¹, wie es Erich Fröschl in einem Beitrag unter dem Titel „Das neoliberale Marktdogma brechen – politischen Handlungsspielraum zurückerobern“ formulierte. „Es geht nicht länger an, daß die wesentlichen wirtschaftlichen Entscheidungen im Bereich der – demokratischer Kontrolle nach wie vor weitgehend entzogenen – Privatökonomie getroffen werden und die Politik und die PolitikerInnen dann die Folgen dieser Entscheidungen zu tragen haben. Die Waffengleichheit zwischen politischem und ökonomischem Denken und Handeln muß wieder hergestellt werden, um wieder genügend Handlungsspielraum für die Politik zurückzugewinnen.“²⁷²

3.2.2 Herausforderung 2 – Internationalismus versus Renationalisierung

„Der Sozialismus wird international sein, oder er wird nicht sein.“ Dieser Ausspruch wird Peter Strasser (1917–1962) zugeschrieben und bringt – auch heute noch aktuell – die Notwendigkeit einer internationalistischen Ausrichtung der Sozialdemokratie zum Ausdruck. Strasser wurde nach Ende des Zweiten Weltkrieges der erste Vorsitzende der Sozialistischen Jugend, zog 1949 als jüngster Abgeordneter in den Nationalrat ein und war von 1948 bis 1954 Vorsitzender der Sozialistischen Jugendinternationale (IUSY).²⁷³

Der Bundesparteivorsitzende der SPÖ, Bruno Kreisky, stand sowohl für eine Versöhnungs- und Entspannungspolitik – und das nicht allein hinsichtlich des Nahen Ostens – als auch für einen Dialog zwischen den Industrienationen und den Ländern des Südens. Er war in der Zweiten Republik zweifelsohne der vorherrschende Gestalter der österreichischen Außenpolitik, womit er zu einer Intensivierung der Beziehung Österreichs mit zahlreichen Regionen der Welt maßgeblich beitrug. Neben Willy Brandt und Olof Palme war Kreisky eine entscheidende Persönlichkeit in der Sozialistischen Internationale. Der ehemalige schwedische Ministerpräsident Palme würdigte in seiner Rede beim SPÖ-Bundesparteitag 1983 Kreisky als einen Politiker, „der für Österreich, den internationalen Sozialismus und den Frieden

²⁷¹ Fröschl, Erich: Das neoliberale Marktdogma brechen – politischen Handlungsspielraum zurückerobern, in: Cap, Josef; Fischer, Heinz (Hrsg.): Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert, Wien 1998, S. 125

²⁷² Ebenda, S. 125–126

²⁷³ Vgl. www.dasrotewien.at/strasser-peter.html (gefunden am 12. Juni 2012)

Entscheidendes geleistet hat“²⁷⁴. Kreisky selbst skizzierte in einem von Heinz Fischer und Peter Jankowitsch 1984 geführten Interview die Entwicklung der Internationale. Während diese „früher praktisch nur Europa mit etwas Umgebung“²⁷⁵ umfasst habe, war zu diesem Zeitpunkt „das geographische Einzugsgebiet der Internationale ungeheuer groß“²⁷⁶. Damit hatte man auf der politischen Bühne „ein anderes moralisches Gewicht“²⁷⁷ erreicht. Kreisky machte sich aber bereits Gedanken über die Zukunft der Organisation, „da Willy Brandt nicht ewig Präsident der Internationale bleiben wird, daß wir jemanden finden müssen, der die gleiche Ausstrahlungskraft besitzt wie er – das wird nicht leicht sein“²⁷⁸. Diese Worte haben sich in der historischen Betrachtung auch bewahrheitet. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Sozialistischen Internationale hatten in der Zeit der aktiven politischen Tätigkeit von Kreisky, Palme und Brandt zweifelsohne ihren Höhepunkt erreicht.

In den 1980er Jahren führte die Globalisierung der Wirtschaft zu einem immer stärkeren Bedeutungsverlust der Nationalstaaten, was gewisse Lenkungsmechanismen betraf. Nach Hannes Wimmer werden unter dem Titel Globalisierung die Ausdehnung massenmedialer Kommunikationsnetzwerke, die Überwindung von gegebenen Grenzen im Bereich der Ökonomie, die weltweiten ökologischen Bedrohungsszenarien sowie das demographische Wachstum auf diesem Planeten diskutiert.²⁷⁹ Damit definiert Globalisierung „all jene Prozesse, durch welche alle Völker der Erde in eine einzige Weltgesellschaft inkorporiert werden“²⁸⁰.

„Während sich die Bereiche Wirtschaft, Technologie und Ökologie immer mehr globalisieren, bleiben die politische und soziale Ebene sowie die Gesellschaften fragmentiert.“²⁸¹ Für Otmar Höll, der in dem Buch „Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert“ einen Beitrag verfasste, ist es „unbestritten, daß sich die institutionellen

²⁷⁴ Kreisky, Bruno: Die Aufgaben der Sozialdemokratie in einer veränderten Welt. Rede beim Bundesparteitag, gehalten am 28.10.1983, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Politik und Dokumentation, Nr. 25, November, 17. Jahrgang, Wien 1983

²⁷⁵ Gespräch mit Bruno Kreisky, in: Fischer, Heinz; Jankowitsch, Peter (Hrsg.): Rote Markierungen international, Wien 1984, S. 320

²⁷⁶ Ebenda

²⁷⁷ Ebenda

²⁷⁸ Ebenda

²⁷⁹ Vgl. Wimmer, Hannes: Die Modernisierung politischer Systeme. Staat – Parteien – Öffentlichkeit, Wien 2000, S. 15–21

²⁸⁰ Ebenda, S. 10

²⁸¹ Swoboda, Hannes: Die Sozialdemokratie, Europa und die Globalisierung, in: Cap, Josef; Fischer, Heinz (Hrsg.): Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert, Wien 1998, S. 349

Rahmenbedingungen für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen vor allem der Staaten im Norden weitgehend verändert haben und die Rolle nationaler Politik vielfältig geschwächt wurde²⁸². Daher stellt er die Frage: „Was vermag eine Politik im Sinne eines zielgerichteten und strategischen Handelns von Menschen in größeren Einheiten noch zu leisten, die heute noch weitgehend auf der Basis von ‚Nationalstaaten‘ steht?“²⁸³

Der Verlust nationalstaatlicher Entscheidungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten führte zu weniger Einfluss und Macht politischer Eliten in den einzelnen Ländern. Daraus resultiert oftmals eine geradezu reflexartige Ablehnung dieser Entwicklung oder von europäischen beziehungsweise internationalen Organisationen, die zu dieser Situation geführt haben. „Für die Sozialdemokratie war die Wirtschaftsdynamik des Marktes und der durch Privateigentum bestimmten Entscheidungen historisch nur in dem Rahmen akzeptabel, der durch demokratisch bestimmte politische Entscheidungen gesetzt werden konnte.“²⁸⁴ Daher trifft diese Entwicklung die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung, also die ArbeitnehmerInnenvertretung in ihrer Gesamtheit, überaus stark. „Da sie auf Grund ihrer eigenen Grundwerte und politischen Ziele die Entwicklung, die sich aus der kapitalistischen Wirtschaftsdynamik ergibt, politisch verantwortlich gestalten will, ihre bis vor kurzem relativ erfolgreichen Instrumente der sozialen und politischen Rahmensetzung in den genannten Bereichen aber nur noch in begrenztem Maße wirksam sind, befindet sie sich durch die Auswirkungen der Globalisierung in einem besonderen politischen Steuerungsdilemma.“²⁸⁵

Als Folge sind Teile der gewerkschaftlich organisierten beziehungsweise sozialdemokratischen FunktionärInnen auch überaus skeptisch gegenüber diesen Entwicklungen und das führt infolge oftmals zu Ablehnung, Leugnung oder gar Ignorierung der gegebenen Situation. Dies sieht auch der Zukunftsforscher Matthias Horx so: „Individualisierung, Globalisierung, Informationsgesellschaft. – Kein einziger

²⁸² Höll, Otmar: Zwischen Globalisierung und Fragmentierung. Die Dynamik des internationalen Systems an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Cap, Josef; Fischer, Heinz (Hrsg.): Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert, Wien 1998, S. 136

²⁸³ Ebenda, S. 131

²⁸⁴ Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 109

²⁸⁵ Ebenda

dieser Trends ist wirklich zurückdrehbar, gar aufzuhalten. In den gesellschaftlichen Diskussionen in der Schweiz, Österreich und Deutschland wird immer noch über weite Strecken so getan, als wären wir einfach in der Lage, uns abzukoppeln.“²⁸⁶ Für Horx gleicht die Polemisierung gegen die Globalisierung „dem Versuch, über das Wetter zu schimpfen, ohne das Dach zu reparieren“²⁸⁷.

Auch Dr. Hannes Swoboda, aktuell Fraktionsvorsitzender der Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament, machte bei einer Tagung des Rates der Sozialistischen Internationale die Erfahrung eines gewissermaßen gespaltenen Verhältnisses der Sozialdemokratie zu den weltweiten Entwicklungen: „Haben die Sozialisten Mühe mit der Welt von heute, fällt es ihnen schwer, mit ihren Erfolgen und ihren Krisen zurecht zu kommen? Offensichtlich – haben sie doch einerseits Probleme, den Globalisierungsprozeß zu verstehen, und andererseits Schwierigkeiten, die Krisen richtig zu deuten beziehungsweise vernünftige Instrumente anzubieten. Dabei ist es weder sinnvoll noch realistisch, Globalisierung und Liberalisierung schlechthin abzulehnen. Es ist viel wichtiger, die Rahmenbedingungen für den globalen Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Finanzströmen und Arbeitnehmern zu gestalten. Genau das aber wäre die herausragende Aufgabe der Sozialdemokratie, und genau diesbezüglich stechen ihre Defizite besonders ins Auge.“²⁸⁸

„Für die Sozialdemokratie wird die konzeptionelle Erarbeitung und praktische Durchsetzung neuer Formen transnationaler politischer Steuerung daher zu einer Schlüsselfrage.“²⁸⁹ Diese Herausforderung sei für sozialdemokratische Parteien „viel grundsätzlicher als für ihre politischen Konkurrenten“²⁹⁰. Auch in ihrer programmatischen Positionierung ist sich die SPÖ der künftigen Herausforderung bewusst. Im Kapitel „Globale Gerechtigkeit schaffen – die Zukunft der Weltgesellschaft“ des Grundsatzprogrammes der SPÖ wird auf die Notwendigkeit einer Marktordnung für die internationalen Wirtschafts- und Finanzmärkte

²⁸⁶ Horx, Matthias: Das Zukunfts-Manifest. Aufbruch aus dem Jammertal, München 2002, S. 127

²⁸⁷ Ebenda, S. 240

²⁸⁸ Swoboda, Hannes: Die Sozialdemokratie, Europa und die Globalisierung, in: Cap, Josef; Fischer, Heinz (Hrsg.): Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert, Wien 1998, S. 339

²⁸⁹ Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 109

²⁹⁰ Ebenda

hingewiesen: „Im Zeitalter der Globalisierung müssen Weltwirtschaft und Weltwährungssystem von überschaubaren und transparenten Regeln gelenkt werden. So wie die nationalen Märkte bedürfen auch die Weltmärkte einer nach demokratischen Spielregeln entstandenen Marktordnung, die Schutz vor Mißbrauch wirtschaftlicher Macht bietet, die Spekulation auf den internationalen Finanzmärkten eindämmt und die Krisenanfälligkeit des Weltwirtschaftssystems mindert. Das Weltwährungssystem von morgen darf nicht nur von den Launen der Märkte abhängen, sondern muß die Gestaltungsmöglichkeiten von Regierungen, Zentralbanken und Weltwährungsinstitutionen erhalten.“²⁹¹

Für Hannes Swoboda ist es „angesichts der unwiderruflichen Schwächung des Nationalstaates Aufgabe der Sozialdemokratie, im globalen Zusammenhang Ebenen der Politik einzuführen“²⁹². Das Bewahren der historischen Errungenschaften auf rein nationaler Ebene ist für ihn angesichts der realen Gegebenheiten kaum möglich: „Die Vernichtung unseres Erfolges können wir allerdings nur verhindern, wenn wir die Auseinandersetzung auf globaler Ebene aufnehmen.“²⁹³ „Eine Globalisierung ohne Demokratisierung der Welt und ohne sozialen Rahmen können SozialdemokratInnen nicht unterstützen“²⁹⁴, meint Swoboda in seinem Beitrag „Die Sozialdemokratie, Europa und die Globalisierung“ in dem Sammelband „Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert“.

Man kann auch nicht vom Ende der Nationalstaaten sprechen. Die nationalen politischen Handlungs- und Gestaltungsspielräume wurden zwar eingeschränkt, „ohne aber deshalb zu einer vernachlässigbaren Größe zu werden“²⁹⁵. Ohne eine gute Infrastruktur, einen hohen Ausbildungsstandard und die soziale Ausgeglichenheit in den einzelnen Staaten wird es meiner Ansicht nach für internationale Unternehmen nachhaltig nicht möglich sein, planbar oder wirtschaftlich erfolgreich zu arbeiten.

²⁹¹ III. Politische Perspektiven, III.12. Globale Gerechtigkeit schaffen – die Zukunft der Weltgesellschaft, (6): SPÖ. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag in Wien, 30.–31. Oktober 1998, hrsg. von SPÖ Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 29

²⁹² Swoboda, Hannes: Die Sozialdemokratie, Europa und die Globalisierung, in: Cap, Josef; Fischer, Heinz (Hrsg.): Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert, Wien 1998, S. 340

²⁹³ Ebenda, S. 339

²⁹⁴ Ebenda, S. 342

²⁹⁵ Höll, Otmar: Zwischen Globalisierung und Fragmentierung: Die Dynamik des internationalen Systems an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, in: Cap, Josef; Fischer, Heinz (Hrsg.): Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert, Wien 1998, S. 143

Dennoch ist es für die Sozialdemokratie unumgänglich, Wege und Mittel zu entwickeln, um in dieser veränderten Gegebenheit politische Gestaltungsmöglichkeit und Durchsetzungskraft zu besitzen. Ein rein nationales Denken und Agieren beschränkt sich auch nur auf die Mittel und Bewegungsräume, die den Nationalstaaten in der heutigen Zeit zur Verfügung stehen. Es gibt keinen alleinigen Hebel, den sozialdemokratische Parteien bewegen können, um Player auf globaler Ebene zu sein. Es ist vielmehr ein Fächer an Aktivitäten und Maßnahmen notwendig. Auch muss zwischen Schritten, die aus einer Regierungsverantwortung heraus getätigt werden können, und jenen, die über Strukturen einer sozialdemokratischen Partei initiiert werden, unterschieden werden. Allen gemeinsam ist aber das Bewusstsein, dass eine aktive Außenpolitik ein entscheidender Teil der Innenpolitik ist, auch wenn das in der Öffentlichkeit so noch nicht wahrgenommen wird. Auch darf man sich bei Initiativen nicht immer auf noch nicht ausgereifte Strukturen verlassen, wie es auch Hannes Swoboda formuliert: „Wir müssen eine neue Außenpolitik, die sich als Weltinnenpolitik sieht, fordern und verwirklichen. Auch wenn es längst noch nicht alle Instrumentarien gibt, die für diese neue Außenpolitik notwendig sind.“²⁹⁶

Entscheidend ist ein engagiertes Ein- und Auftreten für mehr internationalen Einfluss durch die Sozialdemokratie. Das umfasst auch wieder einen stärkeren Fokus auf die Entwicklungszusammenarbeit und die internationale Friedenspolitik. Willy Brandt meinte nach dem Ende des Kalten Krieges, dass es eines Einsatzes in allen Strukturen bedürfe, denn „ohne energisches Engagement auf allen Ebenen, von der lokalen bis zur internationalen, wird sich lange nichts an dem unwürdigen Zustand ändern, daß Hunderte von Millionen Mitmenschen in einer Welt leiden, in der nicht alle reich, aber satt werden könnten“²⁹⁷.

Im aktuellen Grundsatzprogramm der SPÖ ist im Kapitel III.12 „Globale Gerechtigkeit schaffen – die Zukunft der Weltgesellschaft“ festgehalten: „Ebenso wie innerhalb Europas wollen wir uns auf globaler Ebene für die Verwirklichung unserer Grundwerte einsetzen. Auch unser eigenes Schicksal hängt mit davon ab, ob es gelingt, eine friedliche Welt der Demokratie und Humanität, des Wohlstandes und

²⁹⁶ Swoboda, Hannes: Die Sozialdemokratie, Europa und die Globalisierung, in: Cap, Josef; Fischer, Heinz (Hrsg.): Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert, Wien 1998, S. 342

²⁹⁷ Brandt, Willy: Erinnerungen, Frankfurt 1989, S. 388

des umweltschonenden Wirtschaftens zu verwirklichen oder uns diesem Ziel anzunähern.“²⁹⁸

Im Absatz 7 des Kapitels wird auch die Position der SPÖ zur Entwicklungszusammenarbeit dargelegt. Dazu heißt es: „Eine weitere Voraussetzung auf diesem Weg bleibt eine zwischen allen Gebern abgestimmte Entwicklungspolitik, auch als ein Gebot internationaler Solidarität. Partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit darf nicht an den Menschen vorbeigehen und muß auch der Schaffung moderner und demokratischer gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen im Geiste der Verantwortung und Transparenz dienen.“²⁹⁹

Abgesehen von der programmatischen Positionierung braucht es in der Tagespolitik ein vernetztes und aktives außenpolitisches Vorgehen. In den internationalen Organisationen, den europäischen Institutionen, in der österreichischen Innenpolitik oder mit einer stärkeren Förderung von und der Vernetzung mit NGOs muss die SPÖ wieder sichtbar und spürbar werden. Und es bedarf einer längerfristigen Personalplanung und Unterstützung von jungen Mitgliedern und AktivistInnen in den europäischen und internationalen Einrichtungen sowie nach ihrer Rückkehr nach Österreich. Wenn man sich die historischen Leistungen der österreichischen Sozialdemokratie im internationalen Bereich vergegenwärtigt, sind im Gegensatz dazu die aktuellen Aktivitäten sehr überschaubar. Das sollte sich aber angesichts der überaus großen Herausforderung für die Sozialdemokratie ändern.

Wolfgang Bulfon, ehemaliger Abgeordneter zum Europäischen Parlament, sieht ebenfalls eine intensivere Vernetzung der österreichischen Sozialdemokratie mit ihren Schwesternparteien in den Nachbarländern sowie auf europäischer und internationaler Ebene als dringende Notwendigkeit: „Man muss zur Kenntnis nehmen, dass wir Österreicher nur 1,8 Prozent der europäischen Bevölkerung sind und nicht den Hochmut haben sollten, zu glauben, dass die anderen nach unserer Pfeife tanzen. Das Suchen nach tragfähigen Kompromissen ist nicht eine Schwäche, sondern eine Stärke des europäischen Friedenswerkes. Und wenn wir diesen

²⁹⁸ III. Politische Perspektiven, III.12. Globale Gerechtigkeit schaffen – die Zukunft der Weltgesellschaft, (1): SPÖ. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag in Wien, 30.–31. Oktober 1998, hrsg. von SPÖ Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 28

²⁹⁹ Ebenda, (7), S. 29

Mechanismus sozusagen verinnerlichen und uns selbst vor Augen führen, dann muss die Sozialdemokratie auf die Internationalität und ihre Tradition der Internationalität viel mehr setzen. Und es nicht nur für ein paar eine private Spielwiese ist. Es muss von der breiten Funktionärsschicht getragen werden. Etwas, was noch in der Zwischenkriegszeit selbstverständlich war, dass zum Beispiel die Kärntner Sozialdemokraten mit der Arbeiterschaft in Italien oder Slowenien nicht nur Kontakt hatten, sondern auch ihre Problemstellungen gekannt haben. Heute ist dies vollkommen verloren gegangen.“³⁰⁰

Marcus Schober, Bildungssekretär der SPÖ-Wien, legt in seinem Bildungsprogramm bereits einen stärkeren Schwerpunkt auf Internationalität und möchte dies auch in Zukunft noch ausbauen: „Die SPÖ wird sich in ihrer langjährigen Tradition wieder mit internationalen oder europäischen Themen intensiver auseinandersetzen. Weil wir, meiner Meinung nach, unsere Geschichte und unsere Tradition haben, und das ist etwas, was ich auf jeden Fall forcieren werde.“³⁰¹

3.2.3 Herausforderung 3 – Der Umgang mit rechtspopulistischen Parteien

Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien stellen für sozialdemokratische Parteien in vielerlei Hinsicht eine große Herausforderung dar. Das Auftreten gegen Xenophobie, der Schutz von Menschenrechten und Minderheiten, das Bewahren des Andenkens an Verbrechen faschistischer Systeme, die Verantwortung für die Einheit der gesellschaftlichen Ordnung sowie die Berücksichtigung und Verteidigung verschiedener demokratiepolitischer Eckpfeiler sind einige Aspekte, die für SozialdemokratInnen in dieser politischen Auseinandersetzung zum Tragen kommen.

In den 1970er und 1980er Jahren verbreitete sich Multikulturalität in allen europäischen Gesellschaften. Die Gründe dafür waren „Arbeitsimmigration, politisch verursachte Flüchtlingsströme und illegale Einwanderung“³⁰². Trotz einem Mehr an Information über andere Kulturen und Religionen durch die Medien oder die Möglichkeit von Fernreisen blieb einem großen Teil der Gesellschaft „Inhalt und

³⁰⁰ Interview mit Wolfgang Bulfon vom 3. Oktober 2009

³⁰¹ Interview mit Mag. Marcus Schober vom 3. September 2009

³⁰² Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 119

Lebensform anderer Religionen und Kulturen noch immer weitgehend fremd und der Kontakt mit ihnen in der eigenen Nachbarschaft ungewohnt“³⁰³. Nach Meyer entstanden auch Reibeflächen durch das wachsende Selbstbewusstsein zugewanderter „Gesellschafts-Minderheiten“, das sich unter anderem in der Ausübung und Einforderung religiöser und kultureller Rechte äußerte.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen brachten für den Politologen einen Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine Verschlechterung der Lebenssituation beziehungsweise einen stärkeren Druck in verschiedensten Bereichen – vorrangig bei den „unteren Schichten“ der Mehrheitsgesellschaft – mit sich. Rechtspopulistische Parteien nutzen diese Situation und bringen Argumente vor: „Ausländer seien weit überdurchschnittlich an wachsenden Kriminalitätsraten Schuld, über das Urteil, sie stahlen den Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft die Arbeitsplätze, bis hin zu der Anschuldigung, sie besetzten den billigen Wohnraum und plünderten die Sozialkassen durch unberechtigten Bezug von Sozialleistungen.“³⁰⁴

Speziell „in den sozialen Milieus der traditionslosen Arbeiter und der eher unpolitischen Kleinbürger, darüber hinaus freilich auch im Bereich des durch den Modernisierungsdruck verunsicherten bürgerlichen Milieus können die rechtspopulistischen Parteien beträchtliche Erfolge verbuchen.“³⁰⁵

Karl Duffek, Leiter des Renner Institutes, sieht es als klare politische Taktik rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien an, dass sie permanent Themen wie Integration, die Gewährung von Asyl und die Steuerung von Migration negativ besetzen und eine Verbindung zu anderen Themenbereichen oder Problemfeldern herstellen: „Wenn man sich die Zeit seit den späten 90er-Jahren anschaut, sieht man, dass die rechtspopulistische Partei oder die rechtspopulistischen Parteien dann reüssieren, wenn sie in Opposition sind. Sie haben sich immer auf ganz wenige Themen konzentriert und da waren immer die Fragen Migration, Integration, Asyl dabei. Das ist nichts Neues. Alles, was ungute Stimmung und Sorge betrifft, wird dort

³⁰³ Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 120

³⁰⁴ Ebenda, S. 122

³⁰⁵ Ebenda, S. 155 u.157

gebündelt. Ihre Strategie ist es, alles mit diesem einen Thema zu verknüpfen. Es ist in der Sache falsch. Wir haben soziale Probleme, die quer durch die Inländer- und Ausländer-Populationen gehen.“³⁰⁶

Darüber hinaus gibt es systematisch noch die bewusste Verbindung der „Anprangerung sozialer Mißstände – vor allem Massenarbeitslosigkeit, gesellschaftliche Ausgrenzung, vorgeblich wachsende Kriminalitätsraten und den anhaltenden Zuzug von Ausländern, die aus verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Gründen in die Gastländer streben – mit einer ebenso simplen wie eindeutigen Feindbildzuweisung, in der die Ausländer und die pauschal als korrupt und unfähig abgestempelte politische Klasse zur Quelle allen Übels deklariert werden“³⁰⁷.

Diese thematische Schwerpunktsetzung ist ebenfalls bei der FPÖ beginnend mit der Obmannschaft von Jörg Haider bis zur Regierungsbeteiligung und nach der Übernahme durch Heinz-Christian Strache zu beobachten. Bereits unter Haider erfolgte die „allmähliche Ersetzung des deutschen durch einen österreichischen Nationalismus“³⁰⁸.

In der politischen Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Parteien ist für die Sozialdemokratie Glaubwürdigkeit ein entscheidender Punkt. Abgesehen von der Nachvollziehbarkeit und möglichst identen Deckung von inhaltlichen Zielen und der konkreten tagespolitischen Umsetzung ist auch die Glaubwürdigkeit in der Positionierung gegenüber faschistischen Tendenzen, drohenden demokratiepolitischen Einschränkungen und dem Schutz von Minderheiten überaus wichtig. Das Verhältnis gegenüber dem Faschismus und dem Nationalsozialismus muss für eine sozialdemokratische Partei daher klar und eindeutig sein.

Im SPÖ-Parteiprogramm aus dem Jahr 1978 heißt es dazu:

³⁰⁶ Interview mit Mag. Karl Duffek vom 21. Oktober 2009

³⁰⁷ Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 157

³⁰⁸ Luther, Kurt Richard: Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 379

„Die sozialistische Bewegung hat aus ihrer leidvollen Geschichte erfahren, daß es notwendig ist, den Anfängen des Faschismus zu wehren. Sie wendet sich aber nicht nur gegen Gruppen, die offen faschistisches Gedankengut vertreten, sondern auch gegen alle Versuche reaktionärer Kräfte, demokratische Rechte abzubauen oder rechtsstaatliche Garantien aufzuheben.“³⁰⁹

Im aktuellen Grundsatzprogramm wurde 1998 die Formulierung verändert, die klare Position bleibt aber weiterhin bestehen:

„Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, die von nationalistischen und populistischen Kräften geschürt oder instrumentalisiert werden, bedrohen die Würde und Sicherheit der Menschen und sind daher eine Gefahr für das friedliche und demokratische Zusammenleben. Aufgrund unserer schmerzlichen historischen Erfahrungen sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten konsequente Antifaschisten, setzen uns für die Erfüllung des antifaschistischen Auftrages der österreichischen Bundesverfassung und damit für die entschiedene Bekämpfung aller neonazistischen und rassistischen Aktivitäten ein.“³¹⁰

Die Österreichische Volkspartei hat zum faschistischen System unter und zu Bundeskanzler Engelbert Dollfuß noch immer keine distanzierte Haltung eingenommen und die historischen Ereignisse werden oftmals verklärt dargestellt. Wie Karl Ucakar in „Politik in Österreich“ über die Geschichte und die Prinzipien der österreichischen Verfassung anmerkte: „Die Strukturverwandtschaft des österreichischen Faschismus mit anderen Faschismen wird heute von manchen Kreisen in Österreich gerne verdrängt.“³¹¹ Dollfuß wird oft als „Bollwerk gegen den Nationalsozialismus“³¹² dargestellt und bewusst missinterpretiert, obwohl sein Regime zweifelsohne „Vorbedingungen für das Vordringen des Nationalsozialismus in Österreich bis hin zur militärischen Okkupation geschaffen“³¹³ hat. Bruno Kreisky

³⁰⁹ 1. Die Grundsätze der Sozialisten, 1.2. Demokratie: Das neue Parteiprogramm der SPÖ. Beschlossen am 20. Mai 1978, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Wien o.J., S. 1–2

³¹⁰ II. Die Grundsätze der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, II.2. Unseren Werten verpflichtetes Handeln, II.2.2.: SPÖ. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag in Wien, 30.–31. Oktober 1998, hrsg. von SPÖ Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 7

³¹¹ Ucakar, Karl: Verfassung, Geschichte und Prinzipien, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 125

³¹² Ebenda

³¹³ Ebenda

schrieb über Dollfuß in seinen Erinnerungen: „Ein Mann wie Dollfuß, der verantwortlich war für die faschistische Entwicklung im eigenen Lande und für das Bündnis mit Mussolini, ein Mann, der an den Exekutionen sozialdemokratischer Arbeiter Mitschuld trug, der es geschehen ließ, daß ein schwerverwundeter Schutzbündler, Karl Münichreiter, gegen alles Recht zum Galgen geschleppt wurde – als dieser Mann am 25. Juli 1934 von den Nazis ermordet wurde, war ich keines Mitleids fähig. Ich will das ganz offen sagen. Auch wenn Dollfuß noch heute in der ÖVP heroisiert wird, für mich ist er ein Mann, der in der Geschichte nur einen sehr kleinen Platz hat.“³¹⁴

Sowohl in der Nachkriegszeit als auch während des wirtschaftlichen Aufschwunges schwieg man seitens der SPÖ bei verschiedenen früheren Mitgliedern der NSDAP bzw. offensichtlich belasteten Personen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei über deren Tätigkeiten sowie Aktivitäten in der Zeit des Faschismus in Österreich. Dieses Vorgehen war von parteitaktischen und strategischen Überlegungen geprägt. Hier wäre es daher erforderlich, die Parteigeschichte aufzuarbeiten. Der Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (BSA) erteilte Wolfgang Neugebauer und Peter Schwarz vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes im April 2002 den Auftrag zu untersuchen, inwieweit die Organisation mit der Reintegration früherer Nationalsozialisten verstrickt war. In der Publikation „Der Wille zum aufrechten Gang“ wurden die Ergebnisse der Studie offengelegt.³¹⁵ Caspar Einem, zur Zeit der Publizierung der Studie Präsident des BSA, meinte in seinem Vorwort: „Der BSA hat sich zur Offenheit durchgerungen und bekennt sich zu seiner Vergangenheit. Die vollständige Studie wird hiermit als Buch vorgelegt und wird zu einem späteren Zeitpunkt auch auf der Homepage des BSA zugänglich sein. Wir wollen, dass die Wunden dieser Vergangenheit heilen können, weil erst dann ein Lernprozess möglich ist. Und wir wollen wieder eine politische Organisation mit eindeutig sozialdemokratischem Profil sein, die einen ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte pflegt. Denn anders können wir diejenigen nicht ansprechen, die wir für

³¹⁴ Kreisky, Bruno: Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Berlin 1986, S. 213–214

³¹⁵ Vgl. Neugebauer, Wolfgang; Schwarz, Peter: Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, hrsg. vom Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (BSA), Wien 2005, S. 15–19

eine gemeinsame Politik für eine gerechte Welt brauchen. Wir wollen wieder aufrecht gehen.“³¹⁶

Die SPÖ hat im Kampf gegen den Faschismus und in der Aufarbeitung der Greuel des Nationalsozialismus auch historische Leistungen vollbracht: So hat die Arbeiterbewegung in Österreich „als einzige europäische Arbeiterbewegung neben der spanischen den siegreichen Vormarsch des Faschismus in einem bewaffneten Kampf aufzuhalten versucht“³¹⁷. Darüber hinaus stellte Bundeskanzler Vranitzky 1991 in einer Rede vor dem Nationalrat klar, dass an den Verbrechen des Nationalsozialismus auch Österreicherinnen und Österreicher beteiligt waren.

Im Mai 1989 wurde Jörg Haider Landeshauptmann von Kärnten. Am 13. Juni 1991 fiel von ihm in einer Sitzung des Landtages die Bezeichnung der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ im Zusammenhang mit der Zeit des Nationalsozialismus: „Ja, das hat es im Dritten Reich nicht gegeben. Weil im Dritten Reich haben sie eine ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal Ihre Regierung in Wien zusammenbringt. Das muß man auch einmal sagen!“³¹⁸ Als direkte Folge verlor Jörg Haider sein Amt als Landeshauptmann.

SPÖ-Vorsitzender Franz Vranitzky, der in der Frage des Umganges mit der NS-Vergangenheit eine unverrückbare Linie bezog, meinte grundsätzlich: „Die ansatzlose Bezugnahme auf das ‚Dritte Reich‘ ist – selbst bei nachträglicher Zurücknahme – ein Skandal.“³¹⁹

Am 8. Juli 1991 gab Bundeskanzler Vranitzky im Nationalrat eine Erklärung ab, in der er das Bild von Österreich als ausschließliches Opfer des Nationalsozialismus zurechtrückte:

³¹⁶ Neugebauer, Wolfgang; Schwarz, Peter: Der Wille zum aufrechten Gang, Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, hrsg. vom Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (BSA), Wien 2005, S. 12

³¹⁷ Ucakar, Karl: Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 324

³¹⁸ Jochum, Manfred; Olbort, Ferdinand: 80 Jahre Republik Österreich. 1918 bis 1938 und 1945 bis 1998 in Reden und Statements, Wien 1998, S. 162

³¹⁹ Vranitzky, Franz: Zukunft Sozialdemokratie. Zukunft Europa. Die Rede beim Bundesparteitag in Linz am 14. Juni 1991, hrsg. von SPÖ-Zentrale, SPÖ-Information, Nr. 4, Wien 1991, S. 7

„(...) Gerade wir in Österreich müssen wissen, was es geheißen hat, Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit zu verlieren – auch und gerade weil es nicht wenige Österreicher gab, die vom größeren Reich und seinen größeren wirtschaftlichen Möglichkeiten viel erwartet hatten. Doch im Namen dieses Reiches wurden hunderttausende Österreicher eingekerkert, vertrieben oder ermordet, und mehr als 250.000 sind im Krieg umgekommen. Das war das Unheil, das die NS-Diktatur über unser Land gebracht hat. Viele haben Widerstand geleistet und dabei ihr Leben für Österreich gegeben. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß es nicht wenige Österreicher gab, die im Namen dieses Regimes großes Leid über andere gebracht haben, die teil hatten an den Verfolgungen und Verbrechen dieses Reichs. Und gerade weil wir unsere eigene leidvolle Erfahrung in dieses neue Europa einbringen wollen, gerade weil wir in den letzten Tagen so eindringlich und nachdrücklich daran erinnert werden, was Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit, Freiheit und Menschenrechte für kleine Völker bedeuten, gerade deshalb müssen wir uns auch zu der anderen Seite unserer Geschichte bekennen: zur Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben. Es ist unbestritten, daß Österreich im März 1938 Opfer einer militärischen Aggression mit furchtbaren Konsequenzen geworden war. Die unmittelbar einsetzende Verfolgung brachte hunderttausende Menschen unseres Landes in Gefängnisse und Konzentrationslager, lieferte sie der Tötungsmaschinerie des Naziregimes aus, zwang sie zur Flucht und Emigration. Hunderttausende fielen an den Fronten oder wurden von den Bomben erschlagen. Juden, Zigeuner, körperlich oder geistig Behinderte, Homosexuelle, Angehörige von Minderheiten, politisch oder religiös Andersdenkende – sie alle wurden Opfer einer entarteten Ideologie und eines damit verbundenen totalitären Machtanspruchs. Dennoch haben auch viele Österreicher den Anschluß begrüßt, haben das nationalsozialistische Regime gestützt, haben es auf vielen Ebenen der Hierarchie mitgetragen. Viele Österreicher waren an den Unterdrückungsmaßnahmen und Verfolgungen des Dritten Reichs beteiligt, zum Teil an prominenter Stelle. Über eine moralische Mitverantwortung für Taten unserer Bürger können wir uns auch heute nicht hinwegsetzen. Vieles ist in den vergangenen Jahren geschehen, um, so gut es möglich war, angerichteten Schaden wiedergutzumachen, angetanes Leid zu mildern. Vieles bleibt nach wie vor zu tun, und die Bundesregierung wird auch weiterhin alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um jenen zu helfen, die von den bisherigen Maßnahmen nicht, oder nicht ausreichend erfaßt oder bisher in ihren moralischen oder materiellen Ansprüchen nicht berücksichtigt wurden. Wir bekennen uns zu allen Daten unserer Geschichte und zu den Taten aller Teile unseres Volkes, zu den guten wie zu den bösen. Und so wie wir die guten für uns in Anspruch nehmen, haben wir uns für die bösen zu entschuldigen, bei den Überlebenden und bei den Nachkommen der Toten. (...)“³²⁰

Die Debatte um die Option einer Koalition der SPÖ mit der Freiheitlichen Partei Österreichs besteht seit dem Ende der SPÖ-FPÖ-Regierung. Jörg Haider als auch

³²⁰ Jochum, Manfred; Olbort, Ferdinand: 80 Jahre Republik Österreich. 1918 bis 1938 und 1945 bis 1998 in Reden und Statements, Wien 1998, S. 163–165

Heinz-Christian Strache haben immer betont, dass sie von den österreichischen SozialdemokratInnen ausgegrenzt werden. Für Jörg Haider war damals Franz Vranitzky immer Zielperson dieser Vorwürfe. Der SPÖ-Vorsitzende meinte dazu: „Haider hat sich oft darüber beklagt, daß wir ihn ‚ausgrenzen‘ – mit seinen Äußerungen hat er diese Ausgrenzung selbst vollzogen.“³²¹ Vranitzky prangerte auch den Sprachgebrauch der FPÖ an. Für diese zähle nicht „das erarbeitete politische Argument und danach das engagierte Vertreten dessen“³²², sondern nur noch „der Kraftausdruck“³²³ und die „persönliche Verunglimpfung des politischen Andersdenkenden“³²⁴.

Für viele Funktionärinnen und Funktionäre der SPÖ war die Entscheidung der drittplatzierten ÖVP im Jahr 2000, eine Koalition mit der damals zweitstärksten Partei, der FPÖ, zu bilden und die SPÖ in Opposition zu schicken, zweifelsohne ein einschneidendes Ereignis. Neben der weitgehenden Aufkündigung der „Konkordanzdemokratie“ durch die Regierungskoalition, dem neuen, für SozialdemokratInnen sehr ungewohnten Politikstil und der offen dargelegten Ablehnung von Teilen der ÖVP gegenüber der Sozialdemokratie hat es aber auch die eingeengten Möglichkeiten der Koalitionsbildung für die SPÖ deutlich gemacht. In einem Gesprächsband mit dem Chefredakteur der Wiener Stadtzeitung *Falter*, Armin Thurnher, wurde Franz Vranitzky auf den eingeschränkten koalitionären Handlungsspielraum, nach seiner Festlegung kein bundespolitisches Bündnis mit der Haider-FPÖ eingehen zu wollen, angesprochen. Er meinte dazu: „Es gibt Konstellationen, in denen man sich nicht taktisch, sondern nur grundsätzlich zu entscheiden hat. Die spezifische Parteiführerkonstellation der FPÖ erfordert es, in diesem Fall nur grundsätzlich zu entscheiden. Selbst unter der Preisgabe anscheinend möglicher arithmetischer Vorteile, das ist so.“³²⁵

Vranitzky hat diese Entscheidung auch innerhalb der SPÖ, wie bei seiner Rede auf dem SPÖ-Bundesparteitag 1991, immer verteidigt: „Wir Sozialdemokraten sind selten in einem Entschluß dermaßen eindrucksvoll bestätigt worden, wie 1986 die

³²¹ Vranitzky, Franz: Zukunft Sozialdemokratie. Zukunft Europa. Die Rede beim Bundesparteitag in Linz am 14. Juni 1991, hrsg. von SPÖ-Zentrale, SPÖ-Information, Nr. 4, Wien 1991, S. 7

³²² Ebenda

³²³ Ebenda

³²⁴ Ebenda

³²⁵ Thurnher, Armin: Franz Vranitzky im Gespräch mit Armin Thurnher, Frankfurt am Main 1992, S. 153

Koalition mit den Freiheitlichen unter ihrem damals neuen Führer aufzukündigen. Da sich an der Situation in der FPÖ prinzipiell nichts geändert hat, haben wir auch vor den letzten Wahlen daran festgehalten. Im Unterschied zu jenen, die mit einer kleinen Koalition zu spekulieren versuchten, haben wir uns eindeutig festgelegt.“³²⁶

Beim 38. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ am 29. und 30. November 2004 wurde von der Sozialistischen Jugend folgender Antrag mit dem Titel “Keine Koalition mit einer rechtspopulistischen FPÖ“ gestellt:

„Die durch die Vorgänge in Kärnten ausgelöste Debatte über unser Verhältnis zur FPÖ ist der bisherige Höhepunkt einer Entwicklung, wonach sich die SPÖ in Richtung FPÖ – sozusagen als dritte politische Option – öffnen soll. Die immer wieder vorgebrachte, etwas einfache Logik hinter dieser Argumentation: Die SPÖ könne so leichter ehemalige SPÖ-WählerInnen von der FPÖ zurückholen und gleichzeitig ihren politischen Spielraum gegenüber der ÖVP und den Grünen vergrößern. Dieses Abrücken von der bisherigen SPÖ-Position, die durch eine konsequente Abgrenzung(!) gegenüber der FPÖ gekennzeichnet war, löst – wenig überraschend – massive Irritationen aus. Die Abgrenzung(!) zur FPÖ – und auf das sei an dieser Stelle besonders hingewiesen – war aber nie als Ablehnung von Personen, die blau wählen, gemeint, sondern ein konsequentes Zurückweisen der extrem-rechten bis rechtspopulistischen Positionen der FPÖ unter Jörg Haider. Dass die FPÖ diese Abgrenzung(!) erfolgreich in eine Ausgrenzung uminterpretieren konnte, liegt nicht unwesentlich in der Verantwortung der ÖVP. Sie war es, die mit ihrem Eingehen einer Koalition im Jahr 2000 die FPÖ politisch salonfähig machte. Für das Ziel, nämlich die SPÖ aus der Regierung zu verdrängen, wurden die riesigen braunen Flecken auf der Weste der FPÖ klein geredet, ignoriert und bagatellisiert. Dass sich ein Gutteil der österreichischen wie europäischen Öffentlichkeit (und auch die SPÖ) darüber empörte, war richtig. Die FPÖ hat sich weder inhaltlich noch personell verändert. Abgrenzen(!) war, ist und sollte daher unsere Position gegenüber der FPÖ und Jörg Haider sein. Die von FPÖVP auf Bundesebene vollzogene politische Wende ist auch mit klaren inhaltlichen Zielen verbunden. Wir sollten nicht übersehen, dass diese Wende weit über politisches Umfärben, Sozialabbau und den Ausverkauf des Staatsvermögens hinausgeht. In Wirklichkeit wollen FPÖVP eine neue Form der Dienstbotengesellschaft verwirklichen, in der diejenigen das Sagen haben, die über das notwendige Kleingeld, sprich Vermögen, verfügen. Nur logisch, dass ihnen dabei alle wichtigen politischen Errungenschaften der Sozialdemokratie und diese selbst im Weg stehen. Und wie sich zeigt, sind FPÖVP nicht gerade zimperlich, diese Errungenschaften aus dem Weg zu räumen und die politische Schlagkraft der SPÖ strukturell zu schwächen. Wir sollten diese Erkenntnisse zum Anlass nehmen, unsere Abgrenzung zum politischen Programm von FPÖVP klar zu legen und mit Volldampf an den

³²⁶ Vranitzky, Franz: Zukunft Sozialdemokratie. Zukunft Europa. Die Rede beim Bundesparteitag in Linz am 14. Juni 1991, hrsg. von SPÖ-Zentrale, SPÖ-Information, Nr. 4, Wien 1991, S. 6–7

sozialdemokratischen Alternativen arbeiten, statt der blauschwarzen Ausgrenzungslüge voll und ganz auf den Leim zu gehen. Die SPÖ sollte nicht große Gruppen von SympathisantInnen vergrämen, die in ihr einen Garanten gegen eine Machtbeteiligung der FPÖ sehen. Dabei ist es überhaupt ein beinahe törichter Irrglaube, davon auszugehen, dass diejenigen, die sich enttäuscht von der SPÖ in Richtung FPÖ abgewandt haben, nun nur deswegen zu uns zurückkehren, weil manche in der SPÖ mit der FPÖ paktieren wollen. Deutschnationale, fremdenfeindliche und antisemitische Traditionen prägen seit ihrer Gründung bis heute das Gedankengut der FPÖ. Zum politischen Programm der FPÖ zählen unter anderem eine offen zur Schau gestellte AusländerInnenfeindlichkeit, latenter Antisemitismus und das Schüren von Ängsten und Vorurteilen in der Bevölkerung. Sogenannte ‚Sozialschmarotzer‘, Gewerkschaften, die sogenannten ‚Altparteien‘, ArbeiterInnenkammer, Sozialversicherung, usw. wurden und werden immer wieder zu Feindbildern erklärt. Direkte und indirekte Verbindungen zum Rechtsextremismus werden immer wieder nachgewiesen. Die Zerschlagung sozialdemokratischer Errungenschaften wird seit der Bildung der Schwarz-Blauen Koalition im Februar 2000 ständig umgesetzt. Eine solche Politik darf von der SPÖ auf keinen Fall geduldet und mitgetragen werden. Was die Politik (nicht nur in Österreich) wirklich braucht, ist ein starkes Auftreten gegen den neoliberalen Zeitgeist und neoliberale Politikkonzepte, die sich in Wirklichkeit auch hinter der Agitation der FPÖ verstecken. Eine deutliche Absage der SPÖ an neoliberale Konzepte und das konsequente Setzen auf soziale Kompetenz wäre wohl die wirkungsvollste Ansage, damit die SPÖ für die/den oft zitierte/n kleine Frau/kleinen Mann (wieder) wählbar ist. Paradoxerweise punktet die FPÖ mit der Person Jörg Haider ja gerade immer dann bei den WählerInnen am stärksten, wenn sie sich als Beschützer der breiten Bevölkerung darstellen kann. Dass die SPÖ dieses falsche Schauspiel seit Jahren nicht erfolgreich genug demaskieren und damit beenden kann, wird nicht dadurch geändert, dass man mit der FPÖ zusammengeht. Niemand behauptet, dass eine Wende von links leicht zu erreichen sein wird. Umso mehr sollten wir schnell und intensiv darüber nachdenken, wie es der SPÖ gelingt, den WählerInnen als die bessere Alternative zu erscheinen. Unklare Positionierungen untergraben das Vertrauen in unsere Partei und treiben viele, nicht nur jüngere, direkt in die Arme anderer Parteien. Die Erregung über den Sündenfall Kärnten zeigt, dass für die SPÖ, will sie glaubwürdig sein, eben strengere politische und moralische Maßstäbe gelten. Der Bundesparteitag der SPÖ beschließt daher: Keine Koalition mit einer rechtspopulistischen FPÖ.³²⁷

Von der Antragskommission wurde den Delegierten des Bundesparteitages die Zustimmung zu diesem Antrag empfohlen und diese kamen dem auch mit großer Mehrheit nach. Lediglich 15 Gegenstimmen und 9 Enthaltungen wurden vermerkt.³²⁸ Damit ist oben angeführter Antrag die geltende Position der Sozialdemokratischen

³²⁷Keine Koalition mit einer rechtspopulistischen FPÖ, Antrag Nr. 61, in: Startklar für Österreich. Die Anträge und Resolutionen des 38. Ordentlichen Bundesparteitages, 29. und 30. November 2004, Wien, hrsg. von Sozialdemokratischer Partei Österreichs, Wien 2004, S. 229–230

³²⁸ Lt. Auskunft der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle vom 2. Dezember 2010

Partei Österreichs. Diese Position ist auch von jeder Landespartei und der Bundespartei bisher konsequent eingehalten worden.

Manche Überschneidung von sozialpolitischen Forderungen mit der FPÖ könnten Funktionärinnen und Funktionäre der SPÖ keinesfalls zur Schlussfolgerung veranlassen, dass die Deckungsgleichheit in anderen gesellschaftspolitischen Fragen ebenso gegeben ist. In der grundlegenden Zielsetzung und in überwiegenden Teilen der Programmatik sind die Positionen der Freiheitlichen Partei und der Sozialdemokratischen Partei aber meiner Auffassung nach völlig konträr.

Themen wie Integration, Zuwanderung, ein schnelles und gerechtes Asylverfahren, der Schutz verschiedener Kulturen und Religionen, die Achtung von Menschenrechten sind auf Basis ihrer ideologischen Grundlagen für die Sozialdemokratie eine besondere Herausforderung. Karin Scheele, die frühere Landesrätin und heutige Landtagsabgeordnete, war in der Landesregierung Niederösterreichs verantwortlich für Teile des Sozialbereiches, der Gesundheit und Jugendwohlfahrt sowie für Fremdenangelegenheiten einschließlich des humanitären Aufenthaltes. In der SPÖ vertritt Scheele hinsichtlich der Auseinandersetzung mit der FPÖ eine eindeutige Linie: „Man darf sich als Sozialdemokratie von rechtspopulistischen Parteien nicht treiben lassen, denn diese können ohne Probleme bei den Themen Asyl, Integration, Zuwanderung moralische Grenzen überschreiten, die einer inhaltlichen Selbstaufgabe einer sozialdemokratischen Partei gleichkommen. Immer wenn wir nachgeben würden, heben sie ihre Forderungen weiter an. Wir sind da immer zweiter. Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten liegt ein fundamental anderes Menschenbild als den Rechtsextremen und Rechtspopulisten zu Grunde. Es ist auch ein Unterschied, ob man Verantwortung für Menschen, positive Projekte sowie Initiativen trägt oder ob man am Stammtisch Stimmung macht. Seit vielen Jahren stülpen die Freiheitlichen allen Problemen dieses Landes das – ich sage es einmal salopp – ‚Ausländerthema‘ über und irgendwann wirkt das leider. Ich denke, dass wir eine seriöse Debatte in dieser Frage brauchen, denn es wird oftmals alles vermischt und in einen Topf geworfen. Das ist nicht das Interesse der FPÖ, aber nur so kann man eine längerfristig erfolgreiche Politik machen. Wir müssen uns als Sozialdemokratie den gegebenen Problemen stellen. Klare Regeln unserer Gesellschaft aufstellen,

dort wo es notwendig ist zum Schutz demokratischer Rechte. Auf der anderen Seite aber diesen Themenbereich positiv besetzen mit konkreten und innovativen Projekten und Initiativen, die ein Miteinander in den Vordergrund stellen. Das ist zweifelsohne der steinigere Weg, aber er schafft Glaubwürdigkeit für die SPÖ.³²⁹

Seit der Übernahme der FPÖ-Obmannschaft durch Jörg Haider und der Änderung der politischen Ausrichtung im Jahr 1986 stellte die SPÖ bis ins Jahr 2000, also bis zur Angelobung der ÖVP/FPÖ-Regierung, den Innenminister. Die FPÖ thematisierte immer stärker eine kaum kontrollierte Zuwanderung, Asylmissbrauch oder den fehlenden Integrationswillen verschiedener Religions- oder Bevölkerungsgruppen in Österreich. Damit wurde in der Bevölkerung eine Stimmungslage erzeugt, die die SPÖ dazu bewog, in diesem Zeitraum die Fremdengesetzgebung mehrfach zu ändern, zumeist zu verschärfen. Bei den Nationalratswahlen machte sich jedoch diese Vorgehensweise nicht bezahlt, obwohl auch festgehalten werden muss, dass die Gründe für die Wahlverluste der SPÖ vielfältiger waren. 1986 erreichte die SPÖ 43,1 Prozent und die FPÖ 9,7 Prozent. 1983 waren es noch 47,7 zu 4,98 Prozent gewesen. Bei der Nationalratswahl 1990 konnte die SPÖ 42,8 Prozent auf sich vereinen und die FPÖ bereits 16,6 Prozent. 1994 entfielen nur mehr 34,9 Prozent der gültigen Stimmen auf die SPÖ, während 22,5 Prozent der FPÖ zugerechnet wurden. 38,1 Prozent votierten 1995 für die SPÖ und auf die FPÖ entfielen bei dieser Bundeswahl 21,9 Prozent. Im Jahr vor dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP konnte die Sozialdemokratische Partei Österreichs 33,2 Prozent auf sich vereinen. Die FPÖ wurde mit einem geringen Stimmenüberhang und 26,9 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen zweitstärkste Partei.³³⁰

Einfache Botschaften – wie von der FPÖ verbreitet – stehen oftmals der Humanität oder den Grundwerten der SPÖ entgegen. Das Ausblenden von zweifelsohne vorhandenen Problembereichen ist aber ebenso der falsche Weg und verschärft die Situation in den Brennpunkten. Wie komplex die Ansprüche für eine sozialdemokratische Partei sind, formuliert Thomas Meyer in „Die Transformation der Sozialdemokratie“: „Eine solche Politik der kulturellen Toleranz und universellen Menschenrechte verlangt unter anderem: die Verbindlichkeit der Grundrechte der

³²⁹ Interview mit Mag.^a Karin Scheele vom 4. August 2009

³³⁰ Vgl. Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (Hrsg.): Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002, Wien 2003, S. 194–195

Verfassungsordnung für die Lehrpläne aller Schulen und für die politische Auseinandersetzung, die gleichen Staatsbürgerrechte für alle, unabhängig von religiöser oder kultureller Herkunft, eine Politik der realen Integration ethnischer und kultureller Minderheiten in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft sowie die Mitwirkung bei der Schaffung einer Struktur des interkulturellen Dialoges im transnationalen und im gesellschaftlichen Bereich, die Aufrechterhaltung des politischen Asylrechts bei gleichzeitiger Beschleunigung der Überprüfungsverfahren und die Entwicklung einer rationalen und politisch steuerbaren Einwanderungspolitik.“³³¹

3.2.4 Herausforderung 4 – Ökonomie versus Ökologie

Am 15. November 2010 wurde in Wien das Koalitionsabkommen „Gemeinsame Wege für Wien – Das rot-grüne Regierungsübereinkommen“ zwischen der SPÖ und den Grünen für die Bildung einer gemeinsamen Stadtregierung unterzeichnet.³³² Zwischen den beiden Parteien kam es damit erstmalig in Österreich zu einer Koalition auf Landesebene.³³³

Das Verhältnis zu „Die Grünen – Die grüne Alternative“ innerhalb von Teilen der SPÖ war und ist aber dennoch nicht immer ein entspanntes. Dies gilt in der historischen Betrachtung ebenso wie bei einer aktuellen Bestandsaufnahme. Ebenso hat die Sozialdemokratie in der Auseinandersetzung zwischen ökonomischen Interessen verbunden mit dem vermeintlichen Erhalt von Arbeitsplätzen auf der einen Seite und ökologischen Notwendigkeiten beziehungsweise visionären Ideen und Vorschlägen auf der anderen Seite zumeist Position für die Unternehmens- oder Industrieinteressen bezogen. Ökonomie und Ökologie sind ein Spannungsfeld, wie sich auch vor dem Hintergrund des Klimawandels bei der Diskussion um die aktuelle Transformation traditioneller Industriezweige in Europa und einer möglichen stärkeren Schwerpunktsetzung auf Umwelttechnologien und der Schaffung von „Green Jobs“ gezeigt hat.

³³¹ Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 225

³³² Vgl. www.wien.gv.at/politik/strategien-konzepte/regierungsuebereinkommen-2010/index.html (gefunden am 8. Juni 2013)

³³³ Vgl. OTS-Aussendung vom 12. November 2010, OTS0179

Beginnend mit den 70er Jahren wandte sich ein nicht unwesentlicher Teil der jüngeren Generation vom materialistischen Wertesystem ab. Damit fand eine Verlagerung der Interessen hin zu postmaterialistischen Werten, wie „der individuellen Selbstverwirklichung, sinnvollerem Sozialbeziehungen und einer intakten Umwelt“³³⁴ statt.

Immer mehr Menschen machten sich über die immer stärkere Zerstörung der Umwelt und mögliche Grenzen eines gleichbleibenden Wachstums Gedanken und Sorgen. Daher traten vermehrt Gruppierungen und Vereinigungen auf, „die das faktische Politik-Monopol der etablierten Akteure und Institutionen in Frage stellten, indem sie sich gegen Maßnahmen seitens des politisch-administrativen Systems zur Wehr setzten oder unter bewußter Umgehung der üblichen und eingefahrenen Wege konkrete Forderungen anmeldeten“³³⁵.

Für die sozialdemokratische Führungsebene war die technische und wirtschaftliche Weiterentwicklung deswegen von großer Wichtigkeit, „weil sie die Interessen der Schichten und Gruppen vertrat, die aus der voranschreitenden Produktivkraftentfaltung am meisten zu gewinnen hofften, da sie bisher vom gesellschaftlichen Reichtum weitgehend ausgeschlossen waren“³³⁶. Daher wurden Protestbewegungen gegen verschiedene neue Projekte oft mit Fortschrittsfeindlichkeit, Realitätsferne oder fehlender Zukunftsorientiertheit verbunden. Die intensive Auseinandersetzung zwischen der Sicherung von Arbeitsplätzen für ArbeitnehmerInnengruppen in primär traditionellen Segmenten sowie der Blick auf den vermeintlichen gesamten volkswirtschaftlichen Nutzen auf der einen Seite und ökologischer Interessen beziehungsweise neuer Wege hin zu einer Ökologisierung der Ökonomie oder des Energiemarktes auf der anderen Seite begleiten die Sozialdemokratie bis heute.

Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzender Fred Sinowatz formulierte diesen permanenten Interessenkonflikt in seiner Rede am Bundesparteitag 1985: „Es gibt –

³³⁴ Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 143

³³⁵ Dachs, Herbert: Grünalternative Parteien, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die Zweite Republik, Wien 1997, S. 304

³³⁶ Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 47

ich muß diese Illusion zerstören – keine Versöhnung von Ökologie und Ökonomie. Das ist ein apolitischer Slogan. Es geht um die dauernde Bewältigung einer neuen Dialektik, die sich ergibt aus den Gegensätzen von ökonomisch-sozialer und ökologisch-sozialer Umwelt. Es gibt da kein Endziel, sondern es geht, wie bei der sozialen Frage, um eine permanente Aufgabe. Es geht darum, die ökologische Verpflichtung in die Gesamtpolitik einzubinden, ohne auf ökonomische Aufgaben oder gar auf unsere sozialen Verpflichtungen zu verzichten.“³³⁷

Die meisten alternativen Protestgruppen entstanden zunächst auf lokaler Ebene und waren bei ihren Aktivitäten auf die einzelnen Regionen begrenzt. Thematisch konnten sie als „single-issue-movements“³³⁸ bezeichnet werden. „Ähnlich wie in einer Reihe anderer westlicher Industriestaaten wirkte auch in Österreich die Oppositionsbewegung gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie in hohem Maße mobilisierend und solidarisiert“³³⁹, was zur Folge hatte, dass sich die einzelnen Gruppierungen immer stärker vernetzten und überregional beziehungsweise auf Bundesebene aktiv wurden.

Im Parteiprogramm von 1978 wurde die Position der österreichischen Sozialdemokratie zur friedlichen Nutzung der Atomkraft noch wie folgt dargelegt: „Infolge der Begrenzung an Vorkommen von Energierohstoffen gewinnt die Kernenergie immer größere Bedeutung. Auch in Österreich kann auf eine begrenzte Nutzung der Kernenergie nicht verzichtet werden; ihre Verwendung kann jedoch nur unter außerordentlicher Bedachtnahme auf besondere Sicherheitsbedürfnisse in Betracht kommen. Außerdem ist darauf zu achten, daß die in Zusammenhang mit der Kernenergie erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen nicht zu einer Einschränkung demokratischer Grundrechte führen.“³⁴⁰ In einem Forderungspunkt der SPÖ heißt es weiters: „Für eine vorausschauende Vorgangsweise bei der Nutzung der Kernenergie zum Zwecke der Stromerzeugung, wobei den Fragen der Sicherheit ein besonderer

³³⁷ Sinowatz, Fred: Mutig in die neuen Zeiten. Rede des Parteivorsitzenden vor dem 29. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ am 12. November 1985 in der Wiener Stadthalle, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Politik und Dokumentation, Nr. 10a, 19. Jahrgang, Wien 1985, S. 18

³³⁸ Dachs, Herbert: Grünalternative Parteien, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die Zweite Republik, Wien 1997, S. 304

³³⁹ Ebenda, S. 304

³⁴⁰ 3. Die Forderungen der Sozialisten, 3.2. Für eine menschengerechte Wirtschaft, 3.2.8. Energie: Das neue Parteiprogramm der SPÖ. Beschlossen am 20. Mai 1978, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Wien o.J., S. 8

Vorrang eingeräumt werden muß. Künftige Kernkraftwerke dürfen jedenfalls nur unter Berücksichtigung des jeweils neuesten Standes technischer Errungenschaften und unter genauer Prüfung ihrer wirtschaftlichen Notwendigkeit gebaut werden.“³⁴¹

Gerhard Schmid legte die Gründe für eine derartige Positionierung in seinem Buch „Österreich im Aufbruch“ über die österreichische Sozialdemokratie in der Ära Kreisky (1970–1983) dar: „Der Glaube an die Perfektion der modernen Technologie wie das Streben nach Wirtschaftswachstum und möglicherweise die Unterschätzung der Stärke der Atomgegner, hat zu dieser Sichtweise geführt. Die Grundpfeiler dieser Politik sind stets von den Sozialpartnern mit großer Übereinstimmung vertreten worden.“³⁴²

Die bevorstehende Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf brachte überraschend starke Proteste der AtomgegnerInnen mit sich. „Die österreichische Anti-AKW-Bewegung umfaßte am Höhepunkt ihrer Aktivitäten Schätzungen zufolge rund 500.000 Personen.“³⁴³

Zusätzlich hatte man in der Bundesregierung Bedenken, „daß diese Thematik für die strategischen Überlegungen der Oppositionsparteien genutzt werden konnte“³⁴⁴. Daher entschloss sich Bundeskanzler Bruno Kreisky, eine Volksabstimmung über die Aktivierung des Atomkraftwerkes vorzuschlagen. Dies war aber in der Sozialdemokratie „nicht unumstritten, da doch der ÖGB ein entschlossenes und konsequentes Vorgehen verlangte“³⁴⁵. Die Frage der Atomkraft spaltete weite Teile der Bevölkerung, so gingen auch in der Sozialdemokratie die Meinungen darüber auseinander: „In der SPÖ gab es eine Opposition gegen die Pro-AKW-Linie der SPÖ, vor allem angeführt von Genossinnen und Genossen, die später zu Gründerinnen und Gründern der Grünen Alternative wurden. Die Sozialistische Jugend war mehrheitlich gegen AKWs. Die SJ-Niederösterreich war als Minderheit in der

³⁴¹ 3. Die Forderungen der Sozialisten, 3.2. Für eine menschengerechte Wirtschaft, 3.2.8. Energie: Das neue Parteiprogramm der SPÖ. Beschlossen am 20. Mai 1978, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Wien o.J., S. 8

³⁴² Schmid, Gerhard: Österreich im Aufbruch. Die österreichische Sozialdemokratie in der Ära Kreisky (1970–1983), Innsbruck 1999, S. 215

³⁴³ Gottweis, Herbert: Neue soziale Bewegungen in Österreich, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die Zweite Republik, Wien 1997, S. 347

³⁴⁴ Schmid, Gerhard: Österreich im Aufbruch. Die österreichische Sozialdemokratie in der Ära Kreisky (1970–1983), Innsbruck 1999, S. 215

³⁴⁵ Ebenda

Bundesorganisation für AKWs. (...) Hier wurde die Auseinandersetzung mit aller Schärfe geführt³⁴⁶, erinnert sich der ehemalige Mitarbeiter im Verbandssekretariat der Sozialistischen Jugend, Alois Reisenbichler.

Am 5. November 1978 fand in Österreich die Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf statt. Die Fragestellung lautete: „Soll der Gesetzesbeschluss des Nationalrates vom 7. Juli 1978 über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich (Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf) Gesetzeskraft erlangen?“³⁴⁷ Im Vorfeld legten sich die meisten Parteien und Institutionen fest: „Während die Sozialpartner auf Inbetriebnahme drängten und sich die SPÖ offiziell auf eine Pro-Atomlinie festlegte, blieb die Position der ÖVP vage und die kleine FPÖ vertrat eine kernkraftkritische Position.“³⁴⁸ Bundeskanzler Kreisky verknüpfte seine persönliche politische Zukunft mit einem positiven Ausgang des Referendums. Dieser Schritt führte in der Österreichischen Volkspartei zu parteitaktischen Überlegungen und in Folge zu unterschiedlichen Positionierungen ihrer RepräsentantInnen. Das Ergebnis brachte 50,47 Prozent Nein-Stimmen und nach der Ablehnung der Inbetriebnahme bot Kreisky in den Gremien der SPÖ seinen Rücktritt an.³⁴⁹ Dies führte aber dazu, dass er „von den führenden Parteifunktionären mit Nachdruck ersucht wurde, in den Funktionen zu bleiben und ihm, als Zeichen seiner Verankerung an der Parteispitze, eine ‚Generalvollmacht‘ verliehen wurde“³⁵⁰.

Bruno Kreisky zeigte sich betroffen ob der verlorenen Volksabstimmung und gestand seine Niederlage ein, ohne den Versuch, Ausreden oder Schuldige zu finden: „Die Sozialistische Partei ist in ihrer überwältigenden Mehrheit für die Inbetriebnahme Zwentendorfs eingetreten und hat sich hinter diese Maßnahme gestellt, bei Vorliegen aller Sicherheitsvoraussetzungen. Und es ist auch eine persönliche Niederlage für mich, denn ich war derjenige, der meiner Partei die Volksabstimmung empfohlen hat, weil ich der Meinung war, es genüge nicht, mit einer Stimme Mehrheit im Parlament einen solchen Beschluss zu fassen man müsse hier von der Möglichkeit, die die

³⁴⁶ Interview mit Alois Reisenbichler vom 7. Februar 2010

³⁴⁷ www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksabstimmung/Ergebnisse.aspx (gefunden am 24.11.2010)

³⁴⁸ Gottweis, Herbert: Neue soziale Bewegungen in Österreich, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die Zweite Republik, Wien 1997, S. 347

³⁴⁹ Vgl. Schmid, Gerhard: Österreich im Aufbruch. Die österreichische Sozialdemokratie in der Ära Kreisky (1970–1983), Innsbruck 1999, S. 216

³⁵⁰ Ebenda

österreichische Verfassung vorsieht, eine Volksabstimmung zusätzlich abhalten zu lassen, Gebrauch machen. Das österreichische Volk hat also diese Möglichkeit durch einen Beschluß der Sozialistischen Partei bekommen.“³⁵¹

Als Folge des Abstimmungsergebnisses wurde ein Atomsperrgesetz erlassen, das trotz mancher Bemühungen um eine Aufhebung hielt.

Die Positionierung zur Nutzung der Kernkraft zur Energiegewinnung hat sich in der SPÖ völlig verändert. Ausschlaggebend für diese Veränderung waren zweifelsohne das Ergebnis der Volksabstimmung von 1978 und die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl 1986. Österreichs Bevölkerung steht der Atomenergie mittlerweile zu einem überaus hohen Prozentsatz ablehnend gegenüber. Im Parteiprogramm 1998 – 20 Jahre nach dem Programm von 1978 – heißt es zur Atomenergie: „Wir treten für die Bevorzugung umweltfreundlicher Formen der Energiegewinnung ein und wollen jedenfalls auf Nukleartechnologie verzichten. Den Ausstieg aus der Atomkraft wollen wir auch auf internationaler Ebene vorantreiben.“³⁵² SPÖ-Vorsitzender Vranitzky setzte sich für ein „atomfreies Europa“ ein und meinte in seiner Rede auf dem Bundesparteitag am 14. Juni 1991: „Ich bin davon überzeugt, daß diese Welt auch ohne AKW sehr gut in der Lage sein kann, ihren Energiebedarf zu decken.“³⁵³

Ein weiterer Konflikt zwischen Interessen des Naturschutzes und energiepolitischen Abwägungen entstand um das geplante Donaukraftwerk in Hainburg. Auch hier kam es zu einer „Front zwischen Unternehmern und Gewerkschaften gegen Umweltanliegen; diese Konstellation wurde in vielen Konflikten durchgespielt und erfuhr in Hainburg ihren schärfsten Ausdruck“³⁵⁴. Gegen Ende des Jahres 1984 wurde von Seiten des Landwirtschaftsministeriums „eine endgültige Bewilligung samt Rodungsbewilligung“³⁵⁵ erteilt. Als Konsequenz daraus rief die Österreichische

³⁵¹ Jochum, Manfred; Olbort, Ferdinand: 80 Jahre Republik Österreich. 1918 bis 1938 und 1945 bis 1998 in Reden und Statements, Wien 1998, S. 124

³⁵² III. Politische Perspektiven, III.4. Hohe Lebensqualität in einer humanen Umwelt, (8): SPÖ. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag in Wien, 30.–31. Oktober 1998, hrsg. von SPÖ Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 14

³⁵³ Vranitzky, Franz: Zukunft Sozialdemokratie. Zukunft Europa. Die Rede beim Bundesparteitag in Linz am 14. Juni 1991, hrsg. von SPÖ-Zentrale, SPÖ-Information, Nr. 4, Wien 1991, S. 17

³⁵⁴ Lauber, Volkmar: Umweltpolitik, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die Zweite Republik, Wien 1997, S. 610

³⁵⁵ Pesendorfer, Peter; Lauber, Volkmar: Umweltpolitik, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 667

HochschülerInnenschaft erfolgreich zur Besetzung der Stopfenreuther Au auf. Die Folge der Besetzung waren heftige Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den UmweltschützerInnen. „Unter dem zunehmenden öffentlichen Druck infolge der massiven Medienunterstützung insbesondere in den großen Tageszeitungen, die über die ‚Schande von Hainburg‘ und die ‚Prügelorgie der Polizei‘ berichteten, musste sich die Regierung aber zu einer strategischen ‚Nachdenkpause‘ durchringen.“³⁵⁶ Am 21. Dezember 1984 meinte Fred Sinowatz: „Ich habe in diesen Tagen mit vielen Österreichern geredet, mit jungen und mit alten, mit Arbeitern und mit Studenten, mit Gewerkschaftern und mit Professoren, und ich meine, daß der Weihnachtsfriede die Gelegenheit gibt, Positionen und Entscheidungen zu überdenken, Emotionen abzubauen und Diskussionen zu versachlichen. Und ich meine, wir sollten uns dabei auf jene Prinzipien besinnen, die letztlich uns in den letzten Jahrzehnten den wirtschaftlichen Aufbau und den inneren Frieden ermöglicht haben.“³⁵⁷

Das Vorhaben, in der Stopfenreuther Au ein Wasserkraftwerk zu errichten, wurde schließlich aufgegeben. Seit 1996 ist das Augebiet bei Hainburg in den Nationalpark Donau-Auen miteinbezogen.³⁵⁸

Die Auseinandersetzung um das Kraftwerk Hainburg verdeutlichte aber den Bedeutungsverlust der Parteien und der Sozialpartnerschaft: „Das Wachstumsbündnis der Nachkriegszeit, bestehend aus Unternehmern und Gewerkschaften, ihren Organisationen auf der Ebene der Großverbände (Vereinigung Österreichischer Industrieller, Bundeswirtschaftskammer, ÖGB, zu einem geringeren Ausmaß Arbeiterkammer) und den beiden Großparteien, erlitt einen schweren Rückschlag. Seine Machtposition wurde brüchig, und damit litt auch seine relative Einheit.“³⁵⁹

³⁵⁶ Pesendorfer, Peter; Lauber, Volkmar: Umweltpolitik, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 667

³⁵⁷ Jochum, Manfred; Olbort, Ferdinand: 80 Jahre Republik Österreich. 1918 bis 1938 und 1945 bis 1998 in Reden und Statements, Wien 1998, S. 140–141

³⁵⁸ Vgl. „Konflikt um das Donaukraftwerk von Hainburg 1984“: www.historisch.apa.at/cms/apa-historisch/dossier.html?dossierID=AHD_19841208_AHD0001 (gefunden am 3. Juni 2013)

³⁵⁹ Lauber, Volkmar: Umweltpolitik, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die Zweite Republik, Wien 1997, S. 611

Der Kraftwerksbau wurde von der SPÖ gar „in das Koalitionsabkommen mit der FPÖ hineinreklamiert“³⁶⁰. Das Vorhaben war aber, „wie ein ‚Geheimpapier‘ der Elektrizitätswirtschaft über zu erwartende Stromüberschüsse bewies, weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll“³⁶¹.

Unter anderem verschafften diese Auseinandersetzungen „prominenten Grünexponenten beträchtliche Möglichkeiten für mediale Selbstdarstellungen“³⁶².

Am 4. Mai 1986 kandidierte Freda Meissner-Blau bei der Bundespräsidentenwahl und erreichte im ersten Wahlgang 5,5 Prozent. Der Stichwahl stellten sich Kurt Steyrer und Kurt Waldheim.³⁶³

Im selben Jahr trat am 23. November bei der Nationalratswahl „Die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau“ an. Man schaffte mit 234.028 Stimmen oder 4,8 Prozent den Einzug in den Nationalrat und war mit acht MandatarInnen vertreten.³⁶⁴

Die Meinung, dass die Grünen aber lediglich eine „vorübergehende Protestbewegung“³⁶⁵ seien, hielt sich in vielen Teilen der bisher etablierten Parteien und Institutionen, „da sie sich in ihrer politischen Programmatik nur auf einen einzigen Punkt beschränkten und infolgedessen längerfristig nicht lebensfähig seien“³⁶⁶.

Laut dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* soll der damalige SPD-Chef Helmut Schmidt ebenfalls die Meinung vertreten haben, dass die organisierte Ökologiebewegung nur ein vorübergehendes Phänomen wäre: „Das sind doch nur Umweltidioten, die bald wieder verschwinden werden!“³⁶⁷

³⁶⁰ Pesendorfer, Peter; Lauber, Volkmar: Umweltpolitik, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 667

³⁶¹ Ebenda

³⁶² Dachs, Herbert: Grünalternative Parteien, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die Zweite Republik, Wien 1997, S. 307

³⁶³ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/bundespraes/Rueckblick.aspx (gefunden am 3. Juni 2013)

³⁶⁴ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1986.aspx (gefunden am 22.11.2010)

³⁶⁵ Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 142

³⁶⁶ Ebenda

³⁶⁷ Zitiert nach: Beste, Ralf u.a.: Das grüne Wunder, in: *Der Spiegel*, Nr. 46 vom 15.11.2010, S. 78

Die SPÖ begann wie etwa die finnische, deutsche oder holländische Schwesterpartei auf Basis „des hohen Entwicklungsstandes ihrer Ökonomien und der geographischen Lage ihrer Länder im Verlauf der 80er Jahre als erste damit, ihr politisches Projekt durch die Einbeziehung ökologischer Interessen und die kritische Einschätzung der sozialen Folgen problematischer Technologien neu zu entwerfen“³⁶⁸.

Die Gründe, den Begriff „Fortschritt“ zu überdenken, lagen im „Druck von außen durch Ökologiebewegungen, in denen auch zahlreiche Sozialdemokraten aktiv mitwirkten“³⁶⁹ sowie im „Druck von innen durch den wachsenden ökologischen Flügel innerhalb der Sozialdemokratien und die drohenden Wählerverluste“³⁷⁰.

Quantitatives Wachstum wurde durch einen qualitativen Wachstumsbegriff abgelöst mit dem wesentlichen Aspekt der Nachhaltigkeit. Hier hat sich in der Sozialdemokratie zweifelsohne viel verändert. Dennoch ist das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und den Grünen oder ökologischen Protestbewegungen oftmals noch, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen, von der Auseinandersetzung zwischen Fortschritt, Weiterentwicklung und Wohlstand versus Ökologie geprägt. In seiner Rede beim Bundesparteitag in Linz am 14. Juni 1991 brachte Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzender Franz Vranitzky die Skepsis von Teilen der Sozialdemokratie gegenüber der „Grünen Alternative“ zum Ausdruck: „Ich bestreite gar nicht, daß die Grünen bisweilen interessante Ideen aufbringen, daß sie aber mit ihrer ungestümen, oft plumpen Art diese Ideen nicht wirklich umsetzen können.“³⁷¹ Begründet mit der damals noch ablehnenden Haltung der Grünen gegenüber der Europäischen Union, meinte der SPÖ-Vorsitzende zu einer möglichen Zusammenarbeit in einer Regierung: „Damit ist gleichzeitig auch alles über eine rot-grüne Koalition gesagt, nämlich, daß es sie nicht geben kann, jedenfalls unter den herrschenden und absehbaren politischen und personellen Voraussetzungen. Wir sind überzeugt, die bessere Umweltpolitik als die Grünen selbst zu machen, und von anderen Politikgehalten ist bei den Grünen ohnehin nur äußerst wenig zu sehen.“³⁷²

³⁶⁸ Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 49

³⁶⁹ Ebenda, S. 48

³⁷⁰ Ebenda

³⁷¹ Vranitzky, Franz: Zukunft Sozialdemokratie. Zukunft Europa. Die Rede beim Bundesparteitag in Linz am 14. Juni 1991, hrsg. von SPÖ-Zentrale, SPÖ-Information, Nr. 4, Wien 1991, S. 8

³⁷² Ebenda

Die dramatischen Prognosen über die Auswirkungen des Klimawandels führten weltweit zu einer intensiven Diskussion über mögliche Maßnahmen und die Richtung beziehungsweise Entwicklung des weltweiten ökonomischen Wachstums. Es wurde sichtbar, dass sich die Industrie transformiert hat beziehungsweise noch immer in einem Transformations-Prozess befindet. Die energieintensiven Grundstoffindustrien haben ihre Produktion größtenteils in Länder mit niedrigeren Personalkosten und geringeren Umweltauflagen verlagert. In den traditionellen Industrienationen verblieben in erster Linie höherwertige Produktionsvorgänge, die gut ausgebildeter MitarbeiterInnen oder eines intensiveren Technikeinsatzes bedürfen. Die Folge dieser Erkenntnis in Europa war eine Auseinandersetzung über die Chancen und Möglichkeiten für die europäische Wirtschafts- und Industriestruktur.

Die Europäische Union hat sich ambitionierte Ziele gesetzt. Bis 2020 sollen der Energieverbrauch und die Treibhausgas-Emissionen um 20 Prozent gesenkt werden, der Anteil an erneuerbaren Energien hingegen 20 Prozent erreichen.³⁷³

In der Grundstoffindustrie ist man auf diesem Kontinent heute nicht mehr oder nur mehr sehr bedingt konkurrenzfähig. Die Intensivierung der Forschung und Entwicklung neuer Umwelttechnologien könnte ein neuer Weg sein. Das bedeutet aber vielfach ein Umdenken und in Folge ein glaubwürdiges Verfolgen der neuen Schwerpunktsetzung. Vor allem Gewerkschaften und europäische Sozialdemokratien sind hier gefordert, Traditionelles aufzugeben und neue, noch ungewisse Wege zu gehen. Wer aber auch in Zukunft Player sein will, muss die Zeichen der Zeit erkennen und die vorliegenden Chancen auch nützen.

Karin Scheele war in der Zeit der intensiven Diskussion über Maßnahmen gegen den Klimawandel und mögliche Auswirkungen Mitglied im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments und als einzige Österreicherin Vollmitglied (10.5.2007–10.12.2008) im nichtständigen Ausschuss zum Klimawandel des Parlaments. Sie sieht für die Sozialdemokratie eine große Chance, die diese auch ergreifen sollte: „Zweifelsohne war die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament bei der Bekämpfung der Ursachen für die Erderwärmung viel geschlossener als

³⁷³ Vgl. „Die 20/20-Ziele, ein europäisches Großprojekt“: <http://derstandard.at/1271378167849/Die-2020-Ziele-ein-europaeisches-Grossprojekt> (gefunden am 3. Juni 2013)

beispielsweise die Konservativen, auf die natürlich die Interessen der Industrie, der Atomlobby oder der Landwirtschaft viel stärker einwirken. Im Vorfeld hat es in unserer Fraktion und in den Nationalstaaten aber oftmals intensive Diskussionen darüber gegeben, welchen Weg man in Zukunft beschreiten soll und wie sich dieser oder jener Schritt auf die Arbeitsplatzsituation vor Ort auswirkt. Ich denke, für die Sozialdemokratie ist diese große Herausforderung auch eine einmalige Chance, eine Transformation der Wirtschaft in Europa mitzugestalten. Die traditionellen Industriesektoren verlagerten oder verlagern ihre Produktionsstandorte in Länder, bei denen der Rechenstift der Konzernleitungen eine Verringerung der Produktionskosten ergibt. Lediglich höherwertige Verfahren, die High-Tech oder sehr gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen, sind noch in Europa angesiedelt. Das Argument mancher Industriebereiche mit den hohen Umweltkosten in Europa ist eine Ausrede, die gerne benutzt wird. Umwelttechnologien kommen weltweit immer stärker zum Einsatz. Hier ist Europa in der Forschung und Entwicklung Vorreiter. Dies zu fördern und zu unterstützen ist Gebot der Stunde. Mit der Mischung aus Kreativität und neuen Ideen können hier unzählige neue ‚Green Jobs‘ entstehen. Die Wirtschafts- und Industriestruktur verändert sich. Es ist nun unsere Aufgabe, hier mitzugestalten und zu lenken.³⁷⁴

³⁷⁴ Interview mit Mag.^a Karin Scheele vom 4. August 2009

3.3 Der “Dritte Weg“ als Zukunftsmodell?

Gegen Ende der 90er-Jahre kam innerhalb der Europäischen Union eine Mehrheit der Staats- und Regierungschefs aus der Sozialdemokratie. Mit dem Wahlsieg von Tony Blair 1997 und dem Regierungswechsel in Deutschland hin zu Gerhard Schröder im Jahr 1998 kam in den sozialdemokratischen Parteien Europas eine Diskussion um eine mögliche inhaltliche Neuorientierung auf. Schlagwörter wie “Dritter Weg“ oder “Neue Mitte“ prägten die Debatte darüber, wie man in Zukunft erfolgreich sein wolle. Die Grundlage für einen inhaltlichen Diskurs hinsichtlich der Frage, wie eine moderne Sozialdemokratie den Herausforderungen der Zeit zu begegnen hat, waren primär das von Schröder und Blair entworfene Diskussionspapier mit dem Titel “Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ sowie der Beitrag der Sozialistischen Partei Frankreichs beim Kongress der Sozialistischen Internationale 1999. Vor allem das Schröder/Blair-Papier zeigte einen Weg auf, der in Großbritannien bereits verfolgt wurde und die künftige Politik in der Bundesrepublik noch stark prägen sollte. Die Sozialdemokraten Blair und Schröder hatten nach langen Jahren konservativerer Regierungsmehrheiten den Wechsel in ihren Ländern geschafft und stellten damit, aber auch durch ihr persönliches Auftreten, den Typus eines erfolgreichen sozialdemokratischen Politikers dar. Der Bruch mit manchen Partei-Traditionen und eine inhaltliche Neupositionierung im Vorfeld des Wahlerfolges sowie eine starke Fokussierung der Wahlkampagne auf den jeweiligen Spitzenkandidaten stellten den beschrittenen Weg als mögliches neues Erfolgsmodell dar.

Im folgenden Kapitel soll daher die Debatte um eine mögliche Neuorientierung der Sozialdemokratie und die Reformdiskussion der damaligen Jahre genauer beleuchtet werden. Wofür stand der “Dritte Weg“? Was begann sich in Großbritannien und Deutschland dadurch zu verändern? Hat es sich um ein Modell gehandelt, das unreflektiert auf jede sozialdemokratische Partei in Europa umlegbar war?

Durch eine qualitative und quantitative Analyse der Ausgaben der Zeitschrift *ZUKUNFT* von Juni 1999 bis Ende 2000 sowie der Presseaussendungen der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle soll unter anderem die Intensität und Wertigkeit der

Diskussion über die Übernahme von Politikelementen des “Dritten Weges“ in der Sozialdemokratischen Partei Österreichs dargestellt werden.

3.3.1 Was ist der “Dritte Weg“? Die Richtungsdebatte um neue politische Schwerpunktsetzungen vor dem Hintergrund großer globaler Herausforderungen

Wenn man den Begriff “Dritter Weg“ hört, so denkt man unweigerlich in erster Linie an die Politik von Gerhard Schröder in der Bundesrepublik Deutschland und an jene von Tony Blair in Großbritannien. Man denkt an das Diskussionspapier der beiden Regierungschefs, welches in Europa und innerhalb der sozialdemokratischen Parteien intensive Diskussionen über die künftige politische Ausrichtung ausgelöst hat. Die Debatte um den “Dritten Weg“ ist allerdings keineswegs neu, wie Klaus Lang in einem Beitrag unter dem Titel “Ein dritter Weg in das dritte Jahrtausend“ aus seiner Perspektive darlegte: „Otto Bauer, der Austromarxist, hat den dritten Weg zwischen kurzsichtigem Reformismus und terroristischem Bolschewismus gesucht, Franz Oppenheimer zur selben Zeit zwischen Sozialismus und Kapitalismus. In den 70er Jahren wurde der dritte Weg zwischen der sozialen Marktwirtschaft konservativer Prägung und dem bürokratisch-autoritären Sozialismus des Ostblocks gesucht.“³⁷⁵ Durch den völligen Zusammenbruch der kommunistischen Systeme wurde der „Siegesszug des globalen Kapitalismus“³⁷⁶ ermöglicht. Dieser „Wegfall der Systemkonkurrenz ist letztlich auch Auslöser der neuen Debatte über den dritten Weg oder die dritten Wege der Politikgestaltung“³⁷⁷. Vor allem sozialdemokratische Parteien stellte diese neue geopolitische Situation vor große Herausforderungen sich in diesem Wandlungsprozess zu positionieren: „Die Antwort auf die Frage, was demokratisch-sozialistische, was sozial-demokratische Politik am Ende dieses Jahrhunderts und auf dem Weg ins neue Jahrtausend sein soll, ist keineswegs eindeutig!“³⁷⁸ Gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts waren in 13 von 15

³⁷⁵ Lang, Klaus: Ein dritter Weg in das dritte Jahrtausend, in: Flassbeck, Heiner; Giddens Anthony; Wiethold, Franziska; Zwickel, Klaus u.a. (Hrsg.): Ein dritter Weg in das dritte Jahrhundert. Von der Standort- zur Zukunftsdebatte, Hamburg 2000, S. 8

³⁷⁶ Ebenda, S. 7

³⁷⁷ Ebenda

³⁷⁸ Ebenda

Ländern der Europäischen Union „Regierungen links von der Mitte“³⁷⁹ im Amt, und damit war die Frage, wohin sich etwa die Parteien, die einzelnen nationalstaatlichen Ökonomien, die Sozialsysteme sowie die öffentlichen Strukturen hin entwickeln sollen, von entscheidender Bedeutung. Es ging um eine Anpassung an die aktuellen Gegebenheiten und an mögliche künftige Entwicklungen. Diese Modernisierung deutete daher eine „Aktualisierung, Erneuerung der sozialdemokratischen Zielvorstellung über die Gestaltung von grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen“³⁸⁰ an. Die Idee des “Dritten Weges“ war es daher, „nach anderen Quellen zu suchen, die sozialdemokratischen, links von der Mitte stehenden Parteien erlauben, wieder eine hegemoniale Position bei Wahlen zu gewinnen“³⁸¹.

Der britische Professor für Soziologie Anthony Giddens verfasste 1998 das Buch “Der dritte Weg“, welches ein Jahr später in deutscher Sprache unter dem Titel “Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie“ erschienen ist.

Für den Autor ist der “Dritte Weg“ „kein Versuch, einen Mittelweg zwischen traditionellem demokratischem Sozialismus und Fundamentalismus des freien Marktes zu entwickeln. Sie ist keine Philosophie der Straßenmitte. Die Politik des Dritten Weges ist also ein Versuch, zu entdecken, wie man die links von der Mitte vertretenen Wertorientierungen auf diese in fundamentaler Veränderung begriffene Welt anwenden kann.“³⁸²

Als die großen Herausforderungen der damaligen Zeit wurden die Globalisierung, der technologische Wandel und die Individualisierung oder besser die Transformation des Alltagslebens definiert.³⁸³

Die Bezeichnung “Dritter Weg“ konnte aber keineswegs als Dogma bezeichnet werden: „Ich verwende ihn einfach deswegen, weil er wieder im Schwange ist und weil er jetzt etwas ganz Einfaches bedeutet. Sehr wenige Leute denken, man könne

³⁷⁹ Giddens, Anthony: Die Politik des Dritten Weges, in: Flassbeck, Heiner; Giddens Anthony; Wiethold, Franziska; Zwickel, Klaus u.a. (Hrsg.): Ein dritter Weg in das dritte Jahrhundert. Von der Standort- zur Zukunftsdebatte, Hamburg 2000, S. 24

³⁸⁰ Ebenda, S. 17

³⁸¹ Ebenda, S. 18

³⁸² Ebenda, S. 16

³⁸³ Vgl. Ebenda, S. 12–16

zurück zum alten Stil traditionell bürokratischen Regierens von oben nach unten. Und sehr wenige Leute denken heute, man könne die Welt wie einen gigantischen Markt laufen lassen. Jeder sucht nach etwas Anderem, nach einer dritten Alternative. Deswegen macht es einigen Sinn, den Ausdruck 'Dritter Weg' zu verwenden.“³⁸⁴

Als politische Eckpunkte des "Dritten Weges" nannte Giddens etwa „die öffentlichen Institutionen zu erneuern und wieder herzustellen“³⁸⁵. Damit sollen zwei Ziele verfolgt werden, nämlich einerseits eine „Erneuerung der Demokratie“³⁸⁶ und andererseits müssen die staatlichen Strukturen „viel flacher im hierarchischen Aufbau werden“³⁸⁷ und es sollte schneller auf die Wünsche der BürgerInnen reagiert werden können. Hierbei vergleicht der damalige Direktor der London School of Economics öffentliche Verwaltungseinheiten mit privaten Unternehmungen: „Ein Grund, weshalb die öffentliche Sphäre in vielen Ländern in Verruf geraten ist, besteht darin, dass die Geschäftswelt viel beweglicher und viel effizienter auf den Bedarf der Verbraucher reagiert als der Staat und die Regierung gegenüber den Bürgern.“³⁸⁸

Als zweiten Aspekt wurde „der Bedarf nach positiver, nicht nur defensiver Anpassung an die neue Ökonomie“³⁸⁹ erwähnt. „Die neue Ökonomie, die Wissensökonomie, scheint wirklich anders zu sein als die alte industrielle Ökonomie“³⁹⁰, so Giddens. Dafür müsse man „alle Arten von neuartiger Erziehung fördern“³⁹¹. Weiters gelte es „Sozial- und Wirtschaftspolitik zu verbinden und fiskalische Maßnahmen und die makroökonomische Politik als kreatives Mittel zu gebrauchen“³⁹². Des Weiteren bedürfe es noch einer „Reform des Wohlfahrtsstaates“³⁹³, deren Basis lauten müsse: „Keine Rechte ohne Pflichten“³⁹⁴.

³⁸⁴ Giddens, Anthony: Die Politik des Dritten Weges, in: Flassbeck, Heiner; Giddens Anthony; Wiethold, Franziska; Zwickel, Klaus u.a. (Hrsg.): Ein dritter Weg in das dritte Jahrhundert. Von der Standort- zur Zukunftsdebatte, Hamburg 2000, S. 17

³⁸⁵ Ebenda, S. 18

³⁸⁶ Ebenda, S. 19

³⁸⁷ Ebenda

³⁸⁸ Ebenda

³⁸⁹ Ebenda, S. 20

³⁹⁰ Ebenda

³⁹¹ Ebenda, S. 21

³⁹² Ebenda

³⁹³ Ebenda

³⁹⁴ Ebenda

Der britische Soziologe setzt sich in seinen Ausführungen auch intensiv mit dem Begriff "Gerechtigkeit" auseinander: „Soziale Gerechtigkeit und das Eindämmen der Ungleichheit sind absolut fundamental für diese Politik des 'Dritten Weges'“. ³⁹⁵ Der in den westlichen Gesellschaften aufgebaute Wohlfahrtsstaat sei allerdings „nicht das beste Leistungssystem für die Wiedererlangung der sozialen Gerechtigkeit“ ³⁹⁶. Giddens widerspricht dem Vorwurf, dass die gegebenen ökonomischen Verhältnisse eine gesellschaftliche Ungleichheit verursachen, denn „Märkte können auch benutzt werden, um Gleichheit zu produzieren, wenn sie unter den richtigen Umständen benutzt werden“ ³⁹⁷.

Als zusätzlicher Aspekt der Politik des "Dritten Weges" ist die aktive Auseinandersetzung mit der Globalisierung und das Nutzen ihrer Chancen zu nennen. Dies kann allerdings nicht ausschließlich auf regionaler und nationaler Ebene geschehen sondern muss auch transnational erfolgen. Hinsichtlich der Vorstellung für eine „transnationale Demokratisierung“ ³⁹⁸ sei die Europäische Union „fundamental für die Politik des 'Dritten Weges'“ ³⁹⁹.

Der "Dritte Weg" wurde von den Demokraten in den Vereinigten Staaten von Amerika ebenso aufgegriffen und zunächst als „neue Fortschrittlichkeit“ ⁴⁰⁰ titulierte, bevor er schließlich auch als "Dritter Weg" bezeichnet wurde. In Europa setzte die Labour Party unter Tony Blair neue politische Schwerpunkte und schwenkte in ihrer Positionierung und Programmatik auf die Ideen des "Dritten Weges" um. Blair „ließ schließlich auch ein Pamphlet dieses Titels unter seinem Namen erscheinen“ ⁴⁰¹, wie es Anthony Giddens in "Die Frage der sozialen Ungleichheit" formulierte.

Der Wahlsieg von New Labour in Großbritannien führte dazu, dass der Fokus vieler sozialdemokratischer Parteien auf die neue inhaltliche Schwerpunktsetzung und die strategische Ausrichtung gerichtet wurde. Dies führte zu unterschiedlichen

³⁹⁵ Giddens, Anthony: Die Politik des Dritten Weges, in: Flassbeck, Heiner; Giddens Anthony; Wiethold, Franziska; Zwickel, Klaus u.a. (Hrsg.): Ein dritter Weg in das dritte Jahrhundert. Von der Standort- zur Zukunftsdebatte, Hamburg 2000, S. 22

³⁹⁶ Ebenda, S. 23

³⁹⁷ Ebenda

³⁹⁸ Ebenda, S. 24

³⁹⁹ Ebenda, S. 25

⁴⁰⁰ Giddens, Anthony: Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main 2001, S. 9

⁴⁰¹ Ebenda, S. 11

Reaktionen. Einerseits dazu, dass die unter dem Begriff „Dritter Weg“ zusammengefassten Neuorientierungen ein eindeutiges Zukunfts- und Erfolgsmodell darstellen würden, welches es zu übernehmen gelte. Andererseits vertraten VertreterInnen sozialdemokratischer Parteien die Auffassung, dass die Grundausrichtung ihrer politischen Bewegung und die programmatische Festlegung diametral zur Politik des „Dritten Weges“ stehe und eine unreflektierte Übernahme auch nicht auf jedes Land möglich sei.

Der ehemalige österreichische Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer teilt die Sichtweise, dass die Ausgangssituation in Großbritannien für New Labour eine ganz spezielle war, die schließlich zu einer politischen Neuausrichtung der Partei geführt hat: „Der ‚Dritte Weg‘ war eine genuin britische Angelegenheit. Im Wesentlichen hat er den Versuch der Labour Party dargestellt, nicht zum alten Gewerkschaftssozialismus zurückzukehren, der in den 70er Jahren in Großbritannien gnadenlos gescheitert ist und dazu geführt hat, dass das Land immobil und unregierbar geworden ist. Gleichzeitig wollte man sich vom Thatcherismus absetzen, ohne alles über Bord zu werfen, was in dieser Zeit entwickelt wurde, sozusagen den Versuch unternehmen, einerseits positive Elemente des Thatcherismus beizubehalten und andererseits eine Neubelebung sozialdemokratischer Ideen in Großbritannien durchzuführen – und zwar auf Basis geänderter Realitäten, und nicht mehr aus der Michael-Foot-Vergangenheit von Labour. Das war absolut richtig. Das Land hat sich verteilungspolitisch gut entwickelt, die Arbeitslosigkeit wurde nachhaltig bekämpft, trotz aller Schwierigkeiten wurden öffentliche Güter wieder hergestellt, ein sehr erfolgreiches Programm.“⁴⁰² Weiters fügte Gusenbauer hinzu: „Ich habe aber nie ganz verstanden und es immer für eine modische Attitüde gehalten, dass sozialdemokratische Parteien in anderen Ländern, deren Voraussetzungen ganz andere waren als in Großbritannien, diesen ‚Dritten Weg‘, der für Großbritannien wichtig und richtig war, für ihre eigenen Parteien übernommen haben.“⁴⁰³

Für den ehemaligen sozialdemokratischen Finanzminister in der deutschen Bundesregierung, Peer Steinbrück, war der Erfolg der britischen Schwesterpartei „weitgehend auf einen ideologischen Wandel der Labour Party bereits vor (!) ihrem

⁴⁰² Krawagna-Pfeifer, Katharina; Thurnher, Armin; Brasch, Dieter (Fotos): Die Wege entstehen im Gehen. Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, Wien 2008, S. 51

⁴⁰³ Ebenda

ersten Wahlsieg 1997 zurückzuführen, der sich in dem Begriff ‚New Labour‘ ausdrückte. Er bezeichnete ein Parteikonzept und eine klare politische Agenda, die höchst erfolgreich wirkte – bis ‚New Labour‘ nicht mehr zog, weil sie ‚old fashioned‘ wirkte.“⁴⁰⁴

Vor allem der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder übernahm jene neuen Ideen und Visionen eines künftigen ökonomischen und gesellschaftspolitischen Systems und kooperierte eng mit seinem Amtskollegen in Großbritannien. Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war die „Neue Mitte“ Schlagwort und zentraler Schwerpunkt ihrer Politik. Diese „steht für die Bestimmung des gesellschaftlichen Subjekts, das Träger dieser Politik sein soll – und doch auch ihr Nutznießer!“⁴⁰⁵.

Für den ehemaligen SPÖ-Vorsitzenden Gusenbauer konnten jedoch die Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland nicht mit jenen in Großbritannien verglichen werden, was seiner Ansicht nach auch Auswirkungen auf den Umsetzungsprozess des politischen Konzeptes „Dritter Weg“ hatte: „So sehr ich glaube, dass die Schröder’sche Reformpolitik für Deutschland richtig war, so ist doch die Ausgangssituation in Deutschland eine ganz andere gewesen als die in Großbritannien. Helmut Kohl war in Wirklichkeit das Gegenteil von Margaret Thatcher. Er hat de facto keine Reformpolitik gemacht. Sein historisches Verdienst besteht in der Wiedervereinigung, aber soziale und wohlfahrtsstaatliche Traditionen der 70er Jahre wurden in Deutschland nicht angetastet. Deswegen hat in Deutschland dieser ‚Dritte Weg‘ relativ artifiziell geklungen, es ist auch nie wirklich etwas draus geworden. Und der skandinavische Weg, wenngleich ganz anders gestaltet als der britische, war ohnehin erfolgreicher und schon immer der modernere Weg.“⁴⁰⁶

Am 8. Juni 1999 präsentierten der damalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder und der zu diesem Zeitpunkt im Amt befindliche Ministerpräsident von Großbritannien Tony Blair das Diskussionspapier „Der Weg nach vorne für Europas

⁴⁰⁴ Steinbrück, Peer: Unterm Strich, München 2011, S. 440

⁴⁰⁵ Lang, Klaus: Ein dritter Weg in das dritte Jahrtausend, in: Flassbeck, Heiner; Giddens Anthony; Wiethold, Franziska; Zwickel, Klaus u.a. (Hrsg.): Ein dritter Weg in das dritte Jahrhundert. Von der Standort- zur Zukunftsdebatte, Hamburg 2000, S. 8

⁴⁰⁶ Krawagna-Pfeifer, Katharina; Thurnher, Armin; Brasch, Dieter (Fotos): Die Wege entstehen im Gehen. Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, Wien 2008, S. 51–52

Sozialdemokraten“. Zielsetzung dieses Vorschlages war es, „einen Anstoß zur Modernisierung zu geben.“⁴⁰⁷ Schröder und Blair luden damit „alle Sozialdemokraten in Europa dazu ein, diese historische Chance zur Erneuerung nicht verstreichen zu lassen.“⁴⁰⁸

Die Bürgerinnen und Bürger ordnen nach Ansicht der beiden damaligen Regierungschefs „ihre Weltsicht längst nicht mehr nach dem Dogma von Links und Rechts ein.“⁴⁰⁹ Für die Sozialdemokratie müssen weiterhin „Fairneß, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung für andere“⁴¹⁰ von grundlegender Bedeutung sein. Modernisierung bedeute jedoch „sich an objektiv veränderte Bedingungen anzupassen.“⁴¹¹ In der Einleitung wird festgehalten: „Wir müssen unsere Politik in einem neuen, auf den heutigen Stand gebrachten wirtschaftlichen Rahmen betreiben, innerhalb dessen der Staat die Wirtschaft nach Kräften fördert, sich aber nie als Ersatz für die Wirtschaft betrachtet. Die Steuerungsfunktion von Märkten muß durch die Politik ergänzt und verbessert, nicht aber behindert werden. Wir unterstützen eine Marktwirtschaft, nicht aber eine Marktgesellschaft!“⁴¹²

Zur ökonomischen Lenkungsfunktion des Staates meinten Schröder und Blair: „Die Fähigkeit der nationalen Politik zur Feinsteuerung der Wirtschaft hinsichtlich der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen wurde über-, die Bedeutung des Einzelnen und der Wirtschaft bei der Schaffung von Wohlstand unterschätzt. Die Schwächen der Märkte wurden über-, ihre Stärken unterschätzt.“⁴¹³ Hinsichtlich einer Regierungsverantwortung würde dies bedeuten: „Der Staat soll nicht rudern, sondern steuern, weniger kontrollieren als herausfordern.“⁴¹⁴ Man betonte in dem Vorschlag, dass die sozialdemokratische Idee der Ankurbelung von Beschäftigung und Wachstum durch Maßnahmen zur Steigerung der Nachfrage allein nicht ausreicht: „Moderne Sozialdemokraten erkennen an, daß eine angebotsorientierte Politik eine

⁴⁰⁷Schröder, Gerhard; Blair, Tony: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, www.kuwi.europa-uni.de/de/lehrstuhl/vs/politik3/Lehre_WS_11_12/Schroeder_Blair.pdf (gefunden am 12. Mai 2012)

⁴⁰⁸ Ebenda

⁴⁰⁹ Ebenda

⁴¹⁰ Ebenda

⁴¹¹ Ebenda

⁴¹² Ebenda

⁴¹³ Ebenda

⁴¹⁴ Ebenda

zentrale und komplementäre Rolle zu spielen hat.“⁴¹⁵ „Flexible Märkte sind ein modernes sozialdemokratisches Ziel“⁴¹⁶ und schaffen „ein größeres Wachstum und mehr Arbeitsplätze“⁴¹⁷.

Das Sozialsystem betreffend wurde angemerkt, dass bei der bisherigen politischen Schwerpunktsetzung „die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Förderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt“⁴¹⁸ wurde. „Letztlich wurde damit die Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung ignoriert und nicht belohnt und die soziale Demokratie mit Konformität und Mittelmäßigkeit verbunden statt mit Kreativität, Diversität und herausragender Leistung.“⁴¹⁹ Auch die Höhe der Sozialausgaben wurde kritisch beleuchtet: „Der Weg zur sozialen Gerechtigkeit war mit immer höheren öffentlichen Ausgaben gepflastert, ohne Rücksicht auf Ergebnisse oder die Wirkung der hohen Steuerlast auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung oder private Ausgaben.“⁴²⁰ Die aufgewendeten Mittel in diesem Bereich müssen unter anderem dahingehend überprüft werden, „inwieweit sie die Menschen in die Lage versetzen, sich selbst zu helfen“⁴²¹. Auch sollen die MitarbeiterInnenbeteiligungen an den Unternehmen ausgebaut werden, damit „die Beschäftigten die Chance erhalten, die Früchte des Erfolgs mit den Unternehmern zu teilen“⁴²². Im Bereich der Sozialpolitik und des Arbeitsmarktes wird eine klare Zielsetzung festgelegt: „Ein Sozialversicherungssystem, das die Fähigkeit, Arbeit zu finden, behindert, muß reformiert werden. Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln.“⁴²³

Für die beiden Regierungschefs Schröder und Blair war bereits zum damaligen Zeitpunkt das Ende „des neoliberalen Laisser-faire“⁴²⁴ der letzten Jahrzehnte eingetreten. „An ihre Stelle darf jedoch keine Renaissance des ‚deficit spending‘ und

⁴¹⁵ Schröder, Gerhard; Blair, Tony: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, www.kuwi.europa-uni.de/de/lehrstuhl/vs/politik3/Lehre_WS_11_12/Schroeder_Blair.pdf (gefunden am 12. Mai 2012)

⁴¹⁶ Ebenda

⁴¹⁷ Ebenda

⁴¹⁸ Ebenda

⁴¹⁹ Ebenda

⁴²⁰ Ebenda

⁴²¹ Ebenda

⁴²² Ebenda

⁴²³ Ebenda

⁴²⁴ Ebenda

massiver staatlicher Intervention im Stile der siebziger Jahre treten.“⁴²⁵ Im Papier wurde daher darauf hingewiesen, es wurde bisher „sozialdemokratische Politik allzu oft assoziiert mit der Einstellung, daß der beste Weg zur Förderung von Beschäftigung und Wachstum die Ausdehnung der öffentlichen Verschuldung zum Zweck höherer öffentlicher Ausgaben sei.“⁴²⁶ Es wurde klargestellt: „Gesunde öffentliche Finanzen sollten zum Gegenstand des Stolzes für Sozialdemokraten werden.“⁴²⁷

Als eine neue Zielgruppe wurde der Mittelstand definiert, denn nach Ansicht der Verfasser des Diskussionspapiers „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ liege hier „das größte Potential für neues Wachstum und neue Arbeitsplätze in der wissensgeschützten Gesellschaft der Zukunft“⁴²⁸.

Abschließend wird im Schröder-Blair-Papier aufgerufen: „Laßt uns gemeinsam am Erfolg der Sozialdemokratie für das neue Jahrhundert bauen. Laßt die Politik des Dritten Weges und der Neuen Mitte Europas neue Hoffnung sein.“⁴²⁹

Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder bewertete das Diskussionspapier als „Versuch, eine Strategie europäischer Sozialdemokraten zu formulieren, die eine angemessene Antwort auf die beiden großen Herausforderungen der Zeit – demografischer Wandel und Globalisierung – geben sollte“⁴³⁰. Für ihn wurden vor allem zwei zentrale Bereiche angesprochen: „Wie effizient muss eine kapitalistische Wirtschaft sein, um weiterhin Sozialstaatlichkeit zu ermöglichen? Und: Wo beginnt ökonomische Effizienz Humanität zu zerstören? Und welche Rolle spielt in diesem Prozess der Markt? Anders ausgedrückt: Wo müssen dem Marktgeschehen Grenzen gesetzt werden, damit eine totale Ökonomisierung der Gesellschaft verhindert werden kann? Wie können sich Unternehmen verbesserte Wirtschaftsbedingungen zunutze machen, um neues Wachstum und

⁴²⁵ Schröder, Gerhard; Blair, Tony: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, www.kuwi.europa-uni.de/de/lehrstuhl/vs/politik3/Lehre_WS_11_12/Schroeder_Blair.pdf (gefunden am 12. Mai 2012)

⁴²⁶ Ebenda

⁴²⁷ Ebenda

⁴²⁸ Ebenda

⁴²⁹ Ebenda

⁴³⁰ Schröder, Gerhard: Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, Hamburg 2006, S. 275

neue Arbeitsplätze zu schaffen? Vor allem suchten wir nach einem Weg, den scheinbaren Widerspruch zwischen Angebots- und Nachfragepolitik aufzulösen.“⁴³¹

Schröder schreibt in seinen Erinnerungen, dass im Schröder-Blair-Papier nicht ausreichend berücksichtigt worden sei, „dass sich in einer alternden Gesellschaft die Notwendigkeit einstellt, ein klares Bild von den eigenen Bildungsressourcen zu gewinnen“⁴³². Damit sprach er vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft und der niedrigen Geburtenrate in Deutschland die Möglichkeiten und Angebote für ein „lebenslanges Lernen“ an.⁴³³

Der ehemalige Regierungschef merkte allerdings an, dass trotz der richtigen politischen Analyse „einige Instrumente noch nicht ausgereift waren.“⁴³⁴ Seiner Ansicht nach überschattete eine „allseitige Entrüstung über Blairs und meinen Vorschlag“⁴³⁵ eine ernstgemeinte inhaltliche Auseinandersetzung. „Wieder einmal, bin ich versucht zu sagen“⁴³⁶, so Schröder weiter.

Der Diskussionsvorschlag führte naturgemäß auch zur Formulierung anderer Vorstellungen einer künftigen Positionierung sozialdemokratischer oder sozialistischer Parteien. Die Sozialistische Partei Frankreichs etwa präsentierte Anfang Oktober 1999 ein Positionspapier mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer gerechteren Welt“.⁴³⁷ Dieses wurde nach dem Vorsitzenden der französischen Sozialisten, Lionel Jospin, allgemein als „Jospin-Papier“ betitelt.

„Neue Sozialdemokraten“, also jene Parteien die der Politik des „Dritten Weges“ folgten, verband nach Ansicht des Publizisten Robert Misik „bei allen Unterschieden im Detail: Sie sind für die Märkte – aber nicht so ganz. Und sie sind für staatliche Regulierungen – aber nicht mehr so stark wie früher.“⁴³⁸ Dieser Ansatz kann jedoch seiner Ansicht nach nicht unreflektiert über alle nationalen

⁴³¹ Schröder, Gerhard: Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, Hamburg 2006, S. 275–276

⁴³² Ebenda, S. 277

⁴³³ Vgl. Ebenda

⁴³⁴ Ebenda

⁴³⁵ Ebenda

⁴³⁶ Ebenda

⁴³⁷ Vgl. www.berliner-zeitung.de/archiv/frankreichs-sozialisten-praesentieren-strategiepapier-jospins-antwort-auf-schroeder-und-blair,10810590,9718970.html (gefunden am 28. September 2012)

⁴³⁸ Misik, Robert: Die Suche nach dem Blair-Effekt. Schröder, Klima und Genossen zwischen Tradition und Pragmatismus, Berlin 1998; S. 15

Gegebenheiten gestülpt werden, denn die oben genannten Zugänge seien „keine Leitlinie im strengen Sinne. Denn welches Maß an staatlicher Regulierung oder aber Marktregulierung das beste ist, läßt sich aus solcher Perspektive nur noch von Fall zu Fall und möglicherweise gar nur per Trial and Error bestimmen.“⁴³⁹

Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands führte die neue Politik zu heftigen Debatten. Basierend auf den Ideen des “Dritten Weges“ setzte man unter Bundeskanzler Schröder ein Reformprojekt unter dem Titel “Agenda 2010“ ein. Dies wurde auch von Schröder selbst bestätigt, der meinte, das Papier „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ „enthielt in Ansätzen vieles von dem, was dann später in der Agenda 2010 erneut aufgegriffen werden sollte“⁴⁴⁰. Die Agenda 2010 konnte auch als das „ökonomisch-soziale Kernprojekt der rot-grünen Regierung“⁴⁴¹ bezeichnet werden. Das Projekt wurde bereits mit Beginn der Regierungskoalition bestehend aus SPD und den Grünen im Jahr 2003 angekündigt. Ziel war es beispielsweise durch Reformen im Gesundheits-, Steuer- und Sozialbereich die Arbeitslosigkeit zu senken und das Bildungs- und Sozialsystem grundlegend zu modernisieren. Teil dieses Paketes war auch die Hartz-Reform.⁴⁴²

Der mittlerweile verstorbene Ottmar Schreiner, seinerseits ehemaliges Mitglied des deutschen Bundestages und langjähriger Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen⁴⁴³, war von Beginn an ein Kritiker der Agendapolitik und vertrat die Meinung, es habe seit der Neugründung der Partei nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges „vermutlich kein politisches Thema die SPD so stark belastet und derart weitreichende gesellschaftliche Veränderungen angestoßen wie die Agenda 2010“⁴⁴⁴. Für ihn brach die Agenda 2010 mit einer Tradition der SPD: „Tradition ist hier gemeint im Sinne des von Willy Brandt gebrauchten Reformbegriffs: Reformen sind Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen.“⁴⁴⁵ Der Professor für Politikwissenschaft an der Universität

⁴³⁹ Misik, Robert: Die Suche nach dem Blair-Effekt. Schröder, Klima und Genossen zwischen Tradition und Pragmatismus, Berlin 1998; S. 15–16

⁴⁴⁰ Schröder, Gerhard: Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, Hamburg 2006, S. 276

⁴⁴¹ Schreiner, Ottmar: Die Gerechtigkeitslücke. Wie die Politik die Gesellschaft spaltet, Berlin 2010, S. 21

⁴⁴² Vgl. www.spiegel.de/wirtschaft/glossar-das-abc-des-arbeitsmarkts-a-382734.html (gefunden am 26. September 2012)

⁴⁴³ Vgl. www.ottmarschreiner.de/artikel.php?artikel=3&page=2 (gefunden am 27. September 2012)

⁴⁴⁴ Schreiner, Ottmar: Die Gerechtigkeitslücke. Wie die Politik die Gesellschaft spaltet, Berlin 2010, S. 21

⁴⁴⁵ Ebenda, S. 23

Göttingen Franz Walter ging sogar einen Schritt weiter und meinte: „Das ‚Eigene‘ der Sozialdemokratie, ihr zäher geschichtlicher Kampf für soziale Gerechtigkeit, wurde gar explizit an den Pranger gestellt.“⁴⁴⁶ Peer Steinbrück hielt dem jedoch entgegen, dass Gerhard Schröder oder Tony Blair der Auffassung folgte, „dass linke Volksparteien die Antworten auf den globalen, ökonomischen und sozialen Wandel geben und ihre Gesellschaften modernisieren müssen, wenn sie nicht von anderen Kräften mit fatalen Ergebnissen modernisiert werden wollen“⁴⁴⁷.

Die Umsetzung der Politik des „Dritten Weges“ bedeute eine Art politische Zäsur und man „verfolgte eine ‚angebotsorientierte Agenda‘. Sie akzeptierte ‚die Steuerungsfunktion von Märkten‘, pochte entschieden auf eine ‚Liberalisierung des Welthandels‘, optierte für die ‚Freisetzung von Kreativität und Innovation‘ auf ‚flexiblen Märkten‘, deren ‚Ehrgeiz‘ ‚nicht durch Grenzen behindert werden‘ dürfe.“⁴⁴⁸

In seinem 2010 erschienenen Buch „Die Gerechtigkeitslücke, Wie die Politik die Gesellschaft spaltet“ merkte Schreiner an: „Die Auseinandersetzung um die Agenda 2010 hält bis zur Stunde an – sowohl innerhalb als auch außerhalb der SPD.“⁴⁴⁹ Für ihn wäre eine wichtige Voraussetzung, dass die SPD bereit sein müsste „zu erkennen, dass wesentliche Elemente dieser Politik – anders als von Frank Walter Steinmeier behauptet – eben keine ‚Modernisierung mit sozialem Augenmaß‘ waren“⁴⁵⁰.

Obwohl man die inhaltliche Komponente einer Partei und die Professionalität ihrer Außenwirkung trennen muss, sollte ein Aspekt dennoch hier nicht unerwähnt gelassen werden. Vor allem Gerhard Schröder und Tony Blair wurde vorgeworfen, dass sie ihre Politik überdurchschnittlich stark inszeniert haben. Über neuartige Methoden der Wahlkampfführung hinaus wurde auch während der Legislaturperiode versucht, politischen Inhalten und Ereignissen einen gewissen „Spin“ zu verleihen. Die Parteispitze fokussierte sich primär auf den Transport ihrer Positionen über die Medien; erst in zweiter Linie wurden die Partei oder parteiinterne Diskussionsprozesse ins Auge gefasst.

⁴⁴⁶ Walter, Franz: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Berlin 2010, S. 49

⁴⁴⁷ Steinbrück, Peer: Unterm Strich, München 2011, S. 440

⁴⁴⁸ Walter, Franz: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Berlin 2010, S. 49

⁴⁴⁹ Schreiner, Ottmar: Die Gerechtigkeitslücke. Wie die Politik die Gesellschaft spaltet, Berlin 2010, S. 21

⁴⁵⁰ Ebenda, S. 23

Dies führte zu Kritik, die Franz Walter in seinem Buch "Vorwärts oder abwärts?, Zur Transformation der Sozialdemokratie" zugespitzt folgendermaßen formulierte: „Die ‚Realisten‘ des Dritten Weges konnten große Schaumschläger des Wortes sein, die in ihrer besten Zeit ganze Batterien von Nebelkerzen warfen. Zum Dritten Weg gehörten infolgedessen stets der Marketingexperte und der Werbefachmann. Mit der neuen Sozialdemokratie stieg die Klasse der Spindoktoren auf. Im Frühling des Dritten Weges feierten auch die Kommunikationsagenturen ihre wildesten Partys. Die neue Politik und die Manipulatoren der Wirklichkeit brauchten einander, nährten sich gegenseitig.“⁴⁵¹

Bevor ich mich nun mit der Intensität der Richtungsdebatte innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Österreichs auseinandersetze, möchte ich abschließend noch eine Frage von Peer Steinbrück anführen. Dieser meinte in seinem Buch "Unterm Strich", welches 2011 erschienen ist: „Aber wo sind bis heute bessere sozialdemokratische Antworten auf den globalen, gesellschaftlichen Wandel?“⁴⁵² Ohne die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen des "Dritten Weges", seiner Ergebnisse wie etwa der "Agenda 2010" oder anderer Positionspapiere bewerten zu wollen, waren sie alle dennoch Versuche sozialdemokratische Positionen auf der Höhe der Zeit zu formulieren. Also neue Ideen einzubringen, Debatten zu führen, Richtungen vorzugeben und grundsätzlich mitzuteilen, wohin die Sozialdemokratie die Gesellschaft entwickeln will.

3.3.2 Die Intensität der Richtungsdebatte innerhalb der SPÖ

Nachdem die Diskussion über eine generelle inhaltliche Neupositionierung und eine damit verbundene Neuausrichtung der sozialdemokratischen Parteien gegen Ende der 1990er-Jahre in verschiedenen Ländern, wie etwa Großbritannien, Deutschland und Frankreich, sehr intensiv geführt wurde, soll im Folgenden beleuchtet werden, ob und mit welcher Intensität innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie darüber debattiert wurde.

⁴⁵¹ Walter, Franz: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Berlin 2010, S. 54–55

⁴⁵² Steinbrück, Peer: Unterm Strich, München 2011, S. 440

Bei der Untersuchung, in welchem Ausmaß man sich über die Zielsetzungen des “Schröder-Blair-Papiers“ auseinandergesetzt hat, habe ich zunächst Fragen formuliert und aus diesen heraus die zu verwendenden Parameter abgeleitet:

1. Welcher Zeitraum soll untersucht werden?
2. Welche Medien und Kommunikationsmittel sind Träger einer solchen Debatte?
3. Welche Analyseformen wende ich an?
4. Welche Begriffe und Schlagworte liefern mir die gewünschten Ergebnisse?

Weil das von Schröder und Blair präsentierte Papier “Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ im Juni 1999 erschienen ist, habe ich den Beobachtungszeitraum mit Beginn dieses Monats bis zum Ende des Jahres 2000 angesetzt.

Bei der Beantwortung der Frage, wo sich die Intensität einer Debatte am besten nachvollziehen lässt, bin ich auf Presseaussendungen der SPÖ und die sozialdemokratische Zeitschrift *ZUKUNFT* gestoßen. Die politische Ausrichtung dieses Mediums ist klar ersichtlich: „Monatlich erscheinende sozialdemokratische Diskussionszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur auf der Grundlage des Parteiprogramms der SPÖ.“⁴⁵³

Daher habe ich einerseits die APA-OTS-Aussendungen der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle im Zeitraum vom 1. Juni 1999 bis zum 31. Dezember 2000 analysiert und andererseits die Beiträge in der Zeitschrift *ZUKUNFT*, herausgegeben von der Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift *ZUKUNFT*, genauer untersucht.

Bei der konkreten Analyse habe ich sowohl eine quantitative als auch eine qualitative Untersuchungsform gewählt. Ich habe zunächst durch eine Frequenzanalyse quantitativ festgestellt wie viele zuvor festgelegte Begriffe im Beobachtungszeitraum vorgekommen sind. Anschließend habe ich die Anzahl dieser Aussendungen beziehungsweise Artikel anschließend der Gesamtzahl gegenübergestellt. So lässt

⁴⁵³ *ZUKUNFT*, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 01, 2000, Wien, S. 6

sich sehr deutlich darstellen, welche Wertigkeit die Debatte über den "Dritten Weg" im Beobachtungszeitraum eingenommen hat.

Bei der qualitativen Inhaltsanalyse habe ich drei Fragen in den Vordergrund gestellt:

1. Welche Tendenz gegenüber den Reformvorschlägen von Schröder und Blair ist grundsätzlich aus den Texten ersichtlich? Ist es eine zustimmende, ablehnende oder neutrale Position?
2. Welche Vorschläge für die SPÖ werden aus dem Papier "Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten" abgeleitet? Gibt es konkrete Umsetzungsempfehlungen?
3. Welche Wertigkeit wird der Debatte allgemein zugestanden? Ist diese begonnene europäische Debatte und die Politik in Großbritannien und Deutschland ein neues Vorbild für sozialdemokratische Parteien in Europa?

Ich habe die Presseaussendungen der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle im Originaltextservice der Austria Presse Agentur (OTS) und die Artikel verschiedener unabhängiger Autoren in der *ZUKUNFT* getrennt bewertet.

Sowohl in den Presseaussendungen der SPÖ als auch in den insgesamt 18 Ausgaben der *ZUKUNFT* von Juni 1999 bis Ende 2000 wurde nach verschiedenen, zuvor definierten Kriterien gesucht. Diese vier Begriffe bzw. Phrasen, bei deren Findung ich die Aussendung beziehungsweise den Artikel als Debattenbeitrag wertete, lauteten: "Schröder-Blair-Papier", "Dritter Weg", "New Labour" oder der konkrete Titel des vom deutschen Bundeskanzler Schröder und dem Premierminister Großbritanniens Blair verfassten Diskussionspapiers "Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten".

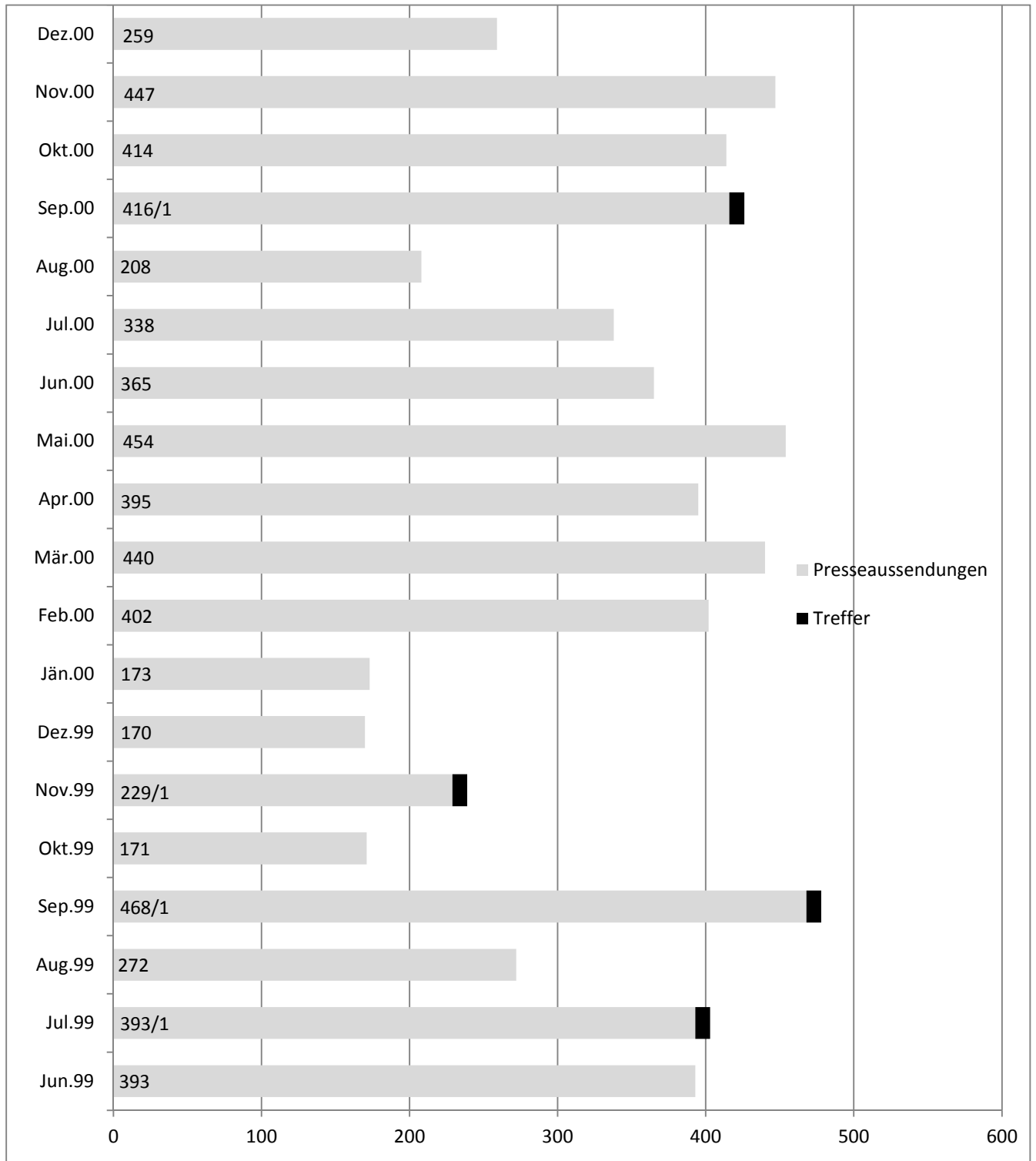
Alle Presseaussendungen im Zeitraum Juni 1999 bis Dezember 2000 wurden analysiert. Bei der Suche nach den Aussendungen wurde das Kürzel SK der Sozialistischen Korrespondenz, also des SPÖ-Pressedienstes, und die Telefonnummer für Rückfragen (53427-275) als Kriterien verwendet. Ausgeschlossen wurden Aussendungen zu Terminen, Todesfällen, Geburtstagen, Avisos und Korrekturen.

Insgesamt fanden sich nach Angabe der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle in der definierten Zeitspanne 6.407 Presseaussendungen, davon eine Offenlegung zu Beginn des Jahres 2000, die in das Originaltextservice der Austria Presse Agentur gestellt wurden. Über die Monate aufgeschlüsselt ergaben sich folgende Treffer: 06/1999: 393, 07/1999: 393, 08/1999: 272, 09/1999: 468, 10/1999: 171, 11/1999: 229, 12/1999: 170, 01/2000: 173, 02/2000: 402, 03/2000: 440, 04/2000: 395, 05/2000: 454, 06/2000: 365, 07/2000: 338, 08/2000: 208, 09/2000: 416, 10/2000: 414, 11/2000: 447, 12/2000: 259.

Zu meinen Schlagwörtern ergaben sich vier Treffer. Zweimal wurde der Begriff "Dritter Weg" verwendet, nämlich am 14. November 1999 und am 24. September 2000. Ebenfalls zwei Mal wurde man bei "Schröder-Blair-Papier" fündig. Dies in Aussendungen vom 12. Juli und 22. September 1999. Die Pressemitteilungen bezogen sich zweimal auf Aussagen von Mag. Viktor Klima, und jeweils einmal auf Dr. Alfred Gusenbauer sowie Dr. Caspar Einem.⁴⁵⁴

⁴⁵⁴ Vgl. Auskunft der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle vom 24. Juni 2012

**Abb. 7: Die Intensität der Diskussion über den “Dritten Weg“ in den
Presseaussendungen der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle**



Quelle: Auskunft der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle vom 24. Juni 2012

Der Inhalt der OTS-Pressesaussendung mit dem Titel "Steuer- und Abgabenquote hat Höchstmaß erreicht" vom 12. Juli 1999 war primär die Präsentation der "Strategie für Österreich", einer wirtschaftspolitischen Diskussionsgrundlage des damaligen Bundeskanzlers Klima und des Staatssekretärs Dr. Wolfgang Ruttenstorfer. Beide betonten darin, dass dieses Papier mit dem "Schröder-Blair-Papier" „nichts zu tun“⁴⁵⁵ habe, jedoch könne sich Klima „mit den Grundaussagen des Papiers ‚dunkel identifizieren‘“⁴⁵⁶. Der SPÖ-Chef und Bundeskanzler vermisste darin jedoch „die Frage des sozialen Zusammenhalts, des sozialen Ausgleichs“⁴⁵⁷. In dieselbe Richtung gingen seine Anmerkungen am 14. November 1999 in der Aussendung "Erneuerung des Landes mit Schwerpunkt der sozialen Gerechtigkeit". Klima stellte klar, „dass die SPÖ in Österreich keinen Blair- oder Jospin-Kurs fahre, sondern den richtigen Kurs, wo die soziale Gerechtigkeit im Vordergrund stehe“⁴⁵⁸. Man habe nach Meinung des ehemaligen SPÖ-Vorsitzenden „dafür gesorgt, dass in Österreich der dritte Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus gegangen werde“⁴⁵⁹. Klima betonte, dass er sich zur „Marktwirtschaft, aber nicht zur Marktgesellschaft“⁴⁶⁰ bekenne.

Wie in der Aussendung "Einem will deutlich mehr in die Infrastruktur investieren" vom 22. September 1999 festgehalten wurde, hat der damalige Verkehrsminister Dr. Caspar Einem im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen davor gewarnt, „dass die Programmatik des ‚Schröder-Blair-Papiers‘ auf Österreich ‚überschwappen‘ könnte“⁴⁶¹. Für Einem müsse sich die SPÖ „zu ihren traditionellen Inhalten ‚auf neue Weise bekennen und das auch deutlich machen‘“⁴⁶². Der SPÖ-Politiker spitzte die Diskussion zu und meinte: „Die Sozialdemokratie dürfe nicht die Frage stellen ‚Wo bekommen unsere Anhänger um 22 Uhr abends noch eine Flasche Chianti her?‘ und dabei auf denjenigen vergessen, der hinter dem Ladentisch steht.“⁴⁶³

⁴⁵⁵ OTS-Aussendung, vom 12. Juli 1999, OTS0158

⁴⁵⁶ Ebenda

⁴⁵⁷ Ebenda

⁴⁵⁸ OTS-Aussendung, vom 14. November 1999, OTS0046

⁴⁵⁹ Ebenda

⁴⁶⁰ Ebenda

⁴⁶¹ OTS-Aussendung, vom 22. September 1999, OTS0077

⁴⁶² Ebenda

⁴⁶³ Ebenda

Der Pressedienst der SPÖ zitierte in der Mitteilung „FPÖ-Verrat an den Arbeitnehmern“ am 24. September 2000 den SPÖ-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer folgendermaßen: „Wir müssen einen Konnex zwischen den Alltagsproblemen der Menschen und der politischen Perspektive der Sozialdemokratie entwickeln. Wir wollen eine moderne Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung und auf technologische Wandlungsszenarien, nicht den sogenannten dritten Weg.“⁴⁶⁴

Bei der inhaltlichen Analyse betreffend der Wertigkeit der Richtungsdebatte für die österreichische Sozialdemokratie stelle ich auch hier jene zuvor definierten Fragen:

1. Welche Tendenz gegenüber den Reformvorschlägen von Schröder und Blair ist grundsätzlich aus den Texten ersichtlich? Ist es eine zustimmende, ablehnende oder neutrale Position?

Im Wesentlichen ist eine klar ablehnende Haltung gegenüber den Inhalten des Schröder-Blair-Papiers feststellbar. Lediglich einmal wurde angemerkt, dass man sich zwar mit den „Grundaussagen des Papiers ‚durchaus identifizieren‘ könne“⁴⁶⁵, jedoch wurde dies mit dem Hinweis auf das Fehlen der sozialen Komponente wieder relativiert. Ansonsten ist die ablehnende Haltung in den Aussagen klar ersichtlich. Die Meinungen, man brauche „nicht den sogenannten dritten Weg“⁴⁶⁶, und die SPÖ vertrete „keinen Blair- und Jospin-Kurs“⁴⁶⁷ sowie die Äußerung von „Befürchtungen, dass die Programmatik des ‚Schröder-Blair-Papiers‘ auf Österreich ‚überschwappen‘ könnte“⁴⁶⁸ verdeutlichen dies.

2. Welche Vorschläge für die SPÖ werden aus dem Papier „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ abgeleitet? Gibt es konkrete Umsetzungsempfehlungen?

Den analysierten Pressemitteilungen sind keinerlei Umsetzungsempfehlungen für Österreich zu entnehmen. Im Gegenteil: Es wird immer betont, dass die österreichische Sozialdemokratie eigene Antworten finden muss beziehungsweise bereits wichtige Schwerpunktsetzungen wie jene auf den sozialen Zusammenhalt im

⁴⁶⁴ OTS-Aussendung, vom 24. September 2000, OTS0039

⁴⁶⁵ OTS-Aussendung, vom 12. Juli 1999, OTS0158

⁴⁶⁶ OTS-Aussendung, vom 24. September 2000, OTS0039

⁴⁶⁷ OTS-Aussendung, vom 14. November 1999, OTS0046

⁴⁶⁸ OTS-Aussendung, vom 22. September 1999, OTS0077

Land gesetzt hat. Für Gusenbauer etwa habe die SPÖ „die nötige intellektuelle Tradition, sich entsprechenden programmatischen Fragen zu stellen“⁴⁶⁹ und Klima betonte, dass in Österreich ohnehin „der dritte Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus gegangen werde“⁴⁷⁰.

3. Welche Wertigkeit wird der Debatte allgemein zugestanden? Ist diese begonnene europäische Debatte und die Politik in Großbritannien und Deutschland ein neues Vorbild für sozialdemokratische Parteien in Europa?

In zwei der vier Aussendungen wird zwar auf Herausforderungen hingewiesen, die politischer Antworten bedürfen. Als entscheidender Debattenbeitrag werden die Inhalte des „Schröder-Blair-Papiers“ jedoch in keiner Weise vermerkt. Auch auf die Situation der europäischen Sozialdemokratie wird nicht eingegangen. Dr. Alfred Gusenbauer betonte, dass man „eine moderne Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung und auf technologische Wandlungsszenarien“⁴⁷¹ brauche. Klima zeigte sich „überzeugt, dass in einer Zeit der Globalisierung der Kapitalmärkte, des Welthandels und auch der Kriminalität die Sozialdemokratie mehr gefordert ist denn je“⁴⁷².

Neben der Wertigkeit der Debatte über die künftige Ausrichtung der Sozialdemokratie in den Presseaussendungen der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle habe ich weiters die Intensität der Debatte in der *ZUKUNFT* beleuchtet.

Dazu habe ich in den Ausgaben Juni 1999 bis Dezember 2000 alle ausgewählten Artikel, Interviews oder Kommentare durchgearbeitet, ob sich darin mindestens eines der ausgewählten Schlagwörter „Schröder-Blair-Papier“, „Dritter Weg“, „New Labour“ oder „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ wiederfindet. Insgesamt erschien die Zeitschrift im Beobachtungszeitraum 18 Mal. Im Juli 2000 wurde keine Ausgabe publiziert. Bei der Auswahl habe ich alle in der Inhaltsübersicht namentlich gekennzeichneten Beiträge gewertet. Die Themenschwerpunkte der

⁴⁶⁹ OTS-Aussendung, vom 24. September 2000, OTS0039

⁴⁷⁰ OTS-Aussendung, vom 14. November 1999, OTS0046

⁴⁷¹ OTS-Aussendung, vom 24. September 2000, OTS0039

⁴⁷² OTS-Aussendung, vom 14. November 1999, OTS0046

einzelnen Ausgaben sind sehr vielfältig wie auch die Art der einzelnen Beiträge. Ich habe mich hierbei für eine Gesamtauswahl entschieden.

Die Zahl der Untersuchungsobjekte in den 18 Zeitschriften belief sich gesamt auf 186. Auf die einzelnen Ausgaben umgelegt bedeutet das: 06/1999: 12, 07/1999: 12, 08/1999: 11, 09/1999: 11, 10/1999: 8, 11/1999: 9, 12/1999: 9, 01/2000: 8, 02/2000: 12, 03/2000: 12, 04/2000: 12, 05/2000: 12, 06/2000: 14, 08/2000: 7, 09/2000: 10, 10/2000: 12, 11/2000: 8, 12/2000: 7.

Bei der Suche nach den Stichwörtern bin ich in all den Artikeln, Interviews oder Kommentaren zehn Mal fündig geworden. Betrachtet man die Monate genauer, so lässt sich folgende Trefferquote darstellen: 06/1999: 0, 07/1999: 2, 08/1999: 1, 09/1999: 1, 10/1999: 1, 11/1999: 0, 12/1999: 0, 01/2000: 0, 02/2000: 2, 03/2000: 1, 04/2000: 0, 05/2000: 1, 06/2000: 0, 08/2000: 0, 09/2000: 0, 10/2000: 0, 11/2000: 1, 12/2000: 0.

In der Juli-Ausgabe der *ZUKUNFT* des Jahres 1999 wurde das Diskussionspapier „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ von Gerhard Schröder und Tony Blair in voller Länge abgedruckt. Dem angefügt wurde ein Kommentar von Dr. Heinz Fischer, damals Präsident des österreichischen Nationalrates.⁴⁷³ Dieser sieht gegen Ende des Jahrtausends „die Sozialdemokraten als Träger des Reformprozesses in Europa“⁴⁷⁴. Daher haben sie „sich innovativ und zukunftsorientiert zu verhalten“⁴⁷⁵. Fischer verweist auf Änderungen im Parteiprogramm 1998: „Auch im neuen Grundsatzprogramm der SPÖ werden die neuen positiven Kräfte des Marktes anerkannt.“⁴⁷⁶ Weiters betonte der heutige Bundespräsident, dass es einige Punkte im aktuellen Programm gäbe, „in denen die Vorstellungen von Tony Blair und Gerhard Schröder mit dem neuen Parteiprogramm der SPÖ übereinstimmen.“⁴⁷⁷ Dennoch sei es für die SPÖ nach Meinung des Autors von großer Bedeutung, „daß die notwendige Modernisierung unserer Gesellschaft nicht zu Lasten der sozialen Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen

⁴⁷³ Vgl. www.bundespraesident.at/?id=171 (gefunden am 22. August 2012)

⁴⁷⁴ Fischer, Heinz: Analyse zu: Schröder, Gerhard; Blair, Tony: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, in: *ZUKUNFT*, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 07, Wien 1999, S. 13

⁴⁷⁵ Ebenda

⁴⁷⁶ Ebenda

⁴⁷⁷ Ebenda

Zusammenhalts gehen darf und daß Reformen nur auf dem Grundsatz sozialer Symmetrie aufgebaut werden können.“⁴⁷⁸ Fischer hebt daher hervor: „Gerade in Zeiten rapiden gesellschaftlichen Wandels, in denen von allen Menschen mehr Bereitschaft zu Veränderung, zu Mobilität und Flexibilität gefordert wird, sind Gesellschaft und Staat aufgerufen, für die Sicherheit der existentiellen Lebensgrundlagen zu sorgen.“⁴⁷⁹

Unter dem Titel “Frankreich: Heftige Kritik am Blair-Schröder-Manifest“ wurde in der *ZUKUNFT* im August 1999 über die Position der französischen Sozialisten gegenüber dem britisch-deutschen Diskussionsbeitrag berichtet. Das im Juni vorgelegte Papier wird deren Ansicht nach als Beitrag zur „Stärkung der neoliberalen Tendenzen in der Sozialdemokratie“⁴⁸⁰ gesehen. Weiters sahen „viele französische Sozialisten“⁴⁸¹ im Rücktritt des damaligen deutschen Finanzministers und SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine „einen schweren Verlust für die SPD“⁴⁸². Dies ergibt sich daraus, da man „sich mit der Lafontaine-SPD in Arbeitsmarktfragen sehr nahe gekommen“⁴⁸³ war. Nun mache „die jetzige Positionierung Schröders eine Neuorientierung notwendig“⁴⁸⁴, wird Jacques-Pierre Gougeon von der Sozialistischen Partei Frankreichs zitiert.

Im Beitrag “Was oder worüber spinnt ein spin-doctor?“ von Klaus Klocks (*ZUKUNFT*, September 1999) habe ich den Begriff “New Labour“ gefunden. Er wurde allerdings nicht im Zusammenhang mit einer inhaltlich-programmatischen Debatte verwendet, sondern bezüglich der Wahlkampforganisation beziehungsweise der Wertigkeit von spin-doctors etwa in der Wahlkampfzentrale der britischen SozialdemokratInnen.⁴⁸⁵

Hannes Swoboda erwähnte “New Labour“ in der Oktober-Ausgabe im Zusammenhang mit der Wahlkampagne für die Nationalratswahl 1999. In seinem

⁴⁷⁸ Fischer, Heinz: Analyse zu: Schröder, Gerhard; Blair, Tony: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, in: *ZUKUNFT*, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 07, Wien 1999, S. 13

⁴⁷⁹ Zitiert nach: Ebenda

⁴⁸⁰ Frankreich: Heftige Kritik am Blair-Schröder-Manifest, in: *ZUKUNFT*, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 08, Wien 1999, S. 19

⁴⁸¹ Ebenda

⁴⁸² Ebenda

⁴⁸³ Ebenda

⁴⁸⁴ Ebenda

⁴⁸⁵ Vgl. Klocks, Klaus: Was oder worüber spinnt ein spin-doctor?, in: *ZUKUNFT*, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 09, Wien 1999, S. 38–42

Artikel "Die SPÖ vor und nach dem 3. Oktober" vertrat er die Ansicht: „Eine durchschlagkräftige politische Strategie, vor allem ein erfolgreicher Wahlkampf, braucht drei wesentliche Elemente: die richtigen Personen, vor allem an der Spitze, eine sehr wachsame, rasch reagierende Öffentlichkeitsarbeit und eine Mobilisierung der Partei.“⁴⁸⁶ Hinsichtlich des letzten Erfolgsfaktors meinte Swoboda weiters: „Wir schauen uns viel ab von New Labour, aber auf die ausreichende Mobilisierung der Partei wurde oft vergessen.“⁴⁸⁷ Dies sei nach Ansicht des SPÖ-Politikers „auch sehr schwierig, wenn die MitarbeiterInnen allzu oft zu spüren bekommen, daß es fast ausschließlich auf die Medien ankommt“⁴⁸⁸.

In der Februar-Ausgabe des Jahres 2000 verfasste Peter Pelinka einen Beitrag unter dem Titel "Haider studieren, nicht kopieren". Hintergrund war die Angelobung der neuen Koalitionsregierung, bestehend aus ÖVP und FPÖ. Pelinka ging unter anderem auf die Person Jörg Haider und seinen Politikstil näher ein. Er hielt fest, dass dessen Erfolge „vor allem die Niederlagen der Etablierten, der christlichsozialen wie der sozialdemokratischen“⁴⁸⁹ seien. Für Pelinka befinden sich SPÖ und ÖVP „ebenso in der Defensive wie das verkrustete Kammer- und Verbändesystem der Sozialpartnerschaft“⁴⁹⁰. Weiters führte er aus: „Dazu kommen die im Fluss befindlichen gesellschaftlichen Transformationen: EU-Integration, Globalisierung, Entideologisierung, Wertewandel, Parteilagerverfall. Begleitumstände: allgemeine Desorientierung, ungerichteter Hass auf ‚die da oben‘, Politikfrust und Parteienverweigerung.“⁴⁹¹ Das Aufzeigen von Missständen und Skandalen solle man nicht ausschließlich Jörg Haider überlassen. Überdies bedürfe es nach Meinung des Autors einer „‘Reform‘ der alten Strukturen, auch im eigenen Bereich“⁴⁹². Österreich brauche „aufgeklärte Citoyens“⁴⁹³, eine „wieder selbstbewusste Arbeiterschaft“⁴⁹⁴ und „eine wache Intelligenz, die der geistigen Provinzialisierung Paroli bietet“⁴⁹⁵. Es

⁴⁸⁶ Swoboda, Hannes: Die SPÖ vor und nach dem 3. Oktober, in: ZUKUNFT, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 10, Wien 1999, S. 23

⁴⁸⁷ Ebenda

⁴⁸⁸ Ebenda, S. 23–24

⁴⁸⁹ Pelinka, Peter: Haider studieren, nicht kopieren, in: ZUKUNFT, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 02, Wien 2000, S. 13

⁴⁹⁰ Ebenda

⁴⁹¹ Ebenda

⁴⁹² Ebenda

⁴⁹³ Ebenda

⁴⁹⁴ Ebenda

⁴⁹⁵ Ebenda

wurde in dem Artikel aber auch festgehalten, dass „simple Rezepte“⁴⁹⁶ zur Rückeroberung „der geistig-kulturellen Hegemonie, die stets Vorbedingung zur Wiedererlangung einer politischen ist, nicht taugen“⁴⁹⁷. Pelinka hielt weiter fest: „Das gilt für die direkte Übernahme neoliberaler Positionen – etwa als Übernahme des ‚Dritter Weg‘-Papiers von Blair & Schröder – ebenso wie für einen allfälligen Rückzug auf trutzig-traditionalistische Positionen.“⁴⁹⁸ Der Autor sieht „kein Zurück zur ‚Arbeiterpartei‘“⁴⁹⁹. Mit „international überall überholten Ideologien“⁵⁰⁰ werde man nicht erfolgreicher sein, sondern müsse vielmehr „unterschiedliche Interessen und Milieus für bestimmte Zeitstrecken bündeln“⁵⁰¹ und dies mit „Werten und Zielen, für die jene einer modernen Sozialdemokratie – freilich ohne Alleinvertretungsanspruch – durchaus taugen“⁵⁰². Dazu gehören für Pelinka: „Soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft, Wiedergewinnung eines Gleichgewichts zwischen Politik und Ökonomie, Verteidigung eines liberalen Klimas im Lande.“⁵⁰³

Ebenfalls in der Februar-Ausgabe des Jahres 2000 befasste sich Egon Matzner unter dem Titel „Von der absoluten Mehrheitspartei zur Drittelpartei: Die SPÖ nach Kreisky“ primär mit dem Transformationsprozess der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Matzner kritisierte: „In Ermangelung eigener Analysen setzte man auf die Imitation der in Wahlen erfolgreichen Führer von New Labour und Neuer Mitte.“⁵⁰⁴ Dies, obwohl Tony Blair und Gerhard Schröder nach Ansicht des Autors ihre Wahlsiege „in erster Linie der Schwäche der ermüdeten konservativen Regierungsparteien zu verdanken haben“⁵⁰⁵. Darüber hinaus „usurpierten sie ihre Parteien gegen deren Willen und mit Unterstützung der Medien, der Finanzmärkte und der privaten Unternehmen“⁵⁰⁶.

⁴⁹⁶ Pelinka, Peter: Haider studieren, nicht kopieren, in: ZUKUNFT, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 02, Wien 2000, S. 13

⁴⁹⁷ Ebenda

⁴⁹⁸ Ebenda

⁴⁹⁹ Ebenda

⁵⁰⁰ Ebenda

⁵⁰¹ Ebenda

⁵⁰² Ebenda

⁵⁰³ Ebenda

⁵⁰⁴ Matzner, Egon: Von der absoluten Mehrheitspartei zur Drittelpartei: Die SPÖ nach Kreisky, in: ZUKUNFT, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 02, Wien 2000, S. 24

⁵⁰⁵ Ebenda

⁵⁰⁶ Ebenda

Der „Dritte Weg“ sei „kein analytisch begründbares Reformprojekt, sondern ein Programm zur Anpassung an den neoliberalen Zeitgeist“⁵⁰⁷. „Es akzeptiert die wachsende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen und verzichtet auf effiziente wirtschaftspolitische Maßnahmen“⁵⁰⁸, so Matzner. Bereits im Jahr 2000 wurde in diesem Beitrag „die explizite Ablehnung der Idee der Reform der internationalen Finanzmärkte“⁵⁰⁹ durch den britischen Regierungschef Blair als Fehler erachtet. Weiters auch dessen Nein zur „Besteuerung von Devisentransaktionen – ‘Tobin-Steuer’ – oder auch der EU-weiten Besteuerung der Zinserträge“⁵¹⁰. Der Begriff „Modernisierung“ im Zusammenhang mit den Vorstellungen des „Dritten Weges“ wird in diesem *ZUKUNFT*-Artikel gleichgesetzt mit „Flexibilisierung“ bei Akzeptanz der Zunahme von sozialer Ungleichheit und Unsicherheit“⁵¹¹.

In der im März 2000 erschienenen *ZUKUNFT* befasste sich der Autor Matias Meißner in seinem Beitrag primär mit dem Manifest „Für eine soziale Republik Europa“. Mit diesem wurde „weitgehend von der Öffentlichkeit unbemerkt [...] im Anschluss an den Kongress der Sozialistischen Internationale in Paris im November vergangenen Jahres von einer Reihe prominenter Vertreter linker Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie (‘Frankfurter Kreis‘ in der SPD, Linkssozialisten in der PS Frankreichs, Repräsentanten ähnlicher Strömungen in Belgien, Großbritannien oder Spanien) ein Textentwurf präsentiert“⁵¹². Für Meißner begann die Debatte in den sozialdemokratischen Parteien „nicht beim hinlänglich bekannten Blair-Schröder-Entwurf und endet nicht beim Jospin-Papier.“⁵¹³ Er fügte hinzu: „Zum Glück!“ möchte man meinen, erspart sich aber dann doch diese polemische Randbemerkung.“⁵¹⁴ Das Manifest „Für eine soziale Republik Europa“ biete „auch aus österreichischer Sicht Anknüpfungspunkte“⁵¹⁵. Denn es wurde „der inzwischen sehr seltene Versuch gewagt, eine Erneuerung sozialdemokratischer Politik und Politikinstrumentarien unter geänderten globalen gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Voraussetzungen

⁵⁰⁷ Matzner, Egon: Von der absoluten Mehrheitspartei zur Drittelpartei: Die SPÖ nach Kreisky, in: *ZUKUNFT*, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 02, Wien 2000, S. 24

⁵⁰⁸ Ebenda

⁵⁰⁹ Ebenda

⁵¹⁰ Ebenda

⁵¹¹ Ebenda

⁵¹² Meißner, Matias: Diskussion des Manifestes „Für eine soziale Republik Europa“, in: *ZUKUNFT*, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 03, Wien 2000, S. 16

⁵¹³ Ebenda

⁵¹⁴ Ebenda

⁵¹⁵ Ebenda, S. 17

ohne die gleichzeitige Aufgabe der Prinzipien und Existenzursachen sozialdemokratischer Politik und Parteien anzudenken“⁵¹⁶. Dies im Gegensatz zum Schröder-Blair-Vorschlag “Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ „für eine ‚dritte Linke‘ (deren Links-Sein jedoch unaufspürbar bleibt)“⁵¹⁷. Dass das Manifest aber überhaupt „Ausdruck einer linken sozialdemokratischen Strömung innerhalb der europäischen Staaten“⁵¹⁸ sei, „spricht jedoch gleichzeitig Bände über die aktuelle politische Positionierung der europäischen Mehrheitssozialdemokratien und SP-dominierten Regierungen: Denn vor nicht allzu langer Zeit galten die im Manifest formulierten Anforderungen an eine fortschrittliche Politik noch als sozialdemokratisches Allgemeingut.“⁵¹⁹

Der Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (BSA) Salzburg formulierte zehn Thesen als Beitrag für „die zukünftige Politik der SPÖ in der Opposition“⁵²⁰. Auf Basis dieser Ausarbeitungen sollte „es der Sozialdemokratie gelingen, über pragmatische Politikvorschläge hinaus wieder eine Vision der Gesellschaft [zu] entwickeln, für die es sich zu kämpfen lohnt“⁵²¹. In der Einleitung widmet man sich auch kurz der Debatte über den “Dritten Weg“. Diese Diskussion der Sozialdemokratie wird als „Versuch einer Neubestimmung und Weiterentwicklung ihrer Positionen“⁵²² gesehen. Den Beiträgen von Schröder und Blair für eine Neupositionierung wird nach Ansicht des BSA-Salzburgs „der Vorwurf gemacht“⁵²³, „marktliberale Positionen unkritisch zu übernehmen“⁵²⁴. Die französische Positionierung setzt allerdings „allzu viel Vertrauen in staatsinterventionistische Politik“⁵²⁵. Es sei daher notwendig herauszufiltern, welche „Denkansätze für die Sozialdemokratie in Österreich befruchtend sein können“⁵²⁶. Man habe daher mit den zehn Thesen versucht, eine längerfristige Perspektive für die SPÖ zu entwickeln.

⁵¹⁶ Meißner, Matias: Diskussion des Manifestes „Für eine soziale Republik Europa“, in: ZUKUNFT, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 03, Wien 2000, S. 17

⁵¹⁷ Ebenda

⁵¹⁸ Ebenda

⁵¹⁹ Ebenda

⁵²⁰ BSA Salzburg: 10 Thesen zur Zukunft der Sozialdemokratie, in: ZUKUNFT, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 05, Wien 2000, S. 13

⁵²¹ Ebenda, S. 15

⁵²² Ebenda, S. 12

⁵²³ Ebenda, S. 13

⁵²⁴ Ebenda

⁵²⁵ Ebenda

⁵²⁶ Ebenda

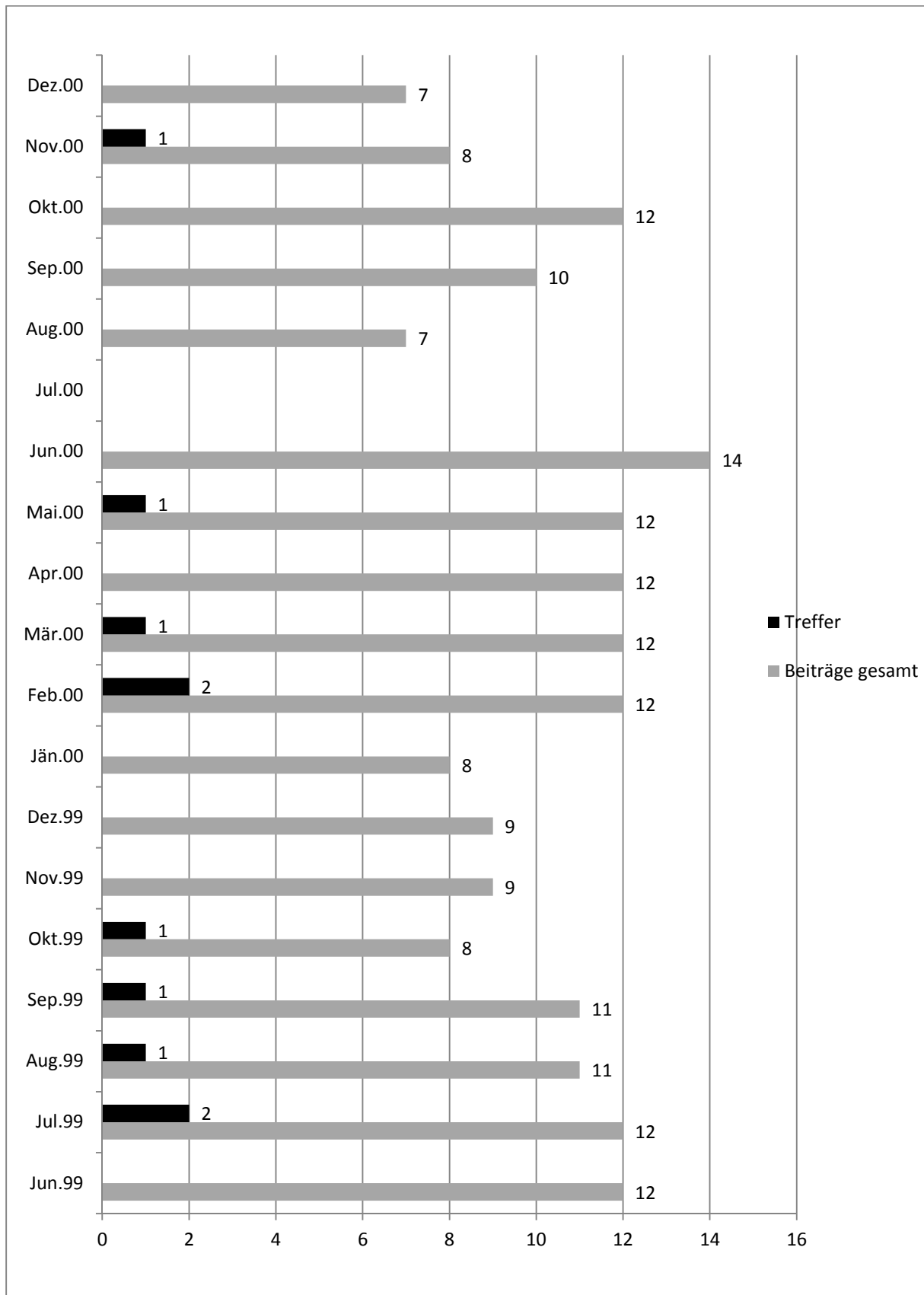
Im Dezember 2000 wurde in der *ZUKUNFT* ein Vortrag von Dominique Moisi, dem stellvertretenden Direktor des Französischen Instituts für internationale Beziehungen, im Renner Institut zusammengefasst. Das Thema seiner Ausführungen lautete: „Europe in Transition – Europa im Übergang“. In der ebenfalls zusammengefassten Diskussion mit dem Publikum merkte Moisi an: „Eine wichtige Wegmarke der Zukunft werde das Verhältnis zu den USA sein.“⁵²⁷ Es stelle sich die Frage, „ob die Wertvorstellungen Westeuropas sich von denen des Westens ganz allgemein unterscheiden“⁵²⁸. „Möglicherweise könne hier die Diskussion um den ‚Dritten Weg‘, wie sie von Jospin, Blair und Schröder geführt werde, zur Klärung beitragen“⁵²⁹, so der französische Vortragende.

⁵²⁷ Europe in Transition – Europa im Übergang: Diskussion mit Dominique Moisi und Alfred Gusenbauer, in: *ZUKUNFT*, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 11, Wien 2000, S. 11

⁵²⁸ Ebenda

⁵²⁹ Ebenda

**Abb. 8: Die Intensität der Diskussion über den “Dritten Weg“
in der Zeitschrift ZUKUNFT**



1. Welche Tendenz gegenüber den Reformvorschlägen von Schröder und Blair ist grundsätzlich aus den Texten ersichtlich? Ist es eine zustimmende, ablehnende oder neutrale Position?

Die Position, die die Autoren in den Beiträgen gegenüber den Veränderungsvorschlägen von Schröder/Blair beziehen, ist neutral bis ablehnend. Eine uneingeschränkte Zustimmung oder gar eine Glorifizierung als idealer Zukunftsweg für die Sozialdemokratie ist nicht vorzufinden. Von den insgesamt zehn Beiträgen können fünf als neutral betrachtet werden. Drei Beiträge in der *ZUKUNFT* spiegeln eine ablehnende Haltung gegenüber den Vorschlägen des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers und des britischen Ministerpräsidenten wider. Zwei Artikel sind für diese Bewertung nicht relevant, da die Analyse darin keine inhaltlich, programmatisch ist, sondern eine wahlkampftechnische.

2. Welche Vorschläge für die SPÖ werden aus dem Papier „Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ abgeleitet? Gibt es konkrete Umsetzungsempfehlungen?

Heinz Fischer vergleicht etwa die Reformvorschläge mit den Veränderungen im neuen Grundsatzprogramm der SPÖ, welches 1998 beschlossen wurde. Er betont, die SPÖ verliere „nicht aus den Augen, daß die notwendige Modernisierung unserer Gesellschaft nicht zu Lasten der sozialen Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts gehen darf“⁵³⁰. Peter Pelinka hält in seinem Beitrag „Haider studieren, nicht kopieren“ eine unreflektierte Übernahme der Inhalte des Schröder-Blair-Papiers für nicht zielführend: „Simple Rezepte werden zur Wiedergewinnung der geistig-kulturellen Hegemonie, die stets Vorbedingung zur Wiedererlangung einer politischen ist, nicht taugen. Das gilt für die direkte Übernahme neoliberaler Positionen – etwa als Übernahme des ‚Dritter Weg‘-Papiers von Blair & Schröder – ebenso wie für einen allfälligen Rückzug auf trutzig-traditionalistische Positionen.“⁵³¹ Egon Matzner warnt in seinem Artikel „Von der absoluten Mehrheit zur Drittelpartei: Die SPÖ nach Kreisky“ vor dem sogenannten ‚Dritten Weg‘ und lehnt dessen politische Schwerpunktsetzungen als ein „Programm zur Anpassung an den

⁵³⁰ Fischer, Heinz: Analyse zu: Schröder, Gerhard; Blair, Tony: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, in: *ZUKUNFT*, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 07, Wien 1999, S. 13

⁵³¹ Pelinka, Peter: Haider studieren, nicht kopieren, in: *ZUKUNFT*, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 02, 2000, Wien, S. 13

neoliberalen Zeitgeist“⁵³² ab. In den anderen Beiträgen wurden keinerlei Vorschläge zur Übernahme von Aspekten des Papiers “Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ in die Programmatik der SPÖ gemacht. Es wurden auch keine Vorschläge herausgearbeitet, die eventuell Ausgangspunkte für eine Zukunftsdiskussion sein könnten.

3. Welche Wertigkeit wird der Debatte allgemein zugestanden? Ist diese begonnene europäische Debatte und die Politik in Großbritannien und Deutschland ein neues Vorbild für sozialdemokratische Parteien in Europa?

In den ausgehobenen Beiträgen mit den zuvor definierten Schlüsselbegriffen wurde der von Schröder/Blair angeregten Debatte über die Zukunft der Politik der Sozialdemokratie zwar eine europaweite Dimension zugestanden, jedoch wurde des Öfteren darauf hingewiesen, dass man die politischen Gegebenheiten in Deutschland und Großbritannien als Ausgangsbasis für die Reformideen nicht unreflektiert auf andere Länder umlegen könne. Überdies wurden auch anderen länderspezifischen Sichtweisen, wie etwa jener der französischen Sozialisten, und nicht medial bekannten Diskussionspapieren wie dem Manifest “Für eine soziale Republik Europa“ Platz in diesem Magazin gewidmet. Es kann aber klar festgehalten werden, dass bei einem Gesamtumfang im beobachteten Zeitraum (Juni 1999 – Dezember 2000) von insgesamt 186 Untersuchungsobjekten die Anzahl der zehn gefundenen Beiträge nicht auf eine tiefgehende inhaltliche Debatte in der *ZUKUNFT* schließen lässt. Diese Analyse wird auch durch die inhaltliche Betrachtung der Artikel untermauert. Hierbei wurde der Themenbereich oft nur angerissen, im Zusammenhang mit den innovativen Wahlkämpfen von Blair und Schröder verwendet oder die Schwerpunkte des Papiers “Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten“ gar als Kontrastpunkt zu anderen Reformideen gesehen. Ein Beitrag, welcher sich in einem größeren Umfang mit einer grundsätzlichen Analyse des Schröder/Blair-Papiers befasst, fehlt zur Gänze.

⁵³² Matzner, Egon: Von der absoluten Mehrheitspartei zur Drittelpartei: Die SPÖ nach Kreisky, in: *ZUKUNFT*, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 02, 2000, Wien, S. 24

4 Die Organisationsstruktur der SPÖ im Wandel

Die Organisationsstruktur und die Abläufe innerhalb einer Partei können keineswegs unreflektiert mit jenen eines Unternehmens verglichen beziehungsweise darauf umgelegt werden. Eine Vielzahl von zusätzlichen Aspekten spielen oftmals eine überaus wichtige Rolle innerhalb der Partei beziehungsweise im zwischenmenschlichen Umgang von hauptamtlichen MitarbeiterInnen und ehrenamtlichen FunktionärInnen. So ist in den Traditionsparteien oder jenen, die sich über die Jahre im politischen Parteiensystem etabliert haben, die Anzahl an ehrenamtlichen FunktionärInnen ein sehr wichtiger und wertvoller Faktor. Sie haben zwar durch die vorhandene Medienlandschaft ihre Funktion als aktuelle InformationsträgerInnen weitgehend verloren, sind aber bei der Weitergabe von Hintergrundinformationen und der politischen Diskussionsführung in Zeiten eines zurückgehenden Interesses an der Politik insgesamt von entscheidender Bedeutung. Sie sind es, die das Fundament der Partei bilden, die tägliche "Parteiarbeit" an der Basis machen und damit noch immer – oftmals niederschwellig – Kontakt zu verschiedenen Zielgruppen halten. Dafür bekommen sie zumeist keine Entschädigung beziehungsweise ihr Engagement geht über die Aufwandsentschädigung etwa als Gemeinderätin/Gemeinderat oder Bezirksrätin/Bezirksrat weit hinaus. Darauf baut sich die Bezirksebene mit noch immer einer fast flächendeckenden Struktur an Bezirksgeschäftsstellen auf. Die hauptamtlichen MitarbeiterInnen sind hier in einer Doppelfunktion. Sie sind bei der SPÖ der Landesgeschäftsführung gegenüber verantwortlich und gleichzeitig regional stark eingebunden. Sie fungieren hier als Serviceleiter und Regionalmanager für die Sektionen, Gemeinde- und Stadtorganisationen. Zusätzlich arbeiten sie der oder dem Bezirksparteivorsitzenden zu, die zumeist auch als MandatarInnen tätig sind. In bestimmten Fällen übernehmen sie auch die Kommunikation von Parteipositionen über die Medien nach außen. Darüber stehen bei der österreichischen Sozialdemokratie neun Landesorganisationen, die abgebildet durch ihren Einfluss in den jeweiligen Bundesländern jeweils stärkeren oder schwächeren Einfluss in der Bundes-SPÖ haben. Hier werden politische Entscheidungen einerseits unter regionalen Gesichtspunkten getroffen beziehungsweise wird die Bundes-Linie – zumeist – nach außen mitgetragen und kommuniziert. Für den Organisationsapparat bedeutet dies ein Verstärken sowie Weitertragen von Botschaften und Kampagnen

“nach unten“ zu den Mitgliedern und über Aktionen “nach außen“. Die Bundesgeschäftsstelle der SPÖ versucht die Botschaften und politischen Leitlinien der jeweiligen VerantwortungsträgerInnen auf Bundesebene über Medien und die vorhandene Parteistruktur möglichst sichtbar zu machen – sozusagen das Gesamtkonzept zu vermitteln. Alle organisatorischen Ebenen der SPÖ sind nicht nur untereinander stark vernetzt, sondern es kommen auch noch die sogenannten Vorfeldorganisationen und außenstehende Organisationsformen hinzu. Hier sollte ebenfalls ein inhaltlicher Austausch stattfinden und in den täglichen organisatorischen Tätigkeitsbereichen sollte man versuchen, Synergien zu nutzen beziehungsweise Arbeitsabläufe bei gemeinsamen Schwerpunktsetzungen zu koordinieren.

Die Struktur der SPÖ bedarf einer komplexen Interaktion zu verschiedenen “Playern“ in der Partei. Darüber hinaus verlangt die Schnellebigkeit der Medien von den MandatarInnen und RegierungsvertreterInnen immer schneller eine Positionierung oder Meinungsäußerung zu unterschiedlichen Themen. Das bedeutet, dass der Diskussionsprozess zur Positionsfindung “von unten nach oben“ und die Einbeziehung der Mitglieder in Entscheidungsprozesse nur noch bedingt gegeben sind. Hier steht man vor der Herausforderung, wie es gelingen kann, Mitglieder in Entscheidungsprozesse, außerhalb der Gremien, einzubeziehen.

Die Organisationsstruktur der SPÖ ist in einem Spannungsfeld zwischen verschiedenen Ansprüchen. Dazu zählt unter anderem die flächendeckende Präsenz von Bezirksgeschäftsstellen. Die regionale Abdeckung sollte weitestgehend gegeben sein, um die FunktionärInnen und Mitglieder in den Sektionen, Orts- und Stadtorganisationen optimal betreuen zu können. Das ist auch mit einer entsprechenden personellen Ausstattung verbunden. Weiters bedarf der Außenauftritt der SPÖ einer immer stärkeren Professionalisierung, damit die Botschaften auch von den WählerInnen wahrgenommen werden. Dies ist zunehmend mit einem höheren finanziellen Aufwand verbunden. Demgegenüber steht allerdings die immer geringere Einnahmensituation. Unter anderem bedingt durch die Veränderung der Parteienlandschaft hat die SPÖ in den letzten Jahrzehnten eine Vielzahl an Mandaten verloren. Das führt zu weniger Einnahmen aus der Parteienabgabe der MandatarInnen. Überdies ist eine stark rückläufige

Mitgliederentwicklung gegeben. Damit fallen die – für die SPÖ wesentlichen – Mitgliedsbeiträge weg und dies hat auch Auswirkungen auf das innerparteiliche Leben in den Basiseinheiten.

In diesem Kapitel soll daher die Organisationsstruktur der SPÖ genauer beleuchtet werden. Von der aktuellen Situation und den Gegebenheiten soll ein Bogen zu möglichen Maßnahmen gespannt werden. Dabei soll im Wesentlichen auf drei Fragen eingegangen werden: Wie ist die konkrete Organisation aufgebaut? Wie entwickeln sich die Mitgliederzahlen genau? Und: Welche Schritte werden gesetzt, um die Organisationsstruktur an die neuen Gegebenheiten anzupassen?

4.1 Die Organisationsstruktur der SPÖ

Wenn man innerparteiliche Entwicklungen der Organisationsstruktur analysiert, so ist es unumgänglich, den Aufbau und die grundlegenden Entscheidungsgremien der Sozialdemokratischen Partei Österreichs genauer zu erklären. Auf die Gliederungen der Partei soll daher folgend ebenso eingegangen werden wie auf Unterscheidungsmerkmale und Spezifika von Referaten und sozialdemokratischen Organisation. Ebenso versuche ich zu erläutern, in welchen Gremien die grundlegenden Beschlüsse innerhalb der SPÖ getroffen werden und wer an diesen Diskussions- und Entscheidungsprozessen mitwirkt.

4.1.1 Die Gliederungen der SPÖ

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs ist strukturell aufgeteilt in Ortsorganisationen beziehungsweise Sektionen, in die Bezirksorganisationen, dann in neun Landesorganisationen und in die Bundesorganisation. Von der Gebietsaufteilung übernimmt man die territoriale Aufteilung der Gemeinden, Bezirke und Länder. In den Städten werden Ortsorganisationen als Stadtorganisationen bezeichnet. Orts- und Stadtorganisationen können „zur Herstellung eines besseren Kontakts mit Mitgliedern und WählerInnen“⁵³³ Sektionen einrichten.

⁵³³ IV. Gliederung der SPÖ, § 27 (3): SPÖ. Das Organisationsstatut. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 31. Oktober 1998 unter Einarbeitung der am 36. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. April 2000, 37. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. Oktober 2002, 38. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 30. November 2004 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 12

In Wien und größeren Städten werden Stadtteile und Gebiete auch von den Sektionen betreut, die zu Bezirksorganisationen zusammengefasst werden. Entscheidende Gremien sind der Orts- oder Sektionsausschuss sowie die Mitgliederversammlung. Österreichweit gibt es 2.876 Ortsorganisationen. In Wien sind SPÖ-Mitglieder in 424 Sektionen aktiv.⁵³⁴

In der Kommunalpolitik liegt die Stärke der Sozialdemokratie primär in den größeren Städten und Gemeinden. In Niederösterreich stellt die SPÖ von den 573 Gemeinden 130 BürgermeisterInnen. Damit werden jedoch 35,05 Prozent der Bevölkerung vertreten. In der Steiermark sind von den 542 Gemeinden 143 BürgermeisterInnen SozialdemokratInnen. In ihren Gemeinden leben jedoch 34,9 Prozent der steiermärkischen Bürgerinnen und Bürger.⁵³⁵

Die Bezirksorganisationen fassen die regionalen Ortsorganisationen oder Sektionen zusammen und decken sich in der Regel mit den Verwaltungsbezirken. Statutarisch ist es aber auch möglich, mehrere politische Bezirke zu einer Bezirksorganisation zusammenzuschließen oder umgekehrt einen Verwaltungsbezirk in mehrere Organisationen aufzuteilen. Derzeit gibt es bundesweit 110 Bezirksorganisationen.⁵³⁶

Vor Nationalratswahlen schließen sich jene Bezirksorganisationen, die gemeinsam nach der Nationalratswahlordnung einen Regionalwahlkreis bilden, zu einer Wahlkreisorganisation zusammen. Diese haben aber keine ständigen Organe, sondern die Delegierten aus den Bezirken beschließen auf Wahlkreiskonferenzen die KandidatInnenlisten nach einem festgelegten System und Schlüssel.⁵³⁷

Alle Bezirksorganisationen eines Bundeslandes werden zur Landesorganisation zusammengefasst. Die Landesparteien geben sich ein eigenes Statut. Diese müssen die im Bundesparteistatut formulierten „Grundprinzipien der Organisation und der

⁵³⁴ Lt. Auskunft der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle vom 20.08.2010

⁵³⁵ Lt. Auskunft des Kommunalpolitischen Referates in der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle vom 20.08.2010

⁵³⁶ Lt. Auskunft der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle vom 20.08.2010

⁵³⁷ Vgl. IV. Gliederung der SPÖ, § 30 (1)–(5): SPÖ. Das Organisationsstatut. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 31. Oktober 1998 unter Einarbeitung der am 36. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. April 2000, 37. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. Oktober 2002, 38. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 30. November 2004 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 13

Entscheidungsfindung“⁵³⁸ berücksichtigen. Überdies sind die erwähnten willensbildenden Organe – wie der Landesparteitag oder der Landespartei Vorstand – so wieder abzubilden. In den Landesparteistatuten wird neben der genauen Festlegung von Gremien, Abläufen und Notwendigkeiten der Parteigliederung auf Landesebene auch die genaue Tätigkeit der Sektionen, Orts- und Stadtorganisationen sowie der Bezirksorganisationen festgehalten.⁵³⁹

Die SPÖ hat damit eine Struktur, die sehr stark auf die Wirkungsbereiche Sektion, Ortsorganisation, Bezirk und Landesorganisation zentriert ist. Ein jahrzehntelanges Engagement in den Organen der Partei ist aber konträr zur Lebensplanung vieler Menschen in der heutigen Zeit. Ebenso besteht die Gefahr, dass sich bei einem allzu starken Festhalten allein auf die Selektionsmechanismen in den genannten Ebenen ein System entwickelt, das primär Frauen und Jugendliche benachteiligt.

Das zeigt auch ein Überblick über die sozialdemokratische BürgermeisterInnen-Statistik: Von den 2.357 Gemeinden in Österreich stellt die SPÖ 577 BürgermeisterInnen. Davon sind 536 männlich und lediglich 41 sind Frauen. Von den bundesweit 751 VizebürgermeisterInnen sind 635 Männer und 117 weiblich. In Niederösterreich sind in den 573 Gemeinden 3.503 sozialdemokratische GemeinderätInnen tätig. Davon sind 865 Frauen. In Oberösterreich gibt es bei 444 Gemeinden 2.830 MandatarInnen der SPÖ. 2.070 davon sind männlich.⁵⁴⁰

Inhaltliche Diskussionen und die Beschlussfassung von Positionen und Vorgehensweisen erfolgen in den Gremien und Organen der Partei. Dies ist naturgemäß ein eher abgeschlossener Bereich. Auf allen Ebenen der SPÖ ist es nach dem Statut aber möglich, Initiativ- oder Projektgruppen zu gründen. Bei Konferenzen und Parteitag haben diese auch ein Delegierungsrecht und ebenso können dort Anträge gestellt werden. Für die Mitarbeit darin ist keine

⁵³⁸ IV. Gliederung der SPÖ, §26 (1): SPÖ. Das Organisationsstatut. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 31. Oktober 1998 unter Einarbeitung der am 36. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. April 2000, 37. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. Oktober 2002, 38. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 30. November 2004 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 12

⁵³⁹ Vgl. Ebenda, § 26 (1)–(4)

⁵⁴⁰ Auskunft des Kommunalpolitischen Referates in der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Statistische Daten 2010, Stand: 20. August 2010

Parteimitgliedschaft notwendig.⁵⁴¹ Über diese Strukturen wäre beispielsweise eine Möglichkeit gegeben, thematisch und temporär interessierte Nicht-Mitglieder an die Sozialdemokratie zu binden.

4.1.2 Referate und sozialdemokratische Organisationen

„Zur Erfüllung bestimmter politischer Aufgaben, zur Vertretung der Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen oder zur Beschäftigung mit bestimmten politischen Themen finden sich Mitglieder der SPÖ in Referaten und sozialdemokratischen Organisationen zusammen.“⁵⁴² So eröffnet das Bundesorganisationsstatut das Kapitel V – “Sozialdemokratische Referate und Organisationen“ nach den am 42. Ordentlichen Bundesparteitag 2012 beschlossenen Änderungen.

Referate können innerhalb der SPÖ im Sinne einer politischen Schwerpunktsetzung eingerichtet werden. Diese dienen zu einer intensiveren Vernetzung und Betreuung bestimmter Gruppen innerhalb der Partei. Wenn aus Referaten Personen in Organe der Partei entsendet werden, so haben diese Mitglied zu sein, ansonsten stehen aber Funktionen in den Referaten auch Nicht-Mitgliedern offen.⁵⁴³

Sozialdemokratische Organisationen können entweder zum Bundesparteitag Delegierte entsenden oder wurden zu diesem anerkannt. Sie müssen sich in ihren Statuten zu den Grundsätzen der SPÖ bekennen und sie müssen gewährleisten, dass ihre entscheidenden FunktionärInnen Mitglieder der Partei sind.⁵⁴⁴

Dem 41. Ordentlichen Bundesparteitag am 12. Juni 2010 legten folgende anerkannte sozialdemokratische Organisationen Bericht über ihre Tätigkeit ab: die Aktion

⁵⁴¹ Vgl. IV. Gliederung der SPÖ, §28: SPÖ. Das Organisationsstatut. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 31. Oktober 1998 unter Einarbeitung der am 36. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. April 2000, 37. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. Oktober 2002, 38. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 30. November 2004 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 12–13

⁵⁴² V. Sozialdemokratische Referate und Organisationen, § 57 (1): Mehr Gerechtigkeit! Verantwortung für Österreich und Europa. Anträge und Resolutionen, 42. Ordentlicher Bundesparteitag, 13. Oktober 2012, St. Pölten, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2012, S. 263

⁵⁴³ Vgl. V. Sozialdemokratische Referate und Organisationen, § 57 (2)&(6): SPÖ. Das Organisationsstatut. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 31. Oktober 1998 unter Einarbeitung der am 36. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. April 2000, 37. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. Oktober 2002, 38. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 30. November 2004 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 21–22

⁵⁴⁴ Vgl. Ebenda, (3), S. 22

Kritischer SchülerInnen; der Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs; die Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich (ASKÖ); der Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (BSA); der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten; die Mietervereinigung Österreichs; die Naturfreunde Österreich; der Österreichische Arbeitersängerbund; die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik; die Kinderfreunde; der Pensionistenverband Österreichs; die Roten Falken; die Arbeitsgemeinschaft für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen in der Sozialdemokratie – Sozialdemokratie & Homosexualität (SOHO); der Sozialdemokratische LehrerInnenverein Österreichs; der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband; die Sozialistische Jugend; die SPÖ-Bauern; der Verband der Österreichischen Arbeiter-Fischerei-Vereine; der Verband Sozialistischer StudentInnen; der Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung und die Volkshilfe Österreich.⁵⁴⁵ Auf Grund einer Reihe innenpolitischer Skandale und Korruptionsvorwürfe gegenüber politischen MandatarInnen wurde unter anderem ein neues Parteientransparenzgesetz erlassen. Werner Faymann meinte dazu: „Wir alle müssen höchstes Interesse daran haben, die Transparenz in Sachen Parteienfinanzierung zu erhöhen. Wir müssen das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie stärken. Wir müssen zeigen, dass wir die Kritik der Bevölkerung ernst nehmen und die richtigen Konsequenzen aus den jüngsten Fällen von Korruption in Österreich ziehen.“⁵⁴⁶ Durch die neuen gesetzlichen Regelungen ergaben sich sowohl für die SPÖ als auch für einzelne befreundete Organisationen Änderungen in der direkten Zusammenarbeit sowie bei den Delegierungen in Gremien beziehungsweise zu Konferenzen der Partei. So wurden etwa im Jahrbuch zum Bundesparteitag 2012 die Naturfreunde oder der Arbeiter-Samariter-Bund Österreich nicht mehr als Sozialdemokratische Organisation angeführt.⁵⁴⁷ Oder es wurden neue Konstrukte der Präsenz sowie der Zusammenarbeit gefunden: In einem Antrag des Bundesparteivorstandes an die Delegierten des 42. Ordentlichen Bundesparteitag 2012 wurde dies bereits berücksichtigt und zur Änderung in den Statuten vorgeschlagen. Aus der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen wurden

⁵⁴⁵ Vgl. Zeit für Gerechtigkeit! Jahrbuch 2010, 41. Ordentlicher Bundesparteitag, 12. Juni 2010, Vösendorf, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2010, S. 161–259

⁵⁴⁶ OTS-Aussendung vom 13. Juni 2012, OTS0075

⁵⁴⁷ Vgl. Mehr Gerechtigkeit! Verantwortung für Österreich und Europa. Jahrbuch, 42. Ordentlicher Bundesparteitag, 13. Oktober 2012, St. Pölten, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2012, S. 270

die “GewerkschafterInnen in der SPÖ“ und der Pensionistenverband ist nun als “Arbeitsgemeinschaft Sechzig Plus“ in den beschlussfassenden Gremien oder Konferenzen vertreten.⁵⁴⁸

Im Organisationsstatut wurde mit dem Bundesparteitag 2012 der Begriff der “Fraktionen“⁵⁴⁹ durch “Sozialdemokratische Organisationsformen“⁵⁵⁰ ersetzt. Diese „wirken in nicht parteigebundenen Organisationen und verfolgen in ihnen die Ziele der SPÖ. Ihre Anerkennung erfolgt durch den Bundesparteitag.“⁵⁵¹

4.1.3 Die Bundesgremien der Sozialdemokratischen Partei Österreichs

Der Bundesparteitag, der mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr stattfinden muss, stellt das höchste Gremium der SPÖ dar. Die Aufgaben liegen in der Wahl des Vorstandes der Bundespartei, des/der Parteivorsitzenden und seiner/ihrer StellvertreterInnen, des Schiedsgerichtes sowie der Kontrollkommission und nicht zuletzt in der Entgegennahme verschiedener Berichte. Sowohl ein neues Parteiprogramm als auch ein neues Organisationsstatut muss dem Bundesparteitag zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Neben den Anträgen müssen auch wichtige Themen die Parteiorganisation betreffend und die Höhe des Mitgliedsbeitrages den ordentlich Delegierten vorgelegt und von diesen beschlossen werden.⁵⁵²

Zugelassen zum Bundesparteitag sind ordentlich Delegierte und Gastdelegierte, wobei ausschließlich Erstere stimmberechtigt sind. Ordentlich Delegierte werden von den Bezirksorganisationen und Landesorganisationen entsandt. Überdies werden die

⁵⁴⁸ Vgl. Mehr Gerechtigkeit! Verantwortung für Österreich und Europa. Anträge und Resolutionen, 42. Ordentlicher Bundesparteitag, 13. Oktober 2012, St. Pölten, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2012, S. 260–264

⁵⁴⁹ Vgl. V. Sozialdemokratische Referate und Organisationen, § 57 (5): SPÖ. Das Organisationsstatut. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 31. Oktober 1998 unter Einarbeitung der am 36. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. April 2000, 37. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. Oktober 2002, 38. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 30. November 2004 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 22

⁵⁵⁰ Vgl. Mehr Gerechtigkeit! Verantwortung für Österreich und Europa. Anträge und Resolutionen, 42. Ordentlicher Bundesparteitag, 13. Oktober 2012, St. Pölten, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2012, S. 263

⁵⁵¹ Ebenda

⁵⁵² Vgl. IV. Gliederung der SPÖ, § 33–§ 34: SPÖ. Das Organisationsstatut. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 31. Oktober 1998 unter Einarbeitung der am 36. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. April 2000, 37. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. Oktober 2002, 38. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 30. November 2004 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 14

Mitglieder des Bundesparteivorstandes, der Kontrollkommission und der/die BundesgeschäftsführerInnen automatisch delegiert. Im Organisationsstatut ist mit detaillierten Delegiertenzahlen festgelegt, wie viele Mitglieder beispielsweise von jeder Vorfeldorganisation, den Referaten der Partei, dem SPÖ-Klub, den GewerkschafterInnen in der SPÖ sowie von anerkannten Initiativen als ordentlich Delegierte nominiert werden können. Gastdelegierte sind zum Beispiel Mitglieder der Bundesregierung, der Landesregierungen, des Nationalrates, des Bundesrates oder des Europäischen Parlaments, die keine ordentliche Delegation haben.⁵⁵³

Ein außerordentlicher Bundesparteitag wird durch Beschluss des Bundesparteivorstandes einberufen. Außerdem ist auch dann ein solcher abzuhalten, wenn dies von mindestens fünf Landesorganisationen verlangt wird.⁵⁵⁴

Im Rahmen des höchsten Organs der SPÖ – dem Bundesparteitag – wird, wie bereits erwähnt, der Bundesparteivorstand gewählt. Nach dessen Wahl tritt dieser umgehend zu einer konstituierenden Sitzung zusammen und schlägt aus seinen Mitgliedern eine/n Bundesparteivorsitzende/n und deren/dessen StellvertreterInnen den Delegierten wiederum zur Abstimmung vor.⁵⁵⁵

Dem Bundesparteivorstand „obliegt die Führung der Partei, und die Verwaltung des Parteivermögens, die Bestellung des/der Bundesgeschäftsführer(s/in/innen) und der leitenden SekretärInnen“⁵⁵⁶. Die Größe des Bundesparteivorstandes ist im Organisationsstatut mit 70 Mitgliedern festgelegt.⁵⁵⁷

Auf dem Parteitag muss auch eine Wahlkommission gewählt werden, in der alle Landesorganisationen unter Bezugnahme auf die Stärke der Delegationen zum Bundesparteitag vertreten sein müssen. Keine Landesorganisation darf allerdings die Hälfte oder mehr als die Hälfte der Stimmen innehaben. Überdies muss noch jeweils

⁵⁵³ Vgl. IV. Gliederung der SPÖ, § 35: SPÖ. Das Organisationsstatut. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 31. Oktober 1998 unter Einarbeitung der am 36. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. April 2000, 37. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. Oktober 2002, 38. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 30. November 2004 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 14–15

⁵⁵⁴ Vgl. Ebenda, § 37, S. 15–16

⁵⁵⁵ Vgl. Ebenda, § 47 (1), S. 18

⁵⁵⁶ Ebenda, § 48 (2), S. 18

⁵⁵⁷ Vgl. Ebenda, § 42, S. 17

ein/e VertreterIn der GewerkschafterInnen in der SPÖ (Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen) sowie des Bundesfrauenvorstandes vertreten sein. Die Erstellung und Vorlage des Wahlvorschlages für den Bundesparteitag zählt zur Hauptaufgabe dieser Kommission. Aber auch die Organisation bundesweiter Mitgliederbefragungen fällt in ihre Kompetenz.⁵⁵⁸

Das Bundesparteipräsidium der SPÖ besteht im Kern aus der/dem Vorsitzenden und ihren/seinen StellvertreterInnen. Sollten diese nicht ohnehin gewählt sein, gehören eine Bundeskanzlerin oder ein Bundeskanzler der SPÖ und die Bundesfrauenvorsitzende diesem Gremium an. Mit beratender Stimme nehmen teil: der/die SchriftführerIn, der/die KassierIn, der/die Fraktionsvorsitzende im Parlament und der/die BundesgeschäftsführerInnen. Eine Kooptierung weiterer Personen ist allerdings nicht vorgesehen. Das Präsidium erarbeitet etwa Vorschläge an den Bundesparteivorstand für die Bestellung der BundesgeschäftsführerInnen und der leitenden SekretärInnen. Ansonsten obliegen dem Präsidium zum Beispiel die laufende Verwaltung, die Umsetzung von Beschlüssen des Bundesparteivorstandes und die Genehmigung von Ausgaben im Rahmen des Budgets.⁵⁵⁹

Im Erweiterten Bundesparteipräsidium sind auch jene Landesparteivorsitzenden vertreten, die nicht Mitglieder im Präsidium sind. Darüber hinaus sind jeweils zwei VertreterInnen der GewerkschafterInnen in der SPÖ und des Bundesfrauenvorstandes entsandt. Zusätzlich können an Sitzungen dieses Gremiums ein/e gemeinsame/r Vertreter/in der Jugendorganisationen und ein/e Vertreter/in der Arbeitsgemeinschaft Sechzig Plus teilnehmen. Personen, die im Erweiterten Bundesparteipräsidium sitzen, müssen Mitglieder des Bundesparteivorstandes sein. Sofern der Bundesvorstand nicht oder nicht rechtzeitig zusammentreten kann, ist es möglich, dass das Erweiterte Präsidium Beschlüsse fasst, die ansonsten dem Vorstand zustehen würden. Dafür müssen aber zwei Drittel

⁵⁵⁸ Vgl. IV. Gliederung der SPÖ, § § 43–§ 44: SPÖ. Das Organisationsstatut. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 31. Oktober 1998 unter Einarbeitung der am 36. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. April 2000, 37. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. Oktober 2002, 38. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 30. November 2004 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 17

⁵⁵⁹ Vgl. Ebenda, § 52, S. 19

der Anwesenden, mindestens jedoch die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder zustimmen.⁵⁶⁰

Die Kontrollkommission setzt sich aus zehn Mitgliedern und neun Ersatzmitgliedern zusammen. Diese dürfen keine Mitglieder des Bundespartei Vorstandes und keine Angestellten der SPÖ oder einer befreundeten Organisation sein. Dieser Kommission unterliegt die Kontrolle der gesamten Verwaltung, die dem Bundespartei Vorstand untersteht, und die Prüfung aller Parteiorganisationen und anerkannten Organisationen.⁵⁶¹

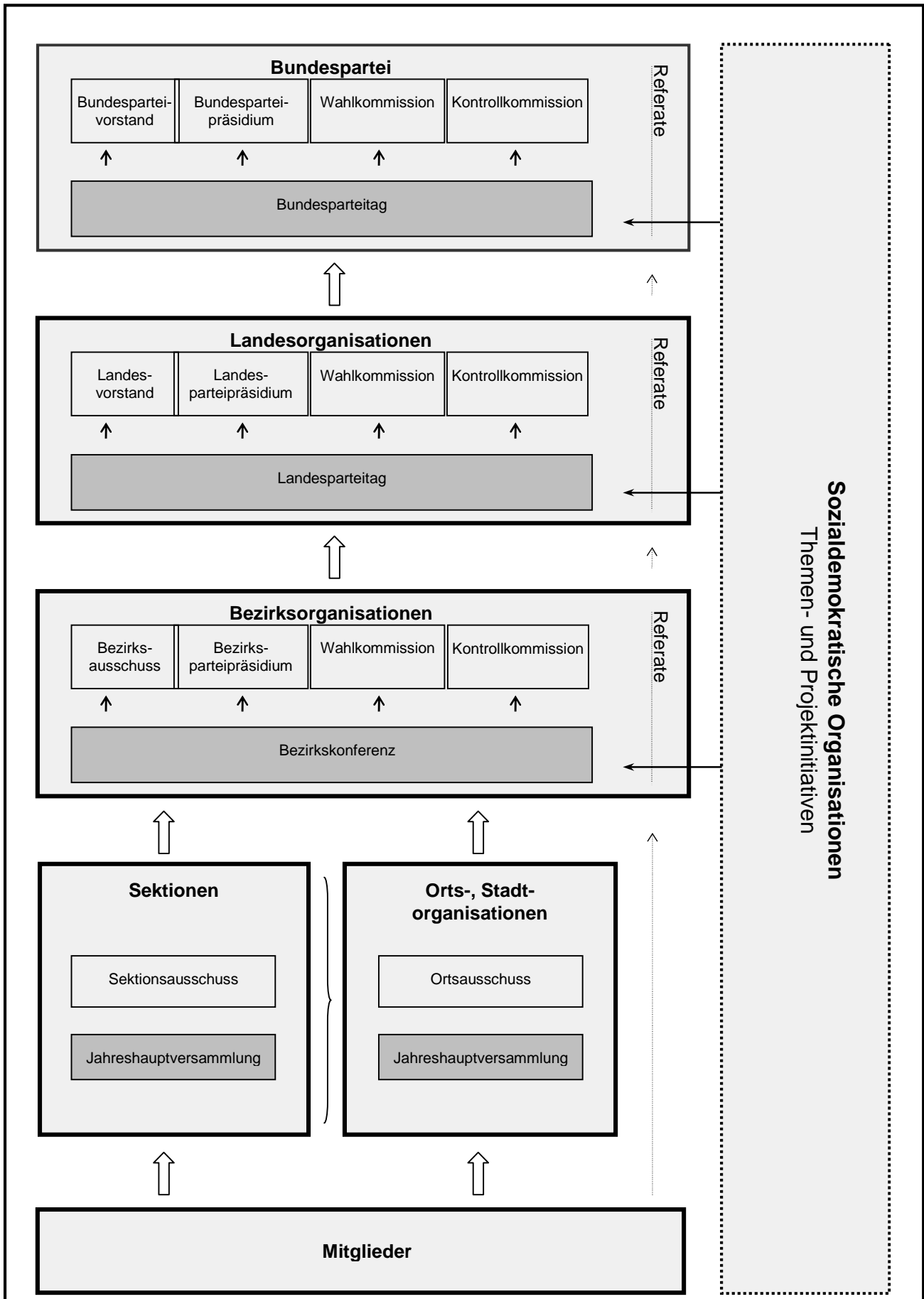
Der Bundespartei rat kann in dringenden Fällen vom Bundespartei Vorstand einberufen werden, ist jedoch dem Bundespartei tag nicht gleichgestellt. So darf er zum Beispiel nicht das Organisationsstatut ändern oder die Höhe des Mitgliedsbeitrages festlegen. Auch sind verschiedene Wahlvorgänge, wie jene für den Bundespartei Vorstand, ausschließlich dem höchsten willensbildenden Organ der SPÖ vorbehalten. Delegierte zum Bundespartei rat sind nach einem festgelegten Schlüssel oder einer fixen Anzahl VertreterInnen der Landesorganisationen und der befreundeten Organisationen. Überdies sind etwa der Bundespartei Vorstand, die Mitglieder der Kontroll- und Wahlkommission, der/die BundesgeschäftsführerInnen oder die gewählten Mitglieder des Bundesfrauenvorstandes als Delegierte zu einem Bundespartei rat zu entsenden.⁵⁶²

⁵⁶⁰ Vgl. IV. Gliederung der SPÖ, § 53: SPÖ. Das Organisationsstatut. Beschlossen am außerordentlichen Bundespartei tag der SPÖ in Wien am 31. Oktober 1998 unter Einarbeitung der am 36. ordentlichen Bundespartei tag der SPÖ in Wien am 28. April 2000, 37. ordentlichen Bundespartei tag der SPÖ in Wien am 28. Oktober 2002, 38. ordentlichen Bundespartei tag der SPÖ in Wien am 30. November 2004 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 19-20 & Vgl. Mehr Gerechtigkeit! Verantwortung für Österreich und Europa. Anträge und Resolutionen, 42. Ordentlicher Bundespartei tag, 13. Oktober 2012, St. Pölten, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, 1014 Wien, S. 262

⁵⁶¹ Vgl. IV. Gliederung der SPÖ, § 54 (1)–(3): SPÖ. Das Organisationsstatut. Beschlossen am außerordentlichen Bundespartei tag der SPÖ in Wien am 31. Oktober 1998 unter Einarbeitung der am 36. ordentlichen Bundespartei tag der SPÖ in Wien am 28. April 2000, 37. ordentlichen Bundespartei tag der SPÖ in Wien am 28. Oktober 2002, 38. ordentlichen Bundespartei tag der SPÖ in Wien am 30. November 2004 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 20

⁵⁶² Vgl. Ebenda, § 56, S. 21 & Vgl. Mehr Gerechtigkeit! Verantwortung für Österreich und Europa. Anträge und Resolutionen, 42. ordentlicher Bundespartei tag, 13. Oktober 2012, St. Pölten, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2012, S. 262–263

Abb. 9: Die Organisationsstruktur der Sozialdemokratischen Partei Österreichs



4.2 Die Mitgliederentwicklung der SPÖ

„Mitglied der SPÖ kann jede Person werden, die sich zu deren Grundsätzen bekennt und bereit ist, die in diesem Statut festgelegten Pflichten zu erfüllen. Jedes Mitglied ist dazu aufgerufen, seine Rechte wahrzunehmen und sich aktiv an der politischen Willensbildung zu beteiligen. Das Mindesteintrittsalter ist das vollendete 16. Lebensjahr. Mitglieder anderer politischer Parteien oder wahlwerbender Gruppierungen können nicht Mitglieder der SPÖ sein.“⁵⁶³ So sind die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft in der SPÖ im Organisationsstatut unter § 4 festgelegt.

Im Wesentlichen hat man als Mitglied vier Rechte:⁵⁶⁴

- Volle Information und freie Diskussion zur Willensbildung innerhalb der Partei
- Teilnahme an der Wahl der Organe und Vertrauenspersonen
- Möglichkeit sich der Wahl als Vertrauensperson zu stellen
- Politische und organisatorische Fragen können in schriftlicher Form an den Bezirks-, Landes- oder Bundesvorstand gerichtet werden. Das Gremium muss innerhalb von acht Wochen antworten

Als Pflichten werden folgende Punkte angeführt:⁵⁶⁵

- Achtung des Statutes und der Grundsätze
- Förderung des Ansehens und der Politik der SPÖ durch das persönliche Verhalten
- Keine Aktionen durchzuführen – insbesondere nicht mit Mitgliedern oder Aktivisten anderer Parteien –, die sich gegen die SPÖ wenden
- Die Bezahlung des Mitgliedsbeitrages

⁵⁶³ II. Die Mitglieder der SPÖ, § 4: SPÖ. Das Organisationsstatut. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 31. Oktober 1998 unter Einarbeitung der am 36. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. April 2000, 37. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. Oktober 2002, 38. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 30. November 2004 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 4

⁵⁶⁴ Vgl. Ebenda, Rechte der Mitglieder, § 6, (1)–(4), S. 5

⁵⁶⁵ Vgl. Ebenda, Pflichten der Mitglieder, § 8, (1)–(4), S. 5–6

Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, Austritt, Streichung oder einen Ausschluss aus der SPÖ. Der Austritt muss schriftlich durch das Mitglied kundgetan werden; ein Wiedereintritt ist jederzeit möglich. Eine Streichung kann dann erfolgen, wenn ein Mitglied „trotz schriftlicher Mahnung länger als sechs Monate mit den Mitgliedsbeiträgen im Rückstand ist“⁵⁶⁶. Von einem solchen Schritt muss das Mitglied schriftlich in Kenntnis gesetzt werden. „Die Streichung ist über Einspruch des gestrichenen Mitgliedes und nach Bezahlung des fälligen Mitgliedsbeitrages sofort rückgängig zu machen.“⁵⁶⁷ Das Ausschlussverfahren ist sehr komplex und ist durch mehrere Paragraphen des Organisationsstatutes geregelt. Grundsätzlich kann jedoch ein Ausschluss nur durch die Entscheidung eines Landes- oder Bundesschiedsgerichtes erfolgen.

Betrachtet man die Mitgliederentwicklung und den Organisationsaufbau der SPÖ, so kann festgehalten werden: „Die SPÖ ist ihrer ganzen Struktur noch immer eine Mitgliederpartei.“⁵⁶⁸ Das wurde auch von einer Vielzahl der SPÖ-MandatsträgerInnen und FunktionärInnen betont, mit denen die im Anhang angefügten Interviews geführt wurden.

Bei Bundeswahlen wird von den Bezirks- und Landesorganisationen pro Mitglied ein Beitrag für den Wahlfonds eingehoben. „Das parteiinterne Wahlfonds-System stellt auch die notwendige Anreizstruktur dar, tatsächlich keine ‚Karteileichen‘ mitzuschleppen, denn die unteren Parteieinheiten müssen die Wahlfondsbeiträge für alle gemeldeten Mitglieder entrichten, unabhängig davon, ob diese ihre Mitgliedsbeiträge bezahlen oder nicht. Insofern geben die Mitgliederzahlen der SPÖ recht präzise Aufschluß über die zahlenden Mitglieder.“⁵⁶⁹

⁵⁶⁶ II. Die Mitglieder der SPÖ, Beendigung der Mitgliedschaft, § 11 (3): SPÖ. Das Organisationsstatut. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 31. Oktober 1998 unter Einarbeitung der am 36. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. April 2000, 37. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. Oktober 2002, 38. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 30. November 2004 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 6

⁵⁶⁷ Ebenda

⁵⁶⁸ Ucakar, Karl: Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 331

⁵⁶⁹ Müller, Wolfgang C.: Die Organisation der SPÖ, 1945–1995, in: Maderthaner, Wolfgang; Müller, Wolfgang C. (Hrsg.): Die Organisation der Österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995, Wien 1996, S. 230–231

Die Mitgliedszahlen werden den Delegierten eines Bundesparteitages vorgelegt. Im Jahrbuch 2012 des 42. Ordentlichen Bundesparteitages am 13. Oktober 2012 wurde für 2011 eine Mitgliedszahl von 225.009 ausgewiesen. Gegenüber dem Jahr 2010 ist dies ein Verlust von 9.848 Personen. Mitgliederstärkste Landesorganisation ist die SPÖ-Niederösterreich mit 56.034 Mitgliedern. Die SPÖ-Wien hat 54.861 Personen in ihrem Personensystem, die Landesorganisation Oberösterreich folgt mit 39.401 Mitgliedern und in der Steiermark haben 33.109 Personen ein rotes Parteibuch. Dies sind auch die mit Abstand stärksten Bundesländer. In weiterer Folge kommen Kärnten mit 15.101 und das Burgenland mit 14.382 Mitgliedern. Die SPÖ-Salzburg kann auf 7.280 Mitglieder verweisen, in Tirol bekennen sich 3.467 Personen zur SPÖ und in Vorarlberg zählt man 1.357 Mitglieder.

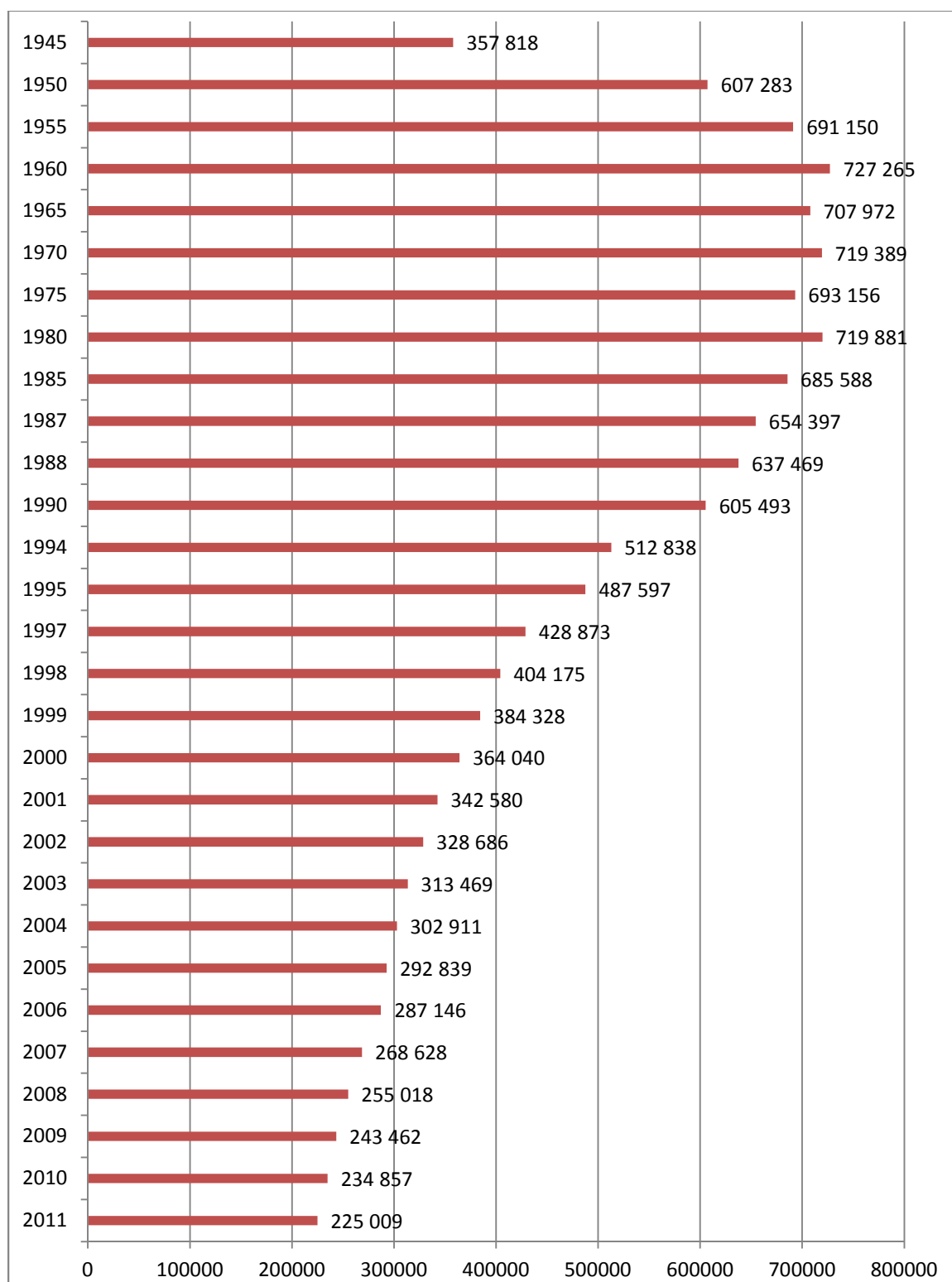
Bundesweit beträgt der Frauenanteil an den Gesamtmitgliedern 33,23 Prozent. Auffallend ist, dass die SPÖ-Wien den bei weitem höchsten Anteil von Frauen unter den Mitgliedern erreicht. 2011 waren es 42,96 Prozent.⁵⁷⁰ Der Prozentsatz weiblicher Mitglieder ist allerdings ein durchaus konstanter Wert. 1997 waren es im Bundesgebiet beispielsweise 33,06 Prozent.⁵⁷¹

Im Folgenden wird die Mitgliederentwicklung der SPÖ in Österreich seit 1945 dargestellt:

⁵⁷⁰ Vgl. Mehr Gerechtigkeit! Verantwortung für Österreich und Europa. Jahrbuch, 42. Ordentlicher Bundesparteitag, 13. Oktober 2012, St. Pölten, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2012, S. 68

⁵⁷¹ Vgl. Weil der Mensch zählt. Jahrbuch des 37. Ordentlichen Bundesparteitages, Wien, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2002, S. 26

Abb. 10: Mitgliederentwicklung der Sozialdemokratischen Partei Österreichs⁵⁷²



⁵⁷² Quellen: 1945–1994: Maderthaler, Wolfgang; Müller, Wolfgang C. (Hrsg.): Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995, Wien 1996, S. 332–333 / 1995: Ucakar, Karl: Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 332 / 1997–2001: Weil der Mensch zählt., Jahrbuch des 37. Ordentlichen Bundesparteitag, Wien 2002, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2002, S. 26 / 2002–2003: Startklar für Österreich. Jahrbuch des 38. Ordentlichen Bundesparteitages, 29./30.11.2004, Wien, hrsg. von Sozialdemokratischer Partei Österreichs, Wien 2004, S. 64 / 2004–2005: Neue Fairness braucht das Land. Jahrbuch, 39. Ordentlicher Bundesparteitag, 8. September 2006, Linz, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2006, S. 88 / 2006–2007: Jahrbuch. Berichte 2006–2008, 40. Ordentlicher Bundesparteitag, 8. August 2008, Linz, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2008, S. 86 / 2008–2009: Zeit für Gerechtigkeit! Jahrbuch 2010, 41. Ordentlicher Bundesparteitag, 12. Juni 2010, Vösendorf, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2010, S. 60 / 2010–2011: Mehr Gerechtigkeit! Verantwortung für Österreich und Europa. Jahrbuch, 42. Ordentlicher Bundesparteitag, 13. Oktober 2012, St. Pölten, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2012, S. 68

Der Verlust an Mitgliedern wird vor allem in den organisationsstarken Landesorganisationen Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark sehr deutlich sichtbar. Zwischen 1999 und 2011 verlor die SPÖ-Wien 50.530 Mitglieder. In diesen zwölf Jahren hat sich die Zahl an InhaberInnen eines Parteibuches von 105.391 auf 54.861 fast halbiert. In Niederösterreich zählte man 1999 noch 91.436 Mitglieder. 2011 waren es nur noch 56.034, was einem Minus von 35.402 Personen entspricht. Die SPÖ-Oberösterreich konnte 2011 39.401 Mitglieder anführen. 1999 waren es allerdings noch 59.251, ein Verlust von 19.850. In der Steiermark zählte man 1999 55.426 Parteimitglieder. In diesem Bundesland verlor man in dieser Zeit 22.317 Personen und kann heute auf 33.109 zahlende SozialdemokratInnen verweisen.⁵⁷³

Der Rückgang der Mitgliederzahlen wirkt sich natürlich auch auf die Einnahmesituation in allen Strukturebenen der SPÖ aus. Der Rechenschaftsbericht der Bundespartei für 2003 weist beispielsweise ein Gesamtbudget von 16.949.481 Euro aus. Aus Mitgliedsbeiträgen wurden damals 6.157.949 Euro eingenommen.⁵⁷⁴ Im Rechenschaftsbericht 2010 wird ein Gesamtbudget in der Höhe von 14.611.579,81 Euro aufgelistet. Der Einnahmen-Anteil der Bundespartei aus den Mitgliedsbeiträgen betrug 3.393.420,92 Euro.⁵⁷⁵

Für die Entrichtung des Mitgliedsbeitrages können drei unterschiedliche Höhen festgesetzt werden. Der Vollbeitrag beträgt 68,40 Euro pro Jahr. Es kann auch ein ermäßigter Beitrag von 52,20 Euro gewährt werden. Für SchülerInnen, Studierende, Präsenz- und Zivildienstleistende sowie für KarenzgeldbezieherInnen ist ein symbolischer Mitgliedsbeitrag in der Höhe von 9,60 Euro pro Jahr vorgesehen. Mit 1. Jänner 2012 wurden die Beiträge seit zehn Jahren wieder erhöht. Bisher zahlte man 60 Euro als Vollzahler, 48 Euro für einen ermäßigten Mitgliedsbeitrag und als

⁵⁷³ Vgl. Mehr Gerechtigkeit! Verantwortung für Österreich und Europa. Jahrbuch, 42. Ordentlicher Bundesparteitag, 13. Oktober 2012, St. Pölten, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2012, S. 68 & Vgl. Weil der Mensch zählt. Jahrbuch des 37. Ordentlichen Bundesparteitages, Wien, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2002, S. 26

⁵⁷⁴ Vgl. Ucakar, Karl: Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 332

⁵⁷⁵ Vgl. Mehr Gerechtigkeit! Verantwortung für Österreich und Europa. Jahrbuch, 42. Ordentlicher Bundesparteitag, 13. Oktober 2012, St. Pölten, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2012, S. 67

symbolischer Beitragszahler musste man 8,40 Euro leisten.⁵⁷⁶ Im *Österreich Magazin*, dem Mitglieder magazin der SPÖ, führte in der Ausgabe 5/2011 Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter aus, dass die Einnahmen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs „aus der öffentlichen Parteienförderung, den Mitgliedsbeiträgen und den Parteisteuerleistungen der Mandatarinnen und Mandatare“⁵⁷⁷ bestehen. Als wesentlichsten Grund für die Erhöhung der Beiträge nannte er die „sinkende öffentliche Förderung für demokratische Parteien. Ohne die finanzielle Leistung unserer Mitglieder wäre der Bestand der Partei gefährdet.“⁵⁷⁸

Die Bezahlung des Beitrages kann ebenfalls in unterschiedlichen Formen erfolgen. Durch Einziehungsauftrag, mittels Erlagschein oder über persönliche Kassierung durch einen Subkassier der zuständigen Ortsorganisation beziehungsweise Sektion. Innerhalb der SPÖ wurde und wird sehr intensiv über die Form der Einhebung der Beiträge diskutiert, da oft befürchtet wird, dass man mit Aufgabe des persönlichen Kassierens den Kontakt zu den Mitgliedern verlieren könnte.⁵⁷⁹ Die Gründe hierfür sind meiner Ansicht nach vielfältig. Der direkte Kontakt ist vor allem in größeren Gemeinden und Städten bedingt durch ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen nicht mehr in jener Form gegeben, wie dies in der Vergangenheit der Fall war. Durch die mediale Entwicklung ist der Subkassier auch nicht mehr der Überbringer von Informationen, die einen tatsächlichen „News-Wert“ darstellen. Die Weitergabe von Anliegen oder Beschwerden nach „oben“ erfolgt zunehmend über elektronische Medien oder bleibt aufgrund der geringeren Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten der Politik gänzlich aus.

Nach dem Politologen Wolfgang C. Müller hat die Parteiorganisation an sich als Informations- und Kommunikationsfaktor bedingt durch elektronische Massenmedien, die räumliche Mobilität der BürgerInnen, Repräsentationsdefizite in der SPÖ-Struktur und einer Bürokratisierung einen Bedeutungsverlust hinnehmen müssen. Massenmedien vermitteln der Bevölkerung schnell und direkt als objektiv wahrgenommene Inhalte, die kein/e FunktionärIn vermitteln kann, beziehungsweise keine Organisationsebene anhand der angeführten Kriterien aufbereiten kann. Die

⁵⁷⁶ Lt. Auskunft der SPÖ-Bezirksgeschäftsstelle Melk vom 15. September 2011

⁵⁷⁷ *österreich magazin*, Information für Mitglieder der SPÖ, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Nr. 5, Wien 2011, S. 10

⁵⁷⁸ Ebenda

⁵⁷⁹ Lt. Auskunft der SPÖ-Bezirksgeschäftsstelle Melk vom 15. September 2011

verstärkte räumliche Mobilität der Bevölkerung bringt es mit sich, dass der persönliche Kontakt der Funktionärinnen und Funktionäre zur Bevölkerung und zu den Mitgliedern oftmals verloren ging. Das hat auch Folgen für die direkte Kassierungsform. Repräsentationsdefizite bezeichnen die Divergenz zwischen den Vertrauenspersonen und der Bevölkerung. Gemeint sind hier die Überalterung der SPÖ-AktivistInnen und die Tendenz hin zu einer Funktionärsschicht, die zunehmend in den Parteiorganisationen angestellt ist. Das verhindert eine notwendige Durchlässigkeit der Partei. Ein weiterer Aspekt ist die Bürokratisierung vieler SPÖ-Sektionen und Ortsorganisationen, die für neue Mitglieder oder Interessierte oft sehr unattraktiv sind.⁵⁸⁰

Es muss auch festgehalten werden, dass speziell in der Vergangenheit Beitritte „nicht immer politisch, also durch die Identifikation mit Programm und Zielen der SPÖ motiviert“⁵⁸¹ waren. Die Mitgliedschaft in der Partei wurde mit dem Erhalt eines Jobs, einer Wohnung oder mit anderen persönlichen Vorteilen verbunden. Karl Duffek, Leiter des Renner-Institutes, sieht diese Erwartungshaltung in der aktuellen politischen Situation und den gesellschaftlichen sowie ökonomischen Gegebenheiten nicht mehr für umsetzbar: „Man hat jetzt nicht mehr die Möglichkeit, wie in der Vergangenheit, besondere ‚Goodies‘ zu verteilen, z.B. die Zugänge zu Jobs, zu Wohnungen oder ähnlichen Dingen, wie es in der frühen Zweiten Republik möglich war.“⁵⁸² Der ehemalige Vorsitzende des Ausschusses für Haushaltskontrolle im Europäischen Parlament, Herbert Bösch, sieht den Mitgliederrückgang als Entwicklung hin zu einer stärkeren ideologischen Verbundenheit mit der Sozialdemokratie, denn die SPÖ hat „in der Vergangenheit auch Mitglieder gehabt, die nichts mit der Sozialdemokratie am Hut hatten. Sondern die irgendeinen Posten, eine Wohnung oder sonst irgendetwas bekommen haben, als die SPÖ stark war. Vielleicht ist dieser Mitgliederschwund so etwas wie eine Normalisierung im demokratischen Sinn.“⁵⁸³

⁵⁸⁰ Vgl. Müller, Wolfgang C.: Die Organisation der SPÖ, 1945–1995, in: Maderthaner, Wolfgang; Müller, Wolfgang C. (Hrsg.): Die Organisation der Österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995, Wien 1996, S. 224–227

⁵⁸¹ Ucakar, Karl: Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 331

⁵⁸² Interview mit Mag. Karl Duffek vom 21. Oktober 2009

⁵⁸³ Interview mit Mag. Herbert Bösch vom 8. Oktober 2009

Es ist auch eine falsche Annahme, dass Mitglieder der SPÖ automatisch zur Wahl gehen und ihr Kreuz ausschließlich bei der Partei machen, bei der sie ihren Mitgliedsbeitrag entrichten. Die Wahlforschung zeigt, „dass keineswegs sicher ist, dass jedes Mitglied automatisch zur Wahl geht und dort in jedem Fall SPÖ wählt“⁵⁸⁴.

Durch den bereits im Kapitel „Zum Stand der Parteienforschung – Dealignment und die Veränderungen des WählerInnenverhaltens“ beschriebenen Dealignmentprozess wurde die „organisatorische Integrationsfähigkeit der politischen Parteien deutlich in Mitleidenschaft gezogen“⁵⁸⁵. Ende der 60er-Jahre waren noch 27 Prozent der Wahlberechtigten in Österreich Mitglied einer politischen Partei. 2004 waren es nur mehr 15 Prozent.⁵⁸⁶ Als Folgen halten Fritz Plasser und Peter A. Ulram die Verringerung der Mobilisierungsfähigkeit der Parteien und die Überalterung der Mitgliederstruktur fest. „Nur rund ein Viertel der Parteimitglieder können als Parteiaktivisten bezeichnet werden und leisten für ihre Partei insbesondere in Wahlkämpfen aktive Kommunikations- und Überzeugungsarbeit. Rund die Hälfte der eingetragenen Parteimitglieder verhalten sich auch in Wahlkampfzeiten passiv.“⁵⁸⁷

Die Auswirkungen der geringeren Bereitschaft einer Partei beizutreten ist vor allem bei jungen Menschen klar erkennbar. „Waren vor 30 Jahren noch 23 Prozent der unter 30-Jährigen eingetragene Mitglieder einer politischen Partei, waren es 2001 nur mehr fünf Prozent“⁵⁸⁸. Die Folge ist unter anderem eine Überalterung der Mitgliederstruktur bei den beiden Volksparteien SPÖ und ÖVP. Dies belegen auch die Zahlen der SPÖ. Im Jahr 2009 hatte die Sozialdemokratische Partei Österreichs 243.462 Mitglieder. Lediglich 10.870 waren unter 30 Jahre.⁵⁸⁹ Mit Juni 2013 lag diese Zahl bei 7.607.⁵⁹⁰

Auf Basis dieser Faktenlage habe ich bei neun (Bösch, Bulfon, Duffek, Höferl, Kräuter, Leitner, Schieder, Schober, Steindl) der 14 InterviewpartnerInnen das

⁵⁸⁴ Ucakar, Karl: Sozialdemokratische Partei Österreichs, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 331

⁵⁸⁵ Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.: Wahlverhalten, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 554

⁵⁸⁶ Vgl. Ebenda

⁵⁸⁷ Ebenda, S. 556

⁵⁸⁸ Ebenda, S. 555

⁵⁸⁹ Lt. Auskunft der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle vom 29. August 2011

⁵⁹⁰ Lt. Auskunft der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle vom 10. Juni 2013

Thema „Zukunft der Mitgliederpartei“ angesprochen. Das Ergebnis war eindeutig: Eine Abkehr vom gegebenen System kam für keinen der Befragten infrage.

Der Leiter des Renner-Institutes Karl Duffek vertritt etwa die Ansicht, man müsse „bestimmte Traditionen der Mitgliederpartei fortführen, selbst wenn es heute nicht mehr 500.000 Mitglieder sind“⁵⁹¹. Wolfgang Bulfon vergleicht die SPÖ mit der seiner Ansicht nach Kader-Partei SPD und meint, „dass es schon mehr Legitimation ist, wenn man eine Massenbewegung ist“⁵⁹². Für den ehemaligen EU-Abgeordnete und SPÖ-Bezirksvorsitzenden von Bregenz Herbert Bösch ist die Mitgliedschaft in der SPÖ „ein Stück des Weges mitzugehen“⁵⁹³. Er würde „von einer Mitgliederpartei nicht weggehen“⁵⁹⁴.

Der Direktor des SPÖ-Klubs im Wiener Gemeinderat, Andreas Höferl, sieht zum Beispiel das aktive Werben und Gewinnen von Mitgliedern und AktivistInnen als überaus wichtigen politischen Faktor, der auch in der heutigen Zeit nichts an Aktualität und Wichtigkeit verloren hat: „Eine der Stärken der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften war ja, möglichst viele Mitglieder zu werben. Menschen, die sich identifizieren mit der Gewerkschaft und der Partei und deshalb aktiv für sie eintreten. Das ist in einer Zeit wie heute besonders wichtig, wo sich halt herausstellt, was eigentlich schon immer klar war, dass sehr viel Macht auf der Seite des Kapitals ist. Da bleibt der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft nicht viel anderes als die Mobilisierung von Menschen durch Ideen.“⁵⁹⁵

Für den Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen, Andreas Schieder, gibt es bei der Frage „Mitgliederpartei oder andere Form der Parteiorganisation“ „kein ‚Entweder – Oder‘. Wir sind eine Mitgliederpartei. Wir haben nach wie vor im sechsstelligen Bereich Mitglieder. Es ist auch im internationalen Vergleich eine fantastische Zahl. Wenn man es pro Kopf durchrechnet, haben wir noch immer mehr Mitglieder als die Deutschen, die Franzosen, die Italiener und die Spanier. Wir müssen uns gleichzeitig auch überlegen, was macht diesen Moment der Mitgliedschaft aus. Wir haben, glaube ich, wesentlich mehr Mitglieder über 90 Jahre

⁵⁹¹ Interview mit Mag. Karl Duffek vom 21. Oktober 2009

⁵⁹² Interview mit Wolfgang Bulfon vom 3. Oktober 2009

⁵⁹³ Interview mit Mag. Herbert Bösch vom 8. Oktober 2009

⁵⁹⁴ Ebenda

⁵⁹⁵ Interview mit Dr. Andreas Höferl vom 29. September 2009

als unter 30. Unsere starken Mitgliederzahlen haben wir in der älteren Generation und Junge werden weniger gerne Mitglied. Jetzt muss man erkennen: Die wollen sich nicht komplett binden. Wenn, dann werden sie nicht mehr Mitglied wegen irgendwelchen Vorteilen, die sie sich erhoffen, auch nicht aus Tradition heraus, auch nicht aus einem Klassenzugehörigkeitsgefühl. Sondern wenn, dann wollen die mit der SPÖ etwas erleben. Die brauchen keinen Sozialraum. Die brauchen nicht die Sektion, damit sie dort hingehen am Abend und Schnitzel kochen oder schnapsen können. Sie wollen einen politischen Auftrag. Ich glaube, die Lösung dieser Frage liegt auch in der stärkeren Politisierung unserer Partei. Die heißt Inhalte diskutieren, Leben, Politik diskutieren – auch ‚Grätzlpolitik‘ – und europäische Politik erlebbar machen, Austausch organisieren, natürlich mit notwendigen Kulturveranstaltungen, Freizeitveranstaltungen, Gemeindebaufeste, Zeltfeste etc., damit man noch mit Leuten in Kontakt kommt. Es ist die Chance um als Partei auch Gespräche zu haben. Es gab die Zeit, wo wir in Opposition waren, wo die Medien uns auch ganz schlecht behandelt haben, wo wir wenig Spielraum gehabt haben. Da war es eigentlich die Bewegung SPÖ, die Mitgliederbewegung, die uns am Leben erhalten hat. Ich erinnere an die erste Wahl nach diesem Schwarz-Blau-Desaster war dieser Publikumsrat des ORF. Eine eigentlich, wenn man so will, nicht extrem bedeutende Wahl, aber wir haben es geschafft zu gewinnen, weil unser Mitgliederapparat bewegbar war, d.h. es entsteht auch Kraft daraus.“⁵⁹⁶

Die Einschätzung von Andreas Schieder, dass die Mitgliederzahl der SPÖ im europäischen Vergleich auch heute noch eine überaus hohe ist, teilt auch Matthias Micus, seinerseits Akademischer Rat am Göttinger Institut für Demokratieforschung, in seinem Buchbeitrag “Die Macht der Autosuggestion. Reale Krise und gefühlte Stärke bei der österreichischen Sozialdemokratie“: „Weiterhin organisieren die österreichischen Sozialdemokraten einen im europäischen Vergleich einzigartig hohen Anteil der Bevölkerung. Mehr als andere sind sie daher bis heute eine traditionelle Massenpartei, deren Funktionäre die Mitgliedsbeiträge in weiten Teilen des Landes auch noch persönlich bei Hausbesuchen kassieren – ebenfalls im Unterschied zu ihren Schwesterparteien.“⁵⁹⁷

⁵⁹⁶ Interview mit Mag. Andreas Schieder vom 24. September 2009

⁵⁹⁷ Micus, Matthias: Die Macht der Autosuggestion. Reale Krise und gefühlte Stärke bei der österreichischen Sozialdemokratie, in: Butzlaff, Felix u.a. (Hrsg.): Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand, Göttingen 2011, S. 46

Ein Vergleich mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) belegt den hohen Organisationsgrad der SPÖ. Die deutsche Schwesterpartei konnte beispielsweise mit Ende des Jahres 2009 einen Mitgliederstand von 512.520 Personen verzeichnen. 2000 waren es noch 734.667 Mitglieder und 1991 bekannten sich 919.871 Menschen über eine Mitgliedschaft zur SPD. Stärkster SPD-Landesverband ist jener aus Nordrhein-Westfalen mit 133.867 Genossinnen und Genossen im Jahr 2010.⁵⁹⁸

Günther Kräuter, Bundesgeschäftsführer der SPÖ, verweist ebenso auf die noch immer gegebene hohe Zahl an Mitgliedern: „Trotz dem tatsächlich starken Rückgang, altersbedingt, ist der Prozentsatz noch ein außergewöhnlich hoher an Mitgliederichte. Und ich glaube, alle Stärken, und es ist eine Stärke einer politischen Partei, sind in so einer schwierigen politischen Phase einmal auszubauen. Man kann es sich gar nicht leisten, andere Überlegungen anzustellen. Wie man mit Mitgliedern oder zukünftigen Mitgliedern kommuniziert, ist wieder eine andere Frage. Mitgliederpartei würde ich unbedingt sagen. Niemand kann wirklich einschätzen, wohin sich genau die Sozialdemokratie entwickelt. Wenn wir es schaffen, was ich nur sehr hoffen kann, eine Art Studenten-Arbeitnehmerbewegung zu werden und wenn es die Sozialdemokratie richtig versteht, die richtigen Themen für so eine Bewegung zu setzen und zu verstärken, dann kann durchaus wieder eine völlig neue Art von Bindung entstehen, die auch in einer Mitgliedschaft zu einer Partei bestehen kann. Ich sehe nicht unbedingt eine lineare Entwicklung, die dann endet bei 10.000 Mitgliedern und die jetzigen Jugendlichen dann so einen Endbestand an Mitgliedern bedeuten. Dies kann sich wieder vollkommen verändern. Es ist auch fraglich: Wie schaut die Mitgliedschaft aus? Welche Rechte habe ich? Was kostet die Mitgliedschaft? Also, dies halte ich für völlig offen, wenn die Sozialdemokratie geschickt und klug agiert, dann kann sie als Mitgliederpartei wieder an neuer Stärke gewinnen.“⁵⁹⁹

Wie auch Günther Kräuter steht der ehemalige Vorsitzende der SPÖ-Niederösterreich, Josef Leitner, voll und ganz hinter dem Modell der Mitgliederpartei. Beide sehen aber die Notwendigkeit von Neuerungen etwa bei der Form der

⁵⁹⁸ Vgl. Auskunft des SPD-Landesverbandes Niedersachsen, vom 6. September 2011

⁵⁹⁹ Interview mit Dr. Günther Kräuter vom 20. August 2009

Mitgliedschaft und der Kommunikation mit den Mitgliedern und deren Einbindung in parteiinterne Entscheidungsprozesse. Leitner verweist ebenfalls auf die Ablösung des "Versorgungsgedankens" hin zu einer stärkeren ideologischen Bindung als Beweggrund Parteimitglied zu werden: „Wir sind und bleiben eine Mitgliederpartei. Es ist nur wichtig, Neuzugänge zu gewinnen. Es gibt das traditionelle Parteimitglied, das in unterschiedlichsten Volumina jährliche Beiträge leistet, um auch finanziell die Unterstützung seiner Partei zu signalisieren. Davon haben wir in Niederösterreich zurzeit circa 62.000. Es gibt aber auch andere Mitgliederansätze, wie zum Beispiel ein projektorientiertes Mitglied bei politischen Projekten zu sein, wo es dann darum geht, ideell Unterstützung einzufordern und vielleicht in dem einen oder anderen Fall auch die finanzielle Unterstützung zu bekommen. Des Weiteren kann das Mitglied als solches auch unter anderen Gesichtspunkten betrachtet werden. Wenn ich mir befreundete Organisationen ansehe, wo viele Menschen die SPÖ unterstützen, aber keine eigentlichen Mitglieder sind. Und ich glaube, dass es notwendig ist, hier Kooperationsmodelle zu finden, was in den letzten Jahrzehnten etwas verabsäumt worden ist. Nämlich Angebote zu machen von der Familie bis hin zu den Jugendlichen, sie ein Stück des Weges hin zur Sozialdemokratie zu begleiten und vielleicht, ab einem gewissen Punkt, zu bitten, auch ihre Beiträge zu leisten. Das ist sozusagen die technische Betrachtungsweise. Die ideelle Betrachtungsweise sehe ich so, dass sich alle Parteien insofern verändert haben, dass sie sich immer mehr von dem Verquicken von diversen Leistungen mit einer Parteimitgliedschaft lösen. Noch mehr Bedeutung gewinnt der ideelle Faktor. Da ist es so, dass die Grundwerte der Sozialdemokratie, nämlich Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität, zwar alt sind, aber topmodern und überhaupt nicht verstaubt und es auch darum geht, diese Grundsätze modern zu leben und wir hier aufgrund von diversen Entwicklungen im Erstarken der FPÖ, im Schwächer-Werden der SPÖ doch sehr oft dazu übergegangen sind, Kompromisse einzugehen. Ich glaube, dass es wichtig ist, dieses Leben der vier Grundsätze auch in der Politik mehr nach außen hin zu signalisieren. Der letzte Punkt ist, dass man in einer Partei in einer Dienstleistungsgesellschaft die Serviceorientierung mehr herausstreichen muss, das heißt Mitglieder, ob auf Orts-, Bezirks- oder Landesebene, in den Dienstleistungsprozess einzubinden. Das beginnt bei Informationen über

Sozialtransferleistungen einer Gemeinde oder einem Land und hört auf, Parteimitglieder schlicht und einfach anzurufen und zu fragen, wie es geht.“⁶⁰⁰

Der bis zur Landtagswahl 2013 tätige Landesgeschäftsführer der SPÖ-Niederösterreich, Günter Steindl, meint auf die Frage, ob die SPÖ weiterhin Mitgliederpartei bleiben oder „neue Wege“ gehen soll: „Ich glaube, das eine schließt das andere nicht aus. Auf der einen Seite sind wir traditionell eine Mitgliederbewegung und eine Mitgliederpartei, wo wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, dass wir weiterhin zu Mitgliedern kommen. Wenn du keine Mitglieder und Funktionäre hast, kannst du als demokratische Partei nicht überleben. Die Mitgliederstruktur war immer das Rückgrat unserer Bewegung, daher müssen wir alles daran setzen, dass wir das dementsprechend aufrecht erhalten. Die Frage ist, welche neuen Methode ich anwende, um neue Mitglieder zu bekommen. Welche Methoden versuche ich, dass es attraktiv ist, ein Stück des Weges mit uns zu gehen? Muss ich immer gleich Vollmitglied werden, mit allen Rechten und Pflichten, oder gibt es Alternativlösungen? Oder dass man sagt, man ist in dieser Aktionsgruppe oder in dieser Themengruppe dabei. Wie schaut es aus mit Familienmitgliedschaften? Ist es heute wirklich so, dass wenn die Eltern bei der Partei sind, dass das Kind sozusagen auch Vollmitglied sein muss? Oder gibt es ein Familienangebot? Alles ist zu überlegen, zu hinterfragen und neu zu strukturieren. Ja, wir müssen weiterhin eine Mitgliederpartei bleiben. Wir müssen aber auf der anderen Seite neue Finanzierungsformen schaffen, damit wir finanziell das Rückgrat haben, um im politischen Alltagsleben dementsprechend wahrgenommen zu werden.“⁶⁰¹

Marcus Schober, Bildungssekretär der SPÖ-Wien, findet es „ganz wichtig, dass es immer wieder Gefahren gibt für herkömmliche Strukturen. Viele Strukturen sind viel zu lange in der Form verharret, wie sie jetzt sind. Es ist einer unserer Grundursprünge, dass wir für Veränderung sind. Ich sehe das weniger als Gefahr, sondern mehr als Chance.“⁶⁰² Zur Mitgliederpartei an sich gibt es für ihn allerdings keine Alternative: „Hier versuchen wir alles, dass wir nicht den Weg gehen, den schon einige

⁶⁰⁰ Interview mit Dr. Josef Leitner vom 11. Jänner 2010

⁶⁰¹ Interview mit Günter Steindl vom 24. August 2009

⁶⁰² Interview mit Mag. Marcus Schober vom 3. September 2009

sozialdemokratische Schwesterparteien gegangen sind. Gerade für die SPÖ Wien kann ich sagen, dass es unbedingt notwendig ist, eine Mitgliederpartei zu bleiben.⁶⁰³

Analysiert man die Aussagen der interviewten Repräsentanten der Sozialdemokratie, so kann man hinsichtlich der Argumentationen für die Mitgliederpartei als primären Aspekt die Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit der SPÖ herausarbeiten. Organisatorische Stärke wird unter anderem über die Zahl der Mitglieder definiert, die – trotz Rückganges in den letzten Jahrzehnten – noch immer ein wesentliches Fundament zur Unterstützung politischer Maßnahmen, Initiativen und Themensetzungen darstellt. Durch den Wegfall der Möglichkeiten, durch FunktionärInnen und MandatarInnen Hilfestellungen in den verschiedensten Lebensbereichen zu geben, bekommt die Mitgliedschaft für mehrere Interviewpartner einen anderen Stellenwert hin zu einer stärkeren ideologischen Bindung an die Partei. Das Denken nach dem “persönlichen Profit“ wird sozusagen ersetzt durch ein ideelles Bekenntnis zu sozialdemokratischen Werten.

Dennoch werden die Strukturen und parteiinternen Gegebenheiten, wie sie derzeit bestehen, auch kritisch gesehen. In den Statements wurden verschiedene Veränderungen oder Neuerungen auch direkt angesprochen. Dazu zählt auch eine Intensivierung der Diskussion und Kommunikation mit den Mitgliedern. In erster Linie wurden aber die Formen und Veränderungsmöglichkeiten der Mitgliedschaft an sich hervorgehoben. Etwa neue Arten für Interessierte in Themen- oder Projektgruppen weg von der reinen Vollmitgliedschaft. Auch wurde die Möglichkeit von Kombinationsmitgliedschaften in der SPÖ und einer befreundeten Organisation genannt. Wer derzeit Mitglied in der SPÖ ist, muss jährlich 68,40 € zahlen. Ist diese Person aber daneben noch in einer Vorfeldorganisation wie etwa den Naturfreunden oder im Pensionistenverband Mitglied, so muss er dort ebenfalls den Jahresbeitrag in entsprechender Höhe leisten. Eine attraktive Ermäßigung bei Kombinationen wird nämlich nicht angeboten.

Interessant ist, dass der finanzielle Aspekt der Mitgliedsbeiträge für das Agieren der SPÖ in den Interviews nie direkt genannt worden ist. Lediglich einmal wurde angesichts der Idee von neuen Formen der Mitgliedschaft auch die Notwendigkeit

⁶⁰³ Interview mit Mag. Marcus Schober vom 3. September 2009

erwähnt, neue Finanzierungsquellen zu erschließen, um auch künftig die Kommunikation politischer Inhalte optimal gestalten und begleiten zu können.

4.3 Die Anpassung der Organisationsstrukturen an neue Gegebenheiten

In diesem Kapitel möchte ich mich nun auf Basis der von mir durchgearbeiteten Sekundärliteratur sowie der bisherigen Analysen in meiner Dissertation mit drei Aspekten näher befassen und diese anhand der geführten Interviews bewerten und mögliche Lösungsmöglichkeiten für gegebene Probleme etwa in der Parteistruktur der SPÖ herausgearbeitet. Ich habe dafür zunächst die Einschätzung der Ist-Situation in einer allgemeinen Formulierung herausgearbeitet. Nach der Erfassung eines Reformbedarfes habe ich als Zwischenschritt eine Ausgangssituation formuliert und anschließend die zentralen Ideen für mögliche neue Wege (als Reformideen bezeichnet) punktuell aufgelistet. Diesbezüglich muss natürlich angemerkt werden, dass hier in keiner Weise der Anspruch eines Gesamtkonzeptes gestellt wird – es soll lediglich ein Fokus auf mögliche Aspekte für Reformschritte gerichtet werden.

Mit folgenden drei Punkten habe ich mich in diesem Kapitel näher befasst:

- Das Netzwerk der SPÖ in Österreich
- Die Durchlässigkeit der SPÖ-Strukturen: Die Interaktion mit Nicht-Parteimitgliedern und die Nutzung von Know-how außerhalb der herkömmlichen Strukturen
- Die Zukunft der Strukturen vor Ort

Bevor ich die Interviews hinsichtlich dieser Aspekte analysiere, möchte ich aber noch einige wichtige Informationen vorausschicken.

Dr. Hannes Wimmer schreibt in seinem Buch "Die Modernisierung politischer Systeme": „Die mitgliederstarken ‚Volksparteien‘ erscheinen wie ‚ratlose Riesen‘, die nicht wissen, wie sie ihre Modernisierungsdefizite beheben sollen.“⁶⁰⁴ Für den

⁶⁰⁴ Wimmer, Hannes: Die Modernisierung politischer Systeme. Staat – Parteien – Öffentlichkeit, Wien 2000, S. 688

Dozenten am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien ist zwar noch nicht der Zeitpunkt gegeben, genaue Aussagen über die künftige Entwicklung der Parteien treffen zu können, aber eine Möglichkeit sei, „daß der Mitgliederverlust weiter voranschreiten und auch durch noch so gefinkelte Strategien der Mitgliederwerbung nicht kompensierbar sein wird. Damit ginge die Geschichte der Parteien als ‚Massenparteien‘ in absehbarer Zeit zu Ende, wobei noch längere Zeit traditionelle und modernisierte Parteistrukturen nebeneinander bestehen werden.“⁶⁰⁵ Als Beispiel für einen neuen Weg nannte Wimmer das Anbieten von Dienstleistungen, „die von der ‚Dienstleistungsgesellschaft‘ der freien Marktwirtschaft nicht angeboten werden, z.B. ein ‚Bürgerservice‘ für all jene, die im Umgang mit den staatlichen Bürokratien Schwierigkeiten haben“⁶⁰⁶. Die Sektionslokale würden sozusagen zu Service- und Beratungszentren mit gut ausgebildeten Beraterinnen und Beratern umgewandelt werden. In diese Richtung geht etwa die SPÖ-Niederösterreich mit der Forcierung der Sozialombudsleute. Diese werden von der Volkshilfe ausgebildet und die Initiative wird primär von den Orts- und Stadtorganisationen vor Ort, dem sozialdemokratischen GemeindevertreterInnenverband oder dem Pensionistenverband getragen. Die Sozialombudsfrauen und Sozialombudsmänner sollen älteren Menschen bei allen offenen Fragen eine Erstanlaufstelle sein und etwa über Unterstützungen, Zuschüsse oder Behördenangebote informieren. Das Ziel der gesamten Initiative ist es, „Ansprechpersonen in den Gemeinden für die Fragen und Anliegen der älteren Bevölkerung und für Menschen mit sozialen Bedürfnissen zu installieren. Die Betroffenen sollen die Sicherheit haben, dass es jemanden gibt, der für sie da ist, an den sie sich wenden können und der ihnen hilft. Dies soll nicht nur den sozialen Zusammenhalt fördern, sondern auch Vereinsamung entgegenwirken.“⁶⁰⁷ Bei einem Herbsttreffen der NÖ-Sozialombudsleute im November 2011 konnte man bereits berichten, dass man über 1.250 Personen ausgebildet hat, die nun vor Ort tätig sind.⁶⁰⁸

⁶⁰⁵ Wimmer, Hannes: Die Modernisierung politischer Systeme. Staat – Parteien – Öffentlichkeit, Wien 2000, S. 688–689

⁶⁰⁶ Ebenda, S. 689

⁶⁰⁷ OTS-Aussendung vom 24. August 2010, OTS0144

⁶⁰⁸ Vgl. „Über 1.000 ehrenamtliche Sozialombudsleute“: <http://www.noe-volkshilfe.at/1008,---3434,6,2.html> (gefunden am 2. Februar 2012)

Ein weiteres Entwicklungsszenarium von Parteien könnte nach Hannes Wimmer auch die Möglichkeit sein, dass sie sich auf reine „wahlbezogene Organisationen“⁶⁰⁹ reduzieren: „In diese Richtung deuten die derzeit schon bestehenden Tendenzen zur Professionalisierung der Karrieremuster, die auf eine ‚Massenbasis‘ nicht mehr angewiesen sind.“⁶¹⁰

Ich habe in einem Interview den ehemaligen Bundesparteivorsitzenden und Bundeskanzler Alfred Gusenbauer gefragt, wo er mögliche Antworten auf die zunehmende Überalterung des Mitgliederapparates sieht und wie er die Entwicklung der Parteistruktur an sich beurteilt. Seine Antwort möchte ich meinen Ausführungen voranstellen: „Der Apparat der SPÖ bringt in Wirklichkeit heute relativ wenig, weil die aktiven Mitglieder nur mehr eine verschwindende Minderheit sind. Diese werden auch betreut, aber dafür ist unsere derzeitige Organisationsstruktur eine völlig überbordende. Letztendlich muss die SPÖ bei einer derzeit statischen Organisationsstruktur zu einer dynamischeren kommen. Es braucht Kampagnenfähigkeit zwischen den Wahlen auf allen Ebenen, wozu wir Leute, die so etwas machen können und so etwas unterstützen können, brauchen. Wir müssen an der Vernetzung, an der Vorbereitung von Wählerkoalitionen für eine künftige Wahlauseinandersetzung arbeiten. Dies sind alles Themen, die in einer klassischen Organisationsstruktur der Sozialdemokratie meistens Randthemen oder zusätzliche Themen sind, für die es meistens nicht die Kapazitäten gibt, die man braucht. Weil im Großen die vorhandenen Mitteln in der Erhaltung eines in Wirklichkeit redundanten Apparates aufgehen.“⁶¹¹

Eine sehr interessante Erfassung über die tatsächlichen Aktivitäten und die Einbettung in das jeweilige lokale Netzwerk der Basisstrukturen zeigt eine von der SPD von März bis Mai 2010 durchgeführte tiefgehende Befragung ihrer insgesamt 4.234 Ortsvereine. Auf diese gingen Felix Butzlaff und Matthias Micus in ihrem Beitrag „Mao in Berlin? Die SPD auf der Suche nach einem neuen Projekt“ in: „Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand“ ein. Die Beteiligung an der Untersuchung lag bei 44 Prozent. Natürlich können die

⁶⁰⁹ Wimmer, Hannes: Die Modernisierung politischer Systeme. Staat – Parteien – Öffentlichkeit, Wien 2000, S. 690

⁶¹⁰ Ebenda

⁶¹¹ Interview mit Dr. Alfred Gusenbauer vom 5. November 2009

Ergebnisse nicht direkt auf die SPÖ umgelegt werden. Für eine Großpartei wie die SPD mit einer strukturellen Durchdringung in allen Bereichen der Gesellschaft sowie auf allen Gebietsebenen zeigt sich aber ein Bild einer eher inaktiven Basisebene. Im Detail ergab sich aus der Studie: „53 Prozent der Ortsvereine – und es sei nochmals darauf hingewiesen, dass dies die vermutlich ‚aktiven‘ sind – organisieren zwei (!) oder weniger ‚politische‘ Veranstaltungen pro Jahr. 55 Prozent veranstalten zwei oder weniger Veranstaltungen aus der Rubrik ‚Sonstige‘ und 51 Prozent lediglich ein oder zwei Mitgliederversammlungen im Jahr. Knapp 60 Prozent der teilgenommenen Ortsvereine unterhalten keinerlei Zusammenarbeit mit lokalen Gewerkschaften (mehr), und mit Sozialverbänden und Bürgerinitiativen gibt es bei 47 Prozent keine engere Zusammenarbeit.“⁶¹²

In dem 2001 erschienen Buch „Der rasende Tanker. Analysen und Konzepte zur Modernisierung sozialdemokratischer Organisationen“ umriss der damals erst seit Kurzem im Amt befindliche SPÖ Bundesparteivorsitzende Dr. Alfred Gusenbauer kurz die Hauptaufgaben einer Parteiorganisation: „Politik gestalten; Themen vorgeben; Wählerinnen, Wähler und Mitglieder gewinnen, einbinden und betreuen; Ehrenamtliche optimal unterstützen“⁶¹³. Für einen effizienten und erfolgsorientierten Parteiapparat bedarf es seiner Ansicht nach folgender Voraussetzungen:

- „1. Schlankere und effizientere Entscheidungsstrukturen.
2. Funktionsfähige Koordinationsstrukturen, in denen organisierter Austausch im Sinne von Netzwerken an die Stelle hierarchischer Organisationskultur tritt.
3. Kampagnen- und wahlkampfadäquate Regionalstrukturen, die stärker inhaltlich und funktional als räumlich gegliedert, auf Projektmanagement ausgerichtet sind.
4. Strategische Organisationsinstrumente, die Partizipation und Rekrutierung jener gesellschaftlichen Gruppen möglich machen, die uns fehlen (Kontakt zu bestehenden Netzwerken in unserer Gesellschaft; gezielte Förderung von Frauen;

⁶¹² Butzlaff, Felix; Micus, Matthias; Walter, Franz (Hrsg.): Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand, Göttingen 2011, S. 17

⁶¹³ Gusenbauer, Alfred: Zeitgemäße Positionierungen – erneuerte Organisationen. Reformperspektiven der SPÖ in Opposition, in: Bartels, Hans-Peter; Machnig, Matthias (Hrsg.): Der rasende Tanker. Analysen und Konzepte zur Modernisierung der sozialdemokratischen Organisation, Göttingen 2001, S. 202

alternative Modelle in der Jugendarbeit; Nutzung moderner Kommunikationstechnologien; neue Rekrutierungsmuster, gestützt durch Vorwahlen, *Assessments* etc.).

5. Moderne Personalentwicklung und entsprechende Qualifizierungsprojekte.⁶¹⁴

Vor allem den Punkt 3 seiner Ausführungen macht Gusenbauer folgend am konkreten Beispiel der Bezirksgeschäftsstellen fest: „Die Personalkapazität auf Ebene der Bezirksgeschäftsführungen sinkt, die Aufgaben werden aber umfangreicher und qualitativ anspruchsvoller. Aus diesem Grund ist es notwendig, auf bezirksübergreifender Ebene Teams zu schaffen, die jeweils mehrere Bezirke betreuen, in sich Spezialisierungen ausprägen können und gesamthaft somit für die betreuten ehrenamtlichen Strukturen bessere Dienstleistungen als heute schaffen, was zum Beispiel die Beratung von Mandatsträgerinnen und -trägern auf kommunalpolitischer Ebene oder die Professionalisierung der regionalen Kommunikation betrifft.“⁶¹⁵

Aufgrund der angehäuften Schulden der Bundes-SPÖ und des massiven Wunsches der Landesorganisationen nach mehr direkten Gestaltungsmöglichkeiten hatte man sich schließlich am 1. Juli 2000 dazu entschieden, die Bundes-Personalhoheit über die bisherigen MitarbeiterInnen in den Bezirksgeschäftsstellen und den Landesgeschäftsstellen an die Landesorganisationen abzutreten.⁶¹⁶ Damit verlor aber die Bundesorganisation einen entscheidenden Einflussbereich.

Ich möchte auch die stärkere Einbindung von Mitgliedern in Entscheidungsprozesse über direkte Befragungen nicht unerwähnt lassen, wenngleich ich keinen speziellen Fokus in meiner Arbeit darauf gerichtet habe. In den Interviews habe ich folglich lediglich einmal eine konkrete Frage dazu an Josef Leitner gerichtet. Für ihn ist klar, dass in Zeiten einer immer höher gebildeten und emanzipierten Gesellschaft die Botschaft der Politik nicht lauten kann: „Alle fünf oder vier Jahre fragen wir euch eh,

⁶¹⁴ Gusenbauer, Alfred: Zeitgemäße Positionierungen – erneuerte Organisationen. Reformperspektiven der SPÖ in Opposition, in: Bartels, Hans-Peter; Machnig, Matthias (Hrsg.): Der rasende Tanker. Analysen und Konzepte zur Modernisierung der sozialdemokratischen Organisation, Göttingen 2001, S. 202

⁶¹⁵ Ebenda, S. 202–203

⁶¹⁶ Laut tel. Auskunft der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle vom 7. Dezember 2012

ob ihr uns wollt und zwischendrin nicht.“⁶¹⁷. Leitner will dabei auch moderne Kommunikationsformen wie SMS, Facebook oder Twitter nutzen, denn seiner Ansicht nach geht es darum „Demokratie wieder richtig zu leben, nicht als Parallelgesellschaft sich zu entwickeln und sich auf Wahlgänge zu beschränken, sondern die Partizipation auch zu leben“⁶¹⁸.

Butzlaff und Micus setzten sich in ihrem gemeinsamen Beitrag im Buch “Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand“ auch mit der Frage nach den Vor- und Nachteilen einer stärkeren Einbindung der Mitglieder auseinander. Infolge der tiefgehenderen thematischen Auseinandersetzung mit verschiedenen Themenbereichen bedeutet dies ihrer Ansicht nach „für die Parteibasis in erster Linie einen wesentlich größeren Aufwand an Zeit und Engagement“⁶¹⁹.

Wenn man alle Aspekte von basisdemokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten unter den Mitgliedern beleuchtet, muss jedoch festgehalten werden, dass die Ergebnisse in keiner Weise auf den Willen der Wählerinnen und Wähler umgelegt werden dürfen. Es können starke innerparteiliche Gruppen sehr wohl durch eine starke Mobilisierung das Ergebnis bis zu einem gewissen Grad beeinflussen: „Gut organisierte Interessen (...) befinden sich bei plebiszitären Verfahren strukturell im Vorteil.“⁶²⁰

Plebiszitäre Instrumente bedeuten auch keine Schwächung der Führungsebene, sondern im Gegenteil kann diese Vorgehensweise auch bewusst genutzt werden. Damit könnte man die komplexe innerparteiliche Struktur und das Zusammenspiel der unterschiedlichen Interessengruppen bei der Entscheidungsfindung bewusst außer Kraft setzen: „Die eigentlichen Leidtragenden sind die mittleren Hierarchieebenen, die innerparteilichen Zwischeninstanzen, über deren Köpfe die Meinungsbildung hinweg läuft, wenn sich die Parteispitze durch den Appel au peuple direkt an die einfachen Mitglieder oder gleich die gesamte Bevölkerung wendet.“⁶²¹

⁶¹⁷ Interview mit Dr. Josef Leitner vom 11. Jänner 2010

⁶¹⁸ Ebenda

⁶¹⁹ Butzlaff, Felix; Micus, Matthias; Walter, Franz (Hrsg.): Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand, Göttingen 2011, S. 21

⁶²⁰ Ebenda, S. 22

⁶²¹ Ebenda, S. 23

Für Butzlaff und Micus geht es in erster Linie „um das Gefühl, man könnte sich bei Bedarf jederzeit an seine Partei wenden und in die Organisation offen und transparent die eigenen Gestaltungsansprüche hineinbringen“⁶²². Eine schlüssige Conclusio zu diesem Kapitel ist daher: „Nicht jeder möchte sich gleich und immer engagieren und einbringen müssen – dass er es aber könnte, dass er ernst genommen wird und seine Meinung erwünscht ist, bleibt für eine motivierte Mitgliedschaft unerlässlich.“⁶²³

4.3.1 Analyse der Interviews zur Organisationsstruktur der SPÖ

Im Folgenden möchte ich anhand der Aussagen in den geführten Interviews drei verschiedene Themenbereiche analysieren. Ich habe hierbei die Frage nach dem Netzwerk der SPÖ, jene nach der Durchlässigkeit der Parteistrukturen und die konkreten Reformideen der Basisstrukturen gewählt.

Aufgrund der unterschiedlichen Funktionen und Tätigkeitsfelder meiner Interviewpartner habe ich auch verschiedene Schwerpunkte bei meinen Fragestellungen gewählt. Bei den nun zu untersuchenden Bereiche „Netzwerk“, „Durchlässigkeit“ sowie „Strukturänderung“ ist untenstehend dargestellt, an welche Person diesbezüglich eine Frage dazu gestellt wurde.

⁶²² Butzlaff, Felix; Micus, Matthias; Walter, Franz (Hrsg.): Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand, Göttingen 2011, S. 21–22

⁶²³ Ebenda, S. 22

Abb. 11: Fragen an die Interviewpartner zu den Untersuchungsbereichen ⁶²⁴

	Netzwerk	Durchlässigkeit	Strukturänderungen
Bösch	0	X	0
Bulfon	X	X	0
Duffek	X	X	0
Farthofer	0	0	0
Gusenbauer	X	X	0
Höferl	X	X	0
Kräuter	X	X	X
Leitner	0	X	X
Reisenbichler	0	0	0
Scheele	0	0	0
Schieder	X	X	X
Schober	0	X	X
Steindl	X	X	X
Swoboda	0	0	0

Ich habe mich bei meinen Interviews an einen groben Leitfaden gehalten, der es ermöglicht hat, die unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche und Ebenen der InterviewpartnerInnen zu berücksichtigen und auf den jeweiligen Interviewpartner näher einzugehen. Dadurch können sich bei der Formulierung der Fragen Abweichungen ergeben. In den Einleitungen zu den folgenden Untersuchungsfeldern habe ich aber die zentrale/n Fragestellung/en vorangestellt.

Wie bereits zu Beginn dieses Kapitels angemerkt, habe ich bei der Auswertung der Aussagen in den Interviews zuerst eine Analyse der Ist-Situation vorgenommen. Dabei habe ich die zentralen Botschaften der Interviewten aus der Fragebeantwortung wiedergegeben. Mit der Erfassung eines möglichen Reformbedarfes konnte eine Ausgangssituation formuliert werden. Daraus folgend habe ich die wesentlichsten Reformideen aus den Antworten punktuell aufgelistet. Die Ergebnisse resultieren aus der Antwort zur Frage selbst oder aus den Erläuterungen von direkt damit zusammenhängenden (Nach-)Fragen. Sowohl beim Ist-Zustand als auch bei den Reformideen habe ich die meiner Ansicht nach zentralsten Botschaften der Interviewpartner herausgegriffen. Durch die

⁶²⁴ Quelle: Interviews im Anhang der Dissertation

Formulierung der Ausgangssituation soll überdies ein kurzes Meinungsbild dargestellt werden.

4.3.1.1 Das Netzwerk der SPÖ in Österreich

In sieben (Bulfon, Duffek, Gusenbauer, Höferl, Kräuter, Schieder, Steindl) der im Anhang angefügten Interviews, habe ich das Thema "Das Netzwerk der SPÖ in Österreich" angesprochen und den zentralen Frageinhalt an die Interviewpartner gerichtet, wie sie denn die Stärke des Netzwerkes der SPÖ einschätzen und wie sie es im Vergleich zu jenem der ÖVP gesehen wird. Bei zwei Antworten konnte ich diesbezüglich Reformideen herausarbeiten. Das Netzwerk hat zwar auf den ersten Blick nur sehr bedingt etwas mit der Organisationsstruktur zu tun, dennoch habe ich mich bewusst für eine nähere Auseinandersetzung damit entschieden. Wenn man den Anspruch hat, die Gesellschaft in sozialdemokratischer Hinsicht und im Sinne der Werte dieser Bewegung zu gestalten, dann bedarf es des Einflusses und der Personen, die in den verschiedensten Positionen Gestaltungsmöglichkeiten haben. Die Ausdünnung der Organisationsstruktur durch den Mitgliederrückgang und die damit verbundenen finanziellen Einschränkungen sowie ein immer geringer werdender Wählerzuspruch verbunden mit koalitionsabhängigen Zwängen vermindern den Gestaltungsspielraum der SPÖ sowie die Kampagnenfähigkeit. Ein funktionierendes Netzwerk kann daher für die politische Arbeit durchaus von großer Bedeutung sein.

- Ist-Situation / Erfassung eines möglichen Reformbedarfes

Für den Klubdirektor im Wiener SPÖ-Rathausklub, Dr. Andreas Höferl, hat die Österreichische Volkspartei „heute eigentlich rund um Industriellenvereinigung, Raiffeisenverband und Wirtschaftskammer ein sehr weit verbreitetes Netzwerk. Da ist die SPÖ ins Hintertreffen geraten.“⁶²⁵ Die Begründung sieht er folgendermaßen: „Die SPÖ hat es in den letzten 15 bis 20 Jahren vernachlässigt, ihr Netzwerk zu stärken.“⁶²⁶ Der ehemalige Bundesgeschäftsführer Dr. Günther Kräuter befindet auf Basis einer Analyse des Netzwerkforschers Dr. Harald Katzmaier „eine erdrückende

⁶²⁵ Interview mit Dr. Andreas Höferl vom 29. September 2009

⁶²⁶ Ebenda

Allianz von Raiffeisensektor, Banken und Versicherungswelt“⁶²⁷ auf der ÖVP-Seite „und verschwindend gering noch feststellbar die SPÖ-Netzwerke“⁶²⁸.

Für den Staatssekretär im Finanzministerium, Andreas Schieder, „gilt für den Bankensektor, Industriesektor hin zum Gewerbesektor ganz, ganz stark, dass es hier ein wirtschaftspolitisches, konservatives Netzwerk gibt.“⁶²⁹

Karl Duffek, seinerseits Direktor des Renner-Institutes, leitet die aktuelle Situation auch aus einem historischen Zusammenhang ab: „Die ÖVP war uns immer voraus und zwar in zweierlei Hinsicht: aufgrund ihrer Vernetzung im Ökonomischen und aufgrund einer sehr starken Tradition der Vernetzung gesellschaftlicher Eliten. Sie hatten mehr Akademiker und Akademikerinnen, hatten ihre entsprechenden Verbindungen und diese hatten eine sehr, sehr hohe Stabilität.“⁶³⁰

In der ländlichen Struktur kommt zusätzlich mit dem Bauernbund ein Netzwerkfaktor der ÖVP hinzu, den Günter Steindl, zum Zeitpunkt des Interviews Landesgeschäftsführer der SPÖ-NÖ, anspricht: „Wenn ich mir anschau, was allein der Bauernbund schon an Nachwuchsarbeit pflegt, nur durch die Einnahmen des Bauernbundballs, durch die Vernetzungen in der Wirtschaft, wo diese dann untergebracht werden. Die haben durch den wirtschaftlichen Kontakt viel, viel größere Möglichkeiten als wir.“⁶³¹

Für den ehemaligen Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzenden Dr. Alfred Gusenbauer ist das Netzwerk der ÖVP gegenüber jenem der SPÖ „bedeutend stärker“⁶³². Es stellt sich nun natürlich die Frage, warum trotz langjähriger Regierungsbeteiligung das Netzwerk der österreichischen Sozialdemokratie in die Ökonomie nur sehr partiell gegeben ist? Dies hänge für Gusenbauer „natürlich zusammen mit den gesamten wirtschaftlichen Katastrophenleistungen der Vergangenheit von Konsum bis BAWAG, die die sozialdemokratische Kompetenz im

⁶²⁷ Interview mit Dr. Günther Kräuter vom 20. August 2009

⁶²⁸ Ebenda

⁶²⁹ Interview mit Mag. Andreas Schieder vom 24. September 2009

⁶³⁰ Interview mit Mag. Karl Duffek vom 21. Oktober 2009

⁶³¹ Interview mit Günter Steindl vom 24. August 2009

⁶³² Interview mit Dr. Alfred Gusenbauer vom 5. November 2009

Wirtschaftsbereich geschwächt haben.⁶³³ Auch Steindl merkt an: Mit „dem Auflösen der verstaatlichten Industrie, mit dem Verkauf der Bank Austria, dem Desaster der BAWAG, hat man natürlich keine Unternehmen mehr im Hintergrund.“⁶³⁴

Als Folge dieser Situation sieht Gusenbauer eine stärkere Innenausrichtung der SPÖ: „Gleichzeitig haben weniger Einfluss und weniger Mitglieder der SPÖ nicht zu einer neuen Außenorientierung der SPÖ, sondern im Gegenteil, zu einer immer stärkeren Nabelschau geführt. Ich orte auch kein Bemühen, neue Schichten anzusprechen oder Konflikte zu politisieren, mit denen neue Schichten erschlossen werden können.“⁶³⁵

Das ehemalige Mitglied im europäischen Parlament, Wolfgang Bulfon, vertritt die Auffassung, dass in der SPÖ „jeder ein bisschen ein Einzelkämpfer ist, sein persönliches Netzwerk hat, aber es bringt er oder sie nicht zum allgemeinen Interesse der Partei ein.“⁶³⁶

- Ausgangssituation:

Einhellige Meinung ist, dass das Netzwerk der SPÖ gegenüber jenem der ÖVP schwächer ausgebaut ist. Das liegt in der mehrheitlichen Meinung daran, dass Mitglieder und SympathisantInnen der Volkspartei im Bereich der Finanz- und Bankinstitute und in großen Wirtschaftsunternehmen überproportional stark vertreten sind.

- Reformideen (Direkt aus den jeweiligen Interviews; auf Zitate wurde bewusst verzichtet):

Kräuter: Bessere Vernetzung der SPÖ in Freizeit, Hobby- und Erlebnisbereich. Mehr Beziehungsebenen außerhalb der klassischen Parteistrukturen.

Schieder: Nicht nur die traditionellen Kanäle schaffen Kontakt zu den Menschen. Mit sozialdemokratischen Wertvorstellungen für die Gesellschaft und Ökonomie können

⁶³³ Interview mit Dr. Alfred Gusenbauer vom 5. November 2009

⁶³⁴ Interview mit Günter Steindl vom 24. August 2009

⁶³⁵ Interview mit Dr. Alfred Gusenbauer vom 5. November 2009

⁶³⁶ Interview mit Wolfgang Bulfon vom 3. Oktober 2009

auch Freiberufler, Internet-Unternehmer, Designer, Jungkünstler, Personalberater, Werbegurus etc. zumindest teilweise angesprochen werden.

4.3.1.2 Die Durchlässigkeit der SPÖ-Strukturen: Die Interaktion mit Nicht-Parteimitgliedern und die Nutzung von Know-how außerhalb der herkömmlichen Strukturen

Hierbei geht es um die Frage, ob es der SPÖ gelingt, außerhalb ihrer Strukturen und jenen nahen Organisationseinheiten, wie etwa den Verankerungen in den Betrieben durch die FSG, in eine Interaktion mit Nicht-Mitgliedern und Sympathisanten zu treten. Erreicht man überhaupt noch die Menschen dort, wo sie ihre Lebensmittelpunkte haben und ihre privaten Interessen verfolgen? Gelingt es auch, Menschen die etwa in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst arbeiten, der SPÖ wohlwollend gegenüberstehen an die Partei zu binden, etwa durch die Mitarbeit in Projekten bei denen sie ihr Know-how zur Verfügung stellen. Oder ist die SPÖ eher ein geschlossenes System?

Ich habe 10 der insgesamt 14 Interviewpartner mit diesem Themenbereich konfrontiert. Dies waren: Bösch, Bulfon, Duffek, Gusenbauer, Höferl, Kräuter, Leitner, Schieder, Schober, Steindl.

- Ist-Situation/ Erfassung eines Reformbedarfes

Für Karl Duffek, ist die Fokussierung der SPÖ auf ihre Kern-Organisationsstrukturen „nicht nur ein Problem der SPÖ, sondern auch der Gewerkschaften.“⁶³⁷ Duffek meint dazu weiters: „Arbeit, Freizeit, Zeit mit den Freunden werden an unterschiedlichen Orten verbracht. Man hat seine bestimmten Interessen, wo man sich ein entsprechendes Angebot erwartet. Auf diese neue Situation muss man sich einlassen, aber natürlich ist der Arbeitsplatz eine Konstante, die für die Organisation ungeheuer wichtig ist. Und je geringer der Organisationsgrad auch in den Gewerkschaften wird, desto schwieriger ist es auch für die SPÖ. Insofern war

⁶³⁷ Interview mit Mag. Karl Duffek vom 21. Oktober 2009

natürlich die BAWAG-Krise und nachher die gewisse Abkoppelung zwischen Partei und Gewerkschaft ein Riesenproblem.“⁶³⁸

Auch wenn sozialdemokratische GewerkschafterInnen etwa als BetriebsrätInnen in den Unternehmen aktiv und mit guten Wahlergebnissen ausgestattet sind, stellt sich für Alfred Gusenbauer die Situation so dar, „dass selbst dort, wo gute Betriebsräte arbeiten, das nicht mehr deckungsgleich zu setzen ist mit einer politischen Arbeit für die Sozialdemokratie. Denn gut arbeitende Betriebsräte können gute Wahlergebnisse erreichen. Es heißt aber nicht, dass jemand, der einen sozialdemokratischen Betriebsrat hat, dann bei politischen Wahlen auch die Sozialdemokratie wählt. Das klappt in einem immer stärkeren Ausmaß auseinander.“⁶³⁹ Andreas Höferl legt als Klubdirektor der SPÖ Wien einen Fokus auf die Herausforderungen in den urbanen Gebieten. Für ihn ist hier die Politik gerade „heute viel mehr gefordert, Politik mit den Bürgern zu machen, weil die sind durch ihre Bildung viel selbstständiger, selbstbewusster, denken viel mehr nach und haben höhere Ansprüche. Da führt kein Weg vorbei, dass man sich als Partei öffnet, dass man Menschen mitgestalten und mitsprechen lässt. Hier hat die SPÖ einiges nachzuholen. Die Strukturen sind einigermaßen unzugänglich derzeit und wenn sich das nicht ändert, wird diese Form der politischen Organisation aussterben. Dann werden sich die Menschen schlicht und einfach andere Felder suchen, wo sie Gehör finden und sich betätigen können. Wenn die SPÖ nicht selbst die größte Bürgerinitiative ist, dann werden die Leute eben andere Bürgerinitiativen gründen oder ihnen beitreten.“ Als Fakt in der aktuellen politischen Situation hat Kräuter die „immer geringer werdende Vermittlungschance, sei es eben von Wohnungsmöglichkeit über Arbeitsplatzangebote“⁶⁴⁰ angesprochen, „die nur mehr zu einem verschwindend kleinen Anteil überhaupt möglich sind“⁶⁴¹. Leitner legt als ehemaliger Vorsitzender der mitgliederstärksten Landesorganisation die tatsächliche Durchdringung der Gewerkschaftsstrukturen in seinem Bundesland dar: „Wir gehen sehr wohl auf die Lebenswelten der Menschen zu, indem wir verstärkt mit den befreundeten Organisationen zusammenarbeiten und dort, wo wir organisiert sind, uns auch ansehen lassen und uns mit den Menschen austauschen. Ich besuche

⁶³⁸ Interview mit Mag. Karl Duffek vom 21. Oktober 2009

⁶³⁹ Interview mit Dr. Alfred Gusenbauer vom 5. November 2009

⁶⁴⁰ Interview mit Dr. Günther Kräuter vom 20. August 2009

⁶⁴¹ Ebenda

laufend Betriebe, die gut organisiert sind und nehme mir auch Zeit mit den Menschen zu reden, mich mit ihnen auszutauschen und ich glaube ziemlich genau zu wissen, was die Menschen an uns stört und was sie auch an uns interessiert und freut. Aber, wir wissen, dass in NÖ 70 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in nicht organisierten Betrieben arbeiten.“⁶⁴² Staatssekretär Mag. Schieder stellte am 24. September 2009 bei seinem Interview grundsätzlich fest, dass es für die SPÖ beim Dialog mit Menschen aus der Privatwirtschaft oder aus dem öffentlichen Dienst überaus wichtig sei, Regierungsverantwortung inne zu haben: „Es ist sehr schwierig aus der Oppositionsrolle heraus so etwas zu organisieren. Es sind ja auch starke Netzwerke, die der Macht folgen. Nachdem die Sozialdemokratie seit zwei Jahren mitregiert oder die Regierungschefs stellt, quasi wieder mit an der Regierung ist, ist es eine der großen Aufgaben, hier auch wieder Netzwerkstrukturen, Diskussionsstrukturen zu schärfen.“⁶⁴³ Mag. Marcus Schober sieht als Wiener Bildungssekretär eine klare Beteiligungsmöglichkeit in der SPÖ als offene Partei für Interessierte, die sich einbringen wollen: „Jeder, der sich engagieren will, kann sich in der Sozialdemokratie engagieren. Es wird oft übersehen, dass von den ganzen Strukturen her, von Bezirk, Land, du fast immer die Möglichkeit hast, dich in einer Form zu engagieren.“⁶⁴⁴

Günter Steindl orientiert sich bei der Einbindung von Menschen in erster Linie an der Basisebene und den dort am stärksten gegebenen persönlichen Kontakt: „Ich glaube, dass in erster Linie immer der persönliche Kontakt vor Ort ausschlaggebend ist, ob man jemanden überzeugen kann oder nicht überzeugen kann. Es gibt sicher Menschen, die sagen: Aufgrund der jetzigen wirtschaftlichen Situation und aufgrund der politischen Großwetterlage bin ich bereit, mich als SPÖler zu deklarieren und mitzuarbeiten. Aber wenn ich mir die Gemeindestrukturen so anschau, geht es in erster Linie darum, von wem werde ich angesprochen oder ist dieser Mensch sympathisch. Macht es mir Spaß mit dem gemeinsam zu arbeiten.“⁶⁴⁵

⁶⁴² Interview mit Dr. Josef Leitner vom 11. Jänner 2010

⁶⁴³ Interview mit Mag. Andreas Schieder vom 24. September 2009

⁶⁴⁴ Interview mit Mag. Marcus Schober vom 3. September 2009

⁶⁴⁵ Interview mit Günter Steindl vom 24. August 2009

Für Wolfgang Bulfon macht die Partei in der Vermittlung ihrer Botschaften „den Fehler, dass sie sich zu sehr nach rein ökonomischen Kriterien ausgerichtet hat.“⁶⁴⁶ Mag. Herbert Bösch hat keine allgemeine Ist-Situation in seiner Fragebeantwortung formuliert, sondern hat sofort eine konkrete Reformidee entworfen.

- Ausgangssituation:

Es handelt sich hierbei zweifelsohne um einen breiten Themenbereich. Daher ergaben sich auch in der Beantwortung unterschiedliche Herangehensweisen. Es kann aber festgehalten werden, dass es bei den Befragten aus ihren Antworten heraus abgeleitet ein klares (Problem-)Bewusstsein darüber gibt, dass es zu einer stärkeren Interaktion zwischen der Partei und SympathisantInnen kommen sollte, die SPÖ kein abgeschottetes System sein darf und der Grad der gesellschaftlichen Durchdringung über die herkömmlichen Organisations- und Kommunikationsstrukturen immer stärker zurückgeht oder gering ausgeprägt ist. Letzteres etwa belegt durch die Aussage von Ex-Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Leitner, dass 70 Prozent der ArbeitnehmerInnen in Niederösterreich in nicht organisierten Betrieben arbeiten.

- Reformideen (Direkt aus den jeweiligen Interviews; auf Zitate wurde bewusst verzichtet):

Bösch: Breit angelegter inhaltlicher Beteiligungsprozess. Als Vorbild könnte jener unter dem SPÖ-Vorsitzenden Bruno Kreisky dienen.

Bulfon: Es bedarf eines stärkeren inhaltlichen Dialoges der Sozialdemokratie mit den Menschen, der in erster Linie nicht-materielle Werte transportiert. Es gilt das Bewusstsein und Selbstbewusstsein derjenigen, die vom Schicksal oder von ihren Startbedingungen nicht gerade bevorzugt waren, zu heben.

Gusenbauer: Menschen können bei ihren Lebensinteressen nur dann abgeholt werden, wenn man relativ konkrete Konfliktfragen, die sich in der Politik oder in der Gesellschaft stellen, auch dementsprechend politisiert. Die SPÖ braucht daher eine neue Botschaft. Dies solle eine Kombination von menschlicher Sicherheit und

⁶⁴⁶ Interview mit Wolfgang Bulfon vom 3. Oktober 2009

Lebensqualität sein und umfasst Kinderbetreuung, Schule, Bildung, Chancen, Altenpflege etc.

Höferl: Die SPÖ muss sich im öffentlichen Raum zeigen. Durch Sektionslokale oder Bezirkssekretariate, die in irgendwelchen Hinterhöfen sind, werden die Menschen nicht zur SPÖ finden und man wird die SPÖ auch nicht als zugängliche, offene Partei empfinden. Bezirkssekretariate, die beispielsweise in ehemaligen Geschäftslokalen sind, mit einer schönen Auslage, wo man durch die Auslage schon sieht, da arbeiten Menschen miteinander oder da diskutieren Menschen miteinander, sind als Werbemaßnahme für die Partei wichtig.

Kräuter: Die SPÖ braucht einen großen gesellschaftspolitischen Entwurf, wo die Reise hingehet und wo Österreich in zehn bis zwölf Jahren stehen soll. Ein für jeden durchschaubarer und vorstellbarer Zeithorizont, wo sich Österreich dann gesellschaftspolitisch befinden soll.

Leitner: Man muss die Kommunikationsmöglichkeiten neuer Initiativen, wie beispielsweise jener der Eltern-Kind-Zentren der Kinderfreunde, nutzen.

Schober: Forcierung des Bildungsbereiches. Dadurch wird etwa eine stärkere thematische Auseinandersetzung mit politischen Feldern ermöglicht und in direkter Folge auch der Kontakt mit politischen MandatarInnen.

Steindl: Basisstrukturen vor Ort müssen gut funktionieren, damit Menschen direkt vor Ort angesprochen werden, Unterstützung bekommen und eventuell um mitarbeiten zu können.

4.3.1.3 Die Zukunft der Strukturen vor Ort

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs verfügt, wie bereits in dieser Arbeit angemerkt, über ein dichtes Netz an Basisstrukturen. Im Aufbau der Partei sind dies auf den unteren Ebenen die Sektionen, Orts- und Stadtorganisationen sowie die Bezirksorganisationen. Der ebenfalls bereits belegte Mitgliederrückgang hat natürlich auch Auswirkung auf das Parteileben in diesen Strukturen. Daher wird immer wieder

über Reformen des gegebenen Systems diskutiert. Im Folgenden soll aus den Erfahrungen von fünf FunktionsträgerInnen die gegebene Situation erfasst werden und ihre Vorstellungen beziehungsweise Ideen für einen möglichen künftigen Weg herausgearbeitet werden. Ich habe mich bei der Fragestellung zu diesem Thema für Ex-Bundesgeschäftsführer Kräuter, den ehemaligen NÖ-Landesparteivorsitzenden Leitner, den vormaligen Geschäftsführer der SPÖ-NÖ, Steindl, den Bezirksparteivorsitzenden von Penzing Schieder und den Wiener SPÖ-Bildungssekretär Schober entscheiden.

- Ist-Situation/ Erfassung eines Reformbedarfes

Günther Kräuter betonte in seiner Beantwortung meiner Frage zunächst die finanzielle Ausgangssituation: „Die Mittel werden jedenfalls knapper, die den politischen Parteien insgesamt zur Verfügung stehen. Also mit öffentlichen Zuwendungen ist insgesamt bestenfalls im selben Ausmaß zu rechnen.“⁶⁴⁷ Josef Leitner vertritt die Auffassung, „dass die traditionelle Struktur der Sektion, der Ortsorganisation, der Bezirksorganisation und der Landesorganisation nach wie vor notwendig ist, um flächendeckend tätig zu sein, jedoch zum Beispiel in NÖ hat die FPÖ überhaupt keine Struktur und erhält bei den Landtagswahlen fast 15 Prozent der Stimmen. Das heißt, man sollte nicht den Fehler machen und glauben, dass Erfolg und Misserfolg einzig von den traditionellen Strukturen abhängig ist. Ich glaube, wir brauchen sie als Mitgliederorganisation und als Serviceorganisation, um vor Ort näher zum Mitglied zu kommen, öfters als vielleicht ein Mal im Jahr und gleichsam die politischen Prozesse zu koordinieren.“⁶⁴⁸ Staatssekretär Schieder berichtet über seine persönlichen Erfahrungen mit den Strukturen der SPÖ: „Ich bin sehr mit der Partei aufgewachsen, dass ich natürlich auch sehe, wo wir herkommen. Eine Organisationsstruktur, wo in jedem Gemeindebau unten ein Parteilokal ist. Das wussten alle Mieter, dort ist die Partei und da gehen wir hin, wenn wir Sorgen haben. Dort gehen wir hin, wenn man was wissen will und dort sitzen alle Leute. Inzwischen haben sich die Strukturen so verändert, dass erstens einmal sozialdemokratische Wähler oder potenzielle sozialdemokratische Wähler nicht mehr im Gemeindebau wohnen, sondern auch woanders. Ich kann mich noch an Erzählungen erinnern, wie

⁶⁴⁷ Interview mit Dr. Günther Kräuter vom 20. August 2009

⁶⁴⁸ Interview mit Dr. Josef Leitner vom 11. Jänner 2010

die SPÖ Fernsehabende organisiert hat. Keiner hatte einen Fernseher. Eine lustige Geschichte aus meinem Bezirk. Johanna Dohnal hat lange bevor sie Staatssekretärin war, als Bezirksfunktionärin in Penzing Fernsehabende organisiert. Sie hat einen Fernseher in ein Lokal gestellt und man kam zuschauen, weil keiner einen Fernseher zu Hause gehabt hat. Es ist natürlich toll. Weil man natürlich nach der Nachrichtensendung die Diskussionsmöglichkeit oder die Deutungsmöglichkeit hat. Inzwischen hat sich die Welt geändert. Wir haben auch keine Parteizeitung mehr. Auch die Medienlandschaft und Informationslandschaft hat sich geändert. Und sie ist gerade noch einmal in einer Änderung. Nämlich mit dem Internet. Wenn wir uns anschauen, wie junge Leute das Internet nutzen, ist das noch einmal ganz anders. Da schaut man nicht mehr ZIB 1 im ORF. Wenn man wissen will, was los ist, weiß man das schon aus dem Internet. Man will nur noch schauen, wie der ORF darüber berichtet. Das heißt, die Aufgabe der SPÖ ist weniger, sozialen Raum zu schaffen für jene Leute, die nicht wissen, was sie am Abend tun soll. Inzwischen organisiert das Privatleben jeder für sich selber.“⁶⁴⁹ Er fügt hinzu, dass eine Veränderung des Erscheinungsbildes der Parteilokale nicht einfach sei, „vor allem deshalb auch schwierig, weil uns natürlich das Geld vorne und hinten fehlt. Ein Sektionslokal heutzutage schaut natürlich so wie in den 60er Jahren aus – aber etwas mehr abgesehen und abgewohnt. Nicht wirklich attraktiv.“⁶⁵⁰ Der Bildungssekretär der SPÖ Wien, Marcus Schober, hält dennoch an der Struktur der Sektionen fest: „Ich glaube, dass es gerade in der jetzigen Phase, egal welches Thema man jetzt hernimmt, ob es Migration ist oder andere Felder, die gerade diskutiert werden, dass die Sektion vor Ort, mit Leuten, die sich engagieren, ein wichtiger Bestandteil ist.“⁶⁵¹

Interessant sind die Ausführungen vom ehemaligen Landesgeschäftsführer der SPÖ-NÖ, Günter Steindl, der vom Wissen um die Notwendigkeit tiefgehender Reformen auf der einen und den realpolitischen Gegebenheiten auf der anderen Seite näher eingeht: „Gescheit wäre eine große Strukturreform durchzuführen. Nur merke ich, dass das natürlich mit vielen schon gewohnten Arbeitsabläufen zusammenhängt, dass auf der Bezirksebene eine Solidarisierung stattfindet zwischen hauptamtlich Beschäftigten und Funktionären. Das eine ist, das am Reißbrett zu kreieren und aufgrund der finanziellen Gegebenheiten umzusetzen. Das Zweite ist, die Menschen

⁶⁴⁹ Interview mit Mag. Andreas Schieder vom 24. September 2009

⁶⁵⁰ Ebenda

⁶⁵¹ Interview mit Mag. Marcus Schober vom 3. September 2009

davon zu überzeugen, weil jede Veränderung, die man verordnet, stößt sofort auf Ablehnung. Dies ist die große Herausforderung. Wenn man es umsetzen könnte, wäre in Wirklichkeit der große Schritt der bessere. Da jeder Bezirk, annähernd jeder Bezirk, einen eigenen Bezirksgeschäftsführer hat, will man sich als Funktionär ihn auch nicht wegnehmen lassen, weil es auf die Reputation oder den Einfluss Auswirkungen hat. Für die Parteistruktur ist es aber unbedingt notwendig, eine Reform zu machen.“⁶⁵²

- Ausgangssituation:

Keiner der fünf Befragten hat sich für eine Auflösung der Basisstrukturen ausgesprochen oder sie generell als überholt bezeichnet. Die aktuell begrenzten finanziellen Mittel wurden jedoch von drei Personen direkt angesprochen.

- Reformideen (Direkt aus den jeweiligen Interviews; auf Zitate wurde bewusst verzichtet):

Kräuter: Alle möglichen Sparsamkeitsfelder und Effizienzmöglichkeiten sollten genutzt werden. Eine von vielen Reformüberlegungen kann sein: Wo brauche ich aus politischen und strategischen Gründen Bezirksgeschäftsstellen?

Leitner: Es sollten klare Zielvereinbarungen mit Bezirks- und Ortsorganisationen getroffen werden.

Schieder: Die Notwendigkeit ist gegeben, Politik zu diskutieren: Was will man in seiner Nachbarschaft, was will man in seiner Stadt, was will man in seinem Bezirk, was will man in seinem Land, was will man in Europa. Und diese Diskussion bereitzustellen ist Aufgabe zukünftiger Sektionen. Nutzung verschiedener befreundeter Organisationen (als Beispiel wurden die Kinderfreunde genannt) um mit neuen Zielgruppen in Dialog zu kommen und Freizeitangebote abseits der Kommerzwelt zu bieten.

Schober: Versuch, die Jugend wieder für Politik zu interessieren, ist wichtig. Da bestehen große Chancen vor allem in der Bereitstellung von Raum, in der

⁶⁵² Interview mit Günter Steindl vom 24. August 2009

Bereitstellung von Möglichkeiten politische Leute direkt zu treffen. Sektionen zu schließen, sei prinzipiell falsch. Diese sollten in politische Zentren umgewandelt werden, die auch von anderen Vereinen genutzt werden können.

Steindl: Genaue Definition der Aufgabenfelder bzw. Aufgabenbereiche der BezirksgeschäftsführerInnen mit klaren Zielvereinbarungen. Zum Beispiel: Welche Möglichkeiten der Mitgliederwerbung gibt es? Welche Modelle und Anwendungen liegen vor? Es gibt immer "best practice Beispiele", die man nur ummünzen muss und auf die regionalen Gegebenheiten anpassen muss. Wie schaut es aus mit Besuchen in den Ortsorganisationen? Wie ist der Support der BezirksgeschäftsführerInnen bei den Vorsitzenden und Ortsorganisationen? Wie oft war er dort? Es hängt sehr viel am Anforderungsprofil des Bezirksgeschäftsführers, um in der Ortsorganisation dementsprechend motivierte und engagierte FunktionärInnen zu haben.

5 Österreichs Sozialdemokratie und die Europäische Union

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union brachte eine neue politische Entscheidungsebene – ein „übergeordnetes politisches System“⁶⁵³ – mit sich und führte in der Folge zu einer Reihe von Veränderungen sowie Adaptierungsmaßnahmen. Ab diesem Zeitpunkt musste "Europa" mitgedacht und mitbedacht werden – bei nationalen Entscheidungen und bei Gesetzwerdungsprozessen auf supranationaler Ebene.

Ein entscheidendes Argument vor dem Beitritt war die Mitgestaltungsmöglichkeit Österreichs in Europa. Vor allem als kleiner Mitgliedsstaat ist es überaus wichtig einen aktiven Beitrag in der Union zu leisten. „Nur wenn eine kohärente und plausibel argumentierbare Position auf allen Ebenen der EU-Entscheidungsfindung eingebracht und taktisch klug vertreten wird, hat ein einzelnes Land Chancen, im vielstimmigen Konzert der 25 EU-Staaten Gehör zu finden.“⁶⁵⁴ Die Notwendigkeit einer intensiven Vernetzung gilt allerdings nicht nur für Regierungsmitglieder beziehungsweise auf der Ebene der FachministerInnen, sondern umfasst ein breites

⁶⁵³ Falkner, Gerda: Zur „Europäisierung“ des österreichischen politischen Systems, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006, S. 82

⁶⁵⁴ Ebenda, S. 92

Spektrum. Für Bundesländer, Kommunen, Interessenvertretungen und Parteien ist ein direkter Kommunikationsfluss aus und nach Brüssel unumgänglich. Europa wird gestaltet – das ist unbestreitbar. Die entscheidende Frage ist, wer sich einbringt und es gestaltet.

Der Weg Österreichs in die Europäische Union ist eng verbunden mit sozialdemokratischer Regierungsverantwortung. Demgegenüber steht das Verhältnis der SPÖ zum europäischen Einigungsprozess. Wie soll die Europäische Union für Österreichs SozialdemokratInnen in Zukunft aussehen? Welche konkreten Maßnahmen wurden zur Erreichung dieser Ziele gesetzt? Ist das Verhältnis zwischen den Perspektiven und den Handlungen stimmig?

Im folgenden Kapitel soll beleuchtet werden, wie sich die programmatische Positionierung entwickelt hat und heute darstellt, beziehungsweise wie in der Zeit der Mitgliedschaft Österreichs die konkreten Umsetzungsschritte aussahen. Daher soll ein Bogen von der Phase vor dem Beitritt über die wesentlichen Ereignisse in den Jahren der Mitgliedschaft bis zur aktuellen Vernetzung der Partei zu Mitgliedern in den europäischen Institutionen gespannt werden.

5.1 Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union

Am 8. Juni 1989 verabschiedete der Nationalrat eine EntschlieÙung, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde, „die Mitgliedschaft bei den Europäischen Gemeinschaften zu beantragen“⁶⁵⁵. Der damalige Außenminister Dr. Alois Mock datierte das Beitrittsansuchen mit dem 14. Juli 1989 – dem französischen Nationalfeiertag – da Frankreich zu diesem Zeitpunkt den Ratsvorsitz innehatte.⁶⁵⁶

„Herr Präsident!

Im Namen der Republik Österreich habe ich die Ehre, unter Bezugnahme auf Artikel 237 des Vertrages zur Gründung der Europäischen

⁶⁵⁵ Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 396

⁶⁵⁶ Vgl. Ebenda, S. 106

Wirtschaftsgemeinschaft den Antrag auf Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu stellen.

Österreich geht bei der Stellung dieses Antrages von der Wahrung seines international anerkannten Status der immerwährenden Neutralität, die auf dem Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 beruht, sowie davon aus, daß es auch als Mitglied der Europäischen Gemeinschaften aufgrund des Beitrittsvertrages in der Lage sein wird, die ihm aus seinem Status als immerwährend neutraler Staat erfließenden rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen und seine Neutralitätspolitik als spezifischen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa fortzusetzen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.⁶⁵⁷

Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzender Dr. Franz Vranitzky bekräftigte in seiner Rede beim Bundesparteitag in Linz am 14. Juni 1991 seinen Willen, Österreich in die Europäische Union zu führen und den Führungsanspruch der Sozialdemokratie dabei: „Die europäische Einigung ist ein historischer Prozeß von größter Tragweite. Es kann daher kein Zweifel daran bestehen, daß wir unsere Rolle nicht nur als Zeugen dieses historischen Prozesses, sondern als Mitgestalter verstehen wollen. Und zwar als Österreicher und als Sozialdemokraten. Ich stehe deshalb nicht an, zu bekennen: Unsere Heimat ist Österreich, unsere Zukunft Europa und der Weg dorthin die Sozialdemokratie!“⁶⁵⁸

Am 1. Februar 1993 begannen schließlich die offiziellen Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Schweden und Finnland. Jene mit Norwegen folgten am 5. April 1993.⁶⁵⁹

Zu den Befürwortern des Beitritts gehörten „die Bundesregierung bzw. die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, die Bundespräsidenten Waldheim und – noch stärker – Klestil, die Landeshauptleutekonferenz, die Verbände der

⁶⁵⁷ Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 107

⁶⁵⁸ Vranitzky, Franz: Zukunft Sozialdemokratie. Zukunft Europa. Die Rede beim Bundesparteitag in Linz am 14. Juni 1991, hrsg. von SPÖ-Zentrale, SPÖ-Information, Nr. 4, Wien 1991, S. 9

⁶⁵⁹ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 400

Sozialpartnerschaft und die überwiegende Mehrheit anderer ökonomischer Interessensorganisationen“⁶⁶⁰. Vonseiten der Medien gab es ebenso zumeist Unterstützung, wenngleich die damalige auflagenstarke Tageszeitung *täglich alles* und die ebenso zur Verlagsgruppe von Kurt Falk gehörende Wochenzeitung *Ganze Woche* massiv gegen einen Beitritt anschrieben. Die *Kronen Zeitung* änderte Anfang 1994 ihre Meinung und schwenkte auf die Linie der BefürworterInnen ein.⁶⁶¹

Gegen eine Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union positionierten sich zum Beispiel die Freiheitliche Partei Österreichs, die Grünen (Die Grüne Alternative) oder die KPÖ.⁶⁶² „Weiters sind zahlreiche Anti-Transit-Initiativen (besonders in Westösterreich, wie etwa das Transitforum Tirol) sowie eine Reihe von (Bürger-)Initiativen aus dem Kreis der Ökologie-, Anti-AKW- und Friedensbewegung, überparteiliche Personenkomitees unterschiedlichster Provenienz sowie Organisationen am rechten Rand des politischen Spektrums (etwa als größter Verband der Kärntner Heimatdienst) zu erwähnen.“⁶⁶³

Innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung stand primär die Sozialistische Jugend einem Beitritt Österreichs ablehnend beziehungsweise in großen Teilen skeptisch gegenüber: „Die Sozialistische Jugend hat 1988 unter dem Motto ‚Europa ist mehr‘ eine Kampagne gegen den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, wie damals die EU hieß, gestartet. Alfred Gusenbauer gehörte zu den wenigen in der Organisation, der schon damals die Bedeutung dieses Themas erkannte und er war damals wie wir alle gegen den EG-Beitritt. Unsere Hauptargumente waren die Erhaltung der immerwährenden Neutralität Österreichs und die drohende Militarisierung der EU, die neoliberale Politik und die damit verbundene Privatisierung, Abbau sozialer und Arbeitsrechte sowie die Entdemokratisierung. In den 90er Jahren war die Sozialistische Jugend zu diesem Thema gespalten – SJ Niederösterreich und Oberösterreich waren gegen den EG-Beitritt.“⁶⁶⁴

⁶⁶⁰ Schaller, Christian: „Ja“ oder „Nein“ zu „Europa“?, in: Pelinka, Anton (Hrsg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich, Wien 1994, S. 50

⁶⁶¹ Vgl. Ebenda S. 50–51

⁶⁶² Vgl. Ebenda, S. 51

⁶⁶³ Ebenda

⁶⁶⁴ Interview mit Alois Reisenbichler vom 7. Februar 2010

Wenn man die Literatur zu diesem Themenbereich durcharbeitet, so heben sich in der Zeit der Verhandlungen aus dem Regierungskabinett vor allem drei österreichische politische Persönlichkeiten auf europapolitischer Ebene hervor, die eng mit den Beitrittsbestrebungen Österreichs verbunden werden: Bundeskanzler Franz Vranitzky, die EU-Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Brigitte Ederer und Außenminister Alois Mock.

Am 30. März 1994 wurden die Verhandlungen mit Österreich formell abgeschlossen.⁶⁶⁵ Bereits in der Nacht des 1. März fand aber der „faktische Abschluß der österreichischen Beitrittsverhandlungen“⁶⁶⁶ statt.

Die Grünen fassten in ihrem Bundesvorstand einen einstimmigen Beschluss, das Verhandlungsergebnis abzulehnen. Die Freiheitliche Partei Österreichs unter Obmann Jörg Haider lehnte einen Beitritt Österreichs ab und zog diese Positionierung auch mit wenigen taktischen Abweichungen durch.⁶⁶⁷ Man sah vor der Nationalratswahl 1994 auch die Möglichkeit, „ein großes Reservoir an EU-Kritik parteitaktisch gegen die Große Koalition zu mobilisieren“⁶⁶⁸.

In den Reihen der FPÖ gab es aber auch einige BefürworterInnen eines EU-Beitrittes Österreichs, sodass die Entscheidung über die endgültige Positionierung auf einem Sonderparteitag im April 1994 gefällt wurde. Auf diesem stimmten 85,5 Prozent der Delegierten „einem Antrag Haiders zu, den FPÖ-Abgeordneten im Parlament eine Ablehnung des EU-Beitrittsgesetzes zu ‚empfehlen‘, für die Volksabstimmung jedoch keine offizielle Empfehlung abzugeben“⁶⁶⁹.

Für „die traditionelle ‚Europa-Partei‘ FPÖ“⁶⁷⁰ war der Schwenk in Richtung einer Anti-EU-Haltung eine Zäsur. In dem 1992 erschienenen Gesprächsband „Franz Vranitzky im Gespräch mit Armin Thurnher“ erwähnte der SPÖ-Vorsitzende Vranitzky auch diese Haltungsänderung und machte aus seiner Meinung betreffend der nicht

⁶⁶⁵ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 401

⁶⁶⁶ Schaller, Christian: „Ja“ oder „Nein“ zu „Europa“?, in: Pelinka, Anton (Hrsg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich, Wien 1994, S. 53

⁶⁶⁷ Vgl. Ebenda, S. 54

⁶⁶⁸ Ebenda

⁶⁶⁹ Ebenda, S. 58

⁶⁷⁰ Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 136

gegebenen Pakt- und Zusammenarbeitsfähigkeit der Freiheitlichen keinen Hehl: „Wenn eine Partei, die noch vor zwei Jahren zu den stärksten Befürworterinnen eines EG-Beitritts gehört hat, nun dagegen ist, sagt das bereits alles über ihre Seriosität. Vor nicht allzu langer Zeit hörte man noch aus dieser Ecke, nur die EG könne verhindern, daß Österreich zu einer Bettlerrepublik wird.“⁶⁷¹

Am 5. Mai stimmte der Nationalrat dem Bundesverfassungsgesetz über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union mit 140 gegen 35 Stimmen zu. SPÖ, ÖVP, das Liberale Forum und Monika Langthaler von den Grünen votierten dafür, die restlichen MandatarInnen des Grünen Klubs und die FPÖ dagegen. Der Bundesrat folgte mit 51 Pro- und 11 Gegenstimmen.⁶⁷²

Im Vorfeld der Volksabstimmung spitzte sich die Auseinandersetzung primär zwischen Bundeskanzler Vranitzky als Spitzenmann der SPÖ und FPÖ-Obmann Haider immer stärker zu. Jörg Haider fokussierte aber zweifelsohne sehr stark auf die Nationalratswahl 1994⁶⁷³, die seiner Partei dann auch ein Ergebnis von 22,5 Prozent bescherte. 1.042.332 WählerInnen votierten für die FPÖ und dies brachte der Partei 42 Mandate im Nationalrat. Die SPÖ erreichte 34,9 Prozent und die ÖVP 27,7 Prozent der Stimmen.⁶⁷⁴

Eine Verknüpfung des Ausganges der Volksabstimmung mit seinem persönlichen Schicksal lehnte Bundeskanzler Franz Vranitzky aber ab, weil er „keine Situation schaffen wollte, die mediale Verbindungen in die Nähe von Erpressungsversuchen zulassen könnte“⁶⁷⁵.

Ein Referendum war deshalb notwendig geworden, da „mit dem Beitrittsvertrag eine Gesamtänderung der Bundesverfassung herbeigeführt würde und dieser somit einer Volksabstimmung unterzogen werden musste“⁶⁷⁶.

⁶⁷¹ Thurnher, Armin: Franz Vranitzky im Gespräch mit Armin Thurnher, Frankfurt am Main 1992, S. 66

⁶⁷² Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 131

⁶⁷³ Vgl. Schaller, Christian: „Ja“ oder „Nein“ zu „Europa“?, in: Pelinka, Anton (Hrsg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich, Wien 1994, S. 63–74

⁶⁷⁴ Vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1994.aspx (gefunden am 14. Oktober 2010)

⁶⁷⁵ „Vranitzky rechnet mit Ja zur EU und betont: ‘Kein Rücktritt bei einem Nein‘“, *Der Standard*, vom 11. Juni 1994, S. 6

⁶⁷⁶ Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 131

Die Stimmungslage in der Bevölkerung im Vorfeld zeigt eine Befragung des Meinungsforschungsinstitutes IFES von März 1993 bis Mai 1994. Diese verdeutlicht eine Entwicklung hin zu einer stärkeren Befürwortung eines Beitrittes: 285 Personen wurden fünfmal zu ihrer Meinung über einen möglichen Beitritt Österreichs zur Europäischen Union befragt. In der ersten Welle (März - April 1993) gab es mit 40 zu 39 Prozent „beinahe einen Gleichstand zwischen Beitritts-Befürwortern und Beitritts-Gegnern“⁶⁷⁷. In der Befragung von 5. bis 11. Jänner 1994 entwickelte sich ein Überhang von 14 Prozent zugunsten der BefürworterInnen. 48 Prozent sprachen sich für einen Beitritt aus und 34 Prozent dagegen. Dies verstärkte sich sogar, und die Stimmen für die EU-Mitgliedschaft erreichten 55 Prozent gegenüber 32 Prozent ablehnende Meinungen (Untersuchung von 7. bis 11. März 1994). Von 19. bis 21. April 1994 steigerte sich die Zustimmung nochmals und erreichte 57 Prozent, wobei auch die EU-GegnerInnen auf 36 Prozent zulegen konnten. In der letzten Befragungsphase (24. bis 25. Mai 1994) zeigte sich ein Wert von 55 Prozent Pro- und 39 Prozent Nein-Stimmen.⁶⁷⁸

Bei der Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union am 12. Juni 1994 beteiligten sich 82,35 Prozent der insgesamt 5.790.578 Wahlberechtigten. Damit gaben 4.768.401 Österreicherinnen und Österreicher ihre Stimme ab. 43.570 Stimmzettel wurden für ungültig erklärt und 4.724.831 Stimmen kamen zur Auszählung. 3.145.981 Personen votierten mit Ja, was 66,58 Prozent entsprach. 1.578.850 Wahlberechtigte lehnten einen Beitritt ab. Das waren 33,42 Prozent. Die höchste Zustimmung gab es im Burgenland mit 74,66 Prozent. In Tirol stimmten lediglich 56,66 Prozent mit Ja.⁶⁷⁹

In dem von Anton Pelinka herausgegebenen Buch "EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich" zeigt eine von Erich Neuwirth in seinem Beitrag "Wählerstromanalyse für die EU-Volksabstimmung" publizierte Analyse, dass 71,3 Prozent der SPÖ-WählerInnen für den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union stimmten. 22,3 Prozent votierten dagegen. 6,4 Prozent zählten zu der Gruppe der Nicht- oder UngültigwählerInnen. Die Schwankungsbreite bei den angegebenen

⁶⁷⁷ Ogris, Günther: Der Diskussionsprozeß vor der EU-Abstimmung, in: Pelinka, Anton (Hrsg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich, Wien 1994, S. 122

⁶⁷⁸ Vgl. Ebenda

⁶⁷⁹ Vgl. Anhang: Amtliches Endergebnis insgesamt und nach Bundesländern, in: Pelinka, Anton (Hrsg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich, Wien 1994, S. 197

Prozentsätzen liegt bei 4,1. In realen Zahlen waren es rund 1.432.000 Pro-Stimmen und etwa 449.000 Nein-Stimmen aus den SPÖ-Reihen. 57,4 Prozent der ÖVP-WählerInnen haben mit Ja gestimmt und 35,7 Prozent mit Nein (Schwankungsbreite +/- 2,8). WählerInnen der FPÖ votierten zu 46,6 Prozent für und mit 51,6 Prozent gegen den EU-Beitritt Österreichs (+/- 17,4). Die Wählerinnen und Wähler der Grünen Alternative (GR-AL) stimmten mit 75,4 Prozent für einen Beitritt und lediglich zu 19,7 Prozent dagegen (+/- 25,7). Am Gesamtergebnis gemessen, kamen von den Ja-Stimmen bei der Volksabstimmung 46,3 Prozent aus dem SPÖ-Lager, 27,9 Prozent von der ÖVP, 11,7 Prozent von der FPÖ und 5,2 Prozent der Pro-Stimmen können dem Segment der Grün-WählerInnen zugeordnet werden. Damit war die Unterstützung „bei SPÖ- und GR-AL-Wählern am höchsten, und zwar selbst bei Berücksichtigung des relativ großen möglichen Schätzfehlers für die von der GR-AL-kommenden Stimmen“⁶⁸⁰.

In den Bundesländern Burgenland, Oberösterreich, Steiermark und Wien kam mehr als die Hälfte der Pro-Stimmen des Gesamtergebnisses aus dem SPÖ-WählerInnen-Segment. Zumindest 40 Prozent Unterstützung konnte in Kärnten, Niederösterreich und Salzburg erreicht werden. Derartige Werte konnten von der ÖVP nicht erreicht werden. Die höchste Zustimmung aus ihren Reihen konnte im Burgenland mit 34,6 Prozent erzielt werden.⁶⁸¹

28,6 Prozent der ablehnenden Stimmen kamen beim Abstimmungsergebnis von SPÖ-WählerInnen, 34,4 Prozent von der ÖVP und 25,6 Prozent der freiheitlichen WählerInnen votierten gegen einen Beitritt. Bei den Nein-Stimmen können 2,7 Prozent auf die Grünen zurückgeführt werden.⁶⁸²

Betrachtet man die ablehnenden Stimmen, so fällt der Anteil von 46,2 Prozent in Wien aus dem SPÖ-Bereich auf. In Niederösterreich kamen 33,2 Prozent und in Kärnten 30,6 Prozent von SPÖ-WählerInnen.⁶⁸³

⁶⁸⁰ Neuwirth, Erich: Wählerstromanalyse für die EU-Volksabstimmung, in: Pelinka, Anton (Hrsg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich, Wien 1994, S. 153

⁶⁸¹ Vgl. Ebenda

⁶⁸² Vgl. Ebenda, S. 157

⁶⁸³ Vgl. Ebenda

Das Segment der Nicht- und Ungültig-WählerInnen wurde in Kärnten mit 36,5 Prozent am höchsten aus dem Segment der SPÖ-WählerInnen gespeist. Über 20 Prozent war dies noch in der Steiermark (20,9), in Tirol (22,9) und in Vorarlberg (26,3 Prozent) gegeben.⁶⁸⁴

Insgesamt muss festgehalten werden, dass der Mobilisierungsgrad der Parteien bei der Volksabstimmung über einen möglichen EU-Beitritt Österreichs sehr hoch war, „nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz der Wähler, die eine der untersuchten Parteien gewählt haben, hat bei der EU-Abstimmung keine gültige Stimme abgegeben“⁶⁸⁵.

Die finnische Bevölkerung votierte mit 57 Prozent für einen Beitritt ihres Landes, die Schwedinnen und Schweden stimmten einem EU-Beitritt ihres Landes mit 52,2 Prozent zu. In Norwegen hingegen setzten sich die GegnerInnen einer EU-Mitgliedschaft mit 52,2 Prozent durch.⁶⁸⁶

Bereits vor dem Beitritt verwies Franz Vranitzky in seiner Regierungserklärung am 30. November 1994 auf die Notwendigkeit eines intensiven europapolitischen Dialoges mit der Bevölkerung und die Unerlässlichkeit, europäische Strukturen, Zusammenhänge und Abläufe permanent zu erklären: „Das Ja der österreichischen Bevölkerung beschränkte sich deshalb nicht bloß auf eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern umfaßt auch die Bereitschaft zur vollen politischen Teilnahme an dieser Europäischen Union. Die Teilnahme an der EU ist ein politisches Projekt, das für jeden Österreicher überprüfbar ist. So hat sich die österreichische Europapolitik nächstes Jahr einem Test zu unterziehen: nämlich dann, wenn die Wahlen der österreichischen Vertreter zum Europaparlament stattfinden. Dazu gilt es, den Dialog mit den Bürgern zu Europa weiterzuführen. Dies wird einerseits durch die Fortsetzung der Informationstätigkeit der Bundesregierung geschehen, andererseits durch eine enge Einbindung der Mitglieder des österreichischen Parlaments bei der EU-Willensbildung. Es kann nicht sein, daß rege

⁶⁸⁴ Vgl. Neuwirth, Erich: Wählerstromanalyse für die EU-Volksabstimmung, in: Pelinka, Anton (Hrsg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich, Wien 1994, S. 157

⁶⁸⁵ Ebenda, S. 153

⁶⁸⁶ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 401–402

Debatten im Vorfeld der Volksabstimmung geführt wurden und daß dieser Diskurs bei Eintritt in die Union plötzlich abreißt.“⁶⁸⁷

5.2 Vom Beitritt bis zum Ende der Regierung Vranitzky (1995–1997)

Nach dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union mit 1. Jänner 1995 stand Franz Vranitzky noch bis zum 28. Jänner 1997 der Bundesregierung – in diesem konkreten Fall zweier unterschiedlicher Kabinette – als Kanzler vor.⁶⁸⁸

Die Zeit nach dem Beitritt war davon geprägt, „eine Politik der Anpassung an die Unionsstrukturen und der Übernahme der Gemeinschaftsspielregeln zu betreiben“⁶⁸⁹. Dies galt auch bei der Besetzung von Positionen in den Europäischen Institutionen, wobei „in absoluten EU-Spitzenfunktionen waren Österreicher eher selten anzutreffen“⁶⁹⁰.

Für den ehemaligen Außenminister im Kabinett Vranitzky I, Dr. Peter Jankowitsch⁶⁹¹, stellte sich mit dem Beitritt die Frage, welchen Kurs Österreich in den europäischen Institutionen und allgemein in der Europäischen Union „zu verfolgen hat, ja auch, welches die grundsätzliche Haltung Österreichs zu ihrer weiteren Entwicklung sein könnte“⁶⁹².

Für das politische und wirtschaftliche System unseres Landes brachte der Beitritt gravierende Änderungen mit sich: „Wesentliche Teile des früher national eingesetzten Instrumentariums unterliegen nun der gemeinsamen oder koordinierten Wirtschaftspolitik der EU. Dies trifft vor allem auf die Handels-, Wettbewerbs-, Währungs-, Landwirtschafts-, aber auch auf die Grundzüge der Budgetpolitik sowie in jüngster Zeit auf die Beschäftigungspolitik zu. Abstimmung ist jedoch auch für die Regional-, Infrastruktur-, Energie-, Umwelt-, Verkehrs-, Industrie- und Technologiepolitik zur täglichen Praxis geworden. Es fällt schon leichter, die

⁶⁸⁷ Erklärung der Bundesregierung. Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky vor dem Nationalrat. Wien, am 30. November 1994, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, SPÖ-Information, Nr. 8, Dezember, Wien 1994, S. 8

⁶⁸⁸ Vgl. www.bka.gv.at/site/3355/default.aspx (gefunden am 3. Juni 2013)

⁶⁸⁹ Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 143

⁶⁹⁰ Ebenda

⁶⁹¹ Vgl. Biografien, in: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Karner, Stefan; Halper, Dietmar (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Wien 2009, S. 574

⁶⁹² Jankowitsch, Peter: Österreichs Europapolitik im Parteienstreit, in: Ebenda, S. 269

Negativliste der im wesentlichen nicht ‚vergemeinschafteten‘ Bereiche aufzuzählen: Die wichtigsten nationalen Domänen sind noch im Lohn-, Arbeitsmarkt- und Sozialbereich sowie in der Wirkungsweise der öffentlichen Dienste einschließlich der Strukturen der Budgetgestaltung zu erblicken.⁶⁹³

In der konkreten politischen Arbeit bedeutete „dies nicht nur einen vielfach ungewohnten Bruch mit langjährigen Traditionen sowie guten und schlechten Gewohnheiten. Die Erfahrung, man könne es sich nicht mehr so informell (oft gleichbedeutend mit ungeniert) richten, hat manche traditionellen politischen Einflusssphären beeinträchtigt und da und dort ein Bild der Hilflosigkeit entstehen lassen. Zumindest oberflächlich erzwingt die Konformität mit EU-Regeln technokratische anstelle von bürokratischen und feudalen politischen Entscheidungsstrukturen, was in gar nicht kleinen Teilen der österreichischen politischen Landschaft als Bruch mit ‚gut österreichischen‘ Traditionen erscheinen muß.“⁶⁹⁴

Dem Europäischen Parlament gehörten nach dem Beitritt 21 MandatarInnen aus Österreich an. Bis zur ersten EU-Wahl wurden die Mitglieder aus den Reihen des Nationalrates beziehungsweise Bundesrates auf Basis des Ergebnisses der letzten Nationalratswahl ausgewählt.⁶⁹⁵

Der SPÖ standen acht Abgeordnete zu. In dieser Zeitspanne waren Mag. Herbert Bösch (1.1.1995 - 17.01.2007), Irene Crepaz (1.1.1995 - 10.11.1996), Erich Farthofer (1.1.1995 - 10.11.1996), Dkfm. Ilona Gränitz (1.1.1995 - 19.7.1999), Dr. Hilde Hawlicek (1.1.1995 - 10.11.1996), Dr. Elisabeth Hlavac (1.1.1995 - 10.11.1996), Albrecht Konecny (11.7.1995 - 10.11.1996), Erhard Meier (1.1.1995 - 10.11.1996) und Mag. Walter Posch (1.1.1995 - 30.6.1995) im Europäischen Parlament vertreten.⁶⁹⁶

⁶⁹³ Kramer, Helmut: Die Auswirkungen der Mitgliedschaft Österreichs in der EU – eine Zwischenbilanz: in: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1998, Wien 1999, S. 527

⁶⁹⁴ Ebenda, S. 528

⁶⁹⁵ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/history.aspx (gefunden am 12. August 2011)

⁶⁹⁶ Vgl. http://www.europarl.at/ressource/static/files/Oesterr._MEPs_seit_1995_-_Stand_Juli_2009.pdf, Europäisches Parlament – Informationsbüro in Österreich (gefunden am 15. August 2010)

Landwirtschaftsminister Franz Fischler von der ÖVP wurde Mitglied der Europäischen Kommission und war für den Agrarbereich zuständig.⁶⁹⁷

Für Herbert Bösch fehlte es aber bereits zu diesem Zeitpunkt an dem Anspruch der SPÖ die Europäische Union aktiv und engagiert im Sinne sozialdemokratischer Werte gestalten zu wollen. Dies zog sich allerdings über die Jahre hindurch und betraf für Bösch die inhaltlichen Schwerpunkte, die künftige Vision eines Europas und eine längerfristige Personalpolitik: „Man braucht auf jeder Ebene eine Vision. Man braucht überall einen Gestaltungswillen. Man muss überall sagen, wie soll in zehn Jahren meine Region, mein Land, Europa, die Welt aussehen. Hier muss man eine Idee haben und was muss ich unternehmen, damit es sich in die Richtung entwickelt, wie ich mir das vorstelle. Leider haben sich diese Dinge negativ angeglichen. Vielleicht hat es zuerst auf europäischer Ebene begonnen. Vielleicht weil man gesagt hat: ‚Es ist eh bloß Europa. Es interessiert uns nicht so recht. Wir überlassen es den anderen, den Schwarzen‘. Es hat doch schon 1995 mit der Überlassung der Position des Kommissars in Brüssel angefangen. Inzwischen zieht sich das durch. Denn wenn man nicht weiß, wie Europa aussehen soll, dann weiß man auch nicht, wie Österreich aussehen soll und umgekehrt. Man braucht eine Idee wie Österreich in ein paar Jahren aussehen soll, dann kann ich die paar Kräfte, die ich habe, und dazu gehört natürlich auch ein Kommissar in Brüssel, mobilisieren. Dann kann man sagen: ‚Jungs lauft, sucht Alliierte, versucht zu überzeugen. Macht eben jenes, was man in der Politik macht, um dieses bestimmte Ziel, das wir als Österreicherinnen und Österreicher für uns haben, zu erreichen‘.“⁶⁹⁸

Nach dem Beitritt mit 1.1.1995 mussten innerhalb von zwei Jahren Wahlen durchgeführt werden.⁶⁹⁹ Die erste Wahl zum Europäischen Parlament fand in Österreich am 13. Oktober 1996 statt. 5.800.377 Wahlberechtigte konnten ihre Stimmen abgeben und 3.928.538 taten dies auch. Das entsprach einer Wahlbeteiligung von 67,73 Prozent. 134.393 Stimmzettel wurden für ungültig erklärt und damit kamen 3.794.145 Stimmen zur Verteilung. Für die SPÖ votierten 1.105.910 WählerInnen. Das entsprach 29,15 Prozent. Die ÖVP konnte 1.124.921 Personen überzeugen, was sie mit 29,65 Prozent zur stimmenstärksten Partei

⁶⁹⁷ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 143

⁶⁹⁸ Interview mit Mag. Herbert Bösch vom 8. Oktober 2009

⁶⁹⁹ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/history.aspx (gefunden am 19. August 2010)

machte. 1.044.604 Wahlberechtigte – 27,53 Prozent – machten bei der FPÖ ihr Kreuz. Das „Liberale Forum – Heide Schmidt“ erreichte 161.583 Stimmen oder 4,26 Prozent. Für „Die Grünen – Die Grüne Alternative“ stimmten 258.250 WählerInnen. Damit erreichten sie 6,81 Prozent. 48.600 (1,28 Prozent) kreuzten „Die Neutralen – Bürgerinitiative“ an. Das „Forum Handicap“ erreichte 32.621 Stimmen oder 0,86 Prozent, und für die Kommunistische Partei Österreichs stimmten 17.656 Wählerinnen und Wähler, was 0,47 Prozent entsprach. Damit entsandte die SPÖ mit sechs Personen genauso viele MandatarInnen in das Europäische Parlament wie die FPÖ. Die ÖVP wurde mit sieben Abgeordneten die stärkste Delegation. Das Liberale Forum und die Grünen waren in dieser Legislaturperiode mit jeweils einer Mandatarin bzw. einem Mandatar vertreten.⁷⁰⁰

Dr. Maria Berger, Mag. Herbert Bösch, Harald Ettl, Dkfm. Ilona Gränitz, Dr. Hilde Hawlicek und Dr. Hannes Swoboda wurden für die SPÖ als Mitglieder des Europäischen Parlaments angelobt.

Für die Kanzler-Partei war dies zweifelsohne ein schmerzhaftes Ergebnis. SPÖ-Vorsitzender Dr. Franz Vranitzky brachte am Wahltag sein „tiefes Bedauern“⁷⁰¹ zum Ausdruck, dass es der SPÖ „nicht in ausreichendem Maß gelungen ist, potentielle Wähler zur Stimmabgabe zu bewegen“⁷⁰². Gegenüber der letzten Nationalratswahl lag eine „massiv geringere Wahlbeteiligung“⁷⁰³ vor. Dies änderte aber für den damaligen Bundeskanzler „nichts an der grundsätzlichen Richtigkeit der Mitgliedschaft, der österreichischen EU-Politik und der prinzipiellen Schwerpunkte“⁷⁰⁴.

FPÖ-Obmann Dr. Jörg Haider nannte das Ergebnis einen „Fingerzeig für die Regierung“⁷⁰⁵: „Offensichtlich seien die Österreicher dem Aufruf seiner Partei gefolgt, der Regierung einen Denkkzettel zu verpassen“⁷⁰⁶. Sollte man hier keinen Kurswechsel einleiten, dann würden die Regierungsparteien bei der nächsten Wahl ein „Waterloo“⁷⁰⁷ erleben.

⁷⁰⁰ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/1996/start.aspx (gefunden am 13. August.2010)

⁷⁰¹ „Schwere EU-Wahlschlappe für die SPÖ“, *Der Standard*, vom 14. Oktober 1996

⁷⁰² Ebenda

⁷⁰³ Ebenda

⁷⁰⁴ Ebenda

⁷⁰⁵ Ebenda

⁷⁰⁶ Ebenda

⁷⁰⁷ Ebenda

In die Regierungszeit von Franz Vranitzky fiel auch die inhaltliche Einigung auf den "Stabilitäts- und Wachstumspakt" beim Ratstreffen in Dublin. Dieser bedeutet für die Mitgliedsstaaten unter anderem kein höheres Budgetdefizit als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Ausgenommen davon sind Phasen oder Ereignisse, die schwere wirtschaftliche Rückschläge zur Folge haben. Der Kommission musste zweimal im Jahr über die aktuelle Situation berichtet werden, bestand die Gefahr einer Überschreitung, musste der Ministerrat dem Land konkrete Gegenmaßnahmen empfehlen.⁷⁰⁸ Die Konvergenzkriterien waren allgemein oftmals umstritten, da unter diesem Vorwand sozialpolitische Kürzungen in einigen Mitgliedsstaaten vorgenommen wurden. Die aktuelle Diskussion über eine fehlende Sozialunion und die Forderung der Europäischen Sozialdemokratie nach einer stärkeren Schwerpunktsetzung auf arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen ist Ergebnis einer Entwicklung, die auch von Mitgliedsstaaten mitgetragen wurde, deren Regierungschefs aus der Sozialdemokratie kommen. Herbert Bösch, ehemaliges Mitglied im Europäischen Parlament und bisher einziger österreichischer Ausschussvorsitzender, sieht das Fundament für den zumeist gegebenen Vertrauensverlust gegenüber den sozialdemokratischen Schwesterparteien in den Mitgliedsländern der EU schon länger gelegt: „Als ich 1995 rausgekommen bin, hatten von den damaligen 15 EU-Staaten elf einen sozialdemokratischen Regierungschef. Wenn man sagt, dass wie über Nacht der Neoliberalismus gekommen ist, stimmt das in keinsten Weise. Nein, es ging nur unter dem gewaltigen Zutun der Sozialdemokratie. Und man sagt so landläufig: ‚Man geht zum Schmied und nicht zum Schmiedl‘. Und die Sozialdemokratie ist hier nur Schmiedl“⁷⁰⁹.

Franz Vranitzky ist ein überzeugter Europäer und hat zweifelsohne einen überaus wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass die SPÖ den Pro-Beitrittskurs mitgetragen hat. Er hat in einem entscheidenden Ausmaß dazu beigetragen, dass viele Teile der Sozialdemokratie und der ArbeitnehmerInnenvertretung ihre skeptische Haltung gegenüber der Europäischen Union aufgaben.⁷¹⁰

⁷⁰⁸ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 402

⁷⁰⁹ Interview mit Mag. Herbert Bösch vom 8. Oktober 2009

⁷¹⁰ Vgl. Schaller, Christian: Österreichs Weg in die Europäische Union – E(W)G/EU-Diskurs in Österreich, in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreich. Die zweite Republik, Wien 1997, S. 56–57

Diese Erfahrung machte auch Erich Farthofer, der bis zur ersten Europawahl im EU-Parlament vertreten war: „Er (Vranitzky, Anm.) hat uns angehört, als wir unsere persönliche Situation vorgebracht haben. Er hat es schon anders gesehen als manche Parlamentarier-Kollegen. Vom Parlament her hast du keine Unterstützung gehabt. Vranitzky war aber absolut positiv eingestellt. Es war irrsinnig schwierig vom Klub her, da sie dich als EU-Abgeordneter nicht ernst genommen haben.“⁷¹¹

5.3 Die Regierung Klima 1997–2000

Die Amtszeit der Regierung Klima dauerte vom 28. Jänner 1997 bis 4. Februar 2000.⁷¹² Diese Periode war bezüglich der europäischen Geschehnisse eine sehr bewegte Zeit. Der Vertrag von Amsterdam trat in Kraft, Beitrittsprozesse wurden in Gang gesetzt, die Wirtschafts- und Währungsunion entwickelte sich immer konkreter hin zur Einführung des Euro als offiziellem Zahlungsmittel. Das Schengen-Abkommen trat in Kraft und ein Untersuchungsbericht eines vom Europäischen Parlament eingesetzten Weisenrates warf der Kommission massive Ungereimtheiten und Versäumnisse vor. Als Folge trat die gesamte Europäische Kommission zurück. Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 1998 hatte Österreich erstmals die EU-Ratspräsidentschaft inne.⁷¹³

Mit dem Beginn der Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten „ist der historische Prozeß der paneuropäischen Einigung in seine entscheidende Phase getreten. Die EU hat die Hauptverantwortung für diesen Prozeß übernommen und andere europäische Institutionen in eine zweitrangige Rolle verdrängt.“⁷¹⁴

Vor allem das Thema „Osterweiterung“ bewegte zum damaligen Zeitpunkt „die 15 EU-Mitgliedsstaaten in sehr unterschiedlicher Weise – je weiter entfernt, desto geringer das Interesse. In einem aber sind sich die EU-Bürger einig. Wenn jemand von der Erweiterung profitiert, dann wird es in erster Linie Österreich sein. Daß die

⁷¹¹ Interview mit Erich Farthofer vom 5. August 2009

⁷¹² Vgl. www.bka.gv.at/site/3355/default.aspx (gefunden am 19. September 2011)

⁷¹³ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 403–406

⁷¹⁴ Hinteregger, Gerald: Die Erweiterung der Europäischen Union, in: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1998, Wien 1999, S. 455

Österreicher selbst diese Sache grundlegend anders sehen, dokumentieren praktisch alle Meinungsumfragen.“⁷¹⁵

Im Erhebungszeitraum 20. bis 21. Oktober 1998 wurde beispielsweise vom Institut Fessel+GfK eine Telefonumfrage über die generelle Einstellung der österreichischen Bevölkerung zur EU-Osterweiterung durchgeführt. Die gestellte Frage lautete: “Wie stehen Sie allgemein zur Osterweiterung der EU? Sind Sie für oder gegen die EU-Osterweiterung? “ Zu diesem Zeitpunkt gaben 41 Prozent der Befragten an, eine EU-Osterweiterung zu befürworten. 55 Prozent sprachen sich aber gegen diese Entwicklung der Europäischen Union aus.⁷¹⁶ Bezogen auf die Präferenz für eine Partei waren nur die ÖVP-Anhänger „mehrheitlich für die Osterweiterung, die Parteigänger der SPÖ lehnten die EU-Osterweiterung zu 57% ab, die FPÖ-Anhänger sogar zu 73%“⁷¹⁷.

Die Motivationsgründe für die Stimmung in der österreichischen Bevölkerung zu Beginn der Verhandlungen wurden in einer Studie der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft ebenfalls im Oktober 1998 erhoben. 68 Prozent der ÖsterreicherInnen meinten, dass heimische Arbeitsplätze durch die Osterweiterung der Europäischen Union gefährdet seien. Für 76 Prozent würde sich der Druck auf österreichische Firmen durch die Konkurrenz aus den, zu diesem Zeitpunkt noch potentiellen, neuen Mitgliedsländer erhöhen. 72 Prozent nahmen an, dass es nach der Erweiterung zu einer Abwanderung von Betrieben kommen würde. Vom Anstieg der Kriminalität waren 59 Prozent der Befragten überzeugt.⁷¹⁸ Die tiefe Skepsis in der Bevölkerung gegenüber dem Beitritt der ehemaligen kommunistischen (Nachbar-)Staaten zur Europäischen Union oder die Öffnung der Grenzen durch das Schengen-Abkommen hat sich durchgehend erhalten und ist ausgesprochen emotional besetzt. Mit bloßen Zahlen, Daten und Statistiken ist dieser Stimmungslage nur schwer zu entgegnen, auch ob der Tatsache, dass manche Entwicklungen die Befürchtungen bestätigt beziehungsweise untermauert haben. Hier ist zweifelsohne ein längerfristig angelegtes Maßnahmenpaket notwendig, das

⁷¹⁵ Ofner, Günther: Die Erweiterung der Europäischen Union im Lichte der Meinungsforschung, in: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1998, Wien 1999, S. 444

⁷¹⁶ Vgl. Ebenda, S. 445

⁷¹⁷ Ebenda, S. 444

⁷¹⁸ Ebenda, S. 446

bei konkreten polizeilichen Aktivitäten gegen die Kriminalitätsbekämpfung in der Ostregion Österreichs bis zu vertrauensbildenden, grenzübergreifenden Projekten in Schulen reicht. Künftige Generationen werden durchaus ein anderes, positiver besetztes Bild von den Möglichkeiten, die das Zusammenwachsen der Länder und Regionen Europas bietet, haben. Dr. Caspar Einem, ehemaliger Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Innenminister, meinte treffend: „Wenn wir wollen, daß die EU-Erweiterung ein Erfolg wird, dann müssen wir uns dafür interessieren!“⁷¹⁹

Innenpolitisch initiierte die FPÖ ein „Schilling-Volksbegehren“, welches vom 24. November bis 1. Dezember 1997 zur Unterschrift auflag.⁷²⁰ Zielsetzung war es, dass vor der Euro-Einführung in Österreich eine Volksabstimmung durchgeführt werden müsse. Für die Freiheitliche Partei würde Österreich durch die Abschaffung des Schilling „seine währungs- und finanzpolitische Unabhängigkeit und Souveränität aufgeben und so die wichtigsten wirtschaftspolitischen Gestaltungsmittel verlieren. Ein derartig nachhaltiger Verlust an staatlicher Unabhängigkeit und Souveränität hat im Ergebnis gesamtändernden Charakter des Realverfassungsgefüges und bedarf daher zwingend der Durchführung einer Volksabstimmung.“⁷²¹ Als Bevollmächtigte fungierte Dr. Susanne Riess-Passer und als ihr Stellvertreter wurde Peter Westenthaler nominiert. Bundesweit unterzeichneten 253.949 Österreicherinnen und Österreicher gültig das Volksbegehren. Das waren 4,43 Prozent der insgesamt 5.730.259 Stimmberechtigten.⁷²²

Innerparteilich wurde unter dem Bundesparteivorsitzenden Viktor Klima beim außerordentlichen Bundesparteitag am 30. und 31. Oktober 1998 in Wien ein neues Grundsatzprogramm der SPÖ beschlossen. Im Kapitel „Politik jenseits enger Grenzen – das Projekt Europa“ wird darin im Gegensatz zum Parteiprogramm aus dem Jahr 1978 die Europäische Union ganz konkret angesprochen: „Für uns ist die Europäische Union daher eine Gemeinschaft der Solidarität, der Chancengleichheit, der Toleranz und der Sicherheit, die all jenen Staaten Europas offenstehen muß, die

⁷¹⁹ Einem, Caspar: Ein anderes Österreich in einem neuen Europa. Sozialdemokratische Alternativen, Wien 2001, S. 297

⁷²⁰ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/vb_xx_periode/start.aspx (gefunden am 31. Mai 2013)

⁷²¹ www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/vb_xx_periode/schilling/Einleitung.aspx (gefunden am 5. August 2010)

⁷²² Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbegehren/vb_xx_periode/schilling/Ergebnis.aspx (gefunden am 5. August 2010)

diese Werte teilen und die gemeinsam festgelegten Voraussetzungen erfüllen.“⁷²³ Um die Zustimmung der Bevölkerung zur Union zu sichern, ist es für die SPÖ notwendig, über die Gestaltung eines gemeinsamen Marktes hinauszugehen und einen stärkeren Schwerpunkt auf Beschäftigung und soziale Sicherheit zu legen: „Arbeitslosigkeit wird von uns niemals akzeptiert werden. Sie muß auf nationaler Ebene, aber auch durch verstärkte Anstrengungen auf europäischer Ebene bekämpft werden.“⁷²⁴ Erwähnt wird auch die Weiterentwicklung der europäischen Strukturen und Institutionen. Damit sich diese aber nicht verselbstständigen bzw. sich von den Interessen der BürgerInnen entfernen, bedarf es nach dem Grundsatzprogramm auch einer starken europäischen sozialdemokratischen Partei und eines starken Europäischen Parlaments.⁷²⁵ Die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU „muß schrittweise und nach sorgfältiger Vorbereitung bzw. nach einer Periode der Annäherung der Sozial- und Umweltstandards erfolgen, um sicherzustellen, daß die Erweiterung auch unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten Vorteile für ganz Europa bringt.“⁷²⁶

Die grundlegende Richtung der internationalen und europäischen Politik der SPÖ ist im Parteiprogramm aus dem Jahr 1978 im Kapitel „Österreich in der internationalen Gemeinschaft“ ausgeführt. Die Sozialisten machten sich dabei auf europäischer Ebene für folgende Initiativen stark:

- „Für eine aktive Mitwirkung Österreichs an den europäischen Einigungsbestrebungen; die Sozialisten treten in diesem Zusammenhang für eine alle demokratischen Staaten Europas umfassende Konföderation souveräner Länder – unter Bedachtnahme auf deren völkerrechtliche Verpflichtungen – ein.
- Für die Unterstützung der Tätigkeit des Europarates, der fast alle parlamentarischen Demokratien Europas umfaßt und den weitesten Rahmen der europäischen Einigungsbestrebungen darstellt.

⁷²³ III. Politische Perspektiven, III.11 Politik jenseits enger Grenzen – das Projekt Europa, (1): SPÖ. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag in Wien, 30.–31. Oktober 1998, hrsg. von SPÖ Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 27

⁷²⁴ Ebenda

⁷²⁵ Vgl. Ebenda

⁷²⁶ Ebenda, (16), S. 28

- Für die Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Freihandelsvertrages mit der EWG, unter Beachtung aller sich aus der immerwährenden Neutralität Österreichs ergebenden Verpflichtungen.⁷²⁷

Die Europäischen Gemeinschaften werden im gesamten internationalen Kapitel kein einziges Mal explizit erwähnt.

Am 13. Juni 1999 fand die zweite Wahl zum Europäischen Parlament in Österreich statt.⁷²⁸ Die SPÖ nominierte mit Dr. Hans-Peter Martin einen parteifreien Spitzenkandidaten. Er publizierte verschiedene Bücher, unter anderem „Die Globalisierungsfalle“ oder „Nachtschicht – eine Betriebsreportage“ und arbeitete als Redakteur für das deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*. Martin war Mitbegründer des Öko-Instituts Wien, Aufsichtsrat bei Greenpeace Deutschland und Co-Mitglied des Club of Rome.⁷²⁹ Für Hans-Peter Martin ging es bei dieser Wahl „um einen Neuanfang, um Jobs und um ernsthafte Kontrolle in der EU“⁷³⁰. Explizit wichtig war für ihn „die Bekämpfung der negativen Auswirkungen der Globalisierung. Man müsse auf die Fehler in Europa hinweisen. Wichtig seien etwa klare Richtlinien zum Kartellrecht und nicht eine Verordnung über die Länge oder Krümmung von Bananen.“⁷³¹ Für Viktor Klima stand Hans-Peter Martin „der Bewegung seit langem nahe“⁷³². „Martin wäre auch bereit, Mitglied zu werden, das stehe aber nicht im Mittelpunkt“⁷³³, meinte der damalige Parteivorsitzende.

Innerhalb der SPÖ stand man der Bestellung von Martin aber nicht in allen Landesorganisationen wohlwollend gegenüber. Vor allem in der SPÖ-Wien gab es kritische Stimmen. Hannes Swoboda, Spitzenkandidat des Jahres 1996, wurde auf den vierten Listenplatz gereiht.⁷³⁴ Das brachte ihm am Landesparteitag der SPÖ-Wien im April 1999 breite Unterstützung ein. Bürgermeister Dr. Michael Häupl meinte zu Swoboda: „So beliebt warst Du in der Partei noch nie. Und das ist gut

⁷²⁷ 3. Die Forderungen der Sozialisten, 3.6. Österreich in der internationalen Gemeinschaft, 3.6.2. Österreichs internationale Politik: Das neue Parteiprogramm der SPÖ. Beschlossen am 20. Mai 1978, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Wien o.J., S. 15

⁷²⁸ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/1999/Gesamtergebnis.aspx (gefunden am 31. Mai 2013)

⁷²⁹ Vgl. APA-Meldung vom 7. April 1999, APA0504

⁷³⁰ OTS-Aussendung vom 7. April 1999, OTS0235

⁷³¹ APA-Meldung vom 7. April 1999, APA0634

⁷³² OTS-Aussendung vom 7. April 1999, OTS0236

⁷³³ APA-Meldung vom 7. April 1999, APA0667

⁷³⁴ APA-Meldung vom 7. April 1999, APA0678

so.⁷³⁵ Der damalige Klubobmann der SPÖ-Wien Johann Hatzl meinte gegenüber dem parteifreien Hans-Peter Martin: „Wenn ein Spitzenkandidat bestellt werde, solle er sich voll zur Partei bekennen und Mitglied sein.“⁷³⁶ Als Ziel legte Hatzl den Gewinn von zwei Mandaten fest und merkte unmutig an, dass dann „ein Sozialdemokrat mehr im Parlament wäre“⁷³⁷.

Bei der Europawahl am 13. Juni 1999 wurden 2.888.733 Stimmzettel in die Urnen geworfen. 87.380 waren ungültig. Von den 2.801.353 gültigen Stimmen entfielen 30,67 Prozent auf die Österreichische Volkspartei – Ursula Stenzel. Damit votierten 859.175 Wahlberechtigte für die Liste 1. 888.338 Stimmen konnte die SPÖ bei dieser Wahl auf sich vereinen. Gesamt waren dies 31,71 Prozent. Die Freiheitliche Partei Österreichs überzeugte 655.519 Wahlberechtigte oder 23,40 Prozent. 260.273 Stimmen beziehungsweise 9,29 Prozent entfielen auf Die Grünen – Die Grüne Alternative. Das Liberale Forum erreichte 74.467 Stimmen, was 2,66 Prozent entsprach. Die Christlich Soziale Allianz (Liste Karl Habsburg) konnte 43.084 WählerInnen überzeugen (1,54 Prozent) und für die Kommunistische Partei Österreichs votierten 20.497 Personen bzw. 0,73 Prozent. Bei der Mandatsverteilung erreichten SPÖ und ÖVP jeweils sieben Mandate. Die Freiheitliche Partei Österreichs konnte fünf MandatarInnen nach Brüssel bzw. Straßburg entsenden. Zwei Abgeordnete entfielen auf die Grünen.⁷³⁸

Für die SPÖ zogen Dr. Hans-Peter Martin, Christa Prets, Dr. Maria Berger, Dr. Hannes Swoboda, Harald Ettl, Mag. Herbert Bösch und Mag.^a Karin Scheele in das Europäische Parlament ein.⁷³⁹

In einer telefonischen Wahltagsbefragung erfasste das Institut Fessel-GfK die zentralen Motive für die Wahlentscheidung.⁷⁴⁰ Von den SPÖ-WählerInnen gaben spontan 48 Prozent „Tradition“ oder „Stammwähler“ als ausschlaggebenden Grund an. 17 Prozent führten die Position der SPÖ zu Neutralität oder gegenüber der NATO

⁷³⁵ APA-Meldung vom 24. April 1999, APA0178

⁷³⁶ Ebenda

⁷³⁷ Ebenda

⁷³⁸ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/1999/Gesamtergebnis.aspx (gefunden am 31. Mai 2013)

⁷³⁹ Vgl. www.parlament.gv.at/WWER/EU/ALLE/ (gefunden am 5. Juni 2013)

⁷⁴⁰ Vgl. Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Sommer, Franz: Europawahlen oder Testwahlen? Analyse der Wahlen zum Europäischen Parlament 1999, in: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Burkert-Dottolo, Günther; Karner, Stefan (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1999, Wien 2000, S. 106

an. Jeweils 13 Prozent wählten die SozialdemokratInnen aus Zufriedenheit mit der SPÖ-Politik oder den Bereichen „Sozialpolitik“, „Schaffung von Arbeitsplätzen“. „Der Spitzenkandidat der SPÖ-Liste – Hans-Peter Martin – wurde nur von 12 Prozent der befragten SPÖ-Wähler/innen als primärer Entscheidungsfaktor angeführt.“⁷⁴¹ Fünf Prozent der telefonisch Befragten gaben als Entscheidungsgrund andere KandidatInnen beziehungsweise PolitikerInnen der SPÖ an. Da Bundeskanzler Klima in dieser Wahlkampagne prominent platziert wurde, wurde auch die Person Klima als Wahlmotiv genannt. „Trotz eines flächendeckenden und engagierten Einsatzes im SPÖ-Wahlkampf begründeten nur 5 % der befragten SPÖ-Wähler/innen ihre Stimmabgabe für die SPÖ spontan mit Image und Persönlichkeit von Bundeskanzler Klima.“⁷⁴² Mehrfachnennungen waren bei dieser Umfrage möglich.

Interessant ist ein Vergleich der Spontanmotive „Spitzenkandidat“ und „Parteispitze“ zwischen den kandidierenden Parteien. Aufgrund des Spitzenkandidaten votierten – wie erwähnt – zwölf Prozent für die SPÖ. Bei der ÖVP waren es hingegen 35 Prozent. Sieben Prozent der FPÖ-WählerInnen gaben aufgrund des Spitzenkandidaten für diese Partei ihre Stimme ab. Beim Liberalen Forum lag für 14 Prozent ein ausschlaggebender Grund in der Person des Listenersten, und bei den Grünen gaben dies 28 Prozent an. Bei der FPÖ und dem Liberalen Forum nannten elf Prozent die Parteiführung als Motiv. Für SPÖ-WählerInnen war Viktor Klima für fünf Prozent eine Motivation, die Sozialdemokratie zu stärken, und bei den Grünen war es mit vier Prozent ebenfalls kein überragender Wert. Überraschend ist auch das Ergebnis der Österreichischen Volkspartei, bei der lediglich ein Prozent der Befragten dies spontan als Grund für ihre Entscheidung angab.⁷⁴³

Nach der Wahl entbrannte eine Diskussion um die SPÖ-Delegationsleitung. Hannes Swoboda kündigte an, dass er wieder für die Position des Delegationsleiters der SPÖ-Abgeordneten im Europäischen Parlament kandidieren werde.⁷⁴⁴

⁷⁴¹ Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Sommer, Franz: Europawahlen oder Testwahlen? Analyse der Wahlen zum Europäischen Parlament 1999, in: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Burkert-Dottolo, Günther; Karner, Stefan (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1999, Wien 2000, S. 106

⁷⁴² Ebenda

⁷⁴³ Vgl. Ebenda, S. 106–110

⁷⁴⁴ Vgl. APA-Meldung vom 14. Juni 1999, APA0308

Hans-Peter Martin allerdings pochte als Spitzenkandidat auf die Funktion des Delegationsleiters. Bereits einen Tag nach der EU-Wahl traten die sieben designierten Mandatäre zusammen und wählten Swoboda mit fünf Pro-Stimmen bei zwei Enthaltungen zum Delegationsleiter.⁷⁴⁵

Hans-Peter Martin nahm das Ergebnis zur Kenntnis, betonte aber, „es sei ihm zugesichert worden, daß er die Delegationsleitung übernehmen werde“⁷⁴⁶. Wer ihm das aber zugesichert habe, wollte Martin nicht direkt sagen. SPÖ-Vorsitzender Klima betonte jedenfalls, dass es von seiner Seite keine diesbezügliche Zusage gegeben hätte.⁷⁴⁷ Swoboda betonte nach der Wahl zur Delegationsleitung, dass er sich einsetzen werde, für Hans-Peter Martin „eine entscheidende Rolle in einem Ausschuß“⁷⁴⁸ zu finden.

In der Folge gab es zwischen der Sozialdemokratie und Hans-Peter Martin eine Reihe von Auseinandersetzungen, die schließlich zu seinem Ausschluss aus der Fraktion im Europäischen Parlament führten.⁷⁴⁹

In der Regierungszeit von Viktor Klima wurden in einigen zentralen Mitgliedsstaaten die Regierungen von SozialdemokratInnen angeführt bzw. gelang es, eine Mehrheit für einen Wechsel gegenüber den Konservativen, wie zum Beispiel in Deutschland, zu erlangen. Europäische SozialdemokratInnen standen in der Außenwirkung zur damaligen Zeit sehr stark für Erfolg und Zukunftsorientierung. Daher stand für die SPÖ die bilaterale Zusammenarbeit mit den „erfolgreichen“ Regierungschefs – hier vor allem Tony Blair und Gerhard Schröder – genau auf dieser Ebene durchaus im Vordergrund.

Mag.^a Karin Scheele, ehemaliges Mitglied im Europäischen Parlament, sieht daraus folgend im Rückblick die permanente Vernetzung des Bundeskanzleramtes mit den Abgeordneten in Brüssel und Straßburg nicht als optimal an: „Die Einstellung, wir machen uns das mit dem Gerhard Schröder, Jospin oder mit dem Tony Blair selbst aus, war schon sehr ausgeprägt. Wohl wissend, dass man als kleiner Staat bilateral weniger erreicht als im europäischen Kontext. Man hat einfach die Macht des

⁷⁴⁵ Vgl. APA-Meldung vom 14. Juni 1999, APA0612

⁷⁴⁶ Ebenda

⁷⁴⁷ Vgl. Ebenda

⁷⁴⁸ OTS-Aussendung vom 14. Juni 1999, OTS0449

⁷⁴⁹ Vgl. APA-Meldung vom 11. Februar 2004, APA0804

europäischen Parlaments, der dort tätigen Abgeordneten unterschätzt und man tut dies auch heute noch massiv.“⁷⁵⁰

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hat sich dies zweifelsohne geändert. Für den Fraktionsvorsitzenden der „Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten“ im Europäischen Parlament, Hannes Swoboda, hat das Parlament „ungeheure Macht gewonnen, mit der wir sehr vorsichtig bzw. verantwortungsbewusst umgehen müssen. Man hat schon jetzt gemerkt, dass Amerika uns völlig anders begegnet. Es handelt sich also um eine völlig andere Situation, als wir sie vorher hatten.“⁷⁵¹

Das Parlament wird künftig für Swoboda ein stärkerer Player sein: „Alle internationalen Verträge, Handelsabkommen, das ganze Agrar-Budget – über all diese Fragen konnten wir bisher nicht entscheiden. Wir haben unsere Meinung abgegeben und manchmal wurde sie akzeptiert oder eben nicht. Jetzt hingegen sind wir die Mitentscheidenden. Da ist schon ein wesentlicher Schritt nach vorne getan worden.“⁷⁵²

5.4 SPÖ als Oppositionspartei und die EU – “Die Maßnahmen gegen die Bundesregierung“

Am 4. Februar 2000 wurde die Koalitionsregierung zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei Österreichs unter Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil angelobt. Dem waren wochenlange erfolglose Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP vorausgegangen. Als die ÖVP infolge mit der FPÖ Gespräche für eine künftige Zusammenarbeit führte, brachte dies im In- und Ausland überaus negative Reaktionen mit sich.⁷⁵³

⁷⁵⁰ Interview mit Mag.^a Karin Scheele vom 4. August 2009

⁷⁵¹ Interview mit Dr. Hannes Swoboda vom 21. Dezember 2009

⁷⁵² Ebenda

⁷⁵³ Vgl. Gehler, Michael: Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945–2005), in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich, Das Handbuch, Wien 2006, S. 47

Unter portugiesischer Ratspräsidentschaft drohten die übrigen 14 Mitgliedsstaaten der Union schon am 31. Jänner 2000 mit konkreten Maßnahmen im Falle einer Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei:

„Today, Monday 31 January, The Portuguese Prime Minister informed both the President and the Chancellor of Austria and the Portuguese Minister of Foreign Affairs notified his Austrian counterpart of the following joint reaction agreed by the Heads of State and Government of XIV Member States of the European Union in case it is formed in Austria a Government integrating the FPÖ:

- Governments of XIV Member States will not promote or accept any bilateral official at political level with an Austria Government integrating the FPÖ;
- There will be no support in favour of Austrian candidates seeking positions in international organisations;
- Austrian Ambassadors in EU capitals will only be received at a technical level.

The Portuguese Prime Minister and the Minister of Foreign Affairs had already informed the Austrian authorities that there would be no business as usual in the bilateral relations with a Government integrating the FPÖ.⁷⁵⁴

Einen Tag später reagierte auch die EU-Kommission auf die angedrohten Maßnahmen gegen die Bundesregierung:

„Die Kommission nimmt die am 31.1. von den 14 EU-Mitgliedsstaaten angenommene gemeinsame Stellungnahme zur Kenntnis und teilt die Besorgnis, die dieser Entscheidung zugrunde liegt.

Die Kommission als Hüterin der Verträge wird weiterhin ihre Pflicht erfüllen, die Regeln und Werte des EU-Vertrages, insbesondere Artikel 6 und 7, aufrechtzuerhalten. Diese Artikel sehen vor, dass die Union auf den Prinzipien von Freiheit, Demokratie, der Respektierung von Menschenrechten, auf fundamentalen Freiheiten und dem Rechtsstaat gegründet ist. Zu diesem Zeitpunkt ist die Arbeit der europäischen Institutionen nicht betroffen. In diesem Zusammenhang wird die Kommission, in engem Kontakt mit den Regierungen der Mitgliedsstaaten, die Situation aufmerksam verfolgen, während sie ihre Arbeitsbeziehungen mit den österreichischen Behörden aufrechterhält.“⁷⁵⁵

Mit der Angelobung der Bundesregierung traten die drei angedrohten Maßnahmen in Kraft. Ab sofort wurden bilaterale Kontakte eingefroren, österreichische KandidatInnen wurden bei der Erlangung von Positionen in internationalen

⁷⁵⁴ Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 308

⁷⁵⁵ Ebenda, S. 308–309

Organisationen nicht unterstützt und der Empfang österreichischer DiplomatinInnen fand in den EU-Hauptstädten nur mehr auf einem technischen Level statt.⁷⁵⁶

Die Maßnahmen gegen die Bundesregierung wurden aber sofort als Sanktionen gegen Österreich wahrgenommen. Das emotionalisierte die Bevölkerung und führte zu einem Zusammenrücken nach innen gegen die Europäische Union und einzelne Mitgliedsstaaten – „das Kabinett rückte zusammen, Solidarisierungseffekte traten ein und die Opposition geriet in Misskredit“.⁷⁵⁷ Das bestätigte auch Herbert Scheibner, damals Verteidigungsminister im Kabinett Schüssel: „Aber in Wahrheit hat es dieser Regierung geholfen. Die Leute haben das als ungerecht angesehen und haben deshalb diese neue Regierung unterstützt.“⁷⁵⁸ Auch für den damaligen ÖVP-Klubobmann Andreas Khol profitierte die damalige Bundesregierung von den EU-Maßnahmen: „Ja, sicher. Es ging nicht mehr links gegen rechts, sondern Patrioten gegen vaterlandslose Gesellen.“⁷⁵⁹

Auch der Politologe Peter Filzmaier sah in den Maßnahmen der EU-Mitgliedsstaaten einen politischen Nutzen für die amtierende österreichische Bundesregierung: „Die fälschlicherweise ‚Sanktionen‘ genannten – und von Bundeskanzler Schüssel noch 2002 als ‚massives Mobbing‘ verstandenen – Maßnahmen hatten zwar primär symbolisch-emotionale Bedeutung und kaum rationale Konsequenzen, doch war der außenpolitische Handlungsspielraum eingeschränkt. Es bestätigte sich zugleich das politische Paradoxon, dass eine subjektiv empfundene Außenbedrohung Identifikationseffekte auslöst, d.h. für die ÖVP/FPÖ-Regierung ergab sich aufgrund der ‚Sanktionen‘ innenpolitisch Sympathien der Bevölkerung“⁷⁶⁰

Die Analyse der außenpolitischen Bilanz der damaligen Bundesregierung durch Filzmaier fiel dagegen bescheiden aus: „In Verbindung mit vergleichsweise geringen Verhandlungserfolgen in Sachfragen (Transit usw.) kann demzufolge im

⁷⁵⁶ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 160

⁷⁵⁷ Gehler, Michael: Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. Historischer Überblick (1945–2005), in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich, Das Handbuch, Wien 2006, S. 47

⁷⁵⁸ „Österreich wird dafür teuer bezahlen“, *Der Standard*, vom 30./31. Jänner 2010, S. 2

⁷⁵⁹ Ebenda

⁷⁶⁰ Filzmaier, Peter: Die Bilanz der Wende, in: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Burkert-Dottolo, Günther; Karner, Stefan (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2002, Wien 2003, S.15

außenpolitischen Bereich nur bedingt von einer erfolgreichen Wendebilanz gesprochen werden.“⁷⁶¹

Überlagert vom Vorgehen der Europäischen Union führte die ÖVP-FPÖ-Regierung eiligst, wie bereits erwähnt, ihre Reformvorhaben durch. Meiner Ansicht nach befand sich die SPÖ in dieser Phase in einem Dilemma. Einerseits war man gegen die Beteiligung der FPÖ an einer Bundesregierung, andererseits musste man als stimmenstärkste Partei Österreichs auch Verantwortung für das Land vermitteln. Und weiters galt es, innenpolitisch die politischen Maßnahmen aus der Opposition heraus zu kritisieren und Gegenvorschläge darzulegen. Ein Spagat, der kaum gelingen konnte.

Überdies wurde unterschwellig auch oftmals versucht, eine Art sozialistische Verschwörung gegen Österreich zu konstruieren. Vor allem aus der Freiheitlichen Partei wurde dem damaligen SPÖ-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer vorgeworfen, eine „Vernaderungsstrategie“⁷⁶² betrieben zu haben, die Österreich „massiv geschadet“⁷⁶³ habe. Der ehemalige FPÖ-Klubobmann Peter Westenthaler forderte Gusenbauer sogar auf, „sämtliche Reisen – außer private Urlaubsreisen – abzusagen“⁷⁶⁴. Bezugnehmend auf ein im Mai 2000 in Paris aufgenommenes Foto, auf dem Gusenbauer mit einem Glas dem damaligen französischen Europaminister Pierre Moscovici, Frankreichs Außenminister Hubert Vedrine und dem früheren portugiesischen Präsidenten Mario Soares zuproestet, meinte Westenthaler, dies sei „Champagnisieren mit französischen und belgischen Anti-Österreich-Scharfmachern“.⁷⁶⁵

Aber auch die damalige Unterrichtsministerin Elisabeth Gehrler forderte, dass „die SPÖ aus ihrem Schmollwinkel hervortritt und endlich für Österreich in Europa eintritt“⁷⁶⁶.

⁷⁶¹ Filzmaier, Peter: Die Bilanz der Wende, in: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Burkert-Dottolo, Günther; Karner, Stefan (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2002, Wien 2003, S.15

⁷⁶² APA-Meldung, vom 8. Juni 2000; APA 361

⁷⁶³ Ebenda

⁷⁶⁴ Ebenda

⁷⁶⁵ Ebenda

⁷⁶⁶ Ebenda

Alfred Gusenbauer hatte in dieser Zeit als Vorsitzender der größten Oppositionspartei zweifelsohne eine überaus schwierige Position inne. Seine Analyse macht die Komplexität der Gesamtsituation für die SPÖ deutlich: „Die Sanktionen waren natürlich ein Unsinn. Es ist genau das eingetreten, was ich befürchtet habe. Es gab einen Feind von außen und das war das Beste, was der schwarz-blauen Regierung passieren konnte. Sie sagten immer: Das feindliche Ausland geht auf uns los. Das führte zu einer enormen Verstärkung der Position der Regierung im Land. Leider habe ich es nicht verhindern können. Aber in Wirklichkeit haben diese Sanktionen die Sozialdemokratie in eine fast unausweichliche Situation gebracht. Spekulativ könnte man sagen: Der Fortschritt in Richtung Sozialdemokratie in Österreich hätte schon viel, viel früher stattfinden können, wenn die Sanktionen nicht diesen ungeheuren Uniformitätsdruck hätten. Es gibt einschlägige Reden von mir im Parteivorstand, wo ich darauf hingewiesen habe: Solange es diese Sanktionen gibt, verdrängen diese jede inhaltliche Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition, und das kann nur schädlich für uns sein.“⁷⁶⁷

Bei einem Treffen der SPÖ-Sektion Brüssel stellte Gusenbauer ebenfalls klar: „Nationale Reflexe‘ als Reaktion auf die Sanktionen der 14 EU-Staaten dürfen nicht die inhaltliche Kritik an der Arbeit der ÖVP-FPÖ-Koalition überdecken“⁷⁶⁸. Die neu eingeschlagene Richtung der Bundesregierung sei für ihn „vergleichbar mit der Politik von Margaret Thatcher“⁷⁶⁹, obwohl er sich nicht auf eine 18-jährige Oppositionszeit der SPÖ einstellte, denn in Österreich seien „die Voraussetzungen für eine Ellbogengesellschaft schlechter“.⁷⁷⁰

Interessant in diesem Zusammenhang ist die Sichtweise von sozialdemokratischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments auf diese Zeitspanne und den Umgang mit sowie unter österreichischen Abgeordneten in der täglichen Parlamentsarbeit.

Für das ehemalige Mitglied des Europäischen Parlaments, Karin Scheele, hat es nach Bildung der schwarz-blauen Koalition „eine Reihe von Treffen innerhalb der Sozialdemokratie mit anderen Delegationen gegeben, um innerhalb der eigenen

⁷⁶⁷ Interview mit Dr. Alfred Gusenbauer vom 5. November 2009

⁷⁶⁸ APA-Meldung vom 9. März 2000; APA435

⁷⁶⁹ Ebenda

⁷⁷⁰ Ebenda

politischen Landschaft die Situation zu erklären, um vielleicht eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten. Es hat zwar Spannungen mit den Personen aus der Delegation der ÖVP gegeben, zumindest mit einigen. Aber die hatten mehr Spannungen mit ihren französisch-belgischen Kollegen in der konservativen Riege. Fakt ist, dass das damals konservative Frankreich und auch Belgien die Hardliner waren bei diesen bilateralen Maßnahmen. Dies war sicher für die ÖVP-Kolleginnen und -Kollegen eine schwierigere Zeit als für die SPÖ-Delegation.“⁷⁷¹

Für Hannes Swoboda war es „sicherlich eine sehr schwierige Zeit, weil auch wir natürlich gegen diese Bundesregierung waren und die Beteiligung der FPÖ nicht verteidigen wollten. Es ist dann, im Fall von Haider, massiv ausgenützt worden, wurde aber in der Folge durch das Einlenken der französischen Präsidentschaft bald abgemildert. Die ersten Monate waren zweifellos sehr schwierig.“⁷⁷²

Am 13. Mai 2001 fanden in Italien Parlamentswahlen statt.⁷⁷³ Silvio Berlusconi führte ein Parteienbündnis (Casa delle Libertà) an, dem auch die „postfaschistische Alleanza Nazionale“⁷⁷⁴ unter Gianfranco Fini und die umstrittene Lega Nord angehörten. Sie waren schließlich auch in der Regierungskoalition vertreten.⁷⁷⁵ Dennoch wählte die Europäische Union hier ein anderes Vorgehen gegenüber Italien als es beim Umgang mit Österreich der Fall war.⁷⁷⁶

Zu diesem Zeitpunkt hatte Schweden den Ratsvorsitz inne. Ministerpräsident Göran Persson schloss unmittelbar nach dem Wahlsieg Silvio Berlusconis Sanktionen gegen Italien aus. Persson konnte „keinen Handlungsbedarf für die EU“⁷⁷⁷ sehen. Beim EU-Gipfel in Göteborg wurde Berlusconi betont freundlich empfangen, auch das gemeinsame Familienfoto wurde mit Berlusconi aufgenommen.⁷⁷⁸ Dennoch goutierten nicht alle TeilnehmerInnen den politischen Stil von Silvio Berlusconi oder

⁷⁷¹ Interview mit Mag. ^a Karin Scheele vom 4. August 2009

⁷⁷² Interview mit Dr. Hannes Swoboda vom 21. Dezember 2009

⁷⁷³ „Kritik ausländischer Medien bringt neue Dimension in den Wahlkampf, Rauch-Kallat setzt auf Berlusconi“, *Der Standard*, vom 4. Mai 2001

⁷⁷⁴ „EU-Parlament verurteilt Italien, Berlusconi im In- und Ausland unter wachsendem Druck“, *Der Standard*, vom 1. Dezember 2001

⁷⁷⁵ Vgl. APA-Meldung vom 14. Mai 2001, APA145 & APA-Meldung vom 15. Juni 2001, APA484

⁷⁷⁶ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 161

⁷⁷⁷ APA-Meldung vom 14. Mai 2001, APA407

⁷⁷⁸ Vgl. APA-Meldung vom 15. Juni 2001, APA484

die Regierungskoalition. Der damalige deutsche Außenminister Joschka Fischer etwa meinte auf Journalistenfragen: „Ich könnte etwas sagen, will es aber nicht.“⁷⁷⁹

Zehn Jahre nach den Maßnahmen gegen die Bundesregierung analysiert Alfred Gusenbauer in einem Standard-Interview, dass sowohl die „Causa österreichische Bundesregierung“ als auch die damalige Situation in Italien für die Europäische Union wichtige Erfahrungen waren: „Die Regierungsbildung in Italien – im Wesentlichen eine Koalition aus drei Parteien, der Forza Italia des Berlusconi, der Lega Nord und der italienischen Faschisten – hat gezeigt, dass es in Europa nicht möglich ist, sich in die Regierungsbildung eines Landes einzumischen. Nachdem man sich in Österreich schon die Finger verbrannt hatte, war die Reaktion gegenüber der italienischen Regierungsbildung dann dementsprechend zahnlos.“⁷⁸⁰

Die ehemalige Europaabgeordnete Karin Scheele skizziert ebenfalls, dass bei der Vorgehensweise gegenüber einzelnen Mitgliedsstaaten in derartigen Situationen ein Umdenkprozess eingetreten ist: „Als es dann zu einer Regierungsbildung in Italien gekommen ist, wo auch die Neofaschisten beteiligt waren, haben manche Leute, auch aus meiner Fraktion, völlig anders reagiert. Jene, die zuvor gesagt haben, Politik und Demokratie ist nicht nur das Abhalten von demokratisch nicht gefälschten Wahlen. Bei Italien meinten die gleichen Personen, dass die Parteien aber doch demokratisch gewählt wurden. Damit hat man den Unterschied gesehen, wie manche mit einem kleinen bzw. kleineren Land umgehen, und wie verhält man sich mit einem großen Land. Positiv formuliert kann man aber sagen, man hat auch gelernt, dass diese bilateralen Maßnahmen, so wie sie kommuniziert worden sind, nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt haben, sondern der schwarz-blauen Koalition in Österreich noch den Rücken gestärkt haben.“⁷⁸¹

Nachdem die 14 verbleibenden Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union sahen, dass die Maßnahmen gegen die Bundesregierung in Österreich ihre Zielsetzung verfehlten, wurde ein Weiser Rat eingesetzt, der die aktuelle Situation in Österreich analysieren und eine weitere Vorgangsweise empfehlen sollte. Diesem Weisen Rat gehörten der finnische Ex-Präsident Martti Ahtisaari, der deutsche

⁷⁷⁹ APA-Meldung vom 15. Juni 2001, APA484

⁷⁸⁰ „Bin als Volksfeind dargestellt worden“, *Der Standard*, vom 30./31. Jänner 2010, S. 3

⁷⁸¹ Interview mit Mag.^a Karin Scheele vom 4. August 2009

Völkerrechtsexperte Jochen Frowein und der ehemalige spanische Außenminister Marcelino Oreja an.⁷⁸² Am 8. September 2000 übergaben sie ihren Bericht an den französischen Präsidenten Jacques Chirac, damals EU-Ratsvorsitzender. Darin wurde zwar festgehalten, dass die FPÖ eine „rechtspopulistische Partei mit radikalen Elementen“⁷⁸³ sei. Dennoch wäre eine Beibehaltung „kontraproduktiv“⁷⁸⁴ und folglich wurde die Aufhebung der Maßnahmen gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung empfohlen.

Unter dem EU-Ratsvorsitz Frankreichs wurden diese schließlich am 12. September 2000 mit folgendem Kommuniqué aufgehoben:

„1. Die Vierzehn haben den Bericht der drei Weisen über die Lage in Österreich zur Kenntnis genommen.

2. Dieser Bericht enthält im Wesentlichen vier Schlussfolgerungen:

- Die Maßnahmen der EU-14 haben sich als nützlich erwiesen.
- Die österreichische Regierung hat ihre Verpflichtungen gegenüber den europäischen Werten nicht verletzt.
- Die Maßnahmen der EU-14 würden kontraproduktiv, falls sie weiter angewendet werden.
- Die FPÖ ist eine rechtspopulistische Partei mit extremistischen Merkmalen und ihre Entwicklung ist ungewiss.

3. Auf Grund der Schlussfolgerungen des Weisenberichts haben die EU-14 ihre bilateralen Beziehungen zur österreichischen Regierung erneut überprüft, wie es Ende Juni beschlossen worden war.

4. Sie sind zu folgenden Schlussfolgerungen gekommen:

- Die Maßnahmen der EU-14 waren nützlich. Sie können nun aufgehoben werden.
- Die Natur der FPÖ und ihre ungewisse Entwicklung geben Anlass zu ernsthafter Besorgnis. Die EU-14 sind der Meinung, dass eine besondere Wachsamkeit gegenüber dieser Partei und ihrem Einfluss auf die Regierung ausgeübt werden müsse. Sie sind übereingekommen, diese Wachsamkeit gemeinsam zu praktizieren.

⁷⁸² Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 161

⁷⁸³ APA-Meldung vom 12. September 2000; APA798

⁷⁸⁴ Ebenda

- Es ist angebracht, im Rahmen der Europäischen Union Überlegungen anzustellen darüber, wie man in ähnlichen Situationen vorgehen, vorbeugen und Beurteilungen abgeben soll. Die Empfehlungen im Bericht der drei Weisen sind ein nützlicher Beitrag für diese Überlegungen."⁷⁸⁵

Im Europäischen Parlament kam es nach jahrelangen Spannungen zwischen Hans-Peter Martin und seinen KollegInnen in der Sozialdemokratischen Fraktion am 11. Februar 2004 zum De-facto-Ausschluss von Martin aus der SPE-Fraktion. De jure war dies allerdings in den Statuten nicht vorgesehen.⁷⁸⁶ Diesem Schritt waren zahlreiche Beschwerden von Abgeordneten vorangegangen, die Martins Methoden gegen mögliche Betrugsversuche im Parlament kritisierten. „Einschüchterung, Bespitzelung, Stasi-Methoden“⁷⁸⁷ lauteten einige der Vorwürfe. Martin wurde aufgefordert, sich dafür zu entschuldigen. Als er dies verweigerte, wurde er bei der Fraktionssitzung aufgefordert, den Raum zu verlassen.⁷⁸⁸ Mit den Worten „Unter Protest verlasse ich den Saal“⁷⁸⁹ kam er dem auch nach. Martin sei anschließend mitgeteilt worden, „für ihn werde kein Platz mehr in der Fraktion freigehalten, Fraktionsdokumente werde er künftig nicht mehr erhalten“⁷⁹⁰.

Der damalige Europasprecher der SPÖ, Caspar Einem, konnte den Ausschluss nachvollziehen. Hans-Peter Martin habe den „Konflikt gesucht, gefunden und ihn bekommen“⁷⁹¹. Er kenne ihn als „nicht ganz einfachen“⁷⁹², wenn auch „gescheiterten“⁷⁹³ Menschen. Politik sei aber ein Teamspiel und wenn man zu sehr als Einzelspieler auftrete, dürfe man sich laut Einem nicht wundern, „dass es aus dem Wald zurückruft“⁷⁹⁴.

In der Zeit als Oppositionspartei im Parlament fand am 13. Juni 2004 die Wahl zum Europäischen Parlament statt.⁷⁹⁵ Fünf Jahre zuvor hatte die SPÖ prozentuell die

⁷⁸⁵ APA-Meldung vom 12. September 2000; APA737

⁷⁸⁶ Vgl. APA-Meldung vom 12. Februar 2004; APA0505 & Vgl. APA-Meldung vom 11. Februar 2004; APA0804

⁷⁸⁷ APA-Meldung vom 12. Februar 2004; APA0420

⁷⁸⁸ Vgl. APA-Meldung vom 11. Februar 2004; APA0801

⁷⁸⁹ APA-Meldung vom 11. Februar 2004, APA0804

⁷⁹⁰ APA-Meldung vom 12. Februar 2004; APA0325

⁷⁹¹ APA-Meldung vom 12. Februar 2004; APA0255

⁷⁹² Ebenda

⁷⁹³ Ebenda

⁷⁹⁴ Ebenda

⁷⁹⁵ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2004/Gesamtergebnis.aspx (gefunden am 1. Juni 2012)

erste Position errungen und musste diese daher auch bei dieser Wahl verteidigen.⁷⁹⁶ Als Spitzenkandidat führte Hannes Swoboda die SPÖ-Liste an.⁷⁹⁷ Im Vorfeld gab es vonseiten der SPÖ-Niederösterreich Unmut, da bei der Reihung der KandidatInnen Karin Scheele nur mit dem sechsten Platz bedacht wurde. Dies, obwohl die NÖ-Landesorganisation sowohl 1996 als auch 1999 bei den EU-Wahlen die meisten Stimmen eingebracht hatte.⁷⁹⁸

Von den 6.049.129 Wahlberechtigten gaben bei dieser Europawahl 2.566.639 ihre Stimme ab. Abzüglich der 66.029 ungültigen Stimmzettel kamen 2.500.610 gültige Stimmen zur Verteilung. Die SPÖ konnte mit 833.517 oder 33,33 Prozent den ersten Platz verteidigen. Gefolgt von der Österreichischen Volkspartei – Ursula Stenzel, für die 817.716 Wählerinnen und Wähler votierten, was gesamt 32,70 Prozent ergab. 6,31 Prozent entfielen auf die Freiheitliche Partei Österreichs. 157.722 Stimmen wurden für sie abgegeben. Die Grünen – Die Grüne Alternative bekamen bei dieser Wahl 322.429 Stimmen oder 12,89 Prozent. Die Opposition für ein solidarisches Europa – Europäische Linke, KPÖ, Unabhängige erreichte 19.530 Stimmen, was 0,78 Prozent entsprach. Der SPÖ-Listenführer aus dem Jahr 1999 kandidierte diesmal mit der Liste Dr. Hans-Peter Martin – für echte Kontrolle in Brüssel. 349.696 Wählerinnen und Wähler stimmten für die Liste mit der Kurzbezeichnung MARTIN. Das brachte ihm 13,98 Prozent. Bei der Mandatsverteilung bedeutete dies sieben Abgeordnete für die SPÖ, sechs für die ÖVP, jeweils zwei entfielen auf die Grünen und die Liste Dr. Hans-Peter Martin. Die FPÖ war in dieser Legislaturperiode mit einer Mandatarin/einem Mandatar vertreten.⁷⁹⁹

Für die SPÖ zogen Hannes Swoboda, Maria Berger (ihr folgte im Jänner 2007 Wolfgang Bulfon), Herbert Bösch, Christa Prets, Harald Ettl, Karin Scheele und Jörg Leichtfried ins Europäische Parlament ein.⁸⁰⁰

⁷⁹⁶ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/1999/Gesamtergebnis.aspx (gefunden am 8. Juni 2013)

⁷⁹⁷ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2004/Parteien_Kandidaten.aspx (gefunden am 1. Juni 2012)

⁷⁹⁸ Vgl. OTS-Aussendung vom 27. April 2004, OTS0206

⁷⁹⁹ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2004/Gesamtergebnis.aspx (gefunden am 1. Juni 2012)

⁸⁰⁰ Vgl. www.europarl.at/view/de/ABGEORDNETE/Europawahlen/europawahlen_2004.html (gefunden am 5. Juni 2013)

Scheele erreichte bundesweit insgesamt 18.610 Vorzugsstimmen. Die meisten persönlichen Unterstützungen bekam Hannes Swoboda mit 20.521.⁸⁰¹

Wenn eine Partei durchgehend vom 21. April 1970 bis zum 4. Februar 2000 den Bundeskanzler stellt ⁸⁰², gibt es nach meiner Auffassung zweifelsohne Schwierigkeiten, sich von einem Tag auf den anderen auf die Oppositionsrolle umzustellen. Dies gilt innenpolitisch und umso mehr hinsichtlich der Kontakte auf europäischer und internationaler Ebene. Bilaterale Kontakte sowie jene zu europäischen sowie internationalen Institutionen finden natürlich primär auf Minister-Ebene, den zuständigen Fachabteilungen bzw. zwischen Regierungschefs und Staatspräsidenten statt. Dennoch darf man persönliche Beziehungen in keiner Weise unterschätzen. Alfred Gusenbauer wurde, wie aus seiner Biographie ersichtlich, bereits in der Jugendorganisation der Sozialdemokratie für internationale Politik sensibilisiert und hat auch in verschiedenen Funktionen in der Sozialistischen Jugend, im Europarat und der Sozialistischen Internationale einen Schwerpunkt auf diesen Tätigkeitsbereich gelegt. Damit entstand auch ein persönliches Netzwerk über die Landesgrenzen hinweg. Dies war meiner Ansicht nach in der europapolitischen Tätigkeit der SPÖ in der Oppositionszeit zweifelsohne von Vorteil, wenngleich natürlich der gesamte Schwerpunkt auf die Innenpolitik und die Erlangung einer Mehrheit zur Bildung einer neuerlichen Bundesregierung gelegt wurde.

5.5 Die Regierung Gusenbauer 2007–2008

Am 1. Jänner 2007 traten Bulgarien und Rumänien der Europäischen Union bei. Damit wuchs die Union auf 27 Mitgliedsstaaten an. Deutschland übernahm im ersten Halbjahr die Ratspräsidentschaft. Danach folgten Portugal und Slowenien. In der zweiten Hälfte des Jahres 2008 hatte Frankreich den Vorsitz im Rat inne. Auf der Bundesrepublik Deutschland lag ein hoher Erwartungsdruck, was die Notwendigkeit von Reformen der Europäischen Institutionen und verschiedener Entscheidungsprozesse betraf.⁸⁰³

⁸⁰¹ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2004/Vorzug_SPOE.aspx (gefunden am 1. Juni 2012)

⁸⁰² Vgl. www.bka.gv.at/site/3355/default.aspx (gefunden am 1. Juni 2012)

⁸⁰³ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 205

In der Regierungszeit von Alfred Gusenbauer war der Vertrag von Lissabon das zentrale europapolitische Thema. Es fand keine Wahl zum Europäischen Parlament statt, obwohl bei dieser Institution gleich zu Beginn des Jahres 2007 ein Erfolg bei der Besetzung eines wichtigen Ausschusses für die SPÖ-Delegation erreicht werden konnte. Gusenbauer konnte dem EU-Abgeordneten Herbert Bösch zur Wahl zum neuen Vorsitzenden des Haushaltskontrollausschusses im Europäischen Parlament gratulieren. Damit stand Bösch als erster österreichischer Abgeordneter einem Ausschuss im EU-Parlament vor.⁸⁰⁴

Genau 50 Jahre nach der Unterzeichnung der "Römischen Verträge" als Fundament der EU unterzeichneten die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Präsident des Europaparlaments Hans-Gert Pöttering und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso am 25. März 2007 die "Berliner Erklärung". Neben grundsätzlichen Erklärungen wird darin die Absicht geäußert, die EU der 27 zu reformieren: „ (...) Mit der europäischen Einigung ist ein Traum früherer Generationen Wirklichkeit geworden. Unsere Geschichte mahnt uns, dieses Glück für künftige Generationen zu schützen. Dafür müssen wir die politische Gestalt Europas immer wieder zeitgemäß erneuern. Deshalb sind wir heute, 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, in dem Ziel geeint, die Europäische Union bis zur Wahl zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen. Denn wir wissen: Europa ist unsere gemeinsame Zukunft.“⁸⁰⁵ Das Wort "Verfassung" kommt in der "Berliner Erklärung" allerdings nicht vor.⁸⁰⁶

Alfred Gusenbauer stellt Anfang Juni 2007 grundsätzlich fest: „Jede Veränderung des bisherigen Vertrages ist bereits ein Kompromiss. Der Vertrag muss in seiner Substanz erhalten bleiben und wir dürfen nicht zulassen, dass dieser allzu sehr verwässert wird.“⁸⁰⁷

Beim Europäischen Rat am 18. und 19. Juni 2007 erzielten die Staats- und Regierungschefs eine Einigung über die Grundzüge eines "Reformvertrages". Dieser wurde größtenteils im Rahmen einer Regierungskonferenz ausgearbeitet, die am 23.

⁸⁰⁴ Vgl. OTS-Aussendung vom 1. Februar 2007, OTS252

⁸⁰⁵ Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 327

⁸⁰⁶ Ebenda, S. 205

⁸⁰⁷ OTS-Aussendung vom 4. Juni 2007, OTS0092

Juli stattfand. Die wenigen noch offenen Fragen wurden am 18. Oktober zwischen den Staats- und Regierungschefs sowie den AußenministerInnen gelöst und man einigte sich schließlich auf den endgültigen Vertragstext.⁸⁰⁸

Am 13. Dezember unterzeichneten Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Außenministerin Dr. Ursula Plassnik in Lissabon den EU-Reformvertrag. Mit dem Unterzeichnungsakt durch die Staats- und Regierungschefs konnte in den Mitgliedsländern der Ratifizierungsprozess beginnen.⁸⁰⁹

Für den österreichischen Bundeskanzler sei der Vertrag von Lissabon „ein wichtiger Fortschritt für Österreich und Europa“⁸¹⁰. Damit werde Europa „handlungsfähiger, demokratischer und bürgernäher“⁸¹¹. Gusenbauer stellte klar: „Der EU-Reformvertrag ist eine solide Grundlage für unser Land. Wer ja zu Österreich sagt, muss auch ja zu diesem Vertrag sagen!“⁸¹². Bezugnehmend auf die massive Kritik von FPÖ und BZÖ am Reformvertrag meinte Gusenbauer, dass es beiden Parteien nicht um den Vertrag, sondern eine generell ablehnende Haltung gegenüber der Europäischen Union ginge. Die Unterzeichnung sei für ihn daher „kein Verrat an Österreich, sondern umgekehrt“⁸¹³.

Der Forderung nach einer Volksabstimmung in Österreich über den Reformvertrag stand der Bundeskanzler ablehnend gegenüber: „Diese Forderung war schon zum Zeitpunkt der Ratifizierung des Verfassungsvertrages unschlüssig, und ist jetzt noch weniger schlüssig. Eine Volksabstimmung wäre nur dann erforderlich, wenn der Reformvertrag Österreichs Souveränität einschränken würde, doch der Vertrag zieht in Richtung mehr Demokratie und stärkt unsere Souveränität gegenüber der EU!“⁸¹⁴

Für den Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Erich Foglar, bietet der EU-Reformvertrag und die Neuausrichtung einer Post-Lissabon-Strategie „durchaus Chancen, ein soziales Europa für die Menschen zu gestalten. Mit der

⁸⁰⁸ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 415–416

⁸⁰⁹ Vgl. Ebenda, S. 206

⁸¹⁰ APA-Meldung vom 12. Dezember 2007, APA0516

⁸¹¹ Ebenda

⁸¹² OTS-Aussendung vom 4. Dezember 2007, OTS0084

⁸¹³ APA-Meldung vom 13. Dezember 2007, APA0538

⁸¹⁴ OTS-Aussendung vom 12. Dezember 2007, OTS0276

rechtsverbindlichen Aufnahme der Grundrechtscharta, dem verbesserten Werte- und Zielkatalog und der Sozialklausel werden zwar sozial- und beschäftigungspolitische Ziele allgemein gestärkt, doch in den konkreten Politikbereichen, insbesondere der Wirtschaftspolitik, fehlt die konkrete Weiterentwicklung dieser wachstums- und beschäftigungsfördernden Ausrichtung. Das ist nun eine Frage des politischen Willens.“⁸¹⁵

Der Vertrag von Lissabon ersetzt bestehende Verträge nicht, sondern sie werden dadurch adaptiert und erweitert. Die gestalterischen Möglichkeiten des Europäischen Parlaments werden bezüglich der Gesetzgebungskompetenz, der Mitbestimmung beim EU-Haushalt und der Zustimmung zu internationalen Abkommen erweitert. Das Parlament ist damit im Mitentscheidungsverfahren stärker eingebunden und ist in vielen Prozessen faktisch gleichberechtigt mit dem Rat. Die Anzahl der EU-Kommissare sollte verkleinert werden und beispielsweise wurde die Position einer Präsidentin/ eines Präsidenten des Europäischen Rates geschaffen, die/der auf zweieinhalb Jahre gewählt wird.⁸¹⁶ Der ÖGB-Präsident begrüßte die Kompetenzerweiterung, da sich das Parlament „in den letzten Jahren als wichtiger Partner zur Wahrung der Rechte der BürgerInnen und ArbeitnehmerInnen in Europa erwiesen“⁸¹⁷ hat. „Mit dieser Aufwertung des Europäischen Parlaments hegt der ÖGB die Erwartung, dass soziale Grundrechte in Europa nun mehr gewahrt werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war“⁸¹⁸, so Foglar.

Weiters wurde auch die Position eines „Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik“ eingerichtet. Um schnellere Entscheidungsprozesse zu ermöglichen, wird man ab 2014 eine sogenannte „doppelte Mehrheit“ von Mitgliedsstaaten und Bevölkerungszahl schaffen. Eine Mehrheit ist im Rat dann erreicht, wenn 55 Prozent der Mitgliedsstaaten, die gemeinsam mindestens 65 Prozent der europäischen Bevölkerung aufweisen, zustimmen. Überdies soll sich das

⁸¹⁵ Foglar, Erich: Die europäische Sozialpolitik im Lichte des Vertrages von Lissabon. Wird aus der Union eine Sozial-Union? in: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Karner, Stefan; Halper, Dietmar (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2009, Wien 2010, S. 339

⁸¹⁶ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 208–209

⁸¹⁷ Foglar, Erich: Die europäische Sozialpolitik im Lichte des Vertrages von Lissabon. Wird aus der Union eine Sozial-Union? in: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Karner, Stefan; Halper, Dietmar (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2009, Wien 2010, S. 336

⁸¹⁸Ebenda

Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament direkt bei der Wahl des Kommissionspräsidenten auswirken.⁸¹⁹

Eine alleinige Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments würde nach Dr. Hannes Wimmer „zur Beseitigung des Demokratiedefizits nicht ausreichen“⁸²⁰. Erforderlich wäre eine europaweit integrierte Öffentlichkeit. Parlamente sind auf „zivilgesellschaftliche Infrastrukturen“⁸²¹ angewiesen, „deren Kern die politische Öffentlichkeit bildet, die es den Bürgern ermöglicht, zur gleichen Zeit zu gleichen Themen von gleicher Relevanz Stellung zu nehmen“⁸²². Wahlkämpfe zum Europäischen Parlament werden aber oftmals von nationalen Themen beherrscht, und überdies sind europaweite Sprachbarrieren ein großes Hindernis für die Bildung einer unionsweiten integrierten Öffentlichkeit. „Entsprechend schwierig gestaltet sich die Formierung eines auf europäische Arenen zugeschnittenen Parteiensystem, die Integration von Interessensverbänden, Bürgerbewegungen usw. Wegen der Sprachenvielfalt stoßen europaweite Massenmedien auf schier unüberwindliche Hindernisse, weshalb es diese auch nur ansatzweise gibt.“⁸²³

Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Dr. Klaus Hänsch, sieht die Frage des demokratiepolitischen Defizits der Union nicht so pessimistisch, wie oftmals dargestellt. Bezugnehmend auf den Entwicklungsstand einer europaweit integrierten Öffentlichkeit erwähnt er aber ähnliche Problemfelder: „Europäische Parteien, europäisch verbreitete und wahrgenommene Medien und Bürgerinitiativen gibt es erst in Ansätzen. Ein politischer Diskurs findet länderübergreifend eher selten statt, und wenn doch, dann nur bruchstückhaft. Die nationalstaatliche Dichte erreicht er nicht. Er kann es auch gar nicht. Die Vielzahl der Sprachen in der Union macht häufig tatsächlich sprachlos.“⁸²⁴

Für den ehemaligen SPÖ-Vorsitzenden Alfred Gusenbauer ist der Hauptnachteil der Sozialdemokratie bei europäischen Wahlen die nicht vorhandene Polarisierung.

⁸¹⁹ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 209

⁸²⁰ Wimmer, Hannes: Die Modernisierung politischer Systeme. Staat – Parteien – Öffentlichkeit, Wien 2000, S. 103

⁸²¹ Zitiert nach: Ebenda

⁸²² Zitiert nach: Ebenda

⁸²³ Ebenda

⁸²⁴ Hänsch, Klaus: Kontinent der Hoffnungen. Mein europäisches Leben, Bonn 2010, S. 223

Durch die Verknüpfung zwischen dem Wahlergebnis der EU-Parlamentswahl und der Wahl des Kommissionspräsidenten besteht seiner Ansicht nach die Chance, dies zu überwinden: „Auf nationaler Ebene geht es neben allen Inhalten bei einer Wahl vor allem darum: ‚Bin ich dafür, dass eine bestehende Regierung bleibt oder bin ich der Meinung, dass ich sie in die Wüste schicke.‘ Auf europäischer Ebene hat es bisher diesen Zusammenhang zwischen Wahlen zum Europäischen Parlament und einer etwaigen Europäischen Regierung – also Kommission – nicht gegeben. Daher wurden viele dieser Wahlkämpfe nicht geprägt von der Frage: ‚Bin ich für das eine oder für das andere Europa, sondern bin ich für oder gegen Europa.‘ Es ist klar, dass wir eine gesicherte Anzahl von EU-Skeptikern oder Gegnern haben, für die Pro-Europäische-Parteien keine Rolle spielen. Selbst Befürworter differenzieren wenig die unterschiedlichen Europakonzepte, weil das Hauptthema ist: ‚Ja oder Nein zur EU‘. Ich glaube, hier gibt der Lissabon-Vertrag unabhängig von den stärkeren Gesetzen und Möglichkeiten des Europäischen Parlaments, wenn schon keine Antwort, so zumindest einen gewissen Fortschritt, vor. Jetzt ist festgehalten, dass jene Partei, die als stärkste aus den Wahlen hervorgeht, in Zukunft den Präsidenten für die Kommission nominieren sollte. An das hat man sich zwar informell auch jetzt gehalten, aber es war nicht Vertragstext. Diese Veränderung sollte meiner Meinung nach dazu führen, dass bei allen kommenden Wahlen die einzelnen Parteien jeweils einen Kandidaten aufstellen, der, im Falle seiner Wahl der nächste Präsident der Kommission wird – mit einem dementsprechenden politischen Programm. Ich glaube, das bringt eine Politisierung, die sowohl der EU hilft, aber auch im übertragenen Sinn der Sozialdemokratie.“⁸²⁵

In einem Interview mit der Austria Presse Agentur Ende des Jahres 2007 kündigte der Bundeskanzler an, im kommenden Jahr einen politischen Schwerpunkt auf den EU-Reformvertrag legen zu wollen: „Weil ich der Meinung bin, dass man diese Art von Anti-Europa- und Austrittsagitation, wie sie von der FPÖ und dem BZÖ teilweise betrieben wird, nicht stehen lassen kann, sondern dass das ein aktives Herangehen der Bundesregierung erfordert.“⁸²⁶ Dies auch vor dem Hintergrund, dass das Vertragswerk im österreichischen Parlament diskutiert und abgestimmt werden

⁸²⁵ Interview mit Dr. Alfred Gusenbauer vom 5. November 2009

⁸²⁶ APA-Meldung vom 26. Dezember 2007, APA0029

musste. Begleitend dazu konnte mit sehr intensiven innenpolitischen Debatten gerechnet werden.

Mit 21. Dezember 2007 wurde der Schengen-Raum um Estland, Lettland, Malta Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn erweitert. Unter anderem fielen damit die Grenzkontrollen in diese und aus diesen Staaten zu den bisherigen 15 Schengen-Mitgliedsstaaten weg.⁸²⁷ Gusenbauer begrüßte die Erweiterung ausdrücklich: „Wo 1989 noch Stacheldraht als Symbol der Trennung aufgebaut war, fallen jetzt die Grenzbalken. Das ist ein Symbol für ein freies, offenes Europa!“⁸²⁸ Mit der Verschiebung der EU-Außengrenzen entstehe für Österreich ein gewisser „Sicherheitspuffer“⁸²⁹. „Das führt dazu, dass Österreich sicherer wird und noch mehr im Herzen Europas liegt als bisher“⁸³⁰, so der damalige Kanzler.

Karin Scheele war in der Zeit der Regierungsverantwortung von Alfred Gusenbauer Leiterin der SPÖ-Delegation im Europäischen Parlament. Für sie war die Zusammenarbeit „sicherlich viel besser als die Zusammenarbeit mit der SPÖ in der Oppositionszeit“⁸³¹. Für Scheele hat man „in Regierungsverantwortung mehr direkte Anknüpfungspunkte zur Europapolitik“⁸³².

5.6 Der Brief von Werner Faymann und Alfred Gusenbauer an den Herausgeber der *Kronen Zeitung*

Am 9. April 2008 wurde im Nationalrat der „Vertrag von Lissabon“ mit 151 zu 27 Stimmen angenommen. Mit der Unterschrift von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer konnte damit der Reformvertrag formell vonseiten Österreichs als ratifiziert bezeichnet werden. Verfassungsmäßig war in Österreich keine Volksabstimmung nötig. In Irland war dies allerdings anders und am 12. Juni wurde ein Referendum unter den irischen Wahlberechtigten abgehalten. 53,4 Prozent stimmten gegen das vorliegende europäische Vertragswerk und lediglich 46,6 Prozent dafür. Die Wahlbeteiligung lag bei 53,1 Prozent. Die Ablehnung verursachte eine gewisse

⁸²⁷ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 416

⁸²⁸ OTS-Aussendung vom 12. Dezember 2007, OTS0276

⁸²⁹ APA-Meldung vom 20. Dezember 2007, APA0002

⁸³⁰ Ebenda

⁸³¹ Interview mit Mag.^a Karin Scheele vom 4. August 2009

⁸³² Ebenda

Ratlosigkeit über die Zukunft des Integrationsprozesses in den europäischen Einrichtungen bzw. bei vielen nationalen PolitikerInnen.⁸³³

Bundeskanzler Gusenbauer meinte in einer Stellungnahme, dass das Ergebnis der irischen Bevölkerung zu respektieren sei. Weiters merkte er an: „Wir müssen uns sehr genau ansehen, wie das Projekt Europa attraktiver werden kann. Die Unzufriedenheit Vieler mit der europäischen Politik muss aber auch zu einer anderen Politik führen. Einer Politik, die sich verstärkt mit den Problemen auseinandersetzt, die den Menschen ganz offensichtlich unter den Nägeln brennen.“⁸³⁴

Im Vorfeld der Parlamentsabstimmung über den Reformvertrag gab es in Österreich eine sehr intensive politische Diskussion über die Notwendigkeit einer Volksabstimmung zum Vertrag von Lissabon. Vor allem die *Kronen Zeitung* unterstützte in der öffentlichen Diskussion die Befürworter eines Referendums in Österreich: „Zahllose reißerische Artikel, emotional gehaltene Leserbriefe und Appelle zur Demonstration gegen die EU wurden täglich publiziert.“⁸³⁵ Die Diskussion wurde „von einer heftigen, vor allem von der ‚Kronen Zeitung‘ geführten Medienkampagne begleitet, die immer wieder in der Forderung nach einer Volksabstimmung gipfelte. Dabei stützten sich viele Argumente gegen den Vertrag nicht auf seine tatsächlichen Bürgerrechte, Demokratie und Transparenz stärkenden Bestimmungen, sondern auf eine Interpretation, mit der unter anderem ein drastischer Souveränitätsverlust Österreichs an die Wand gemalt wurde.“⁸³⁶ Der damalige Delegationsleiter der ÖVP-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Othmar Karas, meint gar: „Österreichs Kleinformat verkündete täglich in schreienden Lettern und hinkenden Reimen den Verrat an Rot-Weiß-Rot“⁸³⁷.

Am 25. Juni 2008 richteten der geschäftsführende Vorsitzende der SPÖ, Werner Faymann, und Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer einen offenen Brief an den Herausgeber der *Kronen Zeitung* Hans Dichand:

⁸³³ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, Seite 211

⁸³⁴ OTS-Aussendung vom 13. Juni 2008, OTS0235

⁸³⁵ Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 215

⁸³⁶ Jankowitsch, Peter: Österreichs Europapolitik im Parteienstreit, in: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Karner, Stefan; Halper, Dietmar (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Wien 2009, S. 272

⁸³⁷ Karas, Othmar: Österreich und Europa – Ein Aufbruch zu neuer Dynamik?, in: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Karner, Stefan; Halper, Dietmar (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Wien 2009, S. 252–253

„Sehr geehrter Herr Herausgeber!

Der neue EU-Vertrag von Lissabon hat in vielen Staaten zu einer sehr kontroversiellen Diskussion geführt. Auch in Österreich wurde dieser Vertrag vor der Ratifizierung im Parlament ausführlich diskutiert. In diesen Diskussionen wurde ein Unbehagen mit der Europäischen Union und ihrer Politik artikuliert, das uns allen zu denken geben muss. Dieses generelle Unbehagen fand auch im irischen Referendum über den Lissabon-Vertrag seinen Ausdruck. Die SPÖ respektiert das Ergebnis der irischen Volksabstimmung uneingeschränkt und vorbehaltlos.

Auch in Österreich besteht gegenwärtig eine weit verbreitete Skepsis gegenüber der EU. Nachdem eine überwältigende Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher 1994 für einen Beitritt zur Europäischen Union gestimmt hat, begegnen wir heute einer Stimmung der Verunsicherung und manchmal auch Ablehnung. Viele Menschen sind enttäuscht und verärgert über die geringen Fortschritte, die die EU auf dem Weg zu einer Sozialunion erreicht hat. Viele Menschen beklagen das Demokratiedefizit der EU und die mangelnde Transparenz. Und viele Menschen haben den Eindruck, dass sich die EU nicht mit ihren tatsächlichen Problemen beschäftigt, sondern primär mit sich selbst.

Wir wollen diese Sorgen ernst nehmen und unseren Beitrag dazu leisten, dass die EU auf die Kritik positiv reagiert. Österreich soll sich als aktives Mitglied dafür einsetzen, dass die EU zu einer echten Sozialunion wird. Die Auswirkungen europäischer Entscheidungen für Arbeitnehmer und klein- und mittelständische Unternehmen müssen wesentlich stärker berücksichtigt werden. Der österreichische Arbeitsmarkt, der sich nun wieder so positiv entwickelt, muss durch Übergangsfristen geschützt bleiben. Im Rahmen des Kampfes gegen den Klimawandel muss auch das Transitproblem endlich gelöst werden.

Die SPÖ wird sich in der Bundesregierung für eine bessere Informationsarbeit einsetzen, die die Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft objektiv und nachvollziehbar darstellt. Auf der Basis einer kontinuierlichen Information und einer offenen Diskussion sind wir der Meinung, dass zukünftige Vertragsänderungen, die die österreichischen Interessen berühren, durch eine Volksabstimmung in Österreich entschieden werden sollen. Sollte also ein geänderter Reformvertrag neuerlich von Österreich ratifiziert werden müssen, so wollen wir den Koalitionspartner von dieser Vorgangsweise überzeugen. Dies gilt auch für einen möglichen Beitritt der Türkei, der unserer Ansicht nach die derzeitigen Strukturen der EU überfordern würde. Wir wollen an einem Europa arbeiten, das sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen orientiert, und damit das Vertrauen in dieses große Einigungswerk wiederherstellen.

Alfred Gusenbauer

Werner Faymann⁸³⁸

⁸³⁸ Zitiert nach: Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 327–328

In einer Aussendung des Pressedienstes der SPÖ-Bundesorganisation wurde die Begründung von Bundeskanzler Gusenbauer folgendermaßen formuliert: „1994 haben zwei Drittel der Bevölkerung der EU ihre Zustimmung gegeben, aktuell sind es nur mehr 28 Prozent – daher können wir nicht zur Tagesordnung übergehen“⁸³⁹. Für den geschäftsführenden SPÖ-Vorsitzenden Faymann war es wichtig, dass sich die Politik der „Diskussion massiv stellt und nicht einfach die Augen zumacht“⁸⁴⁰.

Für ihn geht es „nicht um einen Kniefall, oder um Geradestehen, sondern es geht darum, zu einer Position zu stehen. Wenn das Vertrauen der Bevölkerung in die EU sinkt, sagen wir nicht arrogant, wir werden jetzt ein paar mehr 'Ja zur EU'-Inserate schalten, sondern stellen die Frage nach dem Warum. Das ist eine legitime Frage, die über Zeitungen weit hinausgeht.“⁸⁴¹ Werner Faymann, dem sehr gute Kontakte zur *Kronen Zeitung* nachgesagt worden sind, wies stets die Vorwürfe zurück, dass es sich mit der Neupositionierung der SPÖ um einen Kniefall vor der größten Tageszeitung Österreichs handelte. Die Bereitschaft, über die Zukunft Europas zu diskutieren, sei eher „ein Kniefall vor der Bevölkerung“⁸⁴² gewesen.

Innenpolitischer Hintergrund war eine innerparteiliche Krise der SPÖ und Spannungen mit dem Koalitionspartner ÖVP, dessen Bundesparteibeamten Wilhelm Molterer auch das Bündnis mit den SozialdemokratInnen aufkündigte um Neuwahlen anzustreben, die am 28. September 2008 stattfanden.⁸⁴³

Während der damalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Martin Schulz, über einen Sprecher knapp ausrichten ließ, dass es sich bei der geplanten Vorgehensweise um eine Initiative der SPÖ und nicht der sozialdemokratischen Fraktion insgesamt handle⁸⁴⁴, meinte der deutsche SPD-Abgeordnete und Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Jo Leinen, dass

⁸³⁹ OTS-Aussendung vom 26. Juni 2008, OTS0327

⁸⁴⁰ Ebenda

⁸⁴¹ APA-Meldung vom 26. Juni 2008, APA0619

⁸⁴² OTS-Aussendung vom 26. Juni 2008, OTS0327

⁸⁴³ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 216–217

⁸⁴⁴ Vgl. APA-Meldung vom 27. Juni 2008, APA0437

nationale Volksabstimmungen „die EU in die Sackgasse führen“⁸⁴⁵. „Bei 27 Mitgliedsstaaten ist eine Kaskade von nationalen Volksabstimmungen die Garantie für eine Blockade der europäischen Einigung.“⁸⁴⁶ Für Leinen sei es ein „falsches Versprechen, den Leuten zu sagen: Wir Österreicher können Europa aufhalten“⁸⁴⁷.

Der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer warf Alfred Gusenbauer gar „abenteuerlichen Europaopportunismus“⁸⁴⁸ vor. Für Fischer habe sich „die SPÖ und ihr Bundeskanzler Gusenbauer, denen in den Umfragen das Wasser bis zum Hals steht, (...) gegen ihre bisherigen festen Überzeugungen vor einer europaskeptischen Boulevardzeitung in den Staub geworfen, um so ihr innenpolitisches Überleben an der Macht zu sichern“⁸⁴⁹. Der ehemalige Politiker von Bündnis 90/Die Grünen meinte über Gusenbauer und Faymann: „Armes Österreich, armes Europa, das von solchen Opportunisten geführt wird“⁸⁵⁰.

Altbundeskanzler Franz Vranitzky meldete sich ebenfalls zu Wort und meinte, dass man durch bloße Ankündigung einer Volksabstimmung die Europaskepsis der ÖsterreicherInnen nicht beseitigen wird können. Er halte „die Initiative der beiden Herren für einen Denkfehler“⁸⁵¹. Für ihn gebe es allein nur den Weg, „diesen Vorstoß zu revidieren und zurückzugehen zu einer EU-Politik, in der sich die österreichischen Staatsbürger wiederfinden“⁸⁵². Der Altkanzler meinte auch, dass in der neuen Vorgehensweise von Faymann und Gusenbauer nun die Doppelspitze erklärbar sei, „weil einem allein ein so kapitaler Missgriff gar nicht gelungen wäre“⁸⁵³. Aus der SPÖ meldete sich wohl der damalige EU-Abgeordnete und Vorsitzende des Haushaltskontroll-Ausschusses Herbert Bösch medial am deutlichsten zu Wort. Er brachte sehr pointiert zum Ausdruck: „Ich bin nicht der 'Kronen Zeitung' beigetreten, sondern der Sozialdemokratischen Partei Österreichs.“⁸⁵⁴ Für Bösch ist die neue Linie überaus fatal und umgehend rückgängig zu machen: „Eine Partei ist dazu da, ihres Erachtens richtige Dinge den Menschen zu erklären. Wenn sie dazu nicht mehr

⁸⁴⁵ APA-Meldung vom 27. Juni 2008, APA0437

⁸⁴⁶ Ebenda

⁸⁴⁷ Ebenda

⁸⁴⁸ APA-Meldung vom 30. Juni 2008, APA0075

⁸⁴⁹ Ebenda

⁸⁵⁰ Ebenda

⁸⁵¹ APA-Meldung vom 27. Juni 2008, APA0362

⁸⁵² Ebenda

⁸⁵³ Ebenda

⁸⁵⁴ Ebenda

in der Lage ist, dann muss sie sich auflösen. Das haben wir nicht vor. Ich erwarte, dass sich die beiden Herrschaften an der Spitze der Partei von dieser Vorgangsweise, die sie selber unnötigerweise gewählt haben, distanzieren.“⁸⁵⁵

Auch Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden bezog sehr eindeutig Stellung gegen den neuen Kurs: „Ich bin wirklich sauer, das Duo Gusenbauer und Faymann macht aus der SPÖ eine Bananenrepublik – und damit auch aus der Republik Österreich“⁸⁵⁶. Im ORF-Radio meinte er weiters: „In Wirklichkeit geht es den beiden nur darum, aus dem hausgemachten Frust über die EU populistisch Stimmen zu schlagen. Das halte ich für ganz entsetzlich.“⁸⁵⁷

Der ÖVP-Europapolitiker Othmar Karas meinte, dass sich Faymann und Gusenbauer „dem Druck des Boulevards“⁸⁵⁸ ergaben: „Diese Selbstausslieferung an die Meinungsmacht des ‚Krone‘-Herausgebers Hans Dichand und die damit verbundene Selbstaufgabe der SPÖ als verantwortungsvoller politischer Partner in Europa schockierten nicht nur die ÖVP, sondern sorgte auch über die Grenzen Österreichs hinaus für Aufsehen.“⁸⁵⁹

Teilweise vehemente Reaktionen kamen von verschiedenen Printmedien. Die KommentatorInnen kritisierten den Brief an den Herausgeber der größten Tageszeitung Österreichs massiv. Margaretha Kopeinig vom *Kurier* meinte, dass sich die Regierungspartei SPÖ ins Out manövriere und der Schwenk der SPÖ in der Europa-Politik Österreich schade. Für sie sei die Strategie durchsichtig: „Die SPÖ soll gestärkt, Wähler gehalten und das Kanzler-Büro am Ballhausplatz gerettet werden.“⁸⁶⁰ Hubert Patter bezeichnete den Brief in der *Kleinen Zeitung* als einen „Akt der Selbsterniedrigung“⁸⁶¹. Die SPÖ mache für ihn „dem größten Boulevardblatt des Landes den Buckel, indem Kanzler und Parteiobmann dem Herausgeber die von ihm publizistisch herbeigepeitschte Kehrtwende in einem Brief offiziell kundtut. Ein

⁸⁵⁵ APA-Meldung vom 27. Juni 2008, APA0362

⁸⁵⁶ APA-Meldung vom 29. Juni 2008, APA0156

⁸⁵⁷ Ebenda

⁸⁵⁸ Karas, Othmar: Österreich und Europa – Ein Aufbruch zu neuer Dynamik?, in: Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Karner, Stefan; Halper, Dietmar (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Wien 2009, S. 254

⁸⁵⁹ Ebenda

⁸⁶⁰ APA-Meldung vom 27. Juni 2008, APA0208

⁸⁶¹ Ebenda

solcher Unterwerfungsakt der Politik ist beispiellos⁸⁶². Wolfgang Fellner fragte sich in der Tageszeitung *Österreich* überhaupt, ob die SPÖ an politischem Alzheimer leide.⁸⁶³ Für ihn sei die neue Positionierung in keiner Weise nachvollziehbar, da man bisher strikt gegen eine Volksabstimmung war und nun bei künftigen Vertragswerken diese plötzlich fordere. Fellners Fazit: „Selten sind Wähler einer Partei für so blöd verkauft worden wie im jüngsten Faymann-Gusenbauer-Manifest zur EU.“⁸⁶⁴

Die Chefredakteurin des *Standards*, Alexandra Förderl-Schmid, kommentierte die Vorgangsweise von Alfred Gusenbauer und Werner Faymann sehr scharf unter dem Titel „Onkel Hans regiert die Republik“: „1996 währte sich Dichand noch 'Im Vorhof der Macht' – so der Titel des von ihm herausgegebenen Buches. Jetzt scheint er schon weiter zu sein, dank des neuen SPÖ-Chefs Faymann. Dem soll er – als Gegenleistung für die 180-Grad-Wendung in der EU-Frage – versprochen haben, ihn zum Kanzler zu machen. Dauergast auf den Krone-Seiten ist er ohnehin schon. Nur noch ein paar bezahlte Inserate dazu, fertig die Kampagne! Dass Gusenbauer diesen Kotau mitmacht, zeigt, dass er sich an sein Amt klammert. Seine dem STANDARD gegebene Begründung, dass dieser Schwenk 'kein Kniefall vor der Kronenzeitung, sondern eine Reaktion auf die geringe Zustimmung der Bevölkerung zur EU ist, wozu die Kronenzeitung möglicherweise beigetragen hat', ist eine Beleidigung nicht nur für seine Intelligenz.“⁸⁶⁵

Chefredakteur Wolfgang Sablatnig kommentierte in der *Tiroler Tageszeitung*, dass Werner Faymann dem Ziel einer neuerlichen SPÖ-Mehrheit die bisherigen Prinzipien der Partei opfere: „Wer sich gefragt hat, wie ausgerechnet der stets lächelnde Werner Faymann der SPÖ mehr Ecken und Kanten verleihen soll, wurde mit der Kehrtwende in Sachen EU eines besseren belehrt. Statt wie bisher die Skeptiker von den Vorteilen der EU überzeugen zu wollen, heult die SPÖ jetzt mit den Skeptikern. Dass die Öffentlichkeit von dem Schwenk per Brief an den 'Sehr geehrten Herausgeber' Hans Dichand erfahren musste, passt ins populistische Bild. Die Krone wird's Faymann – und vielleicht auch Alfred Gusenbauer – mit Sicherheit danken. (...) Werner Faymann geht damit aber ein hohes Risiko. Es ist nur eine Frage der Zeit,

⁸⁶² APA-Meldung vom 27. Juni 2008, APA0208

⁸⁶³ Vgl. Ebenda

⁸⁶⁴ Ebenda

⁸⁶⁵ OTS-Aussendung vom 26. Juni 2008, OTS0311

bis Dichand und die Krone mit dem nächsten Anliegen beim roten Duo anklopfen. Da könnten dann weitere Traditionen und Prinzipien der SPÖ auf dem Spiel stehen.“⁸⁶⁶

Die grundlegende Neupositionierung der SPÖ in der Europapolitik wurde aber von VerantwortungsträgerInnen der SPÖ unterstützt: Wiens Bürgermeister Michael Häupl meinte, dass es durchaus statthaft sei, sich Gedanken darüber zu machen, „wie man die Europäische Idee wieder näher an die Menschen heranbringen und eine positive Stimmung für dieses größte Friedensprojekt in der Geschichte Europas erreichen könne“⁸⁶⁷. Für die ehemalige Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller war es „ein Versuch, die Menschen in Österreich und Europa besser in den Vertiefungsprozess der EU einzubeziehen und sich verstärkt um die Zustimmung der Bevölkerung zu bemühen“.⁸⁶⁸ Der damalige Sozialminister Erwin Buchinger stimmte ebenfalls der Idee von nationalen Volksabstimmungen zu und verwies auf das Bedürfnis der Bevölkerung, dass sich die EU verstärkt hin zu einer Sozialunion entwickeln müsse. Laut Buchinger müsse man auf die BürgerInnen hören und ihnen folglich auch „die Möglichkeit einer ‘direkten Beurteilung’ – durch eine Volksbefragung oder Volksabstimmung – zu geben“⁸⁶⁹. Unterrichtsministerin Claudia Schmied zufolge müsse man „die Bevölkerung in das Projekt Europa wieder stärker integrieren, Betroffene zu Beteiligten machen und die Menschen bei wesentlichen, strategischen Projekten stärker mit einbeziehen“⁸⁷⁰.

In einer Sitzung des Bundesparteipräsidiums der SPÖ am 7. Juli 2008 wurde ein Zwölf-Punkte-Programm zur Europapolitik verabschiedet.⁸⁷¹ Darin ist auch enthalten, „künftige EU-Vertragsänderungen, die die grundlegenden Interessen Österreichs berühren, einer Volksabstimmung zu unterziehen“.⁸⁷² Keine Volksabstimmung wolle man bei einem möglichen Beitritt Kroatiens, jedoch die Entscheidung über eine mögliche Mitgliedschaft der Türkei wäre „in jedem Fall einer Volksabstimmung in Österreich zu unterziehen“.⁸⁷³ Der „verbreiteten Skepsis gegenüber der EU in Österreich muss durch konsequente Einbindung der Bevölkerung in die europäische

⁸⁶⁶ OTS-Aussendung vom 26. Juni 2009, OTS0332

⁸⁶⁷ OTS-Aussendung vom 27. Juni 2008, OTS0326

⁸⁶⁸ Ebenda

⁸⁶⁹ Ebenda

⁸⁷⁰ Ebenda

⁸⁷¹ Vgl. APA-Meldung vom 7. Juli 2008, APA0516

⁸⁷² Ebenda

⁸⁷³ Ebenda

Politik begegnet werden. Kontinuierliche Information, die schon in der Schule beginnen soll, der zu intensivierende offene und engagierte Diskurs mit den Österreichern und die Möglichkeit, durch Partizipation stärker gestaltend in die EU-Politik einzugreifen, sollen dazu beitragen, den ernst zu nehmenden Sorgen und der Verunsicherung der Menschen zu begegnen".⁸⁷⁴

Allgemein wird die Diskussion über kommende Erweiterungsschritte der Union sicherlich weiter andauern. Klaus Hänsch, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments und Mitglied im Präsidium des EU-Verfassungskonvents, spricht sich beispielsweise dafür aus, den Schwerpunkt stärker auf die Integration nach innen zu legen: „Die Fortsetzung einer Erweiterungspolitik, die Größe mit Stärke verwechselt, führt in eine perspektivlose Sackgasse. Die Union muss endlich umkehren. Sie kann nicht alle Staaten aufnehmen, die ihr beitreten wollen.“⁸⁷⁵ Oftmals sind aber auch strategische und politische Argumente für neue Mitgliedsstaaten nachvollziehbar. Die Vorstellungen, wie Europa definiert wird, gehen ohnehin auseinander. Das Projekt Europäische Union ist in permanenter Veränderung und lebt vom regen Austausch der Argumente.

5.7 Die Wahl zum Europäischen Parlament 2009

5.7.1 Die Ausgangssituation

Die Ausgangssituation für die Wahl zum Europäischen Parlament war für die österreichische Sozialdemokratie eine ausgesprochen schwierige. Die Skepsis in der Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union war in Österreich zu dieser Zeit besonders ausgeprägt. Vor allem die wichtige WählerInnengruppe der PensionistInnen war verglichen mit anderen Alterssegmenten sehr negativ gegenüber der EU eingestellt, wie verschiedene Erhebungen belegten. Die *Kronen Zeitung* führte gegen die Regierungsparteien bei der Abstimmung im Nationalrat über den Vertrag von Lissabon eine äußerst negative Berichterstattung, was unter anderem auch den damaligen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und den geschäftsführenden SPÖ-Vorsitzenden Werner Faymann zu dem Brief an den

⁸⁷⁴ APA-Meldung vom 7. Juli 2008, APA0516

⁸⁷⁵ Hänsch, Klaus: Kontinent der Hoffnungen. Mein europäisches Leben, Bonn 2010, S. 159–160

Herausgeber Hans Dichand veranlasst hat. Darüber hinaus verzichtete Werner Faymann Mitte Februar auf die Besetzung des EU-Kommissars durch die SPÖ, was zusätzlich den Eindruck verstärkte, dass ein aktives und engagiertes Einbringen in europäische Gremien und Institutionen durch die Sozialdemokratie Österreichs ohnehin keine hohe Priorität hat. Weiters fanden in einigen Bundesländern die Arbeiterkammer-Wahlen in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum EU-Wahltermin statt. Damit war ein Teil der Organisationsstruktur, wenn auch ein geringer, aber vor allem jene FunktionärInnen gebunden, die sowohl in der SPÖ als auch in der FSG aktiv sind. In Summe eine Vielzahl an Faktoren, die sowohl eine Mobilisierung der eigenen SympathisantInnen als auch eine überzeugende Darstellung in der öffentlichen Wahrnehmung in der Zeit des Wahlkampfes überaus schwierig machten.

Im Vorfeld der Wahl 2009 wurden in den Medien unterschiedlichste Umfrageergebnisse über die Skepsis der ÖsterreicherInnen gegenüber der Europäischen Union und einen daraus folgenden möglicherweise überaus hohen Nichtwähleranteil publiziert. Zu den seriösesten Untersuchungen gehört hier sicherlich die "Eurobarometer"-Umfrage, welche regelmäßig europaweit erfolgt. Im Oktober 2008 wurden in Österreich 1000 Interviews durchgeführt, um die Stimmung der Bevölkerung zu erheben. Die Frage, ob die Mitgliedschaft zur EU "eine gute Sache" sei, beantworteten bei dieser Erhebung 39 Prozent der ÖsterreicherInnen mit Ja. Der EU-Durchschnitt betrug 53 Prozent. Deutlich zeigte sich die unterschiedliche Betrachtungsweise in den Alterssegmenten. 57 Prozent der 15 - 24-Jährigen meinten, dass die EU-Mitgliedschaft "eine gute Sache" sei. 44 Prozent der 25 - 39-Jährigen bejahten dies ebenfalls. Im Altersbereich von 40-54 Jahren lag der Wert der Zustimmung bei 35 Prozent und bei den 55 - 64-Jährigen bei 32 Prozent. Bei den Befragten ab 64 Jahren konnten sich lediglich 28 Prozent zu einem "Ja" durchringen. Damit zeigte sich, dass die ältere Generation deutlich skeptischer der EU gegenüberstand als dies bei den Jüngeren der Fall war. Bei der Wahlbereitschaft für die Europawahl 2009 ergaben sich folgende Werte: 46 Prozent bei den 15 - 24-Jährigen, 53 Prozent der 25 - 39-Jährigen, 48 Prozent der WählerInnen zwischen 40 und 54 Jahren und 49 Prozent zwischen 55 und 64 Jahren. Die Wahlbereitschaft bei den 64-Jährigen und Älteren lag bei 48 Prozent. Auch bei der Abfrage des Images der EU zeigten sich die Unterschiede zwischen den Altersgruppen. 56 Prozent der befragten EU-BürgerInnen waren der Meinung, die Mitgliedschaft in der EU bringe für

ihr Land Vorteile. Die ÖsterreicherInnen waren jedoch nur zu 47 Prozent dieser Ansicht.⁸⁷⁶

Für die Sozialdemokratie eine problematische Situation, da mit der älteren Generation eine sehr wichtige WählerInnenschicht der Union sehr skeptisch gegenüber stand und daher folglich auch für populistische Parteien und kritische Wahlbewegungen sehr offen war. Auf der anderen Seite musste man darüber hinaus als staatstragende Partei eine seriöse Europapolitik transportieren und damit auch jenen Menschen ein Angebot machen, für die Österreich ein aktiver Teil der Gemeinschaft sein muss.

In der Samstag-Ausgabe der *Salzburger Nachrichten* vom 14. Februar 2009, also noch lange vor dem Termin der EU-Wahl, deutete Bundeskanzler Faymann an, dass bei der Besetzung eines neuen EU-Kommissars dieser Posten wieder an die ÖVP gehen könnte. Er könne „damit leben, dass diese Position auch weiterhin von der ÖVP besetzt wird“⁸⁷⁷ und „werde keinen Protest anmelden, wenn das jemand von der ÖVP wird“⁸⁷⁸, so Faymann. In der SPÖ sorgte die frühe Festlegung des Vorsitzenden in Funktionärskreisen für Verwunderung und hatte etwa laut dem Salzburger Bürgermeister Heinz Schaden „bei uns intern Diskussionen ausgelöst“⁸⁷⁹. Keinesfalls führte es aber zu einer Steigerung der Motivation hinsichtlich der bevorstehenden Wahlauseinandersetzung. Obwohl am 7. Juni nicht die VertreterInnen der Kommission, sondern die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments gewählt wurden, geht es bei der Postenvergabe eines Kommissars oder einer Kommissarin um eine Funktion, die zu den höchsten in den europäischen Institutionen gehört. Folglich verdeutlicht ein Verzicht des Parteivorsitzenden bereits einige Monate vor der Wahl die geringe Priorität gegenüber diesem politischen Amt und unterstreicht nicht unbedingt das Engagement hinsichtlich eines europapolitischen Gestaltungswillens. Die Aussagen von Werner Faymann in den *Salzburger Nachrichten* wurden nicht von allen Repräsentanten der Partei geteilt. Der EU-Abgeordnete Harald Ettl meinte: „Wenn man in der EU im sozialen Sektor mehr

⁸⁷⁶ Vgl. Ergebnispräsentation Eurobarometer 70,

http://ec.europa.eu/austria/documents/press/2009_01_21_eb70.ppt (gefunden am 11. Februar 2012)

⁸⁷⁷ APA-Meldung vom 14. Februar 2009, APA0155

⁸⁷⁸ Ebenda

⁸⁷⁹ APA-Meldung vom 24. Februar 2009, APA0542

umsetzen will, braucht man einen Kommissar.“⁸⁸⁰ In die selbe Richtung argumentiert Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden. Wenn man etwas erreichen und durchsetzen wolle, „gerade in so einem komplexen Gebilde, wie es die EU ist, dann muss ich vor Ort gut vertreten sein“⁸⁸¹. Österreichs OECD-Botschafter in Paris, Wolfgang Petritsch, hielt es „für einen Fehler, dass sich die SPÖ so früh festgelegt hat. (...) In Europa herrscht große Verwunderung darüber“⁸⁸².

In den Bundesländern Wien⁸⁸³ und Niederösterreich⁸⁸⁴, die für jede Wahl einen entscheidenden Beitrag zum Gesamtergebnis der SPÖ leisten, fanden von 5. bis 18. Mai die Wahlen zur Arbeiterkammer statt. Dies bedeutete, dass über die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen und für viele FunktionärInnen der SPÖ primär eine Mobilisierung für diese Wahlauseinandersetzung stattgefunden hat. In Niederösterreich wurden beispielsweise – wie ich selbst beobachten konnte – die lokalen Plakatflächen der Orts- und Stadtorganisationen weitgehend erst nach der Arbeiterkammer-Wahl für den EU-Wahlkampf genützt und die Sujets somit relativ spät affiziert.

Da zu diesem Zeitpunkt das Vertragswerk von Lissabon noch nicht in Kraft getreten ist, wurde die Abgeordnetenzahl im Europäischen Parlament von 785 auf 736 (Vertrag von Nizza) gesenkt. Sobald alle Mitgliedsstaaten den Vertrag von Lissabon ratifiziert haben, sollte die Zahl der Abgeordneten wieder auf 751 (real 754) steigen. Das bedeutet für Österreich, dass es bis zum Ende der Legislaturperiode durch 18 Mitglieder vertreten war und die Zahl mit der EU-Wahl 2009 auf 17 fiel. Bei Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon kommen wieder zwei Abgeordnete dazu, was einer Gesamtzahl von 19 österreichischen Mitgliedern im Europäischen Parlament entspricht.⁸⁸⁵

Der ehemalige SPÖ-Bundesgeschäftsführer und damalige EU-Wahlkampfleiter Günther Kräuter verweist bei der Ausgangssituation auf das knappe Ergebnis bei der

⁸⁸⁰ APA-Meldung vom 24. Februar 2009, APA0542

⁸⁸¹ Ebenda

⁸⁸² Ebenda

⁸⁸³ Vgl. <http://wiev1.orf.at/stories/359699> (gefunden am 10. Oktober 2009)

⁸⁸⁴ Vgl. <http://noev1.orf.at/stories/345395> (gefunden am 10. Oktober 2009)

⁸⁸⁵ Vgl. http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/veraenderungen_in_der_eu_2009.pdf (gefunden am 11. Juni 2013)

letzten EU-Wahl 2004: „Es war ein sehr knapper Vorsprung für die SPÖ und dies in tiefster blau-schwarzer Regierungszeit. Alle Realisten haben natürlich erkannt, dass dieses Mal nicht besonders großartig sein wird. Das war schon klar.“⁸⁸⁶

5.7.2 Die KandidatInnen

Nach Vorstand und Präsidium, die die KandidatInnenliste am 25. März absegneten⁸⁸⁷, beschlossen die Delegierten zum Bundesparteirat am 3. April 2009 die Bundesliste.⁸⁸⁸

Die SPÖ schickte Hannes Swoboda als Spitzenkandidat ins Rennen.⁸⁸⁹ BZÖ-Generalsekretär Martin Strutz nannte Swoboda „die zweite Wahl“⁸⁹⁰, und nach der Meinung des außenpolitischen Sprechers der Grünen, Alexander Van der Bellen, wurde Hannes Swoboda von seiner Gesinnungsgemeinschaft „gleich mit mehreren schweren Mühlsteinen beladen ins Rennen geschickt“⁸⁹¹. „Die SPÖ hat im Vorfeld alles getan, um Swoboda als Notlösung dastehen zu lassen, weil öffentlich kommuniziert wurde, dass etwa Karl Blecha der Favorit von Bundeskanzler Faymann gewesen wäre“⁸⁹², meinte Van der Bellen zur Ankündigung, dass Hannes Swoboda die SPÖ-Liste anführen werde.

Platz zwei nahm Evelyn Regner als Gewerkschaftsvertreterin ein, die lange Jahre das ÖGB-Büro in Brüssel geleitet hat. Dahinter folgte der Abgeordnete zum Europäischen Parlament, Jörg Leichtfried, aus der Steiermark. Der vierte Platz wurde der SPÖ-Niederösterreich zugesprochen, die dafür die Landtagsabgeordnete Karin Kadenbach nominierte. Die fünfte Position wurde an Oberösterreich vergeben. Hier standen sowohl der Volkshilfe-Präsident Josef Weidenholzer als auch die Delegationsleiterin im EU-Parlament, Maria Berger, als KandidatInnen zur Verfügung. Sollte Berger die Position als EuGH-Richterin erhalten, dann wäre der Platz für Weidenholzer frei. Ansonsten hätte Maria Berger Vorrang. Die Nummer sechs auf

⁸⁸⁶ Interview mit Dr. Günther Kräuter vom 20. August 2009

⁸⁸⁷ Vgl. APA-Meldung vom 25. März 2009, APA0634

⁸⁸⁸ Vgl. APA-Meldung vom 3. April 2009, APA0382

⁸⁸⁹ Vgl. Ebenda

⁸⁹⁰ APA-Meldung vom 25. März 2009, APA0617

⁸⁹¹ OTS-Aussendung vom 25. März 2009, OTS0316

⁸⁹² Ebenda

der Liste wurde Christa Prets, die schon bisher Vertreterin im EU-Parlament war. Überraschend war die Reihung des Vorarlbergers Herbert Bösch auf Platz sieben. Er war als profunder Kenner der EU-Finzen bekannt und hatte sich als Fachmann für Haushaltskontrolle und Betrugsbekämpfung in Europa einen Namen gemacht. Bösch war auch Österreichs bisher einziger Ausschussvorsitzender, nämlich im Ausschuss für Haushaltskontrolle.⁸⁹³ Auf den Plätzen acht bis zehn folgten Adelheid Hirschbichler aus Salzburg, Kerstin Zlender aus Kärnten und der Tiroler Maximilian Unterrainer.⁸⁹⁴

Für Werner Faymann bestand die KandidatInnenliste aus einer Reihe von Persönlichkeiten, die „große Erfahrung, Seriosität und eine positive Bilanz auf Seiten unserer Werte und der ArbeitnehmerInnen“⁸⁹⁵ haben.

Doris Bures verwies beim Wahlauftakt auf die Vielzahl von Frauen auf der Liste⁸⁹⁶ und die SPÖ-Frauen präsentierten im Rahmen eines Medienevents auf dem Twin-City-Liner zwischen Wien und Bratislava das Team⁸⁹⁷, das rund zur Hälfte aus Frauen bestand. Von den insgesamt 42 Plätzen auf der SPÖ-Liste waren 20 mit Kandidatinnen besetzt.⁸⁹⁸

Sowohl ÖVP, FPÖ als auch die Grünen nominierten auf ihrer Parteiliste jeweils 42 Personen. Dabei lag der Frauenanteil bei der ÖVP bei 25 Kandidatinnen⁸⁹⁹, bei den Grünen bei 22⁹⁰⁰ und bei der FPÖ wurden lediglich 8 Frauen zur Wahl nominiert⁹⁰¹.

5.7.3 Das Wahlmanifest

Das Wahlmanifest der SPÖ wurde am 3. April 2009 beim Bundesparteirat in Wien beschlossen⁹⁰² und gliedert sich in die Kapitel „Die Zukunft der Europäischen Union

⁸⁹³ Vgl. APA-Meldung vom 25. März 2009, APA0634

⁸⁹⁴ Vgl. APA-Meldung vom 25. März 2009, APA0632

⁸⁹⁵ OTS-Aussendung vom 3. April 2009, OTS0133

⁸⁹⁶ Vgl. OTS-Aussendung vom 8. Mai 2009, OTS0326

⁸⁹⁷ Vgl. OTS-Aussendung vom 11. Mai 2009, OTS0091

⁸⁹⁸ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/files/Parteien/SPOE.pdf (gefunden am 9. Juni 2013)

⁸⁹⁹ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/files/Parteien/OEVP.pdf (gefunden am 9. Juni 2013)

⁹⁰⁰ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/files/Parteien/GRUENE.pdf (gefunden am 9. Juni 2013)

⁹⁰¹ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/files/Parteien/FPOE.pdf (gefunden am 9. Juni 2013)

⁹⁰² Vgl. APA-Meldung vom 3. April 2009, APA0382

– eine Richtungsentscheidung“, „Soziales Europa“, „Europa und die Globalisierung“, „Europäische Klima- und Energiepolitik“ und „Rechte für die Bürgerinnen und Bürger in Europa und in Österreich“.⁹⁰³

In den ersten drei Bereichen ging es primär um die negativen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise – ausgelöst durch Spekulationen und einen „Casino-Kapitalismus“⁹⁰⁴. Dies liege in der Verantwortung der konservativ-liberalen Mehrheit in der Europäischen Union, hieß es im SP-Wahlprogramm. Wettbewerb und Liberalisierung standen bislang über politischer Marktgestaltung und sozialen Schwerpunkten. Ziel war für die SPÖ dabei die Gestaltung eines „Sozialen Europas“, denn die derzeitige Union genieße nicht das volle Vertrauen der BürgerInnen. Es wurde immer wieder auf Maßnahmen zur Konjunkturbelebung und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Österreich verwiesen, als Vorbild für die Europäische Union, die eine ebensolche Schwerpunktsetzung vollziehen sollte. Konkrete Themenvorschläge und Aktionen, welche sozialdemokratische VerantwortungsträgerInnen in der Bundesregierung zu europäischen Diskussionsgrundlagen machen sollten, fehlten allerdings. Es wurden meist allgemeine Willensbekundungen angeführt, die einem sozialen Europa als Grundlage dienen sollten. Die Botschaft war allerdings ganz klar: Nur mit einer Stimme für die Sozialdemokratie gelinge es, die EU hin zu einer Sozialunion zu führen. Eine weitere konservativ-liberale Mehrheit in den EU-Institutionen würde den Weg der Deregulierung und Liberalisierung prolongieren. Jenes System eben, das in die Krise geführt hat und die Gewinne privatisiert, Verluste jedoch sozialisiert.⁹⁰⁵

Die ÖsterreicherInnen standen damit laut SPÖ vor der Wahl „zwischen einer sozialdemokratischen Europäischen Union, in der die Mitgliedsstaaten im Interesse aller Menschen zusammenarbeiten, und einer konservativen EU, die die Zukunft unserer Länder und der Menschen dem Markt überlässt“⁹⁰⁶.

⁹⁰³ Vgl. Wahlmanifest. Wahl zum Europäischen Parlament 2009, SPÖ-Bundesparteirat, 3. April 2009, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2009

⁹⁰⁴ „Soziales Europa“: Wahlmanifest. Wahl zum Europäischen Parlament 2009, SPÖ-Bundesparteirat, 3. April 2009, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2009, S. 5

⁹⁰⁵ Vgl. „Die Zukunft der Europäischen Union – eine Richtungsentscheidung“: Ebenda, S. 2–15

⁹⁰⁶ „Soziales Europa“: Ebenda, S. 6

Für Ex-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter rechnete die SPÖ in diesem Wahlmanifest „schonungslos ab mit dem gierigen und ungezügelden Markt“⁹⁰⁷. Es sollte einen Weg aus der Krise zeigen, denn es stellte dar, wo die EU in Zukunft eine stärkere Schutzfunktion ausüben sollte, nämlich bei Arbeitsplätzen, Wirtschaft, Finanz- und Geldpolitik. Im Zentrum der politischen Auseinandersetzung stand für Kräuter klar der Kampf um Arbeitsplätze.⁹⁰⁸

Im Kapitel “Europa und Globalisierung“ forderte die SPÖ unter anderem die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Dies wurde auch von Hannes Swoboda in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Finanzstaatssekretär Andreas Schieder untermauert. Eine 0,05-prozentige Finanztransaktionssteuer würde, so der SPÖ-Spitzenkandidat, 190 Milliarden Euro für das EU-Budget bringen.⁹⁰⁹ Für Swoboda müsse nämlich ein Weg gefunden werden, wie die EU auch die sozialen Vorhaben umsetzen könne: „Wir brauchen kein Bekenntnis abstrakter Natur, sondern konkrete Schritte, wie etwa Investitionen in Verkehr-, Umwelt- oder Bildungsinfrastruktur“⁹¹⁰.

Weiters sollten nach dem Wahlmanifest neue Regeln bei ManagerInnen-Gehältern geschaffen werden: „Auch die Bezüge von Vorständen, Managerinnen und Managern sollen neuen Regeln und Grenzen unterworfen werden und sich am langfristigen Unternehmenserfolg orientieren.“⁹¹¹ Dies ist insofern interessant, da es in der Sozialdemokratie eine intensive Debatte über Gehaltsobergrenzen für ManagerInnen aus Unternehmen gegeben hat, die Staatshilfe bezogen haben. Verschiedene VertreterInnen aus den SPÖ-Landesorganisationen sprachen sich klar für Obergrenzen aus.⁹¹²

Dazu zählte zum Beispiel der steirische Landeshauptmann Franz Voves, der das steirische Modell auf den Bund übertragen wollte, wonach in keinem Unternehmen, in dem das Land die Mehrheit hat, ManagerInnen mehr als der Landeshauptmann verdienen. Auch der damalige niederösterreichische SPÖ-Vorsitzende Josef Leitner

⁹⁰⁷ OTS-Aussendung vom 3. April 2009, OTS0097

⁹⁰⁸ Vgl. Ebenda

⁹⁰⁹ Vgl. OTS-Aussendung vom 22. Mai 2009, OTS0319

⁹¹⁰ Ebenda

⁹¹¹ “Europa und die Globalisierung“: Wahlmanifest. Wahl zum Europäischen Parlament 2009, SPÖ-Bundesparteirat, 3. April 2009, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2009, S. 13

⁹¹² Vgl. APA-Meldung vom 6. Februar 2009, APA0327 & APA-Meldung vom 11. Februar 2009, APA0343

oder Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl forderten in der öffentlichen Debatte die Begrenzung der Gagen von SpitzenmanagerInnen. Bundeskanzler Werner Faymann sprach sich aber gegen eine verpflichtende Regelung aus. Für ihn sei es „nicht Sache der Politik, die Gehälter von Managern festzulegen. Das liegt in der Eigenverantwortung des Aufsichtsrates der Betriebe.“⁹¹³

Im Wahlmanifest zur EU-Wahl wurde weiters ein gemeinsames europäisches Asylsystem eingemahnt, um eine gerechte Verteilung der Asylberechtigten auf alle Mitgliedsstaaten zu erreichen. Dies würde Österreich entlasten, „da wir derzeit an der Spitze der Mitgliedsstaaten stehen, was die Aufnahme von Asylberechtigten im Verhältnis zu Bevölkerungszahl betrifft“⁹¹⁴.

Die Vorstellungen für eine künftige europäische Klima- und Energiepolitik wurden im Wahlprogramm sehr verhalten dargestellt, wenn man bedenkt, welche intensive Diskussionen es in der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament über Maßnahmen gegen den Klimawandel gegeben hat. Viele sozialdemokratische Umwelt-PolitikerInnen auf europäischer Ebene sehen – wie ich selbst in meiner beruflichen Tätigkeit im Europäischen Parlament erfahren habe – eine massive Förderung von Umwelttechnologien und eine technische Führungsrolle Europas in diesem Bereich als Möglichkeit, mit Glaubwürdigkeit bei internationalen Klimaverhandlungen viele SkeptikerInnen zu überzeugen. Europa solle zeigen, dass auch ein neuer Weg wirtschaftlich erfolgreich sein könnte. Auch könnte eine Forcierung der Öko-Industrie den Strukturwandel in verschiedenen Produktionsbereichen wie der Stahlindustrie abfedern beziehungsweise in verschiedenen Regionen kompensieren. Trotz intensiver Diskussionen und auch konträrer Positionen legte die Fraktion im Europäischen Parlament nach außen bei den Abstimmungen in den Ausschüssen und im Plenum ein möglichst homogenes Verhalten an den Tag. Dennoch wurde im Wahlmanifest der SPÖ lediglich sehr allgemein die Notwendigkeit der Steigerung der Energieeffizienz, der Ausbau von erneuerbaren Energien, stärkere Investitionen in den Schienenverkehr und die Reduktion von Schadstoffwerten bei Neuwagen erwähnt. Das Bekenntnis zur verstärkten Förderung innovativer Umwelttechnologien wurde mit gezielten

⁹¹³ „Absage an die Umverteiler“, *Kurier*, vom 7. April 2009, S. 2

⁹¹⁴ „Europa und die Globalisierung“: Wahlmanifest. Wahl zum Europäischen Parlament 2009, SPÖ-Bundesparteirat, 3. April 2009, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2009, S. 14

Konjunkturimpulsen in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise begründet.⁹¹⁵ Dies mit der Zielsetzung verbunden, „auch hier Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern“⁹¹⁶.

Im Programm zur EU-Wahl 2009 wurde klar festgehalten, dass Energie aus Atomkraftwerken keine Zukunftsenergie sei. Das Risiko beim Betrieb und die noch immer nicht gelöste Frage der Endlagerung wurden als Gründe angeführt. „Deshalb treten wir weiterhin aktiv für ein kernkraftfreies Europa ein.“⁹¹⁷

Im März 2007 wurde vom Europäischen Rat festgehalten, dass die Kernenergie nicht in die Kategorie „erneuerbare Energien“ fällt. Das war auch eine wesentliche Position der SPÖ-Delegation im Europäischen Parlament bei der gesamten Klimawandeldiskussion, wo verschiedene Lobbying Gruppen und politische Kräfte eine Renaissance der Atomkraft sehen wollten. Karin Scheele, in dieser Phase Delegationsleiterin und Mitglied des Umweltausschusses, stellte sich klar gegen die Tendenz, den in manchen Ländern bereits beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie bzw. AKW-Baustopp wieder rückgängig zu machen, um damit Klimaschutzziele zu erreichen.⁹¹⁸

Im fünften Teil des Manifests über die „Rechte für die Bürgerinnen und Bürger in Europa und in Österreich“ sprach sich die SPÖ für eine Stärkung des Europäischen Parlaments „hin zu einer vollwertigen gesetzgebenden Vertretung der Bürgerinnen und Bürger“⁹¹⁹ aus. Um den Missbrauch von EU-Geldern künftig stärker kontrollieren zu können, müsse das Parlament in dieser Hinsicht mit einer stärkeren Kontrollfunktion ausgestattet werden.⁹²⁰

In den wesentlichen Reden beim Bundesparteirat fand die Forderung nach verpflichtenden Volksabstimmungen in Österreich bei tiefgehenden europäischen

⁹¹⁵ Vgl. „Europäische Klima- und Energiepolitik“: Wahlmanifest. Wahl zum Europäischen Parlament 2009, SPÖ-Bundesparteirat, 3. April 2009, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2009, S. 16–18

⁹¹⁶ Ebenda, S. 17

⁹¹⁷ Ebenda, S. 16

⁹¹⁸ Vgl. OTS-Aussendung vom 24. Juli 2008, OTS0178

⁹¹⁹ „Rechte für die Bürgerinnen und Bürger in Europa und in Österreich“: Wahlmanifest. Wahl zum Europäischen Parlament 2009, SPÖ-Bundesparteirat, 3. April 2009, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2009, S. 20

⁹²⁰ Vgl. Ebenda, S. 21

Vertragsänderungen einen Platz.⁹²¹ Im Manifest war sie aber dennoch vorzufinden. Die SPÖ sprach sich wörtlich dafür aus, „künftige Änderungen des europäischen Vertragswerks, die grundlegende Interessen Österreichs berühren, einer nationalen Volksabstimmung zu unterziehen. Gleiches gilt für den Beitritt der Türkei, der die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kapazitäten und Strukturen der EU zu überfordern droht, ganz abgesehen von allen offenen Fragen hinsichtlich der Menschenrechtssituation“⁹²².

Bei seiner Rede am Bundesparteirat umriss Werner Faymann die Positionen der SPÖ: „Mehr Kontrolle, mehr soziale Standards, mehr soziale Sicherheit und mehr soziale Netze“⁹²³. Der Bundeskanzler nannte als entscheidenden Punkt das Ausmaß der Wahlbeteiligung, denn „viele Menschen spüren, wir haben Recht. Was sie wissen wollen ist, ob wir es auch Wert sind zur Wahl hinzugehen. Und das erreichen wir nur gemeinsam“⁹²⁴.

Für den Bundespartei vorsitzenden ist die SPÖ dann stark und glaubwürdig, wenn sie sich zwar zur Europäischen Union und der Mitgliedschaft Österreichs in der EU bekenne, jedoch auch zu Vorgängen wie etwa einer hohen Arbeitslosigkeit oder einem ungezügeltten Marktliberalismus eine kritische Haltung einnehme „und nicht zu den Jasagern gehört, die alles beschönigen und verniedlichen“⁹²⁵.

Das Wahlmanifest wurde in offener Abstimmung einstimmig angenommen.⁹²⁶

5.7.4 Die Wahlauseinandersetzung

Die SPÖ startete offiziell am 8. Mai 2009 in den Wahlkampf. Werner Faymann konnte bei der Auftaktveranstaltung aufgrund einer Erkrankung nicht anwesend sein, ließ sich aber bei seiner Rede von Infrastrukturministerin Doris Bures vertreten. Die Botschaft ihrer Rede war klar: Die österreichische Sozialdemokratie wolle „nach der

⁹²¹ Vgl. APA-Meldung vom 3. April 2009, APA0382

⁹²² „Die Zukunft der Europäischen Union – eine Richtungsentscheidung“: Wahlmanifest. Wahl zum Europäischen Parlament 2009, SPÖ-Bundesparteirat, 3. April 2009, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2009, S. 2

⁹²³ OTS-Aussendung vom 3. April 2009, OTS0145

⁹²⁴ Ebenda

⁹²⁵ OTS-Aussendung vom 3. April 2009, OTS0133

⁹²⁶ Vgl. APA-Meldung vom 3. April 2009, APA0382

Zeit von Neoliberalismus und ungezügelm Finanzkapitalismus“⁹²⁷ nun „Fairness, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit“⁹²⁸ in Europa durchsetzen.

Spitzenkandidat Hannes Swoboda bekräftigte die Wichtigkeit des Sozialthemas für die nächsten Jahre. Er forderte daher einen Sozialvertrag, in dem beispielsweise verpflichtende Ziele für die Schaffung von Arbeitsplätzen vereinbart werden. Über dieses Vertragswerk sollten dann auch die Österreicherinnen und Österreicher abstimmen.⁹²⁹

Für den zum Zeitpunkt der EU-Wahl 2009 tätigen Bundesgeschäftsführer, Günther Kräuter, ist bei einer Wahlauseinandersetzung das gesamte Stimmungsbild entscheidend: „Wenn man die relativ bescheidenen Mittel, die zur Verfügung gestanden sind, und die nicht besonders große Begeisterung, die nur in ganz vereinzelt Momenten erkennbar war, bedenkt, dann war die Dichte von Veranstaltungen überhaupt kein Kriterium. Denn wenn die Gesamtstimmung für eine Wahl passt, ist die Frage, ob ich 150 oder 350 einlade, vollkommen uninteressant.“⁹³⁰

Im Vorwahlkampf und zur Information und Vorbereitung der eigenen FunktionärInnen setzte die SPÖ unter anderem auf ein Konzept des Jugendreferates der Partei – der Jungen Generation. „Europatalks“ gaben Interessierten die Möglichkeit mit KandidatInnen kritische Dinge anzudiskutieren beziehungsweise sammelt die TeilnehmerInnen abwechselnd in unterschiedlichen Themengruppen Ideen und Vorschläge für die künftige Tätigkeitsperiode. Diese wurden dann bei der Veranstaltung präsentiert, diskutiert und abschließend gesammelt den LandesspitzenkandidatInnen übergeben. Im Bundesgebiet fanden 45 Veranstaltungen dieser Art statt. Die SPÖ-NÖ unterstützte dieses Veranstaltungs-Format. Die Junge Generation veranstaltete 19 Europatalks in Niederösterreich und erreichte auf diese Weise 790 MultiplikatorInnen in diesem Bundesland.⁹³¹

⁹²⁷ OTS-Aussendung vom 8. Mai 2009, OTS0326

⁹²⁸ Ebenda

⁹²⁹ Vgl. OTS-Aussendung vom 8. Mai 2009, OTS0333

⁹³⁰ Interview mit Dr. Günther Krauter vom 20. August 2009

⁹³¹ Vgl. ““Es ist dein Europa – Gestalte mit!“ – MOVE EUROPE, Europa-Wahlkampf der Jungen Generation NÖ“, vorgelegt dem Landespartei Vorstand der SPÖ-NÖ im Juni 2009

Ein Thema im EU-Wahlkampf 2009 war auch die gerechte Verteilung der Agrarförderungen. Wie in einer Info-Broschüre der SPÖ für FunktionärInnen dargestellt wurde, belaufen sich die Ausgaben der Europäischen Union für den Bereich Agrar und Fischerei auf 42 Prozent des Gesamtbudgets.⁹³² Angesichts der Tatsache, dass für Konjunkturmaßnahmen und infolgedessen für eine aktive europaweite Arbeitsplatzpolitik Finanzmittel nur begrenzt zur Verfügung stehen, war und ist dies ein Kritikpunkt vor allem für sozialdemokratische und sozialistische Parteien in Europa. Kritisiert wird stets auch die ungerechte Verteilung der Fördersummen, die primär für größere Betriebe ausgeschüttet werden. Hannes Swoboda forderte daher auch in der ORF-Pressestunde eine Umschichtung der Agrarförderungen zugunsten einer stärkeren sozialen Akzentsetzung: „(...) zehn Prozent der Förderungen von den zehn größten Fördernehmern brächten zehn Milliarden Euro, die man anders verteilen könnte“⁹³³. Er forderte damit einen „Fairness-Beitrag“ der größten Agrarempfänger, um mit dieser Summe Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen.⁹³⁴ Othmar Karas, damals Delegationsleiter der ÖVP im Europäischen Parlament, lehnte die Forderung von Swoboda ab und sah dies sogar als Angriff auf die österreichische Landwirtschaft: „Hier vermischt Swoboda in alter sozialdemokratischer Manier Äpfel mit Birnen. Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik steht nicht zur Debatte. Ich kämpfe darum, dass unsere Bauern einen fairen Preis für ihre Arbeit bekommen. Die SPÖ will ihnen offenbar lieber noch mehr wegnehmen!“⁹³⁵

Die Freiheitliche Partei Österreichs präsentierte am 26. Mai 2009 einen Comic mit dem Titel „Der blaue Planet – HC’s Kampf für Freiheit gegen eine zentrale EU“⁹³⁶. Dieser wurde auch JungwählerInnen persönlich zugeschickt. Für die FPÖ sollte der Comic „einen Beitrag gegen die zunehmende Entpolitisierung der Gesellschaft leisten.“⁹³⁷ Er sollte nach Ansicht der Freiheitlichen junge Menschen anregen, über Politik zu diskutieren.⁹³⁸ Im Vorspann hieß es auch, die Publikation stelle „keine

⁹³² Vgl. Wahl zum Europäischen Parlament 2009. Argumente, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2009, S. 18

⁹³³ OTS-Aussendung vom 31. Mai 2009, OTS0027

⁹³⁴ Vgl. OTS-Aussendung vom 26. Mai 2009, OTS0364

⁹³⁵ OTS-Aussendung vom 22. Mai 2009, OTS0153

⁹³⁶ OTS-Aussendung vom 26. Mai 2009, OTS0139

⁹³⁷ Ebenda

⁹³⁸ Vgl. Ebenda

Parteiwerbung“⁹³⁹ dar, sondern es gehe vielmehr „um politische Bildung und Info, die nicht langweilig ist“⁹⁴⁰. Der Inhalt ging aber klar in eine Richtung: „Brüssel als dekadenter Sündenpfuhl, die EU-Kommission als ‚abgehobene, undemokratische Runde‘“⁹⁴¹ und Erwähnung fand auch ein „angeblich von SPÖ, ÖVP und Grünen betriebene EU-Beitritt Israels“⁹⁴². Im Vorwort hieß es zwar „Manches haben wir ein bisschen übertrieben :-)!“⁹⁴³, aber da das Freiheitliche Bildungsinstitut als Herausgeber fungierte, entbrannte eine Diskussion darüber, ob die Fördermittel für politische Parteiinstitute auch für Wahlwerbung, und nicht nur für Bildungsarbeit verwendet werden dürfen. Der Leiter des Renner Institutes der SPÖ, Karl Duffek, hat daher den Beirat im Bundeskanzleramt, der die Verwendung der Gelder prüft, ersucht, sich den Comic genauer anzusehen.⁹⁴⁴ FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl sah dies eher „als innovative Bildungsform“⁹⁴⁵ und meinte hinsichtlich der klaren Tendenz, dass natürlich die Grundausrichtung der Akademie von der FPÖ vorgegeben werde.⁹⁴⁶ Für SPÖ-Bundesgeschäftsführer Kräuter war der FPÖ-Comic ein „Pamphlet“⁹⁴⁷, und er würde es auch nicht unmittelbar als EU-Wahl-Ereignis definieren. Es ging für ihn um viel mehr: „Ganz subtile Provokationen, ein Versuchslauf. Wie weit kann ich gehen?“⁹⁴⁸ Die SPÖ verzichtete in dieser Wahlauseinandersetzung auf ein bundesweites JungwählerInnenmailing. Für Kräuter hat die SPÖ zwar von Beginn an mit einer ambitionierten Jungen Generation versucht, sich einzubringen, „aber Tatsache ist, dass bei vorhandenen Mitteln und wie die generelle Stimmung vor der EU-Wahl war, die Jugend mit diesen Möglichkeiten kaum bis gar nicht erreicht worden ist“⁹⁴⁹.

Da sich die SPÖ der Wichtigkeit einer Mobilisierung in den starken WählerInnensegmenten der Partei bewusst war⁹⁵⁰, wurde der Bundesvorsitzende des Pensionistenverbandes, Karl Blecha, in den Wahlkampf eingebaut. Er hielt

⁹³⁹ APA-Meldung vom 29. Mai 2009, APA0040

⁹⁴⁰ APA-Meldung vom 29. Mai 2009, APA0040

⁹⁴¹ Ebenda

⁹⁴² Ebenda

⁹⁴³ APA-Meldung vom 26. Mai 2009, APA0341

⁹⁴⁴ Vgl. APA-Meldung vom 29. Mai 2009, APA0040

⁹⁴⁵ Ebenda

⁹⁴⁶ Vgl. Ebenda

⁹⁴⁷ Interview mit Dr. Günther Kräuter vom 20. August 2009

⁹⁴⁸ Ebenda

⁹⁴⁹ Ebenda

⁹⁵⁰ Vgl. APA-Meldung vom 3. April 2009, APA0382

folglich beim Bundesparteirat, als auch bei der Auftaktveranstaltung der EU-Wahlkampagne eine Rede.⁹⁵¹

Dazwischen trat er in den Bundesländern bei verschiedenen Veranstaltungen auf und rief im Rahmen einer Pressekonferenz speziell die ältere Generation auf, am 7. Juni wählen zu gehen. Laut Blecha ärgerten sich die PensionistInnen über die vielen Enttäuschungen durch die EU. Aber wer eine andere Union wolle, nämlich eine soziale und bürgernahe, der müsse seiner Auffassung nach wählen gehen und auch für ein anderes Europa stimmen. Die EU der Konservativen zeichne sich „durch Bürgerferne und Bürokratie, aber auch durch permanenten Sozialabbau mit Pensionskürzungen, Einschränkungen im Gesundheitsbereich, hoher Arbeitslosigkeit, sowie durch blindes und unkontrolliertes Deregulieren, Liberalisieren und Spekulieren“⁹⁵² aus. Der SPÖ-Pensionistenvertreter brachte daher verschiedene Forderungen der Europäischen Senioren-Organisationen (ESO) vor, die speziell auf die Bedürfnisse der älteren Generation abzielten und den Leistungen der älteren Generation ein höheres Gesamtansehen verschaffen sowie einer Altersdiskriminierung entgentreten sollten.⁹⁵³ Weiters sprach sich Blecha für eine Einschränkung der Bürokratie aus, „da dies den Wohlstand mehren könnte“⁹⁵⁴, und betonte die Glaubwürdigkeit von Werner Faymann und der Sozialdemokratie. Diese hätten „auf Punkt und Komma alles eingehalten, was sie versprochen haben“⁹⁵⁵.

Am 25. Mai wurde von Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter und den beiden Erstgereihten auf der SPÖ-Liste, Hannes Swoboda und Evelyn Regner, vor dem Parlament die „Startflagge für die heiße Wahlkampfphase gehoben“⁹⁵⁶. Für jeden Bezirk Österreichs wurde ein Auto der Marke „Smart“ oder „Mini Cooper“ zur Verfügung gestellt. Funktionärinnen und Funktionäre fuhren damit durch Österreichs Städte und Gemeinden und brachten mittels vorbereiteter Lautsprecherdurchsagen die wichtigsten Botschaften der SPÖ an die Bevölkerung.⁹⁵⁷

⁹⁵¹ Vgl. OTS-Aussendung vom 3. April 2009, OTS0203 & Vgl. OTS-Aussendung vom 8. Mai 2009, OTS0335

⁹⁵² OTS-Aussendung, vom 27. Mai 2009, OTS0196

⁹⁵³ Vgl. Ebenda

⁹⁵⁴ Ebenda

⁹⁵⁵ Ebenda

⁹⁵⁶ OTS-Aussendung, vom 25. Mai 2009, OTS0176

⁹⁵⁷ Vgl. Ebenda

Die Freiheitliche Partei polarisierte im EU-Wahlkampf mit ihrer Themensetzung stark und positionierte sich als „einzige Heimatpartei“.⁹⁵⁸ Auf den Plakaten war zum Beispiel zu lesen: „Echte Volksvertreter statt EU-Verräter“⁹⁵⁹, „Soziale Wärme statt EU für Konzerne“⁹⁶⁰ oder „Abendland in Christenhand“⁹⁶¹.

In Zeitungsinseraten wurde ein FPÖ-Veto gegen den EU-Beitritt der Türkei und sogar Israels angekündigt: „Die FPÖ ist die einzige Partei, die den EU-Beitritt der Türkei und Israels ohne Wenn und Aber ablehnt. Denn die FPÖ will keine Ausbreitung des radikalen Islamismus, keine Massenzuwanderung aus der Türkei nach Österreich, keine Milliardenkosten für Österreich, keine EU-Außengrenze zum Irak und keine Verwicklung Österreichs in den blutigen Nahostkonflikt.“⁹⁶²

Derartige Inserate und die Zuspitzung in Reden oder Aussendungen führten in der Folge zu Auseinandersetzungen in der politischen Debatte zwischen den wahlwerbenden Parteien. Martin Graf, 3. Präsident des Nationalrates, fragte sich in einem Kommentar vom 21. Mai 2009 in der *Neuen Freien Zeitung*, ob man den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzicant, nicht als „Ziehvater des antifaschistischen Linksterrorismus“⁹⁶³ bezeichnen sollte. Für Graf „ist der gewalttätige linke Mob auf den Straßen“⁹⁶⁴ der verlängerte Arm Muzicants: „Hinter den Menschen, die aufgehetzt von Muzicant und Konsorten, gegen ‚Nazis‘ demonstrieren, verstecken sich gewalttätige Anarchisten-Banden, die die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzen und die Demokratie in unserem Land destabilisieren wollen. Dabei besteht kein großer Unterschied zu Herrn Muzicant, der fein gekleidet in der Zeit-im-Bild seine Attacken reitet, denn auch ihm geht es um die Einschränkung der Meinungsfreiheit bis hin zum Tod jeder echten Demokratie.“⁹⁶⁵

⁹⁵⁸ „FPÖ mobilisiert für EU-Wahl“, <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/eu/1927569/index.do> (gefunden am 14. August 2009)

⁹⁵⁹ Ebenda

⁹⁶⁰ Ebenda

⁹⁶¹ Ebenda

⁹⁶² Neue Freie Zeitung, Nr. 20, 21. Mai 2009, hrsg. von Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen, Wien 2009, S. 9

⁹⁶³ „www.unzensuriert.at, Kommentar von NR-Präs. Martin Graf in Neue Frei Zeitung, 21. Mai, S. 17“: <http://images.derStandard.at/2009/05/27/martin-graf.pdf> (gefunden am 14. August 2009)

⁹⁶⁴ Ebenda

⁹⁶⁵ Ebenda

Muzicant richtete infolge an die höchsten VerantwortungsträgerInnen der Republik die Frage, „was ein Präsident des Österreichischen Nationalrats noch alles tun und sagen kann, bevor ihm das Misstrauen ausgesprochen wird und hier unmissverständliche Konsequenzen gesetzt werden“⁹⁶⁶ .

In einem Gespräch mit der Tageszeitung *Die Presse*, erschienen in der Ausgabe vom 17. Mai 2009, brachte Ariel Muzicant sehr deutlich seine Besorgnis über die politischen Entwicklungen in Österreich durch Vertreter der FPÖ, wie Heinz-Christian Strache, Martin Graf oder Andreas Mölzer, zum Ausdruck. Wenn Muzicant manche Aussagen von Herbert Kickl, seinerseits Generalsekretär der FPÖ, höre, dann „erinnert mich dieses Gehetze und die Sprache an Joseph Goebbels“⁹⁶⁷ .

Beim Wahlkampffinale am 5. Juni in Wien bekräftigte Werner Faymann nochmals seine ablehnende Haltung gegenüber der FPÖ, die „versucht hat, gegen den Islam, gegen Religionen und gegen Israel Hass zu schüren und Vorurteile zu mobilisieren“⁹⁶⁸ . Damit sei die FPÖ für den Bundesparteivorsitzenden kein geeigneter Koalitionspartner: „Diese FPÖ braucht niemand in dieser Regierung und auch in keiner anderen“⁹⁶⁹ . Auch der Spitzenkandidat Hannes Swoboda stellte sich deutlich gegen die Wahlkampfparolen vonseiten der Freiheitlichen Partei. Gegenüber den anwesenden FunktionärInnen betonte er, dass die Sozialdemokratie hier nicht nachgeben dürfe, „ob es uns nützt oder schadet“⁹⁷⁰ . Nicht Chaos, sondern mehr Stabilität sei gefragt: „Wir brauchen nicht Hetze, sondern Verbundenheit und wir brauchen die Lösung von Problemen und nicht das Aufhetzen von Menschen.“⁹⁷¹ Auch Wiens Bürgermeister Michael Häupl brachte in der Frage einer möglichen Koalition mit der FPÖ unter dem Vorsitz von Heinz Christian Strache seine Meinung mehr als eindeutig zum Ausdruck: „Mit mir gibt es keine Koalition mit dieser Strache-FPÖ, solange ich da bin“⁹⁷² . Häupl meinte, dass sich Heinz-Christian Strache

⁹⁶⁶ „Faymann und Spindelegger fordern Grafs Rücktritt – Er will bleiben“:
<http://derstandard.at/1242316840112/Faymann-und-Sindelegger-fordern-Grafs-Ruecktritt---Er-will-bleiben>
(gefunden am 14. August 2009)

⁹⁶⁷ OTS-Aussendung vom 16. Mai 2009, OTS0085

⁹⁶⁸ OTS-Aussendung vom 5. Juni 2009, OTS0294

⁹⁶⁹ Ebenda

⁹⁷⁰ OTS-Aussendung vom 5. Juni 2009, OTS0297

⁹⁷¹ Ebenda

⁹⁷² OTS-Aussendung vom 5. Juni 2009, OTS0303

gefallen lassen müsse, von ihm in seiner Sprache und den Methoden mit den Nationalsozialisten verglichen zu werden.⁹⁷³

Die *Standard*-Chefredakteurin Alexandra Förderl-Schmid kommentierte in der Wochenend-Ausgabe vom 6./7. Juni 2009 den EU-Wahlkampf. Unter dem Titel „Seicht und hemmungslos“ kritisierte sie auch den Umgang der österreichischen Sozialdemokratie mit dem Thema Europa: „Dass der SPÖ unter Werner Faymann die EU kein Anliegen ist, hätte nicht eindrucksvoller unter Beweis gestellt werden können. Die ÖVP machte sich zumindest die Mühe, einen zugkräftigen Spitzenkandidaten zu finden, die SPÖ nahm den, der ohnehin da war. Und einen kompetenten Kandidaten für die Kommission zu finden, das wäre noch mehr Mühe, also verzichtete sie gleich darauf. Lieber zu Hause alles im Griff, als mitzubestimmen in Brüssel. Denn das hieße, womöglich auch für Beschlüsse dort verantwortlich gemacht zu werden.“⁹⁷⁴

Rainer Nowak schrieb im Leitartikel der *Presse* am Wahlsonntag, dass die „Gusenbauer-Phase“ von Werner Faymann schon begonnen habe. Parteiinterne Kritiker wie Franz Voves würden sich bereits zu Wort melden und andere seien gerade mit Problemen in den eigenen Ländern abgelenkt. Laut dem *Presse*-Kommentar lautet die Frage für Faymann nicht, „ob er eine Wahl gewinnt, sondern nur noch, ob er weniger verliert als die einstige Volkspartei“⁹⁷⁵.

5.7.5 Das Ergebnis

Das Ergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009⁹⁷⁶ brachte für die SPÖ eine herbe Niederlage. Beim Endergebnis votierten von den 2.864.621 gültigen abgegebenen Stimmen 680.041 Wählerinnen und Wähler für die SPÖ. Dies ergibt 23,7 Prozent und 4 Mandate. Verglichen mit der Wahl 2004 war dies ein Minus von 9,6 Prozent beziehungsweise ein Verlust von drei Mandaten. Die ÖVP erreichte 30 Prozent und konnte mit einem Minus von 2,7 Prozent ihren Mandatsstand von sechs Sitzen im EU-Parlament halten. Die Liste Martin legte um 3,7 auf 17,7 Prozent

⁹⁷³ Vgl. OTS-Aussendung vom 5. Juni 2009, OTS0303

⁹⁷⁴ OTS-Aussendung vom 5. Juni 2009, OTS0292

⁹⁷⁵ OTS-Aussendung vom 6. Juni 2009, OTS0062

⁹⁷⁶ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/Ausschreibung.aspx (gefunden am 8. August 2010)

zu und erreichte drei Mandate im neu gewählten Parlament, was einem Zuwachs von einem Abgeordneten entsprach. Die Grünen verloren 3 Prozentpunkte und erreichten damit 9,9 Prozent. Sie konnten jedoch ihre zwei Sitze behalten. Eine Verdoppelung von einem auf zwei Mandate erreichte die FPÖ. Sie konnte 12,7 Prozent der Wählerinnen und Wähler überzeugen. Dies entsprach einem Plus von 6,4 Prozentpunkten gegenüber der EU-Wahl 2004. Das BZÖ schaffte mit 4,6 Prozent den Einzug ins Europäische Parlament vorerst nicht und die Gruppe „JuLis“ bekam lediglich einen Anteil von 0,7 Prozent vom Gesamtergebnis.⁹⁷⁷

Nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon stehen Österreich zwei Abgeordnete mehr im Parlament zu. Die SPÖ schickte mit Josef Weidenholzer zusätzlich einen Vertreter nach Brüssel/Straßburg das BZÖ entsandte Ewald Stadler.⁹⁷⁸

In einer Nachwahlanalyse des „Institutes für Strategeanalysen – ISA“ und von „SORA – Institute for Social Research and Analysis“ verlor die SPÖ auf Basis des Endergebnisses mit Wahlkarten den überwiegenden Teil der Stimmen an die NichtwählerInnen. 151.000 Personen, die 2004 der SPÖ ihre Stimme gaben, blieben bei dieser Wahl zum Europäischen Parlament zu Hause. 75.000 Stimmen gingen an Hans Peter Martin und sein KandidatInnenteam und 26.000 WählerInnen votierten diesmal für die FPÖ. Die Liste Martin holte aus dem NichtwählerInnensegment 156.000, die FPÖ 188.000, die ÖVP 112.000 und die Grünen 70.000 Stimmen. Keine dieser Parteien verlor in diesem Bereich mehr, als sie gewinnen konnte. 37.000 SPÖ-Stimmen kamen bei dieser Volksentscheid von den Grünen.⁹⁷⁹

Vom 4. bis 7. Juni wurden in diesem Zusammenhang von den Instituten ISA und SORA 1.251 Wahlberechtigte zur Europawahl telefonisch über ihre Motive und Beweggründe befragt. Es zeigte sich grundsätzlich, dass die Wahlbeteiligung bei den unter 35-Jährigen mit 50 Prozent höher war als jene in der Altersgruppe 35 bis 39 mit 48 Prozent. Dieser Wert sank bei den über 60-Jährigen auf 42 Prozent. In dieser Altersgruppe war aber der Zuspruch beim Wahlverhalten zur SPÖ mit 29 Prozent noch am größten. Hier hielten SPÖ und ÖVP gemeinsam noch 62 Prozent. 23

⁹⁷⁷ Vgl. <http://wahl09.bmi.gv.at> (gefunden am 8. August 2010)

⁹⁷⁸ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/Verlautbarung_der_Bundeswahlbehörde_ber_die_Zuweisung_zweierweiterer_Mandate.pdf (gefunden am 6. Juni 2012)

⁹⁷⁹ Vgl. www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2009_eu-wahl_wahltagsbefragung_grafiken.pdf (gefunden am 10. September 2010)

Prozent der 35 - 59-Jährigen wählten bei dieser Wahl SPÖ. Hier lag die ÖVP deutlich voran und die Liste Martin mit 20 Prozent fast gleichauf. Bei den WählerInnen unter 35 Jahren kreuzten 19 Prozent die FPÖ an, jeweils 14 die Grünen und die Liste Martin, 28 Prozent die ÖVP und 22 Prozent entschieden sich für die SPÖ. Dies zeigt wieder deutlich, dass ältere WählerInnengruppen noch eine höhere Bindung zur SPÖ haben, als dies bei Jüngeren der Fall ist. Einer Unterscheidung des Wahlverhaltens nach Erwerb zeigt ebenfalls, dass in der Gruppe der PensionistInnen 31 Prozent der SPÖ ihr Vertrauen schenken. Bei der ÖVP waren es 32 Prozent. Bei den Angestellten sank der SP-Wert auf 26 Prozent ab. Für die SPÖ dramatisch gestalteten sich die Zahlen bei den Arbeitern. 17 Prozent wählten hier die SPÖ - gleich viele wie die Liste Martin. 24 Prozent entschieden sich für die FPÖ und 29 Prozent gaben ihre Stimme der Österreichischen Volkspartei.⁹⁸⁰

Die SPÖ positionierte sich in diesem Wahlkampf als die Partei, die gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise ankämpft. In der Wahlauseinandersetzung wurde versucht klarzumachen, dass die Konservativen auf europäischer Ebene mit Schuld an deren Folgen gewesen seien. Die SPÖ stehe auf der Seite der Betroffenen und nicht der Verursacher, wurde kommuniziert.

Hier konnte aber die SPÖ offenbar wenig Glaubwürdigkeit vermitteln. Beim Wahlverhalten nach wirtschaftlicher Lage, also konkret auch jener Erwerbstätigen, die von Personalabbau, Lohnverlust oder Kurzarbeit betroffen waren, wählten die SPÖ gerade einmal 14 Prozent. 13 Prozent entschieden sich für die Liste Martin, 10 Prozent für die Grünen, 23 Prozent für die FPÖ und 36 Prozent für die ÖVP. Bei den Wahlberechtigten, die nicht von der Krise betroffen waren, vertrauten 23 Prozent der SPÖ im Vergleich zu 30 Prozent für die ÖVP.⁹⁸¹

Hans-Peter Martin führte mit 53 Prozent klar das Wahlmotiv "Spitzenkandidat" an, gefolgt von Hannes Swoboda und FP-Kandidat Andreas Mölzer mit je 26 Prozent. Ihnen folgte ÖVP-Spitzenkandidat Ernst Strasser mit 22 Prozent und Ulrike Lunacek

⁹⁸⁰ Vgl. www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2009_eu-wahl_wahltagsbefragung_grafiken.pdf (gefunden am 10. September 2010)

⁹⁸¹ Vgl. Ebenda

war für 11 Prozent der Grün-WählerInnen ausschlaggebend, der Partei eine Stimme zu geben.⁹⁸²

Bei den Wahlmotiven gaben die Befragten mit 72 Prozent am häufigsten "soziale Gerechtigkeit und Arbeitsplätze" bei ihrem Wahlentscheid für die SPÖ an. 61 Prozent sagten, sie seien StammwählerInnen oder sie wollten die Sozialdemokratie im Europäischen Parlament stärken. 55 Prozent meinten, dass die SPÖ ihre Interessen vertrete, 47 Prozent meinten, dass die SPÖ die Interessen Österreichs in der EU sehr gut vertrete und 45 Prozent votierten für die Partei, da die SPÖ "wichtige Themen" vorgebracht habe. Weiters wurden noch die Volksabstimmungen bei EU-Verträgen abgefragt, wozu 39 Prozent "trifft sehr zu" als Wahlmotiv angegeben haben. Für zehn Prozent war die Wahlwerbung der SPÖ ein Motiv für die SozialdemokratInnen zu stimmen.⁹⁸³

74 Prozent der SPÖ-Wählerinnen und -Wähler gaben an, sich schon länger für die SPÖ entschieden zu haben. Zwei bis drei Wochen vor der Wahl entschieden sich zehn Prozent und 14 Prozent fixierten ihre Meinung in den letzten Tagen vor der Wahl. Bei der ÖVP hatten 67 Prozent bereits länger das Vorhaben, die Volkspartei zu wählen. 18 Prozent entschieden sich zwei bis drei Wochen vor dem Wahltermin und 15 Prozent in den letzten Tagen.⁹⁸⁴

Insgesamt meinten 64 Prozent der befragten SPÖ-WählerInnen, dass die EU-Mitgliedschaft "eher eine gute Sache" sei. 30 Prozent meinten "weder noch", und fünf Prozent gaben an, dass diese "eher eine schlechte Sache" sei. Bei den Meinungen "eher eine gute Sache" führten die Grün-WählerInnen mit 82 und die ÖVP-WählerInnen mit 77 Prozent. 53 Prozent der WählerInnen der Liste Martin meinten dies, und nur 33 Prozent der FPÖ-WählerInnen. Bei der Positionierung "eher eine schlechte Sache" führten mit 36 Prozent klar die FPÖ-WählerInnen, gefolgt von jenen der Liste Martin mit 21 Prozent. Vier Prozent aus den Reihen der ÖVP-WählerInnen und nur ein Prozent von den WählerInnen der Grünen waren dieser Ansicht.⁹⁸⁵

⁹⁸² Vgl. www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2009_eu-wahl_wahltagsbefragung_grafiken.pdf (gefunden am 10. September 2010)

⁹⁸³ Vgl. Ebenda

⁹⁸⁴ Vgl. Ebenda

⁹⁸⁵ Vgl. Ebenda

Für 60 Prozent der SPÖ-WählerInnen bringt die Mitgliedschaft in der Europäischen Union in der Wirtschaftskrise "eher mehr Vorteile" für Österreich. 18 Prozent gaben auf die Frage "weder noch" an, und 19 Prozent meinten, sie "bringt eher mehr Nachteile". Bei der ÖVP war die Verteilung 66, 14 und 17 Prozent. Die Grünen-WählerInnen hatten mit 83 Prozent die höchste Meinung von den Vorteilen der EU-Mitgliedschaft für Österreich in der Krisenzeit. 20 Prozent meinten, dass die Nachteile überwiegen würden und 14 Prozent gaben "weder noch" an. Bei den WählerInnen der Liste Martin meinten 49 Prozent "bringt eher mehr Vorteile", 28 Prozent sagten "bringt eher mehr Nachteile" und 18 Prozent waren der Ansicht "weder noch". Die FPÖ-WählerInnen waren überwiegend skeptisch. 60 Prozent sahen die Nachteile überwiegen, im Gegensatz zu 23 Prozent auf der Seite der Vorteile. "Weder noch": 14 Prozent.⁹⁸⁶

Interessant bei der Betrachtung des Endergebnisses ist auch die Zahl der vergebenen Vorzugsstimmen. Hier erhielt Othmar Karas 112.954 persönliche Unterstützungen.⁹⁸⁷ Dies ist umso bemerkenswerter, da die Vorzugsstimme nicht durch Ankreuzen des Namens erfolgt, sondern der Name musste von der Wählerin oder dem Wähler in das dafür vorgesehene Feld auf dem Wahlzettel geschrieben werden.⁹⁸⁸ Die ÖVP mobilisierte mit Strasser und Karas zweifelsohne eine Vielzahl an WählerInnen, jedoch auch andere KandidatInnen, wie die als Nummer sechs auf der KandidatInnenliste gereichte Elisabeth Köstinger konnte 44.238 Wählerinnen und Wähler von sich so überzeugen, dass es ihnen wichtig war, etwa "Elisabeth Köstinger" oder "Köstinger" auf den Stimmzettel zu schreiben. Die ersten zehn KandidatInnen der ÖVP auf der Liste erreichten gesamt 239.507 persönliche Unterstützungen in Form einer Vorzugsstimme, während die zehn bestgereihten SPÖ-KandidatInnen insgesamt 54.735 Stimmen auf sich vereinen konnten. Allgemein wurden auf der ÖVP-Liste mit 252.391 Vorzugsstimmen weit mehr persönliche Unterstützungen vergeben als für die SPÖ-KandidatInnen. Die ebenfalls

⁹⁸⁶ Vgl. www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2009_eu-wahl_wahltagsbefragung_grafiken.pdf (gefunden am 10. September 2010)

⁹⁸⁷ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/files/Vorzugsstimmen/EUW_2009_VZ_OEVP.pdf (gefunden am 1. Oktober 2010)

⁹⁸⁸ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/files/GueltigkeitUngueltigkeitStimmzettel.pdf (gefunden am 1. Oktober 2009)

42 BewerberInnen der Sozialdemokratie erhielten gesamt 61.784 Vorzugsstimmen.⁹⁸⁹

Bei einer Reihung nach erreichten Vorzugsstimmen wären für die SPÖ vorerst Hannes Swoboda, Herbert Bösch, Josef Weidenholzer und Christa Prets ins Parlament eingezogen.⁹⁹⁰ Bei der ÖVP wären dies Othmar Karas, Elisabeth Köstinger, Ernst Strasser, Paul Rübiger, Heinz Becker und Richard Seeber gewesen.⁹⁹¹ Allerdings gab es keine Reihung nach dem Vorzugsstimmenergebnis.

Für die SPÖ erhielten Hannes Swoboda, Evelyn Regner, Jörg Leichtfried und Karin Kadenbach je einen Abgeordnetensitz im Europäischen Parlament.⁹⁹² Bei Umsetzung des Vertrages von Lissabon und einer damit verbundenen Aufstockung des Parlaments rückte Josef Weidenholzer in das Parlament nach.⁹⁹³ Delegationsleiter der SPÖ-Abgeordneten wurde Jörg Leichtfried.⁹⁹⁴ Hannes Swoboda wurde zunächst zum Stellvertretenden Vorsitzenden der "Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament" gewählt und schließlich 2012 sogar zu deren Vorsitzenden.⁹⁹⁵

Im Auftrag von APA-OTS untersuchte das Innsbrucker MediaWatch Institut das Top-30-Ranking der meist genannten Politikerinnen und Politiker in den österreichischen Tageszeitungen. Diese Analyse fand im Zeitraum von 29. Mai bis 4. Juni 2009 statt. An erster Stelle stand Nationalratspräsident Martin Graf, gefolgt vom ÖVP-Spitzenkandidaten für die Europawahl, Ernst Strasser. Auf Rang drei kam FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache, die vierte Stelle des Rankings belegte Bundeskanzler Werner Faymann. Die weiteren EU-SpitzenkandidatInnen: Hannes Swoboda kam auf Rang fünf, Hans-Peter Martin belegte den siebenten Platz, Ulrike

⁹⁸⁹ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/files/Vorzugsstimmen/EUW_2009_VZ_SPOE.pdf (gefunden am 1. Oktober 2010) & Vgl.

www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/files/Vorzugsstimmen/EUW_2009_VZ_OEVP.pdf (gefunden am 1. Oktober 2010)

⁹⁹⁰ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/files/Vorzugsstimmen/EUW_2009_VZ_SPOE.pdf (gefunden am 1. Oktober 2010)

⁹⁹¹ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/files/Vorzugsstimmen/EUW_2009_VZ_OEVP.pdf (gefunden am 1. Oktober 2010)

⁹⁹² Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/europawahl/2009/Bewerber.aspx (gefunden am 1. Oktober 2010)

⁹⁹³ Vgl. www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/Verlautbarung_der_Bundeswahlbehörde_ber_die_Zuweisung_zweierweiterer_Mandate.pdf (gefunden am 6. Juni 2012)

⁹⁹⁴ Vgl. www.spe.at/abgeordnete/mag-jorg-leichtfried/ (gefunden am 12. Mai 2010)

⁹⁹⁵ Vgl. <http://hannes-swoboda.at/wp-content/uploads/2012/10/CVHannesSwobodaD-20122.pdf> (gefunden am 1. Februar 2013)

Lunacek Rang 13, Andreas Mölzer Platz neun und Ewald Stadler wurde hinsichtlich der Nennungen in österreichischen Tageszeitungen an die sechste Stelle gereiht.⁹⁹⁶

Zur europapolitischen Schwerpunktsetzung wurde den Delegierten des 41. Ordentlichen Bundesparteitages am 12. Juni 2010 über Alfred Gusenbauer und Werner Faymann berichtet, dass der vormalige SPÖ-Vorsitzende Gusenbauer weiterhin als Vizepräsident der Sozialistischen Internationale tätig sein werde. „Zahlreiche internationale Initiativen gingen auf ihn zurück, nicht zuletzt Zukunftsüberlegungen zur europäischen und weltweiten Sozialdemokratie.“⁹⁹⁷ Werner Faymann wurde beim Kongress der Sozialdemokratischen Partei Europas im Dezember 2009 in das Präsidium gewählt. Laut dem schriftlichen Bericht über die internationale Arbeit der SPÖ an die Delegierten des Bundesparteitages 2010 hat der Bundespartei vorsitzende dadurch „die Bedeutung der SPE und der europäischen Zusammenarbeit klar unterstrichen“⁹⁹⁸.

5.8 Das Netzwerk der SPÖ in europäischen Institutionen - Die SPÖ-Brüssel

Im Folgenden möchte ich zunächst erheben, wie das Netzwerk der SPÖ in den europäischen Institutionen eingeschätzt werden kann. Dazu habe ich vier ehemalige Abgeordnete zum Europäischen Parlament im Rahmen meiner Interviews befragt. Ich habe mich bewusst für ehemalige Mitglieder des Europaparlaments entschieden, da hier aus einer gewissen Distanz die Zusammenarbeit und die Vernetzung bewertet werden kann. Die Antworten von Herbert Bösch, Wolfgang Bulfon, Erich Farthofer und Mag.^a Karin Scheele waren übereinstimmend klar. Alle Befragten vertreten die Ansicht, dass die SPÖ auf europäischer Ebene nicht genügend vernetzt sei. Herbert Bösch schätzt das Netzwerk der SPÖ gar als „schwach“⁹⁹⁹ ein. Für Bösch braucht ein funktionierendes Netzwerk auch ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union: „Wenn man sagt, uns ist egal, was in Brüssel passiert. Wenn man Brüssel direkt als Feindbild betrachtet, dann wird dort kein großes Netzwerk zu entwickeln sein. Das, was wir draußen hatten, das waren Eigenbau-Netzwerke, die man sich durch eigene Arbeit oder eigene Reputation erarbeitet hat, und mit der man

⁹⁹⁶ Vgl. OTS-Meldung vom 5. Juni 2009, OTS0086

⁹⁹⁷ Zeit für Gerechtigkeit! Jahrbuch 2010, 41. Ordentlicher Bundesparteitag, 12. Juni 2010, Vösendorf, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2010, S. 52

⁹⁹⁸ Ebenda, S. 53

⁹⁹⁹ Interview mit Mag. Herbert Bösch vom 8. Oktober 2009

gelegentlich für die Heimat etwas verwirklichen konnte.“¹⁰⁰⁰ Wolfgang Bulfon sieht außerhalb der SPÖ-nahen MitarbeiterInnen im Haus der Ständigen Vertretung Österreichs gar „kein Netzwerk“¹⁰⁰¹ vorhanden. Erich Farthofer, der zu den ersten österreichischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments gehörte, vertritt die Auffassung, „dass die Schwarzen besser vernetzt waren und sind als die SPÖler. Nicht nur in Brüssel“¹⁰⁰². Mag.^a Karin Scheele, ehemals Delegationsleiterin der SPÖ-Abgeordneten im Europäischen Parlament, sieht die SozialdemokratInnen „auch auf europäischer Ebene sicher schlechter vernetzt“¹⁰⁰³ als ihre konservativen Kolleginnen und Kollegen.

Wenn man sich nun die Frage stellt, welche Aktivitäten für eine stärkere Vernetzung österreichischer SozialdemokratInnen in europäischen Institutionen aus der Organisationsstruktur der SPÖ selbst gesetzt werden, so kann die Gründung der SPÖ-Brüssel zweifelsohne als eine zentrale Maßnahme bewertet werden. Die Tätigkeiten der Auslandssektion bieten eine wesentliche Vernetzungsplattform. Daher habe ich mich auch folgend mit der SPÖ-Brüssel, als Teil der Struktur der SPÖ, näher auseinandergesetzt. Ich möchte hier vorausschicken, dass die folgenden Ausführungen auf dem mir zur Verfügung gestellten vorhandenen Archiv/ der Ablage der SPÖ-Brüssel basieren. Die gegebenen Materialien habe ich in eine historische Abfolge gebracht. Mögliche zeitliche Lücken resultieren aus mir nicht zugänglichen Informationen und Quellen.

Am 7. Juni 1991 unterzeichneten fünf beruflich in Brüssel tätige SPÖ-Mitglieder einen Brief an Dr. Franz Vranitzky, den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Österreichs, mit dem Anliegen, „eine Brüsseler SPÖ-Ortsgruppe bzw. einen Sozialdemokratischen Kreis“¹⁰⁰⁴ zu gründen. Zu den InitiatorInnen gehörten: Isabella Lindner, sie war beruflich als Finanzattaché der Österreichischen Nationalbank tätig; Gerold Müller, Vertragsbediensteter der Österreichischen Mission bei den Europäischen Gemeinschaften sowie Thomas Nader, Botschaftssekretär bei der Österreichischen Mission. Weiters unterschrieben noch Leopold Radauer,

¹⁰⁰⁰ Interview mit Mag. Herbert Bösch vom 8. Oktober 2009

¹⁰⁰¹ Interview mit Wolfgang Bulfon vom 3. Oktober 2009

¹⁰⁰² Interview mit Erich Farthofer vom 5. August 2009

¹⁰⁰³ Interview mit Mag. Karin Scheele vom 4. August 2009

¹⁰⁰⁴ Schreiben von Lindner, Müller, Nader, Radauer, Urlesberger an den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Österreichs, Dr. Franz Vranitzky, vom 7. Juni 1991

Botschaftssekretär bei der Österreichischen Botschaft, und Franz Urlesberger, im Zivilberuf Gesandter bei der Österreichischen Mission.

Sie schlugen vor, dass eine mögliche SPÖ-Gruppe in der belgischen Hauptstadt folgende Aufgaben wahrnehmen könnte:

- „1. Unser in Brüssel erworbenes Wissen und unsere Erfahrungswerte, insbesondere in Fragen der Europa-Politik, zur Verfügung zu stellen.
2. Kontakte zu europäeischen Sozialdemokraten (Fraktion im Europäeischen Parlament, Bund Sozialdemokratischer Parteien, Ortsgruppen sozialdemokratischer Schwesterparteien) zu halten.
3. In Brüssel lebende oesterreichische Sozialdemokraten/innen und Personen, die sich sozialdemokratischen Werten verpflichtet fühlen, zusammenzufuehren und zu betreuen.“¹⁰⁰⁵

Die fünf UnterzeichnerInnen wiesen in dem Schreiben auch gleich auf die statutarisch nicht vorhandene Möglichkeit hin, eine solche Gruppe mit vollen Rechten und Pflichten außerhalb von Österreich zu schaffen. „Wir bitten Dich, uns bei der Verwirklichung unserer Idee zu unterstuetzen, indem auch im institutionellen Gefuege bzw. im Statut der Partei die Moeglichkeit fuer die Einrichtung einer solchen Gruppe geschaffen wird.“¹⁰⁰⁶

In der deutschen Schwesterpartei SPD war dies möglich. Das Organisationsstatut vom 27. September 1990 sah im § 8 (Abs. 6) vor: „In begründeten Einzelfällen können auch im Ausland Ortsvereine eingerichtet werden, um den dort lebenden Mitgliedern die Mitwirkung an der Willensbildung der SPD und die Unterstützung ihrer Ziele zu ermöglichen.“¹⁰⁰⁷ Eine SPD-Gruppe wurde beispielsweise 1984 in Brüssel gegründet.

Franz Vranitzky begrüßte in seinem Antwortschreiben die Idee der Gründung und Organisierung einer Gruppe von SPÖ-Mitgliedern in Brüssel. „Ich halte das für eine

¹⁰⁰⁵ Schreiben von Lindner, Müller, Nader, Radauer, Urlesberger an den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Österreichs, Dr. Franz Vranitzky, vom 7. Juni 1991

¹⁰⁰⁶ Ebenda

¹⁰⁰⁷ Auszug aus dem Organisationsstatut der SPD, Stand: 27. September 1990 (gefunden in der Ablage der SPÖ-Brüssel)

ausgezeichnete Idee, nicht nur was die Zielsetzung der österreichischen Integrationspolitik betrifft, sondern auch im Hinblick auf die Betreuung und die Kontaktnahme mit allen in Belgien lebenden Auslandsösterreichern, die sich zur Sozialdemokratie bekennen oder zumindest ein Ansprechpartner sein können.“¹⁰⁰⁸

Vonseiten der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle teilte der Internationale Sekretär, Dr. Karl Schramek, am 30. September 1991 mit, „daß das Parteipräsidium in seiner Sitzung vom 17. d. M. Euren Antrag zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Im Namen des Parteivorsitzenden und in meinem eignen Namen möchte ich Euch sehr herzlich zu diesem erfolgreichen Abschluß Eurer Initiative gratulieren, Ihr seid damit die erste offizielle Themensektion der SPÖ im Ausland.“¹⁰⁰⁹

Für die SPÖ-Brüssel war von Beginn an klar, dass die neu gegründete Themensektion auch für Nicht-Parteimitglieder offen stehen soll. Dies wurde in verschiedenen Schriftstücken mehrmals über die Jahre hinweg betont. Man verstand sich sozusagen als sozialdemokratische Informations- und Netzwerkplattform in Brüssel.

Die Gründung von Auslandssektionen wurde dann erstmals im Organisationsstatut der SPÖ-Bundespartei aus dem Jahr 1998 ermöglicht. Dieses wurde am 31. Oktober am außerordentlichen Bundesparteitag in Wien beschlossen.¹⁰¹⁰

Ganz konkret handelt es sich im Kapitel V. „Sozialdemokratische Referate und Organisationen“ um den § 57, Abs. 4:

„Dauernd im Ausland lebende Mitglieder der SPÖ können sich zur Ausübung ihrer Mitgliedschaftsrechte zu Organisationseinheiten unter dem Titel ‘SPÖ-International’ zusammenschließen. Eine solche Organisation folgt in ihrem inneren Aufbau den Grundsätzen dieses Organisationsstatutes, wobei beim Zusammenschluss von Parteimitgliedern zu SPÖ-International auch das Territorium zu definieren ist, auf das sich dieser Zusammenschluss bezieht. SPÖ-International ist – in ihrer Gesamtheit hinsichtlich Delegierungsrechte zum Bundesparteitag – wie

¹⁰⁰⁸ Schreiben von Dr. Franz Vranitzky an Mag. Dr. Franz Urlsberger vom 30. Juli 1991

¹⁰⁰⁹ Schreiben von Dr. Karl Schramek an Mag. Dr. Urlsberger vom 20. September 1991

¹⁰¹⁰ Laut Auskunft der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle vom 13. Juli 2009

eine Bezirksorganisation zu behandeln. Der Bundespartei Vorstand beschließt über Antrag der Konferenz von SPÖ-International ein Regulativ für deren Tätigkeit.“¹⁰¹¹

In der Österreichischen Volkspartei sind Auslandssektionen nicht vorgesehen. Mitglied ist man in einer der Landesparteien oder in einer der sechs Teilorganisationen. Dies gilt auch für jene Mitglieder, die nicht in Österreich leben.¹⁰¹² Auch Die Grünen¹⁰¹³ und das BZÖ¹⁰¹⁴ verfügen über keine institutionalisierte und in die Partei integrierte Einheit wie die SPÖ-Brüssel. Von der FPÖ habe ich dazu auf meine Anfrage keine Antwort erhalten.

“Die Österreichischen Sozialdemokraten in Brüssel“ konstituierten sich schließlich am 6. November 1991. In einer Wahl wurde Isabella Lindner zur Vorsitzenden bestimmt. Weitere Funktionen übernahmen Franz Urlesberger (Altersvorsitzender u. Bildungsreferent), Leopold Radauer (Stv. Vorsitzender), Thomas Nader (Schriftführer), Marie-Louisa Lindorfer (Frauenreferentin), Gerold Müller (Kassier) und Bettina Mähr (Kontrolle).¹⁰¹⁵

Wenn man sich die vorhandenen Unterlagen sowie Protokolle von Sitzungen beziehungsweise Jahreshauptversammlungen durchsieht, so kann man von Beginn an folgende Schwerpunkte der SPÖ in Brüssel festmachen: Zur Erreichung der Ziele wurde die Anwesenheit von österreichischen Politikern in Brüssel gleich für Veranstaltungen genützt. Jährlich wurde eine Generalversammlung durchgeführt, bei der auch ein neuer Vorstand gewählt werden muss. Ein wichtiger Aspekt war auch die Betreuung von BesucherInnengruppen aus allen Bereichen der österreichischen Sozialdemokratie. Der Kontakt zu sozialdemokratischen Schwesterparteien stellte ebenfalls einen Arbeitsschwerpunkt der SPÖ-Brüssel dar.

¹⁰¹¹ V. Sozialdemokratische Referate und Organisationen, § 57 (4): SPÖ. Das Organisationsstatut. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 31. Oktober 1998 unter Einarbeitung der am 36. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. April 2000, 37. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. Oktober 2002, 38. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 30. November 2004 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J., S. 22

¹⁰¹² Vgl. E-Mail der Abteilung Politik in der ÖVP-Bundespartei vom 20. Jänner 2010

¹⁰¹³ Vgl. E-Mail der EU-Koordination im Grünen Klub im Parlament vom 26. November 2012

¹⁰¹⁴ Vgl. E-Mail vom Büro MEP Mag. Ewald Stadler vom 26. November 2012

¹⁰¹⁵ Vgl. Schreiben der Österreichischen Sozialdemokraten in Brüssel an den Bundespartei Vorstand der SPÖ vom 31. Jänner 1992

Die am 1. Februar 1993 beginnenden Beitrittsverhandlungen Österreichs mit der Europäischen Gemeinschaft stellten auch die Gruppe vor neue Herausforderungen. Diese wurden folgendermaßen umrissen: „Wir wollen unsere Kontaktnetze in die EG-Institutionen und zur Europäischen Sozialdemokratischen Partei weiter vertiefen. Wir wollen die Kommunikationsnetzwerke Brüssler Sozialdemokraten/Österreich verstärken. Die Einbindung der SPÖ Brüssel in die innerparteiliche Positionsfindung muß verbessert werden, z.B. über unsere Mitwirkung bei EG-Anträgen am Parteitag, Delegierung zum Parteitag, Erstellung weiterer Thesenpapiere.“¹⁰¹⁶

Bei der Generalversammlung der SPÖ-Brüssel am 6. Dezember 1993 wurden auch Statuten zur Beschlussfassung vorgelegt. „Und was im November 1991 in kleinem Kreis informell begann, soll bei der heurigen Generalversammlung auf formellere Beine, d.h. Statuten, gestellt werden.“¹⁰¹⁷

Die Mitgliedschaft ist in den Statuten folgendermaßen geregelt: „Die Mitgliedschaft bei den Österreichischen Sozialdemokraten in Brüssel – in der Folge kurz SPÖ Brüssel genannt – steht allen in Brüssel ständig oder zeitlich begrenzt lebenden Österreichischen Sozialdemokraten/innen und der Österreichischen Sozialdemokratie nahe stehenden Personen offen. (...) Um die Integration zwischen Österreich und der Europäischen Union zu fördern, können in Österreich lebende Sozialdemokraten/innen und der Österreichischen Sozialdemokratie nahestehende Personen sowie SPÖ-Organisationen fördernde Mitglieder der SPÖ Brüssel werden.“¹⁰¹⁸

Im Artikel 5 sind die Ziele der SPÖ Brüssel festgelegt:

„Ziele der SPÖ Brüssel sind,

- (1) ihre Mitglieder zu betreuen und sie über sozialdemokratische Politik auf europäischer Ebene zu informieren und sie in diese einzubinden. Sie hält zu diesem Zweck Mitgliederversammlungen und andere Veranstaltungen, auch

¹⁰¹⁶ Schreiben der Österreichischen Sozialdemokraten in Brüssel an Staatssekretärin Dr. Brigitte Ederer vom 18. Jänner 1993

¹⁰¹⁷ Einladung zur Generalversammlung der SPÖ Brüssel vom 22. November 1993

¹⁰¹⁸ Statuten der SPÖ Brüssel, angenommen von der 3. Generalversammlung der SPÖ Brüssel, am 6. Dezember 1993

gemeinsam mit anderen in Brüssel angesiedelten sozialistischen und sozialdemokratischen Organisationen, ab. (...)

(2) eine enge Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei Europas und ihrer Fraktion im Europäischen Parlament, mit anderen in Brüssel angesiedelten sozialistischen und sozialdemokratischen Organisationen sowie auch mit den belgischen Sozialdemokraten zu entwickeln, und mit den genannten Organisationen Kontaktnetze und Strukturen der Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union aufzubauen.

(3) an der europapolitischen Positionsfindung der SPÖ teilzunehmen und den Informationsaustausch innerhalb der SPÖ zu stärken, um dadurch der SPÖ-Europapolitik eine breitere Plattform zu geben.“¹⁰¹⁹

Ende September 1994 sandte Wolfgang Hiller, Stv. Vorsitzender der SPÖ-Brüssel und damals Mitarbeiter der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas, ein Manuskript mit dem Titel “Österreich und die Europäische Sozialdemokratie“ an Josef Kalina und Albrecht Konecny, zwei Redaktionsmitglieder der Zeitschrift *Zukunft* mit dem Ersuchen dies zu veröffentlichen. Darin rief Hiller, der später auch die Vertretung des Europäischen Parlaments in Wien leitete, die österreichische Sozialdemokratie dazu auf, sich von Beginn an aktiv in die europäische Politik einzubringen und Bündnispartner zu suchen, um eine konservativ-liberale Politik auf europäischer Ebene zu verhindern. Europa müsse als gemeinsames Aktionsfeld der Partei begriffen werden und nicht nur ein Betätigungsfeld für einige wenige bekennende EuropäerInnen darstellen, schrieb Hiller. Es wäre ein wichtiger Schritt, wenn „die Trennung zwischen österreichischer Innen- und europäischer Politik verringert und somit eine Verselbstständigung europapolitisch tätiger Funktionäre und Mandatare verhindert wird“¹⁰²⁰. Es müsse ein Weg gefunden werden, um einen Informationsfluss zwischen den politischen VerantwortungsträgerInnen auf nationaler und europäischer Ebene sicherzustellen. Er wies auch darauf hin, die Bedeutung des Europäischen Parlaments nicht zu unterschätzen und keinesfalls bei der

¹⁰¹⁹ Statuten der SPÖ Brüssel, angenommen von der 3. Generalversammlung der SPÖ Brüssel, am 6. Dezember 1993

¹⁰²⁰ Manuskript “Österreich und die Europäische Union“, (nach zwölftem Juni und neuntem Oktober geht die Arbeit erst richtig los) von Mag. Wolfgang Hiller

Postenbesetzung nach dem Motto „Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa“¹⁰²¹ vorzugehen.

Im Tätigkeitsbericht der SPÖ-Brüssel für den Zeitraum Dezember 1994 bis Dezember 1995 wurde unter dem Punkt „Rahmenbedingungen“ vermerkt: „EU nach dem Erfolg des Referendums im Juni des vergangenen Jahres als Thema in den Hintergrund getreten und dort, wo dies nicht der Fall war, haben sich erste Gefühle der Enttäuschung breitgemacht“¹⁰²².

Bei der 5. Generalversammlung der SPÖ-Brüssel am 4. Dezember 1995 wurde Wolfgang Hiller nach 1994 wieder zum Vorsitzenden gewählt. In einem Brief an die Mitglieder und AktivistInnen beschrieb er im Jänner 1996 die Tätigkeit der SPÖ-Sektion in der belgischen Hauptstadt folgendermaßen: „Die SPÖ-Brüssel hat es sich zur Aufgabe gesetzt, den hier lebenden Sozialdemokrat/inn/en aus Österreich eine politische Heimat zu bieten. Als Forum für politische Diskussion liegt uns naturgemäß die Förderung der europäischen Idee und die Stärkung der Stimme der SPÖ in Europa besonders am Herzen. Gleichzeitig bietet die Mitarbeit in unserer Ortsgruppe vielfältige Gelegenheit zu persönlichen und beruflichen Kontakten, ein Umstand, der – insbesondere Neuankömmlingen – auch im praktischen Alltag zugute kommt.“¹⁰²³

Am 29. März 1996 wurde die Regierungskonferenz zur Überprüfung des Vertrages von Maastricht eröffnet. Daraus resultierte schließlich der Vertrag von Amsterdam.¹⁰²⁴ Die österreichischen SozialdemokratInnen in Brüssel erarbeiteten ein längeres Positionspapier zur Konferenz. In diesem wurde die Wichtigkeit für die Sozialdemokratie hervorgehoben, Europa aktiv und im Sinne sozialer, beschäftigungspolitischer oder ökologischer Schwerpunkte zu gestalten. Werde dies vernachlässigt, habe Europa primär die Funktion eines Binnenmarktes. Ein progressives Europa brauche den Gestaltungswillen und die Umsetzungskraft der sozialdemokratischen Parteien in den Mitgliedsstaaten.¹⁰²⁵ Hinsichtlich der Diskussion nach der Europawahl 2009 wurde gerade hier eines der Hauptprobleme

¹⁰²¹ Manuskript „Österreich und die Europäische Union“, (nach zwölftem Juni und neuntem Oktober geht die Arbeit erst richtig los) von Mag. Wolfgang Hiller

¹⁰²² Tätigkeitsbericht der SPÖ-BXL für den Zeitraum Dezember 1994 – Dezember 1995

¹⁰²³ Brief von Mag. Wolfgang Hiller vom Jänner 1996

¹⁰²⁴ Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009, S. 402

¹⁰²⁵ Vgl. „Regierungskonferenz 1996“, Positionspapier der SPÖ-Brüssel

sichtbar, nämlich, dass diese Ansätze immer auf halbem Weg stecken blieben beziehungsweise gar im Sinne primär ökonomischer Gesichtspunkte gehandelt wurde. Dies führte gerade in sozialdemokratischen Wählerschichten zu einem Glaubwürdigkeitsverlust gegenüber der Europäischen Union und allgemein zu einer überaus geringen Unterscheidbarkeit von sozialdemokratischen zu konservativen Parteien, was europapolitische Akzentsetzungen betrifft.

Im Positionspapier der SPÖ-Brüssel heißt es dazu folgendermaßen:

„Die Regierungskonferenz 1996 findet zu einem für die Europäische Union kritischen Zeitpunkt statt. Gleichzeitig mit materiellem Wohlstand wachsen Bedrohungs- und Zukunftsängste, Neoliberalismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Faszination des europäischen Einigungsprozesses – jahrzehntelanger Friede zwischen vorher kriegerisch verfeindeter Nationalstaaten in Verbindung mit beachtlichem Wachstum und Wohlstand – ist im Bewusstsein vieler zur Selbstverständlichkeit geronnen. Das bewirkt eine Abnahme der Zustimmung zur Europäischen Union, mit der sich immer weniger Bürgerinnen und Bürger identifizieren.

In dieser Situation steht die Europäische Union vor großen Herausforderungen. Während manche Anti-Europäer versuchen, aus den Unzulänglichkeiten der europäischen Einigung Stimmung zu machen gegen das europäische Projekt insgesamt, so muß es für die österreichische Sozialdemokratie darum gehen, einerseits das Erreichte zu wahren und andererseits eine solide Grundlage für die Zukunft zu schaffen.

Im Zuge der Diskussion um den Beitritt zur EU haben wir immer wieder zu Recht darauf hingewiesen, dass aus unserer Sicht ein rascher Beitritt zur EU nicht zuletzt deshalb erforderlich ist, damit unser Land die im Rahmen der Regierungskonferenz 1996 für die weitere politische Entwicklung unseres Kontinents so grundlegenden Entscheidungen bereits als Vollmitglied aktiv mitgestalten kann. Zu diesem Zweck müssen wir unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen eine umfassende und öffentliche Debatte über die Zielvorstellungen führen, die unseren Positionen im Zuge der Regierungskonferenz 1996 zu Grunde liegen.

(...)

Dabei ist die Ausgangslage für einen Erfolg der Konferenz denkbar schwierig. Eine Reihe von Gruppierungen sind ausgezogen, eine weitere Integration Europas zu verhindern, ja sogar sie rückgängig zu machen. Für sie ist der Aufbau eines gemeinsamen Europas mit dem Abschluß des Binnenmarktprogrammes abgeschlossen. Die politische Union, die sozialen Rechte der Arbeitnehmer oder der Schutz der Umwelt interessieren sie nicht, sie finden mit der Freiheit für die Unternehmen das Auslangen.

Einem solchen Konzept müssen wir als Sozialdemokraten eine klare Absage erteilen, ein Europa, in dem es ausschließlich um Wirtschaftsinteressen geht, ist nicht unser Europa. Daher müssen 1996 die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Europa in der Lage ist, in jenen Bereichen Fortschritte zu machen, in denen es aus sozialdemokratischer Sicht für die Menschen von der größten Bedeutung ist.“¹⁰²⁶

In einer Einladung zu einer Gesprächsrunde der SPÖ Brüssel am 2. Juli 1997 wurde von Wolfgang Hiller im April 1997 auf die Verantwortung der gesamten europäischen Sozialdemokratie durch die aktuellen Regierungswechsel in Großbritannien und Frankreich hingewiesen: „Europa ist mit dem Wahlsieg von Tony Blair und Lionel Jospin um weitere zwei sozialdemokratische/sozialistische/Labour Ministerpräsidenten reicher geworden. Schon das Medieninteresse am Kongreß der SPE, der vom 5. – 7. Juni d.J. in Malmö, Schweden stattgefunden hat, hat nunmehr klar gezeigt, es gibt keine Ausreden mehr: die Europäische Sozialdemokratie trägt Verantwortung für die politische und gesellschaftliche Entwicklung dieses Europas.“¹⁰²⁷

In einem Brief an Dr. Viktor Klima anlässlich seiner Bestellung als Bundeskanzler und Nominierung als Parteivorsitzender der SPÖ formulierte der Vorsitzende der SPÖ-Brüssel, Wolfgang Hiller, seinen Unmut über das Verhältnis der SPÖ zu jenen Genossinnen und Genossen, die auf europäischer Ebene tätig sind: „Zwei Jahre nach dem Beitritt zur EU konnten wir auch weiterhin vom Zuzug der Österreicherinnen und Österreicher nach Brüssel profitieren, sodaß die SPÖ Brüssel in der Zwischenzeit auf etwa 60 Mitglieder angewachsen ist. Trotz dieser positiven Entwicklung unserer Sektion ist es jedoch manchmal nicht ganz einfach, das politische Geschehen in Österreich aktiv zu verfolgen und die Kontakte mit der Partei in Österreich so gut aufrechtzuerhalten, wie dies aus unserer Sicht wünschenswert wäre.“¹⁰²⁸

¹⁰²⁶ „Regierungskonferenz 1996“, Positionspapier der SPÖ-Brüssel

¹⁰²⁷ Einladung zum gemütlichen Zusammensein und Gespräch der SPÖ Brüssel vom 17. April 1997

¹⁰²⁸ Schreiben von Mag. Wolfgang Hiller an Mag. Viktor Klima vom 3. Februar 1997

Bei der Jahreshauptversammlung am 4. Dezember 1997 wurde Heinz R. Miko zum Vorsitzenden der SPÖ-Brüssel gewählt. Seine StellvertreterInnen wurden Ulrike Weissenbacher und Brigitte Chaffi.¹⁰²⁹

Die 8. Generalversammlung der SPÖ-Brüssel fand am 8. Dezember 1998 statt.¹⁰³⁰ Bei dieser Mitgliederversammlung wurde auch ein Appell beschlossen, der auf die Wichtigkeit der EU-Wahlen im nächsten Jahr hinwies. Denn für Europas Konservative wäre es sehr wichtig, ein gutes Ergebnis bei den Parlamentswahlen zu erreichen. Dies vor dem Hintergrund, dass das Europaparlament durch den Vertrag von Amsterdam mehr Entscheidungsbefugnisse bekommen hatte. Daher sei es nach Meinung der SPÖ-Brüssel überaus wichtig, diese „Gegenregierung“¹⁰³¹ zu verhindern.¹⁰³²

Im Bericht an die Generalversammlung der SPÖ-Brüssel für den Zeitraum Dezember 2000 bis Dezember 2001 wurde auch auf die Kontakte zu anderen sozialistischen Parteien und Gruppen vor dem Hintergrund der Koalitionsbildung der ÖVP mit der FPÖ eingegangen. So traf sich etwa der Vorstand zu einem Meinungsaustausch mit dem Sekretär der PS-Brüssel. Da der Flaamse Blok bei den Antwerpener Kommunalwahlen massive Stimmenzuwächse verzeichnen konnte, unterstütze die PS-Brüssel einen Aufruf zu einer Demonstration vor der österreichischen Botschaft. Dies wurde jedoch von der SPÖ-Brüssel in dieser Form nicht mitgetragen. Daher wurde auch „ein Protestbrief an die PS-Brüssel gesandt, da uns der Demonstrationsaufruf zwar in der Sache gerechtfertigt, jedoch für den falschen Platz und zu einem falschen Zeitpunkt erschien“¹⁰³³.

Weiters gab es Kontakt zur „Front Anti-fasciste“, wo beispielsweise bei einer Veranstaltung Erfahrungsberichte aus verschiedenen Ländern und Regionen vorgetragen und diskutiert wurden. Aus Österreich berichtete Anton Pelinka. Für die SPÖ-Brüssel nahm die damalige Wiener Gemeinderätin Nurten Erdost daran teil.

¹⁰²⁹ Vgl. Jahresbericht der SPÖ-Brüssel 1998

¹⁰³⁰ Vgl. Protokoll: Generalversammlung der SPÖ-Brüssel, 8. Dezember 1998

¹⁰³¹ Presseaussendung: „Appell der SPÖ-Brüssel. 1999 wird Jahr der europäischen Weichenstellungen. SPÖ muß europapolitische Herausforderungen annehmen“, Brüssel, 8.12.1999 (gefunden in der Ablage der SPÖ-Brüssel)

¹⁰³² Vgl. Ebenda

¹⁰³³ Bericht an die Generalversammlung der SPÖ-Brüssel, Berichtszeitraum Dezember 2000 bis Dezember 2001

Am 21. September 2006 fand die alljährliche Generalversammlung statt. Im Zeitraum 2006 und 2007 wurden unter dem Vorsitz von Herwig Kaiser – zum damaligen Zeitpunkt stellvertretender Generalsekretär der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament – wieder Gespräche mit österreichischen BundespolitikerInnen wie Justizministerin Maria Berger, Sozialminister Erwin Buchinger oder dem Staatssekretär im Finanzministerium Christoph Matznetter organisiert. Mit der SPD-Ortsgruppe Brüssel wurden eine gemeinsame Vorstandssitzung und ein Spätsommerfest vereinbart. Dieses Fest wurde auch ein Jahr später gemeinsam durchgeführt, wobei an diesem Tag auch ein Vortrag des Ministerpräsidenten der deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, Karl-Heinz Lambertz, zum Thema „Eine politische Psychiatrie für Belgien“ stattfand. Die Generalversammlung wurde am 26. November 2007 abgehalten. Im Anschluss daran gab es eine Diskussionsveranstaltung mit Botschafter Dr. Hans Dietmar Schweisgut. Unter anderem fanden im Berichtszeitraum 2007/2008 Gedankenaustausche mit ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer und dem Vorsitzenden der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, Wilhelm Haberzettl, statt. Am 1. Dezember 2008 wurden bei der Generalversammlung die Weichen für den kommenden Tätigkeitszeitraum gestellt. 2009 nahm man als SPÖ-Brüssel unter anderem an Debatten mit Brüsseler Ortsorganisationen von Schwesterparteien mit Martin Schulz, dem damaligen Vorsitzenden der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament, und Poul Nyrup Rasmussen, der zu diesem Zeitpunkt Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Europas war.¹⁰³⁴

Seit der Jahresversammlung am 7. Dezember 2010 ist die Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien, Michaela Kauer, Vorsitzende der SPÖ-Brüssel.¹⁰³⁵

¹⁰³⁴ Vgl. Auflistung der Aktivitäten der SPÖ Brüssel 2006/2007, 2007/2008, 2009/2010

¹⁰³⁵ Vgl. Jahresbericht 2011 der SPÖ Brüssel

6 Conclusio und Ausblick

Nun möchte ich die Schlussfolgerungen aus den Erhebungen und Ausführungen in Bezug auf die von mir zu Beginn dieser Dissertation aufgestellten Hypothesen formulieren. Ich habe dieses Kapitel ebenso in jene drei großen Themenblöcke dieser Arbeit eingeteilt, also in die inhaltliche Ausrichtung, den Wandel der Organisationsstruktur und das Verhältnis der SPÖ zur Europäischen Union. Ich habe zunächst die Ergebnisse der Analysen meinen Thesen gegenübergestellt und diese dadurch verifiziert oder falsifiziert. Anschließend habe ich meine persönlichen Einschätzungen sowie Ideen formuliert, die sich aus der inhaltlichen Auseinandersetzung mit meiner Dissertation für mich ergeben haben. Diese Denkanstöße sehe ich als Beitrag für gut funktionierende, moderne und von der Bevölkerung anerkannte Parteien in einer starken Demokratie.

Die inhaltliche Ausrichtung der SPÖ

Ich habe zunächst die gesellschaftlichen Veränderungen in Österreich und das Aufweichen der Loyalitäten zu den Traditionsparteien aufgezeigt, was in direktem Zusammenhang mit den Veränderungen des WählerInnenverhaltens steht. Das dargelegte Bild des gegebenen Transformationsprozesses dient als Basis für die gesamte Arbeit.

Weiters habe ich auf Grundlage der in dem Buch "Die Transformation der Sozialdemokratie" formulierten Spannungsfelder und nach Studium weiterer Literatur für diese Dissertation vier Herausforderungen für die SPÖ definiert. Zunächst die Auseinandersetzung einer sozialdemokratischen Partei mit dem gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationsprozess. Dann das Themenfeld der aktiven Fortführung der internationalen Tradition der Partei. Die Konfrontation mit den rechtspopulistischen Forderungen und Positionen der FPÖ haben in der SPÖ zu einem intensiven Diskussionsprozess über mögliche inhaltliche Antworten geführt. Der Konflikt zwischen der Berücksichtigung ökologischer Aspekte einerseits und einem rein ökonomischen Fortschrittsdenken andererseits ist durch die Volksabstimmung über das Atomkraftwerk Zwentendorf und das geplante Donaukraftwerk Hainburg auch innerhalb der Sozialdemokratie deutlich geworden.

Ich habe im Kapitel "Die SPÖ und ihre Herausforderungen" aufgezeigt, dass es innerhalb der Partei und der gesamten Sozialdemokratie zu einzelnen Themenbereichen eine Vielzahl an Standpunkten und Meinungen sowie unterschiedliche Entwicklungs- beziehungsweise Diskussionsprozesse hin zu Vorgehensweisen und Positionierungen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs gibt.

Ich habe bei der Auseinandersetzung mit der inhaltlichen Ausrichtung der SPÖ einen Fokus auf die Ende der 90er-Jahre geführte Debatte über die künftige politische Ausrichtung der Sozialdemokratie gelegt. In diesem Zusammenhang wurde von mir die Hypothese aufgestellt, dass die Vorschläge für eine künftige Schwerpunktsetzung von sozialdemokratischen Parteien innerhalb der SPÖ nicht tiefgreifend behandelt wurden. Es fand innerhalb der Partei keine intensive Diskussion über das Schröder-Blair-Papier "Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten" sowie über "New Labour" beziehungsweise den "Dritten Weg" statt.

Diese Behauptung habe ich anhand der APA-OTS-Aussendungen der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle und der Beiträge in der sozialdemokratischen Zeitschrift *ZUKUNFT* im Zeitraum vom 1. Juni 1999 bis zum 31. Dezember 2000 überprüft. Gesucht wurde nach dem Vorkommen der Begriffe "Schröder-Blair-Papier", "Dritter Weg", "New Labour" und "Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten". Dann wurde dies als Debattenbeitrag gewertet.

In den 6.407 Presseaussendungen, die in der oben genannten Zeitspanne von der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle über das APA-OTS-System veröffentlicht wurden, ergaben sich lediglich vier Treffer. Bei der Zeitschrift *ZUKUNFT* habe ich 18 Ausgaben mit insgesamt 186 Artikel, Interviews und Kommentare auf die zu Beginn definierten Begriffe untersucht und wurde insgesamt lediglich zehn Mal fündig.

Alleine die überaus geringe Anzahl an Debattenbeiträgen sowohl bei den Presseaussendungen als auch in der *ZUKUNFT* bestätigt die aufgestellte Hypothese, dass in der SPÖ keine tiefgehende und intensive Debatte über das "Schröder-Blair-Papier", den "Dritten Weg" oder "New Labour" stattgefunden hat. Dies wird überdies noch dadurch untermauert, dass zwei Artikel aus der *ZUKUNFT* etwa für eine

Bewertung über die Tendenz nicht herangezogen werden konnten, da die Analyse darin keine inhaltliche ist, sondern es eher um wahlkampftechnische Fragen geht.

In keinem gefundenen Beitrag werden überdies die Reformvorschläge von Gerhard Schröder oder Tony Blair als richtungsweisendes Zukunftskonzept bezeichnet, das auf die SPÖ umgelegt werden sollte. Das vermittelte Meinungsbild reichte von neutral bis ablehnend.

Persönlich vertrete ich die Auffassung, dass die de facto nicht stattgefundenen innerparteilichen Debatten über einen möglichen Reformkurs, wie er als Reformkonzept von Blair und Schröder vorgelegt wurde und in weiten Teilen auch in Großbritannien und Deutschland von den beiden sozialdemokratischen Schwesterparteien vollzogen wurde, darauf zurückzuführen ist, dass es in der SPÖ noch immer ein starkes ideologisches Fundament gibt, das den Sozialstaat als wesentliche Errungenschaft sozialdemokratischer Politik sieht und als zentrales Instrument für den Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Weiters gibt es meiner Meinung nach in der österreichischen Sozialdemokratie eine sehr eindeutige Meinung darüber, dass die zentralen öffentlichen Versorgungsunternehmen auch im (Mehrheits)Besitz der öffentlichen Hand sein müssen. Zweifelsohne hat es auch in Österreich durch sozialdemokratisch geführte Bundesregierungen Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen gegeben oder es kam zur Aufweichung der sozialen Absicherung auf dem Arbeitsmarkt, wenn ich etwa an die atypische Beschäftigungsverhältnisse denke. Dennoch wurde eine Neugestaltung des sozialen Systems oder eine Abkehr von der Daseinsvorsorge durch die Vorschläge im Rahmen der Debatte über den "Dritten Weg" nicht angedacht und innerparteilich diskutiert.

In Bezug auf die von mir herausgearbeiteten Herausforderungen für die SPÖ habe ich aufgezeigt, wie unterschiedlich das Meinungsbild innerhalb der Partei ist, wie intensiv Diskussionsprozesse verlaufen und wie sich auch Positionen verändern können. Es wurde der Sozialdemokratie immer der Vorwurf gemacht, dass sie "Doktor am Krankenbett des Kapitalismus" sei, da sie für kein grundlegendes neues Gesellschaftsmodell kämpft, das den Kapitalismus überwindet. Das war der Vorwurf aus vergangenen Tagen. Heute geht es zwar nicht mehr um grundsätzliche

ökonomische und gesellschaftliche Systemänderungen, aber das Problem der Sozialdemokratie ist ähnlich gelagert: Viele Menschen, die die SPÖ bei Wahlen ankreuzen, wissen meiner Ansicht nach nicht, wohin die Reise im Großen genau hingeht. Wohin die Partei die Gesellschaft führen will und wie sie sie gestalten will?! Welche Positionen man zu den wesentlichsten Zukunftsfragen hat und welche Maßnahmen man konsequent verfolgen will um gegebene Problemfelder zu lösen. Man kennt zwar punktuell zu einzelnen Themen im politischen Alltagsgeschäft die Standpunkte, aber ich persönlich finde, dass das große Gesamtkonzept fehlt, welches auch für die Wählerinnen und Wähler vermittelbar und möglichst einfach erklärbar ist. Die Menschen müssen wissen, wofür die SPÖ steht und wohin man diese Republik führen will. Das ist meiner Ansicht nach entscheidend für eine klare Unterscheidbarkeit im Parteienspektrum. Dafür braucht es einen ehrlichen und intensiven Diskussionsprozess innerhalb der Partei und von allen interessierten SympathisantInnen im Umfeld um die Ergebnisse auch auf breiter Basis nach außen tragen zu können.

Die Organisationsstruktur der SPÖ im Wandel

Ich habe die These aufgestellt, dass die Loslösung der Parteienbindung vor allem die SPÖ als Traditionspartei bei der Entwicklung der Mitgliederzahlen in überaus starkem Ausmaß getroffen hat, es aber dennoch innerhalb der SPÖ keinen Diskussionsprozess hinsichtlich einer Abkehr von der Mitgliederpartei gibt. Eine Verringerung der Mitgliederzahlen hat naturgemäß Auswirkungen auf das Parteileben in den Strukturen. Daher habe ich weiters jene Hypothese formuliert, dass es in der Sozialdemokratischen Partei Österreichs kein Gesamtkonzept zur Anpassung der Parteienstruktur an diese neuen Gegebenheiten gibt, sondern eine Vielzahl an Einzelmeinungen über mögliche Handlungsschritte.

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen spricht eine deutliche Sprache: Waren etwa 1985 noch 685.588 Personen Mitglied der SPÖ, so konnten 2011 nur noch 225.009 InhaberInnen eines Parteibuches gezählt werden. In dem Kapitel über die Mitgliederentwicklung habe ich den dramatischen Rückgang der Mitgliederzahlen durch die Veröffentlichungen der bundesweiten Zahlen dargelegt. Vor allem ab der zweiten Phase (affektives Dealignment) und weitergehend in der dritten

(oppositionelles, protestgeladenes Dealignment) sowie der vierten Phase (ab Regierungskoalition ÖVP-FPÖ) des heimischen Prozesses der Loslösung von der Parteienbindung sind die Mitgliederzahlen jedes Jahr gesunken. Immer weniger Menschen sind bereit, Mitglied in der SPÖ zu werden. Aus dieser Entwicklung ergibt sich ein weiteres Problem, nämlich jenes der schleichenden Überalterung der Partei. 2009 konnten noch 243.462 Parteimitglieder gezählt werden. Davon waren allerdings nur 10.870 Personen unter 30 Jahre. Mit Juni 2013 lag diese Zahl gar nur bei 7.607. In meiner Arbeit habe ich anhand der Mitgliederzahlen klar dargelegt, dass gerade in diesem Bereich der allgemein gegebene Rückgang der Parteiloyalität eine starke Auswirkung auf die SPÖ hatte bzw. hat. Nach der von mir aufgestellten These gibt es aber trotz dieser Entwicklung in der Sozialdemokratischen Partei keine Überlegungen von der Mitgliederpartei abzugehen. In neun der 14 geführten Interviews mit ehemaligen und aktiven SPÖ-PolitikerInnen habe ich das Thema "Zukunft der Mitgliederpartei" angesprochen. Keiner der Befragten sprach sich für eine Abkehr von der Mitgliederpartei aus. Das verifiziert meine These, dass es innerhalb der SPÖ keine Diskussion darüber gibt, durch ein neues Parteikonstrukt die Tradition der Mitgliederpartei zu ersetzen. Wenn man die Entwicklung der Mitgliederzahlen betrachtet und dies auf das Parteileben umlegt, so stellt sich natürlich die Frage, wie man sich die Zukunft der Organisationsstrukturen vorstellt. Ich habe in der Einleitung zu dieser Dissertation jene Hypothese formuliert, dass es diesbezüglich kein Gesamtkonzept gibt, sondern eher ein Bündel an Einzelmeinungen über mögliche Reformschritte gegeben ist. Ich habe mir daher drei Bereiche näher angesehen und dies in unterschiedlichen Interviews angesprochen. Dabei handelte es sich um das Netzwerk der SPÖ in Österreich; die Durchlässigkeit der SPÖ-Strukturen, also die Interaktion mit Nicht-Parteimitgliedern und die Nutzung von Know-how außerhalb der herkömmlichen Strukturen sowie die Zukunft der Strukturen vor Ort. Nach der Formulierung einer Ausgangssituation/Ist-Situation habe ich ebenso auf Basis der Aussagen in den Interviews die Reformideen zu diesen Bereichen herausgearbeitet. Bei sieben der 14 Interviews habe ich die Stärke des Netzwerkes angesprochen. Zwei Interviewpartner haben mögliche Reformideen formuliert. Von den zehn befragten Personen haben acht zum Themenbereich "Durchlässigkeit der Partei und Interaktion mit Nicht-Mitgliedern" mögliche Reformschritte dargelegt. Zur Zukunft der Strukturen vor Ort haben alle fünf Befragten Lösungsmöglichkeiten formuliert. Man kann aber bei den Reformvorstellungen zu den drei ausgewählten Themen sehr klar

feststellen, dass es dabei weder eine stringente Linie gibt noch ein einheitliches Reformkonzept erkennbar ist. Viele unterschiedliche Einzelmeinungen sind gegeben. Damit kann die Hypothese bestätigt werden, dass es viele Einzelmeinungen über die Anpassung an neue Gegebenheiten gibt, jedoch kein geschlossenes Gesamtkonzept gegeben ist.

Meine persönliche Einschätzung ist, dass eine bundesweit strukturierte Mitgliederpartei einen nicht unwesentlichen Stabilitätsfaktor darstellt sowie eine Organisations- und Kampagnenfähigkeit über die gegebenen Strukturen bietet. Seit Jahren ist die Bindung von Personen an politische Parteien aber rückläufig. Die Mitglieder der SPÖ werden von Jahr zu Jahr weniger. Auch die Wahlergebnisse gehen seit dem Verlust der absoluten Mehrheit stetig zurück. Das bedeutet weniger politische Macht in der Besetzung verschiedener Gremien. Für die Partei und für die Klubs auch weniger Einnahmen. Die Politik hat auch in vielen Bereichen ihren direkten oder indirekten Einfluss verloren beziehungsweise wurde er drastisch reduziert. Die Zerschlagung und Privatisierung der ehemaligen Verstaatlichten Industrie, eine Marktliberalisierung in verschiedenen bisher verschlossenen Wirtschaftsbereichen sowie ein verstärkter Fokus auf die Kostenentwicklung im Sozial- und Gesundheitsbereich stellten die SPÖ und einige ihrer befreundeten Organisationen vor eine neue Situation. Die Möglichkeit der direkten Hilfe in den verschiedensten Lebensbereichen war seit diesem Zeitpunkt nicht mehr oder nur mehr bedingt gegeben. Auch konnten beziehungsweise können Projekte oder Veranstaltungen nicht mehr so wohlwollend unterstützt werden.

Diese Entwicklung war keine spontane, sondern über viele Jahre hinweg eine schleichende. Tendenz und Richtung waren aber ersichtlich. Die SPÖ und einige Vorfeldorganisationen standen damit meiner Ansicht nach vor drei Problemfeldern: Erstens wurden von vielen WählerInnen Erwartungen an die Partei herangetragen, die der tatsächlichen Gestaltungskraft und -fähigkeit der Politik im Allgemeinen und der SPÖ in der aktuellen politischen Situation im Speziellen in keiner Weise mehr entsprach. Zusätzlich wurde dieses Bild der mächtigen SPÖ mit Einfluss in allen Bereichen des Staates auch noch von manchen FunktionärInnen aufrechterhalten. Zum Zweiten waren Strukturen, Besetzungsnotwendigkeiten und über viele Jahre gepflegte Vorgehensweisen in den Gremien der Sozialdemokratie einzementiert. Ich

vertrete die Meinung, dass Reformen häufig an der Angst vor Macht- oder Einflussverlust einzelner FunktionärInnen, Organisationen oder Interessengruppen scheiterten. Das führte in vielen Bereichen zur Fortführung des Ist-Zustandes in einer veränderten gesellschaftlichen und politischen Landschaft. Damit wurden die SPÖ und einzelne Vorfeldorganisationen in der öffentlichen Wahrnehmung bezüglich der Handlungsfähigkeit beziehungsweise Flexibilität, ihres Serviceangebotes und ihres Erscheinungsbildes nicht immer als modern und zukunftsorientiert wahrgenommen. Und drittens birgt dieser Strukturkonservatismus die Gefahr in sich, dass die Partei immer stärker zu einem in sich geschlossenen System wird. Die Durchdringung nach außen, die Einbindung interessanter Personen der Privatwirtschaft, Institutionen oder NGOs oder ein intensiver Dialog mit verschiedenen WählerInnensegmenten findet nicht in optimalem Ausmaß statt. Priorität hat oftmals die insulare Tätigkeit in den Gremien und Strukturen unter Gleichgesinnten.

Aus der intensiven Befassung mit diesem gesamten Themenbereich heraus, stelle ich die Behauptung auf: Der umfassende Einfluss der Politik in allen Lebensbereichen ist vorbei. Diese Fassade kann so nicht mehr aufrechterhalten werden und führt lediglich zu Enttäuschungen bei Hilfesuchenden. Jobs oder Wohnungen zu verschaffen, Wartezeiten zu verkürzen oder Verfahren zu beschleunigen sind nicht die primäre Aufgabe von PolitikerInnen und FunktionärInnen. Auch ist eine Parteimitgliedschaft keine Garantie mehr für eine berufliche oder private Absicherung sowie persönliche Vorteile. Hilfestellung, Vermittlung zu kompetenten Stellen oder Einrichtungen sowie eine Informationsweitergabe sollte bei BürgerInnenanfragen selbstverständlich sein. Die Erleichterung beziehungsweise Beschleunigung von Entscheidungsprozessen steht aber dem Wunsch vieler BürgerInnen nach mehr Objektivität und Transparenz entgegen. Fakt ist, dass heute weder die Partei als Sicherheitsgemeinschaft gedacht werden kann, noch, dass es eine Selbstverständlichkeit in der Weitergabe von Interventionen von unten nach oben mit dem klaren Auftrag der Erledigung an die höheren FunktionsträgerInnen geben kann.

Eine Partei oder eine Vorfeldorganisation kann nicht wie ein Unternehmen geführt werden. In vielen Bereichen lebt die SPÖ von überdurchschnittlichem Engagement beziehungsweise dem Ehrenamt. Viele Vorzeigeprojekte in den Reihen der

Sozialdemokratie entstanden durch Ideen und den unermüdlichen Einsatz von Einzelnen. Ein aktives Management an der Organisationsführung, schlankere Strukturen und Gremien und eine Personalführung, die motiviert, Perspektiven bietet und fördert, stehen dem in keiner Weise entgegen.

Ich meine, dass eine Partei wie die SPÖ sowie die befreundeten Organisationen in der österreichischen Gesellschaft sichtbar sein müssen. Ein ausschließliches Zurückziehen in unattraktive Sektionslokale oder Sitzungsräumlichkeiten ist der falsche Weg. Die Präsenz in der Öffentlichkeit – auch in der Gestaltung der Parteilokale – sollte verstärkt und die breite Leistungspalette der befreundeten Organisationen besser genutzt werden. Über Veranstaltungen zum Beispiel der Kinderfreunde oder der Naturfreunde können Zielgruppen angesprochen werden, zu denen man sonst nur schwer Kontakt herstellen könnte. Überdies vermittelt man ein positives und offenes Lebensgefühl, das über die – für viele BürgerInnen – etwas trockenen politischen Themen hinausgeht. Die von den eigenen FunktionärInnen oftmals geforderte gleichzeitige Anwesenheit möglichst vieler MandatsträgerInnen aus den eigenen Reihen bei öffentlichen Veranstaltungen, Eröffnungen oder Ehrungen ist mit der stärkeren Präsenz aber nicht gemeint; darüber gibt es zweifelsohne eine unterschiedliche Sichtweise zwischen manchen FunktionärInnen und den BürgerInnen.

In einer Partei wie der SPÖ mit historisch gewachsenen Strukturen gibt es eine Vielzahl an Besetzungsnotwendigkeiten und statutarisch festgeschriebenen Entsendungen in die unterschiedlichsten Gremien. In einem geschwundenen Machtbereich ist aber nach meiner Auffassung durchaus die Gefahr gegeben, dass man sich sehr stark nach innen fokussiert und den Kontakt nach außen vernachlässigt beziehungsweise sich auf das konzentriert, wo etwa die ParteifunktionärInnen trittsicher sind – die Tätigkeit in den Gremien und Strukturen. Damit kann eine Situation entstehen, dass sie sich gewissermaßen von der Öffentlichkeit abkoppelt und verschiedenen internen Diskussionsprozessen oder Personalentscheidungen eine viel zu große Bedeutung beigemessen werden. Im realen Leben der überwiegenden Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger stehen aber andere Prioritäten im Vordergrund. Daher ist es wichtig, dass die SPÖ immer im direkten Kontakt zu den verschiedensten Gruppen der Bevölkerung steht, um auch in

ihrer Breite aktuelle Entwicklungen und Trends schnell erfassen zu können. Das bedeutet auch einen Know-how-Austausch mit und zu interessanten Personen außerhalb der Partei. Viele der Sozialdemokratie Wohlgesonnene arbeiten in der Privatwirtschaft, in Institutionen und Einrichtungen oder in NGOs. Ihr Wissen und ihre Fähigkeiten sollten aktiv genutzt werden und es muss ihnen die tatsächliche Möglichkeit der Mitgestaltung geboten werden. Eine Pseudopartizipation würde schnell zu Enttäuschungen führen und wäre deshalb nachhaltig kontraproduktiv. Nachdem die "Abhängigkeit" vieler Menschen von Parteien in keiner Weise mehr gegeben ist, müssen diese auch neue Wege gehen. Es bedarf eines Dialoges auf gleicher Augenhöhe und für geeignetes Personal bedarf es einer längerfristigen Planung, eines Anreizes für Engagement und vor allem müssen Perspektiven geboten werden. Das Hinaufdienen durch die Strukturen ist für viele Menschen heute nicht mehr der erstrebenswerte zentrale Lebensinhalt. Auch wird durch einen strikten Aufbau von Gemeinde, Bezirk, Land zu viel an Personal selektiert. Viele, die beruflich andere Perspektiven haben, setzen ihre Schwerpunkte auf die berufliche Karriere außerhalb der Partei. Auch für junge Menschen und Frauen ist dieses System durchaus nachteilig. Bundes- oder Landeslisten sollten daher Raum für KandidatInnen bieten, die nicht primär nach landes- oder bezirksgebundenen Entscheidungsmerkmalen ausgewählt werden. Auch sollte dem Aspekt von persönlichen Unterstützungen durch die WählerInnen bei Wahlen eine stärkere Gewichtung zufallen.

Österreichs Sozialdemokratie und die Europäische Union

Meiner These nach bekennt sich die SPÖ als Partei in ihrer Programmatik und den Handlungen klar zur Europäischen Union und zum europäischen Einigungsprozess, wengleich der Brief von Werner Faymann und Dr. Alfred Gusenbauer an den Herausgeber der Kronen Zeitung zweifelsohne als Ereignis bezeichnet werden kann, das außerhalb dieser Tradition steht. Weiters habe ich die These aufgestellt, dass das Netzwerk der SPÖ in den europäischen Institutionen nicht optimal ausgeprägt ist, aber dennoch aus der Organisationsstruktur der Partei heraus Aktivitäten hin zu einer stärkeren Vernetzung von österreichischen SozialdemokratInnen auf europäischer Ebene gesetzt werden.

Ich habe mich bei der Herangehensweise zur Untersuchung des ersten Teils der Hypothese über das programmatische und auf Handlungen basierende Bekenntnis der SPÖ zur EU sowie des Briefes an den Herausgeber der Kronen Zeitung für eine historische Darlegung der Positionierung und Partizipation der Partei am europäischen Einigungsprozess entschieden. So lässt sich meiner Ansicht nach ein längerfristiges Bild am besten darstellen. Darüber hinaus habe ich die mediale und parteiinterne Kritik am Faymann/Gusenbauer-Brief aufgezeigt. Der Zeitraum der Betrachtungen beginnt mit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft und endet mit der Wahl zum Europäischen Parlament 2009. Wenn man nun die Ausführungen analysiert, so kann klar festgehalten werden, dass sich die SPÖ programmatisch voll und ganz zur Europäischen Union bekennt. Die Mitgliedschaft Österreichs steht außer Zweifel und die Notwendigkeit eines aktiven Beitrages unseres Landes zum europäischen Einigungsprozess wird ebenfalls immer wieder hervorgehoben. Für die österreichische Sozialdemokratie ist die Richtung, in die sich die Union entwickeln sollte, klar: Hin zu einer Sozialunion, die nicht den freien Markt in den Mittelpunkt stellt, sondern Beschäftigungsinitiativen, Konsumenten- und ArbeitnehmerInnenschutz sowie das Bestreben in ganz Europa möglichst hohe soziale Standards zu schaffen. Im Zentrum des Handelns der europäischen Institutionen darf für Österreichs SozialdemokratInnen nicht die Frage stehen, wie der Binnenmarkt noch flexibler und liberaler werden kann. Wenn man die konkreten Handlungen sowohl in Regierungsverantwortung als auch in der Zeit der Opposition betrachtet, so lässt sich nachvollziehbar darlegen, dass die SPÖ und ihre SpitzenrepräsentatInnen positiv am europäischen Einigungsprozess mitgewirkt haben und keine wesentlichen Initiativen setzten, die dem entgegengewirkt haben. Der Brief von Werner Faymann und Dr. Alfred Gusenbauer an den Herausgeber der Kronen Zeitung stellte allerdings ein einschneidendes Ereignis dar. Das wird durch die Vielzahl an überraschten und kritischen Äußerungen von MedienvertreterInnen und aus der Partei selbst zu dieser Vorgangsweise belegt. Wenn man sich aber die Positionierung etwa im SPÖ-Wahlmanifest zur Europawahl 2009 ansieht, so kann allerdings nicht von einer Abkehr von der bisherigen Linie der Partei gesprochen werden.

Es kann daher die Hypothese bestätigt werden, dass sich die Partei in ihrer Programmatik und den Handlungen klar zur Europäischen Union und zum

europäischen Einigungsprozess bekennt, der Faymann/Gusenbauer-Brief jedoch eindeutig außerhalb dieser Tradition steht.

Ich habe die Frage nach der Stärke des Netzwerkes der SPÖ in den europäischen Institutionen allen ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments gestellt (Bösch, Bulfon, Farthofer, Scheele). Alle betonten, dass die Vernetzung der österreichischen SozialdemokratInnen in keiner Weise optimal ausgebaut ist. Damit wird meine diesbezüglich aufgestellte Hypothese bestätigt.

Die Gründung einer Auslandssektion in Brüssel kann eindeutig als Bestreben gewertet werden, stärker in der "Europäischen Hauptstadt" Akzente zu setzen. Ich habe daher die SPÖ-Brüssel als zentrales Instrument hin zu einer stärkeren Vernetzung jener österreichischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die in europäischen Institutionen tätig sind, genauer beleuchtet. Dabei habe ich erstmalig alle vorhandenen Unterlagen der SPÖ-Brüssel von der Gründung bis zur Hauptversammlung 2010 durchgearbeitet und die Tätigkeiten der Auslandssektion, soweit dies aufgrund der gegebenen Aufzeichnungen möglich war, dargelegt. Für die Kontaktpflege zwischen Österreich und Brüssel, aber auch zwischen den europäischen Parteiorganisationen, die in Brüssel vertreten sind, hat die SPÖ-Brüssel zweifelsohne eine wichtige Vermittlungsfunktion inne. Die Mitglieder des Vorstandes kommen beruflich aus verschiedenen Institutionen und Tätigkeitsbereichen in Brüssel. Nachdem die SozialdemokratInnen aus Österreich ohnehin nur in überschaubarer Zahl in Brüssel vertreten sind, bietet die SPÖ-Brüssel mit ihren Aktivitäten für alle Mitglieder und SympathisantInnen eine durchaus gute Möglichkeit, interessante bundespolitische Referentinnen und Referenten aus Österreich direkt zu kennen zu lernen, sich an aktuellen europa- bzw. innenpolitischen Diskussionen zu beteiligen und Netzwerke zu bilden, die auch über die Zeit in Belgien hinausreichen. Meine Ausführungen zur SPÖ-Brüssel belegen eindeutig meine These, dass aus der Parteistruktur heraus Aktivitäten hin zu einer stärkeren Vernetzung von österreichischen SozialdemokratInnen auf europäischer Ebene gesetzt werden.

Wenn ich nun meine persönliche Meinung darlege, so möchte ich mich auf die Vermittlung des "Projektes Europa" in Österreich beziehen. Die Linie "Die SPÖ steht

für ein soziales Europa“ ist seit dem Beitritt in verschiedenen Publikationen nachzulesen und wird speziell bei den Wahlen zum Europäischen Parlament als Botschaft in den Wahlauseinandersetzungen vermittelt. Eine klare und einfache Botschaft, die aber auf ein komplexes System trifft mit unterschiedlichen Akteuren, Abhängigkeiten und einem ständigen Entwicklungsprozess, der immer neue Gegebenheiten schafft. Weiters ist die Frage der Kompetenzverteilungen zwischen den Mitgliedsstaaten und der Union in den verschiedenen Politikbereichen unterschiedlich geregelt. Jegliche Fortschritte auf europäischer Ebene sind jedoch das Produkt von Kompromissen. Zwischen den Nationalstaaten und gegenüber den europäischen Institutionen, den Fraktionen im Europäischen Parlament und innerhalb der europäischen Einrichtungen.

Auch sind herkömmliche und bekannte Strukturen in den Nationalstaaten wie Regierung, Parlament, Koalitionen oder die Opposition in Europa nicht in dieser Form gegeben. Europäische Politik ist komplex und muss erklärt werden. Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union hat es aber keine nachhaltige, tiefgehende und bundesweite Informationskampagne mehr gegeben, die von verschiedenen Partnern wie etwa Interessenvertretungen, Gewerkschaften, Kirchen und politischen Parteien getragen wurde. Eine umfassende Information erfolgt meiner Ansicht nach auch nicht im direkten Einflussbereich der SPÖ, wie etwa bei den Mitgliedern. Strukturen, Abläufe und Möglichkeiten der Union wurden lediglich punktuell oder speziell vor der Wahl zum Europäischen Parlament dargestellt. Unwissenheit und Verunsicherung führen aber zumeist zu Anfälligkeit für populistische EU-Kritik oder zu einer völligen Ablehnung der Europäischen Union. Ich vertrete die Auffassung, dass eine permanente und konsequente Aufklärungsarbeit zum europäischen Einigungsprozess innerhalb der SPÖ einen ganz entscheidenden Beitrag gegen die Europaskepsis darstellen würde. Dadurch würde es auch gelingen, dass die SPÖ in der Bevölkerung glaubhaft als “DIE“ Europapartei wahrgenommen werden würde.

Wenn man konkrete Veränderungen in Europa hin zu einer Sozialunion haben möchte, dann wird man meiner Ansicht nach nicht umhinkommen, sich dafür zu engagieren und die politische Kraft diesbezüglich intensiv einzusetzen. Das bedeutet für die Sozialdemokratische Partei Österreichs auch einen ständigen Dialog zwischen allen politischen Ebenen mit und über Europa sowie zusätzlich eine

längerfristige Personalplanung für Positionen und Funktionen in Brüssel beziehungsweise einen möglichen späteren Einsatz in Österreich.

7 Literaturverzeichnis

Althaus, Marco (Hrsg.): Kampagne! Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying, Münster 2002

Althaus, Marco; Cecere, Vito (Hrsg.): Kampagne! 2. Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying, Münster 2003

Bartels, Hans-Peter; Machnig, Matthias (Hrsg.): Der rasende Tanker. Analysen und Konzepte zur Modernisierung der sozialdemokratischen Organisation, Göttingen 2001

Berggren, Henrik: Olof Palme. Vor uns liegen wunderbare Tage. Die Biographie, München 2011

Beyme, Klaus von: Parteien in westlichen Demokratien, München 1982

Bielka, Erich; Jankowitsch, Peter; Thalberg, Hans: Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik, Wien 1983

Blair, Tony: Meine Vision, Stuttgart 1997

Bogner, Alexander; Littig, Beate; Menz, Wolfgang (Hrsg.): Experteninterviews. Theorien, Methoden, Anwendungsfelder, Wiesbaden 2009

Brandt, Willy: Erinnerungen, Frankfurt am Main 1989

Butterwegge, Christoph; Hofschien, Heinz-Gerd: Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der SPD zur Friedensfrage von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine kommentierte Dokumentation, Heilbronn 1984

Buttinger, Joseph: Das Ende der Massenpartei. Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung, Frankfurt am Main 1972

Butzlaff, Felix; Micus, Matthias; Walter, Franz (Hrsg.): Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand, Göttingen 2011

Cap, Josef; Fischer, Heinz (Hrsg.): Rote Markierungen für das 21. Jahrhundert, Wien 1998

Cap, Josef: Sozialdemokratie im Wandel, Wien 1989

Cap, Josef: Kamele können nicht fliegen. Von den Grenzen politischer Inszenierung, Wien 2005

Daalder, Hans; Mair, Peter (Hrsg.): Western European Party Systems. Continuity & Change, Beverly Hills 1985

Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien 2006

Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert u.a. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Die Zweite Republik, Wien 1997

Diekmann, Andreas: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Reinbek bei Hamburg 2010

Eichenhofer, Eberhard: Geschichte des Sozialstaats in Europa. Von der «sozialen Frage» bis zur Globalisierung, München 2007

Einem, Caspar: Ein anderes Österreich in einem neuen Europa. Sozialdemokratische Alternativen, Wien 2001

Feigl, Susanne: Was gehen mich seine Knöpfe an? Johanna Dohnal. Eine Biographie, Wien 2002

Fenske, Hans; Mertens, Dieter; Reinhard, Wolfgang; Rosen, Klaus: Geschichte der politischen Ideen. Von der Antike bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main 2008

Ferlemann, Erwin; Janßen, Hans u.a. (Hrsg.): Existenz sichern, Arbeit ändern, Leben gestalten. Gewerkschaften im Kampf um Arbeitszeitverkürzung, Hamburg 1985

Filzmaier, Peter; Karmasin, Matthias; Klepp, Cornelia (Hrsg.): Politik und Medien – Medien und Politik, Wien 2006

Filzmaier, Peter (Hrsg.): Internet und Demokratie. The State of Online Politics, Innsbruck 2001

Filzmaier, Peter; Plaikner, Peter; Duffek, Karl A. (Hrsg.): Mediendemokratie Österreich, Wien 2007

Fischer, Heinz: Die Kreisky-Jahre. 1967 – 1983, Wien 1993

Fischer, Heinz; Jankowitsch, Peter (Hrsg.): Rote Markierungen international, Wien 1984

Fischer, Heinz (Hrsg.): Rote Markierungen '80, Wien 1980

Fischer, Heinz (Hrsg.): Die Zukunft der europäischen Sozialdemokratie, Wien 1997

Flassbeck, Heiner; Giddens, Anthony; Wiethold, Franziska; Zwickel, Klaus u.a. (Hrsg.): Ein dritter Weg in das dritte Jahrtausend. Von der Standort- zur Zukunftsdebatte, Hamburg 2000

Fuchs, Albert: Geistige Strömungen in Österreich. 1867 – 1918, Wien 1996

Fröschl, Erich (Hrsg.): Politik über den Tag hinaus. Programmdiskussionen der österreichischen Sozialdemokratie 1966–1996, Wien 1996

Gabriel, Oscar W.; Niedermayer, Oskar; Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 1997

Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck 2009

Gehne, David; Spier, Tim (Hrsg.): Krise oder Wandel der Parteiendemokratie? Festschrift für Ulrich von Alemann, Wiesbaden 2010

Giddens, Anthony: Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main 2001

Glitz, Peter: Die Beweglichkeit des Tankers. Die Sozialdemokratie zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen, München 1982

Glitz, Peter: Die Innenausstattung der Macht. Politisches Tagebuch 1976–1978, Frankfurt am Main 1981

Glitz, Peter: Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus, München 1999

Glitz, Peter: Der Weg der Sozialdemokratie. Der historische Auftrag des Reformismus, Wien 1975

Haider, Jörg: Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik, Frankfurt am Main 1993

Haller, Max: Die österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und sozialer Wandel, Frankfurt am Main 2008

Hänsch, Klaus: Kontinent der Hoffnungen. Mein europäisches Leben, Bonn 2010

Häupl, Michael (Hrsg.): Politik für die Menschen. Perspektiven für sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert, Wien 2009

Heidenreich, Felix: Theorien der Gerechtigkeit. Eine Einführung, Opladen 2011

Herlitzka, Ernst K.; Lanzer, Wanda (Hrsg.): Viktor Adler im Spiegel seiner Zeitgenossen, Wien 1968

Hofer, Thomas: Spin Doktoren in Österreich. Die Praxis amerikanischer Wahlkampfberater. Was sie können, wen sie beraten, wie sie arbeiten, Wien 2005

Horvath, Elisabeth: Ära oder Episode. Das Phänomen Bruno Kreisky, Wien 1989

Horx, Matthias: Das Zukunfts-Manifest. Aufbruch aus der Jammerkultur, München 2002

Jochum, Manfred; Olbort, Ferdinand: 80 Jahre Republik Österreich. 1918 bis 1938 und 1945 bis 1998 in Reden und Statements, Wien 1998

Katz, Richard S.; Mair, Peter (Hrsg.): How Parties Organize. Change and Adaptation in Party Organizations in Western Democracies, London 1994

Kaufmann, Fritz: Sozialdemokratie in Österreich. Ideen und Geschichte einer Partei. Von 1889 bis zur Gegenwart, Wien 1978

Keck, Edi; Krammer, Karl; Lederer, Heinz u.a. (Hrsg.): Die ersten 10 Jahre Franz Vranitzky, Wien 1996

Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Stirnemann, Alfred (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1998, Wien 1999

Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Burkert-Dottolo, Günther; Karner, Stefan (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1999, Wien 2000

Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Burkert-Dottolo, Günther; Karner, Stefan (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2002, Wien 2003

Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Karner, Stefan; Halper, Dietmar (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2008, Wien 2009

Kohl, Andreas; Ofner, Günther; Karner, Stefan; Halper, Dietmar (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2009, Wien 2010

Kotlowski, Marcin (Hrsg.): Der digitale Wohlfahrtsstaat. Beiträge zur Überwindung der digitalen Kluft, Wien 2010

Krawagna-Pfeifer, Katharina; Thurnher, Armin; Brasch, Dieter (Fotos): Die Wege entstehen im Gehen. Alfred Gusenbauer im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer und Armin Thurnher, Wien 2008

Kreisky, Bruno (Hrsg.): Zwanzig Millionen suchen Arbeit. Bericht der Kreisky-Kommission. Ein Programm für Vollbeschäftigung in den 90er Jahren, Wien 1989

Kreisky, Bruno: Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Berlin 1986

Kreisky, Bruno: Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil, Wien 1988

Kreisky, Bruno: Aspekte des demokratischen Sozialismus. Aufsätze – Reden – Interviews, München 1974

Kreisky, Bruno: Regierungserklärung 1971, Dokumentation unserer Zeit, Linz 1971

Kriechbaumer, Robert; Schausberger, Franz (Hrsg.): Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien 1995

Kunz, Johannes (Hrsg.): Bruno Kreisky. Ansichten des sozialdemokratischen Staatsmannes, Wien 1993

Lafontaine, Oskar: Das Herz schlägt links, München 1999

Lanc, Erwin: Sozialdemokratie in der Krise. Zwischen ökonomischer Globalisierung und gesellschaftlicher Atomisierung, Wien 1996

Lenk, Kurt; Neumann, Franz (Hrsg.): Theorie und Soziologie der politischen Parteien, Band 2, Darmstadt 1974

Leser, Norbert: Salz der Gesellschaft. Wesen und Wandel des österreichischen Sozialismus, Wien 1988

Liegl, Barbara; Pelinka, Anton: Chronos und Ödipus. Der Kreisky-Androsch-Konflikt, Wien 2004

Machnig, Matthias (Hrsg.): Politik – Medien – Wähler. Wahlkampf im Medienzeitalter, Opladen 2002

Maderthaler, Wolfgang; Müller, Wolfgang C. (Hrsg.): Die Organisation der österreichischen Sozialdemokratie 1889–1995, Wien 1996

Maimann, Helene (Hrsg.): Über Kreisky. Gespräche aus Distanz und Nähe, Wien 2011

Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim 2010

Meinhart, Edith; Schmid, Ulla: Spin Doktoren. Die hohe Schule der politischen Manipulation, Wien 2000

Meyer, Thomas: Die Transformation der Sozialdemokratie. Eine Partei auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, Bonn 1998

Meyer, Thomas; Scherer, Klaus-Jürgen; Zöpel, Christoph (Hrsg.): Parteien in der Defensive? Plädoyer für die Öffnung der Volkspartei, Köln 1994

Misik, Robert: Die Suche nach dem Blair-Effekt. Schröder, Klima und Genossen zwischen Tradition und Pragmatismus, Berlin 1998

Neugebauer, Wolfgang; Schwarz, Peter: Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten, hrsg. vom Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (BSA), Wien 2005

Nowotny, Ewald; Tieber, Herbert (Hrsg.): Perspektiven '90. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik. Eine Diskussion, Wien 1985

Panebianco, Angelo: Political Parties: Organization and Power, Cambridge 1988

Pelinka, Anton (Hrsg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich, Wien 1994

Pelinka, Anton; Plasser, Fritz (Hrsg.): Das österreichische Parteiensystem, Wien 1988

Pelinka, Anton; Rosenberger, Sieglinde: Österreichische Politik. Grundlagen – Strukturen – Trends, Wien 2007

Pelinka, Anton; Plasser, Fritz; Meixner, Wolfgang (Hrsg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien, Wien 2000

Pelinka, Peter: Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel, Wien 2000

Pelinka, Peter: Sozialdemokratie in Österreich. Hundert Jahre seit Hainfeld: Die Entwicklung einer Bewegung von Victor Adler bis Franz Vranitzky, Wien 1988

Petritsch, Wolfgang: Bruno Kreisky. Die Biographie, St. Pölten 2010

Pittler, Andreas P.: Bruno Kreisky, Reinbeck bei Hamburg 1996

Plasser, Fritz; Plasser, Gunda: Globalisierung der Wahlkämpfe. Praktiken der Campaign Professionals im weltweiten Vergleich, Wien 2003

Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (Hrsg.): Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002, Wien 2003

Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. (Hrsg.): Wechselwahlen. Analysen zur Nationalratswahl 2006, Wien 2007

Pollak, Johannes; Slominski, Peter: Das politische System der EU, Wien 2006

Pollak, Walter: Sozialismus in Österreich. Von der Donaumonarchie bis zur Ära Kreisky, Wien 1979

Scharsach, Hans-Henning: Haiders Kampf, Wien 1992

Sidl, Günther: Die niederösterreichische Landtagswahl 2003. Themen und Strategien der im Landtag vertretenen Parteien, Universität Wien, Diplomarbeit, 2004

Schmid, Gerhard: Österreich im Aufbruch. Die österreichische Sozialdemokratie in der Ära Kreisky (1970–1983), Innsbruck 1999

Schreiner, Ottmar: Die Gerechtigkeitslücke. Wie die Politik die Gesellschaft spaltet, Berlin 2010

Schröder, Gerhard: Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, Hamburg 2006

Steinbrück, Peer: Unterm Strich, München 2011

Steiner, Herbert: Die Arbeiterbewegung Österreichs 1867 – 1889. Beiträge zu ihrer Geschichte von der Gründung des Wiener Arbeiterbildungsvereins bis zum Einigungsparteitag in Hainfeld, Wien 1964

Stetter, Ernst; Duffek, Karl; Skrzypek, Ania (Hrsg.): Next Left – towards a new strategy, Brüssel 2011

Tálos, Emmerich; Dachs, Herbert; Hanisch, Ernst; Staudinger, Anton (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995

Tálos, Emmerich (Hrsg.): Der geforderte Wohlfahrtsstaat. Traditionen – Herausforderungen – Perspektiven, Wien 1992

Tálos, Emmerich: Sozialpartnerschaft. Ein zentraler politischer Gestaltungsfaktor in der Zweiten Republik, Innsbruck 2008

Tálos, Emmerich (Hrsg.): Schwarz – Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien 2006

Taschner, Rudolf: Gerechtigkeit siegt – aber nur im Film, Salzburg 2011

Tieber, Claus; Kommenda, Heinz; Konecny, Albrecht K. (Hrsg.): Die Realität der Utopie. Eine Auswahl aus dem Werk Herbert Tiebers, Wien 1991

Turnheim, Georg (Hrsg.): Österreichs Verstaatlichte. Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der österreichischen Industrie von 1918 bis 2008, Wien 2009

Thurnher, Armin: Franz Vranitzky im Gespräch mit Armin Thurnher, Frankfurt am Main 1992

Ucakar, Karl; Gschiegl, Stefan: Das politische System Österreichs und die EU, Wien 2009

Walter, Franz: Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Berlin 2010

Walter, Franz: Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration, Bielefeld 2009

Ware, Alan (Hrsg.): Political Parties: Electoral Change and Structural Response, Oxford 1987

Wimmer, Ernst: Sozialpartnerschaft aus marxistischer Sicht, Wien 1979

Wimmer, Hannes: Die Modernisierung politischer Systeme. Staat – Parteien – Öffentlichkeit, Wien 2000

Wimmer, Hannes: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates, Wien 2009

Zipperer, Ernst: Das war Hans Czettel, Wiener Neustadt 1981

7.1 Publikationen der SPÖ, ihrer Referate und sozialdemokratischer Organisationen

Bessere Ideen für eine bessere Zukunft. Jahrbuch '95, Bericht an den 34. Ordentlichen Bundesparteitag 1995, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, SPÖ-Information, Nr. 5, Wien 1995

Das neue Parteiprogramm der SPÖ. Beschlossen am 20. Mai 1978, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Wien o.J.

Der richtige Weg für Österreich. Das Wahlprogramm der SPÖ für die Nationalratswahlen, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Freitag aktuell, Das Wochenmagazin der SPÖ, Nr. 38, 31. August 1999, 8. Jahrgang, Wien 1999

Die Bewegung. 100 Jahre Sozialdemokratie, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, SPÖ-Magazin, Nr. 2, Februar, Wien 1989

Die neue SPÖ. Materialien und Texte zur Parteiform, hrsg. von SPÖ-Zentrale, SPÖ-Information, Nr. 5, Wien 1991

Erklärung der Bundesregierung. Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky vor dem Nationalrat. Wien, am 30. November 1994, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, SPÖ-Information, Nr. 8, Dezember, Wien 1994

Jahrbuch 1978. Bereit für die 80er Jahre. Bericht an den 24. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ über die Jahre 1976 und 1977, 18.-20.Mai 1978, Wien, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, 1978

Jahrbuch. Berichte 2006-2008, 40. Ordentlicher Bundesparteitag, 8. August 2008, Linz, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2008

Kreisky, Bruno: Die Aufgaben der Sozialdemokratie in einer veränderten Welt. Rede beim Bundesparteitag, gehalten am 28. 10 1983, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Politik und Dokumentation, Nr. 25, November, 17. Jahrgang, Wien 1983

Kreisky, Bruno; Sinowatz, Fred; Blecha, Karl; Marsch, Fritz: Die neue Regierungskoalition. Ihre Begründung, ihre Politik, ihre Ziele, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Politik und Dokumentation, Nr. 17, Juni, 17. Jahrgang, Wien 1983

Leistung – Aufstieg – Sicherheit. Die SPÖ in der Zweiten Republik, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Österreich Magazin, Nr. 2, Wien 2005

Mehr Gerechtigkeit! Verantwortung für Österreich und Europa. Jahrbuch, 42. Ordentlicher Bundesparteitag, 13. Oktober 2012, St. Pölten, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2012

Mehr Gerechtigkeit! Verantwortung für Österreich und Europa. Anträge und Resolutionen, 42. Ordentlicher Bundesparteitag, 13. Oktober 2012, St. Pölten, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2012

Modelle für die Zukunft. Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme. 1889-1978, hrsg. von Verlag der SPÖ, Wien 1985

Neue Fairness braucht das Land. Jahrbuch, 39. Ordentlicher Bundesparteitag, 8. September 2006, Linz, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2006

Österreich Magazin, Information für Mitglieder der SPÖ, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Nr. 5, Wien 2011

Sandner, Günther: Sozialdemokratie in Österreich. Von den Anfängen der Arbeiterbewegung zur modernen Sozialdemokratie, hrsg. von Karl-Renner-Institut, Wien 2012

Sinowatz, Fred: Mutig in die neuen Zeiten. Rede des Parteivorsitzenden vor dem 29. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ am 12. November 1985 in der Wiener Stadthalle, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Politik und Dokumentation, Nr. 10a, 19. Jahrgang, Wien 1985

Sinowatz, Fred: Politik für Österreich unter neuen Bedingungen. Die Parteitagsrede des neuen Bundesparteivorsitzenden, gehalten am 29. 10. 1983, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Politik und Dokumentation, Nr. 24, November, 17. Jahrgang, Wien 1983

Sozialdemokratische Positionen. Arbeit am neuen Programm der SPÖ, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, SPÖ-Information, Nr. 10, Wien 1993

Sozialdemokratische Positionen. Thesen zu den Grundsätzen der Sozialdemokratie. Die Grundlage für die erste Phase der Programmdiskussion der SPÖ, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, SPÖ-Information, Nr. 9, Wien 1993

Sozialdemokratische Positionen. Der Entwurf für das neue Programm der österreichischen Sozialdemokratie, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, SPÖ-Information, Nr. 6, Wien 1995

Sozialdemokratie 2000. Vorschläge zur Diskussion über die Zukunft Österreichs. Beschlossen am 31. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ am 20. Oktober 1989 in Graz, hrsg. von SPÖ-Zentrale, SPÖ-Information, Nr. 6, Wien 1989

Sozialistische Jugend Österreich. Protokolle 1978-1990. Vorstandsvorstand – Verbandsausschuss – Verbandspräsidium, o.O. o.J.

SPÖ. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag in Wien, 30.-31. Oktober 1998, hrsg. von SPÖ Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J.

SPÖ. Das Organisationsstatut. Beschlossen am außerordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 31. Oktober 1998 unter Einarbeitung der am 36. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. April 2000, 37. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 28. Oktober 2002, 38. ordentlichen Bundesparteitag der SPÖ in Wien am 30. November 2004 beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, hrsg. von SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien o.J.

Stabilität in einer unruhigen Welt. Die Rede von Finanzminister Ferdinand Lacina zum Budget 1991, hrsg. von SPÖ-Zentrale, SPÖ-Information, Nr. 1, Wien 1991

Startklar für Österreich. Jahrbuch des 38. Ordentlichen Bundesparteitages, 29./30.11.2004, Wien, hrsg. von Sozialdemokratischer Partei Österreichs, Wien 2004

Startklar für Österreich. Die Anträge und Resolutionen des 38. Ordentlichen Bundesparteitages, 29. und 30. November 2004, Wien, hrsg. von Sozialdemokratischer Partei Österreichs, Wien 2004

Vision Europa. Die Ansprachen von Dr. Franz Vranitzky und Paavo Lipponen anlässlich der Verleihung des internationalen Karlspreises zu Aachen am 25. Mai 1995, hrsg. von Zukunft Verlag, Zeitdokumente, Nr. 61, Wien 1995

Vranitzky, Franz: Zukunft Sozialdemokratie. Zukunft Europa. Die Rede beim Bundesparteitag in Linz am 14. Juni 1991, hrsg. von SPÖ-Zentrale, SPÖ-Information, Nr. 4, Wien 1991

Wahlmanifest. Wahl zum Europäischen Parlament 2009, SPÖ-Bundesparteirat, 3. April 2009, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2009

Wahl zum Europäischen Parlament 2009. Argumente, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2009

Weil der Mensch zählt. Jahrbuch des 37. Ordentlichen Bundesparteitages, Wien, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2002

Woher wir kommen, hrsg. vom Dr. Karl Renner-Institut im Auftrag des Bundesbildungsausschusses der SPÖ, Wien 1989

Zeit für Gerechtigkeit! Jahrbuch 2010, 41. Ordentlicher Bundesparteitag, 12. Juni 2010, Vösendorf, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2010

Zeit für Gerechtigkeit! Anträge und Resolutionen 2010, 41. Ordentlicher Bundesparteitag, 12. Juni 2010, Vösendorf, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 2010

Zukunft Österreich. Jahrbuch '89, Bericht an den 31. ordentlichen Bundesparteitag, 19. bis 21. Oktober 1989, Graz, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Wien 1989

Zukunft Österreich. Protokoll des 31. ordentlichen Bundesparteitages der Sozialistischen Partei Österreichs, hrsg. von Sozialistische Partei Österreichs, Österreich-Spiegel, Nr. 3, Wien 1990

Zukunft Sozialdemokratie. Zukunft Europa. Jahrbuch 1991. Bericht an den 32. Ordentlichen Bundesparteitag, 14. und 15. Juni 1991, Linz, hrsg. von SPÖ-Zentrale, SPÖ-Information, Nr. 2, Mai, Wien 1991

7.2 Tageszeitungen, Zeitschriften

Der Standard vom 11. Juni 1994

Der Standard vom 14. Oktober 1996

Der Standard vom 1. Dezember 2001

Der Standard vom 4. Mai 2001

Der Standard vom 9. Jänner 2007

Der Standard vom 25. September 2008

Kurier vom 7. April 2009

Der Standard vom 30./ 31. Jänner 2010

Der Spiegel, Nr. 41 vom 5.10.2009

Der Spiegel, Nr. 46 vom 15.11.2010

Neue Freie Zeitung, Nr. 20, 21. Mai 2009, hrsg. von Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen, Wien 2009

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jahrgang 32, Heft 3, Wien 2003, Schwerpunktthema: Europäisierung aus Akteursperspektive: Die Zähmung der Widerspenstigen?

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jahrgang 33, Heft 3, Wien 2004, Schwerpunktthema: Aufstieg und Fall der FPÖ – Zwischen europäischem Trend und österreichischem Sonderweg

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jahrgang 34, Heft 2, Wien 2005, Schwerpunktthema: powi04 - Neue Impulse in der Politikwissenschaft

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jahrgang 34, Heft 4, Wien 2005, Schwerpunktthema: Allheilmittel Konventsmethode? Österreich-Konvent und europäischer Kontext

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jahrgang 35, Heft 4, Wien 2006, Schwerpunktthema: Medien und Politik

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jahrgang 36, Heft 2, Wien 2007, Schwerpunktthema: EU-Ratspräsidentschaft: Zwischen Management und Vision

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jahrgang 36, Heft 4, Wien 2007, Schwerpunktthema: Interessenvermittlung: Trends und Veränderungen in Forschung und Praxis

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jahrgang 36, Heft 3, Wien 2007, Schwerpunktthema: Lernen in der Politik: Theoretische Verortung und empirische Anwendung

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jahrgang 38, Heft 2, Wien 2009

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jahrgang 38, Heft 3, Wien 2009, Schwerpunktthema: Politische Bildung revisited

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jahrgang 40, Heft 4, Wien 2011, Schwerpunktthema: Public Policy Analysis und die interpretative Wende

Wirtschaft und Gesellschaft, hrsg. von Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien, Jahrgang 29, Heft 1, Wien 2003

Wirtschaft und Gesellschaft, hrsg. von Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien, Jahrgang 30, Heft 1, Wien 2004

Wirtschaft und Gesellschaft, hrsg. von Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien, Jahrgang 31, Heft 1, Wien 2005

Wirtschaft und Gesellschaft, hrsg. von Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien, Jahrgang 32, Heft 2, Wien 2006

Wirtschaft und Gesellschaft, hrsg. von Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien, Jahrgang 35, Heft 4, Wien 2009

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 06, Wien 1999

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 07, Wien 1999

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 08, Wien 1999

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 09, Wien 1999

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 10, Wien 1999

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 11, Wien 1999

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 12, Wien 1999

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 01, Wien 2000

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 02, Wien 2000

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 03, Wien 2000

ZUKUNFT, hrsg. vom Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 04, Wien 2000

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 05, Wien 2000

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 06, Wien 2000

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 08, Wien 2000

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 09, Wien 2000

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 10, Wien 2000

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 11, Wien 2000

ZUKUNFT, hrsg. von Dr.-Karl-Renner-Institut, Heft 12, Wien 2000

ZUKUNFT. Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, hrsg. von Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“, Heft 09, Wien 2008

ZUKUNFT. Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, hrsg. von Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“, Heft 12, Wien 2008

ZUKUNFT. Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, hrsg. von Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“, Heft 03, Wien 2009

ZUKUNFT. Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, hrsg. von Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“, Heft 06, Wien 2009

ZUKUNFT. Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, hrsg. von Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“, Heft 07/08, Wien 2009

ZUKUNFT, Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, hrsg. von Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“, Heft 10, Wien 2009

ZUKUNFT. Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, hrsg. von Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“, Heft 04, Wien 2010

ZUKUNFT. Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, hrsg. von Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“, Heft 12, Wien 2010

ZUKUNFT. Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, hrsg. von Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“, Heft 03, Wien 2011

ZUKUNFT. Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, hrsg. von Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“, Heft 05, Wien 2011

ZUKUNFT. Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, hrsg. von Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“, Heft 09, Wien 2011

ZUKUNFT. Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur, hrsg. von Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“, Heft 01, Wien 2012

7.3 Internet

Europäische Union:

- Europäisches Parlament – www.europarl.europa.eu
- Rat der Europäischen Union – www.consilium.europa.eu
- Europäische Kommission – www.ec.europa.eu
- Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich – www.europarl.at
- Vertretung der Europäische Kommission in Österreich – www.ec.europa.eu/austria/

Staatsämter und Ministerien in Österreich:

- Österreichische Präsidentschaftskanzlei – www.bundespraesident.at
- Parlament – www.parlament.gv.at
- Bundeskanzleramt – www.bka.gv.at
- Bundesministerium für Frauenangelegenheiten und öffentlicher Dienst – www.frauen.bka.gv.at
- Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten – www.bmeia.gv.at
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz – www.bmask.gv.at
- Bundesministerium für Finanzen – www.bmf.gv.at
- Bundesministerium für Gesundheit – www.bmg.gv.at

- Bundesministerium für Inneres – www.bmi.gv.at
- Bundesministerium für Justiz – www.justiz.gv.at
- Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport – www.bmlvs.gv.at
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft – www.lebensministerium.at
- Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur – www.bmukk.gv.at
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie – www.bmvit.gv.at
- Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend – www.bmwfj.gv.at
- Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung – www.bmwf.gv.at

Bundesländer:

Burgenland – www.burgenland.at

Kärnten – www.ktn.gv.at

Niederösterreich – www.noel.gv.at

Oberösterreich – www.land-oberoesterreich.gv.at

Salzburg – www.salzburg.gv.at

Steiermark – www.steiermark.at

Tirol – www.tirol.gv.at

Vorarlberg – www.vorarlberg.at

Wien – www.wien.gv.at

SPÖ-Klubs:

- Parlamentsklub der SPÖ – www.klub.spoe.at
- SPÖ- Landtagsklub Burgenland – www.wirburgenlaender.at/team/klub
- SPÖ- Landtagsklub Kärnten – www.kaernten.spoe.at/team/landtagsklub.html
- SPÖ- Landtagsklub Oberösterreich – www.spoe-klub-ooe.at
- SPÖ- Landtagsklub Niederösterreich – www.landtagsklub.noel.spoe.at
- SPÖ- Landtagsklub Salzburg – www.salzburg.spoe.at/index.php?pid=27
- SPÖ- Landtagsklub Steiermark – <http://ltk.kom.at>
- SPÖ- Landtagsklub Tirol – www.tirol.gv.at/landtag/spoe

- SPÖ- Landtagsklub Vorarlberg – www.vorarlberg.spoe.at/partei/landtagsclub
- SPÖ- Landtagsklub Wien – <http://rathausklub.spoe.at>

SPÖ-Bundes- und Landesorganisationen:

- Sozialdemokratische Partei Österreichs – www.spoe.at
- SPÖ Landesorganisation Burgenland – www.wirburgenlaender.at
- SPÖ Landesorganisation Kärnten – www.kaernten.spoe.at
- SPÖ Landesorganisation Niederösterreich – www.noe.spoe.at
- SPÖ Landesorganisation Oberösterreich – www.ooe.spoe.at
- SPÖ Landesorganisation Salzburg – www.salzburg.spoe.at
- SPÖ Landesorganisation Steiermark – www.stmk.spoe.at
- SPÖ Landesorganisation Tirol – www.spoe-tirol.at
- SPÖ Landesorganisation Vorarlberg – www.vorarlberg.spoe.at
- SPÖ Landesorganisation Wien – www.wien.spoe.at

Befreundete / Nahestehende Organisationen, Referate, Einrichtungen:

- Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie (ACUS) – www.acus.at
- Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich (ASKÖ) – www.askoe.or.at
- Arbeiter-Samariter-Bund Österreich – www.samariterbund.net
- Bruno Kreisky Forum – www.kreisky-forum.org
- Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen – www.bsa.at
- Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen – www.freiheitskaempfer.at
- Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen – www.fsg.at
- Junge Generation in der SPÖ – www.jg.spoe.at
- Kinderfreunde Österreich – www.kinderfreunde.at
- Kommunalpolitisches Zentrum – www.kommunalpolitik.at
- Mietervereinigung Österreich – www.mietervereinigung.at

- Naturfreunde Österreich – www.naturfreunde.at
- Pensionistenverband Österreich – www.pvoe.at
- Renner Institut – www.renner-institut.at
- Rote Falken – www.rotefalken.at
- Sozialdemokratie & Homosexualität (SoHo) – www.soho.or.at
- Sozialistische Jugend Österreich – www.sjoe.at
- Sozialdemokratischer LehrerInnenverein Österreichs – www.sloebund.at
- Sozialdemokratischer Wirtschaftsverband Ö. – www.wirtschaftsverband.at
- SPÖ Bauern – www.spoe-bauern.at
- SPÖ-Frauen – <http://frauen.spoe.at>
- Stiftung Bruno Kreisky Archiv – www.kreisky.org/index_archiv.htm
- Verband Sozialistischer StudentInnen – www.vsstoe.at
- Volkshilfe Österreich – www.volkshilfe.at
- Volkshilfe Niederösterreich – www.noel-volkshilfe.at
- Verband Österreichischer Arbeiter-Fischereivereine – www.fischundwasser.at

Sozialdemokratische Parteien / Europäische Ebene:

- Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament – www.socialistsanddemocrats.eu
- Delegation der SPÖ-Abgeordneten im Europäischen Parlament – www.spe.at
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands – www.spd.de
- SPD Bundestagsfraktion – www.spdfraktion.de
- Sozialdemokratische Partei Bayern – www.bayernspd.de
- Sozialdemokratische Partei Berlin – www.spd-berlin.de
- Sozialdemokratische Partei Brandenburg – www.spd-brandenburg.de
- Sozialdemokratische Partei Niedersachsen – www.spdnds.de
- Sozialdemokratische Partei Nordrhein Westfalen – www.nrwspd.de
- Sozialdemokratische Partei Sachsen – www.spd-sachsen.de
- Friedrich Ebert Stiftung – www.fes.de
- Bundeskanzler Willy Brandt Stiftung – www.willy-brandt.de
- Willy Brandt Haus – www.willy-brandt-haus.de

Im österreichischen Parlament vertretene Parteien:

- Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) – www.bzoe.at
- Klub des BZÖ – www.bzoe.at/unser-team/bzoe-parlamentsklub.html
- BZÖ Zukunftsakademie – www.zukunftsakademie-bzoe.at

- Die Grünen – www.gruene.at
- Klub der Grünen – www.gruene.at/partei/organisation/parlamentsklub
- Grüne Bildungswerkstatt – www.gbw.at

- Freiheitliche Partei Österreichs – www.fpoe.at
- Klub der FPÖ – www.fpoe-parlamentsklub.at

- Österreichische Volkspartei – www.oevp.at
- Klub der ÖVP – www.oevpklub.at
- Politische Akademie der ÖVP – www.modernpolitics.at

Personen:

- MEP Hannes Swoboda – www.hannes-swoboda.at
- MEP Karin Kadenbach – www.karinkadenbach.at
- MEP Jörg Leichtfried – www.joerg-leichtfried.at
- MEP Evelyn Regner – www.evelyn-regner.at
- MEP Josef Weidenholzer – www.weidenholzer.eu
- Bundeskanzler Werner Faymann – www.bundeskanzler.at
- Martin Schulz (Präsident des Europäischen Parlaments) – www.europarl.europa.eu/the-president/de/
- MdB Ottmar Schreiner – www.ottmarschreiner.de

Medien:

- Datum – www.datum.at
- Die Zeit – www.zeit.de

- Der Spiegel – www.spiegel.de
- Falter – www.falter.at
- News – www.news.at
- Profil – www.profil.at

- Der Standard – www.derstandard.at
- Die Presse – www.diepresse.com
- Heute – www.heute.at
- Kleine Zeitung – www.kleinezeitung.at
- Kronen Zeitung – www.krone.at
- Kurier – www.kurier.at
- Oberösterreichische Nachrichten – www.nachrichten.at
- Österreich – www.oe24.at
- Salzburger Nachrichten – www.salzburg.com
- Tiroler Tageszeitung – www.tt.com
- Vorarlberger Nachrichten – www.vorarlbergernachrichten.at
- Wiener Zeitung – www.wienerzeitung.at
- Wirtschaftsblatt – <http://wirtschaftsblatt.at>
- Süddeutsche Zeitung – www.sueddeutsche.de
- Berliner Zeitung – www.berliner-zeitung.de

- ATV – www.atv.at
- ORF – www.orf.at
- ORF-NÖ – noe.orf.at
- ORF-Wien – wien.orf.at

- Austria Presse Agentur – www.apa.at
- Austria Presse Agentur- Originaltext-Service – www.ots.at

Diverses:

- Deutscher Bundestag – www.bundestag.de
- Johannes Kepler Universität Linz – www.jku.at

- Kulturwissenschaftliche Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) – www.kuwi.europa-uni.de
- SORA - Institute for Social Research and Consulting – www.sora.at
- Weblexikon der Wiener Sozialdemokratie – www.dasrotewien.at

7.4 Sonstige Literatur und Unterlagen

Referat des designierten Bundesparteivorsitzenden Dr. Alfred Gusenbauer. 36. ordentlicher Bundesparteitag, Wien 2000, Übermittelt von der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, am 23. Mai 2012

Rede des geschäftsführenden Bundesparteivorsitzenden Werner Faymann. 40. ordentlicher Bundesparteitag, Linz 2008, Übermittelt von der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, am 23. Mai 2012

“Es ist dein Europa – Gestalte mit!“ – MOVE EUROPE, Europa-Wahlkampf der Jungen Generation NÖ

SPÖ-Wandzeitung, Nr. 575, November, hrsg. von Sozialdemokratische Partei Österreichs, Wien 1995

Ablage / “Archiv“ der SPÖ-Brüssel

8 Anhang

8.1 Interviews

8.1.1 Interviewpartner (Funktionen: Stand 11.06.2013)

Mag. Herbert Bösch

Abgeordneter zum Europäischen Parlament (1.1.1995 – 13.7.2009)

Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses (31.1.2007 – 13.7.2009)

Vorsitzender der SPÖ-Bezirksorganisation Bregenz bis 24.9.2012

Wolfgang Bulfon

Abgeordneter zum Europäischen Parlament (18.1.2007 – 13.7.2009)

Mag. Karl Duffek

Direktor des Renner-Institutes

Erich Farthofer

Abgeordneter zum Europäischen Parlament (1.1.1995 – 10.11.1996)

Dr. Alfred Gusenbauer

Bundeskanzler der Republik Österreich (11.1.2007 – 2.12.2008)

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (29.4.2000 – 7.8.2008)

Dr. Andreas Höferl

Klubdirektor des Rathausklubs der SPÖ-Wien

Dr. Günther Kräuter

Designierter Volksanwalt

Abgeordneter zum Nationalrat seit 22.10.1991

Bundesgeschäftsführer der SPÖ (1.12.2008 – 11.03.2013)

Vorsitzender der SPÖ-Bezirksorganisation Graz-Umgebung

Dr. Josef Leitner

Landeshauptmann-Stellvertreter in Niederösterreich (10.4.2008 – 24.4.2013)

Landesvorsitzender der SPÖ-NÖ (30.5.2008 – 3.3.2013)

Alois Reisenbichler

Aktiv in der Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialdemokratie und in der Friedensbewegung

Ehem. Mitarbeiter der SJÖ unter dem Verbandsvorsitzenden Alfred Gusenbauer

Mag.^a Karin Scheele

Abgeordnete zum NÖ-Landtag seit 24.4.2013

Landesrätin in der niederösterreichischen Landesregierung für Soziales, Gesundheit und Jugendwohlfahrt (11.12.2008 – 24.4.2013)

Abgeordnete zum Europäischen Parlament (20.7.1999 – 10.12.2008)

Delegationsleiterin der SPÖ-Abgeordneten im Europäischen Parlament (01/2007-12/2008)

Mag. Andreas Schieder

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen

Staatssekretär für öffentlichen Dienst und Verwaltungsreform (1.7.2008 – 2.12.2008)

Abgeordneter zum Nationalrat (30.10.2006 – 2.7.2008 u. 28.10.2008 – 2.12.2008)

Vorsitzender der SPÖ-Bezirksorganisation Penzing

Mag. Marcus Schober

Bildungssekretär der SPÖ-Wien

Günter Steindl

Landesgeschäftsführer der SPÖ-Niederösterreich (3/1998 – 3.3.2013)

Dr. Hannes Swoboda

Abgeordneter zum Europäischen Parlament seit 11.11.1996

Fraktionsvorsitzender der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament

Stv. Vorsitzender der SPÖ-Bezirksorganisation Meidling

Vorsitzender der SPÖ-Bezirksorganisation Meidling (1988 – 2010)

8.1.1.1 Interview mit Mag. Herbert Bösch, am 8. Oktober 2009, 14:00 Uhr

Wie hat sich deiner Ansicht nach die Ausgangssituation vor der Wahl zum Europäischen Parlament dargestellt bzw. was sind jetzt danach die Hauptgründe für die schwere Niederlage der Sozialdemokratie?

Also, ich denke, dass dieser Brief, den damals Faymann und Gusenbauer an die Kronen Zeitung geschrieben haben, sich in meinen Augen wirklich wie ein total negatives Programm dargestellt hat. Wir begeben uns als SPÖ in die Hände – als immer noch stärkste bundesweite Partei – einer Boulevardzeitung. Nach dem Motto: Wir werden mehr oder weniger das tun, was sie uns vorschlagen. Es war eine Selbstaufgabe und darunter leiden wir natürlich, denn die Leute wollen geführt werden. Sie wollen eine Politik und Politiker haben, die – selbst wenn sie Fehler machen – eine Idee von der Zukunft des Landes haben. Wir haben dies aus opportunistischen Gründen abgegeben und darunter leiden wir. Wir haben gewaltig an Profil verloren, sofern wir in Europafragen als SPÖ überhaupt Profil hatten. Aber das wenige Profil, welches wir hatten, haben wir ganz verloren.

Zum Wahlkampf selbst. Man hat sich sehr stark fokussiert auf die ältere Generation im Wahlkampf, weil man gewusst hat, dass es eine sehr wichtige Wählergruppe für die Sozialdemokratie ist. Hat man nicht zu wenig auf die Jugend gesetzt? Oder hat man inhaltlich der Jugend auch nichts anzubieten gehabt?

Beides ist richtig. Man hat sicher auf der einen Seite versucht auf sogenannte Kernbereiche loszugehen. Es sind aber keine Affen, sondern es sind Menschen, die irgendwie selber auch argumentieren wollen. Auch wenn sie Mitglieder einer Partei sind, dann wollen sie das Gefühl haben, dass sie auf der richtigen Seite stehen. Und wenn sie in ein Wirtshaus gehen und anderen Leuten begegnen, dann wollen sie sagen: „Du, das ist gescheit, was unsere Partei da sagt und es ist besser, was wir da glauben auf dem Gebiet.“ Wir haben die Leute total alleine gelassen. Und haben uns auf die großen Bundesländer, auf die Kerngebiete und die Pensionisten konzentriert. Es wundert mich dann immer wieder, wenn gesagt wird: „Mein Gott wie furchtbar, dass wir bei den Jungen nicht ankommen.“ Wir haben die Jungen gar nicht mit

einbezogen. Wenn wir die Jungen haben wollten, dann müssten wir eine radikal andere Europapolitik, eine hundertprozentige Zuwendung zu Europa ständig praktizieren. Dann dürfen Fehler, die gemacht worden sind, wie, dass es egal ist, wer Kommissar ist, nicht sein.

Was ist deiner Ansicht nach der größte Unterschied der Europapolitik zur nationalen Politik und zur Landespolitik?

Man braucht auf jeder Ebene eine Vision. Man braucht überall einen Gestaltungswillen. Man muss überall sagen, wie soll in zehn Jahren meine Region, mein Land, Europa, die Welt aussehen. Hier muss man eine Idee haben und was muss ich unternehmen, damit es sich in die Richtung entwickelt, wie ich mir das vorstelle. Leider haben sich diese Dinge negativ angeglichen. Vielleicht hat es zuerst auf europäischer Ebene begonnen. Vielleicht weil man gesagt hat: „Es ist eh bloß Europa. Es interessiert uns nicht so recht. Wir überlassen es den anderen, den Schwarzen.“ Es hat doch schon 1995 mit der Überlassung der Position des Kommissars in Brüssel angefangen. Inzwischen zieht sich das durch. Denn, wenn man nicht weiß, wie Europa aussehen soll, dann weiß man auch nicht, wie Österreich aussehen soll und umgekehrt. Man braucht eine Idee, wie Österreich in ein paar Jahren aussehen soll, dann kann ich die paar Kräfte, die ich habe, und dazu gehört natürlich auch ein Kommissar in Brüssel, mobilisieren. Dann kann man sagen: „Jungs lauft, sucht Alliierte, versucht zu überzeugen. Macht eben jenes, was man in der Politik macht, um dieses bestimmte Ziel, das wir als Österreicherinnen und Österreicher für uns haben, zu erreichen.“

Ist es derzeit nicht das Hauptproblem der Sozialdemokratie, auch der Europäischen Sozialdemokratie, dass man ein bisschen der „Doktor am Krankenbett des Kapitalismus“ ist, aber kein gesellschaftspolitisches Konzept hat, wohin die Reise geht oder wie man die Gesellschaft sowie die einzelnen Mitgliedsstaaten entwickeln will. Oder ist es ein explizit österreichisches Problem?

Es ist bei uns vielleicht radikaler als woanders. Wir haben in Europa nach dem Fall des Eisernen Vorhanges 1989, wo wir bis dahin sozusagen den dritten Weg spielen

konnten – hier ist der Westen, kapitalistisch, drüben der sogenannte reale Sozialismus und dazwischen sind wir, die eigentlich kapitalistisch sind, aber mit sozialem Touch – irgendwie Politik machen wollen. Er ist jetzt gefallen und hat natürlich das Land, welches sozusagen umzingelt war vom Eisernen Vorhang, wie kein anderes westliches Land, am stärksten getroffen. Wir haben seitdem keinen neuen Sinn, keinen Staatssinn mehr entwickelt. Auch das mit der Neutralität ist ein typisches Ergebnis eines Kalten Krieges, wo wir eben in dieser Situation waren. Nun hält man die Neutralität wie eine leere Schüssel, wie einen leeren Pokal in der Hand und weiß eigentlich auch nicht mehr genau, was es bedeutet. Das erzeugt natürlich Frustration. Dabei hätte Österreich ungeheure Möglichkeiten, weil wir hoch qualifizierte Leute haben und die Infrastruktur. Wir haben leistungswillige Leute. Man müsste dem Ganzen wieder politisch und gesellschaftlich die Zielrichtung vorgeben. Man will es aber allen recht machen. Die Leute merken aber, wir können so auf die Dauer nicht weiterleben, wie wir es derzeit tun.

Hat die Sozialdemokratie ein Glaubwürdigkeitsproblem? Auch, weil sie jahrelang diese neoliberalen Maßnahmen in den einzelnen Mitgliedsstaaten mitgetragen hat?

Natürlich. Hundertprozentig. Als ich 1995 rausgekommen bin, hatten von den damaligen 15 EU-Staaten elf einen sozialdemokratischen Regierungschef. Wenn man sagt, dass wie über Nacht der Neoliberalismus gekommen ist, stimmt das in keinster Weise. Nein, es ging nur unter dem gewaltigen Zutun der Sozialdemokratie. Und man sagt so landläufig: ‚Man geht zum Schmied und nicht zum Schmiedl‘. Und die Sozialdemokratie ist hier nur Schmiedl.

Das Netzwerk der ÖVP ist viel dichter als jenes der Sozialdemokratie. Hast du es bei deiner Arbeit in Brüssel ganz konkret gemerkt? Wie schätzt du das Netzwerk der SPÖ bei den europäischen Institutionen allgemein ein?

Schwach. Der Letzte, der noch eine Reputation in Brüssel hatte, war der heutige Bundespräsident. Der als einer der Vizepräsidenten der Europäischen Sozialisten wirklich einer der aktiven Vizepräsidenten war. Ich weiß, dass er z.B. damals im Raum Balkan viel unternommen hat. Ich weiß auch, was für einen Namen er sich

gemacht hat. Auch heute noch, wenn man Genossen trifft, die dort gearbeitet haben, fällt immer wieder der Name Heinz Fischer. Wenn man sagt, uns ist egal, was in Brüssel passiert. Wenn man Brüssel direkt als Feindbild betrachtet, dann wird dort kein großes Netzwerk zu entwickeln sein. Das, was wir draußen hatten, das waren Eigenbau-Netzwerke, die man sich durch eigene Arbeit oder eigene Reputation erarbeitet hat, und mit der man gelegentlich für die Heimat etwas verwirklichen konnte. Wir haben im Moment einen richtig guten und ständigen Vertreter draußen, der weiß, dass er nicht nur diplomatisch, sondern auch mit Gesetzgebern arbeiten muss. Da haben wir einen super Mann. Aber ich habe das Gefühl, dass er manchmal frei in der Luft hängt.

Was kann man innerhalb der Sozialdemokratie tun, wo man doch weiß, dass die Mitgliederstruktur sehr skeptisch gegenüber der Europäischen Union ist. Logischerweise, weil auch nichts passiert an Aktivitäten seit dem Beitritt. Was kann man also tun, dass man hier entgegenwirkt? Was wären Maßnahmen, wo du glaubst, es wäre wichtig, es als Erstes anzugehen?

Man muss nur die Wahrheit sagen. „Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar.“ Dann werden wir wieder verstanden werden, wenn die Leute merken, dass wir keinen Schmach führen wollen. Ich glaube einfach, der EU den Stellenwert geben, den sie hat. Wenn wir noch Beweise gebraucht hätten, hat uns dies, die noch andauernde schwere Krise, wie die Faust aufs Auge gedrückt. Die EU ist die Gestaltungskraft, mit der das „kleine“ Österreich sich irgendwie global viel leichter als in der Vergangenheit bemerkbar machen kann. Da gilt es daran mitzuarbeiten. Da gibt es auch keine Alternative dafür.

Der Mitgliederschwund ist wie bei allen Volksparteien auch bei der SPÖ enorm. Und auch das Problem der schleichenden Überalterung in den Strukturen. Soll die SPÖ dennoch eine Mitgliederpartei bleiben oder soll man neue Wege gehen?

Da bin ich ein sehr konservativer Mensch. Auch Mitgliedschaft ist ein Stück des Weges mitzugehen. Wenn du die Welt ähnlich siehst wie wir, dann werde Mitglied bei uns. Es ist nicht für jeden so nachvollziehbar. Aber wir haben in der Vergangenheit auch Mitglieder gehabt, die nichts mit der Sozialdemokratie am Hut hatten. Sondern

die irgendeinen Posten, eine Wohnung oder sonst irgendetwas bekommen haben, als die SPÖ stark war. Vielleicht ist dieser Mitgliederschwund so etwas wie eine Normalisierung im demokratischen Sinn. Ich würde von einer Mitgliederpartei nicht weggehen. Aber es geht nicht, dass man über die eigenen Mitglieder sagt: „Die können wir eh am Nasenriemen durch die Manege ziehen.“ So wird das nicht mehr gespielt, sondern ich muss auch eigene Mitglieder, besonders eigene Mitglieder, überzeugen. Es muss immer wieder diskutiert werden.

Siehst du es als Problem, dass die Durchlässigkeit nach außen bei der SPÖ so wenig stark ausgeprägt ist. Ist die SPÖ nicht zu strukturkonservativ? Wo es darum geht, welche Funktionen und Positionen hat man? Aber, dass man Leute, die in der Privatwirtschaft arbeiten oder in Institutionen, die Sympathisanten sind, nicht einbindet und deren Know-how nicht nutzt?

Wir müssen das Rad nicht noch einmal neu erfinden. Als ich ein junger Mann war, kann ich mich erinnern, dass Bruno Kreisky damals diese 1.500 Wissenschaftler angesprochen hat. Damals war es eine Partei mit ca. 700.000 Mitgliedern. Viel größer und viel stärker. Aber er hat gewusst, ich muss über diese Partei hinaus. Es heißt nicht, dass man diese Leute vereinnahmen muss. Die hätten es ja auch nicht zugelassen. Mir haben zum Beispiel aus der Zeit die damals jungen Genossen, die Ökonomen waren, gesagt, der Kreisky hat gesagt: „Jeden Tag bringt etwas hinaus, sagt, wie ihr euch das vorstellt, sprecht. Und wenn ihr euch mal widersprecht, dann werde ich sagen: Wir haben eine lebendige, eine diskutierfreudige Partei auf hohem Niveau. Mir ist wichtig, dass ihr keinen Käse erzählt, sondern argumentieren könnt.“ Die Leute merken in diesen Zeiten, dass nur mehr der Boulevard zählt. Und was der Boulevard morgen für attraktiv hält, kann ich als normaler Sozialdemokrat oder als Funktionär nicht entscheiden. Ich bin kein Prophet.

Die SPÖ ist derzeit dort stark, das zeigen alle Wahlergebnisse, wo sie organisiert ist. Dort, wo es starke Betriebsrätinnen und Betriebsräte gibt bzw. wo es noch indirekten Einfluss der Politik auf Betriebe gibt. Das geht aber immer stärker zurück. Glaubst du, dass man die Menschen genügend in ihren individuellen Lebens- und Freizeitmodellen abholt? Oder dass man sich zu

sehr auf die Strukturen und die Betriebe beschränkt, wo man ohnehin organisiert sind?

Ich glaube, wir stellen uns immer noch eine Welt vor, die aus Blue-Collar-Arbeitern besteht. Wie bei der VOEST mit 20.000 Mann. Die haben einen gescheiterten Betriebsrat, klare Mehrheiten für die FSG, ein paar Kommunisten etc. und das ist die Welt. Und da geben wir in Wahlkämpfen eine Parole durch. Und dann marschieren die Burschen gehörig abstimmen am Wahlsonntag. Wir haben aber schändlich eines vergessen: Diese ganzen neuen Arbeitsbeschäftigungen sind überhaupt nicht erfasst. Darum ist die Gewerkschaft nur mehr ein jämmerliches Abbild der Stärke von damals, weil es ist natürlich schön, wenn man sagen kann: „Ich hab einen Betrieb.“ Aber wo sind die Leiharbeiter? Denke ein paar Monate zurück. Die Leiharbeiter sind einfach ganz kommentarlos aus den Betrieben verschwunden. Zu Tausenden und Abertausenden in Österreich. Ich weiß, die sind hinten und vorn nicht vertreten. „Leiharbeiter sind keine Menschen.“ Die merken sich das aber auch am Wahltag. Das Angebot der SPÖ ist ein eher dürftiges. Umso wichtiger ist, dass wir europäische Politik gut gestalten, weil die Einflussbereiche der nationalen Politik hier sehr dürftig sind. Es gab Leute, wie den Alfred Dallinger, der schon früh gemerkt hat, dass sich da etwas rührt im Gebüsch. Aber es ist nicht nachvollzogen worden. Es ist vollkommen klar: Der ÖGB wird immer schwächer, genauso wie eine Partei immer schwächer wird, die eigentlich immer dasselbe tut, nämlich sich auf liebgewordene Traditionen, auf die inzwischen alten Leute verlässt und sagt, es war einmal eine schöne Zeit. Es werden aber immer weniger, die sich daran erinnern können.

Was sollen die Zielgruppen sein, auf die man sich in Zukunft stärker fokussieren sollte?

Wir müssen eine Vorstellung haben, wie es weitergeht mit dem Land, wie es weitergeht mit den Bundesländern. Das ist der erste Punkt im Moment. Ich will dir ein Beispiel sagen. Das sind die schönen Erlebnisse, die ich habe als EU-Abgeordneter: Ich wurde gebeten, für die Demokraten, für die Linken in Südtirol, Wahlkampf zu machen. Sie sind dort auch eher in einer Minderheitsposition. Es ist mir als Vorarlberger aber nicht vollkommen unbekannt. Ich hatte viel Spaß in einem anderen Mitgliedsland, Wahlkampf für meine Überzeugung zu machen. Und dann habe ich im

Vorfeld einmal geschaut, wie reich sind wir denn, und habe mir Zahlen – die sind vielleicht ein paar Jahre alt – von EUSTAT erhoben. Und bei einem Pro-Kopf-Einkommen von Hundert durchschnittlich in der EU, war Südtirol bei 136, Vorarlberg bei 135 und Nordtirol bei 131. Da habe ich gedacht, dass es innerhalb dieses Nationalproduktes viele Ungleichheiten gibt. Das sage ich als Sozialist. Aber wenn wir generell in einer Generation in 20 bis 30 Jahren immer reicher sind als der reichste Kontinent der Welt, dann sind wir großartig gewesen. Um dies anzustreben, nicht von heute auf morgen. Was uns weiterführt: Wo wollen wir stehen? Wir wollen in einem friedlichen Erdteil leben. Was können wir als Österreicher dazu beitragen? Wir haben mit unseren Blauhelmen, mit unserer ehemaligen Reputation als neutrales Land, einiges beizutragen gehabt. Dies sagen uns auch Leute, die heute noch im Kosovo sind für uns. Die Österreicher sind immer noch eine gute Adresse. Sind wir ein Industrieland? Dann müssen wir über Industrie nachdenken. Sind wir ein Agrarland? Wo gehören wir hin mit unseren 1,7 Prozent der Bevölkerung der EU? Ich hätte gar nichts dagegen, dass man sagen würde, in Österreich fühlen sich alte Leute besonders wohl. Das Seniorenland Europas sein, aber dann muss man wieder in Europa vorstellig werden und Gas geben und sagen: „Uns ist jeder willkommen. Egal, ob er aus Polen ist, aus Rumänien, aus Holland oder aus England. Wir sind Europäer.“ Dann kann ich nicht den Mist machen, den wir derzeit gerade machen. Für jede dieser Vorstellungen, muss ich die europäische Schiene einsetzen. Ich brauche aber das globale Ziel. Darüber redet kein Mensch. Es ist gottjämmerlich, wenn man hört, dass sich ein österreichischer Finanzminister die Debatte über Steuererhöhungen verbietet. Die werden so kommen, so sicher wie das Amen im Gebet. Wir haben gerade Geld aufgenommen und uns verschuldet wie die Weltmeister. Wer wird die Rechnung zu begleichen haben? Und da muss sich auch die Sozialdemokratie etwas einfallen lassen, schließlich sind wir auch in dieser Regierung.

8.1.1.2 Interview mit Wolfgang Bulfon, am 3. Oktober 2009, 10:00 Uhr

Was waren deine ersten Eindrücke, als du nach Brüssel gekommen bist? Du hast ja auch begonnen in der Kommunalpolitik. Was war der Unterschied zu Österreich?

Anfangs bin ich mir vorgekommen wie ein Luftballon, dahinschwebend, ohne Bodenkontakt, der von irgendjemand an einer Schnur geführt wird. Das Kennenlernen von Gleichgesinnten aus anderen Staaten und lernen, welche unglaublichen Unterschiede z.B. zwischen einem spanischen und einem englischen Sozialdemokraten sind. Am besten festgemacht habe ich es bei der Diskussion um die friedliche Nutzung der Atomkraft, was innerhalb der europäischen Sozialdemokratie für ein Unterschied ist. Und welche Konfliktpotenziale da sind, aber welche tolle Form der Auseinandersetzung gegeben ist. Überall spürte man die Bereitschaft zum Kompromiss, das Suchen nach einer gemeinsamen europäischen Linie. Für mich waren die Fraktionssitzungen am Anfang das politisch Spannendste in Brüssel.

Hat es zu Beginn Unterstützung aus Österreich oder von österreichischen Einrichtungen in Brüssel gegeben? Oder warst du eher auf dich alleine gestellt und die Unterstützung ist hauptsächlich aus der Fraktion gekommen?

Die Unterstützung ist im Wesentlichen aus der Delegation gekommen, aus der Fraktion eigentlich weniger. Das, was ich da an Unterstützung draußen insbesondere von den deutschen Sozialdemokraten bekommen habe, ist alles aufgrund von persönlich aufgebauten Beziehungen entstanden. Also Unterstützung in dem Sinn habe ich überhaupt nur von der Delegation bekommen, aber dies im hohen Ausmaße.

Wie war in Brüssel dann im Laufe deiner Tätigkeit der Kontakt zu österreichischen Einrichtungen? Gibt es eine starke Vernetzung?

Nein, ich habe probiert sowohl im Bereich Binnenmarkt, Konsumentenschutz mit den österreichischen Institutionen wie Konsumentenschutzorganisationen so eine

institutionalisierte Form des Austausches aufzubauen, was nicht gelungen ist. Zum Teil mit dem Sozialministerium; mit einer Dame, mit der wir recht gut kooperiert haben, aber eben auch wieder über persönliche Beziehungen. Dann mit der ständigen Vertretung, mit dem zuständigen Fachbereichsmitarbeiter, was auch gut gelaufen ist. Das waren eigentlich eher verdeckte Informationen, nicht offizielle sozusagen. Auf diese Art und Weise habe ich den österreichischen Standpunkt zu den einzelnen Fragen kennengelernt. Interessant war, dass verschiedene Interessenvertretungen wie Notariatskammer, Rechtsanwaltskammer einen sehr engen Kontakt zu mir gesucht haben und aufrechterhalten haben.

Es ist alles über die persönliche Ebene gelaufen?

Es ist eigentlich alles über die persönliche Ebene gelaufen. Zu den staatlichen Institutionen habe ich den Kontakt gesucht, die Interessenvertretungen aber sind zu mir gekommen.

Man sagt, dass die ÖVP in Österreich ein sehr starkes Netzwerk hat, war dies in Brüssel auch so? Oder hat die SPÖ in Brüssel ein gutes Netzwerk?

Mit Ausnahme im Haus der Ständigen Vertretung kein Netzwerk, aber die Leute, die dort waren, waren durch die Bank gut. Dies gilt sowohl für die Arbeiterkammer als auch den Gewerkschaftsbund. Es hat hier ständig Kontakt gegeben.

Man sagt, dass die ÖVP in Brüssel sehr stark vernetzt ist und auch sehr schnell weiß, „was grad in der Pipeline“ ist. Wie siehst du das?

Es war so erkennbar. Ich habe dies selber an einem Beispiel gesehen. Es war dies ein Bericht, wo ich vonseiten der Sozialdemokratie als Schattenberichterstatter tätig war. Hier habe ich Dinge teilweise immer erst mit einer Verzögerung erfahren. Da war die ÖVP immer um einen Schritt voraus. Was sie eigentlich aber viel besser haben, ist ihre PR-Arbeit. Sie ist professioneller und breiter angelegt. Bei uns ist es nur auf den Pressesprecher allein aufgebaut. Bei denen laufen offensichtlich mehrere Informationsbahnen zusammen und werden von der Delegationsleitung so koordiniert, dass es so auch eine Wirkung nach innen hat. Wir haben dies nie

geschafft. Ich führe es aber darauf zurück, dass es da sehr viele persönliche sozusagen eingefahrene Gleise gegeben hat und auch Eitelkeiten. Die Themen sind nicht koordiniert gespielt worden. Jeder hat für sich selbst versucht, sein Heil zu finden.

Wie hast du den Wechsel der öffentlichen Meinung in Österreich mitverfolgt, den es auch schon länger gibt? Es hat nach dem Beitritt zuerst die Euphorie gegeben und nun zu einem großen Teil Skepsis.

Skepsis gegenüber Europa habe ich keine festgestellt, eher ein vollkommenes Unverständnis über die Abläufe, weil die Menschen einfach nicht informiert sind. Allein über die europäischen Institutionen. Welche gibt es? Wie funktionieren sie? Und wie die Gewaltentrennung auf der europäischen Ebene ist? Das auf der einen Seite. Die andere Seite ist die, dass ich natürlich immer relativ schnelle Rückkoppelung hatte. Weil ich am Sonntagvormittag, am Wochenende, zu Hause war. Hier bin ich sofort, wenn ich im Gasthaus war, darauf angesprochen worden, was sozusagen aktuelle Schlagzeilen z.B. der Kronen Zeitung waren. Da habe ich immer reagieren müssen und war teilweise überrascht, was für Meinungen vertreten werden.

Das heißt, dass die Verankerung in der Region für Europaabgeordnete auch überaus wichtig ist?

Das ist ein Korrektiv, das eine unglaubliche Wirkung hat. Ich glaube, der Abgeordnete, der weg ist und dann am Wochenende nach Hause kommt, wird sofort mit so vielen Themen der Leute konfrontiert. Die Mischung aus Neid, Nicht-Wissen und Neugierde fokussiert sich aber schon sehr stark bei einem EU-Abgeordneten.

Hat die Sozialdemokratie einen Fehler gemacht, dass sie seit dem Beitritt zur Europäischen Union dieses Thema nicht mehr aktiv kommuniziert und erklärt hat?

Nicht nur einen Fehler. Ich halte es für sträflich unsere Positionen zu Europa nicht klarer darzustellen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Sozialdemokratie hätten

wir die Chance gehabt, unsere Internationalität viel stärker darzustellen. Und so etwas wie Solidarität über die Grenzen. Dies haben wir aus vielen Gründen nicht gemacht. Der Hauptgrund ist der, dass es eine starke Angst vor Machtverlust gibt, vor allem bei den unteren Chargen. Es war für mich unglaublich, mit welchem Zynismus manchmal Bemerkungen gefallen sind, allein aus der Tatsache, dass man protokollarisch als MEP vor nationalen Abgeordneten, zum Beispiel vor einem Nationalrat, rangiert. Wie das dann kommentiert wurde. Wie sozusagen irgendwelche Regionalkaiser, die die EU als virtuelle Welt abgetan haben und sagen: „Naja, da haben wir einen Paradiesvogel, der da draußen herumschwirrt. Aber es hat für uns keine Bedeutung.“

Der Brief von Werner Faymann und Alfred Gusenbauer an den Herausgeber der Kronen Zeitung...war dies nachhaltig ein Verlust für die Glaubwürdigkeit in dieser Frage?

Zuerst muss ich einmal feststellen, dass der Stil für mich erstaunlich ist. Ich habe an diesem Tag ein Treffen gehabt mit noch ein paar Abgeordneten beim Bundespräsidenten und selbst er hat von diesem Brief und der Absicht, diesen Brief zu schreiben, nichts gewusst. Wir haben auch nichts gewusst. Es wurde zwar im Nachhinein kolportiert, dass Hannes Swoboda informiert worden wäre. Was er insofern klargestellt hat, dass er erst nach Erscheinen des Briefes dann eine Information erhalten hat bzw. verständigt wurde. Aber zu einem Zeitpunkt, wo er schon am Weg ins Ausland war. Er hatte keine Möglichkeit mehr die anderen Delegationsmitglieder zu informieren. Aus dem haben sich in der Kommunikation nach außen noch einige Probleme ergeben. Für mich persönlich war ein entscheidender Punkt, dass im Nachhinein eine kritische Bemerkung von mir über die Vorgangsweise vom Parteivorsitzenden als Nicht-Mittragen einer mir unbekanntem Präsidiumslinie dargestellt wurde. Es hat mir insofern wehgetan, weil mir in meiner ganzen politischen Funktionärstätigkeit keiner nachsagen konnte, dass ich illoyal gewesen wäre. Ich habe immer versucht, mich als loyalen Funktionär zu sehen.

Was hast du eigentlich aus deiner Brüsseler Zeit persönlich mitgenommen?

Persönlich habe ich es als Gnade des Schicksals empfunden, dass ich es erleben durfte. Ich habe sehr viel gelernt, z.B. mich auf einem Parkett zu bewegen, das mir unbekannt war. Ich habe weit über die Grenzen des Landes hinaus Freundschaften geschlossen. Durch meine Funktion – vor allem in der Regionalpolitik – durfte ich Regionen Europas kennenlernen, gepaart mit einer Insiderinformation, die man als normaler Tourist bzw. Bürger nicht bekommt. Damit ist es eigentlich für mich selber mit sehr viel Demut verbunden. Der Glaube, dass wir der Nabel der Welt sind, hat sich sehr stark verflüchtigt.

Was sind deiner Meinung nach Möglichkeiten, dass man das Vertrauen in die europäische Politik wieder zurückgewinnt? Auch innerhalb der Partei?

Ich glaube, dass es eine Frage der Informationspolitik und der Positionsfestlegung der österreichischen Sozialdemokratie ist. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass wir Österreicher nur 1,8 Prozent der europäischen Bevölkerung sind und nicht den Hochmut haben sollten, zu glauben, dass die anderen nach unserer Pfeife tanzen. Das Suchen nach tragfähigen Kompromissen ist nicht eine Schwäche, sondern eine Stärke des europäischen Friedenswerkes. Und wenn wir diesen Mechanismus sozusagen verinnerlichen und uns selbst vor Augen führen, dann muss die Sozialdemokratie auf die Internationalität und ihre Tradition der Internationalität viel mehr setzen. Und es nicht nur für ein paar eine private Spielwiese ist. Es muss von der breiten Funktionärsschicht getragen werden. Etwas, was noch in der Zwischenkriegszeit selbstverständlich war, dass zum Beispiel die Kärntner Sozialdemokraten mit der Arbeiterschaft in Italien oder Slowenien nicht nur Kontakt hatten, sondern auch ihre Problemstellungen gekannt haben. Heute ist dies vollkommen verloren gegangen.

Vom europäischen Thema zur Situation der österreichischen Sozialdemokratie. Der Mitgliederschwund der SPÖ ist wie bei allen Volksparteien enorm. Es gibt ja in den Strukturen das Problem der schleichenden Überalterung, weil es für viele junge Leute nicht mehr attraktiv ist, Mitglied zu werden oder sich

einzubringen. Soll die SPÖ weiterhin eine Mitgliederpartei bleiben oder soll man neue Wege gehen?

Ich weiß nicht, ob wir es noch schaffen werden. An sich ist das Prinzip, wenn ich es zum Beispiel mit der deutschen Sozialdemokratie vergleiche, die sicher eher als Kader-Partei dasteht, und der österreichischen, so glaube ich, dass es schon mehr Legitimation ist, wenn man eine Massenbewegung in gewisser Weise ist. Die Überalterung hängt für mich damit zusammen, dass eben die Zukunftsvision für einen Jungen fehlt. Ich erzähle immer das Beispiel von Bruno Kreisky, der mich als jungen Menschen, obwohl er damals schon ein alter Herr war, mit seinen Ideen begeistert hat und damit zur Sozialdemokratie geführt hat.

Wie kann man die Durchlässigkeit nach außen verstärken? Oftmals herrscht der Eindruck: In der SPÖ ist man nur interessant, wenn man Funktionen hat bzw. wenn man irgendwo in verschiedenen Vorständen sitzt. Aber es gibt sehr viele Leute, die in der Privatwirtschaft arbeiten oder in Einrichtungen, die Sympathisanten sind oder sogar Mitglieder. Aber es gibt keinen Dialog zwischen Partei und diesen Personen, und man versucht auch nicht ihr Wissen zu nützen.

Wir sind bei einem grundsätzlichen Problem. Ich glaube, die SPÖ macht den Fehler, dass sie sich zu sehr nach rein ökonomischen Kriterien ausgerichtet hat. Werte wie Gleichheit müssen ja nicht nur eine höhere Lohnquote bedeuten. Die Sozialdemokratie, so wie ich sie verstanden habe, hat die Aufgabe auch andere Werte zu transportieren. In der Geschichte hat man immer versucht, das Bewusstsein und das Selbstbewusstsein derjenigen, die vom Schicksal oder von ihren Startbedingungen nicht gerade besonders bevorzugt waren, zu heben und als Wert darzustellen. Ich glaube, dass es ein wichtiger Wert ist und es in vielen Fällen solche Ansätze gibt wie Bildungskarenz etc. Aber dies als äquivalent zu einem ökonomischen Vorteil darzustellen, das haben wir verabsäumt. Es wird alles nur an Maßstäben des persönlichen Einkommens und nicht einmal des persönlichen Wohlbefindens dargestellt. Und wenn man davon ausgeht, dass es nicht mehr das extreme Wachstum in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten geben wird, und dass

die Ressourcen eingeschränkt werden, dann werden neue Werte oder alte Werte wieder neu belebt werden. Und da hätten wir einen großen moralischen Vorteil.

Wie kann man die „alte Tante“ SPÖ für Jugendliche interessant machen?

Indem man glaubhaft und ernsthaft einen Diskussionsprozess in die Wege leitet, wie stellt man sich die Gesellschaft in 20, 30 oder 50 Jahren vor unter den ökonomischen und ökologischen Bedingungen, die herrschen. Was ist eigentlich unsere Antwort darauf? Was heißt es eigentlich, wenn man weniger Ressourcen zur Verfügung hat? Wie soll sich unserer Meinung nach eine solidarische Gesellschaft in einem halben Jahrhundert darstellen?

Ist es nicht ein generelles inhaltliches Problem der SPÖ? Was du ansprichst, ist das fehlende gesellschaftlich-politische Konzept, wohin die Reise gehen soll. Ist das nicht eines der Grundprobleme?

Das ist das Grundproblem, glaube ich überhaupt, der Sozialdemokratie jetzt. Man ist in den 1970er Jahren diesen Weg gegangen. Palme, Brandt, Kreisky und so weiter, das hat die Menschen begeistert. Dann kam diese berühmte Blair-Schröder-Strategie als reine ökonomische Handlungsanleitung. Als neuer, dritter Weg wurde es dargestellt, aber es hat sich in sehr vielen Fällen als nicht haltbar erwiesen. Und momentan fehlt mir überall die Auseinandersetzung mit unseren Zukunftsvorstellungen. Nicht das jetzt irgendwo ein Guru auftaucht und sagt: „So soll es sein.“ Einfach das Bewusstsein, sich mit Zukunftsthemen auseinanderzusetzen, das fehlt mir in der Partei und in der Sozialdemokratie weitgehend.

Was ist die Zielgruppe oder was sollen Zielgruppen für die zukünftige Arbeit sein. Schafft es die SPÖ deiner Ansicht nach über die Kernwählerschichten oder die Kernzielgruppen hinaus Menschen zu erreichen?

Ja, wenn sie die richtigen Themen aufgreifen. Wenn sie es nicht tut, nein. Dann wird sich das aber immer mehr auf das reduzieren, wo man sozusagen gefestigte organisatorische Strukturen hat, die sich aber gerade in den letzten Jahren alle aufgelöst haben. Man muss sich nur an BAWAG und solche Dinge erinnern. Vorfälle,

die noch ein halbes Jahr zuvor undenkbar waren. Dann habe ich eine Zeitlang große Hoffnung gehabt. Es tut sich gerade in dem Bereich ÖGB unglaublich viel. Wenn auch die machterhaltenden Strukturen immer wieder – meinem Gefühl nach – die Oberhand gewinnen. Ein Beispiel: Diese Position der österreichischen Sozialdemokratie in Fragen der Integration. Alleine unsere restriktive Politik im Bereich des Arbeitsmarktes ist keine sozialdemokratische Position. Es ist für mich unvorstellbar, dass ich eine junge Frau aus Marburg in Slowenien, die in Graz studiert hat – und wir waren als SPÖ-Delegation ein österreichischer Verein als Arbeitgeber – als Praktikantin zu mir nehmen wollte und für sie keine österreichische Arbeitsbewilligung für einen Job in Brüssel bekommen habe. Da lachen ja sogar die Hühner, wenn ich solche Beispiele erlebe. Diese Überheblichkeit, die wir an den Tag legen. Auf der einen Seite wollen wir einen Alleinvertretungsanspruch in den neu beigetretenen Mitgliedsländern haben für westliche Ideen, wenn man so sagen will. Auf der anderen Seite sind wir das restriktivste System des Nicht-Hereinlassens. Es wird sich so nicht ausgehen. Es ist auch eine Bruchlinie für die Sozialdemokratie. Beispielhaft wäre, was die Sozialdemokratie in den 1920er- und 1930er-Jahren mit der Einbeziehung der tschechischen Minderheit in Wien getan hat.

Eine abschließende Frage: Ich hab ja schon das Netzwerk der SPÖ in Brüssel angesprochen. Hältst du es für die Zukunft für ein Problem, dass das Netzwerk der SPÖ immer kleiner wird?

Wir hätten an sich die besseren Strukturen als die ÖVP, aber es wird nicht gelebt. Ich denke schon oft darüber nach, was der Grund dafür ist. Ich habe immer das Gefühl, dass bei uns jeder ein bisschen ein Einzelkämpfer ist, sein persönliches Netzwerk hat, aber es bringt er oder sie nicht zum allgemeinen Interesse der Partei ein. Und das bringt uns schon jetzt massive Probleme.

8.1.1.3 Interview mit Mag. Karl Duffek, am 21. Oktober 2009, 10:00 Uhr

Die Bildungsarbeit wird sehr stark über die Strukturen der SPÖ getragen. Der Mitgliederschwund ist aber wie bei allen großen Volksparteien enorm und es gibt auch das Problem in den Strukturen der schleichenden Überalterung. Soll die SPÖ aber weiterhin eine Mitgliederpartei bleiben oder soll man neue Wege gehen?

Ich glaube, man muss beides im Blick haben. Man muss einerseits bestimmte Traditionen der Mitgliederpartei fortführen, selbst wenn es heute nicht mehr 500.000 Mitglieder sind. Man hat jetzt nicht mehr die Möglichkeit, wie in der Vergangenheit, besondere „Goodies“ zu verteilen, z.B. die Zugänge zu Jobs, zu Wohnungen oder ähnlichen Dingen, wie es in der frühen Zweiten Republik möglich war. Trotzdem glaube ich, dass es ein Asset ist, genauso wie die Funktionärsstruktur. Ich meine, dass es ein Fehler war, in den 1990er Jahren darauf zu setzen, quasi das Kind mit dem Bade ausschütten, und zu sagen, wir brauchen das alles nicht und wir folgen dem amerikanischen Muster: Eine Wahlkampfstruktur, die auf die eigenen Leute verzichtet. Ausgehend von Diskursen wie „Es sei irgendwie eine Isolierschicht“ oder „Es wären eigentlich nur Bremser, quasi die Konservativen, in unserer Partei“. Ich glaube, das Kunststück wäre, kurz gesagt, auf der einen Seite die Traditionen der Mitgliederpartei aufrechtzuerhalten mit vielleicht zielgruppenspezifischeren Angeboten, weil es nicht mehr so eine homogene Gruppe ist wie früher. Es ist heute eine sehr heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Interessen und Zielsetzungen. Das Andere ist aber natürlich, dass man in den zentralen Strukturen angesichts auch schrumpfender Mittel schlanker agieren muss. Hier muss man ein viel höheres Maß an Professionalität haben als früher. Es stehen viel weniger Menschen und Mittel zur Verfügung, um zum Beispiel einen Wahlkampf zu führen.

Soll der Dialog mit den Mitgliedern verstärkt werden? Der Servicebereich kann ja nur ein Teil sein, aber kann ein inhaltliches Angebot nicht ersetzen, oder?

Das ist richtig. Ich sehe es genauso. Inhaltliches Angebot heißt, aus meiner Sicht tatsächlich in erster Linie auch ein politisch inhaltliches Angebot, das heißt ich kann natürlich wie es bei der Mitgliederscard eine Zeit lang versucht wurde, eine verbilligte

Mitgliedschaft beim ARBÖ oder solche Dinge anbieten. Das ist aus meiner Sicht nicht wirklich eine Motivation, politisch tätig zu werden. Es braucht die Identifikation mit politischen Haltungen. Als zentrales Manko würde ich sehen, dass uns hier die Vielfalt im Angebot fehlt. Ich meine es sowohl auf personeller Ebene wie auch auf inhaltlicher Ebene. Wir waren in den Zeiten am stärksten, als die SPÖ zum Beispiel unter Kreisky und in Wien unter Zilk zugelassen hat, dass in den Regierungen sehr unterschiedliche Typen, die sehr unterschiedliche Gruppen fasziniert haben, saßen. Es ist auch das Geheimnis in Salzburg gewesen – von sehr jungen Leuten, die neue Zielgruppen angesprochen haben, bis hin zu „G‘standenen“ wie Othmar Raus. Es waren ganz unterschiedliche Leute repräsentiert. Ein anderes Beispiel ist Scholten in der Vranitzky-Zeit. Vranitzky sozusagen der Manager, aber daneben eine schillernde Figur, die in der Kunstszene unterwegs und anerkannt war und damit ein Ensemble verschiedener Spieler, die ein interessantes Gesamtbild ergeben.

In der öffentlichen Wahrnehmung wird die SPÖ oftmals als strukturkonservative Partei gesehen. Das ist eigentlich genau das Gegenteil, von dem, was du meinst. Die Durchdringung der Listen zu versuchen oder personelle Angebote zu machen mit Personen, die vielleicht nicht direkt in der Sozialdemokratie hundertprozentig verankert sind oder nicht aus starken Bezirken kommen bzw. über parteiinterne Notwendigkeiten nominiert werden müssen.

Genau, aber nur um nicht missverstanden zu werden, ich bin kein Freund von uns ganz fernstehenden Quereinsteigern. Es muss eine Grundidentifikation mit dem gemeinsamen Projekt vorhanden sein. Bestimmte Rekrutierungsfelder wie die Jugendorganisationen schwächeln ein wenig und andere Netzwerke, etwa im Bereich der Wirtschaft, finden wir ebenfalls deutlich geschwächt vor. Gerade nach Schwarz-Blau, die sehr viel zerstört haben. Dies macht es natürlich schwierig, überhaupt solche Leute einmal zu finden.

Wie schätzt du das Netzwerk der SPÖ ein?

Die ÖVP war uns immer voraus und zwar in zweierlei Hinsicht: aufgrund ihrer Vernetzung im Ökonomischen und aufgrund einer sehr starken Tradition der

Vernetzung gesellschaftlicher Eliten. Sie hatten mehr Akademiker und Akademikerinnen, hatten ihre entsprechenden Verbindungen und diese hatten eine sehr, sehr hohe Stabilität. Man braucht nur zu so einer Verbindung eingeladen werden. Es ist ganz erstaunlich, welche unterschiedlichen Leute hier zusammenkommen, z.B. aus dem ORF, aus der Wirtschaft, aus den Universitäten. Sie treffen sich regelmäßig und diesem Netzwerk haben wir sehr wenig entgegenzusetzen.

**Ist es derzeit so, dass die Sozialdemokratie ein politisches Gesamtkonzept hat?
Weiß man, wenn man SPÖ ankreuzt wirklich, wohin die Reise geht?**

Es mag zweifelsohne ein Problem sein. Ich frage mich aber nur, ob es so ein klares Gesamtkonzept jemals gegeben hat. Wenn man mich heute fragt, wofür steht eigentlich die Kreisky-Zeit, so ist es dann eher auch da ein Konglomerat aus verschiedenen Politiken, die man wohl unter dem Begriff einer gesellschaftlichen Öffnung zusammenfassen könnte. Aber es war auch recht widersprüchlich. Ich glaube, was man auch nicht übersehen sollte: Wir haben in Wirklichkeit ein Problem als europäische Sozialdemokratie, dass wir nämlich ein klar umrissenes Weltbild vor nicht allzu langer Zeit hatten. Das war der dritte Weg und die neue Mitte und genau dieses Modell ist jetzt diskreditiert. Das ist unser Problem, glaube ich. Wenn man sich erinnert an New Labour und an die SPD. Letztlich ist fast die gesamte europäische Sozialdemokratie gerade in den neuen Beitrittsländern aufgesprungen auf diesen Zug. Wenn man sich die New Labour-Politik ansieht, ist das Liberalisierung pur. Und es gibt einen zweiten wichtigen Aspekt, der gerne übersehen wird. Es sind natürlich die Erwartungen und Anforderungen an eine sozialdemokratische Partei wesentlich höher als an eine konservative oder Mitte-Rechts-Partei. Wir sind in der ganz, ganz schwierigen Situation der großen Koalition, wo wir immer im Nachteil sein werden. Wir haben das Problem, dass sich die ÖVP auf die Position zurückziehen kann: Dann lassen wir eben alles so, wie es ist. Wir allerdings stehen ununterbrochen unter dem Druck, zu reformieren, insbesondere im Sozialbereich, aber nicht nur dort. Dies macht es politisch gerade in Krisenzeiten schwierig, wo die Spielräume massiv reduziert werden. Es gibt nur beschränkte Möglichkeiten zu justieren und das Ganze ein wenig gerechter zu machen.

Die Jugend hat, wenn man die österreichischen Wahlergebnisse analysiert, sehr wenig Vertrauen in die Sozialdemokratie. Aber sie ist ja nicht per se automatisch rechts.

Ich sehe das auch so.

Die Freiheitliche Partei versucht daher sehr stark in dieses Segment hineinzustoßen, auch mit dem Bildungsprogramm, welches an alle Jugendlichen verschickt worden ist. Was hat die Sozialdemokratie dagegenzuhalten, auch im Bildungsbereich?

Ich glaube, dass der Zulauf zu den Freiheitlichen in aller erster Linie damit zu tun hat, dass einige Akteure bei ihnen es schaffen, sozusagen untypisch politisch zu wirken. Es ist ein wesentlicher Punkt, dass es diesen gelingt, Antisystem-Partei zu sein. Dazu passen auch ihre provokanten Positionierungen. Und das verbunden mit einer ganz spezifischen Form von Selbstinszenierung und Präsenz. Strache geht dort hin, wo sich bestimmte junge Menschen aufhalten. Es war in Wirklichkeit das gar nicht so geheime Rezept von Jörg Haider, dass er wahrscheinlich jedem Kärntner oder jeder Kärntnerin einmal die Hand geschüttelt hat und sich zielgruppenspezifisch am Tag drei Mal umgezogen hat und bei den verschiedensten Anlässen aufgetaucht ist. Er hat auch verkörpert, dass ihn das freut. Das ist die eigentliche Botschaft. Die Inhalte – etwa im freiheitlichen Bildungsprogramm – sind hoch skurril. Eine Auseinandersetzung mit der Ideologie der DDR 2009 anzubieten, 20 Jahre nachdem dieser Staat aufgehört hat zu existieren, ist sehr eigenartig. Ich glaube, dass wir uns systematisch damit auseinandersetzen müssen, wie man die Jugendorganisationen weiterentwickelt. Es gibt gute Ansätze. Und dann kann man auf solche Strukturen, z.B. die Bildungsarbeit, aufsetzen. Wir bieten eine „Akademie der Jugend“, weil wir generell zu längerfristigen Angeboten übergegangen sind. Das schafft eine stärkere Bindung als punktuelle Seminare. Wir machen es gemeinsam mit den Jugendorganisationen und die Idee ist, dass man dann die Hoffnungsträger aus den Bereichen bindet und weiterqualifiziert. Aber sie auch vorbereitet auf andere Aufgaben. Wir haben eine Jugendstudie gemacht und es hat sich gezeigt, dass die Jugend Leute will, die offen sind für ihre Probleme, für ihre Fragestellungen. Aber die

durchaus auch gesetzteren Alters sein können. Die sich aber mit ihnen dauernd auseinandersetzen und zwar Aug in Aug.

Ist das nicht überhaupt das Problem, dass die SPÖ sich hauptsächlich darauf konzentriert und fokussiert, wo sie organisiert ist. Wo die SPÖ noch direkten Einfluss hat, aber dafür die Leute einfach in ihren individuellen Arbeits- und Lebenswelten nicht mehr abholt?

Das ist richtig. Es ist nicht nur ein Problem der SPÖ, sondern auch der Gewerkschaften. Z.B. in einer Stadt wie Wien spielt sich das urbane Leben nicht so ab, dass jeder nur in seinem Gebiet unterwegs ist und der Rest der Stadt existiert nicht. Ganz im Gegenteil. Arbeit, Freizeit, Zeit mit den Freunden werden an unterschiedlichen Orten verbracht. Man hat seine bestimmten Interessen, wo man sich ein entsprechendes Angebot erwartet. Auf diese neue Situation muss man sich einlassen, aber natürlich ist der Arbeitsplatz eine Konstante, die für die Organisation ungeheuer wichtig ist. Und je geringer der Organisationsgrad auch in den Gewerkschaften wird, desto schwieriger ist es auch für die SPÖ. Insofern war natürlich die BAWAG-Krise und nachher die gewisse Abkoppelung zwischen Partei und Gewerkschaft ein Riesenproblem.

Die Gewinne der Freiheitlichen bei den letzten Wahlen werden natürlich sofort in Verbindung mit dem Asyl- und Integrationsthema gebracht. Es wird derzeit in manchen Landesorganisationen der SPÖ sehr stark auf dieses Thema fokussiert. Siehst du dieses Thema als Allheilsbringer?

Wenn man sich die Zeit seit den späten 90er-Jahren anschaut, sieht man, dass die rechtspopulistische Partei oder die rechtspopulistischen Parteien dann reüssieren, wenn sie in Opposition sind. Sie haben sich immer auf ganz wenige Themen konzentriert und da waren immer die Fragen Migration, Integration, Asyl dabei. Das ist nichts Neues. Alles, was ungute Stimmung und Sorge betrifft, wird dort gebündelt. Ihre Strategie ist es, alles mit diesem einen Thema zu verknüpfen. Es ist in der Sache falsch. Wir haben soziale Probleme, die quer durch die Inländer- und Ausländer-Populationen gehen. Auf der anderen Seite stimmt es schon auch, dass wir intern ein breites Spektrum von Zugängen haben. Von sehr restriktiven, man

kann durchaus sagen, eher ausländerfeindlichen Positionen, die es in der Organisation gibt, bis zu sehr liberalen und die humanitäre Seite betonenden Positionen. Und jetzt trifft dies auf eine gesellschaftliche Wirklichkeit, wo gerade unter den Jugendlichen doch eine große Sorge und Unruhe herrscht. Alfred Gusenbauer erwähnte einmal, dass der erste Wunsch 18-jähriger Mädchen ein eigenes Auto ist, damit sie unabhängig vom öffentlichen Verkehr seien, um nicht am Abend, wenn sie unterwegs sind, belästigt zu werden. Da gibt es ein Problem. Damit muss man sich auseinandersetzen. Wir haben sehr spät darauf reagiert. Wir setzen einerseits darauf, dass, wer wirklich das Recht auf Asyl hat, es bei uns auch bekommt. Es muss aber rasch festgestellt werden. Das Zweite ist: Restriktive Zuwanderung nach den Notwendigkeiten und Möglichkeiten unseres Arbeitsmarktes. Und drittes Element: Jene, die zu Recht da sind, egal ob als Asylwerber oder als Arbeitsmigranten haben klare Rechte und Pflichten. Und daraus leite ich dann die entsprechenden Maßnahmen ab. Ich finde, wir sollten uns auf unsere Stärken konzentrieren. Unsere Stärken liegen in der sozialen Kompetenz. Zweitens muss man darauf achten, dass die Chancen in unserer Gesellschaft vermehrt werden. Das betrifft insbesondere das Bildungsthema. Und Drittens: Wir müssen dafür sorgen, dass sämtliche Mittel, die in den Sozialbereich gehen, vernünftig verwendet werden. Insofern habe ich auch nichts gegen mehr Transparenz bei den Transferleistungen. Entweder sind die Transferzahlungen legitim, dann kann ich sie auch öffentlich machen. Oder sie sind nicht legitim, dann habe ich ein Problem im System.

Die Frage nach den Zielgruppen und Schwerpunkten der sozialdemokratischen Bildungsarbeit in Zukunft ist natürlich ein ausufernder Bereich. Kannst du diese nennen oder kann man dies so gar nicht definieren?

Zuallererst sollten wir weiterkommen mit der politischen Bildung in den Schulen, und zwar nicht nur in den höheren Schulen. Wenn schon zum Höhepunkt der schwarz-blauen Regierung noch immer 17 Prozent der Österreicher der Meinung waren, die SPÖ regiert das Land, dann haben wir ein Problem. Es geht auch darum, welche grundsätzlichen Einstellungen es zu Fragen der Demokratie gibt. Dass die Freiheitlichen so einen großen Zuspruch von Jugendlichen haben, hängt auch damit zusammen, dass es für sie überhaupt kein Problem ist, welche Aussagen sie treffen. Sie sehen es nicht, wie der geschulte Linke, als Angriff auf die Demokratie, eine

Anspielung auf die schrecklichen Zeiten des Faschismus zu machen. Ein weiteres Feld, auf das man größeres Augenmerk legen müsste, ist die mediale Situation. Wir haben in Österreich keine wirkliche Qualitätszeitung. Dieses Schicksal teilen wir mit ganz jungen Demokratien. Aber es gibt keine entwickelte Demokratie ohne wirkliche Qualitätsmedien. Wir haben wohl noch einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der aber mehr und mehr unter Druck kommt. Dies erscheint mir als zweites wichtiges Feld, wo politische Bildung in einem breiteren Sinne stattfinden sollte. Was jetzt die Partei und die SPÖ konkret betrifft: Wir müssen die Schwerpunkte unbedingt in der Nachwuchsarbeit und bei den Frauen setzen, weil wir da immer noch ein Problem haben. Die Quotengegner kann man am besten damit bekämpfen, dass es irgendwann selbstverständlich ist, dass genauso viele Frauen und Männer im politischen Betrieb agieren. Man braucht auch eine Neujustierung in der Bildungsarbeit, in der wir eine Zeit lang sehr in Richtung persönlichkeitsbildende Angebote gegangen sind, z.B. Konfliktmanagement, Rhetorik, Medientraining. Ich will das nicht abwerten, aber ich glaube, es muss ausbalanciert sein mit einem gewissen Grundfundus an politischer Identität und politischen Werten und auch einem Grundwissen in den wesentlichen Politikfeldern. Ich sehe auch unter den Funktionären und Funktionärinnen dieses Bedürfnis mehr und mehr, und darauf müssen wir reagieren.

8.1.1.4 Interview mit Erich Farthofer, am 5. August 2009, 16:00 Uhr

Wie bist du zu deinem EU-Mandat gekommen? Wie war der Verlauf der Bestellung?

Faktum ist, dass wir seit 1. Jänner 1995 bei der Europäischen Union sind. Mich hat die EU-Politik interessiert, aber ich habe nicht damit gerechnet, dass ich überhaupt ein Mandat bekomme. Dann habe ich gelesen, dass die erste Delegation durch National- und Bundesratsmandatare erstellt wird. Ich habe dann den Waldviertler Wahlkreis-Obmann angerufen, der mir mitteilte, dass die Entscheidungen bereits gefällt sind. Diese Nominierungen fanden bereits Mitte des Jahres und Beginn Herbst 1994 statt. Ich habe dann im Parlament gehört, dass der Salzburger Harald Hofmann nominiert war und verzichtet hat. Ich habe daraufhin Peter Kostelka kontaktiert, weil es mich interessierte. Mit Glück bekam ich dann ein Mandat.

Wie war die Reaktion von den anderen Kolleginnen und Kollegen?

Vom Bundesrat wurden zwei entsandt, Frau Crepaz aus Tirol und ich. Sonst waren es lauter Nationalräte. Einige wie z.B. Walter Posch hörten dann wieder auf. Es war relativ schwer EU-Parlament und Nationalratsmandat zu vereinbaren in dieser Zeit. Man hat bis zur Wahl beides machen müssen.

Du warst in dieser Zeit weiterhin Bundesrat?

In dieser Zeit war ich weiter Bundesrat mit der Gage des EU-Parlamentariers, welche ehrlich angenehm war. Mittlerweile ist aber einiges geschehen in Richtung mehr Transparenz.

Wie war der erste Eindruck in Brüssel? Was ist der Unterschied zu Österreich?

Der erste Eindruck war nicht gut. Ein aufgeblähter Apparat, wo sicherlich einiges daneben läuft. Man wird überall gleich hineingestoßen. Du wirst für die Ausschüsse nominiert. Dann hat es interparlamentarische Gruppen gegeben. In eine solche bin ich gleich hineingekommen, also konkret für die Beziehungen zu Polen. Es war

irrsinnig viel Arbeit und relativ viele Leerläufe. Speziell in den Ausschüssen könnte man sicherlich eine Reduktion von 50 Prozent herbeiführen. Die wichtigen Dinge dauern relativ lang.

Wie war die Unterstützung zu Beginn von Österreich her, von Ministerien und auch von Einrichtungen in Brüssel?

Vom Parlament her war es ganz schlecht. Der SPÖ-Klub hat uns überhaupt nicht ernst genommen. Es ist den ÖVP-Leuten genauso gegangen wie allen anderen. Man wurde mehr belächelt und man hatte nichts zu melden, damals. Man hat aber mitverfolgen können, dass es immer mehr wurde. Die Situation heute ist wesentlich anders. Man merkt, dass etwas geschieht. Wenn man damals bei Klubsitzungen eingeladen wurde und man etwas gesagt hat, wurde es meistens belächelt.

Wie war in Brüssel selbst der Kontakt mit österreichischen Einrichtungen? Es gibt ja auch eine SPÖ-Brüssel. Hat es da einen Kontakt oder eine Vernetzung gegeben?

Ja, den hat es schon gegeben, aber ein sehr guter Ansprechpartner waren die deutschen Sozialdemokraten. Sie waren jederzeit sehr hilfreich. Ich hatte auch das Glück, dass ich die richtigen Leute gekannt habe. Auch auf fraktioneller Ebene hat es gepasst. Es waren schon erfahrene Mandatäre in Brüssel. Nach meiner Erfahrung braucht es mindestens ein Jahr, bis man die Abläufe intus hat.

Du warst im Bundesrat, im Europäischen Parlament und im Landtag. Wie stark ist die Durchdringung von europäischer Politik auf der Landes- oder Bundesebene?

Ich bin der Überzeugung, dass man mittelfristig eine der gesetzgebenden Körperschaften vernachlässigen kann. Ich glaube einfach, dass es hier wirklich etwas zum Einsparen gibt. Aus dem Bauch heraus sage ich einmal, der Bundesrat ist gleich einzusparen und wäre beispielsweise zu ersetzen durch die Landesregierungsmitglieder. Die Zusammensetzung ergibt sich nach dem Landtagswahlergebnis. Man kann nach außen hin ein Zeichen setzen und sagen,

man hat hier mal finanziell eingespart. Es gibt eine Länderkammer, in der Landesregierungsmitglieder drinnen sitzen. Dies sind Dinge, die die Journalisten aufgreifen. Man muss auch zeigen, dass der Staat auch einspart. Landtag und Europaparlament kann man von der Größenordnung überhaupt nicht vergleichen. Der Landtag beschließt heute primär Kleinigkeiten wie zum Beispiel Müllordnung, Bauordnung. Wir müssen alle umdenken in unserem Separatisten-Dasein.

Habt ihr in Brüssel eigenständig gearbeitet oder hat es Vorgaben gegeben?

Gewisse Angelegenheiten hat man absprechen müssen im Klub. Auch vom Ministerium sind Anordnungen gekommen, sich in gewissen Situationen so oder so zu verhalten. Es war manchmal schwierig. Weil man es dann schon als Europäer sieht und nicht nur als Österreicher.

Hast du den Eindruck gehabt, dass die SPÖ in Brüssel besser vernetzt ist als die Konservativen?

Ich habe eigentlich keine Schwierigkeiten gehabt. Am Anfang war ohnehin viel zu tun. Man schaut, dass man in bestimmte Ausschüsse kommt. Ich bin in den Verkehrsausschuss gekommen. Dies war sehr gut. Aufgrund meiner Vergangenheit als gelernter Lokomotivführer, habe ich da beweisen können, dass ich Erfahrung habe in diesem Bereich. Aber zurück zur Frage: Grundsätzlich ist es schon so, dass die Schwarzen besser vernetzt waren und sind als die SPÖler. Nicht nur in Brüssel.

Dein Arbeitsschwerpunkt in Brüssel und Straßburg war Verkehrspolitik?

Ja und auch Regional- und Landwirtschaftspolitik. Man muss aber auch neben den Tätigkeiten im Parlament seine Verpflichtungen im eigenen Land wahrnehmen, z.B. am Wochenende bei den Festen in der Region. Das war schon hart.

Du bist also sehr oft gependelt?

Ja. Meines Erachtens soll der EU-Parlamentarier im Bezirk vollkommen frei gespielt sein. Hannes Swoboda ist nach wie vor noch Bezirksvorsitzender von Meidling. Ich

weiß nicht, wie er es macht. Dort gibt es aber viele Bezirksräte und Landtagsabgeordnete, damit kann man es aufteilen. Ich war ja fast alleine im Waldviertel, damit war es schwer.

Wie hast du den Wechsel der öffentlichen Meinung empfunden? Es hat die Euphorie gegeben nach dem Beitritt und die Skepsis, die es heute gibt.

Es gibt meines Erachtens einen einfachen Grund. Die eigenen Leute nehmen europäische Politik nicht ernst. Das Gute nehmen sie für sich in Anspruch und das Böse liegt in Brüssel. Bei den Sitzungen zu Hause ist man nur mit den schlechten Dingen konfrontiert worden, obwohl man versucht hat, positive Dinge herauszuarbeiten.

Hat die Sozialdemokratie auch einen Fehler gemacht, als sie sich zu wenig positioniert hat?

Selbstverständlich. Sie machen es heute noch. Ich muss auch als Politiker schlechte Dinge vertreten und Kompromisse hinüberbringen bzw. entsprechend erklären. Aber auch ein klares Bekenntnis abgeben zur Europäischen Union.

Der Brief von Werner Faymann an den Herausgeber der Kronen Zeitung?

Der Brief war überhaupt nicht hilfreich. Man verkauft seine Ideologie an kein Medium. Ich habe keine Ahnung, was sie sich dabei gedacht haben.

Hat es eigentlich damals eine Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzler gegeben von euch Abgeordneten? Direkt mit dem Bundeskanzleramt oder ist es über die Ministerien gelaufen?

Es war damals Franz Vranitzky Bundeskanzler. Er hat uns angehört, als wir unsere persönliche Situation vorgebracht haben. Er hat es schon anders gesehen als manche Parlamentarier-Kollegen. Vom Parlament her hast du keine Unterstützung gehabt. Vranitzky war aber absolut positiv eingestellt. Es war irrsinnig schwierig vom Klub her, da sie dich als EU-Abgeordneter nicht ernst genommen haben.

Was hast du mitgenommen aus deiner Brüsseler-Zeit?

Ich bin sehr dankbar, dass ich draußen sein durfte. Du siehst, wie es läuft und wenn du dich engagierst, kannst du etwas mitentscheiden.

Ist dir die Bürgernähe abgegangen?

Absolut. Es war gut zu hören im Wahlkreis, dass die Leute meinten, ich sei der Gleiche geblieben und ich komme trotzdem immer noch.

Wer war damals eigentlich Delegationsleiterin oder Delegationsleiter?

Die Delegationsleiterin war Hilde Hawlicek. Die Stellvertreterin war Ilona Gränitz.

Was sind deiner Meinung nach Möglichkeiten, damit man das Vertrauen in die europäische Politik wieder zurückgewinnen kann?

Die offensive Thematisierung auf Parteiveranstaltungen, das Aufzeichnen von positiven Dingen, die man erreicht hat. Den Leuten sollte auch erklärt werden, wie lange es dauert, bis ein positives Gesetz überhaupt gemacht wird. Strukturen und Abläufe müssen besser erklärt werden. Glaubwürdigkeit ist in diesem Punkt überaus wichtig. Man muss das alles jetzt beginnen für die nächste Europawahl.

8.1.1.5 Interview mit Dr. Alfred Gusenbauer, am 5. November 2009, 16:00 Uhr

Die Skepsis der Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union ist ja weiterhin gegeben. Du hast damals den Brief mit Werner Faymann an den Herausgeber der Kronen Zeitung auch mit der Europa-Skepsis begründet. Die EU-Wahl hat ja für viele Sozialdemokratische Parteien in der EU eine herbe Niederlage gebracht. Wie soll deiner Ansicht nach die Sozialdemokratie mit Europa, mit der Europäischen Union umgehen? Auch hinsichtlich dessen, dass jetzt durch den Reformvertrag das Parlament bei der Gesetzgebung massiv aufgewertet worden ist?

Ich glaube ehrlich gesagt, dass der Hauptnachteil der Sozialdemokratie bei europäischen Wahlen jener ist, dass diese Wahl zu wenig politisiert ist. Auf nationaler Ebene geht es neben allen Inhalten bei einer Wahl vor allem darum: „Bin ich dafür, dass eine bestehende Regierung bleibt oder bin ich der Meinung, dass ich sie in die Wüste schicke.“ Auf europäischer Ebene hat es bisher diesen Zusammenhang zwischen Wahlen zum Europäischen Parlament und einer etwaigen Europäischen Regierung – also Kommission – nicht gegeben. Daher wurden viele dieser Wahlkämpfe nicht geprägt von der Frage: „Bin ich für das eine oder für das andere Europa, sondern bin ich für oder gegen Europa.“ Es ist klar, dass wir eine gesicherte Anzahl von EU-Skeptikern oder Gegnern haben, für die Pro-Europäische-Parteien keine Rolle spielen. Selbst Befürworter differenzieren wenig die unterschiedlichen Europakonzepte, weil das Hauptthema ist: „Ja oder Nein zur EU“. Ich glaube, hier gibt der Lissabon-Vertrag unabhängig von den stärkeren Gesetzen und Möglichkeiten des Europäischen Parlaments, wenn schon keine Antwort, so zumindest einen gewissen Fortschritt, vor. Jetzt ist festgehalten, dass jene Partei, die als stärkste aus den Wahlen hervorgeht, in Zukunft den Präsidenten für die Kommission nominieren sollte. An das hat man sich zwar informell auch jetzt gehalten, aber es war nicht Vertragstext. Diese Veränderung sollte meiner Meinung nach dazu führen, dass bei allen kommenden Wahlen die einzelnen Parteien jeweils einen Kandidaten aufstellen, der, im Falle seiner Wahl der nächste Präsident der Kommission wird – mit einem dementsprechenden politischen Programm. Ich glaube, das bringt eine Politisierung, die sowohl der EU hilft, aber auch im übertragenen Sinn der Sozialdemokratie.

Zur nationalen Situation der SPÖ: Der Mitgliederschwund der SPÖ ist wie bei allen Volksparteien enorm und es gibt ja auch das Problem der schleichenden Überalterung, aber auch die Situation, dass die Strukturen noch an andere Mitgliederzahlen angelehnt sind. Wie siehst du die Entwicklung in diesem Bereich und was könnten mögliche Antworten sein?

Der Apparat der SPÖ bringt in Wirklichkeit heute relativ wenig, weil die aktiven Mitglieder nur mehr eine verschwindende Minderheit sind. Diese werden auch betreut, aber dafür ist unsere derzeitige Organisationsstruktur eine völlig überbordende. Letztendlich muss die SPÖ bei einer derzeit statischen Organisationsstruktur zu einer dynamischeren kommen. Es braucht Kampagnenfähigkeit zwischen den Wahlen auf allen Ebenen, wozu wir Leute, die so etwas machen können und so etwas unterstützen können, brauchen. Wir müssen an der Vernetzung, an der Vorbereitung von Wählerkoalitionen für eine künftige Wahlauseinandersetzung arbeiten. Dies sind alles Themen, die in einer klassischen Organisationsstruktur der Sozialdemokratie meistens Randthemen oder zusätzliche Themen sind, für die es meistens nicht die Kapazitäten gibt, die man braucht. Weil im Großen die vorhandenen Mitteln in der Erhaltung eines in Wirklichkeit redundanten Apparates aufgehen.

Ist es nicht so, dass es die SPÖ eigentlich nicht schafft, die Menschen in ihren individuellen Lebens- und Arbeitsbereichen abzuholen? Konzentriert man sich nicht viel zu stark darauf, wo man ohnehin in den Strukturen stark ist, wo es gut arbeitende Betriebsrätinnen und Betriebsräte gibt oder wo man noch indirekten politischen Einfluss hat?

Das Problem ist, dass selbst dort, wo gute Betriebsräte arbeiten, das nicht mehr deckungsgleich zu setzen ist mit einer politischen Arbeit für die Sozialdemokratie. Denn gut arbeitende Betriebsräte können gute Wahlergebnisse erreichen. Es heißt aber nicht, dass jemand, der einen sozialdemokratischen Betriebsrat hat, dann bei politischen Wahlen auch die Sozialdemokratie wählt. Das klafft in einem immer stärkeren Ausmaß auseinander. Zweitens können wir die Leute bei ihren Lebensinteressen nur dann abholen, wenn wir relativ konkrete Konfliktfragen, die sich in der Politik oder in der Gesellschaft stellen, auch dementsprechend politisieren.

Ich glaube zum Beispiel, dass die klassische Erzählung der Sozialdemokratie: „Wir sind irgendwie für das Soziale und die anderen nicht“ – ich glaube, dass diese Erzählung nicht mehr wirkt. Vor allem deswegen, weil die Christdemokratischen Parteien sichtbar in das soziale Zentrum drängen und niemand von denen mehr sagt, er ist nicht sozial. Das sagt in Österreich nicht einmal die ÖVP. Da wird die Unterscheidbarkeit immer geringer. Wir brauchen also eine neue Botschaft. Wahrscheinlich ist eine Kombination von menschlicher Sicherheit und Lebensqualität entscheidend. Das umfasst Kinderbetreuung, Schule, Bildung, Chancen, Altenpflege etc., kurz alles, wo die menschliche Existenz im Unmittelbarsten betroffen ist. Dieses Lebens- und Sicherheitskonzept soll alternativ gegen die Mitbewerber gestellt werden. Die aktuelle Auseinandersetzung mit den Studenten könnte man hier relativ gut einordnen: Wenn es etwas gibt, was den Reichtum in dieser Gesellschaft irgendwie garantiert, dann sind es viele möglichst gut ausgebildete Leute und daher ist die Frage, ob wir uns mehr Universitäten, mehr Studienplätze, mehr Professoren etc. leisten oder nicht, nicht eine nachgeordnete Frage, die wir uns dann stellen, wenn wir alle anderen Dinge bereits finanziert haben. So unter dem Motto, was könnten wir da auch noch tun. Nein, es muss eine Frage äußerster Priorität sein, zum Beispiel wären gerade jetzt diese Studentenproteste eine gute Möglichkeit, eine generelle programmatische Aussage der Sozialdemokratie mit der real stattfindenden Auseinandersetzung zu kombinieren.

Ist es eine Art gesellschaftspolitisches Gegenkonzept oder Gesamtkonzept? Haben nicht viele Menschen das Gefühl, wenn sie SPÖ ankreuzen, dass man nicht genau weiß, wie man die Gesellschaft gestalten will oder wohin die Reise gehen soll?

Ich glaube, das ist eines der Hauptprobleme. Wir sind am Ende des neoliberalen Paradigmas und die Ausrichtung „Neoliberalismus mit sozialer Abfederung“ funktioniert für die Sozialdemokratie als Unterscheidungsmerkmal zu den anderen nicht. Das vertritt die gemäßigte Rechte auch. Europa braucht ein anderes ökonomisches Entwicklungsmodell. Es könnte in Richtung caring-economy sein, human security etc. als eine wesentliche Nachfrageschaffung – jetzt im ökonomischen Sinn. Das muss die Sozialdemokratie politisieren. Derzeit besteht eher der Eindruck: Was ist hier der Unterschied? Eigentlich keiner. Wem trauen wir

zu, dass sie es professioneller machen? Man kommt hier eher auf die Christdemokraten, auch auf Liberale als auf die Sozialdemokraten. Adaptionen politischer Professionalität lösen das Problem nicht, wir brauchen eine neue programmatische Antwort.

Was sollen die Zielgruppen sein, die man in Zukunft stärker ansprechen soll? Soll man sich nicht stärker auf einzelne Zielgruppen fokussieren, die man speziell ansprechen soll, zum Beispiel Studierende oder Jugendliche?

Ich glaube, hier könnte man sich klarer positionieren. Gleichzeitig ist es nicht nur ein Jugendthema, weil sich verschiedene Altersstufen der Gesellschaft Sorgen machen um die Zukunft ihrer Kinder und Enkelkinder. Wer glaubt, dass diese Universitätsauseinandersetzung eine insulare ist, die am Rest der Gesellschaft vorbeigeht, erliegt einer gefährlichen Illusion. Daher geht es nicht darum, welche Zielgruppen die Sozialdemokratie erreichen soll, sondern welche kann sie erreichen? Die programmatische Linie muss in Einklang gebracht werden mit einer politischen Linie, die diejenigen erreicht, die wir erreichen können. Zielgruppen gliedern sich nicht mehr alleine nach einfachen Kriterien, wie Bildungsstand oder Alter und Wohnort. Es ist in Wirklichkeit viel differenzierter geworden.

Das Netzwerk der SPÖ: Man hört immer, dass die ÖVP ein sehr starkes Netzwerk hat. Wie schätzt du es ein?

Bedeutend schwächer und bedeutend eindimensionaler. Das Netzwerk der ÖVP ist in der Wirtschaft, in den Medien, auch in den Betrieben, und teilweise auch in den gesellschaftlichen Organisationen. Meiner Meinung nach ist das ÖVP-Netzwerk bedeutend stärker als das der SPÖ.

Woran liegt das?

Es hängt natürlich zusammen mit den gesamten wirtschaftlichen Katastrophenleistungen der Vergangenheit von Konsum bis BAWAG, die die sozialdemokratische Kompetenz im Wirtschaftsbereich geschwächt haben. Gleichzeitig haben weniger Einfluss und weniger Mitglieder der SPÖ nicht zu einer

neuen Außenorientierung der SPÖ, sondern im Gegenteil, zu einer immer stärkeren Nabelschau geführt. Ich orte auch kein Bemühen, neue Schichten anzusprechen oder Konflikte zu politisieren, mit denen neue Schichten erschlossen werden können.

Die Zeit, wo du in Opposition warst und deine Kanzlerschaft: Was waren deine Schwerpunkte hinsichtlich der Europapolitik? Oder was war dir wichtig als Vorsitzender der SPÖ?

Mir war und ist wichtig, klar zu machen, dass Europa eine zusätzliche Ebene der Politikgestaltung ist, und die EU zusätzliches politisches Instrument ist, das zu nützen ist. Zweitens: Ich bin Anhänger des europäischen Mainstreams, das heißt: Erweiterung der Union muss parallel gehen mit der Vertiefung der Europäischen Union. Daher haben wir parallel zur Erweiterung versucht, diesen Lissabon-Vertrag, der natürlich auch einen Kompromiss darstellt, zu erarbeiten und zu ratifizieren. Und zum Dritten: Es ist mir immer darum gegangen, dass sich die EU-Politik löst aus einer neoliberalen Unterstützungspolitik für das konservative Projekt. Die EU muss eine soziale und progressive Rolle spielen.

Wie hast du die Zeit der Sanktionen empfunden?

Die Sanktionen waren natürlich ein Unsinn. Es ist genau das eingetreten, was ich befürchtet habe. Es gab einen Feind von außen und das war das Beste, was der schwarz-blauen Regierung passieren konnte. Sie sagten immer: Das feindliche Ausland geht auf uns los. Das führte zu einer enormen Verstärkung der Position der Regierung im Land. Leider habe ich es nicht verhindern können. Aber in Wirklichkeit haben diese Sanktionen die Sozialdemokratie in eine fast unausweichliche Situation gebracht. Spekulativ könnte man sagen: Der Fortschritt in Richtung Sozialdemokratie in Österreich hätte schon viel, viel früher stattfinden können, wenn die Sanktionen nicht diesen ungeheuren Uniformitätsdruck gehabt hätten. Es gibt einschlägige Reden von mir im Parteivorstand, wo ich darauf hingewiesen habe: Solange es diese Sanktionen gibt, verdrängen diese jede inhaltliche Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition und das kann nur schädlich für uns sein.

9.1.1.6 Interview mit Dr. Andreas Höferl, am 29. September 2009, 13:30 Uhr

Der Mitgliederschwund bei der SPÖ ist wie bei allen großen Volksparteien enorm und es gibt ja auch Probleme mit der schleichenden Überalterung in der Partei. Soll die SPÖ weiterhin eine Mitgliederpartei bleiben oder soll man neue Wege gehen?

Ich denke, das Bemühen, möglichst viele Menschen zu aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu machen, ist grundsätzlich richtig. Eine der Stärken der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften war ja, möglichst viele Mitglieder zu werben. Menschen, die sich identifizieren mit der Gewerkschaft und der Partei und deshalb aktiv für sie eintreten. Das ist in einer Zeit wie heute besonders wichtig, wo sich halt herausstellt, was eigentlich schon immer klar war, dass sehr viel Macht auf der Seite des Kapitals ist. Da bleibt der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft nicht viel anderes als die Mobilisierung von Menschen durch Ideen.

In der öffentlichen Wahrnehmung entwickelt sich die SPÖ immer mehr zu einer sehr strukturkonservativen Partei, was oft mit dem Image „alt und verstaubt“ vereint wird. Wie siehst du das?

Das stimmt. Die Gesellschaft verändert sich relativ rasch. Es sind neue Formen der Kommunikation der Menschen entstanden in den letzten zwei Jahrzehnten: Internet, Handy usw. Es sind Kommunikationswege, auf die die SPÖ anscheinend zu langsam reagiert hat. Viele Formen des politischen Arbeitens, wie sie heute noch gepflegt werden, entstanden schon vor vielen, vielen Jahrzehnten, und so manches Sektionslokal schaut auch so aus, als ob es in den letzten 50 bis 60 Jahren nicht ein einziges Mal einen neuen Anstrich bekommen hat. Das sind oft relativ unattraktive Versammlungsorte. Ich glaube, dass es zweckmäßig wäre, dass man hinausgeht aus diesen Parteilokalen in Wirtshäuser, in Veranstaltungsstätten. Denn Parteimitarbeiter sind auch Menschen, die auch im privaten Leben lieber in den Eissalon gehen oder in die Pizzeria. Warum sollte man das politische Arbeiten eigentlich unattraktiv machen, indem man sich in irgendein Sektionslokal setzt. Daher bin ich dafür, dass man rausgeht. Allzu große Geheimnisse gibt es ohnehin nicht, die man in einer Sektionsversammlung oder Ortsversammlung beplaudert. Wenn dem aber so ist,

dann gibt es immer noch andere Infrastrukturen dafür, sei es ein Hinterzimmer in einem Gasthaus, wo man ungestört ist, oder auch ein Bezirkssekretariat, wo man sich zusammensetzen kann. Ich plädiere dafür, dass die Partei hinausgeht aus den Sektionslokalen, die im Übrigen auch viel Geld kosten, dass sie sich in die Wirtshäuser setzt, dass sie sich offen zeigt als Partei, die sichtbar ist für die Leute, dass sich auch Leute dazusetzen können, dass die Leute mitdiskutieren können.

Wie soll künftig der Dialog mit den Mitgliedern erfolgen? Soll man sie stärker in Entscheidungen einbinden? Soll man den Servicebereich erweitern, um ihnen das Gefühl eines persönlichen Profits zu geben?

Man kann den Leuten auch einen persönlichen Vorteil, wie auch immer der aussieht, mitgeben, aber es darf nicht zu sehr in diese Richtung gehen. Ich glaube, was sehr wichtig ist und was vielen Menschen abgeht, ist, dass die SPÖ ein klares inhaltliches Profil braucht. Daher müssen die Inhalte und Ideen im Vordergrund stehen. Was bietet die Sozialdemokratie den Menschen, den Mitgliedern an gesellschaftlichen Visionen, an Projekten, an Perspektiven? Weil deretwegen sollte man sich ja bei dieser Gemeinschaft befinden, und nicht, weil man ein tolles Werbegeschenk bekommt, weil man eine Wohnung und einen Arbeitsplatz vermittelt bekommt. Denn dafür ist die politische Dankbarkeit erfahrungsgemäß nur sehr kurz.

Und der Umgang mit den Vorfeldorganisationen. Es gibt ja einige sehr starke und große Vorfeldorganisationen. Ist es deiner Ansicht nach sinnvoll, hier verstärkt zusammenzuarbeiten und auch die Leute, die nicht direkt in der Partei sind, aber sich in den Vorfeldorganisationen engagieren, stärker an die Partei zu binden?

Ich halte diese Organisationen alle für sehr sinnvoll, weil sie bestimmte Interessen abdecken, sich an bestimmte Zielgruppen wenden und auch Leute interessieren, die nicht unbedingt Parteimitglied sind. Dass letztendlich in allen diesen Organisationen die SPÖ oder in Form einzelner Politiker einen sympathischen Auftritt hat, macht natürlich Sinn, dass man sozusagen über die Vorfeldorganisationen Sympathie für die SPÖ aufbaut. Aber sonst halte ich es nicht für zweckmäßig, dass man mit dem Holzhammer Partei gleich überall an die Leute herantritt.

Es gibt ja auch viele Menschen, die in der Privatwirtschaft arbeiten, die nicht aktiv sind in einer Vorfeldorganisation oder in der Partei, aber der SPÖ sehr positiv gegenüberstehen. Die SPÖ wirkt aber nach außen hin als sehr geschlossenes System in sich. Wie kann man die Durchdringung nach außen verstärken?

Die SPÖ muss sich im öffentlichen Raum zeigen. Wenn man sich in Sektionslokalen versteckt oder in Bezirkssekretariaten, die in irgendwelchen Hinterhöfen sind, dann werden die Menschen nicht zur SPÖ finden. Dann werden die Menschen auch die SPÖ nicht als zugängliche, offene Partei empfinden. Ich halte Bezirkssekretariate, die beispielsweise in ehemaligen Geschäftslokalen sind, mit einer schönen Auslage, wo man durch die Auslage schon sieht, da arbeiten Menschen miteinander oder da diskutieren Menschen miteinander, als Werbemaßnahme für die Partei für wichtig. Als Mensch, der da vorbeigeht, vorbeifährt und erlebt, dass diese Partei lebt, dass es sie tatsächlich gibt, und wenn man dann ein nettes Entree dort macht, dass sich die Leute, wie in einem Geschäft, veranlasst sehen, durch eine gut gestaltete Auslage auch da hineinzugehen, dann könnte die Partei schon viel offener sein. Die Politik ist, insbesondere in den Städten, heute viel mehr gefordert, Politik mit den Bürgern zu machen, weil die sind durch ihre Bildung viel selbstständiger, selbstbewusster, denken viel mehr nach und haben höhere Ansprüche. Da führt kein Weg vorbei, dass man sich als Partei öffnet, dass man Menschen mitgestalten und mitsprechen lässt. Hier hat die SPÖ einiges nachzuholen. Die Strukturen sind einigermaßen unzugänglich derzeit und wenn sich das nicht ändert, wird diese Form der politischen Organisation aussterben. Dann werden sich die Menschen schlicht und einfach andere Felder suchen, wo sie Gehör finden und sich betätigen können. Wenn die SPÖ nicht selbst die größte Bürgerinitiative ist, dann werden die Leute eben andere Bürgerinitiativen gründen oder ihnen beitreten.

Hat die SPÖ, deiner Meinung nach, ein Problem neue Wählerschichten anzusprechen? Beschränkt man sich nicht zu stark auf die Kernwählerschichten bzw. auf die Bereiche, dort wo man organisiert ist. In den Betrieben, wo man indirekten Einfluss und starke Betriebsratsstrukturen hat. Erreichen wir zum Beispiel heute noch die Mittelschicht, die zu dem auch

durch sozialdemokratische Leistungen geworden ist? Wie sieht es mit neuen Selbstständigen oder atypischen Beschäftigten aus?

Die SPÖ hat natürlich seit längerer Zeit versucht, immer schon ein bisschen mehr in die Mitte zu rücken und viele gesellschaftliche Gruppen zu interessieren und einzubinden. Im Laufe der Zeit hat man einzelne Gruppen verloren und andere hat man wieder dazugewonnen. Da gibt es keine eindeutige Antwort. Will eine Partei eine große Volkspartei sein, dann wird sie in ihrer Programmatik eher auch breiter angelegt sein müssen, weil die SPÖ auch in ihren Reihen, jetzt als Beispiel Wien, sowohl die einfachen Gemeindebaummieter ansprechen will, aber ebenso muss ich berücksichtigen, dass in dieser Stadt auch über 40 Prozent Matura und Hochschulabschluss haben. Auch die muss die SPÖ ansprechen, wenn sie Wahlen gewinnen will. Sie muss diesen Spagat schaffen zwischen Wählern, die zwischen Blau und Rot, und den Wählern, die zwischen Rot und Grün, schwanken. Wir haben an den Stadträndern, in den großen Sozialwohnungsanlagen, eine Änderung der Wählerstruktur. Es gibt dort zunehmend Leute, die FPÖ wählen aus einer Anti-Ausländerhaltung heraus, und die SPÖ nicht mehr wählen wollen. Auf der anderen Seite gewinnt die SPÖ in den dicht bebauten Bezirken dazu, weil sie sich dort aktiv als Partei der Integration, der Lebensqualität, der Offenheit und der Vielfalt präsentiert.

Die Jugend ist, das haben auch einige Untersuchungen belegt, nicht per se rechts. Dennoch haben die letzten Wahlen gezeigt, dass die FPÖ Zulauf in diesem Wählersegment hat. Wie kann man die „alte Tante“ SPÖ in Zukunft interessanter machen für junge Leute?

Einerseits stimmt es, dass die FPÖ oder die Person Strache jünger, frecher und unterhaltsamer wirkt als so mancher Funktionär der SPÖ. Ich glaube, die SPÖ wäre gut beraten, dass sie nicht nur vom Alter her Junge in höhere Positionen stellt, sondern dass es gut wäre, auf die doch vielen jungen Menschen, die es in der SPÖ gibt, noch mehr zu hören. Wir haben in Wien Jugendorganisationen, die einen sehr guten Draht haben dazu, was heute junge Menschen denken, in welcher Form sie kommunizieren und wo sie hingehen. Zum Glück gibt es verschiedene Jugendorganisationen, die auch verschiedene Schwerpunkte, Aufgaben und

Zielgruppen haben. Wenn man denen auch die nötige Unterstützung und den nötigen Platz gibt, wie es in Wien zunehmend passiert, dann wird es der SPÖ gelingen, immer wieder junge Menschen für die SPÖ zu interessieren, aber auch Mitarbeiter zu gewinnen. Die Türen müssen dann aber auch weiter geöffnet bleiben in der Partei.

Jugendliche sollen also klar eine Zielgruppe der SPÖ für die zukünftige Arbeit sein?

Absolut, weil die Jugend die Zukunft der Partei ist. Sonst stirbt ja die Partei irgendwann aus.

Was würdest du als Stärke der SPÖ Wien bezeichnen?

Die Stärke der SPÖ Wien ist sicher, dass sie es geschafft hat, in der Stadt eine sehr hohe Lebensqualität zu erreichen, die von den Menschen anerkannt wird. Die Leistungen der Stadtpolitik werden von den Menschen anerkannt. Das wird im hohen Maße auch der SPÖ zuerkannt. Das letzte Wahlergebnis mit 49 Prozent ist ein Wahlergebnis, welches kaum noch irgendwo in Europa erreicht werden würde. Es ist schon ein Ausdruck oder ein Spiegel dafür, dass sehr viele Leute anerkennen, dass im Großen und Ganzen in Wien eine gute Politik gemacht wird, und dass die Sache in die richtige Richtung läuft. Man darf aber auch nicht übersehen, dass es Probleme gibt. Diese darf man in der Euphorie über die eigenen Erfolge nie übersehen. Es reicht nie nur zurückschauen und stolz sein auf die Erfolge und das Erreichte. Es interessiert die Leute relativ wenig. Sie wollen wissen, wie schauen die Antworten auf die aktuellen Probleme aus. Ein aktuelles Problem ist mit Sicherheit das Zusammenleben mit den Zuwanderern in Wien, die Sicherheitsfrage und der Arbeitsmarkt. Das sind große Themen, wo man auch signalisieren muss, dass man das auch verstanden hat. Ein zweites großes Asset ist, dass Wien noch sehr viel öffentliches Eigentum hat. In Form von Gemeindewohnungen, in Form der öffentlichen Dienstleistungen und dadurch in der Lage ist, Lebensqualität zu sichern, mit Tarifen und Mieten, die sich die Leute noch weitgehend leisten können. Es ist ein ganz entscheidender Grund, warum so etwas wie gestaltende Politik heute in Wien noch möglich ist.

Den Vorwurf, die SPÖ sei der Doktor am Krankenbett des Kapitalismus, kennst du ja. Aber was ist wirklich das gesellschaftspolitische Konzept, wo die SPÖ hin will und wie sie die Gesellschaft gestalten will?

Das ist eine ganz entscheidende Frage. Eine der Grundideen, warum Sozialdemokratie und Gewerkschaft entstanden sind, ist das Ringen darum, wer bekommt wie viel von der gemeinsamen Arbeit und gemeinsamen Wertschöpfung. Diese Verteilungsfragen sind in den letzten 20 Jahren vernachlässigt worden. Im Neoliberalismus ist alles dem Standortwettbewerb und der Wettbewerbsfähigkeit, den Interessen der Wirtschaft untergeordnet worden. Jetzt am Ende dieser Phase, wo es zusammenbricht, wo erkennbar ist, worum es wirklich gegangen ist, redet man wieder von Regulierungen und notwendigen Reformen. Das kommt allerdings natürlich ein wenig spät, man hat ja diesen Karren des Neoliberalismus zwei Jahrzehnte mitgezogen. Die SPÖ, genauso wie die SPD und auch andere Parteien, haben bei der Verringerung von Staatsausgaben mitgemacht, die letztendlich konkret geheißen haben: Sozialabbau, Pensionskürzungen, Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Da ist viel Vertrauen bei den Kernwählern verloren gegangen. Dieses wieder zu gewinnen, wird nicht in ein bis zwei Jahren gehen. Ich halte es aber für eine Überlebensfrage der Sozialdemokratie, dass sie sich mit dieser Grundfrage „Wer bekommt wie viel?“ von dieser gemeinsamen Wertschöpfung intensiv auseinandersetzt. Dass sie sich dafür einsetzt, dass die Arbeitnehmer, die kleinen Leute, die Pensionisten einen ausreichend hohen Anteil davon bekommen. Es wird die Sozialdemokratie um die Verteilungsfrage nicht herumkommen, habe ich schon vor Jahren gesagt. Jetzt ist es so weit. Wenn es um das Budget 2011 des Bundes geht, ist die Frage zu beantworten, wer zahlt die Kosten der Krise. Wenn dann die Massensteuern erhöht werden sollen, werden die Gewerkschaften nicht mitgehen. Es wird eine Nagelprobe werden, da gehört auch der gesamte Bereich der Vermögenssteuern dazu. Österreich hat die niedrigsten Vermögenssteuern in der gesamten EU. Nirgendwo ist Reichtum so gering besteuert und da gehört wirklich einmal Gerechtigkeit her. Es gibt ja überall großen Bedarf, mehr zu tun: für die Gesundheitsfinanzierung etwa, für die Investitionen am Arbeitsmarkt, dann hätten wir ein wesentlich leichteres Spiel und wir hätten wesentlich mehr Geld zur Verfügung. In den skandinavischen Städten und Staaten steht diese wesentlich höhere Besteuerung überhaupt nicht zur Diskussion. Es ist dort kein Thema, weil die

Menschen den Nutzen erkennen. Den Nutzen im Bildungssystem, in der sozialen Sicherheit und gleichzeitig trotzdem eine wettbewerbsfähige, erfolgreiche Volkswirtschaft zu sein.

Und dieser Vertrauensverlust ist auch das Glaubwürdigkeitsproblem, welches die Sozialdemokratie derzeit hat?

Ja, es war lange nicht so ganz klar, wo die Sozialdemokratie hin will. Ein Beispiel: Für Humanität zu sein und für Menschenrechte einzutreten, aber dann scharfe Fremdengesetze mitzubeschließen, und gleichzeitig doch empfinden, dass der Vollzug viel zu streng ist. Das sind unklare Positionen, wo es Zeit wird, dass sich die SPÖ klar bekennt, wo sie steht. Da brauche ich mir nur die Grundwerte der Sozialdemokratie anschauen, dann erkenne ich, wie ich die Fragen, die anstehen in der Gesellschaft, zu beantworten habe. Die Grunderwartung der Menschen an die Sozialdemokratie ist, dass sie in Ordnung, in Sicherheit und in Ruhe miteinander leben können. Und dass alle Menschen ausreichend etwas zum Leben haben. Wenn ich diese Erwartung nicht erfülle, darf ich mich nicht wundern, dass die Leute zu denen gehen, die versprechen, dass es mit ihnen besser wäre.

Wie schätzt du das Netzwerk der SPÖ ein? Man hört immer wieder, dass die ÖVP in diesem Land sehr stark vernetzt ist und in verschiedensten Bereichen starken Einfluss hat.

Ja, das stimmt. Die SPÖ hat es in den letzten 15 bis 20 Jahren vernachlässigt, ihr Netzwerk zu stärken. Was heißt eigentlich Netzwerk? Es ist nichts anderes als Freunde oder auch Parteiliebe in machtvollen Positionen zu haben. Die ÖVP ist da mit Abstand rücksichtsloser vorgegangen und hat heute eigentlich rund um Industriellenvereinigung, Raiffeisenverband und Wirtschaftskammer ein sehr weit verbreitetes Netzwerk. Da ist die SPÖ ins Hintertreffen geraten. Es gibt gerade noch in und um Wien ein stärkeres Netzwerk, aber das war es im Wesentlichen auch schon. Dieses ist natürlich das Hauptangriffsziel der ÖVP, auch wenn die FPÖ als der unangenehmere Gegner erscheinen mag. Für die SPÖ ist der gefährlichere, rücksichtslosere, machtpolitisch zielstrebigere Gegner die ÖVP.

8.1.1.7 Interview mit Dr. Günther Kräuter, am 20. August 2009, 15:00 Uhr

Wie hat sich die Ausgangssituation für die SPÖ vor der Wahl zum Europäischen Parlament dargestellt?

Wenn man es mit der letzten Wahl vergleicht, sieht man, dass dieses Ergebnis ein sehr knappes war. Es war ein sehr knapper Vorsprung für die SPÖ und dies in tiefster blau-schwarzer Regierungszeit. Alle Realisten haben natürlich erkannt, dass dieses Mal nicht besonders großartig sein wird. Das war schon klar. Natürlich geht man doch mit einem gewissen Optimismus in die EU-Wahl. Es hat sich aber dann bewahrheitet, aber nicht nur diese Ausgangsposition, diese Vergleiche mit der letzten EU-Wahl, sondern auch sonstige Einschätzungen, dass die Grundaussage, dass man die EU befürwortet oder eine veränderte EU möchte, hoffnungslos unterlegen war den anderen Botschaften, alles ist super bzw. alles ist schlecht.

Wie waren die organisatorischen Schwerpunkte im Wahlkampf? Es hat nur sehr wenige Großveranstaltungen gegeben, aber dafür eine Vielzahl von kleineren Aktionen mit Bürgerinnen- sowie Bürger-Kontakten?

Wenn man die relativ bescheidenen Mittel, die zur Verfügung gestanden sind, und die nicht besonders große Begeisterung, die nur in ganz vereinzelt Momenten erkennbar war, bedenkt, dann war die Dichte von Veranstaltungen überhaupt kein Kriterium. Denn wenn die Gesamtstimmung für eine Wahl passt, ist die Frage, ob ich 150 oder 350 einlade, vollkommen uninteressant.

Entscheidend ist also das Stimmungsbild?

Ja.

Einige Untersuchungen haben belegt, dass bei der älteren Generation die Skepsis gegenüber der Europäischen Union größer ist als bei den Jüngeren. Man hat Karl Blecha als Pensionistenvorsitzenden ins Rennen geschickt. Hat man auf die jüngere Generation nicht vergessen oder hätte man vielleicht doch noch stärker aktiv werden können? Die FPÖ hat beispielsweise ein Comic

herausgegeben. Vonseiten der SPÖ hat es hingegen bundesweit keinen Erstwählerbrief gegeben, sondern heruntergebrochen nur über die Landes- und Bezirksorganisation?

Das Pamphlet von der FPÖ, da war die EU-Wahl eine günstige Gelegenheit, das zu machen. Und übrigens gibt es noch immer eine offene Diskussion, genau eine Rechnungshofprüfung, weil es ja von der freiheitlichen Bildungsakademie finanziert wurde. Es ist für sich eine Art von Projekt gewesen, was höchst umstritten ist. Ich würde es unmittelbar nicht unbedingt als EU-Wahl Ereignis überhaupt definieren. Es ist um viel mehr gegangen. Ganz subtile Provokationen, ein Versuchslauf. Wie weit kann ich hier gehen? Bei keiner Partei war ein durchgehender EU-Wahlkampf zu beobachten. Die SPÖ hat in diesem Bereich sogar von Anbeginn über eine ambitionierte Junge Generation versucht, sich einzubringen, aber Tatsache ist, dass bei vorhandenen Mitteln und wie die generelle Stimmung vor der EU-Wahl war, die Jugend mit diesen Möglichkeiten kaum bis gar nicht erreicht worden ist.

Was muss man tun, um Europa in Zukunft stärker zu transportieren, auch in der SPÖ?

Die Botschaft bleibt richtig. Also, ein grundsätzliches Ja zum Friedensprojekt und zum Stabilitätsfaktor im globalen Kontext. Und das wird nach meiner Einschätzung beim nächsten Mal erfolgreich sein. Die starke konservative Verfestigung wird nicht die Zufriedenheit fördern und wenn es gut vorbereitet wird, wird diese, jetzt aufgrund der kurzen Vermittlungszeit gescheiterte Argumentation, greifen. Dazu ist es aber auch notwendig, dass sie eben nicht nur sechs Wochen – wie im Wahlkampf und in der Zielphase stattfindet –, sondern permanent aufgebaut wird. Darum ist das Konzept, dass es in jedem Bezirk Verantwortliche gibt, junge Menschen, die sich dann sehr intensiv beschäftigen und auch vermitteln, eines der zentralen Konzepte.

Anderes Thema: Organisationsstruktur. Der Mitgliederschwund ist bei der SPÖ, wie bei allen großen Volksparteien in Europa, enorm. Es gibt ja das Problem der schleichenden Überalterung auch in den Strukturen. Soll die SPÖ weiterhin eine Mitgliederpartei bleiben oder soll man neue Wege gehen?

Trotz dem tatsächlich starken Rückgang, altersbedingt, ist der Prozentsatz noch ein außergewöhnlich hoher an Mitgliederichte. Und ich glaube, alle Stärken, und es ist eine Stärke einer politischen Partei, sind in so einer schwierigen politischen Phase einmal auszubauen. Man kann es sich gar nicht leisten, andere Überlegungen anzustellen. Wie man mit Mitgliedern oder zukünftigen Mitgliedern kommuniziert, ist wieder eine andere Frage. Mitgliederpartei würde ich unbedingt sagen. Niemand kann wirklich einschätzen, wohin sich genau die Sozialdemokratie entwickelt. Wenn wir es schaffen, was ich nur sehr hoffen kann, eine Art Studenten-Arbeitnehmerbewegung zu werden und wenn es die Sozialdemokratie richtig versteht, die richtigen Themen für so eine Bewegung zu setzen und zu verstärken, dann kann durchaus wieder eine völlig neue Art von Bindung entstehen, die auch in einer Mitgliedschaft zu einer Partei bestehen kann. Ich sehe nicht unbedingt eine lineare Entwicklung, die dann endet bei 10.000 Mitgliedern und die jetzigen Jugendlichen dann so einen Endbestand an Mitgliedern bedeuten. Dies kann sich wieder vollkommen verändern. Es ist auch fraglich: Wie schaut die Mitgliedschaft aus? Welche Rechte habe ich? Was kostet die Mitgliedschaft? Also, dies halte ich für völlig offen, wenn die Sozialdemokratie geschickt und klug agiert, dann kann sie als Mitgliederpartei wieder an neuer Stärke gewinnen.

Und mit dieser gegebenen Mitgliederstruktur und auch mit der Entwicklung, die es mit Sicherheit altersbedingt geben wird, kann man die Organisationsstruktur erhalten und finanzieren? Gibt es da Überlegungen? Es gibt immer wieder die Idee, Bezirksgeschäftsstellen zusammenzulegen. Es scheitert aber oft an den Bezirken vor Ort, keiner will sich etwas wegnehmen lassen. Gibt es hier Gedanken oder Diskussionen über eine große Strukturreform oder obliegt es den Ländern, wie sie damit umgehen im Rahmen ihrer Möglichkeiten?

Die Mittel werden jedenfalls knapper, die den politischen Parteien insgesamt zur Verfügung stehen. Also mit öffentlichen Zuwendungen ist insgesamt bestenfalls im selben Ausmaß zu rechnen. Mit dem Mitgliederverlust sind die Parteien ja gezwungen, das ist gar keine Frage der strategischen Überlegung, alle möglichen Sparsamkeitsfelder und Effizienzmöglichkeiten zu nutzen. Dass hier natürlich einer

der Teile die Frage ist, wo brauche ich aus politischen und strategischen Gründen Bezirksgeschäftsstellen, dies ist eine von vielen.

In der öffentlichen Wahrnehmung haben manche Personen das Gefühl, dass sich die SPÖ zu einer sehr strukturkonservativen Partei entwickelt, bei Entscheidungsstrukturen, Notwendigkeiten und Besetzungsfragen. Wie siehst du das?

Es gibt schon Beispiele, die sehr aktive, quer und frisch denkende junge Menschen zur Sozialdemokratie bringen. Andererseits ist es richtig, dass es da und dort Strukturen gibt, die sich kaum verändern. Es hat sowohl das Eine wie das Andere seine Vor- und Nachteile. Man darf nicht einen Stabilitätsfaktor vergessen. Wenn man auf die kommunale Ebene schaut, sind oft auch Bürgermeister, die durchaus auch unter Kritik stehen, die schon viele Jahre im Amt sind und nicht besonders viel Diskussion zulassen, ganz besonders erfolgreich. Warum? Weil eine Stabilitätserwartung mit der Persönlichkeit zusammenpasst, das wird als Führungskompetenz ausgelegt. Man hat dort und da oft einen sehr schnellen Wechsel von jungen Bürgermeistern, so in fünf Jahren drei verschiedene, weil sie sich anders oder falsch den politischen Alltag vorstellen. Es ist eine Frage, die man sehr ambivalent sehen muss. Man kann es nicht so bewerten, dass jene, die 30 oder 40 Jahre in politischen Funktionen sind, diejenigen sind, die zurzeit nichts weiterbringen.

Wie kann man die Durchlässigkeit verstärken? Was kann man Leuten, die in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst arbeiten, die SympathisantInnen oder Mitglieder sind, anbieten, dass sie sich entweder an die SPÖ binden oder dass man sie aktiv mit ihrem Wissen einbindet?

Einen großen gesellschaftspolitischen Entwurf, wo die Reise hingehet und wo Österreich in zehn bis zwölf Jahren stehen soll. Ein für jeden durchschaubarer und vorstellbarer Zeithorizont, wo sich Österreich dann gesellschaftspolitisch befinden soll. Das ist der entscheidende Punkt für mich. Es ist etwas absolut Immaterielles. Wesentlich stärker und wichtiger wie die ohnehin immer geringer werdende Vermittlungschance, sei es eben von Wohnungsmöglichkeit über

Arbeitsplatzangebote, die nur mehr zu einem verschwindend kleinen Anteil überhaupt möglich sind.

Wie soll zukünftig der Umgang mit den Mitgliedern aussehen? Soll man sie stärker in Entscheidungen einbinden oder soll man den Servicebereich ausbauen? Soll man ihnen zusätzlich noch zur Überzeugung, das Gefühl des „persönlichen Profits“ geben, dass man zum Beispiel Ermäßigungen bekommt?

Ich glaube, Mitglieder sollten gezielt, kompakt und regelmäßig Informationen bekommen. Also, der Idealzustand wäre so. Und wir sind schon in der Welt des Internets, dass man wöchentlich ein Angebot bzw. eine Information bekommt als Mitglied. Für seine individuellen Interessen. Dass es Beteiligungsmöglichkeiten gibt, ist dann wieder ein Angebot. Es muss gut, spannend und interessant sein.

Die SPÖ hat eine Reihe von gut funktionierenden Vorfeldorganisationen. Ist es deiner Meinung nach sinnvoll, stärker, abgesehen von der Zusammenarbeit in den Gremien, zu kooperieren, zum Beispiel mit Doppelmitgliedschaften oder Serviceleistungen?

Das wäre überhaupt ein Schlüssel. Eine wesentliche Verbesserung der Organisationsstruktur. Weil man erstens einmal auf Leute trifft in den Vorfeldorganisationen, die nicht unmittelbar in der Parteiarbeit sind, die einen freieren Blick haben als klassische Funktionäre. Die eben diesen Teil, der frischen Input und Schwung bringt, entscheidend beeinflussen können. Außerdem sind dort in den allermeisten Bereichen sozial und gesellschaftspolitisch sehr gut vernetzte Interessierte tätig. Kinderfreunde, Naturfreunde, Volkshilfe. Alle, die sich hier engagieren, bringen ja sehr viel Substanz mit und sind natürlich unglaublich wertvoll für die SPÖ.

Wie schätzt du das Netzwerk der SPÖ ein? Man hört immer, dass die ÖVP sehr gut vernetzt ist und welchen Einfluss sie in den verschiedensten Bereichen hat.

Die Untersuchung von Katzmaier, die Darstellung der Netzwerke, ist bedrohlich. Er macht dies auf persönlichen Beziehungsebenen fest. Hier findet man eine

erdrückende Allianz von Raiffeisensektor, Banken und Versicherungswelt und verschwindend gering noch feststellbar die SPÖ-Netzwerke. Dies sind Daten aus dem Jahr 2008. Ich frage mich umgekehrt: Wie ist es dann möglich, bei so einem starken Netzwerk, dass man da noch verlieren kann, wenn eben das Um und Auf diese Art von Netzwerk sein soll. Das heißt nicht, dass sich die SPÖ in dem Bereich nicht entscheidend verbessern muss und tatsächlich in Freizeit, Hobby, Erlebnisbereich besser vernetzt sein sollte. Nicht so intensiv und fanatisch, wie die ÖVP dies betreibt, weil dies offensichtlich gesellschaftspolitisch höchst fragwürdig ist und demokratiepolitisch überhaupt nicht erstrebenswert. Dass es trotzdem zum wechselseitigen Nutzen mehr Beziehungsebenen gibt, die außerhalb der klassischen Parteistrukturen sind, wäre schon wichtig.

Wie will man die „alte Tante“ SPÖ in Zukunft für Jugendliche interessanter machen? Gibt es da neue Möglichkeiten oder wie will man diese schaffen, dass sich eben Jugendliche an Projekten beteiligen, weil für viele das „Durchdienen durch die Hierarchien“ in keiner Weise mehr attraktiv ist. Dass man also ein Projekt thematisch begleitet, aber nicht die ganze Zeit aktiv ist.

Ein Beispiel: Jugendliche werden Feuer und Flamme bei einem Medienprojekt, bei einer richtig spannenden Zeitung oder bei einem Internetprojekt, wo sie begeistert einsteigen, wo man ihnen die Möglichkeit bietet mitzuarbeiten. Auch bei sozialen und ökologischen Projekten. Da muss man aber wirklich auch Möglichkeiten und Mittel zur Verfügung stellen. Wenn wir jetzt beobachten, dass die Jugendlichen sehr stark Strache-Wähler sind, hängt es damit zusammen, dass in der allgemeinen Orientierungslosigkeit in der Politik die einzige wirkliche Kernbotschaft „Wir sind gegen Ausländer und jeder darf sich darunter gerne vorstellen, was er gerne möchte“ offenbar einen ganz starken Zug darauf entwickelt. Es zeigt sich aber historisch, dass die negativen Botschaften nicht so von Dauer sind. Gerade im Jugendlichenbereich, wo noch sehr viel Potenzial drinnen steckt für positive Gesellschaftsbilder. Daher wäre es entscheidend wichtig, dass diese Perspektive entwickelt wird und auch von Jugendlichen selber mit Leben erfüllt wird, dann braucht man sich keine Sorgen machen, was die politische Grundeinstellung und die Möglichkeit der SPÖ mit und für Jugendliche betrifft. Nur derzeit gibt es ein gewisses Vakuum und es wird mit negativen Bildern erfüllt. Es gibt sehr viele Phänomene,

etwa, dass Akteure mit sehr bescheidenen Möglichkeiten wie Strache in Wirklichkeit jetzt leider erfolgreicher sind als ein intellektueller Demagoge wie damals Haider. Und derzeit ist die Sozialdemokratie nicht in der Lage, dies in den Griff zu bekommen.

Was sind die Themenschwerpunkte in dieser Legislaturperiode? Was meinst du, dass man auch in der nächsten zum Thema bzw. zu Themen machen sollte, die über die Legislaturperiode hinausgehen?

Die entscheidende Frage wird sein, wie geht die Gesellschaft um mit den Belastungen der Wirtschaftskrise und wer kann glaubwürdiger in dem Zusammenhang seine Politik vermitteln. Wenn es der ÖVP gelingt zu sagen, es ist wichtig, dass jetzt alle sparen, dann müssen wir sämtliche Sozialleistungen kürzen. Wenn es der ÖVP gelingt, es plausibel darzustellen, dann wird die ÖVP die Auseinandersetzung gewinnen. Es muss der SPÖ gelingen zu vermitteln, dass die Belastung der arbeitenden Bevölkerung in einem Ausmaß ist, das in keiner Relation mehr steht zu dem, was den Vermögenden zufällt. Daher muss diese oder jene Änderung kommen. Wenn es gelingt, Teile durchzusetzen, dann ist die Sozialdemokratie vorne.

Was sind Zielgruppen der SPÖ für die zukünftige Arbeit?

Die Jugend muss es in erster Linie sein. Erstens einmal aus demokratiepolitischer und gesellschaftspolitischer Perspektive, nachdem dieses Abdriften im Moment auch festzustellen ist. Ich halte dies für das Um und Auf. Weil es ja umgekehrt auch wieder von anderen Wählerschichten honoriert wird. 40 bis 50-Jährige werden, wenn sie das Gefühl haben, dass für die Jugend Politik gemacht wird, selbst wieder Licht am Ende des Tunnels sehen. Dies zieht sich hin bis zur Großelterngeneration. Ich glaube, dass man hier viele Probleme bei anderen Wählergruppen mitlösen kann und auch dafür Verständnis findet.

8.1.1.8 Interview mit Dr. Josef Leitner, am 11. Jänner 2010, 14:00 Uhr

Die Mitgliedersituation der SPÖ bewegt sich, wie bei allen großen Volksparteien, doch nach unten und es gibt das Problem der „schleichenden Überalterung“ in den Strukturen. Soll die SPÖ weiterhin eine Mitgliederpartei bleiben oder sollte man ganz neue Wege gehen?

Wir sind und bleiben eine Mitgliederpartei. Es ist nur wichtig, Neuzugänge zu gewinnen. Es gibt das traditionelle Parteimitglied, das in unterschiedlichsten Volumina jährliche Beiträge leistet, um auch finanziell die Unterstützung seiner Partei zu signalisieren. Davon haben wir in Niederösterreich zurzeit circa 62.000. Es gibt aber auch andere Mitgliederansätze, wie zum Beispiel ein projektorientiertes Mitglied bei politischen Projekten zu sein, wo es dann darum geht, ideell Unterstützung einzufordern und vielleicht in dem einen oder anderen Fall auch die finanzielle Unterstützung zu bekommen. Des Weiteren kann das Mitglied als solches auch unter anderen Gesichtspunkten betrachtet werden. Wenn ich mir befreundete Organisationen ansehe, wo viele Menschen die SPÖ unterstützen, aber keine eigentlichen Mitglieder sind. Und ich glaube, dass es notwendig ist, hier Kooperationsmodelle zu finden, was in den letzten Jahrzehnten etwas verabsäumt worden ist. Nämlich Angebote zu machen von der Familie bis hin zu den Jugendlichen, sie ein Stück des Weges hin zur Sozialdemokratie zu begleiten und vielleicht, ab einem gewissen Punkt, zu bitten, auch ihre Beiträge zu leisten. Das ist sozusagen die technische Betrachtungsweise. Die ideelle Betrachtungsweise sehe ich so, dass sich alle Parteien insofern verändert haben, dass sie sich immer mehr von dem Verquicken von diversen Leistungen mit einer Parteimitgliedschaft lösen. Noch mehr Bedeutung gewinnt der ideelle Faktor. Da ist es so, dass die Grundwerte der Sozialdemokratie, nämlich Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität, zwar alt sind, aber topmodern und überhaupt nicht verstaubt und es auch darum geht, diese Grundsätze modern zu leben und wir hier aufgrund von diversen Entwicklungen im Erstarken der FPÖ, im Schwächer-Werden der SPÖ doch sehr oft dazu übergegangen sind, Kompromisse einzugehen. Ich glaube, dass es wichtig ist, dieses Leben der vier Grundsätze auch in der Politik mehr nach außen hin zu signalisieren. Der letzte Punkt ist, dass man in einer Partei in einer Dienstleistungsgesellschaft die Serviceorientierung mehr herausstreichen muss, das

heißt Mitglieder, ob auf Orts-, Bezirks- oder Landesebene, in den Dienstleistungsprozess einzubinden. Das beginnt bei Informationen über Sozialtransferleistungen einer Gemeinde oder einem Land und hört auf, Parteimitglieder schlicht und einfach anzurufen und zu fragen, wie es geht.

Wäre es auch möglich, Mitglieder stärker in den Entscheidungsprozess einzubinden?

Aktuell ist das Wort „Partizipation“ aufgrund von Eberau entstanden, weil das Demokratieverständnis einer anderen Partei offensichtlich nicht so ausgeprägt ist, wie das Demokratieverständnis der SPÖ. Jetzt zufälligerweise ist es meines Erachtens ein zeithistorisches Fenster, die Demokratie wieder richtig zu leben, nicht als Parallelgesellschaft sich zu entwickeln und sich auf Wahlgänge zu beschränken, sondern die Partizipation auch zu leben. Wir haben moderne Kommunikationsmittel, ob es SMS, E-Mail, Facebook oder Twitter sind, wir haben erste zarte Versuche gewagt und sie funktionieren. Und ich glaube, wir leben einerseits in einer Bildungsgesellschaft und andererseits können wir diesem gebildeten Menschen nicht mehr sagen: „Alle fünf oder vier Jahre fragen wir euch eh, ob ihr uns wollt und zwischendrin nicht“. Die Erde hat sich auch hier gedreht, und im Vergleich zu vor 20, 30 Jahren ist die Jugend sehr gut ausgebildet und sie verlangt und schreit nach Partizipation und dem ist Folge zu leisten. Es wird auch für die SPÖ NÖ ein wesentlicher Punkt sein, durch den zweiten Teil unseres Parteinamens, nämlich Demokratie, hier Mitgliederbindung und Neuakquirierung zu betreiben.

Die Mitgliederstruktur schrumpft. Will man die Organisationsstruktur auf dem derzeitigen Level halten, so steht man für den Erhalt der Bezirksstelle oder der Strukturen in der Landesorganisation doch vor großen Herausforderungen. Ist das alles weiterhin finanzierbar? Gibt es Überlegungen über eine große Strukturform?

Ich glaube, dass die traditionelle Struktur der Sektion, der Ortsorganisation, der Bezirksorganisation und der Landesorganisation nach wie vor notwendig ist, um flächendeckend tätig zu sein, jedoch zum Beispiel in NÖ hat die FPÖ überhaupt keine Struktur und erhält bei den Landtagswahlen fast 15 Prozent der Stimmen. Das

heißt, man sollte nicht den Fehler machen und glauben, dass Erfolg und Misserfolg einzig von den traditionellen Strukturen abhängig ist. Ich glaube, wir brauchen sie als Mitgliederorganisation und als Serviceorganisation, um vor Ort näher zum Mitglied zu kommen, öfters als vielleicht ein Mal im Jahr und gleichsam die politischen Prozesse zu koordinieren. Da ist es notwendig, auch Zielvereinbarungen mit Bezirks- und Ortsorganisationen zu treffen, was so nicht gemacht wird. Das wird ein wesentlicher Schritt in unserer Strukturreform sein. Und andererseits neue Strukturen anzureißen, ich habe schon gesagt: Facebook, Twitter und andere Kommunikationsmöglichkeiten, um mit neuen Strukturen zu neuen Menschen herankommen zu können. Finanzierbar ist das Ganze sehr wohl. Wir leisten aber den Entwicklungen und den Bevölkerungsbewegungen auch innerhalb NÖ Folge, indem wir versuchen Bezirke, zu optimieren und Bezirkskooperationen zu intensivieren. Ich glaube auch, dass wir das Potenzial noch nicht genutzt haben, ehrenamtliche Funktionäre zu bitten, über das eigene Maß hinaus mehr tätig zu sein, zum Beispiel für eine Bezirksparteiorganisation. Da ist einiges noch drinnen, und aus Betroffenen Beteiligte zu machen, ist nun mal das Grundprinzip der Demokratie. Das sollte auch ein wesentlicher Teil unserer Strukturreform sein.

Holt die SPÖ die Menschen genügend in ihren individuellen Lebens- und Arbeitswelten ab, oder ist man nicht zu sehr dort darauf beschränkt, wo man ohnehin gut organisiert ist, wo es starke Betriebsräte gibt bzw. einen direkten oder indirekten politischen Einfluss hat?

Wir gehen sehr wohl auf die Lebenswelten der Menschen zu, indem wir verstärkt mit den befreundeten Organisationen zusammenarbeiten und dort, wo wir organisiert sind, uns auch ansehen lassen und uns mit den Menschen austauschen. Ich besuche laufend Betriebe, die gut organisiert sind und nehme mir auch Zeit mit den Menschen zu reden, mich mit ihnen auszutauschen und ich glaube ziemlich genau zu wissen, was die Menschen an uns stört und was sie auch an uns interessiert und freut. Aber, wir wissen, dass in NÖ 70 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in nicht organisierten Betrieben arbeiten. Hier ist die gute Idee gefragt, und hier bin ich wieder bei neuen Kommunikationsmedien. Persönliche Betreuung ist nicht finanzierbar und organisierbar, jedoch aufmerksam zu machen und anzubieten, über die neuen Kommunikationskanäle mit uns in Kontakt zu treten und dann

wiederum eine Integration in bestehende Struktur zu machen, das ist meiner Ansicht nach das Gebot der Stunde. Und auf diese Art und Weise kann es gelingen, wiederum in konzentrischen Kreisen, neue Zielgruppen zu erreichen. Weiters, weil oft das Thema Jugend und Frauen angesprochen wurde, glaube ich nicht, dass man sich auf Disco-Events konzentrieren sollte, wo man sich gut amüsieren kann. Ich glaube nicht, dass die jungen Menschen jemanden mehr oder weniger wählen, weil dieser mehr oder weniger Zeit in Discos verbringt. Es geht vielmehr darum, jungen Menschen zu signalisieren, dass man sie ernst nimmt und auch danach zu handeln. Und ernst nimmt man sie dann, wenn man gewisse Situationen analysiert und dann das Richtige tut. Ich habe oft gesagt „nicht schwätzen, sondern umsetzen“, dort, wo es möglich ist, um dieses „ernst genommen Sein“ wirklich in die Tat umsetzen zu können. Auch neue Initiativen bringen neue Kommunikationsmöglichkeiten – wie beispielsweise die Eltern-Kind-Zentren der Kinderfreunde, in denen die Mütter entsprechend integriert werden, in denen sie sich austauschen können und wir dann vielleicht andere junge Frauen oder Familien begeistern können, in der Sozialdemokratie mitzuarbeiten. Also sehr breite Ansätze, die schon jetzt funktionieren. Wir sind in einer neuen Zeit, die fordert eine neue Politik und ich denke, wir sind auf einem guten Weg.

Ist die Jugend eine Zielgruppe der Zukunft, wo man Schwerpunkte setzen sollte?

Jugend und Frauen, man muss sich nur die demografische Kurve und die Geschlechterspezifitäten unserer Mitglieder ansehen. Wir haben das gravierende Problem im Bereich der Jugend und im Bereich der Frauen, noch viel mehr im Bereich der Funktionärinnen und Funktionäre. Nur, auch hier ist dem über Jahrzehnte hindurch keine große Bedeutung beigemessen worden, jetzt ist aber die Zeit mehr als reif.

In der öffentlichen Wahrnehmung entwickelt sich die SPÖ immer mehr zu einer strukturkonservativen Partei oder wird zumindest so angesehen, was Entscheidungsprozesse oder Notwendigkeiten bei Besetzungsfragen betrifft. Wie siehst du das?

Man muss unterscheiden zwischen Zwängen in einer Koalition, wo uns in der Regel die ÖVP gegenübersteht und wo es sehr problematisch ist, zu Kompromissen und Lösungen zu kommen, in denen wir uns wirklich wiederfinden beziehungsweise in denen uns die Menschen auch erkennen. Das andere ist, innerparteilich festzuhalten, wofür wir stehen, und das den Menschen auch zu kommunizieren. Da sind Fehler passiert. Und der dritte Punkt betrifft vor allem die Landespolitik in NÖ. Habe ich einmal meine Ziele formuliert und habe ich einen Weg eingeschlagen und habe ich nicht die Chance, in irgendeiner Art und Weise diesen Weg in einer Koalition oder Zusammenarbeit umzusetzen, dann muss ich es lassen. Denn ansonsten ist der Schaden ungleich höher, als sich zurückzuziehen auf seine Positionierungen. Denn das sind die Eckdaten, an denen sich die Menschen festhalten, und wenn diese nicht vorhanden sind, dann ist langfristig damit zu rechnen, dass wir Zustimmung verlieren.

Was werden unter deinem Vorsitz die inhaltlichen Schwerpunkte in dieser Legislaturperiode bis 2013 sein?

Aufzuhören mit dem Spekulieren mit öffentlichen Geldern! Ich glaube, dass gerade jetzt und in Zukunft die öffentliche Hand die moralische Verantwortung hat, der Gier Einhalt zu gebieten, Vorbild zu sein für die Zivilbevölkerung und das Geld nicht spekulativ und riskant einzusetzen, sondern es insbesondere in die unmittelbare Wertschöpfung zu investieren, die wiederum dann auch Steuermittel für die Politik ergibt. Das ist einmal Punkt eins. Punkt zwei, glaube ich, dass wir im Bereich der Arbeitsmarktpolitik noch große Herausforderungen zu bewältigen haben – so im Bereich der Jugend, der WiedereinsteigerInnen und der älteren ArbeitnehmerInnen. Das heißt, wir haben hier gewisse Punkte bereits gesetzt, von den überbetrieblichen Lehrwerkstätten bis zur Beschäftigung jugendlicher Langzeitarbeitsloser. Nur das beschäftigt uns nicht nur jetzt, sondern auch in den Jahren bis 2013, und hier eine nachhaltige Absenkung der Arbeitslosenrate in diesen drei Gruppen zu erreichen, ist eine große Herausforderung, aber durchaus machbar. Der dritte Punkt ist das Thema Pflege. Ich glaube, dass wir abgehen müssen von den großen zentralen Pflegeeinrichtungen hin zu kleinen überschaubaren Seniorenzentren, wo es nicht nur darum geht nur zu pflegen, sondern auch zu betreuen und den Zeitpunkt, wo es dann wirklich nicht mehr anders geht, als in ein Pflegeheim zu gehen, so weit als möglich hinauszuzögern. Denn das Gegenteil ist „Aus den Augen, aus dem

Sinn“ und ist das einmal der eingeschlagene Weg, kommt man in der Regel auch nicht mehr zurück. Dann kommt man zu dem Spagat in unserer Gesellschaft. Wir wollen ja gleichzeitig glauben, dass unsere Gesellschaft altersspezifisch ausgeglichen bleibt und die Geburtenrate steigt. Ich glaube, das ist ein Wunsch vieler Familien. Nur zu argumentieren, wir brauchen Zuwanderung, ist der falsche Weg. Das ist fatal! Es geht insbesondere darum, Frauen den Weg zu bereiten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch wirklich erreichen zu können. Das beginnt sicher bei einem flächendeckenden und unentgeltlichen Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen. Auch das ist ein Teil unseres Bildungssystems und das hat gratis zu sein. Es hört beispielsweise nicht auf in der Karenzzeit oder während der Bezugsdauer des Kinderbetreuungsgeldes, wo mit Unterstützung des AMS die Möglichkeit geboten werden soll, sich aus- bzw. weiterzubilden zu lassen. Das heißt im Vorhinein zu wissen, was man möchte und nicht im Nachhinein lange arbeitslos zu sein. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, den es gilt aufzubereiten. Ein weiterer wesentlicher Punkt, der uns beschäftigen wird, ist die Wirtschaftspolitik. Ich glaube, dass es notwendig ist, staatliche Impulsgeber zu haben, die Wirtschaftspolitik vor Ort machen, auch mit Einsatz von Risikokapital. Die Banken ziehen sich immer mehr zurück, private Finanziere sind nicht so entwickelt wie im anglo-amerikanischen Raum. Ich denke, dass es notwendig ist, für Arbeitsplatzschaffung und Förderung von nachhaltiger Wertschöpfung seitens der Politik Impulsgeber vor Ort und in den Gemeinden zu sein. Und ein weiterer Punkt, der uns ein Herzensanliegen ist, das ist die Entscheidungen zu treffen, wohin gebe ich das Geld der Steuerzahler. Mein Ansatz ist, so weit als möglich zum Bürger. Das heißt die kleinste Zelle ist die Gemeinde, ist die Stadt. Ich glaube, dass eine Entbürokratisierung der Finanzverflechtungen, aber auch der Kompetenzverflechtungen, nicht nur zwischen Land und Bund notwendig ist, sondern auch zwischen Land und Gemeinden. Was aber gleichbedeutend ist, dass zum Beispiel das Land NÖ den Gürtel enger schnallt und den Gemeinden mehr Mittel zur Verfügung stellt, um die an sie gestellten Aufgaben auch in Zukunft ordnungsgemäß erledigen zu können. Ich weiß schon, dass ich als Landespolitiker da in die Landeskasse greife. Ich glaube aber, dass es nicht anders geht und auch, dass es einem demokratischen Ansatz entspricht – nämlich die demokratische Legitimierung des Einsatzes von Steuermitteln. Und je näher diese beim Bürger sind, desto eher akzeptiert er das System und den Wohlfahrtsstaat. Was ich sehe, das glaube ich – es muss greifbar sein. Es ist im

Zuge der Verteilungsdebatte von exorbitanter Notwendigkeit, sich anzusehen, wie es möglich ist, die breite Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates abzusichern bzw. auszubauen – und zwar eben damit, indem ich die Mittel möglichst nah am Bürger einsetze. Das ist eine große Herausforderung und ein großes Konfliktpotenzial in Bezug auf unser mächtiges Gegenüber. Aber es steht schon in der Bibel: „Fürchtet euch nicht“! Nun komme ich auf das Stichwort „strukturkonservativ“ zu sprechen. Ich glaube, wir sind in einer neuen Zeit angekommen, die eine neue Politik erfordert. „Green Jobs“ ist hier ein zentraler Begriff und diesbezüglich haben wir auch eine hohe Kompetenz. In sozialdemokratisch geführten Gemeinden wird aktive Arbeitsmarktpolitik mit intensivsten ökologischen Gesichtspunkten verbunden. Das bedeutet aber nicht, von althergebrachten Strukturen immer abzugleiten, aber diese nach dem Prinzip „Was möchten die Menschen?“ zu überdenken und sich dann zu überlegen, wie man das am besten erreichen kann. Der Pendler möchte zum Beispiel möglichst rasch von Punkt A zu Punkt B und komfortabel, wie auch immer das möglich ist, ob mit Zug oder anders. Ich glaube, in dieser Richtung nachzudenken und die Dinge, die ich angesprochen habe, mehr Geld in die Gemeinden, mehr Geld zum Bürger, Demokratisierung unseres Systems, Seniorenzentren dezentralisieren und vieles andere, sind ja völlig neue Strukturen. Was notwendig ist, ist ein Konzentrieren auf das Wesentliche und damit auch ein Überdenken bzw. Überprüfen, für welche Dinge ein Land Steuermittel ausgibt. Ich glaube, in Niederösterreich aber auch in anderen Bundesländern sind hier zugunsten der wesentlichen Dinge des Lebens doch maßgebliche Einsparungspotenziale vorhanden.

Was siehst du als die größte Stärke der SPÖ NÖ?

Meines Erachtens nach eine sehr umfassende Kompetenz im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, obwohl wir hier sehr wenig politische Kompetenz in der Landesregierung haben, wir aber sehr innovativ in unseren Gemeinden und Städten unterwegs sind. Viele befreundete Organisationen, die hier hochaktiv sind, haben sehr gute Ideen, viele Menschen, die in diesen Bereichen tätig sind und sich auch ganz klar zur Sozialdemokratie bekennen. Da glaube ich, dass wir hier ein sehr großes Plus auf unserer Liste stehen haben und im sozialen und arbeitsmarktpolitischen Rahmen gut unterwegs zu sein. In Amstetten, Wieselburg, Loosdorf, St. Pölten, Wiener Neustadt, Ternitz, Korneuburg, Stockerau bis hin zu Gmünd, um auch nur einige Städte und Gemeinden zu nennen, betreiben wir eine

absolut attraktive Standort- und Wirtschaftspolitik. 60 Prozent der niederösterreichischen Wirtschaftsleistung wird in sozialdemokratisch geführten Gemeinden erbracht. Die Sozialdemokratie ist in Niederösterreich jene Partei, die bei all ihren Überlegungen die wesentlichen Parameter berücksichtigt, nämlich Wirtschaft und Arbeit sowie Soziales und Ökologie. Die Sozialdemokratie war und ist zudem eine Bildungsbewegung. Daher bin ich mir auch sicher, dass die bildungspolitischen Ansätze denen der konservativen Parteien in diesem Land sehr überlegen sind.

Was waren deine genauen Funktionen und Tätigkeitsbereiche in der Sozialistischen Jugend (SJ)?

Ich habe 1976 die Sozialistische Jugend in Golling an der Erlauf – einem ArbeiterInnenort in Niederösterreich – mitbegründet, 1978 wurde die Bezirksorganisation Melk mit dem neuen Vorsitzenden Alfred Gusenbauer und mit mir als Schriftführer wieder gegründet. 1980 wurde ich zum Vorsitzenden der Arbeitsweltkommission gewählt und war dann von 1980 bis 1999 in verschiedenen Funktionen im Verbandsvorstand (als ordentliches Mitglied, kooptiert als Angestellter, Kontrollmitglied, als Arbeitswelt- oder als Friedensreferent). Meine Anstellung im Verbandssekretariat (= Bundessekretariat) der Sozialistischen Jugend von 1984 bis 1990 war wirklich so etwas wie die „schönste Zeit“ in meinem Leben, weil ich neben der Sekretariatsarbeit auch zahlreiche politische Sachen machen konnte. Trotz aller Probleme und Schwierigkeiten gab es damals wirklich die Hoffnung, dass mit uns die neue Zeit zieht.

Welche innerparteiliche Rolle hatte in diesem Zeitfenster die SJ und wie hat sich diese verändert?

Die Sozialistische Jugend hat eine Tradition als marxistische Jugendorganisation, die für sozialistische Positionen kämpfte. Die Genossinnen und Genossen der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) sahen sich schon in den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht nur als „Bauvolk der kommenden Welt“ (ArbeiterInnenlied), sondern als jene „Generation der Vollendung“ (Otto Bauer), die den Sozialismus erleben wird. Nach der Befreiung vom Faschismus knüpften engagierte Genossinnen und Genossen wie Josef Hindels und Paul Blau vor allem in ihrer Bildungsarbeit an diese wichtige Aufgabe der Sozialdemokratie, sich für eine grundlegend andere Gesellschaft zu engagieren, an. In den 50er bis 60er Jahren kam es in der gesamten Organisation zu einer stärkeren Freizeitorientierung – die Sozialistische Jugend war, wie auch andere Jugendorganisationen jene Gruppe, wo Jugendliche zu leistbaren Preisen ihre Freizeit verbringen konnten. Das führte auch zu einer Entpolitisierung. Mitte der 70er Jahre kam es vor allem durch Genossinnen

und Genossen aus der Sozialistischen Jugend Oberösterreich zu einer Repolitisierung der Organisation – Marx-Grundkurse wurden veranstaltet. Der Karikaturist Much zeichnete eine „Einführung“ in die politische Ökonomie. Blauhemden und ArbeiterInnenlieder waren wieder modern. Im Verhältnis zur Öffentlichkeit kam es zu einer grundlegenden Änderung: Die Sozialistische Jugend hat sich als Jugendorganisation der Sozialistischen Partei in die Diskussionen der SPÖ eingemischt, jedoch nicht in der Öffentlichkeit für Inhalte, die von SPÖ nicht mehrheitlich unterstützt wurden, mobilisiert. Diese Loyalität galt auch für jene Genossinnen und Genossen, die die Politik der SPÖ in der internen Debatte scharf kritisiert hatten. In den 70er Jahren kam es hier zu einer Neuorientierung: Die Sozialistische Jugend vertrat eigenständig Positionen, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob das die Linie der SPÖ war oder nicht. Im Gegenteil, jene Meinungen, die von der offiziellen Parteilinie abwichen, hatten eine größere Resonanz in der Öffentlichkeit. Die Linie der Sozialistischen Jugend als eigenständige Jugendorganisation war damit in der Öffentlichkeit klar erkennbar. Damit wurden wiederum kritische Jugendliche angesprochen, sich in der Sozialistischen Jugend zu organisieren.

Wie haben sich die Schwerpunkte in der freizeitorientierten und politischen Arbeit verändert?

Einen unterhaltenden Film zeigen, ein Spielekoffer, Disco mit Kassettenrekordern und ein paar flackernden Lichtern waren für die Freizeitgestaltung einer SJ-Gruppe ausreichend. Die SJ Niederösterreich hat mit diesem Freizeitprogramm zahlreiche Gruppen gegründet. Diese Angebote sind heute technisch überholt. Die Gemeinschaft mit Freundinnen und Freunden, Solidarität eben ganz praktisch in der gemeinsamen Freizeitgestaltung, bei Winter- oder Sommersportfesten zu erleben, eine Party gemeinsam planen und organisieren, feiern und eventuell auch spätere Konflikte mit lokalen Bevölkerung austragen, weil sie sich durch die Jugendlichen gestört fühlen – das ist zeitlos und sicherlich auch heute noch eine wichtige Erfahrung. Angesichts der gewaltigen Freizeitindustrie ist eine „Nur-Saufgruppe“ viel weniger attraktiv. Das Spezielle an einer SJ Gruppe ist das Politisieren und das gemeinsame Feiern. Neben denen, wo es fast ausschließlich um die gemeinsame Freizeit ging, gab es auch politische Gruppen. Nicht zuletzt durch das kritische

Auftreten der Sozialistischen Jugend in der Öffentlichkeit waren wir für engagierte Jugendliche sehr attraktiv.

Was waren die zentralsten inhaltlichen Auseinandersetzungen innerhalb der SJ und der SPÖ?

In den 50er Jahren war die Sozialistische Jugend gegen die Schaffung des Bundesheeres und für den Zivildienst, der mit 1.1.1975 – wenn auch mit Einschränkungen wie die Gewissensprüfung vor einer Kommission – durchgesetzt werden konnte. Antifa-, Solidaritäts- und Friedensarbeit waren schon in den 50er, 60er und 70er Jahren Konfliktpunkte mit der SPÖ. Einerseits war es der Streit, ob SPÖ-Mitglieder mit KommunistInnen zusammenarbeiten dürfen, andererseits gab es in der SPÖ nur wenig Bewusstsein dafür. Der Einsatz für Nicaragua, gegen den Faschismus in Chile oder gegen die Apartheid und für den ANC in Südafrika war für viele sozialdemokratische FunktionärInnen lächerlich – traurig, aber wahr. Das habe ich selber erlebt. Antifaschistische Arbeit wurde auch dadurch erschwert, dass manche, die im Dritten Reich eine meistens kleine Funktion hatten, zumindest einen Mantel des Schweigens über diese Zeit breiten wollten. Im außenpolitischen Bereich waren viele SPÖ-FunktionärInnen zu sehr im Schwarz-Weiß-Denken des Kalten Krieges verhaftet und für alle Verbrechen der USA auf beiden Augen blind. Sogar die Interessenvertretung der Jugend war manchen eher Konservativen in der Sozialdemokratie ein Dorn im Auge – das Eintreten für Lehrlingsrechte oder für eine „Schule ohne Noten“ waren in der SPÖ-Basis nicht immer selbstverständlich, gar nicht zu reden von unserer Forderung nach der Legalisierung von Cannabis. Innerhalb der Sozialistischen Jugend war sicherlich die Zusammenarbeit mit KommunistInnen am meisten umstritten, die aber mit der großen Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre praktisch gelöst wurde. Vor allem in ländlichen Gegenden verstand sich die Sozialistische Jugend als SPÖ-Jugend und nicht als marxistische Jugendorganisation, die für den demokratischen Sozialismus kämpft. Die erste große Auseinandersetzung, an der ich mich persönlich beteiligte, war die Auseinandersetzung um das Kernkraftwerk Zwentendorf. Ganz Österreich – zumindest das gesamte, sozialpartnerschaftlich durchorganisierte Land – war für Atomkraftwerke. ÖGB und Handelskammer, SPÖ und ÖVP hatten sich geeinigt, ein AKW zu bauen und das wurde halt dann durchgezogen. In der SPÖ wurden solche

Beschlüsse meistens noch strenger gehandhabt als in der ÖVP. Wer gegen AKWs war, gegen den oder die wurde Druck ausgeübt. Druck in den Parteigremien, aber genauso am Arbeitsplatz. Ich musste als kleiner Angestellter dreimal zum Direktor eines SPÖ-nahen Betriebes. Ich wurde dann später trotz einer mit „ausgezeichnet“ bestandenen Dienstprüfung aus Rationalisierungsgründen gekündigt, wobei mir der Betriebsrat versicherte, dass das überhaupt nichts mit meinen Ansichten zu tun hat. In der SPÖ gab es eine Opposition gegen die Pro-AKW-Linie der SPÖ, vor allem angeführt von GenossInnen, die später zu GründerInnen der Grünen Alternative wurden. Die Sozialistische Jugend war mehrheitlich gegen AKWs. Die SJ-Niederösterreich war als Minderheit in der Bundesorganisation für AKWs. Und wir in den Bezirken Melk und Amstetten waren in der Landesorganisation die Minderheit, die die Position der Verbandsorganisation gegen AKWs unterstützte. Hier wurde die Auseinandersetzung mit aller Schärfe geführt. Nach einer Auseinandersetzung über AKWs beim in Wien 1981 stattfindenden IUSY-Festival (IUSY ist die Internationale der sozialistischen und sozialdemokratischen Jugendorganisationen) kam es in der SJNÖ zum Bruch. Die linken Bezirke Melk und Amstetten wurden aus dem Landesvorstand geworfen und die Treffen des Landesvorstandes zu „geschlossenen Sitzungen“ erklärt.

Was waren die wichtigsten thematischen Punkte, bei denen es der Sozialistischen Jugend gelungen ist, diese öffentlich zu thematisieren?

Die Debatte um das AKW war einerseits von wissenschaftlichen Fragen, ob und wie sicher ein AKW ist, geprägt, andererseits gab es hier den Wunsch nach einer „Energiewende“. Der Begriff „Wende“ war damals noch nicht konservativ besetzt, sondern diese Vorstellungen vom „anders Leben“ gingen von Umweltschutz und Grenzen des Wachstums – wie sie vom Club of Rome und dem Ehepaar Meadows in den 70er Jahren publiziert wurden – über Anfragen an Lebensstil und Wirtschaftsweise bis zu einer grundsätzlichen Kapitalismuskritik. Für die Sozialistische Jugend war die Anti-AKW-Haltung vor allem mit einer Kritik an der Sozialpartnerschaft verbunden, in der wir das Haupthindernis für weitere Reformen sahen. Unter den Jugendlichen gab es zumindest emotional ein Aufbegehren, das seinen Ausdruck in Che-Leiberl und Palästinenser-Tüchern, in Buttons mit politischen Inhalten und in Jutetaschen fand. Das ist heute gar nicht mehr vorstellbar: Ich bekam

in dem schon erwähnten SPÖ-nahen Betrieb eine schriftliche Verwarnung, weil meine Jutetasche dem Ansehen des Betriebes angeblich schadete. Die Solidaritätsarbeit der Sozialistischen Jugend für Nicaragua, Cuba, El Salvador, Chile und andere Länder Lateinamerikas sowie für den ANC in Südafrika war bei vielen sehr anerkannt. Wir feierten als Sozialistische Jugend Golling am Abend des 19.7.1979 den Sieg der Revolution in Nicaragua – also gleich an jenem historischen Jahrestag. Wir sprühten an die Wände: „AKW – nein Danke“, „Venceremos“ und „Hoch die internationale Solidarität“ – und vor allem am Land regte das noch alle auf. Wir waren so etwas wie lokale „Heros“: „Als ich ein junges Mädchen war, haben Sie Dinge gemacht, die ich mir nicht einmal zu denken getraut hatte“, sagte mir einmal eine Ärztin im Krankenhaus Melk über unsere SJ-Zeit. Das größte „Menschenbeben“ – wie es Robert Jungk formulierte – war für mich die Friedensbewegung. Die geplante Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles und die immer wahrscheinlicher werdende Gefahr eines Atomkrieges bewegte wirklich die Menschen – auch in kleinen Städten und Dörfern. 70.000 Menschen am 15. Mai 1982 und 100.000 am 23. Oktober 1983 am Wiener Rathausplatz sind die Höhepunkte eines breiten Engagements. Die ökologischen Fragen haben wir – zugegeben – viel zu wenig beachtet und als Sozialistische Jugend standen wir bei der Auseinandersetzung um das Donaukraftwerk Hainburg abseits. Die SJNÖ war wieder einmal dafür, Teile der Bundes-SJ – auch ich – waren wohl dagegen, aber wir haben nichts gemacht. Zum Teil auch aus einer Angst, die Gesamtorganisation zu spalten, zu einem anderen Teil, weil wir die Brisanz – nicht zuletzt bei Jugendlichen – und die Öffentlichkeitswirksamkeit – vor allem durch die Kronen Zeitung – grob unterschätzten. In der Sozialbewegung in der zweiten Hälfte der 80er Jahre haben wir wieder eine sehr wichtige Rolle gespielt – und damit wurde der neoliberale Umbau dieses Landes einige Jahre sehr erschwert, aufhalten konnten wir ihn nicht. Aber die Diskussionen aus jenen Tagen, die sogar in einem Sozialpolitischen Manifest des Österreichischen Bundesjugendringes mündeten, klingen wie die Melodien aus einer fernen Zeit. Bundesjugendring bedeutet, dass dem religiöse und sogar konservative Kinder- und Jugendorganisationen zustimmten.

War die SJ eine Schnittstelle zu neuen Bewegungen wie der Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung und ökologischen Strömungen?

Die Friedensbewegung ist dafür geradezu idealtypisch. Eine der Schnittstellen für diese wirklich nahezu ganz Österreich umfassende Bewegung war das Verbandssekretariat der Sozialistischen Jugend, einer der wichtigsten Koordinatoren war der Verbandssekretär und spätere Verbandsvorsitzende der Sozialistischen Jugend, Alfred Gusenbauer, eines der Aushängeschilder der Bewegung der Verbandsvorsitzende Josef Cap. Die Sozialistische Jugend war auch politisch ein Schnittpunkt: zwischen den Gruppen, die klar links der Mitte standen, wie die KPÖ, die Alternative Liste (Vorläufer-Partei der Grünen Alternative) und der Sozialdemokratie, der Gewerkschaft und überhaupt den Bürgerlichen; zwischen der neu erwachenden BürgerInnenengesellschaft, die sich in ersten BürgerInneninitiativen und Gruppen ausdrückte (und später Zivilgesellschaft genannt wurde) und den Institutionen und Parteien, zwischen gesellschaftskritisch Engagierten und jenen, die in sozialpartnerschaftlich eingebundenen Organisationen wie der Gewerkschaft tätig waren; zwischen den radikal alles in Frage stellenden Menschen und sozial sensiblen Menschen zum Beispiel aus den Kirchen und nicht zuletzt zwischen der Jugend und dem Establishment. Gerade der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen Linken und ChristInnen war für mich immer ein besonderer Schwerpunkt. Gerade am Beispiel der Friedensbewegung zeigt sich auch das politische Gewicht unserer Arbeit: Sogar die Bischofskonferenz der Katholischen Kirche sah sich veranlasst, einen Bischofsappell gegen Atomwaffen zu verfassen. Der Bischofsappell hat die deutliche Kritik der Friedensbewegung an der US-amerikanischen Nachrüstung wohl abgeschwächt, war aber durchaus mit dem von der Friedensbewegung und auch von der Sozialistischen Jugend getragenen „Linzer Appell“ vereinbar. Daher haben FriedensaktivistInnen beide Appelle unterschrieben. Die SPÖ Frauen, vor allem auch dank Johanna Dohnal, die viel für die Frauenrechte und überhaupt für den gesellschaftlichen Fortschritt in diesem Land gemacht hat, machten eine eigene Friedenskampagne. Oder der Bürgermeister von St. Ulrich bei Steyr (OÖ), ein ÖVP-Politiker, der seine Gemeinde zur Friedensgemeinde erklärte.

Wie hat die SJ versucht, das in die SPÖ zu transportieren und für ihre Positionen Überzeugungsarbeit zu leisten?

Diese Opposition zeigte auch in der SPÖ in manchen Bereichen Wirkung – sie ist sicherlich einer der Gründe, dass es zu einer Volksabstimmung über das AKW Zwentendorf und zu einer derartig eindeutigen Positionierung Bruno Kreiskys kam (die wiederum viele eigentlich pro-AKW-gesinnte ÖVPlerInnen veranlasste, dagegen zu stimmen). Ohne die Diskussion in der SPÖ wäre Bruno Kreisky nie auf die Idee einer Volksabstimmung gekommen. Und wären nicht immer mehr Teile der SPÖ in das Lager der AKW-GegnerInnen geschwenkt, hätte der in der SPÖ von allen hundertprozentig anerkannte Kreisky sich nicht gezwungen gesehen, das AKW mit seiner Person zu verknüpfen. Das führte dazu, dass bürgerliche AKW-BefürworterInnen aus rein taktischen Gründen gegen das AKW Zwentendorf stimmten, weil sie Kreisky schaden wollten. Verkürzt gesagt: Ohne das aufrechte Anti-AKW-Engagement der Mehrheit der Sozialistischen Jugend wäre das AKW Zwentendorf in Betrieb gegangen und weitere AKWs gebaut worden. Auch die Haltung der Sozialdemokratie zu Friedens- und Solidaritätsarbeit wurde verändert. Bei der Antifa-Arbeit war und ist der Bund Sozialistischer FreiheitskämpferInnen unser wichtigster Verbündeter. Vor allem die Berichte der ZeitzeugInnen wie Rosa Jochmann, Josef Hindels und Hugo Pepper haben uns auch emotional sehr geprägt. Die Methoden der Sozialistischen Jugend waren eigentlich einfach: Wir brachten uns massiv bei den Konferenzen und Sitzungen der Orts- und Sektionsausschüsse ein. „Seit da Reisenbichla im Ortsausschuss is, dauert des doppelt so lang und wir kemman ibahaupt nimma hoam“, klagte ein Genosse aus meiner Heimatgemeinde. In unendlich vielen Gesprächen versuchten wir die Genossinnen und Genossen der Partei zu überzeugen. Mit unseren Zeitschriften, die auch auf Bezirksebene erschienen, erregten wir inner- und außerhalb der SPÖ Aufsehen. Zum Beispiel zeigte Alfred Gusenbauer in unserer Bezirkszeitung „Bewusstsein“ mutig Übergriffe der Polizei in seinem Heimatort Ybbs auf. Wer gut argumentieren will, muss gut geschult sein. Der Sozialistischen Jugend verdanken sicherlich viele heute in der SPÖ tätigen FunktionärInnen ihre politische Ausbildung. Geschichte der ArbeiterInnenbewegung und ein Marx-Grundkurs sind sicherlich unbedingt notwendige Werkzeuge für die politische Arbeit. Und wer bietet das an? Hier ist die Sozialistische Jugend eine der wenigen. Darüber hinaus prägte die Gemeinschaft die

Sozialistischen Jugend – seien es die Erlebnisse in der Ortsgruppe, beim Winter- oder Sommersportfest, bei den Seminaren, im Europacamp am Attersee und nicht zuletzt bei den IUSY-Festivals, wo sich tausende GenossInnen aus aller Herren und Frauen Länder treffen.

Wie hat dich die Sozialistische Jugend beeinflusst?

Ich kann von mir sagen, dass ich durch die Sozialistische Jugend ein „anderer Mensch“ geworden bin. Leider bin ich vom „neuen Menschen“ noch weit entfernt, aber ohne Sozialistische Jugend hätte mein Leben eine ganz andere Entwicklung genommen. Geprägt hat mich die christliche Erziehung meiner katholischen Eltern. In der Sozialistischen Jugend wurden meine allgemein humanistischen Werte auf eine politische Ebene gehoben – hier lernte ich die Analyse von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen, das Diskutieren mit Gleichgesinnten ebenso wie mit GegnerInnen sowie das Organisieren von politischen Veranstaltungen und Aktionen. Weltanschaulich bin ich Christ geblieben, aber ohne Marxismus könnte ich die Welt nicht verstehen. Ich bin der Tradition der Sozialdemokratie und der gesamten ArbeiterInnenbewegung sehr verbunden. Es gibt darüber hinaus für mich auch die Friedensbewegung und den Pazifismus, der ebenso mein Leben prägte. Mich ärgert sehr die mediale Darstellung von Jugendorganisationen als Sprungbrett von gesinnungslosen KarrieristInnen. Meine persönliche Lebenserfahrung war das genaue Gegenteil: Das Wissen und vor allem die gemeinsamen Erfahrungen in der Sozialistischen Jugend haben mich gegen die Verlockungen, sich an dieses System anzupassen, immunisiert. Der Kapitalismus ist heute auch bei uns wieder viel brutaler geworden und wir sind noch stärker gezwungen, uns anzupassen, um nicht ganz rauszufliegen. Ich gebe ehrlich zu, dass ich diesen enormen Zwängen nachgeben muss. Aber hier weicht man oder frau der ökonomischen Gewalt – das ist notwendig. Leider! Und trotzdem und vielleicht sogar gerade deswegen bleibt man oder frau ein Roter oder eine Rote.

**Wie stark kann man die Sozialistische Jugend in ihrer Entwicklung einschätzen?
Wie hat sich die Rolle der Jugendorganisation verändert?**

Eine sehr wichtige Entscheidung war der Streit um die organisatorische Entwicklung Anfang der 90er Jahre. Die Gruppe um den Verbandsvorsitzenden Martin Winkler wollte die SJ als eine Art Serviceorganisation für Jugendliche und Plattform für kurzfristige Initiativen umbauen, zugespitzt formuliert: die SJ ähnlich dem Jugendklub der Raiffeisenbank oder der Bank Austria. Diese Konzeption ist politisch und organisatorisch gescheitert. In den 90er Jahren haben sich wieder jene Kräfte durchgesetzt, die auf Ortsgruppen und traditionelle politische Strukturen setzen. Auch im Zeitalter von Web 2.0 gibt es das Bedürfnis der Menschen nach organisatorischen Strukturen, nach Gruppen, wo Gemeinschaft und politisches Engagement sinnlich erfahrbar sind. Und nur durch Organisation kann etwas erreicht werden. Wer sich nicht organisiert, lässt andere über sich bestimmen. Sicherlich sind die jeweiligen Formen einer Änderung unterworfen. Aber die gesamte Sozialdemokratie wird nur dann eine Zukunft haben, wenn sie eine Basisbewegung mit eben solchen Strukturen bleibt.

Welche sozialen Schwerpunkte wurden in dem Zeitfenster, über das wir gerade sprechen, gesetzt?

Die grundlegenden Schwerpunkte habe ich schon genannt: Friedensarbeit – vor allem gegen Atomwaffen, im praktischen Leben der jugendlichen Interessenvertretung von Präsenzdienern und Zivildienern, Sozialbewegung – gegen Sozialabbau und Privatisierung, für Umverteilung und für Arbeitszeitverkürzung, gegen Prekarisierung und für mehr ArbeiterInnenrechte, Reform der Lehrlingsbildung, internationale Solidarität, Antifaschismus, Schulreform und Interessenvertretung der SchülerInnen. Ein wichtiger Punkt darf auch keinesfalls fehlen: die Rechte der Frauen – sowohl gesamtgesellschaftlich wie auch in der Organisation. Es war sogar in der Sozialistischen Jugend eine lange und manchmal mühselige Diskussion, bis sich Quotenregelung und gendergerechte Sprache durchsetzten.

Cap, Faymann, Gusenbauer. Viele Persönlichkeiten kamen aus der Sozialistischen Jugend in hohe Funktionen der SPÖ. Hat sich dieser „Automatismus“ oder die mögliche leichtere Durchdringung von der Jugendorganisation in die Partei verändert?

Es gab einen Kreis von linken Sozialistinnen und Sozialisten, die sich mit dem Vordenker der MarxistInnen in der Sozialdemokratie, Josef Hindels, regelmäßig im Verbandssekretariat trafen. Die TeilnehmerInnen von damals hatten oder haben wichtige Funktionen in der Sozialdemokratie, in Landtagen, im Nationalrat, in Landes- und Bundesregierungen. Haben diese FunktionärInnen alle dem Druck vonseiten des Kapitals und der bürgerlichen Institutionen nachgegeben? Mussten sie nachgeben? Hatten sie überhaupt keine andere Wahl? Josef Cap ist in jeder Hinsicht ein geradezu typisches Beispiel. Niemandem ist es gelungen, die fortschrittlichen Positionen der Sozialistischen Jugend so bekannt zu machen. Er konnte für fortschrittliche Themen viele Menschen bis weit in die Mitte der Gesellschaft gewinnen. Über 60.000 Vorzugsstimmen allein in Wien bei der Nationalratswahl 2003 sind sogar ein arithmetischer Beweis dafür. Andererseits war es mit der Opposition von Josef Cap im Parlament schnell zu Ende. „Den selben Cap begeht man nur einmal“, plakatierte der linke Flügel der Alternativen Liste. Und dieses Image hat der Sozialistischen Jugend dann auch einige Zeit sehr geschadet. Andererseits hätte er als „einzelner Linksaußen“ wenige oder keine Chancen gehabt. Die entscheidende Frage ist und bleibt: Wie kann eine sozialdemokratische Abgeordnete oder ein Abgeordneter sozialistische Politik machen? Die Kritik der Sozialistischen Jugend bei der Angelobung von Alfred Gusenbauer wegen der Einführung der Studiengebühren war richtig. Diese Aktionen haben gezeigt, welches kämpferische Potenzial in der Sozialistischen Jugend steckt. Ich habe vieles an der Regierungspolitik von Bundeskanzler Dr. Gusenbauer während seiner Amtszeit kritisiert und ich stehe heute noch dazu. Aber ich denke, es war trotzdem kurzsichtig, wie er nicht nur von den Bürgerlichen, sondern auch von Teilen der Sozialdemokratie abmontiert wurde. Er gehört sicherlich zu den wenigen SpitzenpolitikerInnen, die ein umfassendes Wissen inklusive einer guten Kenntnis des Marxismus haben. Entgegen der medialen Darstellung hat er ein rotes Kämpferherz und verfügt über die Fähigkeit zu einer klaren Analyse. Immerhin stammt der Satz, der für mich zu einem Lebensmotto wurde, von ihm: „Jede Sekunde für Frieden und Sozialismus“. Er hätte mehr rote

Politik wagen sollen und er ist einer der ganz Wenigen, der die Fähigkeit dazu hätte. Genosse Gusenbauer hätte sicherlich als einer der ganz wenigen PolitikerInnen der Sozialdemokratie das Potenzial, ein „neuer Kreisky“ oder ein „neuer Dallinger“ (fortschrittlicher Sozialminister in den 80er Jahren) zu werden. Werner Faymann war schon in seiner SJ-Zeit sehr auf Ausgleich bedacht. Das mag vielleicht bei einer Mehrheit der Bevölkerung gut ankommen, aber angesichts der Wirtschaftskrise brauchen wir SozialistInnen, die im Interesse der ArbeiterInnen und der sozial Schwachen polarisieren. Ob das unser derzeitiger Bundeskanzler schafft, da habe ich große Zweifel. Es stellt sich aber die grundsätzliche Frage, inwieweit die Sozialdemokratie in die Politik der Herrschenden eingebunden ist und wie weit Reformpolitik im Kapitalismus möglich ist. Sie ist nur möglich, wenn es starken gesellschaftlichen Druck für eine fortschrittliche Politik gibt. Die Bankenkrise, wo weltweit den Banken Milliarden aller Währungen fast ohne Auflagen gegeben wurden, hat klar gezeigt, wer regiert – die Regierungen oder das Kapital. Jene Kräfte, die bei jedem Cent mehr Arbeitslosenunterstützung oder Pensionen, für Bildung oder Umweltschutz aufschreien, hatten auf einmal bei Riesendefiziten zugunsten der Banken kein Problem. Eine Sozialdemokratie – selbst wenn sie nur Reformen im System durchsetzen möchte – muss daher Vorantreiberin von politischem Engagement sein und nicht jene Kraft, die die Massen ruhigstellt. Eine Sozialdemokratie, die ihre beiden Ziele Sozialismus und Demokratie ernst nimmt, darf sich aber mit dem Kapitalismus nicht zufriedengeben, sondern muss sich grundlegend als Alternative zum Kapitalismus verstehen. Ein Kreisky hatte ein Verständnis der SPÖ als „Partei in einem historischen Sinn“, als ArbeiterInnenpartei, die Reformen mit grundlegenden gesellschaftlichen Änderungen verbindet. Der Kapitalismus hat – wenn man ihn zum Beispiel an den Menschenrechten misst – total versagt. Millionen Hungertote weltweit, immer mehr Verarmung in den reichen Ländern, die Zerstörung der Umwelt und damit der Lebensgrundlage der Menschheit. Diese Liste lässt sich weit fortsetzen. Der Klassenkampf ist eine wirtschaftliche Realität, wenn wir unten uns nicht wehren, von denen oben wird er mit aller Härte geführt. Und die jetzige Wirtschafts- und Finanzkrise, ausgelöst von immer neuen Spielereien von Spekulanten – vielleicht auch Spekulantinnen, die mehr an DKT oder Monopoly erinnern, – haben nicht nur den moralischen Bankrott des Systems gezeigt, sondern auch seine Ineffizienz. Und wo ist die Sozialdemokratie? Wo ist die Linke? Wo ist der große Protest? Leider offene Fragen, aber sehr wichtige.

Wie war der Umgang der SJ mit der Europäischen Union. Kannst du die Entwicklung der Argumentationslinien vor und nach dem Beitritt analysieren?

Die Sozialistische Jugend hat 1988 unter dem Motto „Europa ist mehr“ eine Kampagne gegen den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, wie damals die EU hieß, gestartet. Alfred Gusenbauer gehörte zu den wenigen in der Organisation, der schon damals die Bedeutung dieses Themas erkannte und er war damals wie wir alle gegen den EG-Beitritt. Unsere Hauptargumente waren die Erhaltung der immerwährenden Neutralität Österreichs und die drohende Militarisierung der EU, die neoliberale Politik und die damit verbundene Privatisierung, Abbau sozialer und Arbeitsrechte sowie die Entdemokratisierung. In den 90er Jahren war die Sozialistische Jugend zu diesem Thema gespalten – SJ Niederösterreich und Oberösterreich waren gegen den EG-Beitritt. Ich war selbst ein engagierter Gegner des EG-Beitrittes und muss zugeben, dass ich die Auswirkungen unterschätzt habe. Gerade die Veränderungen im Arbeitsrecht durch die Schaffung der Gruppe der freien DienstnehmerInnen (mit Verlust von bezahltem Urlaub, 13. und 14. Monatsgehalt, schwankender Höhe des Einkommens je nach Auftragslage) hätte ich nicht für möglich gehalten. Und das sind heute nicht sogenannte Ausnahmen, sondern der freie Dienstvertrag ist in einigen Branchen das „Normaldienstverhältnis“. Ohne großen Widerstand vonseiten der Gewerkschaften werden in zehn, spätestens 15 Jahre die meisten ArbeiterInnen weit mehr als 40 Stunden arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, 13. und 14. Monatsgehalt werden gestrichen (diese sind im gesamten EU-Raum fast nicht zu finden), der Urlaubsanspruch wird auf drei Wochen gekürzt und das Pensionsalter auf 70 erhöht. Der Trend geht eindeutig Richtung Leistungslöhne, schwankende Einkommen und der Bereitschaft, rund um die Uhr der Wirtschaft zur Verfügung zu stehen. Darum ist zum Beispiel das Engagement von Gewerkschaften und Kirchen für den freien Sonntag so wichtig. Ich werde nicht müde zu betonen, dass das keine Horrorvisionen sind, sondern ganz realistische Befürchtungen! Und für mich als freier Dienstnehmer wären drei Wochen Urlaub sogar eine Besserstellung, weil ich derzeit null Tage bezahlten Urlaub habe. Das ist eine Folge der neoliberalen Globalisierung – nun kann man oder frau streiten, ob in erster Linie die WTO oder die EU verantwortlich ist. Ohne EU-Beitritt wäre es wahrscheinlich viel leichter gewesen, diese neuen Arbeitsformen, die immer mehr die

Norm werden, zu verhindern. Den Konzernen würde es in einem Nicht-EU-Land Österreich wahrscheinlich schlechter gehen, aber der breiten Masse ginge es ohne der Unterwerfung unter die EU viel besser. Von österreichischer Mitsprache in Brüssel spürt man oder frau genauso wenig wie vom fortschrittlichen Einfluss in der EU. Das ist – zugegeben – etwas polemisch, aber trotzdem richtig: Mich kostet die neue Politik, die uns auf Druck des angeblich so freien Binnenmarktes in der EU nicht formal, aber de facto aufgezwungen wurde, zwei Gehälter und fünf Wochen bezahlten Urlaub. Das sind nicht die einzigen Kritikpunkte an der EU: Zum Beispiel bereitet die schrittweise Militarisierung der Europäischen Union, die nahezu unbemerkt vor sich geht, und die unsere immerwährende Neutralität immer mehr aushöhlt, mir große Sorgen. Oder dass das per Bundesverfassung „atomfreie“ Österreich (d. h. frei von Atomwaffen und Atomkraftwerken) hohe Summen dem Euratom zahlen muss, jener EU-Organisation, die die Atomenergie fördert.

8.1.1.10

Interview mit Mag.^a Karin Scheele, am 4. August 2009, 16.00 Uhr

Du bist 1999, mit 31 Jahren, in das Europäische Parlament gekommen. Was waren die ersten Eindrücke? Hat es in der ersten Zeit Unterstützung von Vertreterinnen und Vertreter österreichischer Ministerien in Brüssel, dem SPÖ-Klub in Wien oder der SPÖ-Brüssel gegeben?

Der erste Eindruck im Europäischen Parlament war natürlich, dass es eine sehr große Organisation ist. Trotz alledem hat man relativ schnell gelernt, dass man als Einzelperson in dieser großen Organisation etwas bewegen kann. Die meiste Unterstützung hat es von Genossen und Genossinnen in der europaweiten Fraktion gegeben. Es hat am Anfang, hinsichtlich Hilfestellung, überhaupt keine Kontakte zum SPÖ-Klub in Wien, zur SPÖ-Brüssel oder zu Ministerien gegeben. Erst als man dann konkrete Punkte der Zusammenarbeit gefunden hat, hat der Kontakt begonnen, zum Beispiel wenn es um ein Gesetz im Umweltschutzbereich oder im Konsumentenschutzbereich ging. Dann sind Vertreter und Vertreterinnen der österreichischen Ministerien an mich herangetreten, um die Unterstützung für die eine oder andere politische Forderung zu bekommen.

Und wie stark ist die SPÖ deiner Ansicht nach in Brüssel vernetzt, auch im Vergleich zu den Konservativen?

Ich glaube, dass wir auch auf europäischer Ebene sicher schlechter vernetzt sind als die Konservativen. Im Vergleich zu den anderen politischen Ebenen glaube ich allerdings, dass die Sozialdemokraten in Brüssel relativ gut vernetzt sind. Im Vergleich zu anderen österreichischen Ebenen funktioniert die Vernetzung der Roten in Brüssel besser. Ich glaube allerdings, dass diese zu unterschiedlichen Organisationen doch ausbaufähig ist.

Hat es in den fast zehn Jahren, wo du in Brüssel warst, eigentlich Versuche der Intervention oder der direkten Einmischung bei Entscheidungsprozessen aus Österreich gegeben, wie es bei anderen Delegationen der Fall ist?

Es hat im Vergleich zu anderen Delegationen, zum Beispiel den Briten oder den Spaniern, wenig Interventionsversuche bzw. wenig Disziplinierungsversuche gegeben, aber doch einige Male. Also am intensivsten kann ich mich an die Dienstleistungsrichtlinie erinnern, wo man von uns verlangt hat, gegen einen Kompromiss zu stimmen, an dem die Sozialdemokratie federführend gearbeitet hat. Und damals hat man gesagt, dass es in den Medien bzw. in bestimmten Medien negativ gesehen wird und die Mehrheit sowieso dafür stimmt. Damit sind wir auf der sicheren Seite. Dies war die Zeit, wo die SPÖ auch in Opposition war. Es war sicherlich der Versuch, wo man am intensivsten versucht hat uns zu disziplinieren, etwas feiner ausgedrückt, zu überzeugen. Aber ohne Erfolg. Wir, die SPÖ-Delegation im Europäischen Parlament, sind zu dem Kompromiss, der über Monate hinweg erarbeitet wurde, einfach gestanden. Auch aus dem Argument, aus der Überzeugung, dass es natürlich die Gefahr gegeben hat, wenn der Kompromiss nicht kommt, kommt eine viel schlechtere, viel schlimmere, neoliberale Version eines Gesetzes.

Wie ist deiner Einschätzung nach die Trennung zwischen nationaler Politik und deiner Tätigkeit als europäische Abgeordnete. Oder wie stark ist die Durchmischung zwischen Landes-, Bundes- und Europapolitik?

Ich glaube, dass es viel zu wenig Vermischung gibt, von den unterschiedlichen Ebenen, das betrifft sowohl Land und Bund sowie Land/Bund/Europäische Ebene. Ich habe es als Europaabgeordnete nie so als Isolation empfunden. Aber im Nachhinein glaube ich schon, dass sehr viel aufgrund der persönlichen Kontakte, aufgrund einer persönlichen Positionierung irgendwie gemildert wurde. Wenn ich mir überlege, welche Dinge strukturell organisiert waren, dann war es sowohl in der damaligen Landespartei als auch zeitweise auf Bundesebene ganz wenig. Es ist ein bisschen besser geworden. Eigentlich hat man die Zusammenarbeit von Österreich aus so definiert: Wir legen uns fest, und ihr folgt der Linie. Wenn man will, dass alle politischen Ebenen eine politische Linie vertreten, dann bedarf es einer Zusammenarbeit vor der Fixierung der Position.

Was ist charakteristisch für die Politik auf europäischer Ebene? Was sind Punkte, wo du sagst, das ist typisch?

Ganz typisch für mich für Politik im Europäischen Parlament ist, dass es einen lebenden Parlamentarismus gibt. Es hängt damit zusammen, dass keine politische Gruppe die absolute Mehrheit hat. Es muss verhandelt werden. Per se gibt es die Situation nicht, dass man sagt, das ist zwar eine wichtige Forderung, aber diese kann man schon mal aufgrund der Mehrheitsverhältnisse nicht durchbringen. Ich glaube, dass es auch wichtig ist, dass es auch keinen Klubzwang gibt, das heißt es stärkt auch die Stellung des einzelnen Abgeordneten, der einzelnen Abgeordneten um eine Linie, die vielleicht ein paar Wichtige, sage ich einmal, in der Fraktion versuchen vorzugeben, dann noch in eine andere Richtung zu bringen. Mir ist das einige Male bei mir wichtigen Themen gelungen. Ich glaube auch, dass es nicht so automatisch eine Identifizierung mit den Regierungsmitgliedern, mit der Kommission gibt. Es fördert und stärkt den Parlamentarismus. Es ist auch ganz wichtig. Ich habe gelernt im Europäischen Parlament, das, was manchmal als sehr negativ bezeichnet wird, als Detailritterei, so nach dem Motto: „Die Europaabgeordneten kümmern sich um Details, entscheiden aber nicht die wichtigen Strategien und Richtungen mit“, anders zu sehen. Wenn man mit dabei sein will, bei der Festlegung einer Politik, dann muss man sich auch um die Details kümmern. Es ist einfach zu sagen, man ist für die Bekämpfung des Klimawandels, im Endeffekt muss man sich dann hinsetzen und diskutieren, bei Gesetzen, die eben Details regeln, zum Beispiel: Wie soll denn dieser Kampf gegen den Klimawandel konkret ausschauen? Ich glaube, dass das Dinge sind, die typisch sind. Wo es im Vergleich zu nationalen Parlamenten relativ wenig persönliche Untergriffe gibt. Diese bringen nichts. Sie hemmen einen dabei Mehrheiten zu bekommen, die man braucht, um Dinge durchzusetzen. Und bringen nicht die notwendige mediale Präsenz. Die heimische Politik funktioniert sicher etwas anders.

Wie hast du die Verschiebung in der öffentlichen Meinung gegenüber der EU in Österreich verfolgt bzw. empfunden? Vom Beitritt bis heute hat es doch ein Anwachsen der Skepsis gegeben?

Also seit ich Europaabgeordnete war, höre ich immer von Umfrageergebnissen, die die Skepsis der österreichischen Bevölkerung untermauern. Ich war ja als Politikerin auf europäischer Ebene aktiv. Also insofern sah oder sehe ich die Verschiebung nicht so großartig. Ich war selbst sehr skeptisch vor dem Beitritt zur Europäischen Union. Ich habe mir selbst die Mühe gemacht, mich auch mit den Vor- und Nachteilen auseinanderzusetzen.

Ich habe dann mit einem „Ja“ zum Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft gestimmt, weil ich politisch und wirtschaftlich keine Alternative für unser Land gesehen habe. Nach dem Beitritt hat sich einiges für mich erleichtert, weil ich mir nicht die Märchenwelt oder das Märchenland vorgestellt habe. Dieses Märchenland ist Österreich nicht, Deutschland nicht, Frankreich nicht und auch die Europäische Union nicht. Wenn ich mir das Verhalten, teilweise auch von führenden Politikern in Österreich anschau, von manchen Vertretern, von Interessenvertretungen, von Organisationen, dann darf es einen nicht wundern, wenn es nur ein negatives Bild von der Europäischen Union gibt. Fakt ist, dass man immer dann, wenn man etwas Gutes von Brüssel mit nach Hause nimmt, dann war man es alleine, und immer dann, wenn die Botschaft schwer zu vermitteln ist, dann waren es die Bürokraten in Brüssel oder in Straßburg. Es klingt abgedroschen, aber es ist ein Argument, das sehr oft verwendet wird. Ich glaube, dass es genau darum geht. Man will etwas in der Wahrnehmung von europäischer Politik verändern und manchmal denke ich mir, dass sehr erfahrene Politiker und Politikerinnen eine sehr feige Haltung und eine sehr unehrliche Haltung annehmen, wenn es darum geht europäische Politik zu vermitteln. Teilweise habe ich auch empfunden, dass es ein gewisser Neid war gegenüber Abgeordneten auf europäischer Ebene, weil sie einfach mehr Freiheit haben oder weil der Parlamentarismus besser ausgeprägt ist. Man hat sich mühsam im eigenen kleinen Umfeld im Land einen Namen aufgebaut, und auf europäischer Ebene ist es aber irrelevant, ob man einmal Premierminister, Umweltministerin oder Nationalratspräsident war. Ich glaube, dass das für viele Personen gilt, die in führenden Positionen sind, wo man sich fragen muss, aufgrund des Wissens, welches sie haben, warum sie nicht engagierter für Europa und europäische Politik eintreten. Man muss sich auf europäischer Ebene die Lorbeeren neu verdienen.

Du hast ja noch kurz die Regierung Klima erlebt, wie du 1999 ins Parlament gekommen bist. Wie war es in Brüssel unter der österreichischen Regierung Klimas? Hat es hier markante Punkte in der Zusammenarbeit gegeben? Hat es etwas gegeben, wo man sagen kann, es war außergewöhnlich?

Nein, war es nicht. Es war immer so, dass die „schwarzen Ministerien“ besser mit allen Abgeordneten vernetzt waren als das Bundeskanzleramt. Die Einstellung, wir machen uns das mit dem Gerhard Schröder, Jospin oder mit dem Tony Blair selbst aus, war schon sehr ausgeprägt. Wohl wissend, dass man als kleiner Staat bilateral weniger erreicht als im europäischen Kontext. Man hat einfach die Macht des europäischen Parlaments, der dort tätigen Abgeordneten unterschätzt und man tut dies auch heute noch massiv.

Also sozusagen, die schwarzen Ministerien, auch die roten Ministerien haben stärker mit den Abgeordneten zusammengearbeitet als dies vom Bundeskanzleramt gekommen ist?

Auch. Aber alles sehr auf Sparflamme. Also im Vergleich zu anderen europäischen Ländern.

Wie war die Zeit der Maßnahmen gegenüber der ÖVP/FPÖ-Regierung? Hat es konkrete Auswirkungen auf die Arbeit gegeben und wie war die Zusammenarbeit mit den KollegInnen der ÖVP? Hat man es gemerkt, dass man österreichische Abgeordnete im europäischen Parlament ist in der Zeit?

Es hat sicherlich nicht die Rolle gespielt, wie das in Österreich dargestellt war. Am Anfang, nach der Bildung der schwarz-blauen Koalition, hat es allerdings schon eine Reihe von Treffen innerhalb der Sozialdemokratie mit anderen Delegationen gegeben, um innerhalb der eigenen politischen Landschaft die Situation zu erklären, um vielleicht eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten. Es hat zwar Spannungen mit den Personen aus der Delegation der ÖVP gegeben, zumindest mit einigen. Aber die hatten mehr Spannungen mit ihren französisch-belgischen Kollegen in der konservativen Riege. Fakt ist, dass das damals konservative Frankreich und auch Belgien die Hardliner waren bei diesen bilateralen Maßnahmen. Dies war sicher für

die ÖVP-Kolleginnen und -Kollegen eine schwierigere Zeit als für die SPÖ-Delegation. Im Nachhinein muss ich wirklich sagen: Ich habe immer versucht, du kannst dir vorstellen, dass es manchmal sehr emotionale und nicht immer angenehme Diskussionen waren, zu erklären, wie es zu diesen bilateralen Maßnahmen gekommen ist. Als es dann zu einer Regierungsbildung in Italien gekommen ist, wo auch die Neofaschisten beteiligt waren, haben manche Leute, auch aus meiner Fraktion, völlig anders reagiert. Jene, die zuvor gesagt haben, Politik und Demokratie ist nicht nur das Abhalten von demokratisch nicht gefälschten Wahlen. Bei Italien meinten die gleichen Personen, dass die Parteien aber doch demokratisch gewählt wurden. Damit hat man den Unterschied gesehen, wie manche mit einem kleinen bzw. kleineren Land umgehen, und wie verhält man sich mit einem großen Land. Positiv formuliert kann man aber sagen, man hat auch gelernt, dass diese bilateralen Maßnahmen, so wie sie kommuniziert worden sind, nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt haben, sondern der schwarz-blauen Koalition in Österreich noch den Rücken gestärkt haben.

Wie war die Zusammenarbeit mit der Regierung Gusenbauer?

Die Zusammenarbeit mit der Regierung Gusenbauer war sicherlich viel besser als die Zusammenarbeit mit der SPÖ in der Oppositionszeit. Man hat in Regierungsverantwortung mehr direkte Anknüpfungspunkte zur Europapolitik. Aber sozusagen, was ich mir von Alfred Gusenbauer und seinem Team in der Opposition erwartet hätte, dass man sagt, als Vollbluteuropäer, als jemand, der internationale Politik im kleinen Finger hat: „Wir positionieren uns auch ganz klar in dieser Frage, nämlich über Boulevardmedien hinausgehend.“ Dies hat in diesen Ausmaßen nicht stattgefunden.

Was sollte die Strategie der SPÖ sein, um gegen die Skepsis in der Bevölkerung zu agieren bzw. dem entgegenzutreten?

Also ich glaube, dass es einmal notwendig ist, in den eigenen Reihen – Stichwort: Multiplikatoren – ein bestimmtes Wissen und Botschaften zu verankern. Wenn man sich anschaut, wie viele unserer Genossen und Genossinnen Angst davor haben, Europa zu diskutieren, dann braucht man sich nicht wundern, dass die

Mobilisierungskraft bei sehr schwierigen Wahlen eine enden wollende ist. Man kann diskutieren, ob die KandidatInnen die Richtigen sind. Dabei meine ich nicht unbedingt Hannes Swoboda, weil natürlich auch von den Personen eine gewisse, sehr eingeschränkte Mobilisierungskraft ausgeht. Den Eindruck, den ich jetzt habe, nicht von allen von der jetzigen Regierung, ist schon, dass man sich durch europapolitische Themen gerne durchlaviert. Man hat den Eindruck, Kritik geht über alles, und man will nur ja nichts präsentieren, wo Europa Vorteile bringt, welche Vorteile europäische Gesetze für unsere BürgerInnen bringen. Wenn man es jetzt pauschaliert, dann tut man einem Rudi Hundstorfer Unrecht, der die Vorteile des Lissabonvertrages, wenn er dann endlich kommt, bei sozialpolitischen Referaten herausfiltert. Man tut einem Andreas Schieder Unrecht. Aber ich glaube, was von der SPÖ sicherlich als Konsequenz dieses, meiner Meinung nach sehr unglücklichen Leserbriefes an die Kronen Zeitung überkommt, ist: Eigentlich will man damit nichts zu tun haben. Und in den Sonntagsreden leiert man dann ab, wie viel Prozent der Gesetzgebung in Brüssel getroffen wird. In der Haltung von vielen entscheidenden Repräsentantinnen und Repräsentanten unserer Partei, unserer Klubs, merkt man von dem allem nichts und wenn man dieses Übel nicht behebt, dann kann man gar nicht so viel Geld für eine Bewusstseinskampagne ausgeben. Wenn man nicht eine bestimmte Anzahl an Funktionären, an Menschen hat, die das nach draußen kommunizieren. Ich glaube, daran fehlt es bzw. dort, wo wir die Menschen, auch sehr junge Engagierte, haben, dort kommt man nicht zum Zug oder sie können nicht wirklich ihre Aktivitäten entfalten.

Wie hast du die Rolle und Positionierung der Sozialdemokratie bei den Maßnahmenpaketen zur Bekämpfung des Klimawandels gesehen?

Das ist noch immer ein aktuelles Thema, auch, wenn es in den Medien nicht mehr so präsent ist. Zweifelsohne war die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament bei der Bekämpfung der Ursachen für die Erderwärmung viel geschlossener als beispielsweise die Konservativen, auf die natürlich die Interessen der Industrie, der Atomlobby oder der Landwirtschaft viel stärker einwirken. Im Vorfeld hat es in unserer Fraktion und in den Nationalstaaten aber oftmals intensive Diskussionen darüber gegeben, welchen Weg man in Zukunft beschreiten soll und wie sich dieser oder jener Schritt auf die Arbeitsplatzsituation vor Ort auswirkt. Ich

denke, für die Sozialdemokratie ist diese große Herausforderung auch eine einmalige Chance, eine Transformation der Wirtschaft in Europa mitzugestalten. Die traditionellen Industriesektoren verlagerten oder verlagern ihre Produktionsstandorte in Länder, bei denen der Rechenstift der Konzernleitungen eine Verringerung der Produktionskosten ergibt. Lediglich höherwertige Verfahren, die Hightech oder sehr gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen, sind noch in Europa angesiedelt. Das Argument mancher Industriebereiche mit den hohen Umweltkosten in Europa ist eine Ausrede, die gerne benutzt wird. Umwelttechnologien kommen weltweit immer stärker zum Einsatz. Hier ist Europa in der Forschung und Entwicklung Vorreiter. Dies zu fördern und zu unterstützen ist Gebot der Stunde. Mit der Mischung aus Kreativität und neuen Ideen können hier unzählige neue 'Green Jobs' entstehen. Die Wirtschafts- und Industriestruktur verändert sich. Es ist nun unsere Aufgabe, hier mitzugestalten und zu lenken.

Was waren für dich die größten Erfolge im europäischen Parlament?

Der größte Erfolg war sicherlich ein Gesetz, wo ich Berichterstatterin war. Berichterstatterin heißt eben, man koordiniert die Arbeit des Europäischen Parlaments. Damals ging es um die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln. Damals hat die Kommission manche „revolutionäre“ Dinge vorgeschlagen, wo alle gesagt haben, es wird dir nie gelingen im Parlament dafür Mehrheiten zu schaffen. Es ist gelungen und darüber hinaus konnte ich noch einige Verschärfungen im Sinne des Konsumentenschutzes erreichen. Das war sicherlich meine Sternstunde. Es hat in vielen anderen umwelt- und konsumentenpolitischen Themen auch Glücksmomente für mich gegeben, wo ich mich einbringen konnte, wo man dann wirklich ein Gesetz verändern kann. Aber sicherlich, der größte Erfolg war es in einer sehr polarisierten Situation, hier Mehrheiten für ein Gesetz, das wichtige Fortschritte für den Konsumentenschutz bringt und wichtiger Schutz für konventionelle und biologische Landwirtschaft ist, zu erreichen.

Du warst auch 2007 und 2008 Delegationsleiterin. Was waren da Schwerpunkte, die du gesetzt hast?

2007 und 2008 war das Ziel den Spagat der Vernetzung besser zu schaffen. In Brüssel als Delegationsleiterin aufzutreten und aber auch gleichzeitig zu Hause in

den parteiinternen Strukturen präsent zu sein. Es war sicherlich ein Anliegen. Durch die Geburt meines Kindes und den Mutterschutz war die Zeit sicherlich aus meiner Sicht zu kurz um zu sagen: Wie gut hat man diesen Spagat gemacht? Hat man wirklich etwas verbessern können in diesem Bereich?

Eine abschließende Frage: Du bist in der niederösterreichischen Landesregierung auch für Integration verantwortlich. Hinsichtlich der Zugewinne der Freiheitlichen Partei gibt es in der SPÖ immer wieder Diskussionen, welchen Weg man in Zukunft hier gehen sollte. Wie ist deine Meinung dazu?

Meine Meinung ist klar: Man darf sich als Sozialdemokratie von rechtspopulistischen Parteien nicht treiben lassen, denn diese können ohne Probleme bei den Themen Asyl, Integration, Zuwanderung moralische Grenzen überschreiten, die einer inhaltlichen Selbstaufgabe einer sozialdemokratischen Partei gleichkommen. Immer wenn wir nachgeben würden, heben sie ihre Forderungen weiter an. Wir sind da immer zweiter. Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten liegt ein fundamental anderes Menschenbild als den Rechtsextremen und Rechtspopulisten zu Grunde. Es ist auch ein Unterschied, ob man Verantwortung für Menschen, positive Projekte sowie Initiativen trägt oder ob man am Stammtisch Stimmung macht. Seit vielen Jahren stülpen die Freiheitlichen allen Problemen dieses Landes das – ich sage es einmal salopp – „Ausländerthema“ über und irgendwann wirkt das leider. Ich denke, dass wir eine seriöse Debatte in dieser Frage brauchen, denn es wird oftmals alles vermischt und in einen Topf geworfen. Das ist nicht das Interesse der FPÖ, aber nur so kann man eine längerfristig erfolgreiche Politik machen. Wir müssen uns als Sozialdemokratie den gegebenen Problemen stellen. Klare Regeln unserer Gesellschaft aufstellen, dort wo es notwendig ist zum Schutz demokratischer Rechte. Auf der anderen Seite aber diesen Themenbereich positiv besetzen mit konkreten und innovativen Projekten und Initiativen, die ein Miteinander in den Vordergrund stellen. Das ist zweifelsohne der steinigere Weg, aber er schafft Glaubwürdigkeit für die SPÖ.

8.1.1.11 Interview mit Mag. Andreas Schieder, am 24. September 2009, 15 Uhr

Ich möchte mit dem Eurothema starten. Was sind deiner Ansicht nach die Hauptgründe, warum die SPÖ bei der Wahl zum Europäischen Parlament eine derartige Niederlage eingefahren hat?

Der Hauptgrund ist die geringe Wahlbeteiligung, die vor allem bei einer geringen Mobilisierung bei den SPÖ-Wählerinnen und –Wählern auftritt. Und jetzt könnte man fragen, woraus entsteht diese geringe Mobilisierung? Sie entsteht aus mehreren Faktoren: Es ist das Unverständnis, worum es bei dieser Wahl geht. Es liegt einerseits daran, weil das europäische System sich doch in wichtigen Fragen vom nationalstaatlichen unterscheidet. Das Parlament steht nicht direkt einer europäischen Regierung gegenüber. Es ist alles sehr indirekt und es gibt dabei geringes Verständnis. Ich glaube auch ein geringes Wissen über das, was die Arbeit des Europäischen Parlaments ist. Man weiß daher auch nicht genau, was hat jeder dort gemacht. Daher weiß man auch nicht genau, wen will man für die Zukunft dort sitzen haben. Da glaube ich, sind alle anderen demokratischen Ebenen – in Wien quasi von einer Bezirksvertretung, von einem Gemeinderat, von einem Landtag, von einem Nationalrat besser verankert und auch im Wissen verankert. Es gibt zweitens auch noch keine europäischen Medien, die transportieren, was machen die Leute dort, was wird dort diskutiert und was wollen die Leute. Es gibt eine Bezirkszeitung, es gibt Landesmedien, es gibt österreichisches Fernsehen und Zeitungen, aber es gibt europäisch keine Medien, die irgendeine Relevanz haben. Das bedeutet, es passiert alles im unbekanntem Raum. Dadurch gehen die Leute nicht wählen. Sozialdemokratische Wähler sind noch dazu jene Wähler, die am stärksten sich fragen, was soll das alles, wenn sie nichts lesen darüber. Zweitens auch jene, die am stärksten anfällig sind für eine Skepsis gegenüber Europa. Diese Europa-Skepsis wird natürlich auch in den nationalen Medien transportiert. Die Frage des Europabildes ist aber natürlich auch eine Frage, wo auch die nationale politische Ebene eine gewisse Verantwortung hat. Diese hat man vielleicht in unserer Partei nicht ausreichend stark genug wahrgenommen. Ich habe das Gefühl, dass dies bei den Grünen, obwohl die gegen den Beitritt Österreich zur Europäischen Union waren, eigentlich anders ist. Ich kenne das nur von Wahlsprengeln in meinem politischen Bezirk, wo ich Vorsitzender bin, dort können sie fast zu 100 Prozent ihre Leute

mobilisieren. Wenn man es jetzt vergleicht mit Bezirksvertretungswahlen und nicht mit Nationalratswahlen. Das Gleiche trifft für die ÖVP zu. Es trifft nicht zu auf die SPÖ und auf die FPÖ. Die anderen Protestparteien sind quasi Nutznießer von den Problemen der SPÖ. Es liegt, so glaube ich, auch ein bisschen daran, desto bildungsferner die Schichten, desto schwieriger ist es das Projekt Europa erlebbar, verständlich und fühlbar darzustellen.

Du hast ja schon angesprochen, dass die SPÖ-Wähler sehr skeptisch sind. Was ist deiner Ansicht nach die Aufgabe oder sollte die Herausforderung für die SPÖ sein? Was soll man tun, um das Projekt Europa stärker zu kommunizieren?

Ich glaube, da gibt es mehrere Ebenen. Das eine ist die klassische Ebene, nämlich erzieherisch, bildend tätig zu sein und zu erklären: Wie funktioniert Europa? Was macht das für einen Sinn, das Europäische Parlament? Was ist der Einfluss des Europäischen Parlaments und dass es quasi auch nicht egal ist, wer dort sitzt. Plus die Ebene: Was haben die gemacht in der Vergangenheit? Selbstkritisch zu sagen, schauen wir uns die Medien der SPÖ an. Würde man sich die letzten fünf Jahre anschauen, würde man draufkommen, dass die Berichterstattung über die Arbeit in Europa in den eigenen Medien ganz gering ist, das heißt wir nutzen auch selbst unsere eigenen Kanäle nicht, um klarzustellen: Was machen unsere Leute in Europa. Es ist technisch auch oft schwierig. Es ist natürlich auch zeitmäßig ganz schwierig, weil die ihren eigenen Europafahrplan haben. Wir haben unseren eigenen Österreichfahrplan, und Länder haben dazu noch ihren eigenen Länderfahrplan. Und dass du dich als Europäer dann da noch hineinzwängst, ist ganz schwierig. Erstens hat die SPÖ eine Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern und ihren Sympathisanten zu signalisieren, was ist Europa, wie funktioniert das alles und es auch erlebbar machen. Wir haben es vernachlässigt. Europaexkursionen zu organisieren und auch zu berichten, was passiert dort, was wird dort gerade diskutiert. Europäische Themen sind manchmal nicht so einfach darzustellen. Weil wir haben neben den ideologischen Hürden auch nationale Systemunterschiede. Nicht alles, was wir auf europäischer Ebene diskutieren, ist eine Frage, die sich mit nationaler sozialdemokratischer Ideologie beantworten lässt. Aber auch manchmal, weil es in Österreich eben so ist. Anti-Atomkraft oder Neutralität sind starke Dinge,

die natürlich mit der Ideologie auch zu tun haben, aber auch mit unserem österreichischen System. Es ist halt so, dass in gewissen Fragen das britische System anders ist, das portugiesische System anders ist, das schwedische System anders ist. Es ist ein langfristiger Fehler, dass wir eine gute europapolitische Diskussion hatten – 1994 als wir beigetreten sind – und die dann vollkommen weggebrochen ist. Und wir uns gleichzeitig auch noch begonnen haben vor jenen politischen Kräften, wie FPÖ, Hans-Peter Martin und andere, die mit einem anti-europäischen, populistischen Kurs fahren, zu fürchten. Jene, die auch auf sozialdemokratische Wähler abgezielt haben, die aus irgendeinem Grund europaskeptisch sind. Es ist uns nicht gelungen darzustellen, dass wir zwar für Europa sind, aber gleichzeitig für ein anderes Europa stehen. Und der dritte Punkt vielleicht in dem Zusammenhang ist schon auch, dass es in Wahrheit in Zeiten wie diesen noch viel mehr Europa braucht. Es ist gar nicht gelungen darzustellen, wo tut wer was in Europa. Und wir uns auch eingelassen haben auf diese Populismusschiene und manchmal Europa skeptisch zu beantworten. Damit haben wir natürlich den eigenen Wählern signalisiert: Es ist eh alles sinnlos, du brauchst nicht hingehen. Und diese Wählerinnen und Wähler holt sich natürlich dann der, der noch stärker sagt, das sind doch eh alles Lügner und Betrüger. Es ist schade, sag ich auch ganz ehrlich dazu, weil wir von den Rahmenbedingungen her eigentlich die stärkste europapolitische Partei sind. Wir hatten als erste unsere europäische Partei mit der SP. Wir hatten als erste eine europäische Jugendorganisation mit der ECOSY. Wir haben ein SP-Frauenetz. Wir haben alle Strukturen. Wir sind aus der Geschichte her internationalistisch. Es ist uns aber nicht gelungen, es ausreichend darzustellen.

Der Mitgliederschwund der SPÖ ist wie bei allen großen Volksparteien enorm und auch die schleichende Überalterung tritt in vielen Sektionen oder Organisationen zutage. Soll die SPÖ weiterhin eine Mitgliederpartei bleiben oder soll man neue Wege gehen?

Es gibt hier kein „Entweder – Oder“. Wir sind eine Mitgliederpartei. Wir haben nach wie vor im sechsstelligen Bereich Mitglieder. Es ist auch im internationalen Vergleich eine fantastische Zahl. Wenn man es pro Kopf durchrechnet, haben wir noch immer mehr Mitglieder als die Deutschen, die Franzosen, die Italiener und die Spanier. Wir

müssen uns gleichzeitig auch überlegen, was macht diesen Moment der Mitgliedschaft aus. Wir haben, glaube ich, wesentlich mehr Mitglieder über 90 Jahre als unter 30. Unsere starken Mitgliederzahlen haben wir in der älteren Generation und Junge werden weniger gerne Mitglied. Jetzt muss man erkennen: Die wollen sich nicht komplett binden. Wenn, dann werden sie nicht mehr Mitglied wegen irgendwelchen Vorteilen, die sie sich erhoffen, auch nicht aus Tradition heraus, auch nicht aus einem Klassenzugehörigkeitsgefühl. Sondern wenn, dann wollen die mit der SPÖ etwas erleben. Die brauchen keinen Sozialraum. Die brauchen nicht die Sektion, damit sie dort hingehen am Abend und Schnitzel kochen oder schnapsen können. Sie wollen einen politischen Auftrag. Ich glaube, die Lösung dieser Frage liegt auch in der stärkeren Politisierung unserer Partei. Das heißt Inhalte diskutieren, Leben, Politik diskutieren – auch „Grätzlpolitik“ – und europäische Politik erlebbar machen, Austausch organisieren, natürlich mit notwendigen Kulturveranstaltungen, Freizeitveranstaltungen, Gemeindebaufeste, Zeltfeste etc., damit man noch mit Leuten in Kontakt kommt. Es ist die Chance um als Partei auch Gespräche zu haben. Es gab die Zeit, wo wir in Opposition waren, wo die Medien uns auch ganz schlecht behandelt haben, wo wir wenig Spielraum gehabt haben. Da war es eigentlich die Bewegung SPÖ, die Mitgliederbewegung, die uns am Leben erhalten hat. Ich erinnere an die erste Wahl nach diesem Schwarz-Blau-Desaster war dieser Publikumsrat des ORF. Eine eigentlich, wenn man so will, nicht extrem bedeutende Wahl, aber wir haben es geschafft, zu gewinnen, weil unser Mitgliederapparat bewegbar war, das heißt es entsteht auch Kraft daraus.

Und die Attraktivität für Jugendliche? Die SPÖ war bei der Nationalratswahl, bei der Europawahl und bei verschiedenen Landtagswahlen 2008 in den jüngeren WählerInnensegmenten nicht gerade erfolgreich.

Es ist eine schwierige Frage, weil alle Umfragen sagen, dass die FPÖ so stark unter Jugendlichen ist, und die ÖVP auch. Die Grünen nicht mehr. Die waren es, als ich jung war. Da waren sie stark bei den Jugendlichen, aber die sind mitgealtert mit den Grünen. Ich glaube, dass wir erstens als SPÖ stolz sein müssen auf unsere Jugendorganisationen. Was der wirkliche Vorteil bei sozialdemokratischen Jugendorganisationen ist, und das darf man bei allen anderen Dingen nicht vergessen: Sie lernen und lehren jungen Leuten eigenständig zu denken, selbst

nachzudenken, was ist das Richtige. Und diese Leute, finde ich, sind viel besser als jene die nur abschreiben, was ihnen andere sagen. Das ist quasi für die Nachwuchspflege überaus wichtig. Dafür, dass wir auch in der Zukunft gute Politiker haben, ist das entscheidend. Und natürlich müssen wir auch gemeinsam diskutieren, wie können wir stärker mit jungen Leuten einen Dialog führen. Da haben wir ein echtes Manko als SPÖ, glaube ich. Anscheinend reicht es nicht aus, junge Köpfe in Positionen zu bringen.

In der öffentlichen Wahrnehmung erscheint die SPÖ sogar oft als eine der strukturkonservativsten Partei, was Entscheidungsstrukturen, Notwendigkeiten bei Besetzungen anbelangt.

Höchstwahrscheinlich ist die SPÖ entscheidungskonservativ, was ihre Struktur betrifft. Höchstwahrscheinlich aber im gleichen Ausmaß wie alle anderen Parteien. Die Grünen sind ebenso strukturkonservativ. Die kennen manchmal nicht einmal die geheime Wahl. Sondern da stimmt jeder auf seinem Sitzplatz am Parteitag ab. Der Sitznachbar kann auch noch ein bisschen mitschauen, was du tust. Da gibt es noch ein anderes Politikmodell, nämlich jenes der FPÖ. Einer bestimmt und diktiert, was los ist. Das will ich schon gar nicht. In einer traditionellen demokratischen Partei gibt es aber natürlich auch Skepsis gegenüber Veränderung, nach dem Motto: „Geh, das haben wir so noch nie so gemacht.“

Und das Netzwerk der SPÖ. Man sagt ja immer, dass die ÖVP in diesem Land sehr durchstrukturiert ist.

Ja, das glaube ich auch. Die ÖVP ist vor allem in jenen Bereichen stark durchstrukturiert, wo es um informelle Interessennetzwerke geht. Die alte Ansicht, dass es ein Klassenbewusstsein gibt, und zwar nicht nur bei der Arbeiterklasse, sondern auch bei der Unternehmerklasse, zeigt sich hier unabhängig vom ÖVP-Parteibuch. Und unabhängig davon, ob man in manchen weltanschaulichen Fragen ein bisschen moderner oder ein bisschen weniger modern ist, existiert da ein Netzwerk. Es gilt für den Bankensektor, Industriesektor hin zum Gewerbesektor ganz, ganz stark, dass es hier ein wirtschaftspolitisches, konservatives Netzwerk gibt. Und ein sozialdemokratisches Netzwerk, das quasi eine gewisse offene

Gesellschaftsform sieht, eine gewisse Liberalität in kulturellen und Lebensfragen und auch in der Wirtschaft stärker Wachstum, Lebensqualität, Beschäftigung, Nachhaltigkeit als Faktoren einbringt, ist sehr schwach ausgeprägt. Es ist aber eine Sache, wo man auch, glaube ich, das als SPÖ erkennen muss. Es sind nicht nur die traditionellen Kanäle, die uns mit Leuten in Kontakt bringen. Es sind die Freiberufler, Internet-Unternehmer, Designer, Jungkünstler, Personalberater, Werbegurus etc. Das sind auch Leute, die für sozialdemokratische Zielrichtungen teilweise zumindest ansprechbar sind.

Schafft die Sozialdemokratie die Durchdringung nach außen? Zum Beispiel Leute, die in der Privatwirtschaft oder in Behörden arbeiten. Schafft man hier Sympathisanten an die Sozialdemokratie zu binden und im Dialog deren Know-how zu nutzen?

Es ist sehr schwierig aus der Oppositionsrolle heraus so etwas zu organisieren. Es sind ja auch starke Netzwerke, die der Macht folgen. Nachdem die Sozialdemokratie seit zwei Jahren mitregiert oder die Regierungschefs stellt, quasi wieder mit an der Regierung ist, ist es eine der großen Aufgaben, hier auch wieder Netzwerkstrukturen, Diskussionsstrukturen zu schärfen. Um zum Beispiel zu zeigen, es gibt auch in der SPÖ Leute, die können wirtschaften, die können wirtschaftlich denken.

Du kennst ja den Spruch: „Die SPÖ ist der Doktor am Krankenbett des Kapitalismus.“ Es wird jetzt sehr intensiv über das gesellschaftspolitische Konzept diskutiert. Auch im Zusammenhang mit der ‘Krise’ der europäischen Sozialdemokratie. Wo will die Sozialdemokratie hin?

Sehr interessante Frage. Ist es nicht die Sozialdemokratie oder ist es nicht auch zumindest die Sozialdemokratie, die den Kapitalismus jetzt in dieser entscheidenden Phase des letzten Jahres gerettet hat oder mitgemacht hat bei der Rettung. Das heißt, die Sozialdemokratie ist in Wahrheit natürlich eine Bewegung, die das gesamte gesellschaftliche Spektrum sieht aber sagt, unsere Gesellschaftsorganisation, sprich das wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenleben bedarf Regeln. Regeln, die ermöglichen, dass der Einzelne seine Chancen möglichst gut wahrnehmen kann, unabhängig wo er herkommt, und Regeln auch, dass nicht der Stärkere quasi alles

macht und der Einzelne draufzahlt. Die Wirtschaftskrise ist in Wahrheit – seit einer 20 – 30 Jahren andauernden schrittweisen Deregulierung – quasi Entfesselung des Kapitalismus. Und die Sozialdemokratie ist daher nicht der Arzt am Krankenbett, sondern eigentlich jene Kraft, die den Kapitalismus fesselt, dass er für das menschliche Leben optimale Leistungen bringt.

Du bist ja auch Bezirksparteivorsitzender. Gerade in Wien gibt es in einigen Sektionen eklatante Probleme. Gibt es Möglichkeiten diese wieder zu beleben bzw. zu attraktivieren?

Es sind eben diese Mühen der Ebene – wie organisiert man politische Arbeit? Ich bin sehr mit der Partei aufgewachsen, dass ich natürlich auch sehe, wo wir herkommen. Eine Organisationsstruktur, wo in jedem Gemeindebau unten ein Parteilokal ist. Das wussten alle Mieter, dort ist die Partei und da gehen wir hin, wenn wir Sorgen haben. Dort gehen wir hin, wenn man was wissen will und dort sitzen alle Leute. Inzwischen haben sich die Strukturen so verändert, dass erstens einmal sozialdemokratische Wähler oder potenzielle sozialdemokratische Wähler nicht mehr im Gemeindebau wohnen, sondern auch woanders. Ich kann mich noch an Erzählungen erinnern, wie die SPÖ Fernsehabend organisiert hat. Keiner hatte einen Fernseher. Eine lustige Geschichte aus meinem Bezirk. Johanna Dohnal hat lange bevor sie Staatssekretärin war, als Bezirksfunktionärin in Penzing Fernsehabend organisiert. Sie hat einen Fernseher in ein Lokal gestellt und man kam zuschauen, weil keiner einen Fernseher zu Hause gehabt hat. Es ist natürlich toll. Weil man natürlich nach der Nachrichtensendung die Diskussionsmöglichkeit oder die Deutungsmöglichkeit hat. Inzwischen hat sich die Welt geändert. Wir haben auch keine Parteizeitung mehr. Auch die Medienlandschaft und Informationslandschaft hat sich geändert. Und sie ist gerade noch einmal in einer Änderung. Nämlich mit dem Internet. Wenn wir uns anschauen, wie junge Leute das Internet nutzen, ist das noch einmal ganz anders. Da schaut man nicht mehr ZIB 1 im ORF. Wenn man wissen will, was los ist, weiß man das schon aus dem Internet. Man will nur noch schauen, wie der ORF darüber berichtet. Das heißt, die Aufgabe der SPÖ ist weniger, sozialen Raum zu schaffen für jene Leute, die nicht wissen, was sie am Abend tun soll. Inzwischen organisiert das Privatleben jeder für sich selber. Also die Notwendigkeit ist, Politik zu diskutieren: Was will man in seiner Nachbarschaft, was will man in seiner Stadt, was will man in

seinem Bezirk, was will man in seinem Land, was will man in Europa. Und diese Diskussion bereitzustellen ist Aufgabe zukünftiger Sektionen. Diese Transformation ist sehr schwierig, vor allem deshalb auch schwierig, weil uns natürlich das Geld vorne und hinten fehlt. Ein Sektionslokal heutzutage schaut natürlich so wie in den 60er Jahren aus – aber etwas mehr abgesehen und abgewohnt. Nicht wirklich attraktiv. Aber es ist natürlich sehr schwierig, weil die Leute dort auch wirklich wichtige Arbeit leisten – auch wenn sie nur mehr fünf sind und nicht mehr 30 wie früher. Was ganz anderes, und das sehe ich als Bezirksparteivorsitzender, ist der Welttag des Kindes. Da werden bei uns im Bezirk, aber auch in allen anderen Bezirken, neben Luftburgen und Zauberer Kinderspiele unter freiem Himmel organisiert. Und ich merke bei uns, die Leute nehmen es extrem gut an, weil sie froh sind Angebote für sich und ihre Kinder zu haben, Freizeitangebote die abseits der Kommerzwelt sind. Die Hauptattraktion ist bei uns zum Beispiel eine Rollerbahn. Diese Rollerbahn ist bei einem alten Supermarkt aufgebaut worden, wo man als Kind in einem Bäckereisteigerl drinnen sitzt und hinunterrollen kann. Es ist nicht kommerziell, kostet nichts und macht Spaß. Es kommen alle Schichten dort zusammen. Ich merke auch, dass es allen wichtig ist. Dort reden mich Doktoren an, die gut verdienen, oder Zuwandererkinder. Und da sieht man schon, dass die SPÖ als einzige Partei in dieser Stadt, diese Integration aller gesellschaftlichen Schichten schafft und die Kraft hat, ein politisches Angebot für alle Schichten zu haben. Wenn der Arzt kommt und sagt: „Ich finde Gratiskindergarten super, nicht weil ich mir selber etwas erspare, sondern weil alle Kinder quasi in den Genuss kommen und zusammenkommen. Egal ob es ein Kind vom Balkan ist, das Kind aus der Türkei oder das Österreicherkind.“ Also das bietet sonst keiner.

Ist es auch die größte Stärke der SPÖ Wien?

Es ist die Stärke, wenn wir uns dessen bewusst sind. Es ist auch die Stärke gegenüber Schlechtmachern wie H.C. Strache. Das merke ich auch im Gemeindebau. Wenn wir im Gemeindebau stehen und wir mit den Leuten diskutieren, dann wird natürlich sehr kontroversiell diskutiert. Alle Probleme bekommst du da abgeladen. Aber wir sind die Einzigen als Partei und auch individuell, die wissen, was los ist in der Gesellschaft. Das merke ich auch in der Regierung. Es sind die Sozialdemokraten, die wissen, was es heißt für Leute, arbeitslos zu sein. Für einen

Jugendlichen keine Lehrstelle zu finden oder sich zu überlegen: Ist es gescheit, dass mein Sohn studiert? Die Konservativen in dieser oder der letzten Regierung können sich das gar nicht vorstellen. So etwas kennen sie nicht. Und dies ist der Unterschied. Wir sind so in Kontakt mit den Leuten, dass wir wissen, was die Realität ist. Wir haben Bezirksräte, die über 20 sind und schon intensiv vor Ort mit den Leuten reden. Das ist unsere Stärke. Das ist die Stärke der SPÖ. Ob es aber eine Stärke ist, die sich immer bei den Wahlen direkt auswirkt, ist natürlich eine andere Sache.

8.1.1.12 Interview mit Mag. Marcus Schober, am 3. September 2009, 11:30 Uhr

Die Bildungsarbeit läuft traditionell sehr stark über die Strukturen der SPÖ. Inwieweit spielt die Loslösung der Bevölkerung von der Parteibindung und damit auch der Mitgliederrückgang und folgend auch die Schwächen der Strukturen hier eine Rolle?

Es ist grundsätzlich ein Problem, dass sich die Bevölkerung von der Politik distanzieret. Es ist eine der größten Aufgaben, die die Politik hat: „Wie schafft man es wieder, Politik in die Gesellschaft zu bringen?“ Es ist einerseits eine große Forderung, die wir stellen müssen, die seit den 1970er Jahren aufrecht ist, dass wir Bildung in die Schulen bringen. Von Bruno Kreisky wurde auch initiiert, dass man über die Akademien versucht hat, auf der einen Seite parteipolitische und auf der anderen Seite Angebote für die breite Masse zu machen. Es ist damit ein Versuch gelungen, Politik wieder interessanter zu machen. Die Aufgabe, die politische Parteien haben, und damit die SPÖ, die sie auch wahrnimmt, ist einerseits die Mitglieder, Mandatäre auszubilden, aber auch das Angebot sehr breit zu halten. Hier ist die SPÖ ein Vorzeigeobjekt. Man merkt auch, dass andere Parteien dieses Vorzeigeobjekt in ihre Strukturen übernehmen wollen.

Wie definierst du die wesentlichen Schwerpunkte von Bildungsarbeit einer Volkspartei, wie dies ja die Sozialdemokratie vom Anspruch her noch ist?

Erstens sollte man das Demokratieverständnis schärfen. Gerade, wenn sich ein Großteil der Bevölkerung vorstellen kann, wieder durch eine Person geführt zu werden, ist es ganz wichtig, dass man demokratiepolitische Schwerpunkte setzt. Zweitens sollte man den Kontakt zu politischen Persönlichkeiten und Mandatären herstellen und sich auch kritisch mit den Meinungen der anderen auseinandersetzen. Ich glaube, dass dies ein Defizit der österreichischen Innenpolitik ist, wenn man sich andere Länder in Europa anschaut, die das ganz anders praktizieren. Bei uns finden Diskussionen aber oft nicht statt und oft werden verschiedene Ideen unter den Parteien nicht kritisch diskutiert. Es diskutieren die Parteien einzeln ihre Vorstellungen, aber dieser Austausch unter den Parteien findet für mich viel zu wenig

statt. Dieses große Defizit besteht auch zwischen den Jugendorganisationen der verschiedenen Parteien. Also kritisch Positionen zu hinterfragen, aber mit einem großen Demokratieverständnis.

Was sind neue Wege, um Interessierte zu erreichen bzw. an die Sozialdemokratie zu binden?

Es gab selten so viele Wege, Menschen anzusprechen, wie in der heutigen Zeit. Du musst jeden Weg ausnützen. Sei es jetzt über moderne Medien, sei es jetzt über die klassische Form von Veranstaltungen. Dann musst du gezielt schauen, dass du keine rein parteipolitischen Veranstaltungen machst, sondern dann sehr wohl mit Expertinnen und Experten, Politikerinnen und Politiker die kritischen Fragen dieser Zeit diskutierst. Fragen, die auch die Menschen wirklich betreffen.

Findest du eigentlich, dass die Durchlässigkeit der SPÖ nach außen hin gegeben ist? Nicht-Mitglieder und SympathisantInnen haben sehr wenige Möglichkeiten direkt mitzuarbeiten, sich auch einzubringen. Siehst du da eine Chance auch für die Bildungsarbeit?

Ich finde genau das Gegenteil. Jeder, der sich engagieren will, kann sich in der Sozialdemokratie engagieren. Es wird oft übersehen, dass von den ganzen Strukturen her, von Bezirk, Land, du fast immer die Möglichkeit hast, dich in einer Form zu engagieren. Dennoch sehe ich aber hier noch große Chancen für den Bildungsbereich. Dass du, wie in einem Aufgabengebiet, dich sehr leicht mit thematischen politischen Feldern auseinandersetzen kannst und da auch sehr leicht die politischen Mandatare hautnah kennenlernenst, um auch was bewirken zu können.

Soll die SPÖ deiner Meinung nach eigentlich eine Mitgliederpartei bleiben?

Unbedingt. Das ist auch das Ziel der SPÖ Wien. Hier versuchen wir alles, dass wir nicht den Weg gehen, den schon einige sozialdemokratische Schwesternparteien gegangen sind. Gerade für die SPÖ Wien kann ich sagen, dass es unbedingt notwendig ist, eine Mitgliederpartei zu bleiben.

Bringen neue Formen der Parteiarbeit nicht auch Gefahren für die herkömmlichen Strukturen? Oder soll es parallel laufen?

Es ist ganz wichtig, dass es immer wieder Gefahren gibt für herkömmliche Strukturen. Viele Strukturen sind viel zu lange in der Form verharnt, wie sie jetzt sind. Es ist einer unserer Grundursprünge, dass wir für Veränderung sind. Ich sehe das weniger als Gefahr, sondern mehr als Chance.

Die Sektionen sind immer Gesprächsthema in Wien, weil es teilweise wenig Interesse von den Mitgliedern gibt sich hier aktiv einzubringen. Was können Wege sein, wie man dies attraktiver gestalten kann? Oder soll man darauf verzichten?

Ich glaube, dass es gerade in der jetzigen Phase, egal welches Thema man jetzt hernimmt, ob es Migration ist oder andere Felder, die gerade diskutiert werden, dass die Sektion vor Ort, mit Leuten, die sich engagieren, ein wichtiger Bestandteil ist. Man muss sich natürlich Gedanken machen. Man muss versuchen die Jugend wieder für Politik zu interessieren. Da bestehen große Chancen vor allem in der Bereitstellung von Raum, in der Bereitstellung von Möglichkeiten politische Leute direkt zu treffen. Man muss die Veränderung auf jeden Fall hernehmen, um etwas Neues zu gestalten. Sektionen zu schließen, finde ich prinzipiell falsch. Man muss sich überlegen, ob es nicht modernere Formen gibt, dass man sagt, man bildet gewisse politische Zentren, die auch von anderen Vereinen genutzt werden können. Ich vertrete die Auffassung, dass die alten Strukturen grundsätzlich erhalten werden müssen, aber in einer neuen Art und Weise.

Die FPÖ hat mit der Aussendung ihres Bildungsprogrammes für Jugendliche eigentlich in diesem Bereich eine neue Offensive gestartet. Was hat die SPÖ jungen Menschen anzubieten?

Die SPÖ hat viel mehr anzubieten als in diesem Papier steht. Die SPÖ kommt ja ursprünglich aus der Bildung, aus der Erwachsenenbildung, aus den ganzen Volksbildungsheimen. Wir brauchen uns gar nicht überlegen, was wir zusätzlich anbieten müssen. Wir müssen uns überlegen, wie wir es dementsprechend

bewerben. Wenn man sich die Angebote anschaut, ist das, was von der FPÖ am Tisch liegt, gar nichts Neues. Da wird man schauen, ob es in dieser Form funktioniert. Auch wenn man sich die Themen anschaut. Es ist eine sehr populistische Form der politischen Arbeit. Ich kann nur von den Akademien reden, von denen ich auch Einblick habe, egal ob es die 'Politische Akademie' ist, die 'Grüne Bildungswerkstatt' oder das 'Renner-Institut', die wirklich seriöse Arbeit im Sinne der Demokratie leisten; das sehe ich aber in diesem Rahmen nicht.

Die Jugendfrage ist für die Sozialdemokratie, wenn man sich die WählerInnensegmente anschaut, entscheidend. Wie siehst du die zukünftige Entwicklung? Welche Schwerpunkte sollen gesetzt werden um sich diesem Altersbereich zu nähern?

Man muss es differenzieren. Diese Studien, dass die Jugend sehr zur FPÖ tendiert, sind in Wien nicht so gegeben, so wie in anderen Bundesländern. Hier sieht man schon, dass sowohl auf gewerkschaftlicher Seite als auch auf bildungspolitischer Seite, was die Schulen betrifft, etwas anderes läuft, als in anderen Bundesländern. Man muss auf jeden Fall schauen, dass die Jugend von heute nicht in eine Spaß-Politik-Kultur abdriftet. Was die Jugendlichen verblendet, ist das, was Strache macht und wie er sich darstellt. Das ist keineswegs eine Politik. Man muss den Jugendlichen wirklich vor Augen führen, was dahintersteht und welche Politik dahintersteht. Wenn dies gegeben ist und man es schafft, kritisch zu diskutieren, wird das, was Strache macht, sehr leicht zu entschlüsseln sein.

Was ist dir in deiner Tätigkeit als Wiener Bildungssekretär besonders wichtig?

Wir müssen einfach zeigen, dass wir uns jeder Diskussion stellen, sei sie auch kritisch. Dass die SPÖ eine Partei ist, in der man kritisch diskutieren kann, in der man Meinungen auch wirklich loswerden kann. Wo man dann auch sehen kann, dass man was bewirken kann. Diesen Weg werden wir weiter beibehalten.

Und konkrete Projekte, die du initiiert hast?

Konkrete Projekte sind, dass wir zum Beispiel die einzige Partei sind, die eine Parteischule hat. Nicht eine Kaderausbildung, aber wir versuchen Leute, die sich in der Sozialdemokratie engagieren, wirklich mit einem fundierten Wissen auszustatten, das nicht nur die Sozialdemokratie umfasst, sondern sich auch sehr kritisch mit anderen Parteiprogrammen auseinandersetzt. Dies ist ein Projekt, wo man sagt: Wenn sich jemand für die Politik engagiert, kriegt er bei der SPÖ die Möglichkeit auch in die Tiefe zu gehen, die Strukturen und Abläufe kennenzulernen. Dieses Projekt werden wir weiterführen. Wir werden auch in verschiedensten Themenbereichen, sei es internationale Politik oder EU, gezielt Ausbildungen anbieten. Es darf nicht sein, dass das Thema 'Europäische Union' lediglich fünf Monate vor einer Wahl zum Thema wird. Die SPÖ wird sich in ihrer langjährigen Tradition wieder mit internationalen oder europäischen Themen intensiver auseinandersetzen. Weil wir, meiner Meinung nach, unsere Geschichte und unsere Tradition haben, und das ist etwas, was ich auf jeden Fall forcieren werde.

8.1.1.13 Interview mit Günter Steindl, am 24. August 2009, 10:00 Uhr

Der Mitgliederschwund der SPÖ ist wie bei allen großen Volksparteien enorm. Es gibt auch das Problem der schleichenden Überalterung der SPÖ. Soll die SPÖ in Niederösterreich weiter eine Mitgliederpartei bleiben oder soll man neue Wege gehen?

Ich glaube, das eine schließt das andere nicht aus. Auf der einen Seite sind wir traditionell eine Mitgliederbewegung und eine Mitgliederpartei, wo wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, dass wir weiterhin zu Mitgliedern kommen. Wenn du keine Mitglieder und Funktionäre hast, kannst du als demokratische Partei nicht überleben. Die Mitgliederstruktur war immer das Rückgrat unserer Bewegung, daher müssen wir alles daran setzen, dass wir das dementsprechend aufrechterhalten. Die Frage ist, welche neuen Methoden ich anwende, um neue Mitglieder zu bekommen. Welche Methoden versuche ich, dass es attraktiv ist, ein Stück des Weges mit uns zu gehen? Muss ich immer gleich Vollmitglied werden, mit allen Rechten und Pflichten, oder gibt es Alternativlösungen? Oder dass man sagt, man ist in dieser Aktionsgruppe oder in dieser Themengruppe dabei. Wie schaut es aus mit Familienmitgliedschaften? Ist es heute wirklich so, dass wenn die Eltern bei der Partei sind, dass das Kind sozusagen auch Vollmitglied sein muss? Oder gibt es ein Familienangebot? Alles ist zu überlegen, zu hinterfragen und neu zu strukturieren. Ja, wir müssen weiterhin eine Mitgliederpartei bleiben. Wir müssen aber auf der anderen Seite neue Finanzierungsformen schaffen, damit wir finanziell das Rückgrat haben, um im politischen Alltagsleben dementsprechend wahrgenommen zu werden.

Mit der Mitgliederstruktur alleine kann man die Organisationsstruktur, die man hat, nicht finanzieren. Gibt es da Überlegungen einer großen Strukturreform? Oder versucht man in kleinen Schritten über die Runden zu kommen?

Gescheit wäre eine große Strukturreform durchzuführen. Nur merke ich, dass das natürlich mit vielen schon gewohnten Arbeitsabläufen zusammenhängt, dass auf der Bezirksebene eine Solidarisierung stattfindet zwischen hauptamtlich Beschäftigten und Funktionären. Das eine ist, das am Reißbrett zu kreieren und aufgrund der finanziellen Gegebenheiten umzusetzen. Das Zweite ist, die Menschen davon zu

überzeugen, weil jede Veränderung, die man verordnet, stößt sofort auf Ablehnung. Dies ist die große Herausforderung. Wenn man es umsetzen könnte, wäre in Wirklichkeit der große Schritt der bessere. Da jeder Bezirk, annähernd jeder Bezirk, einen eigenen Bezirksgeschäftsführer hat, will man sich als Funktionär ihn auch nicht wegnehmen lassen, weil es auf die Reputation oder den Einfluss Auswirkungen hat. Für die Parteistruktur ist es aber unbedingt notwendig, eine Reform zu machen.

In den größeren Städten in Niederösterreich gibt es ja die Unterteilung der Organisationen in Sektionen. In Wien gibt es in vielen Sektionen Probleme. Wie schaut es hier in Niederösterreich aus?

Es gibt natürlich laufend Zusammenlegung von Sektionen. Es gibt aber auch Zusammenlegung von Ortsgruppen, weil man einen Stadtausschuss hat und mehrere Ortsgruppen, dann wird in vielen Bereichen zusammengelegt. Tatsache ist, dass, wie im Freiwilligenwesen, also Rotes Kreuz oder Feuerwehr, auch politische Parteien unter Nachwuchsmangel leiden. Man muss erstens dagegen arbeiten. Zweitens kann man nicht ständig sagen: Früher war alles besser und man nimmt die alten Bilder her. Es wäre natürlich zu gut, wenn man wieder die alte Situation hätte. Man muss dies aber zur Kenntnis nehmen. Wenn man als Vergleich hernimmt, wie heute Kommunikation über E-Mail läuft, damit die Funktionäre schnell informiert sind, das war vor fünf oder sieben Jahren überhaupt nicht der Fall. Da war eine ganz andere Kommunikationsstruktur bei den Funktionären. Heute mit E-Mail bin ich topinformiert. Wenn man sich zusammensetzt am Abend und wieder diskutiert, bin ich viel schneller und besser informiert.

Gibt es bei den Ortsorganisationen Überlegungen, wie man diese attraktiver gestalten kann?

Die gibt es. Es hat aber unmittelbar damit zu tun, was das Aufgabenfeld bzw. der Aufgabenbereich eines Bezirksgeschäftsführers an sich ist. Weil man braucht ja einen vor Ort, der das dann umsetzt. Und ich halte sehr viel davon, wenn man sehr genaue Aufgabenstellungen den Bezirksgeschäftsführern gibt, mit klaren Zielvereinbarungen. Welche Möglichkeiten der Mitgliederwerbung gibt es? Welche Modelle und Anwendungen gibt es? Es gibt immer „best practice Beispiele“, die man

nur ummünzen muss und auf die regionalen Gegebenheiten anpassen muss. Wie schaut es aus mit Besuchen in den Ortsorganisationen? Wie ist der Support der Bezirksgeschäftsführer bei den Vorsitzenden und Ortsorganisationen? Wie oft war er dort? Gibt es neue Ideen? Wie wird es mitverfolgt, wenn ich eine Kampagne plane in der Ortschaft? Da hängt sehr viel am Anforderungsprofil des Bezirksgeschäftsführers, um in der Ortsorganisation dementsprechend motivierte und engagierte Funktionäre zu haben.

In der öffentlichen Wahrnehmung entwickelt sich die SPÖ allgemein immer stärker zu einer strukturkonservativen Partei, was Entscheidungsstrukturen, Notwendigkeiten und Besetzungsfragen anbelangt. Wie siehst du dies?

Ich weiß nicht, ob es sich jetzt erst dorthin entwickelt, oder ob wir es nicht schon immer waren. Ich bin ein Verfechter davon, dass ich sehr viele Menschen abholen muss, wo sie sind. Und das hat auch oft damit zu tun, dass eine Bindung zu Parteien oft eine große Überwindung ist, dass ich mich öffentlich deklarieren muss als Parteimitglied. Es gibt Fälle, die arbeiten in einer Parteifraktion, in einer Gemeindefraktion mit, aber der Schritt Parteimitglied zu werden, ist so hoch, dass sie sagen: So etwas tue ich nicht. Ich binde mich nicht mit einer Unterschrift. Auch wenn es nur um ein paar Euro geht. Dies ist die Schwierigkeit. Darum bin ich auch ein Verfechter, dass man auch Parteifreie bei uns hat. Dass man sich öffnet dorthin. Natürlich aber die Grundsätze der Sozialdemokratischen Bewegung beibehält. Aber mir ist wichtig, dass ich in der Gemeinde Meinungsträger habe. Der Vorsitzende von der Rettungsorganisation, zwar nicht Parteimitglied, kommt aber unheimlich gut an in der Bevölkerung. Warum soll man ihn nicht überzeugen, dass er in der Gemeinde mitarbeitet? Mit jedem, der für die Sozialdemokratie steht, hab ich ja eine Akzeptanz, ein Image und somit ist es auch leichter zu werben. Am Ende des Tages ist immer das Ziel, diejenigen, die am Beginn nicht bereit sind zur Partei zu gehen, zu überzeugen, dass sie Mitglied werden.

Wie kann man überhaupt die Durchlässigkeit der SPÖ nach außen hin verstärken? Wie kann man Leute an die SPÖ binden oder die einbinden, die in der Privatwirtschaft arbeiten und Mitglieder oder SympathisantInnen sind?

Ich glaube, dass in erster Linie immer der persönliche Kontakt vor Ort ausschlaggebend ist, ob man jemanden überzeugen kann oder nicht überzeugen kann. Es gibt sicher Menschen, die sagen: Aufgrund der jetzigen wirtschaftlichen Situation und aufgrund der politischen Großwetterlage bin ich bereit, mich als SPÖler zu deklarieren und mitzuarbeiten. Aber wenn ich mir die Gemeindestrukturen so anschau, geht es in erster Linie darum, von wem werde ich angesprochen oder ist dieser Mensch sympathisch. Macht es mir Spaß mit dem gemeinsam zu arbeiten. Das Wichtigste für eine Partei, wo der Mensch im Mittelpunkt steht, ist es, direkt vor Ort angesprochen zu werden, Unterstützung zu haben und mitarbeiten zu können.

Und Überlegungen auf Landesebene, Leute einzubinden, die sagen, ich möchte jetzt nicht in der Gemeinde aktiv sein oder in der Bezirksorganisation?

Also hier sind wir den Weg gegangen, diejenigen, die sich melden bei uns, die das möchten, werden von mir persönlich zu Gesprächen eingeladen. Aber es sind de facto so wenige Personen, dass sich eine eigene Arbeitsgruppe zu einem Thema, das sie interessiert, für Nicht-Parteimitglieder gar nicht ausgeht. Dies sind Einzelfälle. Die große Mehrheit ist auf Gemeinde- bzw. betrieblicher Ebene anzutreffen.

Die SPÖ hat eine gut funktionierende Vorfeldorganisationsstruktur. Ist es deiner Meinung nach sinnvoll hier verstärkt, abgesehen von den Gremien, zusammenzuarbeiten, zum Beispiel mit Doppelmitgliedschaften oder Serviceleistungen?

Absolut. Dies ist das Rückgrat dieser Bewegung. Das Hauptrückgrat der Partei ist von den Vorfeldorganisationen der Gemeindevertreterverband, weil dort alle Funktionäre der Gemeinde vertreten sind, und die Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter, weil dort alle deklarierten Funktionäre in den Betrieben sind. Das sind die zwei Brückenpfeiler. Dann alle Vorfeldorganisationen von Pensionistenverband, SJ, JG, Naturfreunde, Kinderfreunde usw. Aber ich halte sehr

viel davon, diese große Familie miteinzubinden, weil jeder, der nach außen dokumentiert: ich bin Sozialdemokrat und ich stehe zu diesen Werten, ist ein guter Botschafter, und innerparteilich braucht man sehr, sehr viele Ressourcen und wir haben sie in vielen Bereichen, aber genutzt werden sie nicht oder nicht im ausreichenden Maße.

Wie schätzt du das Netzwerk der SPÖ in Österreich ein? Man hört ja nur, dass die ÖVP sehr stark vernetzt ist und welchen Einfluss sie hat im Gegensatz zur SPÖ.

Das Netzwerk der SPÖ ist kein schlechtes. Wobei man zugeben muss, mit alldem, dem Auflösen der verstaatlichten Industrie, mit dem Verkauf der Bank Austria, dem Desaster der BAWAG, hat man natürlich keine Unternehmen mehr im Hintergrund. Im Gegensatz zu einem Raiffeisenkonzern der ÖVP. Wenn ich mir anschau, was allein der Bauernbund schon an Nachwuchsarbeit pflegt, nur durch die Einnahmen des Bauernbundballs, durch die Vernetzungen in der Wirtschaft, wo diese dann untergebracht werden. Die haben durch den wirtschaftlichen Kontakt viel, viel größere Möglichkeiten als wir.

Wie ist die Personalentwicklung in der SPÖ?

Die Personalentwicklung in der SPÖ ist insgesamt viel zu wenig ausgeprägt. Sowohl was die Funktionärssebene betrifft als auch das Netzwerk, wo wir deklarierte Sozialdemokraten auf Abruf für bestimmte Positionen haben. Es ist zwar vorhanden, aber viel zu wenig ausgeprägt und es gehört viel mehr gemacht.

Wie will man die „alte Tante SPÖ“ in Zukunft in Niederösterreich für Jugendliche interessant machen?

Erstens einmal keine „alte Tante“. Wir haben zwar eine Geschichte und eine Tradition von 120 Jahren. Dies ist wichtig. Wenn man weiß, wo man hin will, muss man wissen, woher man kommt. Um für Jugendliche attraktiv zu sein, gibt es verschiedenste Ansätze. Ein Ansatz, wo wir sehr viel Jugend rekrutieren, ist die Gewerkschaftsjugend, die betriebliche Betriebsorganisation oder die Ortsgruppen der

SJ. Es sind natürlich dementsprechende Themen zu setzen, wo du für Jugendliche attraktiv und ansprechend bist. Man merkt, wenn man aktive Funktionäre hat, das ist beim VSSTÖ, in der Gewerkschaftsjugend, in der JG oder SJ. Es wird getragen von einzelnen Persönlichkeiten. Wenn man zehn Funktionäre hat, bleiben zwei über, die massiv die ganze Freizeit dort investieren. Das ist in Wirklichkeit das Wichtige. Es leidet jede politische Partei und jeder Verein unter Nachwuchsproblemen. Und dort, wo ich vor Ort bin, wo ich in der Gemeinde bin, da habe ich weniger Nachwuchsprobleme, als wenn ich eine anonyme Landesorganisation bin und ich keine persönlichen Kontakte habe. Daher werden die JG und die SJ weiterhin massiv unterstützt. Die SJ und JG haben sehr viele Gruppengründungen. Und im Übrigen haben wir noch nie so einen geringen Altersschnitt bei den Spitzenfunktionären gehabt wie jetzt, weil der Landesparteichef ist 37; Karin Scheele, die Landesrätin ist 41.

Was sind die Schwerpunkt-Zielgruppen der SPÖ bei der künftigen Arbeit?

Also die Schwerpunkt-Zielgruppe ist auf jeden Fall die Arbeitnehmerschaft, diejenigen, die unselbstständig erwerbstätig sind. Sie müssen wieder Vertrauen in die SPÖ gewinnen, weil sehr viel ruiniert worden ist in der Vergangenheit. Unsere Hauptaufgabe war immer den Menschen Sicherheit zu geben. Sicherheit am Arbeitsplatz, in der Pension, Sicherheit generell. Jede Pensionsdebatte führt ja schon schlussendlich dazu, dass die Menschen verunsichert werden. Unsere Aufgabe muss sein, klare Leuchttürme zu setzen. Wir müssen mit Botschaften den Menschen begegnen und diese auch einhalten. Mein Zugang ist: Wenn ich den Menschen signalisiere, 45 Jahre Arbeit ist genug, damit ich eine abschlagsfreie Pension bekomme, dann ist es eine klare Botschaft, auf die sich die Leute verlassen können müssen. Dies ist in der Vergangenheit sehr oft nicht passiert. Daher bekommt man kein Profil. Man ist nicht mehr glaubwürdig, und das führt auch zum Vertrauensverlust. Gleichzeitig muss man auch, aufgrund des Strukturwechsels der Wirtschaft und Strukturänderung, auf neue selbstständige Kleinunternehmen, Ein-Personen-Unternehmen zugehen. Wir merken jetzt durch diese Kampagne des Wirtschaftsverbandes, dass sich da sehr viele innovative Menschen selbstständig gemacht haben, die vorher unselbstständig erwerbstätig waren, die uns sehr, sehr nahestehen, aber nicht in der Vergangenheit gemerkt haben, dass wir für sie da sind.

Da macht einen wichtigen Beitrag der Wirtschaftsverband. Die sind hier sehr aktiv. Und auch die Aufgabenzielsetzung vom Parteichef ist, Wirtschaftskompetenz zu haben. Man wird nur gewählt, wenn man Wirtschaftskompetenz hat.

Was würdest du als die Stärke der SPÖ Niederösterreich bezeichnen?

Die Stärke ist die Geradlinigkeit der jetzigen Parteiführung. Das Durchhalten und sich nicht nach dem Wind drehen, damit man wahrgenommen wird. Klar erkennbare Konturen unter dem Motto: „Konstruktiv in der Zusammenarbeit, aber hart in der Sache“. Dies hat natürlich schon die Notwendigkeit, dass man das auch den Funktionärinnen und Funktionären so vermittelt, damit diese nicht nervös werden. Wir haben bis 2013 das Ziel, stärker zu werden, das werden wir durchstehen. Ich glaube schon, dass es gelungen ist, eigene Konturen zu zeigen und ein eigenes Profil zu entwickeln. Es ist das Wichtigste, was man in der Politik braucht, um wahrgenommen zu werden.

Das Ergebnis der Europawahl 2009 war nicht jenes, welches man sich erhofft oder gewünscht hat. Was sind deiner Ansicht nach die Hauptgründe für das Ergebnis auf österreichischer Ebene?

Ich glaube, dass Hans-Peter Martin mit der Kronen Zeitung sehr stark in unsere Wählerschichten hineingewirkt hat. Das war schon ein sehr wesentlicher Faktor. Der zweite Faktor war, dass wir eine viel zu schüchterne Kampagne geführt haben. Es war eigentlich keine Europakampagne. In der Kombination mit der Tatsache, dass wir vieles Martin überlassen haben – mit der Kronen Zeitung im Hintergrund, nicht nur im Hintergrund, sondern eigentlich im Vordergrund – war abzusehen, dass wir verlieren werden. Die Überraschung generell war für die Europawahl, dass die Konservativen relativ gut abschnitten, so auch in Österreich. Uns haben die Stimmen gefehlt, die zu gut zwei Drittel zu Hans-Peter Martin gegangen sind.

Hat die europäische Sozialdemokratie in vielen Bereichen nicht ein Glaubwürdigkeitsproblem, weil viele Regierungen diesen neoliberalen Kurs mitgetragen haben und man jetzt in der Kampagne stark thematisiert hat, wir sind gegen diese neoliberale Politik?

Das ist sicherlich ein Grund. Man muss aber auch dazusagen, dass die Geschichte zeigt, dass die Menschen in Zeiten von Krisen eher nach rechts gehen. Sie werden nationalistisch, weil sie sich von einer stärkeren national orientierteren Politik Schutz erwarten und erhoffen. Damit musste man rechnen. Dennoch war wahrscheinlich die Antwort auf die Krise von uns viel zu schwach. Wir haben von der Sozialdemokratie, auch in Österreich, kaum eine wirkliche Erklärung der Krise gefunden. Auslöser war die Liberalisierung. Das zu benennen, wäre zumindest in Österreich möglich gewesen. Die österreichische Sozialdemokratie war nicht an der vorderen Front der Liberalisierer. Da hätte man etwas tun können. Nur die Banken finanziell zu unterstützen, war einfach zu wenig. Dadurch hat man das Feld den Konservativen überlassen, die mitgeholfen haben bei den individuellen Staatsinterventionen, die aber natürlich kein Interesse an einer generellen Debatte der Ursachen hatten.

Zurück zur Wahlkampagne. Man hat ja sehr stark den Fokus auf Pensionistinnen und Pensionisten gelegt, weil man gewusst hat, die gehen eher zu Wahl, sind aber skeptisch gegenüber der Europäischen Union. Bei der Jugend ist es genau umgekehrt. Hat man den Fokus zu stark auf die ältere Generation gelegt und die Jugend etwas vernachlässigt?

Ich weiß nicht, ob der Fokus zu stark bei den Älteren gewesen ist. Wir haben bei Veranstaltungen gesehen, dass sehr wenig Pensionisten gekommen sind, weil die Enttäuschung schon so groß war. Sicherlich richtig ist, dass man für die Jüngeren, die im Prinzip pro Europa orientiert sind, zu wenig geboten hat. Das sind jene, die zu den Grünen gegangen sind. Für mich war die größere Überraschung, dass die Grünen, trotz internem Streit, letztendlich wieder zwei Mandate gemacht haben, bei kleinerer Mandatsanzahl. Und das hängt zweifellos auch damit zusammen, dass wir den jüngeren, mobileren, urbaneren Menschen zu wenig eine pro-europäische Debatte geboten haben.

Was muss die Sozialdemokratie jetzt tun, um gerade in ihrem Bereich, im Sympathisantenbereich, im Mitgliederbereich und ihren Wählersegmenten aktiv dieser Europaskepsis entgegenzutreten? Welche Möglichkeiten sind deiner Ansicht nach hier gegeben?

Ich glaube, dass die Sozialdemokratie eine längerfristige Strategie fahren muss. Es war erstens unmöglich, ein paar Monate vor den Wahlen entsprechende Überzeugungsarbeit zu leisten, bei der man die soziale Frage generell mit der gesellschaftlichen Frage kombinieren musste. Zweitens darf man die Umweltfrage nicht vernachlässigen, gerade im Zusammenhang mit Kopenhagen und dem Klimaschutz etc. Auch diese Frage spricht eine jüngere Schicht an. Und man muss die Dinge kombinieren. Das ist den Grünen ganz gut gelungen, sicherlich in einem kleinen Segment. Bei uns müsste die ökologische Frage mit der Arbeitsplatzfrage, mit der Arbeitsplatzsicherheit etc. verbunden werden. Drittens ist die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht nur eine österreichische Frage und kann nur auf der europäischen Ebene gelöst werden. Migration und Integration sind als ein europäisches Thema anzusprechen und es müssen gemeinsame Lösungen geschaffen werden. Und das muss sich auch bei den Funktionärinnen und

Funktionären in der Sozialdemokratie widerspiegeln. Wir haben noch viel zu wenige, die auch aus dieser Schicht kommen. Vor diesem Hintergrund muss sich auch die SPÖ insgesamt als Integrationspartei verstehen – und Integration meine ich jetzt sowohl in Österreich selbst als auch auf der europäischen Ebene. Wir müssen klar machen, dass wir unseren eigenen Beitrag leisten müssen, aber letztendlich kann es nur ein Erfolg werden, wenn auch Europa mithilft. Es geht ja nicht nur um Europa oder National, sondern auch um Europa und Regional. Wenn ich gerade an die Klima- und Energiepolitik denke, dann brauchen wir Gemeinden, die Initiativen ergreifen. Genauso wie die Bundesländer, wie Österreich und eben auch wie Europa. Da müsste es die Sozialdemokratie schaffen, dass sie sich an den Themen orientiert und klar sagt: Wir sind eine Partei, die für das Soziale eintritt – auf allen Ebenen. Und die das auch umsetzt. Das Gleiche gilt für die Frage der Ökologie oder der grünen Erneuerung der Wirtschaft. Auch hier muss die SPÖ, wenn man so will, Visionen zeigen.

Du bist schon einige Zeit im europäischen Parlament tätig und hast daher auch in Österreich einige Regierungen und die Oppositionszeit erlebt. Kannst du vielleicht einige Schwerpunkte oder Unterschiede, die du erlebt hast, kurz skizzieren? Kannst du irgendwelche großen Unterschiede im Kontakt zu Brüssel erkennen?

Also, es handelt sich um verschiedene Phasen. Grundsätzlich glaube ich, dass unter Klima, ein bisschen auch schon bei Vranitzky, eine Art der Entideologisierung begonnen hat. Eine Aufgabe von Grundsätzen, wenn man so will, die vielleicht bei Gusenbauer etwas gestoppt worden ist. Wie gesagt, der Ausspruch von Vranitzky, den er angeblich nie gemacht hat, „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“, galt ja für ihn viel weniger als für seinen Nachfolger. Ich halte das für ein großes Grundsatzproblem. Ein Teil ist dabei eben auch Europa. Europa als eine Vision, als eine Vorstellung, die man angehen möchte. Um den Beitritt oder in der Volksabstimmungs-Debatte gab es noch Auseinandersetzungen. Es ging noch um eine Vision, auch von Europa. Aber das ist dann völlig verloren gegangen. Natürlich haben sich die Regierungschefs immer dann, wenn sie konkret mit Europa zu tun hatten, ein gewisses minimales europäisches Bewusstsein erworben. Das sieht man jetzt bei Faymann. Er ist jetzt viel stärker engagiert in europäischen Fragen, weil er

einfach gezwungen ist, weil er sieht, dass er tagtäglich damit konfrontiert wird. Bei der Frage der Bestellung des Kommissars, bei der Frage der Bestellung der Hohen Beauftragten, der Koordinationsfunktion für die europäische Sozialdemokratie oder der Finanzkrise generell. Aber dahinter ist noch nicht ein Gesamtbild, wie das Europa ausschauen soll. Hier sehe ich ein bisschen das Problem. Das haben einige Regierungschefs, nicht allzu viele, aber einige doch. Ansonsten glaube ich, ist es nicht unbedingt im Zentrum der Überlegungen, den Kontakt auch mit den EU-Abgeordneten permanent zu halten. Ein permanenter Kontakt mit all jenen, die auf europäischer Ebene tätig sind, mit der nationalen Politik ist nicht gegeben.

Der Kontakt ist eher auf Kommissions- und Ratsebene?

Er erfolgt mehr auf Ratsebene und, wo es notwendig ist, auf Kommissionsebene. Aber auch da nur an der Spitze und nicht unbedingt auf einer breiteren Ebene.

Wie hast du die Zeit der Maßnahmen gegen die Bundesregierung erlebt?

Es war sicherlich eine sehr schwierige Zeit, weil auch wir natürlich gegen diese Bundesregierung waren und die Beteiligung der FPÖ nicht verteidigen wollten. Es ist dann, im Fall von Haider, massiv ausgenützt worden, wurde aber in der Folge durch das Einlenken der französischen Präsidentschaft bald abgemildert. Die ersten Monate waren zweifellos sehr schwierig.

Der Brief von Alfred Gusenbauer und Werner Faymann an den Herausgeber der Kronen Zeitung. Siehst du es im Nachhinein als eine Art Stilbruch oder als eine Umkehr in der Europapolitik der SPÖ?

Ich sehe es eigentlich nicht als eine Trendumkehr, weil es eigentlich vorher schon eine kritische Haltung gegeben hat. Zur Frage der Volksbefragung: Meine Güte, es gibt eh nichts zu befragen, weil es keinen Vertrag gibt, der jetzt wesentlich in die Rechte Österreichs eingreift. Wie dann in zehn oder 15 Jahren gehandelt wird, ist eine andere Frage. Ich sehe ein anderes Problem: Ich kann eine Befragung machen, wenn ich vorher ausreichend informiere und diskutiere. Aber ich kann keine Befragung machen, wenn ich über Jahre einen Prozess, ich sage nicht im Geheimen,

aber doch unter wenigen Beteiligten mache und in der Folge feststelle: Jetzt befrage ich die Bevölkerung. So etwas funktioniert nicht. Ähnliches trifft auf den EU-Wahlkampf zu. Der gesamte Wahlkampf und die Monate davor wurde überhaupt nicht darauf abgestimmt, die Menschen zu motivieren, zu mobilisieren, zum Beispiel für das soziale Europa. Das Problem ist aus meiner Sicht nicht, dass man einen problematischen Brief geschrieben hat, den man so oder so sehen kann. Das Problem besteht vielmehr darin, dass dieser Brief ohne Ergebnis bleibt für das Engagement der SPÖ, um die Leute zu mobilisieren, denn das wurde eigentlich in dem Brief gefordert: Wir wollen große Entscheidungen nicht ohne die Menschen treffen. Aber die Menschen werden jetzt nicht mehr angesprochen.

Du warst immer sehr skeptisch gegenüber dem vorzeitigen Verzicht auf den Kommissar oder besser: bei der Ankündigung von Werner Faymann, dass er auf den Kommissar verzichtet. War das nicht auch ein Glaubwürdigkeitsproblem im Wahlkampf, dass man zwar sagt, man tritt für ein soziales Europa ein, aber bei einer Position, wo man das durchaus umsetzen könnte, verzichtet die SPÖ darauf?

Klar, das war auch ein Mitargument. Einerseits der Verzicht und andererseits die Meldung, dass Faymann für Barroso eintritt. Selbst wenn man beides hätte machen müssen, unter anderem deshalb, weil die Wahl eben nicht so ausgefallen ist, wie wir wollten, war es natürlich ein Dolchstoß in den Rücken, das ohne entsprechende Notwendigkeit derart deutlich auszusprechen.

Wie siehst du die Perspektiven nach dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages für das Parlament?

Wir haben eine ungeheure Macht gewonnen, mit der wir sehr vorsichtig bzw. verantwortungsbewusst umgehen müssen. Man hat schon jetzt gemerkt, dass Amerika uns völlig anders begegnet. Es handelt sich also um eine völlig andere Situation, als wir sie vorher hatten.

Es heißt, was du vorher gesagt hast, dass auf Regierungsebene eher der Kontakt mit Rat- und Kommissionsspitze gegeben ist. Das Parlament wird aber in Zukunft ebenso ein Player sein, oder?

Es wird sogar ein absolut stärkerer Player sein. Was mit Swift, dem Abkommen der Bankdatenübertragung, passiert ist, ist jetzt nicht mehr möglich. Alle internationalen Verträge, Handelsabkommen, das ganze Agrar-Budget – über all diese Fragen konnten wir bisher nicht entscheiden. Wir haben unsere Meinung abgegeben, und manchmal wurde sie akzeptiert oder eben nicht. Jetzt hingegen sind wir die Mitentscheidenden. Da ist schon ein wesentlicher Schritt nach vorne getan worden.

Heißt es für die österreichische Politik, dass das Parlament und die Ministerien stärker auch mit dem Europäischen Parlament in Kontakt treten müssen?

Sowohl mit dem europäischen als auch mit dem österreichischen Parlament, weil das österreichische Parlament ja mit in diese Subsidiaritätsprüfung einbezogen ist. Mit dem Lissabon-Vertrag erfährt das nationale Parlament auch eine zusätzliche Funktion und eine Stärkung. Wenn man so will, wird die Demokratie von zwei Seiten – vom Europäischen Parlament und vom nationalen Parlament – in Europafragen gestärkt.

ABSTRACT

Die Dissertation mit dem Titel "Die Transformation der österreichischen Sozialdemokratie. Die SPÖ im Spannungsfeld zwischen Tradition und neuen gesellschaftspolitischen Herausforderungen" untersucht im Wesentlichen drei Themenbereiche. Zunächst ist dies die Positionsfindung und Auseinandersetzung der Sozialdemokratischen Partei Österreichs mit inhaltlichen Themen- und Konfliktfeldern. Dazu gehört auch die Frage, in welcher Intensität innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Österreichs eine Debatte über die Reformideen des "Dritten Weges" stattgefunden hat. Der zweite Bereich, mit dem sich die vorliegende Arbeit befasst, ist die Organisationsentwicklung der Partei; konkret die Entwicklung der Mitgliederzahlen und Überlegungen für eine Erneuerung der Organisationsstruktur. Im dritten Teil wird auf die europapolitische Positionierung der Partei seit dem Beitritt zur Europäischen Union und das Netzwerk in den europäischen Institutionen eingegangen.

Den Beobachtungszeitraum markieren einerseits das Ende der Regierungszeit Kreisky, andererseits das Kabinett Faymann bis Mitte 2012, obwohl strikte zeitliche Trennlinien nicht gezogen werden können. Daher wurden auch verschiedene Standpunkte sowie Entwicklungen in der Ära Kreisky betrachtet. Zu Beginn der Arbeit bin ich auf die Geschichte der SPÖ seit 1970 eingegangen.

Zunächst habe ich die Entwicklung der Gesellschaft in Österreich, das Aufweichen der Loyalitäten zu den Traditionsparteien und die Veränderungen des WählerInnenverhaltens aufgezeigt.

Mittels vier zuvor definierter Themenfelder habe ich dargelegt, dass in der Sozialdemokratie eine Vielzahl an Meinungen und Standpunkte gegeben sind und aktuelle Positionen auch Resultate von Konfliktaustragungen sind.

Die aufgestellte Hypothese, dass es in der SPÖ keine intensive Debatte über das Schröder-Blair-Papier "Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten" gegeben hat, wurde anhand von APA-OTS-Aussendungen der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle und der Beiträge in der sozialdemokratischen Zeitschrift *ZUKUNFT* bestätigt. Bei der

inhaltlichen Analyse ergab sich in den untersuchten Texten ein neutrales bis ablehnendes Bild, auch was die Umlegung der Reformideen auf die SPÖ betrifft.

Der Untersuchung der Organisationsentwicklung habe ich zunächst eine Darstellung der Gliederungen der Partei, ihrer Referate und sozialdemokratischen Organisationen sowie der Bundesgremien vorangestellt. Die immer geringere Bereitschaft der BürgerInnen, Mitglied in einer Partei zu werden, hat die SPÖ als Traditionspartei sehr stark getroffen. Dennoch gibt es innerhalb der Partei keine Diskussion darüber, von den Strukturen einer Mitgliederpartei abzuweichen. Ebenso gibt es kein Gesamtkonzept eines Reformvorhabens. Aus den Interviews heraus ergibt sich ein Bild von vielen Einzelmeinungen über mögliche notwendige Aktivitäten.

Der dritte wesentliche Bereich dieser Arbeit setzt sich mit der Frage auseinander, wie sich die SPÖ gegenüber der Mitgliedschaft Österreichs in der EU sowie zum europäischen Einigungsprozess positioniert. Hier kann durch einen historischen Abriss dargelegt werden, dass es in der Programmatik und in den konkreten Handlungen ein deutliches Bekenntnis zur Europäischen Union gab und gibt. Dennoch wurde auch belegt, dass der Brief von Werner Faymann und Alfred Gusenbauer an den Herausgeber der Kronen Zeitung zweifelsohne als Zäsur bewertet werden kann und außerhalb der bisherigen Linie stand. Das belegt auch die mediale und parteiinterne Kritik.

Abschließend wurde in dieser Arbeit auch die Hypothese verifiziert, dass das Netzwerk der Sozialdemokratischen Partei Österreichs in den europäischen Institutionen nicht optimal ausgeprägt ist. Jedoch stellt die Gründung der Auslandssektion in Brüssel – der SPÖ-Brüssel – sowie deren Tätigkeiten ein deutliches Signal dar, dass aus der Struktur der Partei heraus Aktivitäten hin zu einer Verbesserung des Netzwerkes gesetzt werden.

LEBENS LAUF

Mag. Günther Sidl

Geburtsdatum: 19. März 1975

Geburtsort: St. Pölten

Berufliche Tätigkeiten:

04/2013 – laufend

Abgeordneter zum Niederösterreichischen Landtag

01/2011 – 04/2013

Mitarbeiter im Klub der Sozialdemokratischen Abgeordneten im NÖ-Landtag

06/2010 – 08/2010

Public Interest Consultants GmbH

01/2010 – 04/2010

**Bundesweite Termingestaltung und -koordination
Bundespräsidentenschaftswahl 2010 – Wahlkampagne Dr. Heinz Fischer**

01/2009 – 06/2010

Mitarbeiter von Landesrätin Mag.^a Karin Scheele (NÖ-Landesrätin für Soziales, Gesundheit und Jugendwohlfahrt)

03/2007 – 12/2008

Büroleiter der SPÖ-Delegationsleiterin im Europäischen Parlament Mag.^a Karin Scheele

09/2004 – 02/2007

Leiter Öffentlichkeitsarbeit (PR und Marketing) der Wiener Urania und des Planetariums Wien

02/2004 – 06/2004

Mitarbeiter im Wahlbüro Dr. Heinz Fischer / Präsidentschaftswahl 2004 und EU-Wahlkampagne der SPÖ 2004

01/2003 – 09/2003

Assistent der Geschäftsführung bei der Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich (ASKÖ) – Landesorganisation Wien

1998 – 2002

Mitarbeiter im Aktionsbüro der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle

1997 – 1998

Bundeskoordinator der Antifaschismus-Kampagne der Sozialistischen Jugend Österreich

Ausbildung:

Ab 2004

Doktoratsstudium Politikwissenschaft

1996 bis 2004

Studium der Politikwissenschaft, Publizistik & Kommunikationswissenschaft

1993 – 1996

Maturaschule Dr. Roland, Matura 1996

1985 – 1993

Bundesrealgymnasium Wieselburg

1981 – 1985

Volksschule Petzenkirchen